Die Evangelische Kirche und die Wiederbewaffnung Deutschlands

in den Jahren 1945- 1958

vorgelegt von

Lutz Hoeth

Von der Fakultät I - Geisteswissenschaften
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. phil.

genehmigte Dissertation

Berichter: Prof. Dr. W. Benz

Berichter: Prof. Dr. W. Bergmann

Tag der mündlichen Prüfung: 12. 10. 2007

Berlin, den 12. 3. 2008

D 83

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Vorwort		6
I. Einleitung		9
Quellenlage, Forschungsstand und Methodik		23
II. Anfänge einer Sicherheitspolitik im Nachkriegsdeutschland		29
1.	**Neuordnung in den Besatzungszonen**	29
1.1.	Politische Entwicklung und die Erwartungen an die Kirchen	29
1.2.	Stationen des Neuanfangs in der EKD- Aufbau in Ost und West	32
1.3.	Erwartungen der Besatzungsmächte an die Kirchen	34
1.4.	Synode in Treysa- die EKD im Widerspiel der Kräfte	39
1.5.	Stellungnahmen der Kirchenführer zur Nachkriegssituation	41
1.6.	Erklärungen der EKD zum Frieden	44
2.	**Strukturen für eine Wiederbewaffnung**	52
2.1.	Die militärische Führungsschicht	52
2.1.1.	Die ,,Operational History (German) Section "	54
2.1.2.	Die Organisation Gehlen	56
2.1.3.	General a. D. Speidel und der Laupheimer Kreis	59
2.2.	Das Deutsche Büro für Friedensfragen	61
2.3.	Adenauers Weg in die Öffentlichkeit zur Wiederbewaffnung	67
2.4.	Die Dienststelle Schwerin	69
2.5.	Das Konzept der Inneren Führung	75
2.6.	Das Amt Blank und die Petersberg- Gespräche	77
3.	**Auseinandersetzungen zwischen Staat und EKD in Ost und West**	81
3.1.	Positionen der Gegner einer Wiederbewaffnung und das Demokratie-verständnis der Kirchenleitung	81
3.2.	Die Bundesregierung reagiert auf die Kirchenkritik	86
3.3.	Reaktionen aus den Institutionen der Kirche	90
3.4.	Die Kammer für öffentliche Verantwortung	92
3.5.	Die DDR- Regierung übt auf die Kirchenleitung Druck aus	97

Inhaltsverzeichnis

		Seite
III. Die Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG		102
1.	**Bemühen der Besatzungsmächte um einen Konsens**	102
1.1.	Bedenken der westlichen Alliierten zur Wiederbewaffnung	102
1.2.	Der amerikanische Auftrag zur Aufrüstung im Sommer 1950	107
1.3.	Der Pleven- Plan und die Pariser Verhandlungen	113
1.4.	Aufbau einer militärischen Abteilung im Amt Blank	116
1.5.	Die wirtschaftliche und finanzielle Belastung durch den Wehrbeitrag	120
2.	**Die EKD während der EVG- Verhandlungen**	126
2.1.	Zunahme der Polarisierung in der EKD	126
2.2	Die Haltung der Kirche zu Jugend und Soldatenverbänden	130
2.3.	Stimmen aus den Landeskirchen und die völkerrechtliche Situation	137
2.4.	Der Kronberger Kreis und das Gespräch der Akademieleiter in Bad Boll	141
2.5.	Fragen der Gesetzgebung zur Kriegsdienstverweigerung	146
2.6.	Das Gespräch in Königswinter und die Denkschrift „ Wehrbeitrag und christliches Gewissen "	149
2.7.	Die Siegener Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU	154
2.8.	Stellungnahmen der EKD vor dem Scheitern der EVG- Verhandlungen	157
3.	**Planung des deutschen Wehrbeitrags und die Zweifel der Alliierten**	161
3.1.	Völkerrechtliche Bedenken und die Ergebnisse der EVG- Verhandlungen	161
3.2.	Erklärungen zur EVG vor der erwarteten Ratifikation durch Frankreich	169
3.3.	Widersprüchliche Gründe für das Scheitern der EVG	176
3.4.	Bedenken gegenüber einer deutschen Neutralität	179
3.5.	Der westdeutsche Verteidigungsbeitrag aus Adenauers Sicht	183
4.	**Die EKD nach der Entscheidung für einen Wehrbeitrag**	188
4.1.	Beurteilung der Pariser Verträge und die Kirchenkonferenzen	188
4.2.	Der Soldat in zukünftigen Streitkräften	193
4.3.	Die Kirchenleitung klärt die völkerrechtliche Frage des Wehrbeitrags	198

Inhaltsverzeichnis

		Seite
IV. Der deutsche Verteidigungsbeitrag nach dem Scheitern der EVG		203
1.	**Die Entscheidung für die NATO**	203
1.1.	Auswirkung des Scheiterns der EVG auf den Truppenaufbau	203
1.2.	Wehrverfassung und Wehrgesetzgebung im innenpolitischen Dialog	208
1.3.	Die Einrichtung des Bundesverteidigungsministeriums	212
1.4.	Nuklearisierung der europäischen Bündnisverteidigung	215
1.5.	Einbindung des Amtes Blank in die Nuklearstrategie der NATO	218
2.	**Die EKD arrangiert sich mit dem NATO- Beitritt**	223
2.1.	Gollwitzer und die Paulskirchenbewegung	223
2.2.	Akademietagungen zur Aufrüstung	227
2.3.	Die Synode in Espelkamp	233
2.4.	Verfälschung der außerordentliche Synode im Juni 1956	236
2.5.	Rückwirkungen der Wehrfrage auf die Ostkirchen	240
3.	**Ergänzung der konventionellen Verteidigung**	246
3.1.	Kritik am zögerlichen Truppenaufbau	246
3.2.	Das Verteidigungskonzept und die Probleme der Realisierung	249
3.3.	Die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und die öffentliche Meinung	253
3.4.	Zunehmender Einfluss der Bundesrepublik und die Skepsis der Briten	258
3.5.	Beurteilung des deutschen Wehrbeitrags durch das Ausland	262
4.	**Die EKD duldet die Atombewaffnung und leistet Militärseelsorge**	268
4.1.	Die EKD und die Atomwaffenfrage	268
4.2.	Informationen zu Atomwaffen für die Synodalen	274
4.3.	Erklärungen aus den Gremien der EKD zur Atombewaffnung	280
4.4.	Die Verhandlungen der EKD um den Militärseelsorgevertrag	282
4.5.	Reaktionen aus den Landeskirchen zum Militärseelsorgevertrag	288

Inhaltsverzeichnis

Seite

V. Schlussbetrachtung 293

VI. Gedruckte Quellen und Literatur 303

Vorwort

Was veranlasst einen politik- und geschichtsinteressierten Menschen im Jahr 2007, sich in seiner Dissertation mit der Wiederbewaffnung Deutschlands und der Evangelischen Kirche auseinanderzusetzen? Fast geräuschlos feierte die Bundeswehr im Jahr 2005 ihr fünfzigjähriges Jubiläum, am 12. November 1955 hatten sich 101 Personen vor dem Bundesminister für Verteidigung Theodor Blank versammelt, um aus seiner Hand die Ernennungsurkunden zu erhalten. Der Minister übergab den beiden höchsten Generälen, den Generalleutnanten Adolf Heusinger und Hans Speidel und den übrigen Offizieren ihre Urkunden in der Bonner Reithalle. Blank skizzierte das politische Profil einer ,,neuen Wehrmacht", einen Namen hatten die neuen Streitkräfte noch nicht. Sie waren damit aber namentlich eng mit der Geschichte der alten Wehrmacht verbunden.[1]

Die Entwicklung des militärischen Aufbaus war schon deshalb erstaunlich, weil sich die Alliierten noch im Gründungsjahr der Bundesrepublik alle Rechte für die Sicherheit des Landes vorbehielten. Umso mehr ist man überrascht, zu welcher Bedeutung und Anerkennung es die Bundeswehr bis heute innerhalb der NATO gebracht hat. Sie ist in permanentem Einsatz, inzwischen sind fast zehntausend Soldaten im Ausland stationiert, in Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan, im Kongo, und seit einem Jahr leistet die Bundesmarine auch in libanesischen Gewässern Dienst. Dieser Einsatz findet erstmals in einem Gebiet statt, in dem die ,,Waffen schweigen", es gibt aber bisher keinen Friedensvertrag.

In ihrem Gutachten zur Außen- und Sicherheitspolitik für das Jahr 2004 kommen die fünf großen deutschen Friedensforschungsinstitute zu dem Schluss, dass die Regierung ,,eine beflissene Anpassung der verteidigungspolitischen Richtlinien an die konzeptionellen Vorgaben der Allianz betreibe".[2] Die Strukturreform der Bundeswehr sehe die Schaffung von Streitkräften vor, die zu weltweiter Kriegsführung fähig seien. Solche Streitkräfte sprengten aus Sicht der Gutachter nicht nur den Verfassungsauftrag der Bundeswehr, sondern beruhten auch auf keiner sicherheitspolitisch überzeugenden Bedarfsanalyse.

Grund genug für den Autor zu fragen, wie eine solche Entwicklung vom Ende des Zweiten Weltkrieges, mit der Kapitulation und dem Verlust jeder Verteidigungsmöglichkeit, bis zum Beitritt der Bundeswehr in die NATO und damit auch zu einer atomaren Bewaffnung möglich war? Mit dieser Arbeit soll versucht werden, die entscheidenden Auseinandersetzungen bis zum Jahr 1959 zu skizzieren und darzustellen, wie sich in der Debatte um die Wiederbewaffnung die Evangelische Kirche positionierte. Sie hatte in Folge der Kriegsniederlage ihre

---

[1] Detlef Bald, ,,Adenauers Geheimnis", in: Die Zeit, 2. 6. 2005, S. 6.
[2] Roland Heine, ,,Falsche Sicherheitsstrategie", in: Berliner Zeitung, 16. 6. 2004, S. 8.

Kerngebiete in der sowjetisch besetzten Zone verloren, und bei der provisorischen Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Treysa (Hessen) im August 1945 schloss sie ausdrücklich die Landeskirchen in allen vier Besatzungszonen ein.[3]

Die Erklärungen kirchlicher Persönlichkeiten hoben immer wieder hervor, dem deutschen Volk die Einheit seiner staatlichen Ordnung wiederzugeben.[4] Die aufkommenden Diskussionen um einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik widersprachen diesen grundlegenden Interessen der Kirche, denn mit einem Beitritt der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis schwanden auch die Hoffnungen, die Sowjetunion könnte sich auf eine Vereinigung beider deutscher Staaten einlassen. War von den führenden Personen der Kirchenleitung überhaupt zu erwarten, dass sie sich eine Staatsgründung ohne Institution zur Verteidigung des Landes vorstellen konnten?

Das Militär hatte in Deutschland stets eine wichtige Funktion, eine erneute Gefahr für die Demokratie durch die politische Wirkung eines starken Militärs sah Gustav Heinemann als Mitglied der Bekennenden Kirche und zog mit seinem Rücktritt als Innenminister aus dem Kabinett Adenauer die Konsequenz. Eine demokratische Kontrolle von Streitkräften konnten sich die alten Kirchenführer mit ihrer Nähe zur alten Wehrmacht kaum vorstellen. Wenige Jahre zuvor äußerte Bischof Dibelius gegenüber dem Abgesandten des Ökumenischen Rates der Kirchen, die Demokratie werde in Deutschland keinen Erfolg haben, weil sie eine fremde Ideologie sei, und brachte damit die antidemokratischen Vorbehalte weiter Kreise aus der Kirche und nicht zuletzt seine eigenen zum Ausdruck.[5]

Die Kritiker einer Aufrüstung in der EKD konnten sich aber nicht durchsetzen, das lag sowohl an der politischen Entwicklung als auch an der innerkirchlichen Polarisierung, die über die Frage der Remilitarisierung stark zu Tage trat. Über die Aufgabe der Kirche im politischen Geschehen und ihr Recht, dazu Stellung zu nehmen, entbrannte in den folgenden Jahren ein erbitterter Kampf zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Evangelischen Kirche.

---

[3] Werner Rausch/ Christian Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950-1955, Gütersloh 1978, S. 14.

[4] Günter Heidtmann (Hrsg.), Kirche im Kampf der Zeit. Die Botschaften, Worte und Erklärungen der evangelischen Kirche in Deutschland und ihren östlichen Gliedkirchen. Hat die Kirche geschwiegen ?, Berlin 1956, S. 55.

[5] Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949: die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1986, S. 19. Gespräch zwischen Stewart Herman und Bischof Dibelius. Vgl. Robert Leicht, ,,Drei Dinge, über die man nicht sprechen kann", in: Die Zeit, 22 .9. 2005, S. 96, ,, [...] wo im Ersten Weltkrieg der junge Otto Dibelius seine fatalen Kriegspredigten gehalten hatte [...]". Vgl. Karl Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln-Opladen 1965. 70 % bis 80 % der Pfarrer wurden dem ,,konservativ- nationalen Typus" zugeordnet. Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemoktatisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1992.

Auf der EKD-Synode in Berlin im Jahr 2005 setzte sich der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber, ausdrücklich dafür ein, die Politik kritisch zu begleiten.[6] Die EKD und die Vereinigte Evangelisch- Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) planten, einfachere Strukturen zu schaffen, um damit die Handlungsfähigkeit des deutschen Protestantismus zu stärken und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu verbessern. Auch an dieser Handlungsunfähigkeit der EKD waren die Bemühungen gescheitert, um ein gemeinsames Wort der Kirche zur Wiederbewaffnung zu finden. Während der Planungen zur Aufstellung deutscher Soldaten in der Dienststelle Blank reichte es nur zu unverbindlichen Erklärungen seitens der Kirche, und als die Pariser Verträge verabschiedet wurden, ging es nur noch um eine Beteiligung bei der Ausarbeitung eines Gesetzes zur Kriegsdienstverweigerung.

Die westlichen Besatzungsmächte hatten zunächst jeden Gedanken an eine deutsche Wiederbewaffnung verworfen, solange sie eine Gefahr davon befürchteten. Als sie sich Vorteile davon erhofften, ,,verfemten sie jeden, der an der Weisheit der Wiederbewaffnung zweifelte". Mit seinem ausgeprägten Instinkt für politische Macht wusste der Bundeskanzler, dass es sich leichter verhandeln lassen würde, ,,wenn man am Verhandlungstisch einige Divisionen hinter sich weiß".[7] Als die Entscheidung für eine Wiederbewaffnung gefallen war, konnte das Amt Blank die bisher verdeckt betriebene Vorbereitung zur Aufstellung westdeutscher Soldaten beschleunigt vorantreiben.

Auch von kirchlicher Seite bedeutete die Entscheidung für die Remilitarisierung keinen Umdenkprozess. Die neuen politischen Tatbestände kamen nicht mehr überraschend, in der Evangelischen Kirche setzte sich ein Prozess der Anpassung an die von der Politik entschiedene Wiederbewaffnung fort. Die bis dahin geheim geführten Verhandlungen zwischen Staat und Evangelischer Kirche zum Zweck der Militärseelsorge wurden jetzt offiziell zu Ende geführt.

---

[6] ,,Kirche soll sich in Poltik einmischen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11.11. 2005, S. 6.

[7] Paul Sethe, Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert von 1848- 1960, München 1981, S. 425 f.

I. Einleitung

Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 übernahmen die Siegermächte USA, Frankreich, Großbritannien und die UdSSR die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Diese ,,Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands" war von den Oberbefehlshabern General Dwight D. Eisenhower (USA), Marschall Georgij Schukow (UdSSR), Feldmarschall Bernhard Law Montgomery (Großbritannien) und General Jean de Lattre de Tasigny (Frankreich) unterzeichnet worden. Mit den Unterschriften traten drei weitere Schriftstücke in Kraft,[8] in denen Umrisse des Besatzungsregimes festgelegt wurden. Das erste Treffen der vier Oberbefehlshaber, zugleich die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats, fand noch während der Potsdamer Konferenz am 30. Juli 1945 statt. Für das zukünftige Regieren in Deutschland wurden zwei Grundsätze festgelegt: die Ausübung der obersten Gewalt in der jeweiligen Besatzungszone durch den dortigen Oberbefehlshaber und die gemeinsame Herrschaft ,,in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen".[9]

Schon auf der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 stattgefunden hatte, hatten die Siegermächte Sowjetunion, Großbritannien und USA die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands beschlossen. Auch auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurde die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung, die Auflösung aller Streitkräfte verfolgt. Ein Verbot der Waffenproduktion und die Beschränkung der Industriekapazität wurden festgelegt wie auch die Dezentralisierung und Dekartellisierung der Wirtschaft unter alliierter Kontrolle. Trotz der Einteilung in Besatzungszonen sollte Deutschland weiterhin als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden.[10] Entgegen allen zuvor getroffenen Vereinbarungen konnten sich die Mitglieder des Alliierten Kontrollrates nicht auf eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands einigen.[11]

Verschiedene Verwaltungstraditionen, die widersprüchliche Interpretation von ,,Demokrati-

---

[8] Dabei handelte es sich um ,,Feststellungen" über das Kontrollverfahren, über die Besatzungszonen und um ein Dokument, in dem die Absicht der Regierungen der vier Mächte zum Ausdruck gebracht wurde, ,,sich mit den Regierungen anderer Nationen gelegentlich der Ausübung der Macht über Deutschland" zu beraten. Vgl. Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier- Zonen- Deutschland, München 1994, S. 69. Vgl. Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948, Frankfurt/ M. 1985.

[9] Benz, Potsdam 1945, S. 68 ff.

[10] Ebenda.

[11] Schon in den Jahren nach 1945 beschuldigten sich die Regierungen der Besatzungsmächte in Deutschland wiederholt, diese Beschlüsse gebrochen, insbesondere sich den Verpflichtungen entzogen zu haben, Deutschland als einheitliches Ganzes zu betrachten. Weiterhin wurde bemängelt, keine konsequente Politik der Entnazifizierung und Entmilitarisierung zu betreiben. Bereits im November 1945 verwies der sowjetische Vertreter im Kontrollrat, Marschall Schukow, auf noch bestehende Verbände der ehemaligen deutschen Wehrmacht in der britischen Besatzungszone.
Vgl. Johannes Fischer, Einleitung, in: Heinz-Ludger Borgert/Walter Stürm/Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Boppard 1982, S. 1.

sierung", wie sie im Potsdamer Abkommen gefordert wurde, und die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen Siegermächte bewirkten eine schnelle Auseinanderentwicklung der Zonen. Schon im ersten Jahr nach Kriegsende kühlten sich die Beziehungen der Sieger vor der sich anbahnenden Ost-West-Konfrontation stark ab,[12] es zeichnete sich eine Unvereinbarkeit der Ziele ab, die die Westmächte und die Sowjetunion weltweit, insbesondere aber in Europa und Deutschland verfolgten. Ein Ergebnis dieser Unvereinbarkeit in Europa war die Schaffung zweier deutscher Staaten.[13]

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ereignisse stellt sich daher die Frage, wie es nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 überhaupt zu einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands kommen konnte. Deutschland hatte zweimal im 20. Jahrhundert große Teile Europas angegriffen und wollte die Macht über den ganzen Kontinent erlangen. Die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat gezeigt, in welchem Maß die demokratischen, liberalen und sozialistischen Strömungen in Deutschland durch die Gegenwirkungen eines Militarismus gehemmt und beeinträchtigt wurden. Muss es nicht überraschen, dass dieselben Mächte, die sich noch im Besatzungsstatut vom 10. 4. 1949 die Machtbefugnisse über die Abrüstung und Entmilitarisierung vorbehielten, bereits im Jahr 1950 duldeten, dass die Wiederaufrüstung vorbereitet wurde? „Kein politisches Thema seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Westdeutschen so aufgewühlt wie die Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung" hat der Historiker und Adenauerbiograf Hans- Peter Schwarz einmal geäußert.[14]

Diese Arbeit möchte einen Beitrag leisten, um das Verhalten der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den aufkommenden Diskussionen einer möglichen Aufrüstung des Landes zu verdeutlichen. In der Politikwissenschaft ist es allgemein akzeptierte Tatsache, dass die Kirchen eine herausragende politische Stellung im gesellschaftlich- politischen System einnehmen. Trotzdem bleiben sie weitgehend unbeachtet, kaum wird einmal nach ihrer konkreten Einflussnahme auf politische Entscheidungen gefragt.[15]

Der Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gründung zweier deutscher Staaten im Jahr 1949 und der Wiederbewaffnung 1955 gilt als einer der wichtigsten Abschnitte in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, dies gilt umso mehr für die Kirchliche Zeitge-

---

[12] Karlheinz Höfner, Die Aufrüstung Westdeutschlands: Willensbildung, Entscheidungsprozesse und Spielräume westdeutscher Politik 1945 bis 1950, München 1990, S. 29.

[13] Norbert Wiggershaus, Zur Frage der Planung für die verdeckte Aufstellung westdeutscher Verteidigungskräfte in Konrad Adenauers sicherheitpolitischer Konzeption 1950, in: Borgert, Stürm, Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag, S. 11.

[14] Wolfgang Krieger (Hrsg.), Vorwort, Adenauer und die Wiederbewaffnung, Bonn 2000, S. VII.

[15] Christian Hanke, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1999, S. 17.

schichte. In dieser Zeit kam den beiden großen Kirchen eine öffentliche Bedeutung zu, die sie weder zuvor noch danach jemals wieder erreichten. Sie gaben zahllosen einzelnen Menschen Hoffnung und prägten in großem Ausmaß viele Bereiche des öffentlichen Lebens.[16]
Trotzdem haben die kirchlichen Diskussionen zur Sicherheitspolitik in der Zeitgeschichtsforschung in neuerer Zeit kaum Berücksichtigung gefunden. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung zur Wiederbewaffnung ist zu fragen, welchen Einfluss darauf die Evangelische Kirche hatte. Im Jahr 1950 gehörten ihr 50,1 % der Bevölkerung an, es gab keine vergleichbare Institution, der sich so viele Deutsche zugehörig fühlten. Die Kirche hätte also einen entscheidenden Beitrag der kritischen Auseinandersetzung leisten können. Lassen sich die Themen der politischen Debatten um die Aufrüstung in den Diskussionen innerhalb der Kirche wiederfinden?
Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit umfasst zwei geschichtliche Perioden: die unmittelbare Nachkriegszeit, die durch das Fehlen zentraler Organisationen und deren Institutionen in Deutschland geprägt war; eine definitiv vollzogene Teilung des Territoriums hatte noch nicht stattgefunden. Es folgte die Gründungszeit der Bundesrepublik. Im Blick auf den Untersuchungsgegenstand Evangelische Kirche führte die nach 1945 eintretende Neuformierung des Parteiensystems zu einer Verhältnisbestimmung des Protestantismus zu den politischen Parteien, die für die nächsten anderthalb Jahrzehnte prägend blieb.
In der Präambel des westdeutschen Grundgesetzes wird der Friedenswille besonders herausgestellt, die Bundesrepublik wolle dem Frieden der Welt dienen. Der Schutz des Staates wurde durch den Verzicht auf eigene Streitkräfte an die Siegermächte und ein internationales Sicherheitssystem delegiert.[17] Die Frage einer deutschen Wiederbewaffnung öffentlich zu diskutieren war untersagt, und das Wiederaufleben eines militaristischen Deutschlands als potenzieller Gefahrenherd sollte auf Dauer verhindert werden. Das zeigte sich schon im Vorfeld der bundesrepublikanischen Staatsgründung, als die Militärgouverneure den Grundriss für einen Weststaat in Gestalt der ,,Frankfurter Dokumente"[18] übergaben. In dem Dokument Nr. 3 vom Juli 1948 behielten sich die westlichen Besatzungsmächte die Zuständigkeit für alle mit der Entwaffnung zusammenhängenden Fragen gegenüber einer neuen westdeutschen Regierung vor. Zum ersten Mal in der deutschen Verfassungsgeschichte wurde ein Staat gegrün-

---

[16] Martin Greschat, Die Evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart, 2002, S. 11.
[17] Konrad Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004, S. 51.
[18] Wolfgang Benz, Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B32-33/98 v. 31. 7.1998, S. 13. Am 1. Juli 1948 erhielten die neun Ministerpräsidenten der Länder und die Bürgermeister der beiden Stadtstaaten der drei westlichen Besatzungszonen den Grundriss eines Weststaats in Gestalt der ,,Frankfurter Dokumente" übergeben. Die drei Dokumente enthielten die Beschlüsse der Londoner Sechs- Mächte- Konferenz zur Lösung der deutschen Frage. Das Zeremoniell fand im Frankfurter I.G. Farben- Haus statt.

det, dem nicht nur die Mittel zu seiner Selbstverteidigung fehlten, sondern auch die positivrechtlichen Voraussetzungen zu ihrer Handhabung.[19]

In Artikel 12a Absatz 2 des Grundgesetzes wurde die Bestimmung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen aufgenommen. Dies entsprach auch dem damaligen Empfinden einer großen Mehrheit der Bevölkerung, nach deren Erfahrung des Zweiten Weltkrieges sich alles Militärische diskreditiert hatte. Das ,,Ohne-mich"- Syndrom zeigte, wie weit sich der Antimilitarismus in der Bevölkerung verbreitet hatte. Im Dezember 1947 stimmten 94 Prozent der Bevölkerung in der amerikanischen Zone der Aussage ,,Krieg zahlt sich nicht aus" zu, und drei Fünftel befürchteten im Frühjahr 1948 einen weiteren Weltkrieg. Als die ersten Diskussionen über eine mögliche Wiederbewaffnung einsetzten, waren im Jahr 1949 in der US-Zone 62 Prozent der Befragten dagegen, Anfang der fünfziger Jahre lehnten sogar über siebzig Prozent ein solches Vohaben ab.[20]

Die Macht in Deutschland, auch über die Kirchen, besaßen nach dem Kriegsende die Alliierten. Deshalb wird es interessieren, welche Rolle die Besatzungsmächte der Evangelischen Kirche zugedacht hatten, die als Massenorganisation den Zusammenbruch funktionstüchtig überstanden hatte und von den Alliierten anerkannt und respektiert wurde. Hier konnte sich das deutsche Volk frei versammeln und auch mit moralisch- ethischen Fragen befassen. Durch ihre karitative Arbeit stärkte die Kirche ihren Rückhalt in der Bevölkerung und wurde wegen ihrer Beziehungen zu den Kirchen der Siegermächte auch als Vermittlerin zwischen den Deutschen und den Besatzungsmächten anerkannt. Aufgrund ihrer Staatsnähe stellte sie ein Zentrum deutscher Meinungs- und Willensbildung dar.[21]

Das problematische Verhalten eines großen Teils beider Kirchen zum Nationalsozialismus wurde in der Öffentlichkeit zunächst wenig registriert. ,,Nie waren sich Religion und Politik so nah wie am 30. Januar 1933, als die Nazis in Deutschland die Macht übernahmen. Das sahen jedenfalls die meisten evangelischen Kirchenvertreter so. Sie feierten den Nationalsozialismus als religiöse Erneuerung der deutschen Nation".[22] Es folgten in der evangelischen Kirche zähe Machtkämpfe zwischen den Christen, die die Kirche mit dem NS- Staat gleichschalten wollten und den Vertretern der Bekennenden Kirche.[23] Doch auch dort ging es sel-

---

[19] Sören Philipps, Die Frage der Wiederbewaffnung im Hörfunkprogramm des Nordwestdeutschen und Süddeutschen Rundfunks von 1949 bis 1955/56, Berlin 2004, S. 3.

[20] Jarausch, Die Umkehr, S. 53 f.

[21] Reinhard Scheerer, Kirchen für den Kalten Krieg: Grundzüge und Hintergründe der US- amerikanischen Religions- und Kirchenpolitik im Nachkriegsdeutschland, Köln 1986, S. 9.

[22] Rezension Dagmar Pöpping, ,,Zäher Kirchenkampf" in: Süddeutsche Zeitung, 10. 8. 2006, S. 33. Manfred Gailus/ Wolfgang Krogel (Hrsg.), Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006.

[23] Im Kampf der evangelischen Kirche gegen den Nationalsozialismus entstand 1933 unter der Führung von Niemöller, Koch, Asmussen, Meiser, Wurm und unter dem Einfluss der Theologie von Karl Barth die Be-

tener um den Widerstand gegen das Regime als gegen staatliche Repressalien. Auch Pfarrer der Bekennenden Kirche waren bei der NSDAP eingeschrieben und dachten radikal national. Martin Niemöller war einer der wenigen offenen NS- Gegner in der Kirche.[24]

In den Augen der westlichen Besatzungsmächte fiel den Kirchen eine besondere Bedeutung zu. Das galt begrenzt auch für die sowjetische Zone. Die Kirchen genossen eine privilegierte Stellung. Sie erhielten das beschlagnahmte Vermögen zurück und unterlagen keinem Versammlungsverbot. Das ungebrochene Selbstbewusstsein der Bischöfe führte dazu, dass sie und die Kirchenleitungen sich häufiger mit Erklärungen und Eingaben bei den Militärregierungen zu Wort meldeten. Die Folge war, dass die Haltung der drei westlichen Besatzungsmächte gegenüber den Kirchen zunehmend kritischer wurde. In der amerikanischen Direktive JCS 1779 vom Sommer des Jahres 1947 wurde ausdrücklich vor der Möglichkeit ,,der Wiederbelebung nationalsozialistischer und militaristischer Aktivität unter dem Deckmantel religiöser Programme und Organisationen gewarnt".[25]

Die Skepsis der Alliierten gegenüber der Rolle der Kirchen bei der beabsichtigten Umerziehung und Demokratisierung der deutschen Bevölkerung war nicht ganz unberechtigt. Von amerikanischer Seite gab es schon deshalb erhebliche Vorbehalte gegenüber dem deutschen Protestantismus, weil die nationale und teilweise auch nationalistische Tradition der evangelischen Kirchen, eingeschlossen die der Bekennenden Kirche, mit ihrer teilweise starken antibolschewistischen Einstellung in Deutschland kritisch bewertet wurde.[26] Hinzu kam die amerikanische Tradition der strikten Trennung von Kirche und Staat. Die amerikanische Militärregierung verfolgte im Rahmen der Demilitarisierung auch das Ziel des demokratischen Aufbaus der kirchlichen Organisationen. Aus diesem Grund genehmigte das Washingtoner Außenministerium am 21. Juli 1945 die Durchführung der Kirchenführerkonferenz in Treysa (Hessen). Damit erhielt die im Aufbau befindliche EKD ihre regierungsamtliche Anerkennung und wurde jetzt auch als Sprecherin des deutschen Volkes angesehen.[27]

Der im Aufbau befindliche ,,Weltrat der Kirchen" in Genf, unter seinem Generalsekretär Willem A. Visser 't Hooft, bemühte sich um die Verständigung der protestantischen Kirchen in Europa und in den USA über einen ,,gerechten Frieden", denn der Ost-West-Konflikt und

---

kennende Kirche. Die Bekennende Kirche berief sich auf die evangelischen Bekenntnisschriften- ,,Barmer Erklärung" von 1934 (1. Bekenntnissynode der DEK vom 29. bis 31. Mai 1934 in Wuppertal- Barmen). Sie stützte sich besonders auf Laienkreise und Bruderräte und wurde 1949 als Reformbewegung in der Evangelischen Kirche in Deutschland neu organisiert.

[24] Pöpping, Zäher Kirchenkampf, in: Süddeutsche Zeitung, 10. 8. 2006, S. 33. Vgl. Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949: die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 23.

[25] Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991, S. 61.

[26] Christian Hanke, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990, Berlin 1999, S. 64.

[27] Ebenda, S. 64 f.

Gegensätze in der deutschen Frage belasteten die Arbeit der ökumenischen Bewegung stark. Die gemeinsame Abwehr des Kommunismus wurde aber auch von den meisten Katholiken als machtpolitisches Problem betrachtet, dem man mit verstärkten Rüstungsanstrengungen begegnen musste.[28]

Welche Rolle spielten die christlichen Konfessionen bei der Schaffung sicherheitspolitischer Einrichtungen? Dabei sollen unter Konfession sowohl die Institutionen des Christentums wie Kirchen, kirchliche Vereine und Verbände als auch akademische Theologie verstanden werden. Welchen Einfluss hatte die Evangelische Kirche auf die Gesetzgebung und die Debatten im Deutschen Bundestag und wie verhielt sie sich zur Einheit der Nation? Wie wurden Stellungnahmen der Kirche von der Öffentlichkeit oder gesellschaftlich- politischen Gruppen bewertet? Nachdem die westdeutsche Regierung die Bewaffnung beschlossen hatte, musste sich auch die Evangelische Kirche den neuen Gegebenheiten anpassen. Wie konnte es der Kirche gelingen, sowohl den künftigen Soldaten als auch den Kriegsdienstverweigerern ihren seelsorgerischen Dienst anzubieten? Welches Demokratie- und Staatsverständnis lag dem kirchlichen Handeln zugrunde?

Den Untersuchungsgegenstand zur Wiederbewaffnung bilden die Gremien der Evangelischen Kirche und das Engagement einiger prominenter Protestanten. Hätte man von der Kirche nicht erwarten müssen, dass sie sich aufgrund ihrer Glaubensgrundlagen, vor allem des Tötungsverbots, als eindeutige Gegnerin jeglicher Aufrüstungsdebatten positioniert? Einen grundsätzlichen Streit gab es darüber, ob sich die Evangelische Kirche überhaupt in die Entscheidungen der Bonner Politik zur Militarisierung einmischen dürfe. Nur mit Mühe gelang es, über die Frage der theologischen Legitimation kirchlicher Stellungnahmen zur Wiederbewaffnung, die Einheit der protestantischen Kirche zu wahren.[29]

Erstaunen muss der frühe Zeitpunkt, zu dem die Diskussionen innerhalb der Kirche über Krieg und Kriegsdienstverweigerung einsetzten. Bereits im September 1948, gut drei Jahre nach der Kapitulation und noch vor der Gründung der Bundesrepublik, nahm nicht nur die Kanzlei der Evangelischen Kirche in Schwäbisch Gmünd zu diesen Themen Stellung, sondern namhafte Protestanten malten das Schreckensbild an die Wand, dass die Alliierten Deutschland jede Möglichkeit eines Aufstiegs zu nehmen suchten und es deshalb in einen engeren Raum drängten, um ihm die materielle Basis für das Überleben zu beschneiden.[30] In einem

---

[28] Martin Greschat, Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, in: Martin Greschat/Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994, S. 8 f.

[29] Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 123. Vgl. Martin Lotz, Evangelische Kirche 1945- 1952: die Deutschlandfrage, Stuttgart 1992, S. 57 und 75.

[30] Reinhard Scheerer, Kirchen für den Kalten Krieg: Grundzüge und Hintergründe der US- amerikanischen Re-

Entwurf des Rates der EKD zur politischen Lage des deutschen Volkes hieß es:
,,Die evangelische Kirche mischt sich nicht in die Auseinandersetzung politischer Mächte ein. [...]Kein Volk der Erde aber wird es jemals ertragen, dass mitten durch sein Land eine Grenze gezogen wird [...]durch willkürliches Diktat auswärtiger Mächte. [...]Und alle Mahnungen zur friedlichen Gesinnung müssen abprallen an dem leidenschaftlichen Willen eines ganzen Volkes, die zerstörte Einheit wiederzuerlangen. So kommt Europa nicht zur Ruhe. So wird nicht Friede."[31]
Vergegenwärtigt man sich, dass das Besatzungsstatut den Deutschen jede Tätigkeit auf militärischem Gebiet untersagte und das Gesetz Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission vom Dezember 1949 dies noch einmal bestätigte, muss es verwundern, dass in den Evangelischen Akademien das Thema eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik trotz des Verbots der Alliierten diskutiert wurde. Das frühzeitige Engagement dieser Einrichtungen, in der Erwachsenenbildung die Problematik eines künftigen Militärs zu erörtern, wurde von Niemöller und den Gegnern einer Wiederbewaffnung heftig kritisiert, sie sprachen in diesem Zusammenhang auch von ,,Kriegsakademien".[32]
Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Nachkriegsjahre hätten die EKD bei der Verteilung der knappen Mittel zur Linderung der Not und beim Neuaufbau einer Friedenswirtschaft zu einer kritischeren Haltung gegenüber einer Aufrüstung herausfordern müssen. Die heftigen Auseinandersetzungen in den Bonner Regierungsdienststellen, die sich mit dem Aufbau von Streitkräften beschäftigten und über die Art und Höhe des volkswirtschaftlich gerechtfertigten deutschen Sicherheitsbeitrags stritten, fanden kaum Resonanz in der Kirchenleitung. Auf der Arbeitstagung der evangelischen Christen in der CDU appellierte man, die Fürsorge für die Vertriebenen nicht zu gefährden, forderte aber gleichzeitig vehement den deutschen Verteidigungsbeitrag.[33]
Die Haltung der Wirtschaft zur Wiederbewaffnung war zunächst reserviert, die Industriellen sahen in der Internierung und Aburteilung von Männern wie Flick und Krupp die Ausgeburt alliierter Siegerjustiz.[34] Die Herstellung von Rüstungsgütern schien zunächst kein wirtschaftlich lohnendes Geschäft zu sein, daneben ergaben sich psychologische Hemmnisse, weil die Rüstungswirtschaft während des ,,Dritten Reiches" besonders gefördert wurde.[35] Nach dem

---

ligions- und Kirchenpolitik in Nachkriegsdeutschland, Köln 1986, S. 151.

[31] Carsten Nicolaisen/ Nora Andrea Schulze, Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Band 2: 1947/ 48, Göttingen 1997, S. 373 f. Entwurf eines Wortes des Rats der EKD zur politischen Lage des deutschen Volkes.

[32] Hans Ehlert, Vom Scheitern der EVG zu den Pariser Verträgen- westdeutsche Innenpolitik und der Entscheidungsprozeß für den nationalen Wehrbeitrag. Die Diskussion des Vertragswerkes in der Öffentlichkeit- Die Kirchen, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 3, München 1993, S. 380.

[33] Rausch/Walther, Evangelische Kirche, S. 119.

[34] Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/ M., 1985, S. 260 f.

Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde der Etat für die Rüstungsfinanzierung vom Amt Blank auf sechzig Milliarden DM geschätzt, in mehreren Beiträgen des Auswärtigen Amts wird gezeigt werden, wie genau darauf geachtet wurde, dieses Geld so zu verteilen, um die deutsche Aufrüstung zu fördern und den Erwartungen der Alliierten zu entsprechen. Wie ließ sich dieses Handeln mit den Aussagen des ,,Kirchlichen Arbeitskreises für Fragen der politischen Verantwortung" vereinbaren, der in seiner ,,Frankfurter Erklärung"[36] die Beteiligung eines Christen an einer Aufrüstung ausschloss, die den Einsatz moderner Massenvernichtungsmittel vorsah?

Zeigten schon die Reaktionen auf die Stuttgarter Schulderklärung, wie schwer es der Kirche fiel, von einer Schuld des deutschen Volkes zu sprechen, so mussten die Stellungnahmen der Kirchenführer zur Nachkriegssituation erstaunen und ließen auf ihre politische Einstellung schließen. Weder die Einrichtung des Deutschen Büros für Friedensfragen noch der Aufbau einer Dienststelle Schwerin haben in der EKD besondere Skepsis ausgelöst. Das mag an der Einstellung eines Großteils der Kirchenführer zum Militär gelegen haben. Deutlicher äußerte sich der Bischof von Berlin- Brandenburg Dibelius in einer Rundfunkansprache der BBC,[37] in der er auf die fehlende Verteidigungsmöglichkeit Deutschlands verwies und bemängelte, das Land sei den Beschlüssen der großen Nationen ohnmächtig ausgesetzt.

An Informationen aus Bonn über den Aufbau militärischer Einrichtungen kann es der Kirche nicht gemangelt haben. Im Januar 1950 traf Bischof Dibelius in Bonn mit dem Bundeskanzler zusammen, dem er den Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, Superintendenten Hermann Kunst, vorstellte.[38] Dieser sollte zukünftig die Verbindung zwischen dem politischen Geschehen in Bonn und der Kirchenleitung herstellen. Kunst sprach als Vertreter der EKD mit den entscheidenden Mitgliedern der Parteien, um Einfluss auf sie auszuüben und um über die Willensbildung innerhalb der Parteien informiert zu sein. Er betrieb Lobbyarbeit für die Kirche, die durch sein gutes Verhältnis zum Bundeskanzler ergiebig und zielorientiert war.[39]

Einen weiteren Beweis für die gut funktionierende Nachrichtenverbindung zwischen der im Aufbau befindlichen Dienststelle Blank und der Evangelischen Kirche lieferte Oberkirchenrat Ranke in einem Schreiben an Professor Smend,[40] in dem er mitteilte, die Vorbereitung eines

---

35 Vgl. Philipps, Frage der Wiederbewaffnung, S. 125.

36 Kirchenjahrbuch 1955 (KJ 1955), S. 23, ,,Frankfurter Erklärung" v. 3. 3. 1955, abgegeben von Pfarrern und Gemeindemitgliedern.

37 LKAB, Bestand 603/ A5/1, Nachlass Dibelius. Rundfunkansprache im Jahr 1950 im britischen Rundfunk der BBC (British Broadcasting Corporation).

38 LKAB, Bestand 41, Tagesspiegel, 4. 1. 1950.

39 Michael Klein, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, Tübingen 2005, S. 443.

40 EZA B, Bestand 87/ 138, Schreiben v. 5. 10. 1951.

etwaigen Wehrgesetzes sei aus der Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums in den Bereich der Dienststelle Blank verlegt worden. Dort arbeite der ,,uns nahestehende" Graf Baudissin,[41] ,,dessen Vater Ihnen vielleicht aus seiner Betheler Arbeit bekannt ist". Ranke wies darauf hin, dass sowohl Superintendent Kunst als auch die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und der Leiterkreis der evangelischen Akademien in dauerndem Gespräch mit Graf Baudissin stünden. Dieser wiederum habe durch Ranke Kontakt zu Oberkirchenrat Osterloh, der in der Kirchenkanzlei an der Vorlage eines Kriegsdienstverweigerungsgesetzes für den Rat der EKD arbeite.

Der Informationsfluss aus der Dienststelle Blank über Baudissin, der an zahlreichen Tagungen in den evangelischen Akademien als Referent teilnahm, zeigt auch, wie die regierungsamtlichen Diskussionspapiere zu den Gesetzentwürfen über die Wehrdienstverweigerung der Kirchenleitung zugetragen wurden. Teilweise erschreckend sind die zynischen Überlegungen aus der Dienststelle Blank, wie ein möglicher Bruderkrieg zwischen Deutschen durch eine veränderte Anschauung vom Krieg, nämlich eine hassentleerte und ursprüngliche Form des Waffenganges, ,,zu einander achtenden Gegnern zurückgeführt werden könnte".[42] An anderer Stelle hieß es:

> ,,Wer wegen des Risikos eines deutschen Bruderkrieges die Bewaffnung der Bundesrepublik ablehnt, wird doch nicht verhindern können, daß Deutsche (der Volkspolizei) eines Tages auf Deutsche schießen. [...]Es erhebt sich jedoch die Frage, ob unsere Bewaffnung nicht der Magnet einer Macht werden kann, dessen Anziehungskraft auf das sowjetzonale militärische Machtinstrument auflösend wirkt. Wer sich aus der östlichen Macht lösen will, kann sich nicht in den Bereich der Machtlosigkeit begeben, sondern bedarf für sein Sicherheitsgefühl eines Machtschirms und Machtschutzes.[...]Praktisch trägt solch Kriegsdienstverweigerer dazu bei, den deutschen Bruder an den totalitären Machtapparat hilflos auszuliefern."[43]

Es muss erstaunen, selbst wenn man berücksichtigt, dass vielen Kirchenführern diese Dokumente nicht im Detail bekannt waren, die Kirchenleitung solchen Überlegungen nicht widersprach, zumal die Kontakte zur Politik bestanden.

Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung wurden hauptsächlich auf den Synoden und Ratssitzungen der EKD ausgetragen. Hier waren es Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, die in Zirkeln organisiert waren, meistens der CDU angehörten und für die Regierungspolitik in der evangelischen Kirche warben. Diesem Kirchenkreis standen Männer gegenüber, vor allem aus der Bekennenden Kirche, wie Niemöller, Heinemann oder Barth,

---

[41] Wolf Graf von Baudissin war im Krieg Generalstabsoffizier, zuletzt Major bei Rommel. Im Jahr 1941 geriet er in Gefangenschaft in Afrika, nach seiner Entlassung 1947 gründete er ein Töpferatelier und wurde erst im Herbst 1950 in die Vorbereitungen zur westdeutschen Aufrüstung eingeschaltet. Im Mai 1951 wurde er Referent in der Dienststelle Blank für das ,,Innere Gefüge".

[42] BA- MA, BW 9/ 1938, fol. 30. Schreiben des Abteilungsleiters III an v. Baudissin, v. 3. 7. 1954.

[43] BA- MA, BW 9/ 1938, fol. 33. Schreiben der Dienststelle Blank II/2/1 an Abteilung III, v. 23. 7. 1954.

die eine Wiederaufrüstung kategorisch ablehnten. Während der EVG- Verhandlungen in Paris sah sich die Bundesregierung mehrfach genötigt, evangelische Kritiker der Regierungspolitik öffentlich anzugreifen. Dies hatte zur Folge, dass sich innerhalb der EKD Befürworter der Politik des Bundeskanzlers zu Kreisen zusammenschlossen, um den Protestantismus in der CDU zu stärken und ganz offen die Wiederbewaffnung zu unterstützen und zu fördern. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Dibelius, sprach mehrfach die unterschiedlichen Meinungen zum politischen Mandat der Kirche an, die zu einer Polarisierung innerhalb der EKD führen mussten, nicht aber zu einem Bruch führen sollten.[44]

Mit zunehmender Verhandlungsdauer um den EVG- Beitritt wurden häufiger Stimmen aus den einzelnen Landeskirchen laut, die sich kritisch zur Aufrüstung äußerten, zumal auch die völkerrechtliche Situation zur Aufstellung deutscher Soldaten ungeklärt schien. Vermehrt wurden jetzt Fragen zur Gesetzgebung für den Wehrdienst und dessen Verweigerung angesprochen. Keiner der vorgebrachten Vorbehalte zur Wiederbewaffnung konnte den zur Unterstützung der Regierungspolitik gegründeten Evangelischen Arbeitskreis der CDU davon abhalten, im Jahr 1952 dem Bundeskanzler die volle Unterstützung seiner Politik zuzusichern, weil ein anderer Weg deutscher und europäischer Politik nach Ansicht dieser Männer nicht möglich war.[45]

Nach der politischen Entscheidung der Bonner Regierung für die Aufrüstung kam es der Evangelischen Kirche darauf an, für die Menschen einen Ausweg zu schaffen, denen es der Gewissenskonflikt nicht erlaubte, mit Waffen zu kämpfen. Das Thema der Kriegsdienstverweigerung und der Aufbau einer Heeresseelsorge führten nun zu neuen Auseinandersetzungen innerhalb der protestantischen Kirche. Die Anerkennung des Rechts zur Verweigerung des Wehrdienstes trugen aber viel zur Akzeptanz der Aufrüstung bei.

Das Traditionsproblem der neu entstehenden Truppe, mit ihrem ersten Generalinspekteur Adolf Heusinger,[46] in der Hitler- Zeit Chef der Operationsleitung des Oberkommandos des Heeres, zeigte nur beispielhaft, wie die neue Bundeswehr personell in der alten Wehrmacht verwurzelt war. In der Nationalen Volksarmee der DDR verhielt es sich nicht anders. Die weitgehende Leugnung der Mittäterschaft am Völkermord und der alternative Bezug auf die Gewissensfreiheit der Widerständler des 20. Juli, der erst nach erheblichen Auseinandersetzungen akzeptiert wurde, wurde von der EKD während der Gründungsphase der Bundeswehr kaum mehr thematisiert. Ihr erschien es wichtiger, bei dem Aufbau des Militärs den ge-

---

44 Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG zu den Pariser Verträgen, S. 387.

45 Rausch/ Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche, S. 118 ff.

46 Stephan Löwenstein, ,,Die Bundeswehr will nicht mehr in der Tradition der Wehrmachtspiloten stehen", in: FAZ, 5. 3. 2005, S. 6.

wünschten Einfluss zu sichern. Jetzt widmete sie sich dem Aufbau der Militärseelsorge, der durch die Kirchenkanzlei in Hannover und den Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung begleitet und von Seiten des Militärs wohlwollend gefördert wurde.[47]
Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO war verbunden mit der Einführung taktischer Atomwaffen. Zu den Versuchen mit Atom- und Wasserstoffbomben nahm der Rat der EKD Stellung[48] und wies in einer unverbindlichen Stellungnahme darauf hin, die Christenheit könne nicht stumm und untätig bleiben. Da hier aber auch politische Belange zu bedenken seien, könne es nicht Sache der Kirche sein, im einzelnen Vorschläge für die Lösung dieser Probleme zu machen.
Zwei Auffassungen standen sich in der kirchlichen Diskussion um die atomare Bewaffnung gegenüber. Die eine griff die Probleme auf, die im Zusammenhang mit der deutschen Frage standen und darauf hinwies, dass ein russischer Rückzug aus Mittel- und Osteuropa mit der Stationierung von Nuklearwaffen in der Bundesrepublik nicht zu erwarten sei. Die andere unterstützte die Auffassung des ,,Ökumenischen Rates der Kirchen", der Kritik an der Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen übte und darauf hinwies, dass es wegen der Auswirkungen dieser Waffen völlig sinnlos erscheine, zwischen Angriff und Verteidigung oder gerechtem und ungerechtem Krieg zu unterscheiden.[49]
Die Auseinandersetzungen in der EKD entbrannten hauptsächlich daran, wie der kirchliche Beitrag zu den Gremienbeschlüssen zu gestalten sei. Kritische Theologen, Nobelpreisträger, Gewerkschafter, führende SPD- Politiker und Intellektuelle wie Heinrich Böll organisierten Aufmärsche, die in Hamburg im Jahr 1958 mehr als 150 Tausend Demonstranten auf die Straße trieben. Mit dem Berlin-Ultimatum des sowjetischen Außenministers Chruschtschow vom November 1958 brach die Kampagne zusammen und der Bundestag billigte die Einführung nuklearer Trägerwaffen.[50]

In der politischen Entwicklung sollen die Phasen von den Anfängen westdeutscher Sicherheitsplanungen bis zur Entscheidung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und der Aufnahme in die NATO (North Atlantic Treaty Organization) im Jahr 1955 dargestellt werden. Beginnend mit den Jahren nach Kriegsende soll gezeigt werden, wie im sich zuspitzenden Ost-West Konflikt die Furcht vor Deutschland abnahm, und die Sowjetunion zum Angstgeg-

---

47 BA- MA, BW 35/ 105, fol. 2, Bericht über die Arbeit der Militärseelsorge.
48 LKAB, Bestand 37/ 17, Erklärung des Rates der EKD zu Versuchen mit Atom- und Wasserstoffbomben, v. 21. 5. 1954.
49 Vgl. Christian Walther (Hrsg.), Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954- 1961. Dokumente und Kommentare, München 1981, S.13 ff.
50 Jarausch, Die Umkehr, S. 57.

ner für den Westen wurde. Weiterhin sollen folgende Aspekte untersucht werden: warum konnten sich die Sieger nicht mehr politisch verständigen und gemeinsam ihre Interessen vertreten?[51] Wer waren die militärischen und politischen Personen in Westdeutschland, die mit stillschweigender, teils mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte seit 1947 über die Sicherheitslage in Westeuropa nachdachten?[52] Welche Verbindungen hatten sie zu der amerikanischen Siegermacht? Des Weiteren muss auch die Frage nach personellen Kontinuitäten gestellt werden: immerhin gab es Soldaten der ehemaligen deutschen Wehrmacht, die ohne Unterbrechung über die Kapitulation im Mai 1945 hinaus, zunächst als Kriegsgefangene, dann als Angehörige von Hilfs- und Unterstützungseinheiten im Rahmen der alliierten Streitkräfte in militärischen Verbänden dienten.[53]

Ein Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt darin herauszuarbeiten, wie eng die ersten sicherheitspolitischen Überlegungen deutscher Offiziere nach Kriegsende verknüpft waren mit dem Aufbau erster offizieller institutioneller Einrichtungen, wie dem Deutschen Büro für Friedensfragen. Zahlreiche Soldaten aus dem Generalstab waren noch vor Gründung der Bundesrepublik bereits wieder für die Alliierten tätig oder trafen sich in Kreisen, die von den Alliierten geduldet wurden. Die Dienststelle Schwerin und das Amt Blank sind Belege für die Wiedereinsetzung von Persönlichkeiten, die sich Vertrauen bei den Besatzern in der Nachkriegszeit erworben hatten. Welche Vorstellungen hatten diese Männer von einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und der Struktur einer Armee? Wie lässt sich diese Entwicklung mit dem Anspruch einer Entmilitarisierungspolitik der Westalliierten verstehen, deren Ziel es war, Deutschland endgültig als Gefahrenquelle für den Frieden auszuschalten?

Der Aufbau der Bundeswehr war verbunden mit dem Konzept der Inneren Führung. Wie konnte es mit dem Traditionsverständnis der älteren Offiziere gelingen, den Neuaufbau von Streitkräften durchzusetzen? Der Mensch als Individuum sollte im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns stehen. Dafür musste eine Struktur geschaffen werden, die das Prinzip von Befehl und Gehorsam mit den Grundrechten des Bürgers in Einklang brachte. Dazu gehörte der Primat der Politik mit zivilem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle genauso wie der Verzicht auf eine eigene Wehrgerichtsbarkeit. Entscheidenden Anteil an dem Konzept der Inneren Führung hatte die SPD, die bei der Verabschiedung des Soldatengesetzes darauf achtete, dass der Status, die Rechte und Pflichten der Soldaten dort festgelegt wurden, und somit Rufe nach der Armee als Ordnungsfaktor nicht in Frage kamen.

---

51 Andrzej Ziolkowski, Die NATO, Münster 1999, S. 15.

52 Höfner, Aufrüstung, S. 237.

53 Othmar Hackl, Vorwort, in: Borgert/Stürm/Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag, Boppard 1982, S. VII.

Mit dieser Arbeit soll auch gezeigt werden, welche Überlegungen und politischen Ereignisse nach der Gründung des westdeutschen Teilstaats dazu führten, ihn in die westliche Staatengemeinschaft aufzunehmen, seine beschränkte Souveränität zu erweitern und schließlich die Aufstellung einer eigenen Armee zu akzeptieren. Dies war auch deshalb nur möglich, weil es in der Militärpolitik einen Paradigmenwechsel gab: von der traditionell nationalen Sichtweise zur übernationalen Einbindung und Kooperation, von militärischen Verbänden zur europäischen Sicherheitspolitik.

Bereits vor Ausbruch des Koreakrieges gelangten die USA zu der Einsicht, dass das Expansionsstreben der Sowjetunion nur durch die Bereitstellung westdeutschen Militärpotentials einzudämmen sei.[54] Diese Überlegungen fanden in den Vorschlägen auf den New Yorker Konferenzen im September 1950 ihren Niederschlag. Für den britischen Außenminister Ernest Bevin war es offensichtlich, dass nur ein Verbleiben der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa die Stabilität garantieren könne.[55] Die Ereignisse in Osteuropa und die Blockade Berlins hatten ihn in der Auffassung bestärkt, fraglich war, in welchem Umfang die europäischen Nationen zur Allianz des gerade gegründeten Nordatlantikpakts beitragen sollten. Im Jahr 1949 gab es jedoch wenige Staaten, die bereit waren, sich für einen Beitrag des im Entstehen begriffenen westdeutschen Staates auszusprechen.[56]

Ein Abschnitt dieser Arbeit zur Wiederbewaffnung wird zeigen, welche militärischen und politischen Faktoren bei der Planung des deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu berücksichtigen waren. Für Frankreich waren die Überlegungen einer Aufrüstung deutscher Truppen im Rahmen der NATO schockierend, weil es eine Schwächung der eigenen Vormachtstellung in Europa durch zu enge deutsch- amerikanische Beziehungen befürchtete. Deshalb machte die französische Regierung mit dem Pleven- Plan einen Gegenvorschlag, um diese Entwicklung so lange wie möglich zu verzögern. Der Pleven- Plan sollte der Bundesrepublik den Beitritt zum Nordatlantikpakt möglichst lange verwehren, um die deutsche Aufrüstung zu kontrollieren und die politisch-militärische Dominanz in Europa zu sichern.[57]

Zur Beantwortung der zentralen Fragen sind die Wechselwirkungen von ,,gefühlter" Bedrohung durch die Sowjetunion, der Berlin- Blockade und dem Ausbruch des Koreakrieges ent-

---

[54] Dieter Krüger, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung, Freiburg 1993, S. 14.

[55] Peter Jones, Labour- Regierung, deutsche Wiederbewaffnung und EVG 1950- 1951, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 51.

[56] Ebenda.

[57] Florence Gauzy, Gescheiterte Versuche der deutschen Wiederbewaffnung 1950- 1954, in: Wolfgang Krieger (Hrsg.), Adenauer und die Wiederbewaffnung Bonn 2000, S. 20 f.

scheidend. Es läßt sich erklären, warum die Alliierten daran interessiert waren, eine Neutralisierung Deutschlands zu verhindern und das Land in das westliche Bündnis so zu integrieren, dass eine militärische Bedrohung von deutschem Boden ausgeschlossen war. Deutschlands Interesse lag darin, durch Mitwirkung an der europäischen Verteidigung das politische Gewicht zu erhöhen.

Der Bundeskanzler war daran interessiert, den Verteidigungsbeitrag, den die Westalliierten von der Bundesrepublik erwarteten, so zu leisten, dass die westdeutschen Interessen zumindest gewahrt, möglichst aber gefördert wurden.[58] Er strebte nach Gleichberechtigung, die Zielsetzung seiner Politik nach Souveränität und Sicherheit verband er mit dem Wunsch nach Aufhebung des Besatzungsstatuts durch den deutschen Wehrbeitrag. Wie konnten diese Ziele erreicht werden, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten ohne ein deutsches Verteidigungsministerium, das die Alliierten noch nicht erlaubten? Im Folgenden wird auch gezeigt werden, mit welchen Rücksichtnahmen das ,,Amt Blank" bei seinen Planungen des Verteidigungsbeitrages ständig befasst war.

Mit der Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung war nicht nur die deutsche Europapolitik gescheitert, auch die Pläne zum Aufbau eigener Streitkräfte hatten ihre politische und planungstechnische Grundlage verloren. Jetzt stellte sich erneut die Frage, wie die Bundesrepublik politisch und militärisch in den Westen eingegliedert werden könnte. In diesem Teil der Arbeit wird deutlich werden, dass die Bundeswehrführung bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre nicht über genügend Kenntnisse verfügte, um der NATO- Strategie eigene Alternativpläne entgegenzustellen. Die Planungen im Amt Blank mussten nun die Nuklearstrategie der NATO berücksichtigen.[59]

Über die Anschaffung und Stationierung von Atomwaffen wurde sowohl im Verteidigungsministerium als auch in der Bevölkerung heftig gestritten. Davon zeugen die Massenproteste unter dem Motto ,,Kampf dem Atomtod". Die Ernennung von Strauß zum Verteidigungsminister im Oktober 1956 veränderte die bundeswehrinternen Kräfteverhältnisse und förderte in der Bundesrepublik die Aufrüstung mit Atomwaffen. Dieses Kapitel der Arbeit wird zeigen, wie die Militärpolitik von Adenauer und Strauß zu einer Steigerung des Machtstatus Westdeutschlands in Relation zu den führenden Mächten in Europa beitrug.

---

[58] Die USA dachten an eine Militarisierung von Dienstgruppen oder an die Aufstellung kleiner deutscher Einheiten im Rahmen alliierter Truppen. Beide Vorstellungen bedeuteten eine Diskriminierung der Bundesrepublik, auf die sich Adenauer nicht einlassen wollte. Die Briten plädierten für den Aufbau einer militärischen Bundespolizei oder mobilen Gendarmerie. Frankreich lehnte jegliche Initiative auf diesem Gebiet ab. Vgl. Gauzy, S. 13.

[59] Olaf Theiler, Die Rezeption der NATO- Nuklearstrategie durch die Bundeswehr 1954 bis 1956, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 54 (1995) 2, S. 454 f.

Zentrale Fragen zur Wiederbewaffnung betreffen zunächst die Anfänge einer Sicherheitspolitik. Wie war es trotz der Vorbehalte der Alliierten zum Thema Rüstung für die militärische Führungsschicht möglich, sich in Zirkeln zu treffen und Fragen zur Sicherheitslage zu diskutieren? Warum duldeten die Besatzungsmächte Pläne dieser Männer zur Wiederbewaffnung? Mit der Entscheidung der Alliierten zur Aufrüstung Westdeutschlands stellte sich die Frage, wie die Bedenken gegen ein Wiedererwachen des deutschen Militarismus ausgeräumt werden konnten. Aus alliierter Sicht sollten die deutschen Verbände integriert und kontrolliert werden. Wie konnte der deutsche Kanzler unter diesen Umständen bei den EVG- Verhandlungen Gleichberechtigung und die Ablösung des Viermächtestatuts erreichen? Wie war nach dem Scheitern der EVG der Aufbau der Bundeswehr unter Berücksichtigung der neuen Verteidigungsstrategie der NATO zu bewältigen? Diese sicherheitspolitischen Entscheidungen hatten langfristige Folgen für den Auftrag, Aufbau und die Struktur der Bundeswehr.

Quellenlage und Forschungsstand:
Zur Quellenlage von Unterlagen mit sicherheitspolitischen Überlegungen bis zur Gründung der Bundesrepublik ist zu sagen, dass es keine Institution gab, die sich von Amts wegen damit hätte beschäftigen können. Nach formaler Gesetzeslage war dazu auch die erste Bundesregierung im Jahr 1950 nicht berechtigt. Das erste Dokument,[60] das sich mit dem Neuaufbau deutscher Truppen beschäftigte, datiert vom 20. Juli 1945. Erst in den Unterlagen des Deutschen Büros für Friedensfragen (DBfF), das dem Länderrat der US- Zone angegliedert war, sind Hinweise auf die Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Überlegungen nachweisbar.
Die Ausführungen zum militärischen Teil der vorliegenden Arbeit basieren vorwiegend auf Dokumenten aus dem Bundesarchiv- Militärarchiv in Freiburg. Dort war der Bestand BW 9 von großer Bedeutung für das Thema dieser Arbeit. Er enthält die Akten der „Zentrale für Heimatdienst", die unter dieser Tarnbezeichnung zwischen Juli und Oktober 1950 unter dem Dach des Bundeskanzleramtes eingerichtet war. Des Weiteren liegen hier die Akten des „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Frage" bzw. des „Amtes Blank". Blank war der Leiter dieser Dienststelle, die ebenfalls unter dem Dach des Bundeskanzlers aufgebaute Behörde nahm Anfang November 1950 ihren Betrieb auf. Sie war nach ihrem Leiter, dem CDU- Bundestagsabgeordneten The-

[60] Johannes Fischer, Einleitung, in: Borgert/Stürm/Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag, Boppard 1982, S. 3. In englischer Kriegsgefangenenschaft hatte sich Graf v. Kielmannsegg Gedanken über ein „Deutsches Korps unter englischem Oberbefehl" gemacht und die Denkschrift dem Herzog Ernst August von Braunschweig übergeben, mit der Bitte um Weiterleitung nach London. Dies geschah auch, eine Antwort der Briten blieb aber aus. Die Denkschrift wird hier als erstes Dokument genannt.

odor Blank benannt. Diese Dienststelle ging am 7. Juni 1955 in das Bundesverteidigungsministerium über, das zunächst wiederum Blank leitete.
Der Bestand BW 9 reicht zeitlich bis zum NATO- Beitritt und enthält ferner die Akten der deutschen Militärdelegation bei den Verhandlungen zur EVG. Er bietet einen Einblick in den Aufbau deutscher Dienststellen zur Vorbereitung der EVG und berichtet über die Tätigkeiten der Abteilungen mit Tagebüchern und Handakten. Das Auswärtige Amt hatte bis zum Schluss die formale Federführung bei den EVG- Verhandlungen. Die Unterlagen dieses Bestandes betreffen auch Themen wie Kriegsdienstverweigerung, das Vorgesetztenverhältnis und die atomare Bewaffnung.
Über die Aufgaben und den personellen Aufbau der Dienststelle des Militärbischofs und der Militärseelsorge enthält der Bestand BW 1umfangreiches Material. Dieses wird durch Stellungnahmen zur Militärseelsorge aus der Sicht des Verteidigungsministeriums, die Schilderung der vorbereitenden Maßnahmen, Berichte des Landesbischofs und des Evangelischen Militärbischofs durch den Bestand BW 35 ergänzt. Dieser enthält auch Rechtsgutachten über die Vereinbarkeit des § 25 des Regierungsentwurfs eines Wehrpflichtgesetzes mit Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes, die die Grenzen der Kriegsdienstverweigerung zeigen. Die Zusammenarbeit des Amts Blank bzw. des Bundesverteidigungsministeriums mit der Evangelischen Kirche wird ebenfalls im Bestand BW 1 dokumentiert. Das Problem des Fahneneids aus theologischer Sicht wird hier ausführlich diskutiert.
Klaus von Schubert hat sich in zwei Bänden mit der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland auseinandergesetzt und seine Darstellung durch Dokumente ergänzt. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt arbeitete die Vorgeschichte bis zur Wiederbewaffnung mit dem vierbändigen Werk ,,Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik" bis in das Jahr 1956 auf. Die Phase der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird im Band 2 ausführlich bearbeitet. Rolf Steininger erweiterte das Thema der Wiederbewaffnung unter besonderer Beachtung der Position der Briten mit bis dahin unveröffentlichtem Material im Jahr 1989. Karlheinz Höfner hat für seine Arbeit aus dem Jahr 1990 ,,Die Aufrüstung Westdeutschlands" hochrangige Wissensträger, so Herbert Blankenhorn und Alexander Böker, auf der Basis vorhandener Akten befragen können. Carsten Sander Christensen konzentriert sich mit seiner Arbeit aus dem Jahr 2002 auf die deutsch- französischen Beziehungen während der EVG- Verhandlungen bis zum Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Mit ihrer Mitgliedschaft in der NATO fand die Bundesrepublik bereits eine Strategie mit nuklearen Komponenten vor. Olaf Theiler beschreibt die Schwierigkeiten, die mit der Rezeption der Nuklearstrategie verbunden waren. Matthias Küntzel, Detlef Bald und Johannes Steinhoff ergänzen mit ihren Beiträgen

die atomare Verteidigungsstrategie und erläutern die damaligen Vorstellungen einer Schwert-Schild- Konzeption der NATO- Verbündeten.

Die Literatur zur Aufrüstungsproblematik der Bundesrepublik versucht, die Wiederbewaffnung als Konsequenz des Kalten Krieges zu betrachten. Ein bewaffnetes Westdeutschland hatte eine unmittelbare militärische Funktion in der Militärstrategie der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion. Dabei wurde lange Zeit die mit der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands verbundene Machtsteigerung wenig beachtet. Welche Aktionen lösten diese politischen Entscheidungen bis zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr in der Evangelischen Kirche aus?

Die Quellen für die Interaktionen und Veröffentlichungen des Rates der EKD bis zur Gründung der Bundeswehr liefern die Dokumente aus dem Evangelischen Zentralarchiv in Berlin, die Kirchenarchive Berlin- Brandenburg, Bremen und Kiel. Sie belegen die Auseinandersetzungen um die Wehrfrage und Kriegsdienstverweigerung, damit war die Deutschlandfrage und das Verhältnis zum anderen deutschen Staat betroffen. Texte und Dokumente gegen die politische Profilierung der Kirche und Äußerungen zum christlichen Recht der politischen Meinungsäußerung belegen Wolf Werner Rausch und Christian Walther mit ihrer Arbeit aus dem Jahr 1978.[61]

Johanna Vogel veröffentlichte in demselben Jahr ihre Dissertation über die Haltung der EKD zur Wiederbewaffnung mit dem Schwerpunkt einer Untersuchung zum ,,politischen Mandat" der EKD. Dabei musste sie bei der Ausarbeitung des Themas Militärseelsorge noch auf Quellen verzichten, weil sie weder gesichtet noch ausgearbeitet waren. Diese Möglichkeit der Nutzung von neuen Quellen hatte Martin Greschat im Jahr 2002, als er sich anderen Feldern der kirchlichen Zeitgeschichte zuwandte und die Herrschaft der Alliierten über die Kirchen und die kirchliche Neuordnung zwischen den Jahren 1945 und 1949 beschrieb. ,,Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945", bietet eine kirchengeschichtliche Gesamtdarstellung der unmittelbaren Nachkriegszeit mit der aufschlussreichen Darstellung der Erwartungen der Militärregierungen an die Religions- und Kirchenpolitik in dieser Zeit.

Nach den aufkommenden Diskussionen zur Wiederbewaffnung und der damit verbundenen Kritik einzelner Personen aus der Kirchenleitung reagierte die Bundesregierung mit heftigen Attacken in ihren Stellungnahmen, die in den bis dahin unveröffentlichten Dokumenten zur Deutschlandpolitik[62] belegt sind. Verbunden hiermit waren Reaktionen der DDR- Regierung,

---

[61] Rausch/ Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950-1955, Gütersloh 1978.

[62] Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bundesministerium des Innern (Hrsg.), II. Reihe Band 2 und 3, München

die auf die ostdeutschen Kirchenleitungen Druck ausübte. Berichte von den dortigen Konferenzen der Landeskirchen und Schriftwechsel zwischen den ostdeutschen Bischöfen mit der politischen Führung dokumentieren Unterlagen aus dem Landeskirchenarchiv Berlin.
Auf die Verbindung zwischen Protestantismus und der CDU geht Thomas Sauer in seiner Dissertation ,,Westorientierung im deutschen Protestantismus?" ein und beschreibt eine Gruppe protestantischer Persönlichkeiten. Deren Bestreben war es, die Regierungspolitik Adenauers im kirchlichen Bereich zu unterstützen und so ein Gegengewicht zu den Bruderschaften um Niemöller zu schaffen, im ,,Kampf gegen die Wiederbewaffnungsgegner".
Diese Auseinandersetzungen sind gut dokumentiert in den Akten des Evangelischen Zentralarchivs im Bestand 71.
Mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU setzen sich Gerhard Besier und Thomas Sauer auseinander. Doering- Manteuffel [63] betont den innenpolitischen Aspekt der ,,Siegener Rede" Adenauers, der nicht nur auf die Wiedervereinigung verwies, dies wäre eine ,,viel zu eng konzipierte Politik im deutschen Rahmen" gewesen. Als Folge der Politik der Stärke forderte er eine Friedenssicherung für Europa. Was sollten Aufrüstungsgegner wie Heinemann einer solchen ,,staatsmännisch" erscheinenden europäischen Lösung entgegenhalten? Mit der Einwirkung des Protestantismus auf die neu entstehenden europäischen Bewegungen setzen sich Martin Greschat[64] und Wolfram Kaiser[65] auseinander.
Nach der Entscheidung für einen westdeutschen NATO- Beitritt formierte sich um den Bonner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer die Paulskirchenbewegung. Über die Rückwirkungen der Wehrfrage auf die Ostkirchen gibt der ,,Nachlass Propst Grüber" aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Aufschluss. Zahlreiche Briefwechsel des ,,Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR" mit deren Regierungsstellen zeigen, wie sich die Beziehungen verschlechterten und welche Maßnahmen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf die Ostkirchen hervorrief.
Im Bereich der Westkirchen wurden die Kirchenleitungen und Bischofskonferenzen mit Aufsätzen zur Atombewaffnung versorgt, um die theologisch- ethischen Fragen der Atomrüstung zu diskutieren. Dies geschah auf Tagungen in den Evangelischen Akademien oder auf den

---

1996 und 1997.

63 Anselm Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 332.

64 Martin Greschat, Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994.

65 Wolfram Kaiser, Begegnungen christdemokratischer Politiker in der Nachkriegszeit, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994.

Synoden. Hiervon zeugen die Veröffentlichungen in den Beständen 11.02. Nr. 91b des Nordelbischen Kirchenarchivs in Kiel. Nachdem auch der Militärseelsorgevertrag abgeschlossen war, forderte die Bundeswehr von der Kirche Argumentationshilfe, um den Soldaten die Verunsicherung in Fragen der Atomrüstung zu nehmen. Dieser Vorgang ist im Bestand 35 des Bundesarchiv- Militärarchivs festgehalten.
Die übliche Sperrfrist von dreißig Jahren für Dokumente, die für die Bearbeitung dieses Themas eingesehen werden mussten, ist zwar weitgehend abgelaufen, einige Bestände sind aber immer noch als Verschlusssachen eingestuft und für nicht amtliche Benutzer gesperrt. Das betrifft sowohl das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes als auch das Militärarchiv in Freiburg. Gleiches gilt für einige Nachlässe des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin und das Staatsarchiv in Bremen.

Methodik:
Diese Arbeit bemüht sich einen Beitrag zur Erforschung der Kirchlichen Zeitgeschichte und der Deutschlandpolitik der Siegermächte zur Wiederbewaffnung zu leisten. Dabei nimmt die Darstellung der politischen Weltlage einen vergleichsweise breiten Raum ein, denn die Wiederbewaffnung führte nicht nur zu Spannungen zwischen den Alliierten, sondern berührte das Zusammenleben der Deutschen in Ost und West unmittelbar und war damit auch eine moralische Frage. Einen wichtigen Stellenwert nimmt die Mentalitätsgeschichte ein, Mentalitäten sollen als Denkhaltungen verstanden werden und sind für die Kirchliche Zeitgeschichte ein wichtiges Arbeitsfeld.[66]
Die Studie arbeitet mit den Standardmethoden, wie der Erforschung zeitgenössischer Quellen, dem Studium offizieller Dokumente, oder der Auswertung von Nachlässen der ehemals handelnden Personen und der Analyse einschlägiger Zeitschriften. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der historischen Quellenanalyse. Es soll sich aber nicht nur um eine deskriptive Beschreibung, sondern um eine Deutung des Geschehenen handeln. Dabei war sich der Verfasser der Schwierigkeit bewusst, objektive Erkenntnisse aus diesen Deutungen abzuleiten. Aus der Geschichte zur Wiederbewaffnung ergaben sich zwangsläufig Überschneidungen zu politikwissenschaftlichen Fragestellungen.
Bei der Sichtung des umfangreichen Materials für diese Arbeit stellte sich natürlich die Frage, warum diese Dokumente ausgewählt wurden. Mit ihnen sollten sowohl der Aufbau der Streitkräfte als auch der Beitrag der Evangelische Kirche zu der politischen Entwicklung

[66] Martin Greschat, Rechristianisierung und Säkularisierung. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, in: Jochen-Christoph Kaiser/ Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Konfession und Gesellschaft 2, Stuttgart 1990, S. 1-24, hier S. 10.

sichtbar gemacht werden, die Texte sollten zudem einen hohen Repräsentationsgrad haben. Absicht war es, mit dem gesichteten Material in der Zeitgeschichtsforschung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik beizutragen, die kirchliche Diskussion zur Wiederbewaffnung, die kaum eine nennenswerte Berücksichtigung findet, herauszustellen.

II. Anfänge einer Sicherheitspolitik im Nachkriegsdeutschland

1. Neuordnung in den Besatzungszonen

1.1. Politische Entwicklung und die Erwartungen an die Kirchen

Schon bald nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich der weltpolitsche Gegensatz zwischen der Sowjetunion, den USA und den anderen Westmächten. Das Vorgehen der Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa, auch hinsichtlich der deutsch- polnischen Grenze, hatte das Misstrauen und den Unwillen der Westmächte geweckt. Churchill hatte bereits im März 1946 in einer Rede in den USA das Bild vom ,,Eisernen Vorhang" beschworen, der von Stettin bis Triest über Europa niedergegangen sei. Die Sowjetunion wiederum fühlte sich durch das Verlangen der USA nach freiem Welthandel und offenen Märkten, verbunden mit der politischen Forderung nach freien Wahlen und Demokratie, bedroht. Sie versuchte, ihre durch den Krieg geschaffene Einflusssphäre durch Förderung der kommunistischen Parteien mit polizeistaatlichen Mitteln zu konsolidieren.

Amerikanisch- sowjetische Interessenkonflikte in Iran, in Griechenland und in der Türkei während der Jahre 1946/47 markierten den Beginn des Kalten Krieges.[67] Die Politik der Eindämmung (containment) , die nun von den Amerikanern betrieben wurde, ging von der Teilung der Welt in eine amerikanische und in eine sowjetische Einflusssphäre aus. Jeder Versuch einer Veränderung des Status quo wurde mit militärischem Gegendruck beantwortet. Auf das besetzte und besiegte Deutschland wirkte sich der Kalte Krieg besonders stark aus. Als herausragende Markierungspunkte des Kalten Krieges in den USA gelten die Truman-Doktrin vom März 1947,[68] die Gründung der NATO unter der Federführung der USA im April 1949, die unerwartet frühe Zündung der ersten Atombombe der Sowjetunion im August 1949 und die Machtübernahme der Kommunisten in China im Oktober 1949.[69]

Deutschland lag im Zentrum des Ost-West- Konflikts und wäre von einem Ost-West- Krieg am ehesten betroffen gewesen. Dies hat alle militärstrategischen Überlegungen der Alliierten beeinflusst. Wurde aus amerikanischer Perspektive vom ,,war theatre", aus englischer vom ,,battlefield" oder aus französischer vom ,,glacis" gesprochen, bedeutete dies für Deutschland, zum Schlachtfeld oder Vorfeld zu werden. Die Deutschen selbst waren aber zu dieser Zeit nur Objekt, sie konnten ihre Sicherheitsinteressen kaum artikulieren.[70]

---

[67] Helmut M. Müller, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996, S. 321.

[68] Erklärung Trumans, die USA würden allen in ihrer Freiheit durch den Kommunismus bedrohten Völkern, die gegen den Versuch der Unterjochung Widerstand leisten würden, Hilfe gewähren.

[69] Jutta Koch, Zur sicherheitspolitischen Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika, Baden- Baden 1998, S. 61.

[70] Klaus von Schubert (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945- 1977. Teil 2, Bonn 1979, S. 21.

Neue Hoffnung in den westlichen Besatzungszonen verbreitete die Rede von US- Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart. Die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen Zone,[71] deutsche Minister, Abgeordnete und Oberbürgermeister waren nach Stuttgart eingeladen und vernahmen unmissverständlich aus der Rede die deutsche Schuld am Krieg, die Befürwortung von Gebietsabtretungen im Osten und den Anspruch Frankreichs am Saarland. Byrnes sprach aber auch von einem Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen und erwähnte, dass die USA auch in Zukunft in Europa präsent bleiben würden. Ein Hoffnungsschimmer für die Deutschen war die Ankündigung, dass ihnen eines Tages eine Regierung und mehr Selbstverantwortung zugestanden werden sollten. Byrnes stellte außerdem in Aussicht, dass ein demokratisches Deutschland zurückfinden könnte zu ,,einem ehrenvollen Platz unter den freien Nationen der Welt".[72]

Im sich zuspitzenden Ost-West- Konflikt nahm die Furcht vor der Sowjetunion zu, sie trat als neue Gefahr für die westlichen Demokratien auf. Sollte Deutschland von den Sowjets besetzt werden, würden sowjetische Divisionen am Rhein stehen. Frankreich, die Schweiz und die kleineren Staaten Westeuropas wären damit dem sowjetischen Zugriff ausgeliefert. Diese Vorstellung, dass der größte Rivale der USA die Verfügungsgewalt über das europäische Potential erlangen könnte, führte bei den Amerikanern schon im April 1947 zu einer Studie der Joint Chiefs of Staff (Vereinigte Stabschefs), in der Westdeutschland als mögliches militärisches Hilfsreservoir des Westens betrachtet wurde. Waren dies die Ansichten des Militärs, so gab es zu dieser Ansicht aus dem State Department keinerlei Widerspruch. In einem Memorandum vom 30. August 1947 bekräftigte Charles E. Bohlen,[73] dass die Standpunkte der beiden Großmächte sich seit Kriegsende in allen wesentlichen Fragen weit auseinanderentwikkelt hätten und auf eine Krise zusteuern würden.[74]

Als die amerikanische Regierung vorschlug, die Besatzungszonen wirtschaftlich zusammenzuschließen, um die Bevölkerung besser versorgen zu können, wurde dies von der Sowjetunion als gezielte Maßnahme des ,,amerikanischen Wirtschaftsimperialismus" gedeutet, zumal ihre Forderung nach Beteiligung an der Kontrolle des Ruhrgebiets von den Briten abgelehnt wurde.[75] Nicht anders schätzte die Sowjetunion die Marshallplan- Hilfe der Amerikaner ein. Fraglich ist bis heute, ob das deutschlandpolitische Konzept Stalins weniger darauf abzielte, Deutschland in den eigenen Machtbereich einzubeziehen als vielmehr darauf, den An schluss Deutschlands an den ,,Kapitalistischen Westen" zu verhindern.

---

71 Reinhold Maier (Württemberg- Baden), Wilhelm Hoegner (Bayern) und Karl Geiler (Hessen).
72 Höfner, Aufrüstung, S. 29 f.
73 US- Beauftragter für Militärhilfe in Frankreich 1950 und Botschafter in Moskau 1953 bis 1957.
74 Höfner, Aufrüstung, S. 61 f.
75 Müller, Schlaglichter, S. 321.

Die amerikanische Regierung entschied sich für die Errichtung eines westdeutschen Teilstaats, dies ließ sich auch nicht mit der darauf folgenden Berlin- Blockade Stalins verhindern. Dieser Akt im Kalten Krieg führte aber zum schwersten Konflikt der Westmächte mit der UdSSR in der Nachkriegszeit, und die weitere politische Entwicklung hatte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1949 zur Folge.

Aus den französischen Dokumenten über Deutschland vom August 1945 bis Februar 1947 ist das Schreiben II der Provisorischen Regierung der Französichen Republik an die Botschafter der Alliierten über ,,Politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands" besonders aufschlußreich, weil es die französischen Bedenken gegenüber einer Militarisierung Deutschlands zusammenfasst.[76] Als Ziele der Besetzung Deutschlands werden genannt: ,,[...]die vollständige und endgültige Entwaffnung Deutschlands, die radikale Ausrottung des Militarismus, die Abschaffung jeder Rüstungsindustrie, die Zerstörung des deutschen Kriegspotentials, die Beseitigung des Nazismus, aller Nazi- Gesetze, - Organisationen und - Institutionen, die Ergreifung aller geeigneten Maßnahmen, um das Wiederaufleben des Militarismus und des Nazismus zu verhindern [...]".

Die Franzosen waren bestrebt, die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis in ihrem Sinne voranzutreiben. Die Wiederbewaffnung war dabei zunächst das schwierigste Problem. Am 24. Oktober 1950 hatte der französische Ministerpräsident René Pleven angeregt, eine Europa- Armee mit einheitlicher Ausrüstung aufzustellen. Sie sollte übernational organisiert sein und einem europäischen Verteidigungsminister unterstellt werden. Die Idee war in erster Linie als Mittel gedacht, die westdeutsche Wiederbewaffnung zu kontrollieren und deutsche Soldaten in deutschen Uniformen zu verhindern.[77]

Die Besatzungsmächte sahen in den Kirchen nicht den Hauptakteur für notwendige politische Veränderungen in Deutschland. Sie schätzten die Bedeutung der Religion unterschiedlich ein, das hinderte sie aber nicht, die Kirchen als große soziale Glaubensgemeinschaft für eine Umorientierung zur Demokratie und zu westlichen Werten fest einzuplanen.[78] Mit der Idee einer europäischen Gemeinschaft, von der man sich ein friedfertiges Miteinander einschließlich der Deutschen versprach, wurde auch die Vorstellung gestärkt, dass politisch einflussreiche Gruppen, die allem Militärischen ablehnend gegenüber standen, zu Konzessionen beim Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft bereit sein könnten.[79]

---

[76] Französische Dokumente über Deutschland v. August 1945- Februar 1947, Europa- Archiv /20. Juli 1954.

[77] Rolf Steininger, Das Scheitern der EVG und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17/85, 17. 4. 1985, S. 3.

[78] Vgl. Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 30.

[79] Vgl. Volkmann, Protestantismus und Wehrfrage, in: Lutz Köllner, Klaus A. Maier und Hans- Erich Volk-

1.2. Stationen des Neuanfangs in der EKD- Aufbau in Ost und West

Im Jahr 1945 bestand die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) vom Juli 1933 weiter. Diese Schrift war durch die legitim gewählten Repräsentanten der 28 evangelischen Landeskirchen in Deutschland entstanden. In ihr wurde den Landeskirchen die Selbständigkeit in ,,Bekenntnis und Kultus" zugesichert. Mit dem Ende des Nationalsozialismus schieden immer mehr Führungskräfte der DEK aus, und ihre Gegner aus der Bekennenden Kirche verwiesen auf die Beschlüsse der 1. Bekenntnissynode in Wuppertal- Barmen im Jahr 1934. Die Barmer Theologische Erklärung nannte die Bekenntnissynode einen ,,Bund [...] gleichberechtigt nebeneinanderstehender Bekenntniskirchen".[80]

Die zunächst provisorische Gründung der EKD im August 1945 in Treysa schloss ausdrücklich die Landeskirchen in allen vier Besatzungszonen ein. Der württembergische Bischof Wurm, der auch nach 1945 akzeptierte Autorität war, begriff sich als ,,Haupt", ,,Sprecher" und ,,Führer" der evangelischen Kirche. Er hatte gegen die nationalsozialistischen Verbrechen mehrfach Eingaben verfasst und war über seine Landeskirche hinaus bekannt geworden. Er stand mit seinen Vorstellungen vom Kirchlichen Einigungswerk in Konkurrenz zu den Vorstellungen vom bayerischen Landesbischof Meiser, der eine große, einige lutherische Kirche aufbauen wollte, und den Gruppen, die den bruderrätlichen kirchenleitenden Anspruch aufrecht erhielten. Diese waren vor allem in Preußen angesiedelt. Jeder dieser genannten Entwürfe zur kirchlichen Neugestaltung schloss die anderen prinzipiell aus. Am 10. Mai 1945 stellte sich Bischof Wurm im Alter von 77 Jahren dem Leiter der französischen Militärregierung General Schwartz vor.[81]

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) brachte die Gruppe Ulbricht die Anweisung aus Moskau mit, die Kirchen nicht zu behindern und in den Aufbau des Landes mit einzubeziehen. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hielten sich zunächst an diese Vorgaben. Noch vor den ersten Landtagswahlen im Jahr 1946 warb die SED um Unterstützung durch die Kirchen und versicherte ihnen Toleranz gegenüber der Religion. Sie bemühte sich vor allem um die christlichen Wähler der CDU. In der ersten Zeit erkannten die Kirchen keine Gefahr in der sozialistischen Zielsetzung der SED. Sie sahen in den Parteien, die den Sozialismus anstrebten, eine Entsprechung zum Auftrag der Kirche für die Armen und sozial Entrechteten einzutreten.[82]

---

mann, Die EVG- Phase, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 2, München 1989 S. 602. Vgl. Doering- Manteuffel, Die Kirche und die EVG, S. 318 f.

80 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 96 ff.

81 Ebenda, S.105. Vgl. Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 73. Vgl. Claudia Lepp/ Kurt Nowak (Hrsg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland: (1945- 1989/ 90), Göttingen 2001, S. 18 ff.

82 Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, Bonn 1997, S. 53.

Bereits im Sommer 1945 erzwangen SMAD und SED die Trennung der Kirche von der Schule. Der Kampf gegen die kirchliche Jugendarbeit und die Studentengemeinden nahm zu, und es gab auch schon Pläne, die evangelischen Theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten aufzulösen.[83] Bei den Wahlen zum 3. Volkskongress am 15. und 16. Mai 1949 protestierte die Kirche wegen Wahlnötigung und Wahlmanipulation. Darauf reagierten die Behörden mit der Konfiszierung kirchlicher Zeitungen sowie mit Übergriffen auf Pfarrer und kirchliche Amtspersonen, die auch zu Verhaftungen führten.

Der sächsische Bischof Ludolf Müller berichtete[84] von wiederholten Versuchen, die Kirche zum Vorspann politischer Propaganda zu machen. ,,Wir haben die ständigen Versuche, die sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr gesteigert haben, abgewiesen und haben auch unsere Pfarrer darauf hingewiesen, dass sie bei allen Versuchen, sie in das politische und parteipolitische Leben einzugliedern, die größte Zurückhaltung beobachten sollten. Wir haben das besonders getan, seit der Aufrichtung der Nationalen Front[85] im Mai 1949."

Ehemalige Mitglieder der Bekennenden Kirche, wie der Magdeburger Bischof Ludolf Müller, und der Bischof von Berlin, seit Januar 1949 auch Ratsvorsitzender der EKD, Otto Dibelius, verglichen die sich etablierende kommunistische Macht mit dem Nationalsozialsmus und kritisierten den Mangel an Rechtsstaatlichkeit. Hingegen suchte der Thüringer Bischof Mitzenheim ein gutes Verhältnis zur SMAD und hatte auch am ersten Volkskongress im Dezember 1947 als Redner teilgenommen. Er kritisierte in den folgenden Jahren gelegentlich die SED, beteiligte sich aber nicht an den Demokratiedebatten der folgenden Jahre.[86]

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949 wurde die deutsche Teilung auch für die Kirchen zur grundlegenden Rahmenbedingung. In der Bundesrepublik konnte der kirchliche Wiederaufbau zügig vorangetrieben werden, in der Deutschen Demokratischen Republik sah sich die Kirche rasch in Auseinandersetzungen mit dem SED- Staat konfrontiert. Als Bevollmächtigten bei der DDR- Regierung hatte die Evangelische Kirche noch im Jahr 1949 Propst Heinrich Grüber ernannt. Wegen seines guten Kontaktes und persönlicher Bekanntschaften

---

83 Peter Maser, Kirchen, in: Werner Weidenfeld/ Karl- Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949- 1989- 1999, Bonn 1999, S. 488.

84 Bericht von Bischof Ludolf Müller auf der 8. Tagung der I. Synode in Halle am 30. Juni 1950, in: Harald Schultze (Hrsg.), Berichte der Magdeburger Kirchenleitung zu den Tagungen der Provinzialsynode 1946 – 1989, Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 10, Göttingen 2005, S. 76 f.

85 Aus der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden entwickelte sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland (später: Nationale Front der DDR). Sie umschloss die fünf politischen Parteien und die Massenorganisationen, stellte formal die Einheitslisten für die Wahlen und die Volksvertretung auf und war territorial bis in die Kreise und Orte organisiert. Ein Element ihrer Arbeit bildeten die Arbeitsgruppen ,,christliche Kreise", zit. nach Schultze, Berichte, S. 77.

86 Ehrhart Neubert, Das Verhältnis von Staat und Kirche, in: Matthias Judt (Hrsg.), DDR- Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 365.

zu zahlreichen Kommunisten aus dem Widerstand schien er besonders geeignet. Vorwürfen gegenüber zu großer Nähe zur SED begegnete er mit der Bemerkung, nicht die Politik einer Regierung bei der Kirche, sondern die Rechte und Forderungen der Kirche bei der Regierung zu vertreten.[87]

Um besser zu verstehen, warum die Evangelische Kirche wenige Jahre später die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik weder verhinderte noch einmütig verurteilen konnte, ist es aufschlussreich, welche Erwartungen die Alliierten an die Evangelische Kirche in Deutschland hatten und wie sie die Kirchenführer in den Organen der EKD einschätzten.

1.3. Erwartungen der Besatzungsmächte an die Kirchen

Der amerikanische Nachrichtendienst, Office of Strategic Services (OSS) in Washington D.C. , erarbeitete Berichte zur Einschätzung der Evangelischen Kirche. Diese Berichte dienten der Unterrichtung höherer Beamter und Militärs, die nur geringe Vorkenntnisse besaßen. Der Nachrichtendienst kam zu der Einschätzung, dass die meisten deutschen Christen, nachdem sie ihre Glaubensüberzeugung revidiert hätten, auch weiterhin in den evangelischen Kirchen aktiv sein würden, ohne ihre politischen Überzeugungen geändert zu haben. Da man davon ausging, dass die Bekennende Kirche den Krieg nicht überdauern würde, sei ein Rückfall des deutschen Protestantismus in Konservatismus und Nationalismus nicht auszuschließen.[88] Damit sei die Kirchenzugehörigkeit auch kein Indiz für eine antinazistische Haltung. Dieses Bild über die evangelischen Kirchen wurde ergänzt durch die Befragung deutscher Kriegsgefangener.[89]

Ziel dieser Untersuchungen sollte sein, die evangelischen Kirchen am Prozess der Demokratisierung des deutschen Volkes mitwirken zu lassen, sie sollten zu Agenturen der Umerziehung werden. Religion und Christentum spielten in dem Konzept der Amerikaner zur Umerziehung der deutschen Gesellschaft eine wichtige Rolle. Wie auch die Briten waren sie davon überzeugt, dass die Evangelische Kirche politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet habe. Die Organisationen der Kirche waren weitgehend erhalten geblieben, und jetzt erwartete man von ihnen, der Bevölkerung klar zu machen, dass Moral und Religion unerlässliche Stützen des Staates seien und die Menschen von Gott regiert werden müssten. Tyrannen

---

87 Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, Bonn 1997, S. 71.

88 In einem Schreiben v. 26.4. 1945 an alle Gemeinden in Frankfurt /M. bekundet die amerikanische Militärregierung ihre Absicht, den Nazieinfluss aus allen religiösen Kreisen zu tilgen, Landeskirchliches Archiv Berlin- Brandenburg (LKAB), Bestand 2/ 206.

89 Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, R&A No. 2189, 15 November 1944, Some Criteria for the Identification of Anti- Nazis in Germany. A political and social analysis, in: National Archives of the United States of America, Washington, D.C., (NAUSA) Record Group (RG) 226, RA 2189, zit. nach Scheerer, S. 76 ff.

sollten nicht wieder Regierungsgewalt erlangen, jedes totalitäre System, wie etwa die UdSSR, wurde abgelehnt.[90]

Weil die Amerikaner davon überzeugt waren, dass die Förderung der Kirchen positive Auswirkungen auf die Durchsetzung demokratischer Werte und Verhaltensweisen in Deutschland haben müsste, setzten sie sich mit der Weisung 1143 ihrer Oberkommandierenden (JCS 1143- Joint Chiefs of Staff) für eine privilegierte Behandlung der Kirchen ein. Sehr schnell erkannten sie aber auch, dass die Kirchenrepräsentanten oft sehr autoritär verfuhren und als stark konservativ eingeschätzt wurden.[91] So häuften sich die Stimmen, die auf eine stärkere Distanzierung der Militärregierung von der Kirche drängten, und bereits im Sommer 1946 äußerte sich ein amerikanischer Geistlicher dahingehend, ,,dass die Militärregierung längst aufgehört habe, die Kirche überhaupt ernstzunehmen. Sie könne jetzt tun, was sie wolle, sie habe Narrenfreiheit in allem, was sie unternehme".[92] Gegenüber dem deutschen Protestantismus mit der teilweise nationalistischen Tradition und der starken antibolschewistischen Einstellung der Bekennenden Kirche nahm die amerikanische Seite eine immer kritischere Haltung ein. Dies führte dazu, dass einige amerikanische Kirchenbeamte in ihrer Besatzungszone die Vorstellung entwickelten, dass die Kirchen als Deckmantel für nationalistische und militärische Strömungen tätig sein würden.[93]

In Washington bestanden erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der deutschen evangelischen Kirchen als antikommunistische Kräfte in Bezug auf die nationale Frage. Das galt besonders für Eugen Gerstenmaier als Leiter des Evangelischen Hilfswerks, mit Ableger des Zentralbüros Ost und seinen Verbindungen zum evangelischen Bischof von Berlin Dibelius und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der SBZ Propst Grüber. Als Herausgeber der Wochenzeitung ,,Christ und Welt" nehme er eine sehr kritsche, wenn nicht gar eine unfreundliche Haltung gegenüber den westlichen Besatzungsmächten ein und pflege freundliche Beziehungen zur SMA. Diese Einschätzung wurde durch die Ablösung Hans Asmussens, des Leiters der Kirchenkanzlei der EKD, noch verstärkt. Die amerikanische Militärregierung befürchtete eine Neutralitätspolitik der EKD in der Frage der nationalen Einheit.[94]

---

90 Scheerer, Kirchen, S. 94 f.

91 Martin Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 36 ff. Vgl. Theodor Eschenburg, Jahre der Besetzung, Band 1, Stuttgart 1983, S. 223.

92 Rev. K. Emmerich's report on visit to Germany, U.S. Zone, 17.5. bis 1.8. 1946: AÖRK Genf, London Office, Correspondence Re. Post- War Affairs in Germany, 1946/ 48, Box 2, zit. nach Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 39.

93 Christian Hanke, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990, Berlin 1999, S. 64.

94 Scheerer, Kirchen, S. 195 f. Vgl. Hanke, S. 65.

In der britischen Zone erfolgte die Kommunikation zwischen den kirchlichen Organisationen und der Militärregierung durch Militärgeistliche. Diese informierten wiederum die britischen Kirchenführer, die einen guten Kontakt zu den Oberbefehlshabern in der britischen Besatzungszone hielten. Grundlage der britischen Politik war die Nichteinmischung in kirchliche Angelegenheiten. Die deutschen evangelischen Kirchen hielten enge Kontakte zu der Besatzungsmacht, in deren Zone sie am freiesten und unzensiert Stellungnahmen zu öffentlichen Problemen formulieren konnten.[95]
Entsprechend der britischen Tradition arbeiteten Staat und Kirche auch im Blick auf Deutschland zusammen. Das fand Ausdruck im öffentlichen Dank, den Feldmarschall Montgomery am 1. Juli 1945 allen Militärgeistlichen übermittelte und der die Kirchen dazu aufforderte, klare und einfache Weisungen für die geistlichen Fragen zu geben, um eine neue Zivilisation aufzubauen. Die Führer der anglikanischen Kirche und die Militärs waren sich darin einig, dass auch der in Genf entstehende Ökumenische Rat, wie auch der britische Kirchenrat (Council of British Churches), in dem außer den römischen Katholiken alle Kirchen Englands zusammengeschlossen waren, zum Wiederaufbau Deutschlands herangezogen werden sollten. In der Vorstellung der Briten spielte das Christentum für die Demokratie und so auch bei der Erneuerung des deutschen Volkes eine große Rolle. Sie waren davon überzeugt, dass christlicher Widerspruch im Nationalsozialismus auch politischer Widerstand gewesen sei. Deshalb galt Martin Niemöller in Großbritannien als Symbol christlichen Widerstands gegen das ,,Dritte Reich".[96]
Die Gremien des britischen Kirchenrats sollten auf die deutschen evangelische Kirchen geistigen und geistlichen Einfluss nehmen. Der Bischof von Chichester, George Bell, wurde von vielen deutschen Kirchenführern angesprochen, weil er auch gute Verbindungen zum Generalsekretär des entstehenden Ökumenischen Rates in Genf , Visser' t Hooft unterhielt. So entstand ein enges Netz von Informationen zwischen den Kirchen in Großbritannien und in Deutschland. Im Oktober 1946 bereiste eine zehnköpfige ökumenische Delegation aus Großbritannien die britische Zone und Berlin, um aktuelle Informationen zu erhalten. Zum Abschluss ihrer Reise empfahl sie, die mentale Isolation Deutschlands durch engere Kontakte zwischen beiden Ländern und den Austausch junger Menschen zu überwinden.[97]

In der französischen Zone sah man mit Besorgnis den geistigen Austausch, der sich zwischen den deutschen und angelsächsischen Kirchenmännern entwickelte. Im Außenministerium in

---

95 Vgl. Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 66.
96 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 31.
97 Ebenda, S. 33 f. Vgl. Theodor Eschenburg, Jahre der Besetzung 1945-1949, Band 1, Stuttgart 1983, S. 224.

Paris war man verwundert, dass deutsche und britische Kirchenführer enge Kontakte unterhielten, dass die Kirchenpresse in der britischen Zone kaum der Zensur unterlag und im britischen Parlament über deutsche Religionspolitik debattiert wurde.[98] Die ,,Föderation der Protestanten Frankreichs" (Fédération Protestante de France) hatte Marcel Sturm als ihren Verbindungsmann zu den deutschen evangelischen Kirchen berufen. Er war reformierter Feldbischof der französischen Besatzungsarmee in Deutschland und hatte Zugang zu den Mitgliedern des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf und insbesondere zu dessen Generalsekretär Visser' t Hooft. Sturm konzentrierte sich auf die deutschen evangelischen Kirchenführer, er wollte die Kirchen verändern.[99]

Unterstützung dafür suchte er in der Ökumene, bei der Militärregierung und bei Vertretern in der Bekennenden Kirche. Sturm berichtete am 5. August 1945 an Visser' t Hooft, dass der deutsche Nationalismus ungebrochen sei, sogar in der Bekennenden Kirche. Er bezeichnete die Theologie des Luthertums[100] als eine Quelle des Unheils. Sturm vertrat mit dieser zusätzlichen theologischen Begründung die herrschende französische Überzeugung. Die angekündigten Maßnahmen führten zu Ablösungen in der Leitung der Landeskirchen von Baden und der Pfalz. Der badische Landesbischof Kühlewein war während des Nationalsozialismus sehr vermittelnd aufgetreten, war aber von der französischen Militärregierung nicht abgelöst worden. Auf Drängen des Ratsvorsitzenden der EKD Theophil Wurm und des Leiters der Kirchenkanzlei der EKD Hans Asmussen, vor allem aber der Ökumene, musste der Landesbischof zurücktreten.[101]

In der pfälzischen Landeskirche war Anfang Oktober 1945 eine neue Kirchenleitung unter dem Landesbischof Stichter und Hans Stempel, der auch Vorsitzender der pfälzischen Pfarrbruderschaft war, gebildet worden. Sturm wurde sowohl beim Rat der EKD als auch bei der Militärregierung vorstellig und setzte den Rücktritt von Bischof Stichter und Oberkirchenrat Roland durch. Keine andere Besatzungsmacht hat so massiv in die Belange der evangelischen Kirchen eingegriffen wie die französische. Sturm wollte mit engagierten Kräften aus der Bekennenden Kirche eine Erneuerung der Landeskirchen oder sogar der gesamten EKD vornehmen. Im Gegensatz zu Briten und Amerikanern, die glaubten, dass die Mitwirkung der Kirchen für den Prozess der Demokratisierung nützlich sein könnte, oder den Sowjets, die für die Veränderung der Gesellschaftsstrukturen die Kirchen einplanten, erhofften die Franzosen, ge-

---

98 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 48.

99 Ebenda, S. 49 f. Vgl. Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 66 f.

100 Lehre von den beiden Reichen- eines sich gegenüber Kirche und Welt in je eigener Weise manifestierenden Herrschaftswillen Gottes.

101 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 51.

mäß ihrer strikten Trennung von Staat und Kirche, wenig oder nichts von den Kichen.[102]

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), die Exekutivbehörde des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen, erlaubte bereits mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Bildung von Gewerkschaften und Parteien. In Berlin wurde sofort nach Kriegsende der ,,Beirat für Kirchenfragen"[103] eingerichtet, dem für die evangelische Kirche Heinrich Grüber angehörte.[104] Die Sowjets brauchten insbesondere die evangelische Kirche für die Zusammenarbeit, weil ihr etwa 80 % der Bevölkerung in ihrer Zone angehörten. Die Kirchen durfte man schon deshalb nicht verprellen, weil eine gesamtdeutsche Politik betrieben werden sollte. Gleichzeitig ließen die Kommunisten aber keine Zweifel aufkommen, dass sie für ihre Partei die führende Rolle beanspruchten.[105]
Die evangelischen Landeskirchen konnten in der SBZ ihre kirchenorganisatorischen Strukturen erhalten und erhielten die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. In Organisationen wie dem Kulturbund oder der ,,Freien Deutschen Jugend" (FDJ) konnten sie mitarbeiten. Dies änderte sich mit dem Beginn des Kalten Krieges, als die Kirchen immer mehr als Vertreter einer bürgerlichen Weltanschauung identifiziert wurden. Durch die immer stärker werdende Rolle der SED und die politische Gleichschaltung in der SBZ wurde die Evangelische Kirche ab 1947 immer kritischer gegenüber den politischen Entwicklungen. Sie hatte in den Ländern der SBZ aber kaum die Möglichkeit, politisch- soziale Forderungen wie in den westlichen Besatzungszonen vorzutragen. Christentum und Marxismus- Leninismus standen sich mit ihrem Anspruch auf das Weltanschauungsmonopol gegenüber. Die Kirche konnte keine offensive und konstruktive Strategie gegenüber der staatlich- gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR formulieren.[106]
Die Besonderheit der sowjetischen Besatzungspolitik lag darin, dass die UdSSR eine Gruppe von Deutschen vor Kriegsende mitgebracht hatte. Diese als zuverlässig geltenden Kader waren bedingungslose Gefolgsleute der Russen. Daraus resultierte die Bereitschaft der Sowjets, den politischen Führungsanspruch von KPD und SED uneingeschränkt in der sowjetischen Besatzungszone zu unterstützen.[107]

---

102 Ebenda, S. 51 f.
103 Martin Höllen (Hrsg.), Loyale Distanz ? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR, Band 1, Berlin 1994.
104 Sigurd Rink, Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR, Stuttgart 1996. Vgl. Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, Bonn 1997, S. 71.
105 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 45 f.
106 Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 69.
107 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 46.

1.4. Synode[108] in Treysa - die EKD im Widerspiel der Kräfte

Die Evangelische Kirche bekannte sich bereits auf ihrer ersten überregionalen Bekenntnissynode am 31. Juli 1945 in Berlin zu ihrem politischen Versagen[109] im ,,Dritten Reich". Die politische Dimension kirchlichen Verhaltens wurde auch in der Erklärung der Kirchenkonferenz von Treysa (Hessen) im August 1945 skizziert und insbesondere im ,,Stuttgarter Schuldbekenntnis"[110] der Evangelischen Kirche Deutschlands im Oktober 1945. In Treysa, wo sich Vertreter fast aller Landeskirchen aus allen vier Besatzungszonen versammeln konnten, traten starke Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln des deutschen Protestantismus auf. Dabei ging es vornehmlich um die organisatorische und inhaltliche Fortführung der im Widerstand erreichten Kooperation zwischen Lutheranern, Reformierten und Unierten.[111] Die bayerische Delegation hatte wegen der Teilnahme Karl Barths als Mitglied des Reichsbruderrates, unter Berufung auf seine Deutschlandfeindlichkeit, mit ihrer Abreise gedroht.
Der Schweizer Karl Barth, einer der einflussreichsten Theologen der Bekennenden Kirche, und Martin Niemöller als Sprecher des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche wollten bei der Aufarbeitung der Vergangenheit deutlicher werden. Barth äußerte, er habe auch in Kreisen der Bekennenden Kirche ,,viel und mit einer verdächtigen Inbrunst von den Dämonen reden hören" und empfahl, ,,ohne allen Ballast erbaulicher und theologischer Erläuterungen und Vorbehalte nüchtern politisch" die Ursachen des Nationalsozialismus und der deutschen Schuld aufzudecken, dann würden sich die Dämonen ,,in Rauch und Gestank auflösen".[112]

Enttäuschend war dagegen die Rede von Landesbischof Wurm, der vom Betrug des nationalsozialistischen Regimes an den evangelischen Christen sprach, die Mitwirkung und Durchsetzung des Nationalsozialismus durch die Kirche aber verschwieg. Dies griff Niemöller auf als er sagte, die eigentliche Schuld liege auf der Kirche, weil sie wusste, dass der Weg ins Verderben führe und das geschehene Unrecht nicht aufgedeckt wurde.[113] Nach heftigen An-

---

[108] In der evangelischen Kirche aus Geistlichen und Laien zusammengesetzt, mit gesetzgeberischen und leitenden Funktionen innerhalb ihres kirchlichen Bereichs ausgestattet.

[109] Bis zur Wende des Krieges im Jahr 1943 fanden die militärischen Erfolge Deutschlands unter den protestantischen Theologen größtenteils Zustimmung. Politischen Widerstand leisteten nur wenige, die meisten standen bis zum Ende auf der Seite ihrer Obrigkeit. Vgl. Ernst Wolf, Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart, in: Horst Zillessen (Hrsg.), Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 203 ff. Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 11.

[110] Günter Heidtmann, Hat die Kirche geschwiegen ? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945- 1964, Berlin 1964, S. 11 ff., 16- 21. Vgl., Friedrich Merzyn (Hrsg.), Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945- 1959, Hannover 1993, S. 14. Vgl. Eschenburg, Jahre der Besetzung, S. 221.

[111] Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945- 1955, Bonn 1991, S. 59 ff.

[112] Karl Barth, Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, Zöllikon 1945, S. 38 f.

[113] Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 118. Vgl. Martin Lotz, Evangelische Kirche 1945-1952: die

griffen zwischen den Bruderräten und Lutheranern schienen endlich die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der kirchlichen Gruppen geschaffen, um eine neue Kirchenleitung zu bestimmen. Der vorläufige Rat der EKD setzte sich seit dem 27. August 1945 wie folgt zusammen:[114]

Landesbischof Wurm, Stuttgart- Vorsitzender
Pfarrer Niemöller, Darmstadt- stellvertretender Vorsitzender

Landesbischof Meiser- München	Pastor Niesel, Reelkirchen über Blomberg
Bischof Dibelius, Berlin	Pastor Asmussen, Schwäbisch Gmünd
Oberkirchenrat Lilje, Hannover	Superintendent Hahn, Stuttgart
Superintendent Held, Essen	Professor Smend, Göttingen
Rechtsanwalt Heinemann, Essen	Oberstudiendirektor Meyer, Hamburg

Als sich der Rat der EKD am 18. und 19. Oktober 1945 in Stuttgart traf und die Schulderklärung verlas, wurde dies als Genugtuung von den Kirchenvertretern der westlichen Ökumene[115] empfunden. Jetzt war es ihnen möglich, die evangelischen Kirchen in Deutschland in den Kreis der weltweiten Christenheit aufzunehmen und Hilfsmaßnahmen zugunsten der Deutschen einzuleiten.[116] Wie stark das Vertrauen der ausländischen Kirchen in die deutsche evangelische Kirchenführung erschüttert war, verdeutlicht ein Brief des Generalsekretärs des Weltkirchenrates Vissrt' Hooft an Niemöller[117]: „[...]Wohl fragt man mich immer, ob die Kirche in Deutschland hinter diesem Wort steht. [...]Ich sage, dass die Leitung jedenfalls alles tun wird, um zu erreichen, dass das Wort von Stuttgart wirklich als Wort der ganzen Kirche gelten darf."
Ein Beobachter der Militärregierung, Theodore Lapp von der U.S. Group Control Council (USGCC), empfand die Treysaer Kirchenkonferenz zwar als enttäuschend, weil die deutschen evangelischen Kirchen keinerlei Reue für die Aggression und die in anderen Ländern verübten Grausamkeiten gezeigt hätten. Dennoch äußerte sich die USGCC im Hinblick auf die vorläufige EKD dahingehend: „[...] if the Council can be established and controlled from the start on lines which we approve, it might well become a powerful and influential ally in the

---

Deutschlandfrage, Stuttgart 1992, S. 35 ff.

114 Lotz, Evangelische Kirche, S.185. Die endgültige Gründung der EKD erfolgte 1948. Es handelte sich um einen Bund autonomer Landeskirchen, wie sie seit 1919 bestanden hatten, zit. nach Theodor Eschenburg, Jahre der Besetzung 1945- 1949, Band 1, Stuttgart 1983, S. 221.

115 Ökumenische Bewegung, verstanden als überkonfessionelle kirchliche Einheitsbewegung unter Nichtbeteiligung des römischen Katholizismus, zit. nach Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 69.

116 Lotz, Evangelische Kirche, S. 35, S. 39.

117 EZAB, Bestand 6 / 7321, Brief Visser't Hoofts an Niemöller v. 9. 11. 1945.

battle which must sooner or later be fought against the encroachment of Communism in the moral and spiritual field."[118] Hier zeigte sich erstmals, wenn auch auf hoher politischer Ebene, eine Neuorientierung der amerikanischen Militärregierung in einer Zusammenarbeit mit den Deutschen in religions- und kirchenpolitischen Fragen.

Bereits wenige Wochen nach der Kapitulation setzte die Unterstützung der EKD durch die Ökumenische Bewegung ein und führte zu ihrer Stabilisierung. Zunehmend trat die EKD selbstbewusster auf, um die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Die Gründung des Hilfswerkes der EKD mit Unterstützung der Ökumene halfen die Not zu lindern. Die Berichte des Ökumenischen Rates der Kirchen haben maßgeblich das Deutschlandbild des Auslands und ihrer Regierungen geprägt. Gleichzeitig beeinflussten sie die Politik der westlichen Besatzungsmächte. Ein weiteres Anliegen der EKD war es, die Christianisierung der Gesellschaft zu befördern und damit eine hervorgehobene Funktion im öffentlichen Leben zu führen.[119]

1.5. Stellungnahmen der Kirchenführer zur Nachkriegssituation

Für die Untersuchung zum Verhalten der Evangelischen Kirche zur Wiederbewaffnung wird es interessant sein, zunächst die führenden Kirchenmänner der Nachkriegszeit zu skizzieren, die sich in den Debatten um die Friedenssicherung besonders hervortaten. Welche Auffassung von Demokratie und Kriegsschuld äußerten die evangelischen Geistlichen in der Öffentlichkeit?

Seit Ende des Krieges bemühte sich die Kirche nicht nur aus humanitären Gründen um Einflussnahme auf die Kriegsverbrecherprozesse.[120] Sie kritisierte die Zusammensetzung der Gerichte, sprach von ,,Siegerjustiz" und verwies auf die Problematik von Befehl und Gehorsam gegenüber Hitler als Oberbefehlhaber der Armee.[121] In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Amerikaner die protestantische Kirche zwar als gegen die Nazis eingestellt charakterisiert, sie hatten sie aber auch als ,,extrem konservativ bis hin zu nationalistisch mit junkermonarchistischen Tendenzen" beschrieben.[122] Dies äußerte sich in Stellungnahmen hoher

---

118 Political Division, Control Commission for Germany (British Element), Advanced Headquarters Berlin, 22. 3. 1946, in: PRO, FO 371/ 55654, zit. nach Scheerer, Kirchen, S. 142.

119 Armin Boyens, Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946; in: Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge von Armin Boyens u.a., Göttingen 1979, S. 42 ff.

120 Die Kirchen suchten die fehlende staatliche Zentralinstanz zu übernehmen, und nicht aus christlich motivierter Gegnerschaft zur Todesstrafe, sondern aus nationalen Ressentiments lehnten sie die Urteile der Militärgerichte der Alliierten ab, zit. nach Norbert Frei, Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und die NS- Vergangenheit, München 1996, S. 21.

121 Frei, Vergangenheitspolitik, S. 21, 134.

122 Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945- 1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 20.

Kirchenmänner und zahlreichen Gnadengesuchen für die ehemalige militärische Elite, mit denen sich vor allem die evangelischen Landesbischöfe hervortaten.
So sprach der bayerische Landesbischof Meiser am 7. Mai 1945 in einem Rundschreiben an die Pfarrer von der Kriegsniederlage als einer ,,Vollendung der deutschen Tragödie". Der Landesbischof von Berlin- Brandenburg, Otto Dibelius, betonte den Willen der Kirche zur Selbstreinigung von ,,deutschchristlichen Einflüssen", lehnte aber die Einführung der Demokratie ab, die er eine ,,fremde Ideologie" nannte, die den Deutschen ,,durch die Erfahrung der Weimarer Zeit mit Arbeitslosigkeit und uneffizienter Außenpoltik" verbunden sei.[123] Der Leiter der einflussreichen Kirchenkanzlei, Hans Asmussen, trat ab 1946 als Kritiker der Alliierten hervor und verfasste im Frühjahr ein ,,Sündenregister der Alliierten", das die Schuld des deutschen Volkes aufheben sollte. Als Vergehen der Besatzer sah er die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Osteuropa, die ungeklärten Schicksale deutscher Kriegsgefangener, die Entnazifizierung und Internierung von NS- Funktionären und die Verelendung des deutschen Volkes. Asmussen verkündete all jenen die Vergebung der Sünden, durch die sie mitschuldig geworden seien am Nationalsoziaismus und allen seinen Werken.[124]
Am 14. Dezember 1945 hatte sich Bischof Wurm in einem offenen Brief an den Erzbischof von Canterbury gewandt, als Antwort auf dessen Botschaft an das deutsche Volk.[125] Wurm verwies auf das Stuttgarter Schuldbekenntnis des Rates der EKD und bat nun mit Hilfe der britischen Christen, auch die innere Bedrängnis des deutschen Volkes beenden zu helfen. Wurm führte aus, der Sieg der Alliierten sei kein Sieg der Guten über die Bösen gewesen, weil die Besatzer für die Zerschlagung und Besetzung Deutschlands genauso Gewaltakte begangen hätten, wie die Deutschen, deren Taten doch gerade von ihnen verurteilt würden. Der Bischof beklagte die zu hohen Reparationslasten, den Mangel an Rohstoffen und die Vorgehensweise bei der Entnazifizierung. Dies alles, so Wurm, könne dazu führen, dass böse Geister nach Rache und Vergeltung riefen. Der Versuch, ,,das deutsche Volk in einen noch engeren Raum zu drängen und die materielle Basis für seine weitere Existenz noch weiter zu beschneiden, sei nicht anders zu beurteilen als der Versuch Hitlers, die jüdische Rasse zu vernichten".[126] Unter Umgehung der Inlandzensur gelangte der Brief zunächst zur britischen Militärregierung in Bünde/ Westfalen, die ihn an den Erzbischof von Canterbury weiterleitete.

---

123 Ebenda, S. 19 ff. Vgl. Kerstin v. Lingen, Kesselrings letzte Schlacht, Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring, Paderborn 2004, S. 206.

124 Asmussen an Bischöfe und leitende Amtsträger v. 29. 11. 1946, zit. nach Vollnhals, Evangelische Kirche, S. 40. Vgl., Lingen v., Kesselring, S. 207.

125 Kanzlei der EKD, Schwäbisch Gmünd, den 29. Nov. 1945, An die Herren Bischöfe und leitenden geistlichen Amtsträger, in: WNRC, RG 260, Box 341-2, Folder 34, zit. nach Scheerer, Kirchen, S. 151.

126 World Council of Churches (In Process of Formation), Department of Reconstruction and Inter- Church Aid, Stewart W. Herman, To: Donald Heath, USFET Headquarters, Office of Diplomatic Adviser, Decem-

Nach der Veröffentlichung durch die BBC beklagte sich der amerikanische Botschafter Murphy bei den Briten wegen der Umgehung der Zensur. Wurms Vergleiche waren für ihn nicht nachvollziehbar, es sollte aber vermieden werden, durch öffentliche Kritik Bischof Wurm Publizität zu verschaffen. Statt dessen sollte die ,,Religious Affairs Section"[127] der Militärregierung Württemberg- Badens Wurm belehren, dass er mit derart überzogener Kritik bei den Amerikanern unglaubwürdig geworden sei und in Zukunft keine Ausreisegenehmigung erhalten würde, um solche Unwahrheiten zu verbreiten. Wurm arbeitete weiter gegen die Alliierten, indem er am 16. April 1946 einen Brief zum Thema Entnazifizierung an die amerikanische Militärregierung sandte und darin seine Unzufriedenheit über die andauernden Prozesse äußerte. Ebenso erhob er schwere Anschuldigungen gegen die Alliierten und ihre Politik auf einer Tagung am 27. Juli in der Evangelischen Akademie in Bad Boll. Seine Ausführungen gingen weit über die Befugnisse eines Bischofs hinaus, wie die Amerikaner beklagten. Die Militärregierung nahm den altersbedingten Rücktritt Wurms als Landesbischof von Württemberg wie auch als Ratsvorsitzender der EKD mit Genugtuung auf.[128]

Außer von Wurm gab es aber auch ganz andere Stellungnahmen vom Rat der EKD. So äußerte sich Martin Niemöller bereits im August 1945 als Sprecher des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche:

,,Die Not geht nicht zurück auf die Tatsache, dass wir den Krieg verloren haben; wer von uns möchte denn wünschen, wir hätten ihn gewonnen; wo würden wir stehen, wenn Hitler gesiegt hätte! [...]Und hier trägt die Bekennende Kirche ein besonders grosses Maß von Schuld; denn sie sah am klarsten, was vor sich ging und was sich entwickelte. Sie hat sogar dazu gesprochen und ist dann doch müde geworden und hat sich vor Menschen mehr gefürchtet als vor dem lebendigen Gott."[129]

Von den Spannungen führender Kirchenmänner untereinander zeugt ein Brief Niemöllers an den Generalsekretär des Weltkirchenrats in Genf:

,,Ich habe die ganzen restaurativen Kräfte gegen mich und überdies die Feindschaft der extremen Rachepolitiker auf der anderen Seite. In der letzten Ratssitzung machte sogar Wurm einen Vorstoß, um die Gelegenheit zu benutzen, mir das Kirchliche Außenamt zu nehmen. Der Angriff wurde abgeschlagen; aber es war mir dann doch interessant, von Wurm für eine unvermutete Frage, wer ihn eigentlich zu einem solchen Vorstoß aufgeputscht hätte, die Antwort zu bekommen, daß ihm Gerstenmaier seit langer Zeit in den Ohren gelegen habe! - Ich vermute allerlei konfessionelle Kräfte hinter dieser Geschichte."[130]

Nicht nur die Alliierten sahen die evangelische Kirche in den ersten Nachkriegsmonaten mit

---

ber 14 th, 1945, in: WNRC, RG 84, Box 737, Folder 3, zit. nach Scheerer, ebenda.

127 Dienststelle der amerikanischen Militärregierung für die Planung der Religions- und Kirchenpolitik.

128 The Present Situation in the Evangelical Church of Germany, 20 th August 1946, S. 1 f., in: PRO, FO 371/ 55656, zit. nach Scheerer, S. 153.

129 Joachim Beckmann (Hrsg.), Kirchliches Jahrbuch 1945- 1948, Gütersloh 1950, S. 12.

130 EZAB, Bestand 6/ 7321, Brief Niemöllers an Visser' t Hooft vom 22.11. 1947.

sich selbst beschäftigt. Trotzdem schaffte sie es, ein ,,Wort an die Gemeinden" zu formulieren, dem von ganz unterschiedlichen Gremien, wie der Spandauer Bekenntnissynode über den Reichsbruderrat bis hin zur Kirchenversammlung, zugestimmt werden konnte. Diesen Text hatten jüngere Theologen formuliert, und er beinhaltete drei Aussagen. Die eine war die, dass das Unheil der Gegenwart eine lange Vorgeschichte habe, in Gestalt religiöser, rechtlicher und humaner Vergehen, aber auch durch die Gleichgültigkeit der Zeitgenossen. Andererseits wurde auf den Widerstand hingewiesen, der von Männern und Frauen aus allen Schichten und Bekenntnissen geleistet wurde. Schließlich wurde die Bekennende Kirche erwähnt, die vom Volk getrennt wurde und deren Verkündigung niemand mehr hören durfte. Diese Worte der nun freien Kirche riefen zur Erneuerung und zum Neuanfang auf.[131]

Im Hinblick auf die Frage zum Verhältnis der Kirche zu einer möglichen Wiederbewaffnung gab es zahlreiche Verbindungen zu den ehemaligen militärischen Eliten. Für die als Kriegsverbrecher verurteilten Offiziere setzte sich die Kirche ein, neben den genannten Kirchenführern waren dies auch die Bischöfe Lilje, Dibelius und der Leiter des kirchlichen Außenamtes Martin Niemöller.[132] Gerade er, der in Haft gesessen hatte, konnte sich mit den Forderungen nach Freilassung ,,ehrenhafter" Militärs identifizieren, dies hinderte ihn nicht daran, wenige Jahre später die Wiederaufrüstung strikt abzulehnen. Sie widersprach den Interessen der evangelischen Kirche, die Einheit des Landes zu erhalten. Wie konnte die EKD eine mehrheitliche Meinung zum Friedenswillen herstellen, der sich in einem bestimmten politischen Verhalten bei allem innerkirchlichen Streit ausdrückte?

1.6. Erklärungen der EKD zum Frieden

Der Zusammenschluss der christdemokratischen Parteien und Politiker im Frühjahr 1947 zur ,,Nouvelles Equipes Internationales" (NEI) ermöglichte die Begegnung führender deutscher und französischer Christdemokraten. In Genf trafen der französische Außenminister Georges Bidault und Konrad Adenauer als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone zusammen[133]. Auf der NEI- Tagung vom 31. Januar bis 2. Februar 1948 in Luxemburg wurde bereits die zukünftige politische Rolle Deutschlands, unter besonderer Berücksichtigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses, diskutiert. Wenige Tage vor Beginn der Londoner Sechsmächtekonferenz, auf der die Gründung eines westdeutschen Staates beschlossen werden sollte,

---

131 Greschat, Die evangelische Kirche, S. 125.

132 Niemöller war von 1941- 1945 als Mitglied der Bekennenden Kirche in Dachau inhaftiert. Er war von der Nachkriegspolitik der Alliierten enttäuscht, weil durch die Demontagen den Deutschen die Grundlagen für den Aufbau des Landes entzogen wurden, zit. nach v. Lingen, Kesselrings letzte Schlacht, S. 206.

133 Walter Lipgens, Zukunftsplanungen christlicher Kirchen und Gruppen während des Zweiten Weltkrieges, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994, S. 9.

verwies Adenauer auf dem Luxemburger NEI- Kongress darauf, dass seine Partei ,,das einzige verlässliche Bollwerk in Deutschland gegen den Kommunismus sei".[134] Wichtig waren ihm die Abgrenzung zu Sozialismus und Kommunismus. Dies erleichterte ihm die Bindung Westdeutschlands an das westliche Europa. Hiermit verbunden war das umstrittenste Thema der nächsten Zeit, die Sicherheitsfrage der Deutschen.

Als vorrangig sah die Kirchenleitung der EKD die Sicherung des Friedens, dazu gehörte es, Alternativen zur Politik der Besatzungsmächte zu entwickeln, dies geschah unter dem Eindruck wachsender Spannungen zwischen Ost und West. Auf der Kirchenversammlung in Eisenach am 13. Juli 1948 hieß es dazu:

,,Das deutsche Volk, seiner Freiheit beraubt und in der Gewalt anderer Mächte, kann wenig dazu beitragen, dass Frieden werde. [...]Wir Christen müssen erklären: für uns ist der Kriegszustand mit den anderen Völkern beendet, auch wenn man uns den Frieden noch nicht gewährt hat. [...]Insbesondere mahnen wir alle Glieder unseres Volkes nicht dem Wahn zu verfallen, als könne unserer gemeinsamen Not durch einen neuen Krieg abgeholfen werden."[135]

Am 1.9. 1948 veröffentlichte die Kanzlei der Evangelischen Kirche in Schwäbisch Gmünd eine ,,Denkschrift über Kriegsdienstverweigerung und Friedensgedanken", die an die Mitglieder des Rats der EKD und die Leitungen der deutschen evangelischen Landeskirchen gerichtet war.[136] Darin wurde auf die Bestrebungen gegen den Zwang zum Kriegsdienst nach der Kapitulation Deutschlands verwiesen. In mehreren deutschen Ländern führten diese Bestrebungen zu gesetzlichen Festlegungen . Als erste bestimmte die Verfassung des Landes Baden vom 22. 5. 1947 in ihrem Artikel 3: ,,Kein badischer Staatsbürger darf zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden". Bayern folgte am 23. 10. 1947 mit einem Gesetz, das Straffreiheit bei Kriegsdienstverweigerung vorsah. Die am 22. 4. 1948 angenommene neue Berliner Verfassung erkannte ebenfalls das Recht auf Kriegsdienstverweigerung an und erklärte Handlungen für strafbar, die geeignet seien, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Am selben Tag wurde in Württemberg- Baden vom Landtag ein Gesetz mit folgendem Wortlaut angenommen: ,,Niemand darf zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden".

Während diese Gesetzesauszüge ein ausdrückliches Recht auf Kriegsdienstverweigerung zeigten, betonten andere Verfassungen den Gedanken der Völkerverständigung und Völkerversöhnung. So forderte der Entwurf einer Verfassung für Nordrhein- Westfalen ausdrücklich

---

134 Walter Lipgens/ Wilfried Loth (Hrsg.), Documents on the History of European Integration. Volume 4: Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, Dokument 118/B, Berlin/ New York 1991, S. 490 ff.

135 Joachim Beckmann (Hrsg.), Kirchliches Jahrbuch (KJ) 1945- 1948, S. 185 f.

136 EZAB, Bestand 4/ 490, Denkschrift der Kanzlei der EKD v. 1. 9. 1948, S. 1.

eine Erziehung im Geiste der Kriegsächtung. In Bayern brachte die SPD einen Antrag ein, der deutschen Staatsangehörigen den Eintritt in den militärischen Dienst einer fremden Macht verbieten sollte. Innerhalb der protestantischen Kirche wurde ein ,,Bund kriegsgegnerischer Pfarrer" gegründet, der im April 1948 eine erste Tagung in Braunschweig abhielt. Tätigkeiten im Dienst des Friedensgedankens durften sich frei entfalten, die früher geltenden Strafbestimmungen über Hoch- und Landesverrat und Zersetzung der Wehrkraft waren entweder gegenstandslos geworden oder ausdrücklich aufgehoben worden.[137]

Die protestantische Kirche vertrat zu diesem Thema keine einheitliche Auffassung. Gemäß der mittelalterlichen Tradition machte Luther die Unterscheidung vom gerechten und ungerechten Krieg. Ungerecht war der ,,Angriffskrieg", der ,,Verteidigungskrieg" dagegen wurde als gerecht empfunden, weil er als Ausfluss jenes Schwertamtes gesehen wurde, das Gott nach Römer 13 eingesetzt habe, um die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen. Natürlich tauchte schon damals das Problem auf, dass beide Seiten den Standpunkt eines gerechten Krieges vertraten.

Mit der nationalen Staatsidee, der Lehre von der sittlichen Macht und dem Lebensrecht des Staates wurden die Versuchungen verkannt, die im Wesen der politischen Macht lagen [138].

Die Württembergische Evangelische Kirche veröffentlichte am 15. 6. 1948 eine Stellungnahme zur Kriegsdienstverweigerung, in der es hieß: ,,Wir können auf Grund dessen, was die Heilige Schrift über das Wesen dieser Welt aussagt und was ja auch durch die Erfahrung bestätigt wird, die Erwartung nicht teilen, dass diese Welt jemals durch Beschlüsse und Gesetze der Menschen zu einem Reich des Friedens werden kann."[139]

Die Denkschrift zitierte den Schweizer Theologen Emil Brunner, der zwischen dem zeitlosen und aktuellen Kriegsproblem unterschied. Unbedingten Pazifismus hielt er für utopisch und gleichbedeutend mit Anarchie, da, wer den Staat als Notwendigkeit bejahe, auch den Krieg als eventuelle Notwendigkeit ansehen müsse. Der Krieg von heute sei aber mit Völkerselbstmord identisch geworden und deshalb sei es denkbar, dass politisch denkende Bürger dem Staat einen Dienst verweigerten, weil sie dies als das Gebot Gottes an sie erkennen würden. In dem Papier wurde auch auf den modernen Pazifismus hingewiesen, der neuerdings auf die Sinnlosigkeit eines so genannten Sieges im Zeitalter der Atombombe verweise.

Eine weitere Gruppe Kriegsgegner von der Aktionsgruppe Heidelberg, Professor Alfred Weber und der Verleger Lambert Schneider, setzten sich für das deutsche Volk dahingehend ein, dass es für die Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft nur die Möglichkeit der Neutra-

---

137 Ebenda, S.1.
138 Ebenda, S. 2.
139 Ebenda, S. 3.

lisierung gebe. Dies sei verbunden mit einem absoluten Verzicht auf den Kriegsdienst. Für die Zukunft sei es entscheidend, Anschauungen zu bekämpfen, die es in der Vergangenheit ermöglichten, dass die Deutschen jenen dunklen Kräften anheimfielen, die sie auf den Weg des Angriffs und der Selbstzerstörung geführt hätten, so die württembergische Kirche.
Als Ergebnis wurde festgehalten, dass die Achtung der Gewissensfreiheit den Schutz der aus echter Überzeugung hervorgegangenen Kriegsgegnerschaft erfordere. Die Bestrafung überzeugter Kriegsdienstverweigerer, wie in der Vergangenheit, widerstrebe den sittlichen Anschauungen. Die Gesetzgebung der USA, Englands, der Niederlande und der Schweiz zeige den Weg, der sich in den Weltkriegen bewahrt habe und den Missbrauch verhüte. Die Kirche werde ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen, dass nicht nur im Raum der Kirche, sondern besonders in der Schule die Erziehung auf Frieden und Versöhnung ausgerichtet sei und jede Verherrlichung des Krieges unterbleibe.[140]
Nach der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten veränderte sich das politische Bewusstsein in der Bevölkerung. Schuld an der katstrophalen Lage des Landes war nicht mehr der Hitlerfaschismus, sondern die Sowjetunion, mit der die Vertreibung, Demontagen und die Teilung des Landes in Verbindung gebracht wurden. Der Rat der EKD äußerte sich auf seiner Sitzung in Halle am 18. 1. 1950: ,,Die Evangelische Kirche kann den infolge der Politik der Besatzungsmächte entstandenen Eisernen Vorhang nicht anerkennen. Er stellt eine ständige Bedrohung des Friedens und der Freiheit dar". Auf einer Pressekonferenz erklärte Bischof Dibelius, die evangelische Kirche lege Wert darauf, völlig unabhängig ihren ausschließlich von religiösen Erwägungen diktierten Weg zu gehen.[141]
Konkretere Vorstellungen über das Zusammenleben der Deutschen hatte Martin Niemöller in der Zeitung ,, New York Herald Tribune " geäußert. Seiner Meinung nach würden die Deutschen auf Dauer lieber gemeinsam unter einer kommunistischen Diktatur leben als in einem geteilten Deutschland[142]. Das Interview[143] mit der Journalistin Marguerite Higgins am 14. Dezember 1949, also nur wenige Tage nachdem der Bundeskanzler dem ,,Cleveland Plain Dealer" die Bereitschaft zur Aufrüstung verkündet hatte, löste in der evangelischen Kirche eine langanhaltende Diskussion aus. Niemöller erklärte in einer Stellungnahme, sollten Rus-

---

140 EZAB, Bestand 4/ 490, Denkschrift der Kanzlei der EKD v. 1.9. 1948, S. 4 f., S. 7.
141 LKAB, Pressearchiv- Ordner 39, Welt, 19. 1. 1950.
142 LKAB, Pressearchiv- Ordner 39, Tagesspiegel, 11. 1. 1950, ,,Kirchenkonferenz hinter verschlossenen Türen".
143 Vgl. KJ 1950, S. 240 f., S. 241- 243 (Richtigstellungen). Niemöller vermutete, dass die Deutschen gegenüber einer fortbestehenden Spaltung ihres Landes es vorzögen, das Wagnis des Kommunismus auf sich zu nehmen; ,,they would feel that they would have more chance of surviving as a nation under those circumstances". Weiterhin schlug er die Übernahme Deutschlands durch die UNO vor und sprach von der Bundesregierung als ,,conceived in the Vatican and born in Washington. The continuance of the West German State means the death of Continental Protestantism", zit. nach Rausch/ Walther, Evangelische Kirche, S.47.

sen und Amerikaner wirklich gegeneinander Krieg führen, sehe er nicht ein, warum sich die Deutschen gegenseitig ums Leben bringen sollten. ,,Ich bin davon überzeugt, dass die Deutschen beider Zonen eine solche Beteiligung am Krieg und damit auch jede Remilitarisierung entschieden ablehnen."[144] Der gegenwärtige Zustand sei unerträglich, weil keine noch so verlockenden Vorteile, die dem Osten oder Westen Deutschlands angeboten würden, die Bindung aneinander lösen könne.

Nur ein Ende der Spaltung Deutschlands könne zur Entspannung der Weltsituation führen und so sei auch sein Vorschlag zu verstehen, Deutschland einheitlich, wie im Potsdamer Abkommen vorgeschlagen, zu verwalten. Die Spaltung hätten nicht die Deutschen sondern die Besatzungsmächte verursacht. Um den ,,Eisernen Vorhang" in der Mitte Deutschlands aufzulösen, solle die UNO das Land besetzen und die vier Besatzungsmächte ablösen. ,,Das wäre eine bessere Absage an die Mächte des Nationalismus und Totalitarismus als der zum Scheitern verurteilte Versuch, die jetzige Aufteilung des deutschen Volkes auf zwei einander widerstrebende Interessengruppen als Normalzustand stabilisieren zu wollen."

In seinem ,,Higgins- Interview" war Niemöller auch auf einen dauerhaften konfessionellen Frieden eingegangen, der nur durch die Wiedervereinigung des deutschen Volkes herzustellen sei. In einer Mitteilung vom 24. 12. 1949[145] erklärte er:

,,Die Amputation Ostdeutschlands mit den abgetretenen Gebieten von Ostpreussen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien und die damit verbundene Austreibung der Bevölkerung bedeutet, zusammengenommen mit der Abtrennung der heute russisch besetzten Zone Deutschlands, den schwersten Schlag, den der europäische Protestantismus seit den Tagen der Reformation erlitten hat. Wenn ich auf diese Tatsache hinweise, dann möchte ich darauf nicht die Antwort hören, daß ich den konfessionellen Frieden störe oder gefährde."

Niemöllers Vorschlag einer UNO- Besetzung fand wenig Beachtung, seine konfessionspolitischen Ausführungen und der Hinweis auf die Abhängigkeit beider deutscher Staaten brachten grosse Unruhe und führten zu Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche. Selbst im Bruderrat, dem politisch agilsten Teil der evangelischen Kirche, fanden die Positionen Niemöllers nur wenige Anhänger. Im Rahmen einer Aussprache am 8. Februar 1950 zu den Niemöller- Interviews wurde der Antrag gestellt, der Reichsbruderrat möge sich hinter Niemöller stellen. Selbst dieser Versuch, Niemöller zu stützen, wurde abgelehnt.[146]

Im April befasste sich die EKD-Synode in Berlin- Weißensee mit dem Thema ,,Was kann

---

144 Landeskirchliches Archiv Bremen (LKAHB), Akte N 211/ 125 b ,,Martin Niemöller zum Higgins- Interview in der New York Herald Tribune vom 14. Dezember 1949". Erstmalig veröffentlicht in: Wiesbadener Tageblatt, 16. 12. 1949.

145 LKAHB, Akte N 211/ 125 a.

146 Hektographierte Abschrift des Protokolls der Bruderratssitzung, Zentralarchiv der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau (Landeskirchenamt Darmstadt), 36/ vorl. 21a, zit. nach Johanna Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, Göttingen 1978, S. 82.

die Kirche für den Frieden tun? " Aufgrund der Teilung Deutschlands in Ost und West erging folgender Appell an die Gemeinden:

,,Haltet euch fern dem Geist des Hasses und der Feindseligkeit! Lasst euch nicht zum Werkzeug einer Propaganda machen, durch die Feindschaft zwischen den Völkern gefördert und der Krieg vorbereitet wird, auch nicht zum Werkzeug irgendeiner Kriegspropaganda, die in Wirklichkeit Hass sät und den Krieg betreibt! Verfallt nicht dem Wahn, es könne unserer Not durch einen neuen Krieg abgeholfen werden! [...]Werdet eindringlich und unermüdlich vorstellig bei allen, die in poltischer Verantwortung stehen, dass sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen. Wir legen es jedem auf das Gewissen, zu prüfen, ob er im Falle eines solchen Krieges eine Waffe in die Hand nehmen darf."[147]

In einer Rundfunkansprache der BBC sprach Dibelius von der Angst der Deutschen vor einem Krieg, nachdem der Korea- Krieg am 25. Juni 1950 ausgebrochen war. Deutschland würde zum Hauptkriegsplatz bei einem neuen Krieg in Europa. Das Land sei nicht imstande, sich selbst zu verteidigen, weil es keine Armee und keine Waffen besäße. Deshalb sei es ohnmächtig dem ausgesetzt, was die großen Nationen planten.[148] Sprach aus diesen Worten der Glaube, dass Deutschland mit einer eigenen Armee besser geschützt sei im Falle eines Angriffs, so bezog der Rat der EKD auf dem Essener Kirchentag eher die Position, von den Alliierten Schutz zu erbitten. Am 27. August 1950 veröffentlichte der Rat eine Gegenposition zu den Befürwortern einer Wiederaufrüstung:

,, [...]Jedes geordnete Staatswesen bedarf eines ausreichenden Polizeischutzes gegen die, die Ordnung und Frieden zu untergraben versuchen, und wer sich als Christ in seiner Verantwortung vor Gott gedrungen weiss, in den Dienst dieser Aufgabe zu treten, darf sich dabei eines guten Gewissens trösten.
Einer Remilitarisierung können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwergerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. In jedem Fall muss aber derjenige, der um seines Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten. [...]Dies alles gilt insbesondere von einem gewaltsam gespaltenen Volk. Deutsche Brüder und Schwestern: Redet Gutes voneinander, auch über den Eisernen Vorhang hinweg! Vertraut einander und haltet Gemeinschaft miteinander! Dass Deutsche auf Deutsche schiessen, muss undenkbar bleiben."[149]

Ein Stimmungsbild der Kirchenkonferenz vor dem Essener Kirchentag am 23. und 24. August zeichnete Pastor Urban aus Bremen in einem vertraulichen Schreiben.[150] Es zeigte die Unentschlossenheit der Kirchenleitung, den Gemeinden eine klare Aussage zur Remilitarisie-

---

147 Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 25.
148 LKA B, Bestand 603/ A5/1, Nachlass (NL) Dibelius.
149 LKA B, Bestand 37/ 15, Der Rat der EKD zur Frage der Wiederbewaffnung (Abschrift), Ev. Pressedienst Nr.26, v. 29. 8. 1950. Vgl. KJ 1950, Joachim Beckmann (Hrsg.), 1951, S.166.
150 LKAHB, Akte N 211/ 79- 82, Vertraulicher Bericht zur Essener Kirchenkonferenz am 23. und 24. 8. 1950, S. 2- 4. Der Unterzeichner des Schreibens war Pastor und Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche.

rung zu machen. Im Vorwort hieß es: ,,Nach einer Einführung von Bischof Haug zu der gegenwärtigen Problematik der Friedensfrage, einer Verstärkung der Polizei und einer in der Öffentlichkeit erörterten Wiederaufrüstung, tritt die Kirchenkonferenz in eine Aussprache darüber ein, ob ein Wort des Rates an die Gemeinden und an die Öffentlichkeit zu dieser Frage gesprochen werden soll, und was etwa in diesem Wort enthalten sein müsse."

Pastor Urban berichtet über die Ratlosigkeit auf der Konferenz, dabei ging es vor allem um die drei Fragen:

1. Soll es dabei bleiben, dass der Kriegsdienstverweigerer im Falle einer Wiederaufrüstung und Mobilmachung den Schutz des Staates und der Kirche genießt?
2. Ist der wehrlose Staat vom Evangelium aus als christliches Ideal zu proklamieren?
3. Lockt der wehrlose Staat den Feind, ihn zu überfallen, oder hält er ihn davon zurück?

Die erste Frage beantwortete die Konferenz dahingehend, dass der Kriegsdienstverweigerer, der es aus innersten Gewissensgründen ist, den Schutz des Staates und unter allen Umständen den der Kirche finden müsse. Würde der Staat seine schützende Hand von ihm zurückziehen, so müsste die Kirche öffentlich erklären, dass er nicht geächtet werden dürfe, wie immer auch sein Schicksal sich gestalte.

Bei der zweiten Frage wandte sich vor allem Bischof Meiser gegen jede Proklamierung der Wehrlosigkeit von Staat und Volk als eines christlichen Ideals vom Evangelium her. Er beharrte auf der Berechtigung des alten Wortes ,,si vis pacem, para bellum".[151] Die dritte Frage beantwortete der bayerische Landesbischof mit einem Wort des Konteradmirals und ,,Vaters" der deutschen Flotte Alfred von Tirpitz. Dieser habe gesagt , er könne keine Flotte schaffen, die der englischen an Macht und Größe gleichkäme, aber die deutsche Flotte müsse wenigstens so stark sein, dass es sich jeder Angreifer zehnmal überlege, ob er einen Überfall wagen könne.

Aus der Ostzone hatten zahlreiche Redner auf den ungeheuren Ernst der Lage hingewiesen. Der Präses der sächsischen Landessynode Reimer Mager aus Dresden, der auch dem Rat der EKD angehörte, gab einen Situationsbericht aus den ostdeutschen Garnisonsstädten und berichtete, wie die Bataillone mit Hassgesängen gegen Amerika und England durch die Straßen zögen und wie die Bevölkerung das alles schweigend und sehend hören müsse. Bischof Dibelius ergänzte, man warte in der Ostzone nur auf das Signal aus Moskau, um loszumarschieren. Alle, die den Kriegsdienst in der DDR verweigerten oder ihre Stimme gegen einen Krieg erheben wollten, würden innerhalb von vierundzwanzig Stunden eingekerkert oder einen Kopf kürzer gemacht.[152]

---

[151] ,,Wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg".

Dibelius lehnte jede Aggression ab und sagte zur möglichen Aufstellung einer Polizei in Westdeutschland, diese dürfe die Stärke des ostdeutschen Heeres[153] von 65 000 Mann nicht überschreiten. Zur Wiederaufrüstung könne er sich eigene deutsche Regimenter vorstellen, was bedeuten würde, Deutsche müssten gegen Deutsche kämpfen. Die andere Möglichkeit sei, die Deutschen würden ihren Beitrag in einer Europa- Armee leisten. Dann wäre es denkbar, dass an der Elbe Kontingente außerdeutscher Heere aufgestellt würden, während die deutschen nach Frankreich verlegt oder an anderer Stelle positioniert würden. So könne ein Bruderkrieg zwischen Deutschen vermieden werden.

Über die möglichen Auswirkungen der New Yorker Beschlüsse Berlin betreffend hatte die Zentrale für Heimatdienst ein Szenario entworfen.[154] In der Vortragsnotiz wurde davon ausgegangen, dass, im Falle einer Aggression auf West- Berlin, die ostzonale Volkspolizei mit Unterstützung der bewaffneten Arbeiterschaft und FDJ die alliierten Bataillone in die Kasernen zurückdrängen würde und die Landverbindungen nach Berlin unterbrochen würden. In diesem Fall wäre zur Versorgung der Stadt eine erneute Luftbrücke notwendig. Eine entscheidende Frage sei, ob die Alliierten sich den Zugang nach Berlin mit bewaffneter Macht auf dem Landweg erkämpfen würden. Diese Gedankenspiele eines möglichen Angriffs von ostzonaler Seite mögen den Konferenzteilnehmern vorgeschwebt haben.

Die Konferenz stellte die Verlogenheit der DDR scharf heraus, unter Einheit und Freiheit würden in der Ostzone der totalitäre Zuchthausstaat verstanden. Trotz Friedensbeteuerungen würde zum Krieg des russischen Imperialismus gerüstet und jede Friedensbewegung sei in der DDR verboten. Dem Innenminister wurde auf der Kirchenkonferenz versichert, dass er ein gutes Gewissen haben könne, wenn er sich als Staatsmann und Christ verpflichtet hielte, für eine Wiederaufrüstung in den bestehenden Grenzen einzusetzen.[155]

---

[152] Ebenda, S.4. Vgl. „Adenauer wies darauf hin, dass die Volkspolizei sich im Wesentlichen aus jungen Leuten im Alter von 18 bis 23 Jahren zusammensetze, die heute bereits durch die Russen- Propaganda stark infiziert und damit gleichzeitig von Rußland völlig abhängig seien ". Dokument Nr. 210, 13. November 1949: Aufzeichnung über die Aussprache zwischen dem Bundeskanzler Adenauer und dem amerikanischen Aussenminister Acheson in Bonn, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe/ Band 2, Unveröffentlichte Dokumente 7. September bis 31. Dezember 1949, München 1996, S. 785.

[153] StAB, Bestand 3/ 4- 11, „Berliner Korrespondenz" vom 2. September 1950, „Die kommunistische Volksarmee in Ostdeutschland. 65 000 Bereitschaftspolizisten stehen Gewehr bei Fuß- Ihre Zahl soll verdoppelt werden.
In der Ostzone bzw. in der DDR waren paramilitärische Einheiten der Volkspolizei als Kasernierte Volkspolizei aufgebaut worden. See- und Luftpolizei entstanden als Marine und Luftwaffe der Kasernierten Volkspolizei. Adenauer forderte deshalb am 28.April 1950 die Aufstellung einer mobilen Polizeitruppe auf Bundesebene, zit. nach Hans Georg Lehmann, Deutschland- Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2000, S. 88.
In dem Schreiben von Pastor Urban zu der Kirchenkonferenz wird der Ausdruck „Heer" benutzt.

[154] BA- MA, BW9/ 3105 fol. 162, Vortragsnotiz v. 22. 9. 1950, New Yorker Beschlüsse betreffend Berlin.

[155] LKAHB, Akte N 211/ 79- 82, Vertraulicher Bericht zur Essener Kirchenkonferenz am 23. und 24. 8. 1950, S. 4.

Am 27. August veröffentlichte der „Trierische Volksfreund" [156] eine Stellungnahme Eugen Gerstenmaiers, dem Leiter des Evangelischen Hilfwerks. Er war CDU- Mitglied, kirchliche Kreise schätzten an ihm sein massiv antikommunistisches Europabild und sein Eintreten dafür, die Politik von Theologie freizuhalten. Er galt als Gegner der Lehre Karl Barths und er begriff sich in Übereinstimmung mit kirchlichen Kreisen in den USA mit ihrem scharfen Antikommunismus.[157] Zur Wiederbewaffnung nahm Gerstenmaier wie folgt Stellung: „Ein radikaler Pazifismus würde Deutschland vor einem Angriff nicht schützen, daher könne die Kirche den Pazifismus weder sanktionieren noch legalisieren".
Zwei Tage später bot Adenauer im Sicherheitsmemorandum der Außenministerkonferenz in New York deutsche Streitkräfte an. Sein Innenminister Heinemann trat am 31. August zurück und schied am 31. Oktober 1950 aus dem Kabinett aus. Auch wenn die Mitglieder der Bonner Regierung durch ein demokratisches Wahlverfahren in ihre Ämter gelangten, war diese Regierung keine „ normale" Regierung. Im Besatzungsstatut vom 10. 4. 1949 und im Petersberger Abkommen vom 22. 11. 1949 hatten sich die Siegermächte auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik[158] Rechte vorbehalten.
Der westdeutsche Bundeskanzler war nicht dazu berechtigt, in Sicherheitsfragen autoritativ für sein Land Stellung zu nehmen. Entscheidungsbefugnisse oder ein Vertretungsmonopol hatte der Regierungschef im Jahr 1950 noch nicht.[159] Deshalb ist es interessant, sich die Gespächspartner der Besatzungsmächte in Fragen der Vorbereitung eines „Wehrbeitrages" anzuschauen. Seit wann gab es diese Kontakte zwischen deutschen Wehrmachtsoffizieren und Stellen der Alliierten? War die Bereitschaft einer Zusammenarbeit mit der Siegermacht unumstritten?

2. Strukturen für eine Wiederbewaffnung

2.1. Die militärische Führungsschicht

Wie lässt sich erklären, dass bereits im Juli 1945, zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation, der ehemalige Oberst Graf v. Kielmansegg noch in britischer Kriegsgefangenschaft, sich Gedanken über den Neuaufbau deutscher Truppen, „einem Deutschen Korps unter englischem Oberbefehl", machte? Für v. Kielmansegg stand fest, dass die Sowjetunion „eine dritte Weltauseinandersetzung mit Waffen " suchte. Es werde zu einer Auseinanderset-

---

156 LKA B, Pressearchiv- Ordner 39, „Trierischer Volksfreund" v. 27. 8. 1950.
157 Martin Greschat, Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994, S. 55 f.
158 Vgl. Abdruck des Besatzungsstatuts vom 19.4.1949 bei Klaus- Jürgen Ruhl (Hrsg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1982, S.479 ff.
159 Höfner, Aufrüstung, S. 236.

zung gegen die ,,ganze kultivierte, nicht bolschewistische Welt" kommen, und hierbei wolle das besiegte und entwaffnete Deutschland seinen ,, angemessenen und den eigenen Wünschen entsprechenden Beitrag leisten".[160] Der Beitrag sollte der Seite geleistet werden, zu der sich die Deutschen als Europäer und Germanen zugehörig fühlten. Bemerkenswert daran ist, dass es zu dieser Zeit für die Westdeutschen noch kein verteidigenswertes, vor der Sowjetunion zu schützendes Staatsgebilde gab, mit dem sie sich hätten identifizieren können.

Teils mit Duldung, teils mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte gab es militärische und politische Persönlichkeiten, die sich über die Sicherheitslage Westdeutschlands Gedanken machten. Denen stand eine Gruppe von Offizieren gegenüber, die den Standpunkt ,,Ohne mich" einnahmen. Dies bedeutete nicht automatisch, Anhänger des nationalsozialistischen Systems zu sein, oft war es nur eine Neubesinnung. Bei der Entscheidung einer Zusammenarbeit mit den Siegern spielte bei den Offizieren die Frage der Diffamierung, der vermeintlichen wie der wirklichen, die ungelöste Versorgung und die Kriegsverbrecherfrage eine große Rolle.[161]

War man im Westen davon überzeugt, dass der sowjetische Expansionsdrang nur durch militärisch- politische Stärke gezügelt werden könnte, versuchte die östliche Propaganda die vielgestaltigen Vereinigungen ehemaliger Soldaten zu beeinflussen. So wandte sich der ehemalige General a. D. Max Ludwig, Ritter des Ordens Pour le mérite, in der gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik als Vorsitzender der ,,Nationalen Front" in Thal (Thüringen) an hochrangige Offiziere in der Bundesrepublik. Er belehrte den General a. D. Blumentritt, die Russen wollten nur aufbauen, und er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Westen sich hoffentlich nicht daran beteiligen werde, die imperialistischen Pläne der Amerikaner zu unterstützen.[162]

Auch Generalleutnant a. D. Vincenz Müller[163] schlug ehemaligen Kameraden in der Bundesrepublik vor ,,weder eine westliche noch eine östliche Politik" zu betreiben. ,,Sondern eine Politik, die der Wiedervereinigung, der Einheit und der Unabhängigkeit Deutschlands dient und dadurch eine Garantie für die Erhaltung des Friedens bietet."[164] In Westdeutschland waren durchaus Sympathien für den Osten zu erkennen. Dabei gingen die Zielsetzungen sehr

---

160 Wiggershaus, Planung, S.3 f. Vgl., Höfner S. 58. Vgl. Johannes M. Becker, Die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und das deutsch- französische Verhältnis. Die Haltung führender Offiziere 1945-1955, Marburg 1987, S. 125.

161 Georg Meyer, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956. Von der Kapitulation bis zum Pleven- Plan, Band 1, München- Wien 1982, S. 674.

162 Meyer, Situation, S. 685 f.

163 Müller wurde erster Chef des Hauptstabs der ,,Kasenierten Volkspolizei" und der späteren ,,Nationalen Volksarmee" in der DDR. Vgl. Daniel Niemetz, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/ DDR, Berlin 2006.

164 Meyer, Situation, S. 686.

weit auseinander. Vielen Menschen schwebte der Gedanke vor, in einem wiederentstehenden Nationalstaat Demokratie und Sozialismus zu verschmelzen und damit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu wagen. Die Befürworter, mit Ausnahme der Kommunisten, gingen aber davon aus, dass die zu schaffende freiheitliche- demokratische Verfassungsordnung nicht in Frage gestellt werden dürfe.[165]

In dieser Zeit der Ungewissheit lehnten viele Menschen jede Zusammenarbeit mit den Siegern ab. Andere, die sich noch gerade verweigert hatten, waren ein paar Wochen später glühende Verfechter der Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. Wie war das Verhältnis zwischen den kriegsgefangenen Berufssoldaten und den Siegermächten einzuschätzen und welches Interesse bzw. welche Aufmerksamkeit brachte man den Soldaten entgegen? Als vielfältig und überraschend zugleich könnte man den Umgang zwischen Siegern und Besiegten nach dem Zweiten Weltkrieg nennen, weil es zu Aussprachen von großer Intensität kam. Grund hierfür war eine geplante militärische Geschichtsschreibung der Amerikaner über den Zweiten Weltkrieg.

Dafür sollten nicht nur erbeutete deutsche Akten herangezogen werden, die Amerikaner wollten deutsche Soldaten in Gefangenschaft nach dem Verlauf des Krieges aus ihrer Sicht befragen. Das amerikanische Interesse konzentrierte sich dabei natürlich auf die Angehörigen der hohen militärischen Führungsinstitutionen. Die Erwägung, aus diesem Personenkreis Nutzen ziehen zu können oder ihn wenigstens anderen vorzuenthalten, führten zu einer besonderen Behandlung hoher deutscher militärischer Führer und ihrer Gehilfen. Der Anlass, über die innere Geschichte der Wehrmacht mehr zu erfahren, war eine gute Gelegenheit, die Amerikaner auf unbelastete Persönlichkeiten wie den Generalleutnant a. D. Speidel hinzuweisen.[166]

2.1.1. Die „Operational History (German) Section "

Die Bereitschaft zur Mitarbeit der ehemaligen deutschen Offiziere an diesem Projekt ist in der allgemein schwierigen materiellen Situation im Nachkriegsdeutschland, aber auch in der Einstellung der Soldaten zum Kommunismus zu suchen. So stellte der Generaloberst a. D. Franz Halder aus Empörung über die Urteile in Nürnberg seine Mitarbeit vorübergehend ein, um sie dann wieder mit dem Argument aufzunehmen, „[...] den Kampf gegen den Bolschewismus fortsetzen zu wollen".[167] Der Auftrag für die deutschen Offiziere in der „Operational

---

165 Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration? In: Carola Stern und Heinrich A . Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848- 1990. Frankfurt/ M. 1996, S. 168.

166 Meyer, Situation, S. 675 f.

167 Charles B. Burdick, Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Kriegsgeschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg. Die organisatorische Entwicklung der Operational History (German) Section, in:Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 2, (1971), S. 69.

History (German) Section" wurde ab dem Jahr 1947 dahingehend erweitert, dass Berichte der Wehrmacht im Kampf gegen die Rote Armee angefertigt wurden. Der Wert dieser Tätigkeit für die amerikanischen Streitkräfte wurde so hoch eingeschätzt, dass Franz Halder die höchste Auszeichnung der USA für ausländische Zivilangestellte, den ,,Civilian Service Award",[168] erhielt.

Spätestens im Jahr 1947 formulierten kriegsgefangene deutsche Generale im Lager Allendorf aber auch Vorstellungen zur Verteidigung Westeuropas unter Einschluss eines etwaigen Beitrags der Westzonen. Wenn dies auch nur in Form von theoretischen Erwägungen geschah unter Bevorzugung des ,,rein militärischen Standpunktes", d. h. ,,als ein vorausschauendes Durchdenken möglicher künftiger Optionen ohne aktuelle Bedeutung, das der Geheimhaltung sogar gegenüber dem US- Befehlshaber in Europa und Militärgouverneur in der US- Zone unterlag".[169]

In dem zitierten Manuskript wurden zehn bis zwölf deutsche Infanterie- Divisionen als notwendig erachtet. Sie sollten von der anglo- amerikanischen Ausrüstung und Bewaffnung abhängig sein und als Hilfs- oder Grenztruppen unter einem westalliierten Oberkommando geführt werden. Wegen der frühen Entstehung dieser Studie im Jahr 1948 wird man sie noch für weitere Entwicklungen offen ansehen müssen. Mitte Juni 1950 hielt Generaloberst a. D. Halder wenig von deutschen Kontingenten in Form von Hilfstruppen oder im Einsatz als Grenzschutz. Er forderte dreißig deutsche Divisionen mit einem ,,hochqualifizierten Führungsapparat".[170]

Um an das Wissen kriegsgefangener Generale und Generalstabsoffiziere zu gelangen, stellten die Amerikaner Gruppen aus den Lagern Pullach, Bad Aibling und Darmstadt zusammen, die Anfang Oktober 1945 in Norfolk (Virginia) per Schiff ankamen und von dort nach Camp Ritchie (Maryland) gebracht wurden, wo sich das Intelligence- Center des Heeres befand. Die Offiziere waren auch hier- während der Anklage gegen den Generalstab der Wehrmacht vor dem Nürnberger Tribunal- zu keiner Aussage bereit. Aufschlussreich ist die Entgegnung eines amerikanischen Offiziers, der die deutschen Vorbehalte zu überwinden versuchte: ,,Was regen sie sich über so etwas [...]auf ? In spätestens zehn Jahren hat Deutschland in jeder größeren Stadt der Welt wieder einen Militärattaché, und sie eine Wehrmacht!"[171]

Vgl. Lingen, Kesselrings letzte Schlacht, S. 202.

168 Borgert, Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone Westdeutschlands 1945- 1950, in: Borgert/Stürm/Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag, S. 111.

169 Vgl. Greiner, Alliierte militärstrategische Planungen, Manuskript, S. 257, zit. nach Borgert S. 111.

170 Vgl. Aktennotiz Schwerin über Unterredung Halder- Schwerin am 14. 6. 1950, BA- MA, BW 9/ 3106, zit. nach Borgert S. 112.

171 Meyer, Situation, S. 679.

Für das Jahr 1945 eine fast genaue Voraussage für das Datum der späteren Wiederbewaffnung. Auffällig ist weiterhin, dass ab 1951 eine größere Anzahl ehemaliger Insassen aus Camp Ritchie in der Dienststelle Blank tätig war. Auch einige ehemalige Generalstabsoffiziere aus diesem Camp arbeiteten später in der ,,Organisation Gehlen" wieder zusammen. Dazu gehörten u.a. der Generalleutnant a. D. Thomale, oder sie trafen sich wieder in der Bundeswehr, wie die Generale Berendsen, Laegler, Meyer- Detring oder der spätere, lange in der Dienststelle Blank tätige Staatssekretär Cartellieri.
Trotz solcher Auffälligkeiten betonten die Amerikaner, ihr Interesse beschränke sich auf die Geschichtsschreibung, sie äußerten sich nicht zu weitergehenden Absichten, etwa die Position des Westens im Kampf gegen die Sowjetunion durch deutsche Mithilfe zu stützen. Dies hatten sich einige deutsche Offiziere erhofft, so schrieb ein Mitarbeiter Halders: ,,Der deutsche Generalstab überantwortet hier seinen großen, zweihundertjährigen Auftrag bewusst seinem Nachfolger, dem derzeitigen Beschützer des Abendlandes und der christlichen Kultur", [172] gleichzeitig dementierte dieser Mitarbeiter aber entschieden, man habe mit den Amerikanern westliche Operationspläne gegen die Sowjetunion ausgearbeitet.
Die amerikanische Heeresleitung fühlte sich zu sehr als Sieger, um ,,sich von ehemaligen deutschen Generalen und Generalstabsoffizieren auch nur beraten zu lassen".[173] Trotzdem ist es interessant, im Hinblick auf die spätere Wiederbewaffnung danach zu sehen, wo es bereits sehr früh nach Kriegsende, neben der ,,Operational History (German) Section", ein weiteres Interesse an der Zusammenarbeit mit deutschen Offizieren gab. Bei der Einrichtung der ,,Operational History (German) Section" scheinen die Amerikaner die Absicht gehabt zu haben, für spätere, noch nicht näher bestimmte Aufgaben, einen geeigneten Personenkreis vorläufig beisammen zu halten. Diese Vorstellungen sind beim Aufbau der ,,Organisation Gehlen", sowohl von amerikanischer Seite als auch von der des Generalmajors offensichtlich noch ausgeprägter gewesen.[174]

2.1.2. Die Organisation Gehlen

Gehlen als ehemaliger Chef der Abteilung ,,Fremde Heere Ost" kam dabei zugute, dass er umfangreiches Material über das Potential der Sowjetunion gesammelt hatte, an dem die Amerikaner großes Interesse zeigten. Der amerikanische Geheimdienst signalisierte bereits Ende des Jahres 1945 Bereitschaft, auf das Angebot Gehlens einzugehen und auf der Grundlage

---

172 Meyer, Situation, S. 682.
173 Hermann Teske, Die silbernen Spiegel. Generalstabsdienst unter der Lupe, Heidelberg 1952, S. 239 ff.
174 Vgl. Hermann Zolling/ Heinz Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 95- 135.

der Verteidigung gegen den Kommunismus, hieß es im ,,Gentlemen's Agreement", eine unter deutscher Führung arbeitende ,,nachrichtendienstliche Organisation unter Benutzung des vorhandenen Potentials" zu schaffen, ,,die nach Osten aufklärt, bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt".[175] Schon im Sommer 1945 sah Gehlen sich und seine Organisation nicht nur auf die nachrichtendienstliche Aufgabe beschränkt, die mitarbeitenden Generalstabsoffiziere warteten auf eine militärische ,,Wiederverwendung". Diese fanden einige von ihnen später in der Dienststelle Blank.[176]

Aus seiner antikommunistischen Grundhaltung heraus gab es für Gehlen keine Zweifel, welcher der beiden großen Siegermächte er sein Wissen zur Verfügung stellen würde. In der Phase des Kalten Krieges haben die umfassenden Erkenntnisse seiner Organisation die amerikanischen Vorstellungen von der sowjetischen Bedrohung entscheidend mitgeprägt. Zwischen der Historical Division und der Organisation Gehlen gab es, trotz ganz unterschiedlicher Aufgaben, gewisse Verbindungen. Generalleutnant Heusinger wirkte 1947 als Stellvertreter Halders an der Aufarbeitung der Geschichtsschreibung mit, bis Gehlen ihn im Jahr 1948 zum Chef der Auswertung berief. Heusinger wurden große Fähigkeiten in der Einschätzung der Absichten und Möglichkeiten der sowjetischen Bedrohung zugesprochen. Zum anderen profitierten einige Studien der Historical Division von den Erkenntnissen Gehlens über Themen des russischen Feldzuges und hatten daher bei der Auswertung von Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg besonderes Gewicht.[177]

Selbstverständlich vollzog sich diese Zusammenarbeit einer kleinen Zahl von Soldaten mit einigen Einrichtungen des amerikanischen Heeres unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein Bündnis mit dem Westen sollte die persönliche Sicherheit verbessern, die Folgen daraus wurden vorläufig übergangen. Teile des Führungspersonals entwickelten ein Interesse an der Bewaffnung des westlichen Deutschlands, dies geschah streng geheim. Das deutsche Führungspersonal wollte endlich den Status des Befehlsempfängers überwinden, auch wenn dafür die Deutsche Einheit auf dem Spiel stand.[178]

In Adenauers späterem Kabinett hatte der frühere Oberst Eberhardt Wildermuth den Posten des Bundeswohnungsbauministers inne. Er stand in ständigem Kontakt mit einer Gruppe von ehemaligen Generälen, die sich mit der Aufstellung deutscher Truppenverbände beschäftigten. Mehrmals seit 1945 hatten der Oberst und seine Freunde befürchtet, dass ein dritter Welt-

---

[175] Vgl. Wilhelm Ritter von Leeb, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, in: Georg Meyer (Hrsg.), Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte , Bd.16, Stuttgart 1976, S. 79, zit. nach Borgert, Entstehung, S. 109. Vgl. Reinhard Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1945- 1971, Mainz- Wiesbaden 1971, S. 145- 150, Zitat S. 149.

[176] Meyer, Situation, S. 684.

[177] Ebenda, S. 685.

[178] Höfner, Aufrüstung, S. 84.Vgl. Borgert, Entstehung, S. 127 ff.

krieg bevorstünde. In regelmäßigen Abständen hatte Wildermuth mit dem ehemaligen General Speidel, den er seit Jahren kannte, über einen Schutz der westlichen Welt gesprochen. Speidel pflegte Kontakt zu ehemaligen Offizieren, die zum Teil für die Besatzungsmächte tätig waren. Um den ehemaligen General war ein militärisches Arbeitsgremium, der ,,Speidelkreis", entstanden, der sowohl über Kontakte nach Bonn als auch in das westliche Ausland zu ehemaligen Offizierskameraden verfügte.

Außerdem hatte man Verbindung zur Organisation Gehlen, wo sich General Heusinger mit ähnlichen Problemen der Sicherheit beschäftigte. Speidel galt als Vordenker und ,,Meldekopf " verschiedener Kreise aus dem nord- und süddeutschen Raum, er war aber nicht deren weisungsberechtigter Leiter. Trotz gelegentlicher Differenzen zu den Vorstellungen der anderen Gruppen hielt er den Kontakt aufrecht, weil er die Möglichkeit der Informationsbeschaffung, Planung und diskreten Einwirkung durch die Organisation Gehlen hoch einschätzte. Die Organisation Gehlen bediente sich gern einer ,,unbelasteten" Person wie Speidel, weil ihr aus Kameradschaftskreisen und von politischer Seite teilweise heftige Ablehnung entgegenschlug.[179]

Im November 1949 und im Frühjahr 1950 traf sich der Wohnungsbauminister mit Gehlen, diesem ,,ausgezeichneten Mann" der aus Tarnungsgründen in den Unterlagen als Dr. Schneider geführt wurde. Die Treffpunkte wurden vorher nicht genannt, meistens ließ Gehlen den Minister an Autobahnausfahrten abholen, er legte Wert auf die Aura des geheimnisumwitterten Mannes. Zwischen den Treffen wurde der Kontakt zwischen dem Speidelkreis in Pullach und Wildermuth von einem Mitarbeiter der Organisation Gehlen aufrechterhalten.

Diese Schreiben in das Wohnungsbauministerium trugen den Briefkopf einer württembergischen Metallwarenfabrik. Adenauer wurde im Text als ,,Generaldirektor" bezeichnet, Wildermuth als ,,Direktor", Heusinger als ,,Horn" und Graf Schwerin als ,,Comte"[180] oder ,,Lévrier".[181] Schon im Januar 1950 legte die Organisation Gehlen einen Besprechungsplan vor, aus dem das Ziel der Arbeit ersichtlich wurde. Für die Bundesregierung bzw. für die von ihr vorgesehenen Persönlichkeiten sollten die Grundlagen für die verschiedenen Fragen zur ,,Klärung des Wehraufbaus" geschaffen werden. Zugleich sollten Kreise ausgeschaltet werden, deren Gedanken in ,,von uns unerwünschter Richtung gehen".[182]

---

179 Meyer, Situation, S. 701 f., 705. Vgl. Höfner, Aufrüstung, S. 238.
180 Wagner, Wildermuth, 16.8.1950, Nachlass Wildermuth Bd.7, zit. nach Höfner, Aufrüstung, S. 239.
181 Französisch f. Windhund. Schwerin hatte im Krieg die 116. Panzerdivision (Windhund Division) befehligt.
182 Höfner, Aufrüstung, S. 239.

2.1.3. General a. D. Speidel und der Laupheimer Kreis

Die besondere Dynamik der oben skizzierten Entwicklung lag in den sich verschlechternden internationalen Beziehungen der drei Westmächte zu der Sowjetunion, aber auch in den positiven amerikanischen Erfahrungen mit den Deutschen während der Dauer der Luftbrücke nach Berlin. Der Auftrag der US- Streitkräfte wandelte sich langsam von dem für Besatzungsaufgaben um, in einen für Kampfverbände zum Schutz Westdeutschlands.[183] Der Schweizer Publizist Kurt v. Schumacher schrieb am 24. September 1948 in der ,,Weltwoche": ,,So werden die Deutschen, wenn auch noch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis zu aktiven Verbündeten der Amerikaner im Kampf gegen Rußland. [...]. Neben der Zusammenarbeit im Kampf um Berlin gibt es übrigens heute- das ist ein offenes Geheimnis- auch schon eine viel weitergehende Zusammenarbeit, in der sich nicht nur deutsche Gelehrte, sondern auch deutsche Militärs immer eindeutiger in den Dienst der Amerikaner stellen. Dabei ist es schon weitgehend so, daß die ehemalige deutsche Abwehr heute die Amerikaner durch Informationen über den Osten wirksam unterstützt."[184]

Für das Thema der Arbeit ist von Interesse, wie es diesen miltärischen Organisationen oder politischen Zirkeln während der Besatzungszeit, mit überwachter Presse, kontrollierten Postsendungen und mangelhaften Verkehrsverbindungen gelang, sich über die Sicherheitslage Westdeutschlands zu verständigen und Perspektiven zu erarbeiten. Getagt wurde im privaten Raum, als Laupheimer Kreis kam das Gremium erstmals im März 1948 in der US- Zone zusammen. Diesem Kreis gehörten unter anderen auch der Mitbegründer der CDU in Württemberg Ludwig Steiner an, weitere Teilnehmer waren Theodor Heuss, Theodor Eschenburg, Carlo Schmid ebenso wie die Generale a. D. Hans Speidel und Adolf Heusinger.
Die Laupheimer Runde untersuchte, in Zusammenarbeit mit einem weiteren Kreis ehemaliger hoher Offiziere, wie Eberhard Wildermuth, der damals Minister in Württemberg- Hohenzollern war und Kurt Brennecke, für Länderregierungen und für den Parlamentarischen Rat Probleme der Besatzungszeit. Ihre Teilnehmer nahmen aber auch Informationen und Ergebnisse aus den Diskussionen mit in die offiziellen Gremien, in denen über die künftige Verfassung des noch zu bildenden westdeutschen Teilstaats beraten wurde.
Aufschlussreich aus einer Protokollnotiz vom 2. Juni 1949 ist, wie hier bereits Parteipolitik gemacht wurde und Überlegungen angestellt wurden, für die Wahlen ,, aus unseren Kreisen " Männer aufzustellen, wobei aus CDU- Kreisen darauf hingewiesen wurde, keine Mehrheiten der SPD entstehen zu lassen. Zu den im Laupheimer Kreis tagenden Gruppen lässt sich sagen, dass hier Personen zusammen kamen, die sich als Eliten verstanden und die ihr richtig erscheinende Politik mit den ,,richtigen" Männern betreiben wollte. Es waren meist Personen,

---

183 Borgert, Entstehung, S. 117.
184 Weltwoche v. 24.9.1948, ,,Der deutsche Soldat", S. 22 f., zit. nach Borgert, Entstehung, S. 124 f.

die vor 1933 politisch tätig waren, teilweise dem Widerstand im „Dritten Reich" angehört hatten und deshalb für die Neugestaltung in Frage kamen. Die vertretenen Vorstellungen entsprachen oft kaum den Leitbildern einer pluralistischen Demokratie.[185]

Alliierte Gesetze und Anordnungen verboten die Beschäftigung mit dem Thema der Sicherheitslage des geteilten Deutschlands, und das westdeutsche Führungspersonal war verdeckten Loyalitäten unterworfen. Die zunehmenden gemeinsamen Interessen zwischen Besiegten und Besatzern verdeckten die wahren Machtverhältnisse immer mehr und schufen so auch Freiräume für die deutschen Überlegungen und Vorschläge.

Der spätere Bundeskanzler Adenauer war bereits 1946[186] vom expansiven Charakter der sowjetischen Außenpolitik[187] und von nur sehr begrenzten Verständigungsmöglichkeiten mit der Sowjetunion überzeugt. Deshalb suchte er schon 1948, als Präsident des Parlamentarischen Rates, Kontakt zu politisch unbelasteten Militärexperten. Als sicherheitspolitischer Experte hatte sich Dr. Hans Speidel bereits einen Namen gemacht. Er war als Generalstabschef bei Rommel von der Gestapo verhaftet worden. Jetzt hatte er einen Lehrauftrag für Geschichte an der Universität Tübingen.

Im Laupheimer Kreis hatte Speidel schon mehrfach über die Sicherheitsprobleme Deutschlands referiert. Er war der erste westdeutsche Militärexperte, der unter militärstrategischen Gesichtspunkten die deutsche Situation analysierte und damit auf die außen- und sicherheitspolitische Willensbildung Einfluss nehmen konnte. Dem Gespräch mit Adenauer folgten im Jahr 1948 und im Frühjahr 1949 zwei Denkschriften mit der Kernaussage: Westeuropa werde dadurch am besten gesichert, indem die Verteidigungslinie der atlantischen Welt nach Osten verlagert werde.[188]

Mit den Folgerungen zur militärischen Lage waren aber auch Bedingungen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag formuliert. Darin wurden vor allem die französischen Sicherheitsbedenken berücksichtigt, indem an einen Beitrag einer integrierten Armee gedacht wurde, um einen neuen deutschen Militarismus zu verhindern. Andererseits wurden die politische und militärische Gleichberechtigung des deutschen Beitrags an der Verteidigung Europas ebenso gefordert, wie die Ausdehnung der Sicherheitsgarantie für die Besatzungsstreitkräfte auf das Bundesgebiet. Die deutschen Divisionen sollten mit modernen Waffen ausgerüstet

---

185 Höfner, Aufrüstung, S. 67 f. Vgl. Wiggershaus, Planung, S. 18.

186 Rudolf Morsey, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945- 1949, in: Klaus Gotto, Hans Maier u.a., Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963. Mit einem Vorwort von Hans Maier, München 1975, S. 43, 54.

187 Hans- Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945- 1949, Neuwied, Berlin 1966. (Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 38), S. 111.

188 Schubert, Sicherheitspolitik Teil 2, S. 23.

werden und sie sollten unter deutscher Führung stehen.[189]

Neben diesen genannten inoffiziellen Kontakten zwischen deutschen Offizieren und der amerikanischen Siegermacht gab es offizielle Einrichtungen, die zu einem anderen Zweck gegründet wurden. Durch die politische Entwicklung haben sie sich aber auch mit der Wiederbewaffnung und Sicherheitsplanungen beschäftigt. Wie war die Ausübung solcher Tätigkeiten möglich, obwohl sie strikt untersagt war und von alliierten Offizieren beobachtet wurde?

2.2. Das Deutsche Büro für Friedensfragen

Am 15. April 1947 wurde das ,,Deutsche Büro für Friedensfragen" (DBfF) von den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone gegründet. Seine Aufgabe bestand darin, aussagefähiges Material für die Gespräche der deutschen Verhandlungsführer mit den Alliierten auszuarbeiten. Sehr schnell war aber zu erkennen, dass es kaum zu einem Friedensvertrag und einer gesamtdeutschen Regierung kommen würde. Statt dessen beschäftigte sich das Büro auch mit der Sicherheitslage in den Westzonen.[190] Dirk Forster war Leiter der Rechtsabteilung des Büros und suchte nach möglichen Wegen zu einem politischen oder militärischen Schutz für Nachkriegsdeutschland. Dafür forderte er schon unmittelbar nach Arbeitsbeginn des DBfF zahlreiche Denkschriften zur Sicherheitslage an. Darin wurde von einer Schutzfunktion der Besatzer ausgegangen, Voraussetzung war aber, dass die Sieger eine einvernehmliche Lösung suchten, die das deutsche Territorium nicht teilen würde. Sollten aber West- und Ostzone getrennte Wege gehen, so müssten andere Modelle gesucht werden, daher sollte zunächst die fünfte Tagung des Rates der Außenminister Ende des Jahres 1947 in London abgewartet werden.

Unterstützung erhielt Forster durch eine Arbeit des Hamburger Völkerrechtlers Paul Barandon, der während des Krieges als Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zu Wehrmachtsstellen tätig war. In seinen Gedankenmodellen riet er von der bewaffneten Neutralität, wie der Schweiz, ebenso ab wie von einem internationalen Garantiepakt zugunsten eines unbewaffneten Deutschlands. Vor allem wies er darauf hin, dass zunächst ein deutscher Staat mit feststehenden Grenzen und einem Mindestmaß an Souveränität vorhanden sein müsse.[191]

Deutlicher als die zivilen Gutachter des Büros beschrieben Offiziere die Sicherheitslage. Während Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg die militärisch- operativen Bedingungen für einen bewaffneten Schutz vor der Sowjetunion analysierte, arbeitete Forsters Freund Hans

---

189 Wiggershaus, Planung, S. 19 f.

190 Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946- 1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, S. 61. Vgl. Höfner, Aufrüstung, S. 85.

191 Höfner, Aufrüstung, S. 87.

Speidel, die sich seit ihrer gemeinsamen Dienstzeit an der Botschaft in Paris kannten, über die militärische Lage der Westzonen. Beide Offiziere verfügten über zahlreiche Auslandskontakte, hatten für die Historical Division der US- Streitkräfte gearbeitet und waren damit im Westen ,,vorzeigbar".

Kernaussagen dieser Gesprächsunterlagen zwischen Forster und Speidel waren, dass eine UN-Garantie für Deutschland angesichts der internationalen Lage nur Papierwert haben würde. Des Weiteren wurde vorsichtig der Gedanke geäußert, dass Deutschland für die ,,Erhaltung des Herzstücks eines vereinten Europas" eine ,,Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit à tout prix" anstreben sollte.[192] Im folgenden Text wurden die Sicherung des Grenzverlaufs und der Küstengewässer, die Frage des Luftschutzes und die Stationierung einer ausreichenden und modernen internationalen Truppe von Panzerverbänden erwähnt.

Mündlich war der Austausch zwischen Speidel und Forster freimütiger, aus einer handschriftlichen Gesprächsnotiz wissen wir, dass von der ,,Wiederaufrüstung Deutschlands" für ,,den Fall der Bildung eines Weststaates" gesprochen wurde.[193] Als sich die Gutachten und Diskussionen immer mehr in Richtung Aufrüstung Westdeutschlands bewegten, wurden seit dem Jahr 1948 alle Unterlagen, die die Sicherheitsfrage betrafen, als private Papiere geführt. Dieses Verfahren wurde Brauch im Friedensbüro, es verblieben nur politisch unverfängliche Dokumente in den Ablagen. Die Arbeiten Geyrs und Speidels wurden unter Fragen der ,,Entmilitarisierung" aufgeführt.

Das Friedensbüro stand mit den Regierungen der britischen und französischen Zone in enger Verbindung. Ihnen durfte nicht bekannt werden, dass Carlo Schmid und Theo Kordt, der für Nordrhein- Westfalen im August 1948 Mitglied des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee wurde, auch in Gremien des DBfF arbeiteten. In einer Abteilungsleiterbesprechung wies Forster ausdrücklich auf Diskretion bei aller Korrespondenz mit Gesprächsteilnehmern in der französischen Zone hin. Deren Vertreter entwickelten immer mehr ein Interesse an der Zuverlässigkeit der Deutschen, die durch eine antikommunistische Haltung belegt werden konnte.[194]

Die Furcht vor dem Vordringen der Sowjetunion bis zum Rhein schien die Furcht vor den Deutschen zu überlagern. Mitte des Jahres 1947 hatte der französische Nachrichtendienst bereits über eine 700 000 Mann starke deutsche Armee unter dem Befehl von General Paulus gesprochen, die in der Sowjetunion bereitstehen würde, um Westdeutschland zu überfallen.

---

[192] Hans Speidel: "Betrifft: Entwurf einer gemeinsamen Resolution?", 8. 7.1947, DBfF Bd. 422, zit. nach Höfner, Aufrüstung, S. 90. Vgl. Wiggershaus, Planung, S. 13, 16.

[193] Aufzeichnung Forster: "Speidel", o. D. Nachlass Forster Bd. 15, zit. nach Höfner S. 90. Vgl. Piontkowitz, Büro für Friedensfragen, S. 221 (Zitat 49).

[194] Piontkowitz, Büro für Friedensfragen, S. 142 f.. Vgl. Höfner, Aufrüstung, S. 91.

So unsinnig diese Meldung auch war, zeigte sie die französische Stimmungslage mit der Vorstellung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein. So wird der Kontakt von General Speidel zu höchsten Besatzungsoffizieren verständlich und erklärt, warum er als Bewohner Württemberg- Hohenzollerns nicht mit Schwierigkeiten zu rechnen hatte.[195]

Seine gesammelten Informationen gab Speidel ständig an das Friedensbüro weiter. Forster erhielt Kenntnis von der amerikanischen Einschätzung über die vermutete Stärke der ostdeutschen Kasernierten Volkspolizei, die mit 250 000 Mann beziffert wurde. Speidel berichtete auch über Gespräche mit US- Hochkommissar John McCloy, um Wege zu finden, Soldaten, die noch als Kriegsverbrecher inhaftiert waren, unauffällig zu entlassen. Auch dies war wiederum ein Indiz für eine Annäherung zwischen Deutschen und Besatzern. Geyr von Schweppenburg ging davon aus, dass eine Entscheidung über einen deutschen Wehrbeitrag auf politischer Ebene fallen musste. In seiner Denkschrift lehnte er eine Neutralisierung Deutschlands ab und sprach sich für eine Verteidigung Westdeutschlands an der Elbe aus.[196] Auf der Grundlage eines Papiers, das in der Historical Division der US- Armee erarbeitet wurde, beurteilte Geyr die sowjetischen Fähigkeiten. In einer Anlage zu dem Bericht ging er davon aus, dass die zunehmenden internationalen Spannungen zwangsläufig eine Bewaffnung Westdeutschlands nach sich ziehen würden. Dies schien für die militärstrategische Lage im Nachkriegseuropa nur folgerichtig.

In einem Papier zum Petersbergabkommen und der damit entstandenen Diskussion über eine Wiederaufrüstung, erarbeitete das Friedensbüro einen zehnseitigen Situationsbericht über die öffentliche Meinung bei den Westmächten.[197] Zur Frage einer deutschen Wiederaufrüstung hieß es, die Öffentlichkeit in Frankreich fürchte zwar jede deutsche Rüstung, andererseits wünsche sie die Sicherung des westeuropäischen Festlands vor einer Invasion von Osten. Erhöhte personelle und finanzielle Anstrengungen für das Militär in Frankreich wurden aber abgelehnt. Die Zeitung ,, Le Monde " wurde vom Friedensbüro in einem Artikel vom 24. November 1949 folgendermaßen zitiert:

,,Man kann für oder gegen den Beitritt Deutschlands zum Atlantikpakt und zur westlichen Militärorganisation sein: das ist eine Frage, die man in ein bis zwei Jahren in anderem Licht sehen wird. Würde es dann ernsthafte Bedenken nicht gegen die Wiederherstellung einer deutschen Armee, sondern gegen eine Teilnahme der Deutschen an einer europäischen Armee, entsprechend der Idee des Generals Bradley und des Generals Clay geben?"[198] Die

---

195 Höfner, Aufrüstung, S. 92. Vgl. Wiggershaus, Planung, S. 18.

196 Piontkowitz, Das Deutsche Büro, S. 141f. Vgl. Höfner, Aufrüstung, S. 92 f. Vgl. Meyer, Situation, S. 683.

197 LAB, B Rep. 002, Nr. 26616/ 2, Die öffentliche Meinung bei den Westmächten zum Petersbergabkommen und die im Zusammenhang damit entstandene Diskussion über eine Wiederbewaffnung Deutschlands vom 5. 12. 1949, S. 1-10.

Zeitung ,,Newsweek" glaubte in einem Beitrag vom 21. November zu erkennen, dass die französische Meinung, aus Furcht vor der sowjetischen Bedrohung, der Frage einer deutschen Beteiligung am westlichen Verteidigungssystem nicht mehr so eindeutig ablehnend gegenüberstehe wie in der Vergangenheit. Dem stand die Veröffentlichug des ,,Manchester Guardian" vom 26. November gegenüber, dessen Leitartikel festhielt, dass die Entwaffnung Deutschlands von der fanzösischen Regierung als wichtiger angesehen wurde als eine Verstärkung des Schutzes gegen die Sowjetunion.[199]

Die britische Öffentlichkeit wurde von dem ,,Manchester Guardian" in dem oben zitierten Artikel davor gewarnt, die Teilung Deutschlands könne dazu führen, einen Teil des Landes nach dem Schneeballsystem aufzurüsten. Dies könne zum Entzug einer Vertragsbasis für die Beziehungen mit dem Osten führen. Am ausführlichsten befasste sich der ,,Economist" vom selben Tag mit der deutschen Aufrüstung und lehnte die Wiederherstellung einer deutschen Armee als international untragbar ab. Eine Neutralisierung des Landes komme wegen seiner geographischen Lage nicht in Betracht, deshalb müsse dem deutschen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden. Empfohlen wurde die Schaffung einer internationalen Armee in Westeuropa, an der Deutschland beteiligt werden könne. Dieser Plan sei heute nicht mehr als utopisch abzulehnen.

Zu diesem Ergebnis kam auch der ,,Observer", der einschränkend meinte: ,,Eine westeuropäische Armee müsste, um etwas anderes als den leeren Namen für die Zusammenfassung mehrerer Armeen darzustellen, eine Treuepflicht gegenüber einer westeuropäischen Regierung zu erfüllen haben. Würde sich Großbritannien darauf einlassen?" Das Friedensbüro verwies auf die uneinheitliche öffentliche Meinung, die in der britischen Presse wiedergegeben wurde und zitierte abschließend noch einmal ,,Newsweek". Dort wollte man von einflussreichen Kreisen wissen, die eine begrenzte Aufrüstung Deutschlands dulden könnten, solange es dem Land verboten bleibe, Panzerwaffen, schwere Artillerie und Flugzeuge herzustellen.[200]

Als Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit hielt das DBfF fest, dass der Gedanke einer Teilbewaffnung Westdeutschlands dort Rückhalt gewinne. Solche Gedankengänge von Fachleuten seien kürzlich durch den ,,Christian Science Monitor" unterstützt worden, der in seinem Washingtoner Brief geschrieben habe:[201]

,,Es ist jetzt ganz klar, dass es binnen einem Jahr eine westdeutsche Armee geben wird. Zehn Divisionen sind eine gute Schätzung der wahrscheinlichen Größe." Gegenüber dieser Quel-

---

198 Ebenda, S. 7 f.
199 Ebenda, S. 8.
200 Ebenda, S. 9.
201 Ebenda.

le merkte der Bericht des DBfF aber an, dass das amerikanische Außenministerium im Gegensatz zu manchen Militärfachleuten die Bedenken der westlichen Alliierten gegenüber der deutschen Wiederaufrüstung als ausschlaggebend ansehe. Entsprechend lautete der Leitartikel der ,,New York Times" vom 27. November:

,,Westdeutschland im Interesse des militärischen Gleichgewichts zu bewaffnen, wäre eine Tollheit. Die beiden Teile Deutschlands würden sich nicht gegenseitig bekämpfen; sie würden sich früher oder später vereinigen, und wieder einmal würde Deutschland die stärkste Macht auf dem Kontinent sein, mindestens westlich der Oder- Neisse- Linie, sofern die Polen in die glückliche Lage kämen, so weit westlich bleiben zu dürfen [...]."[202]

Am Tag darauf ergänzte dieselbe Zeitung diese Ausführungen, dass die amerikanische Entscheidung die Einheitsfront der drei westlichen Alliierten nicht durchbreche und eine später Revision des Standpunktes, sofern die westeuropäischen Regierungen zustimmten, durchaus möglich sei. Die New Yorker ,,Herald Tribune" berichtet am 30. November, dass die Organisation der westeuropäischen Verteidigung jetzt ohne die Einbeziehung deutscher militärischer Kräfte geplant werde. Sollte Deutschland aber in Zukunft geräumt werden, entstünde eine neue Situation. Die endgültige Entscheidung über die Wiederherstellung einer militärischen deutschen Macht liege bei Russland.

Das Bemühen um die Gewährleistung eines internationalen Schutzes war auch Grund für ein Schreiben Forsters, das als Vorlage zur Sicherheitsfrage dienen sollte. Schon im Frühjahr des Jahres 1949 hatte er darauf hingewiesen, das deutsche Volk wünsche den Schutz durch den Atlantikpakt, weil es sich entwaffnet und außenpolitisch nicht handlungsfähig sehe. Auch für Deutschland gebe es eine Sicherheitsfrage, ernster noch als für andere Länder.[203] Ein Informationsbericht des DBfF aus Frankreich vom 15. Dezember 1949[204] zeigte die widersprüchlichen Stellungnahmen der politischen Lager: die französische Regierung lehne heute eine deutsche Wiederaufrüstung ab. In militärischen Kreisen werde aber auch darüber gesprochen, keine Kräfte bei der Verteidigung Westeuropas ungenutzt zu lassen. Daran werde die Überlegung geknüpft, Westdeutschland unmittelbar an seinem Schicksal zu interessieren, um ein Abschwenken nach dem Osten zu verhindern.

Ein Teil der Sozialisten, besonders auf dem linken Flügel, unterstütze den Vorschlag, deutsche Kontingente in eine europäische Armee aufzunehmen. Diese politische Gruppierung sehe die Gefahr eines Angriffs nicht mehr am Rhein, sondern an der Elbe. Es gelte, gegenüber dem Bolschewismus die westlichen Lebensanschauungen und die westliche Demokratie mit

---

202 Ebenda, S. 10.

203 Piontkowitz, Das Deutsche Büro, S. 141 f.

204 LAB, B Rep. 002, Nr. 26616/ 2, Deutsches Büro für Friedensfragen, Informationsbericht aus Frankreich vom 15.12. 1949, ,,Deutsche Wiederaufrüstung", S. 1-2.

allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen. Das DBfF stellte aber auch fest, die Massen stünden der Remilitarisierung ablehnend gegenüber und die französischen Politiker müssten auf die öffentliche Meinung immer größere Rücksicht nehmen. Selbst die Gaullisten, die anfangs Zweifel über ihre zukünftige Haltung aufkommen ließen, widersetzten sich jetzt eindeutig einer deutschen Remilitarisierung.

Außerdem sei mit einem großangelegten kommunistischen Propagandafeldzug der kommunistischen Partei zu rechnen und es sei klar, dass dadurch das Verhalten aller anderen Parteien entscheidend beeinflusst werde. Daher sei es nicht verwunderlich, dass die französische Bevölkerung Anregungen von deutscher Seite über die praktische Verwirklichung einer Remilitarisierung besonders misstrauisch gegenüberstehe. Sie empfinde es als beruhigender, wenn sich Deutschland so neutral wie nur möglich verhalte.

Das DBfF erwähnte noch die Sitzung der zweiten Kammer des französischen Parlaments in seinem Bericht. In einer wenig beachteten Aussprache habe auch diese sich gegen eine deutsche Wiederaufrüstung ausgesprochen. Dabei seien aber auch zwei interessante positive Punkte in der Entschließung zu nennen. Erstens die Forderung nach einer wirklichen, politischen, europäischen Autorität, da ,,der friedliche Wiederaufbau Deutschlands von der Bildung einer derartigen Autorität abhängt".[205] Zweitens empfehle die Kammer eine direkte Fühlungnahme mit Vertretern Westdeutschlands, um die Grundlage für ein wirtschaftliches und kulturelles Abkommen zwischen den beiden Ländern zu schaffen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass das DBfF dem Länderrat der amerikanischen Zone unterstand und unter der Aufsicht der Stuttgarter Verbindungsoffiziere arbeitete, die die Tätigkeiten des Büros kontrollierten, ist es noch unverständlicher, dass die oben beschriebenen Aktivitäten zumindest von Teilen der amerikanischen und französischen Besatzungsmacht geduldet und gedeckt wurden. Dass sogar Arbeiten der Historical Division, wo deutsche und amerikanische Offiziere zusammenarbeiteten, als Grundlage für Geyrs Papier dienten, läßt nur einen solchen Schluss der Duldung durch die Besatzungsmacht zu. Eine weitere mögliche Erklärung für solch ein Entgegenkommen der Amerikaner könnte sein, daß Mitte des Jahres 1948 in Deutschland von einem Wandel der US-Deutschlandpolitik auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ausgegangen wurde.[206]

Wie konnte es Sicherheit für Deutschland geben ohne eine westdeutsche Aufrüstung? Hans Speidel wusste, dass die amerikanischen Planungen für den Kriegsfall in Europa den Rückzug

---

[205] Ebenda, S. 2.

[206] Vgl. Aktenvermerk Forster, 10. 6. 1948: Alexander Böker hatte das DBfF darauf hingewiesen, dass sich das US- Military Government Petitionen von Organisationen und Einzelpersonen der US-Zone an den Kongreß nicht widersetzen könnte. Etwaige Ablehnungen könnten unter ,, Propaganda-Gesichtspunkten besonders günstig" sein, zit. nach Höfner, Aufrüstung, S. 95.

vom Kontinent vorsahen, dies verbreitete er auch unter seinen Gesprächspartnern.[207] Für die Generale Dittmar, Guderian und v. Manteuffel stand fest, dass es die deutsche Beteiligung an einem Sicherheitskonzept für Westeuropa nur mit der damit verbundenen politischen Gleichberechtigung geben konnte. Mit diesen Forderungen hatte Speidel auch die verantwortlichen deutschen Politiker vertraut gemacht: im Mai 1948 den bayerischen Ministerpräsidenten Ehard und Anfang April 1949 Adenauer.[208] Kurz nach seiner Wahl zum Bundeskanzler im September 1949 erklärte Adenauer, noch sei es zu früh für die Einbeziehung deutscher Truppen in die Verteidigung des Westens. Er verwies auf die moralische und völkerrechtliche Verpflichtung der Westalliierten wegen der Entwaffnung Deutschlands für seine Sicherheit Sorge zu tragen.[209] Das Thema der Wiederbewaffnung wurde erneut dadurch ganz aktuell, dass der Bundeskanzler in die Öffentlichkeit ging und sich nun der Presse bediente.

2.3. Adenauers Weg in die Öffentlichkeit zur Wiederbewaffnung

Obwohl die Bundesregierung am 22. 11. 1949 mit den Hohen Kommissaren das Petersberger Abkommen geschlossen hatte, in dem sich die Regierung verpflichtet hatte, ,,mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern",[210] bediente sich Adenauer nun der Presse, um die Bereitschaft zur Aufrüstung zu verkünden. Sowohl der französischen Zeitung ,,L' Est Républicain" als auch dem amerikanischen ,,Cleveland Plain Dealer" gab er im Dezember ein Interview. Die ,,Frankfurter Rundschau" und die ,,Rheinische Zeitung" griffen Adenauer scharf an, übersahen dabei aber, dass Adenauers Forderung im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Ziel stand, Souveränität mit der Aufrüstung zu erlangen. Auch im Foreign Office registrierte man, dass es den Deutschen um Gleichberechtigung in allen internationalen Organisationen ging, in denen sie Mitglied werden würden.[211]

Im Foreign Office hatte man erkannt, dass Adenauers Weg, der Presse Interviews zu geben, ein geschickter Schachzug war, um in der Folge mehr Souveränität zu fordern. Eingebunden in die Vorstellung, ein ,,Geeintes Europa" zu schaffen, war dies für die Amerikaner eine Ent-

---

207 Vgl. Christian Greiner, Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947-1950, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Bd. 1, München/ Wien 1982, S. 172 ff.

208 Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin, Frankfurt/M., 1977, S. 248 f., S. 255f.

209 Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943- 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 284 f.

210 Höfner, Aufrüstung, S. 180 f.

211 Rolf Steininger, Wiederbewaffnung: die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Adenauer und die Westmächte 1950. Erlangen/ Bonn/ Wien 1989, S. 17.

wicklung, die für die Zukunft hoffen ließ. Wurde Adenauers Weg über die Presse auch kritisiert, so baten die Amerikaner im Dezember 1949 den britischen stellvertretenden Hochkommissar um eine Stellungnahme.[212] Sie betonten ausdrücklich, dass vom Inhalt her an Adenauers Äußerungen nicht viel zu kritisieren sei. Alexander Böker, im Kanzleramt Stellvertreter Blankenhorns, hielt sich zur Zeit des Plain- Dealer- Interviews in Washington auf und erfuhr dort von einflussreichen Kreisen, dass die Frage einer deutschen Wiederbewaffnung diskutiert wurde. Sowohl Marshal Montgomery als auch Maréchal de Lattre de Tassigny hätten sich in den letzten Monaten für eine Beteiligung der Bundesrepublik am europäisch- atlantischen Bündnis ausgesprochen.[213] In diesem Fall konnte man sogar davon ausgehen, dass Militär und politische Führung, angesichts der republikanischen Kongressmehrheit in den USA, einer Meinung waren.

Böker berichtete an die Adresse Blankenhorns, denn die Bundesregierung hatte zu dieser Zeit noch nicht das Recht zu diplomatischen Missionen erhalten. Böker hatte zu Stillschweigen geraten und war entsetzt, als Adenauer, nachdem er den Bericht gelesen hatte, einer amerikanischen Zeitung ein Interview zum deutschen Wehrbeitrag gab. Bökers Gewährsleute zeigten sich verärgert. Der britische Hochkommissar Kirkpatrick erläuterte Blankenhorn, ,,daß die deutsche Haltung in den letzten Monaten Mängel an Kenntnis der Tatsachen und ausländischen Stimmungen verrate".[214]

Kirkpatrick lehnte eine Sicherheitsgarantie für Deutschland ab. Adenauer wollte mit seinem Vorgehen die deutschen Interessen herausstellen, dies glaubte er nur über die ,,öffentliche Meinung des Auslands" bewusst machen zu können. Sein Verhalten hatte den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy so verärgert, dass dieser im Frühjahr 1950 wochenlang mit Adenauer das Gespräch mied und ihn über die Atlantik- Pakt- Gespräche und die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht mehr unterrichtete.[215]

Die Äußerungen von Briten und Amerikanern fielen in Frankreich auf fruchtbaren Boden. So äußerte sich der französische Informationsminister Teitgen im November 1949 dahingehend, dass Frankreich nicht Partner eines Sicherheitssystems bleiben könne, das eine deutsche Aufrüstung bejahe. Frankreich setze sich für eine Integration Deutschlands in Europa ein, lehne aber seine Wiederbewaffnung ab. Eine weitergehende Frage gipfelte in der Antwort: ,,Die Wiederbewaffnung Deutschlands führt unweigerlich zum Krieg."[216] Ähnlich äußerte sich der

---

[212] Aufzeichnungen Foreign Office v. 8. 12. 1949 und Schreiben A.G.Gilchrist an C. Steel. FO 371/76650/C 9427/108/ 16, zit. nach Steininger, Wiederbewaffnung, S. 17.

[213] Befragung Böker am 6. 11. 1986 S. 6, zit. nach Höfner, Aufrüstung, S. 181.

[214] Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949- 1979, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 99.

[215] Aufzeichnung Blankenhorn v. 4. 4. 1950, Nachlass (NL) Blankenhorn Bd. 3, zit. nach Höfner, Aufrüstung S. 184.

französische Außenminister Robert Schumann zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Er verwies auf die Einstimmigkeit der drei Westmächte in der Deutschlandpolitik und schloss eine Zustimmung Frankreichs zur Wiederbewaffnung aus.
Auch in der Bundesrepublik schlugen die Wellen nach Adenauers Interviews hoch. In der Bundestagssitzung vom 16. Dezember 1949 einigte sich dann aber der Ältestenrat darauf, keine Wehrdebatte zu führen, sondern nur die Erklärungen der Fraktionen zu diskutieren. Alle Erklärungen lehnten einen Wehrbeitrag ab. Adenauer verwies darauf, falsch interpretiert worden zu sein und lehnte eine Aufrüstung ab. In Frage käme im äußersten Fall, ein deutsches Kontingent im Rahmen einer europäischen Armee. Der Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion von Brentano bekräftigte, dem deutschen Volk liege der Gedanke fern, das Land aufzurüsten. Ziel sei es, gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa zu werden.[217]
In dieser Situation hätte sich die Alliierte Hohe Kommission des höchst ungeschickt taktierenden Adenauers gern entledigt, wäre nicht die Alternative der SPD- Vorsitzende Schumacher gewesen. Er war als ,,Wüterich"[218] verschrien, und über seine national orientierten Äußerungen war man in Frankreich entsetzt. Der stellvertretende französische Kommissar gehörte der Sozialistischen Partei an und nannte Schumacher kriegstreiberisch, weil die Führung der Sozialdemokratie in Deutschland auf eine Verschärfung des Gegensatzes zu Rußland gedrängt habe. Bérard nannte es sogar als Wunsch der Führung, den Konflikt durch eine kriegerische Lösung zu beenden.[219] Ungewollt trug Schumacher auf diese Weise dazu bei, dass Adenauer im Amt blieb. Dem Kanzler wurde nicht verwehrt, auf sicherheitpolitischem Gebiet Vorbereitungen für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik zu treffen. Dafür durfte er sich auch weiter mit ehemaligen Generälen austauschen und über die Sicherheitslage Westdeutschlands informieren lassen.

2.4. Die Dienststelle Schwerin

Die militärische Gesamtentwicklung, vor allem die kommunistische Agression im Fernen Osten, führten dazu, dass die Frage der Sicherheit in den Vordergrund rückte. Bereits im Frühjahr 1950 hatte Churchill für einen deutschen Verteidigungsbeitrag plädiert. Unter strenger Geheimhaltung wurden im Bonner Kanzleramt zwei Denkschriften verfasst, die im Au-

---

216 Tel. No. 296, Harvey an Foreign Office, 23. 11. 1949. FO 371/76650/C 8837/108/18., zit. nach Steininger, Wiederbewaffnung, S. 19.
217 Steininger, Wiederbewaffnung, S. 17 f.
218 Francois- Poncets Bezeichnung für Schumacher, zit. nach Höfner, Aufrüstung, S. 187.
219 Aufzeichnung Blankenhorns über ein Gespräch mit Bérard am 11.4.1950, NL Blankenhorn Bd.3. In den Unterlagen findet sich eine Fülle äußerst kritischer Urteile der französischen Hohen Kommission über Kurt Schumacher. Vgl. insbesondere Bde. 3- 5, zit. nach Höfner S. 187.

gust 1950 dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy als Diskussionsgrundlage für die New Yorker Außenministerkonferenz übergeben wurden. In dem ersten Papier, dem ,,Sicherheitsmemorandum", bot Adenauer ein deutsches Kontingent im Rahmen einer ,,westeuropäischen Armee" an. Diese Entscheidung traf er allein, ohne das Bundeskabinett konsultiert zu haben. Das zweite Papier enthielt Vorschläge über die Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Besatzungsmächten. Darin wurden die Beendigung des Kriegszustandes verlangt und eine Neudefinition des Besatungszweckes dahingehend, dass die Bundesrepublik gegen äußere Bedrohung geschützt werden solle.[220]

In seinen Gesprächen mit den Alliierten, in seiner Regierungserklärung im November 1950 sowie im Dezember, im Gespräch mit dem französischen Hohen Kommissar Francois-Poncet, verwies Adenauer nochmals auf die militärische Gleichberechtigung, nach der ein deutsches Kontingent für den Sicherheitsbeitrag Westeuropas nicht schlechter gestellt sein dürfe als das der anderen. Der amerikanische Hochkommissar McCloy hatte sich schon Ende September für diese Forderung nach militärischer Gleichberechtigung aufgeschlossen gezeigt. Zur Aufnahme von militärisch- technischen Gesprächen benannte Adenauer Blank, Heusinger und Speidel.[221]

Adenauer hatte zwar nach seinem Amtsantritt versucht, in der Sicherheits- und Außenpolitik mit den Alliierten ins Gespräch zu kommen, sie mussten ihn aber allenfalls nur hören. Zu diesem Zeitpunkt hatte er weder Entscheidungsbefugnisse noch ein Vertretungsmonopol in Sicherheitsfragen. Die Besatzungsmächte diskutierten in Fragen der ,,Wiederbewaffnung" nicht nur mit dem Kanzler oder seinen Mitarbeitern. Sie hörten auch die Auffassungen der SPD-Führung, einzelner Bundesminister, der Ministerpräsidenten der Bundesländer und ehemaliger Offiziere.[222]

Am 24. Mai 1950 berief Adenauer Gerhard Graf von Schwerin zu seinem ,,sachverständigen Berater in militärischen und Sicherheitsfragen". Seine Aufgabe bestand darin, einen Plan zu entwickeln, wie ,,im Katastrophenfall [...]die Lenkung [...]der deutschen Bevölkerung [...] von einer mobilen Bundesgendarmerie bewältigt werden könnte".[223] Schwerin war den Briten durch seine Tätigkeit in London während der Vorkriegszeit bekannt und wurde Adenauer vom britischen Hochkommissar Robertson empfohlen. Adenauer entschied sich auch deshalb

---

220 Memorandum über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und nach außen, S. 175 (Dokument 9). Memorandum zur Frage der Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Besatzungsmächten vom 29.8. 1950, in: Klaus von Schubert: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Teil 1, Bonn 1977 S. 84- 85, zit. nach: Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1986, S. 141.

221 Meyer, Situation, S. 695.

222 Höfner, Aufrüstung, S. 237.

223 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 11, Vermerk Schwerin ,,Verlauf des Besuches beim Herrn Bundeskanzler".

für Schwerin, weil die Briten als einzige zu diesem frühen Zeitpunkt mit der Vorstellung einer Bundespolizei ein Konzept zur Aufstellung deutscher Verbände anboten. Im Juli 1950 begann Schwerin mit dem Aufbau eines Arbeitsstabes, und seit August firmierte er unter der Tarnbezeichnung ,, Zentrale für Heimatdienst", die dem Bundeskanzleramt unterstellt war.[224] Staatssekretär Blankenhorn leitete im Bundeskanzleramt die ,,Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission", den Kern des späteren Auswärtigen Amtes. Nur über ihn hatte die Dienststelle ein Vortragsrecht beim Bundeskanzler. Finanziert wurde sie aus dem Etat des Kanzleramtes, dessen Leiter der Abteilung Inneres, Hans Globke, nur darauf wartete, dem ,,Büro das Lebenslicht auszublasen",[225] zumal Blankenhorn und Globke erbitterte Feinde in der Gunst des Bundeskanzlers waren. Solche unklaren Verhältnisse waren ein Jahr nach der Staatsgründung nichts Außergewöhnliches, führten aber in diesem Fall dazu, dass Schwerin nach dem 23. Oktober in ,,allen sich nach innen auswirkenden Fragen" Globke unterstellt wurde.

Trotz dieser Umstände hatte die Zentrale für Heimatdienst die Planung der Gliederung, der personellen Ausstattung und Bewaffnung der Bundespolizei bis zu diesem Zeitpunkt beachtlich vorangetrieben. Die neu zu schaffende Einrichtung für die personelle Erfassung von Bewerbungen führte die Bezeichnung ,,Bundeskanzleramt- Zentrale für Heimatdienst- Prüfstelle für personelle Erfassung". Die Antwortschreiben an die bisherigen Bewerber waren völlig neutral zu halten und durften keinerlei Hinweise auf militärische Dinge enthalten. In einer weiteren Anweisung[226] zur personellen Erfassung hieß es: ,,Militärische Fragebögen dürfen zunächst weder gedruckt noch verschickt werden. Ebenso ist der Druck von Karteikarten mit militärischem Inhalt zunächst zu unterlassen. Dagegen sind alle Vorbereitungen zu treffen, um im Augenblick der ,,Freigabe" diese Dinge anlaufen zu lassen".

Über die spätere Einstellung von ehemaligen Angehörigen der Waffen- SS in deutsche Truppenkontingente hatte Schwerin mit den Alliierten gesprochen. In der Aktennotiz[227] hieß es dazu: ,,Keine Bedenken gegen die Einstellung von Unteroffizier- und Mannschaftdienstgraden bis zu 20 % der Gesamtstärke. Die Wiedereinstellung von ehemaligen Führern im Offizierrang der Waffen- SS setzt die erfolgreiche Absolvierung einer Probedienstzeit im Unteroffizierdienstrang voraus". Um Bewerbern einen Zwischenbescheid zugehen lassen zu können,

---

224 Vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 8 und 31. Vgl. Greiner, Die Dienststelle Blank. Regierungspraxis bei der Vorbereitung des deutschen Verteidigungsbeitrags von 1950- 1955, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 1, (1975), S. 103.

225 Schwerin an Geyr v. Schweppenburg, 18.9.1964, Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ED 91/22, zit. nach Krüger, Das Amt Blank, S. 23.

226 BA- MA, BW 9/ 1356, fol 17. Besprechung Schwerin/ Bachelin, 18. 10. 1950.

227 BA- MA, BW 9, 1356, fol 13. Besprechung Schwerin/ Bachelin, 23. 10. 1950.

wurden Entwürfe ausgearbeitet. Die Kernsätze darin lauten: ,,Die Westmächte sind wegen eines deutschen Beitrages zur europäischen Verteidigung an die Bundesregierung bisher nicht herangetreten. Die deutsche Volksvertretung konnte daher in der Frage der Aufstellung deutscher Truppeneinheiten im Rahmen europäischer Streitkräfte noch keine Entscheidung treffen. Die Bearbeitung Ihrer Bewerbung kann sich infolgedessen vorläufig nur auf auf eine Registrierung beschränken."[228]

Geplant war auch ein ,,Säuberungsausschuss" für Spitzenoffiziere, vom Oberst an aufwärts, die wiederverwendet werden sollten.[229] Daneben hatte man sich mit dem Problem der Lenkung von Flüchtlingsströmen befasst und Überlegungen zum Luftschutz, zu Maßnahmen gegen subversive Umsturzversuche und zur Verwendung deutscher Dienstgruppen der Besatzungsmächte im Verteidigungsfall angestellt. Adenauer ging zunächst auf das britische Angebot von 100 000 Mann Bundesbereitschaftspolizei ein, diese Freiwilligenverbände hätten den Grundstock für reguläre Streitkräfte geboten. Außerdem erhoffte sich Adenauer, zukünftig stärker in die sicherheitspolitischen Überlegungen der Westalliierten einbezogen zu werden.[230]

Über deren mögliche Absichten hatte Schwerin Stellungnahmen ausgearbeitet,[231] um ,,die Lebensfragen einer Nation" mit wenigen Vertrauensmännern von Regierung und Opposition in einem Fachgremium rechtzeitig zu besprechen. Risiken müssten bei der augenblicklichen Lage in Kauf genommen werden, weil den Absichten der Alliierten nicht ausgewichen werden könne. Schwerin war zu der Erkenntnis gekommen, dass die Westmächte, vor allem die USA, sich darüber im Klaren seien, dass eine wirksame militärische Verteidigung Europas nur mit deutscher Beteiligung möglich sei. Deshalb werde die Forderung auf aktive Teilnahme an der Europaverteidigung dann gestellt werden, sobald die politische Lage dies gestatte. Die USA besäßen die Machtmittel, um dieser Aufforderung wirksamen Nachdruck zu verleihen.[232]

Auch über eine ablehnende Haltung der Bundesrepublik zur Aufrüstung hatte Schwerin sich Gedanken gemacht und war zu der Feststellung gekommen, die USA würden dann mit Recht geltend machen, für die Deutschen genug getan zu haben, um eine Gegenleistung erwarten zu können. Die Weltöffentlichkeit gehe davon aus, dass Deutschland gegenüber den Völkern des Westens eine moralische Schuld zu tilgen habe. Eine deutsche Ablehnung an der aktiven Ver-

---

228 BA- MA, BW 9/ 1356, fol. 14. Besprechung Bachelin/ Frhr. v. d. Bussche, 23. 10. 1950.
229 BA- MA, BW 9/ 1356, fol. 18. Besprechung Schwerin/ Bachelin, 18. 10. 1950.
Vgl. Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 15.
230 Krüger, Amt Blank, S. 19.
231 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 33.
232 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 32.

teidigung Europas würde eine sowjetische Okkupation Deutschlands nicht verhindern. Eine Ablehnung der Kooperation mit dem Westen und deutsche Neutralität im Kriegsfall wären nur denkbar im Schutz einer starken und unabhängigen Selbstrüstung. Die USA vertrauten der deutschen Kraft mehr als allen sonstigen europäischen Völkern. Deshalb seien sie bereit, Waffen, Geld und Unterstützung zu geben, wenn sie den Willen zur Kooperation erkennen würden.[233]

Der Ausbruch des Koreakrieges im Juni führte zu einer neuen Einschätzung der militärischen Bedrohung. Der Bundeskanzler war durch die Denkschriften der Offiziere Speidel, Heusinger und Schwerin gut informiert, als er der Alliierten Hohen Kommission im August 1950 die Sicherheitslage der Bundesrepublik in den dunkelsten Farben schilderte und jetzt 150 000 Mann Bundesbereitschaftspolizei vorschlug. Gleichzeitig stimmte er dem Vorschlag des britischen Oppositionsführers Winston Churchill zu, eine Europaarmee unter deutscher Beteiligung aufzustellen.[234]

Auch die Amerikaner reagierten jetzt auf die Ereignisse in Asien, Entscheidungen zwischen Pentagon und State Department fielen schneller. Die Folgen waren die Einrichtung eines integrierten Oberkommandos der NATO und die Entsendung starker amerikanischer Landstreitkräfte nach Deutschland, um die Wiederaufrüstung der Europäer durchzuführen. Auch sollten deutsche Divisionen aufgestellt werden, jedoch ohne deutschen Generalstab. Diesem Bündel von Maßnahmen stimmte Präsident Truman im September 1950 zu.[235]

In Bonn fand ein Gespräch zwischen dem stellvertretenden Hohen Kommissar, General Hays, General Schwerin und Blankenhorn statt.[236] Blankenhorn berichtete, er habe tags zuvor mit dem französischen Botschafter Francois- Poncet darüber Einigung erzielt, dass sich möglichst bald eine kleine Gruppe deutscher und alliierter Sachverständiger über die gemeinsam interessierenden Verteidigungsprobleme unterhalten solle. Hays begrüßte diese Entwicklung und hörte sich die deutschen Wünsche im Fall einer sowjetischen Invasion an. Schwerin erwähnte eine starke Fünfte Kolonne, die sich bereits in Deutschland aufhalte und tätig werde. Ziel dieser Gruppe sei es, die Tätigkeit der Regierung zu paralysieren, Verkehrswege zu unterbrechen, die Versorgung zu gefährden, das Nachrichtennetz zu zerstören und die Regierung an sich zu reißen.

Die Alliierten müssten sich rechtzeitig mit diesen Problemen beschäftigen und ihren Nachrichtendienst mit der Überwachung von Fünften Kolonnen beauftragen. Ein weiteres Thema

---

233 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 32.

234 Krüger, Amt Blank, S. 25 f. Vgl. Meyer, Situation, S. 695.

235 Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 15 f.

236 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 35, Aufzeichnung über ein Gespräch am 17. 7. 1950 über die Zusammenarbeit deutscher und alliierter militärischer Sachverständiger.

war die Verstärkung der Landpolizei und die Organisation des Luftschutzes. Hierfür erbat Hays deutsche Vorschläge, seine Vorstellung für die Stärke der Landpolizeien bezifferte er auf 10 000 Mann. Schwerin brachte nochmals eine mögliche sowjetische Invasion in das Gespräch ein und sprach das Problem der daraus resultierenden Massenflucht von acht bis zehn Millionen Menschen an. Die Frage war, was die Deutschen tun könnten, um die alliierten militärischen Verteidigungsmaßnahmen dabei zu unterstützen.[237]

Adenauers Wünsche für die Vorbereitungen des unmittelbaren Ernstfalls trug Blankenhorn in einem Gespräch[238] mit Hays vor. Der Bundeskanzler vertrat den Standpunkt, Westdeutschland dürfe unter keinen Umständen kampflos preisgegeben werden. Deutsche Kräfte müssten im Rahmen der alliierten Verteidigung so rasch wie möglich organisiert werden, um einer Invasion der Volkspolizei oder gar auch russischen Truppen entgegenzutreten. Dies sei deshalb so wichtig, um der deutschen Bevölkerung den Verteidigungswillen der Alliierten und der deutschen Regierung zu demonstrieren.

Würden entsprechende Maßnahmen versäumt, könnten innerhalb des deutschen Volkes leicht diejenigen Kräfte die Oberhand gewinnen, die sich aus opportunistischen Gründen auch mit einer russischen Herrschaft abfinden würden. Mit der Bitte um sofortige Verstärkung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland werde Bürgermeister Brauer bei Präsident Truman noch in dieser Woche vorstellig werden. Der Bundeskanzler halte sich zu einem solchen Schritt verpflichtet. Mit dieser Maßnahme wolle die deutsche Regierung auf die drohende Gefahr hinweisen und der öffentlichen Meinung Ausdruck geben.

Seit Juli hatten Blankenhorn und Schwerin mit dem stellvertretenden Hohen Kommissar der Amerikaner, General George Hays, über die Bundespolizei verhandelt. In dem Gespräch wurde der Vorschlag gemacht, einen deutschen militärischen Expertenausschuss zu bilden, dem die Generale Heusinger, Foertsch, Seidemann, Godt und Speidel angehören sollten.[239] Zwar verbot das Gesetz zur Ausschaltung des deutschen Militarismus der Alliierten Hohen Kommission vom 16. Dezember 1949 sämtliche militärisch ausgerichteten Organisationen, nach der auch die Dienststelle Schwerin illegal war. Die Hohe Kommission duldete diese Aktivitäten, forderte aber, dass der Expertenausschuss geheimgehalten und gegenüber dem Militär der ,,Primat der Politik" durchgesetzt würde.[240]

---

237 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 36- 39.

238 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 67. Kurzprotokoll über das Zusammentreffen zwischen General Hays, Graf Schwerin und Herrn Blankenhorn am Sonnabend, dem 22. Juli 1950. Die Aussprache zwischen Blankenhorn, dem Bunkanzler und in Anwesenheit des Bundespräsidenten hatte auf dem Bürgenstock am Vierwaldstätter See stattgefunden.

239 Ba-MA, BW 9/ 3105, fol. 41. Gespräch Schwerin, Blankenhorn und Hays, 17. 7. 1950.

240 BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 100- 103. Besprechung Steel/ Schwerin, 8. 8. 1950. Vgl. Krüger, Amt Blank S. 24. Vgl. Meyer, Situation, S. 699 f. Vgl. Wiggershaus, Planung, S. 27.

Bevor im Kloster Himmerod mit der Ausarbeitung einer militärischen Denkschrift begonnen werden konnte, erklärte der Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt Herbert Blankenhorn, den Auftrag des Bundeskanzlers an die Experten. Er erläuterte, dass das oberste Ziel der deutschen Politik darin bestände, die Bundesrepublik in Westeuropa einzubinden. Damit habe man sich endgültig und einseitig dem Westen zugewandt. Der Bundeskanzler sei deswegen bereit, auf eine nationale Armee zu verzichten und favorisiere eine supranationale Verteidigungsorganisation. Langfristig hielt der Bundeskanzler eine solche Einrichtung für das beste Mittel, um das Ziel einer europäischen Einigung zu erreichen. Die Nuklearwaffen sollten in die deutschen Überlegungen zu dieser Zeit bewusst nicht einbezogen werden.[241] Die Tagung des Expertenausschusses fand vom 6. bis 9. Oktober 1950 im Eifelkloster Himmerod statt, Schwerin war daran nicht mehr beteiligt.

Am 30. Oktober erfolgte die Entlassung Schwerins durch Globke. Adenauer hielt Schwerin für politisch und diplomatisch ungeschickt. Durch eine Presseindiskretion hatte die Öffentlichkeit bereits im Mai von der Existenz und Tätigkeit der Dienststelle Schwerin erfahren. Spekulationen, die Bundesregierung bereite die Wiederbewaffnung vor, führten zum Rücktritt des Innenministers Heinemann. Adenauer nutzte diese Gelegenheit zu einem längst gefassten Entschluss, sich von Schwerin zu trennen, auch weil ihm der Ruf anhing, ein Mann der Vergangenheit, ein hoher Offizier preußischer Tradition zu sein. Adenauer wollte auch verhindern, dass ,,etwas wieder hergestellt wird, was der Vergangenheit angehören muss".[242] Weiter sagte er, er wolle nicht, dass in den neuen westdeutschen Streitkräften ,,der alte Wehrmachtshaufen den Ton angibt".[243] Adenauer spielte die Dienststelle Schwerin als ,,untergeordnete Stelle" herunter und löste sie auf.

2.5. Das Konzept der Inneren Führung

Woher sollten fünf Jahre nach dem Ende des ,,Dritten Reiches" und dem radikalen Systemwechsel verlässliche Demokraten in entsprechender Zahl herkommen? Selbst das Bestreben

---

Aufschlussreich ist die Stellungnahme Steels zur Hinzuziehung militärischer Experten. Die Diskussion über die angesprochenen Probleme der äußeren Sicherheit Westdeutschlands bewege sich noch auf rein politischer Ebene, es sei daher unzweckmäßig, aktive Militärs in diesem Stadium hinzuzuziehen, ihr Rat sei später einzuholen. Deutscherseits sei alles zu unterlassen, um durch unbedachte Schritte denjenigen Elementen Vorschub zu leisten, die diese Entwicklung stören möchten.

241 Theiler, Rezeption der NATO- Strategie, S. 464.

242 Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 15.

243 Der Diskussionskreis um den Wohnungsbauminister Wildermuth, zu dem die Generale Speidel und Heusinger gehörten, hatte erheblich zum schlechten Ruf Schwerins beigetragen. Neben dem Neid mag sie gestört haben, dass sich Schwerin nicht genügend für die Rehabilitierung ehemaliger Soldaten eingesetzt hatte. Er hatte es abgelehnt, sie zur Voraussetzung eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu machen, während Speidel und Heusinger gerade nur dies über Jahre hinaus forderten. Zudem war Schwerin Frontoffizier gewesen und wurde von seinen Soldaten hochgeschätzt. Seine Rivalen waren Generalstabsoffiziere, auf solche Strategen war Adenauer jetzt zum Wiederaufbau einer Armee angewiesen, zit. nach Gauzy S. 15.

einzelner Personen aus den Irrwegen der Vergangenheit Lehren zu ziehen, führten nicht unbedingt zu einem Staats- und Gesellschaftsverständnis, das dem Grundgesetz entsprach oder zu einem Verhalten, wie es das Soldatengesetz verlangte. Deshalb interessiert besonders, welche Offiziere ausgewählt wurden, um über den Umfang, die Organisationsstrukturen und die Führungsinhalte möglicher westdeutscher Streitkräfte zu beraten. Graf Baudissin wies darauf hin, dass über die Zusammensetzung des Himmeroder Kreises monatelang diskutiert wurde. Offiziere, die sich für den Nationalsozialismus und das ,,Dritte Reich" ausgezeichnet hatten, wurden nicht berücksichtigt. Ein Drittel der Ausschussmitglieder kam aus dem Widerstand, ein anderes Drittel hatte bei den Kapitulationsgesprächen in Italien Distanz zum Regime und Gespür für politische Fragen bewiesen. Diese Soldaten waren den Alliierten bekannt. Das letzte Drittel ergänzte Fachgebiete und sollte zu einer Ausgewogenheit der drei Wehrmachtsteile führen.[244]

Graf Baudissin beschäftigte sich vor allem mit der Ausbildung, Erziehung und Bildung der Soldaten, dem Teil also, der später die ,,Innere Führung" genannt wurde. Die Vorstellungen des daran beteiligten Kreises über Inhalt, Gefüge und Verfahrensweisen, eine Denkschrift zu formulieren, konnten unterschiedlicher nicht sein. Die Überheblichkeit der Generäle war unübersehbar, sie glaubten, mit Erfahrung, logischem Denken und Initiative auf politische, sozialwissenschaftliche, juristische und pädagogische Gutachten von zivilen Fachkräften verzichten zu können. Dabei war die Aufgabe der Remilitarisierung der Bundesrepublik und die Durchsetzung eines Reformkonzeptes, das die obrigkeitsstaatlich- feudalistischen Strömungen im deutschen Militärwesen ablösen sollte, zu diesem Zeitpunkt kaum realisierbar. Dafür standen noch zu viele ,,Ehemalige" zur Verfügung [245].

Inhaltlich war eine Verständigung über die Remilitarisierung kaum möglich, weil es durch die personelle Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundeswehr keinen Bruch mit der Vergangenheit gab. Hinzu kam noch, dass die regierende Partei und der verantwortliche Minister sich nicht eindeutig mit dem Konzept der ,,Inneren Führung" identifizieren konnten. Dabei wären die neu aufzustellenden Streitkräfte ganz besonders auf die demokratischen Qualitäten ihrer Beamten und Offiziere angewiesen gewesen. Diese Haltung war aber nicht von der Mehrzahl der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht zu erwarten.[246]

Erstmals wurde jetzt für eine deutsche Armee geplant, die in einem freiheitlichen Rechtsstaat

---

[244] Axel Eggebrecht, Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin, in: Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek 1979, S. 210 f.

[245] Ebenda, S. 212. Vgl. Schubert, Sicherheitspolitik Teil 1, S. 23 f.

[246] Eggebrecht, Gespräch, S. 214. Vgl. Axel Schildt, Aufbau der Bundeswehr. Politische Entscheidungen und Einstellungen, in: Informationen zur politischen Bildung, Deutschland in den fünfziger Jahren, Heft 256, Bonn 1997, S. 19.

und in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung gegründet werden sollte. Bei einem Verzicht auf ein Feindbild wurde ein Konzept der Inneren Führung gesucht. Dazu gehörten die Feststellungen, dass die Sicherheit der Bundesrepublik auf Grund ihrer Lage nur im Rahmen eines Bündnisses gewährleistet werden konnte. Die Aufgabe von Streitkräften im Atomzeitalter wurde so verstanden, dass sie kriegsverhütende, äußerstenfalls friedenswiederherstellende Maßnahmen zu ergreifen hatten. Das Konzept der Inneren Führung sah auch vor, dass die Streitkräfte, ebenso wie Staat und Gesellschaft, die Achtung der menschlichen Würde beachten. Ihre Soldaten, als Angehörige des öffentlichen Dienstes, seien Staatsbürger in Uniform, deren Selbstverständnis sich von der Sicherung des Friedens ableite.[247]

Während des Korea- Krieges sahen die Aufbauplanungen eine ,,Mobilmachungsarmee" vor, die aus kriegserfahrenem Personal bestehen sollte. Vier Jahre lang wurde dann ein deutscher Beitrag in einer europäischen Armee geplant, bis eine komplette Armee mit Heer, Luftwaffe und Marine innerhalb der NATO geschaffen werden sollte. Dabei war die Eingliederung der Wehrmacht in Staat und Gesellschaft ein großes Problem. Die SPD übte wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Wehrgesetzgebung aus. Bei CDU- Abgeordneten hatte sie mit ihren Vorstellungen, die preußisch- militärischen Traditionen zu überwinden, noch teilweise Erfolg. Die FDP war zu dieser Zeit am wenigsten dazu bereit.[248]

Mit dem Leitbild des ,,Staatsbürgers in Uniform" sollte der Bruch mit der Vergangenheit sichtbar gemacht werden. Baudissin formulierte Leitsätze für die Streitkräfte, die überall dort anzuwenden waren, wo es um Führung und Ausbildung, um Handhabung der Disziplinargewalt und um die politische Bildung und Information der Truppe ging. Dies betraf aber auch die Betreuung und Sorge um den Soldaten im außerdienstlichen Gemeinschaftsleben und bedeutete einen Bruch mit dem Verständnis von militärischen Traditionen. Grundlegende Wertevorstellungen der Demokratie wurden auf das Militär übertragen. Differenzen zwischen ,,Traditionalisten" und ,,Reformern" konnten nicht ausbleiben, das hatten die Diskussionen um die ,,Himmeroder Denkschrift" gezeigt. Auch viele Politiker lehnten die ,,Innere Führung" ab und gingen auf Distanz zu Baudissin. Sie sahen in seinen Leitsätzen eine Beeinträchtigung der militärischen Effizienz.[249]

2.6. Das Amt Blank und die Petersberg- Gespräche

Bereits am 12. Oktober 1950, also noch vor Schwerins Entlassung, teilte der Bundeskanzler

---

[247] Eggebrecht, S. 215 f. Vgl. Stephan Kretschmer, Ziele und Aufgaben der Inneren Führung, in: Hans W. Odenthal/ Dieter E. Bangert (Hrsg.), Demokratie und Kontrolle von Streitkräften, Bonn 2003, S. 99 f.

[248] Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955- 1970, Bonn 1997, S. 147.

[249] Ebenda, S. 148.

der Alliierten Hohen Kommission mit, dass er einen Zivilisten als Sicherheitsbeauftragten berufen wolle, und schon am 17. Oktober stellte er dem Kabinett den CDU- Bundestagsabgeordneten Theodor Blank vor. Die Dienststelle Blank sollte sich ausschließlich auf die Vorbereitung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas konzentrieren. Der Abgeordnete Blank wurde zum ,,Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" ernannt.[250] Adenauer lehnte es ab, das Amt in das Ressort des Innenministers Lehr, der als Nachfolger für den zurückgetretenen Heinemann ernannt worden war, einzubinden. Aus Rücksicht auf die Alliierten seien Polizei und Militär strikt zu trennen. Ein weiterer Grund dürfte der Vorbehalt der Franzosen gewesen sein, die ein nationales Verteidigungsministerium strikt ablehnten.[251]

Adenauer legte Wert darauf, dass ein führender christlicher Gewerkschafter die Leitung dieser Dienststelle besetzte. Angesichts der Haltung von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie zur Wiederbewaffnung erschien es ihm wichtig, dass ein Arbeitnehmer die Leitung des ,,Amtes Blank", wie sich die Dienststelle jetzt nannte, übernahm. Obwohl Wohnungsbauminister Wildermuth großes Interesse an diesem Amt zeigte, musste der Bundeskanzler bei einer Besetzung mit Wildermuth aus der Koalitionspartei befürchten, dass das Amt eine zu große Eigendynamik entwickeln könnte. Die FDP erschien als Sammelbecken ehemaliger hoher Offiziere und setzte sich wie keine andere Partei sowohl für die Streitkräfte als auch für die Rehabilitierung der Soldaten ein. Adenauer musste einen zu großen Einfluss durch das Militär befürchten. Die verfassungsrechtlich unklare Stellung Blanks wurde zwar auch von der CDU-Bundestagsfraktion bemängelt, diese Dienststelle sollte aber für den Bundeskanzler unverbindlich bleiben.[252]

Schwerin arbeitete jetzt im Amt Blank in untergeordneter Stellung als Koordinator eines Kabinettsausschusses für äußere Sicherheit, der als Beratungsgremium des Bundeskanzlers fungieren sollte. Die Gesamtstärke der Abteilung bestand zunächst nur aus den Mitarbeitern der Zentrale für Heimatdienst, insgesamt etwa 19 Personen. Langsamer vollzog sich der Aufbau des militärischen Anteils, der im Frühjahr 1951 noch als Gruppe ,,Technische Sicherheitsfragen" firmierte. Im November 1950 forderte Oberst v. Kielmansegg den Aufbau einer kleinen

---

250 BA- MA, BW 9/ 3109, fol. 4. Mitteilung Blanks v. 8. 11. 1950, dass die neu gestellten Aufgaben eine Umorganisation der bisherigen ,,Zentrale für Heimatdienst" notwendig machen und diese Bezeichnung zukünftig wegfalle.

251 Befragung Blankenhorn, 21. 4. 1975, Militärgeschichtliches Forschungsamt, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 31. Vgl. Greiner, Dienststelle Blank, S. 103.

252 Ehlert, Von der Konfrontation, S. 439 f. Vgl. Bert- Oliver Manig, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004, S. 454 ff., S. 582. Vgl. Greiner, Dienststelle Blank, S. 103 f.

militärischen Abteilung mit etwa fünf ehemaligen Offizieren, die alle wesentlichen Forderungen eines deutschen Kontingents behandeln sollte. Diese Forderungen bestanden aus der Spitzengliederung, Bewaffnung und Ausrüstung, Personal, Wehrverwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Wehrersatzwesen, Ausbildung und innere Struktur. Bei der Planung legte v. Kielmansegg Wert darauf, dass alles offen geschehen müsse. Im Gegensatz zu dem gescheiterten Versuch der Zentrale für Heimatdienst, diese im Verborgenen arbeiten zu lassen, sollte alles legalisiert sein.[253]

Am 21. Dezember hatten die Hohen Kommissare Adenauer auf den Petersberg einbestellt, um ihn über die Ergebnisse der Brüsseler NATO- Außenministerkonferenz vom 18. und 19. Dezember zu informieren. Dazu gehörte der Entschluss, mit dem Aufbau einer integrierten Atlantik- Streitmacht zu beginnen und mit der Einigung darüber, welche Rolle Deutschland bei der gemeinsamen Verteidigung spielen könnte. Dieser Tag hatte insofern große Bedeutung, als dass die Hohe Kommission sich darauf einigte, bald schon deutsch- alliierte Expertengespräche für einen deutschen Wehrbeitrag aufnehmen zu wollen und dem Bundeskanzler versicherte, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik nach und nach auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.[254]

Erst jetzt war Adenauer bereit, Blank die militärischen Verhandlungen führen zu lassen. Auf v. Kielmanseggs Vorschlag wurden Blank die Generale Speidel und Heusinger als Militärexperten zur Seite gestellt, um die Sachverständigengespräche über eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung des Westens am 9. Januar 1951 auf dem Petersberg aufzunehmen. Kielmansegg selbst fungierte als Sekretär und Protokollant. Die Alliierten waren durch die Stellvertretenden Hohen Kommissare Hays für die USA, Ward und Bérard verteten.[255] Es sollte sich um reine Sondierungsgespräche handeln, bei denen sich sehr schnell herausstellte, dass die alliierten Delegierten keine klaren Vorstellungen über den Umfang der benötigten Truppen zur Verteidigung Europas hatten. Untereinander waren sie uneinig über den Umfang des potentiellen deutschen Beitrags. Dagegen hatte die deutsche Delegation kaum Informationen über die Entwicklung der Verhandlungen seit September des Jahres 1950, und so redeten die Vertreter meistens aneinander vorbei.[256]

Nun entschloss sich Blank, die deutschen Überlegungen eines Wehrbeitrags bekanntzugeben. Der Plan der militärischen Experten beruhte auf der Himmeroder Denkschrift[257] und entsprach durchaus den Vorstellungen der amerikanischen Joint Chiefs of Staff an Modernität,

---

253 Befragung v. Kielmansegg 4.3. 1976, Militärgeschichliches Forschungsamt, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 36.

254 Steininger, Wiederbewaffnung, S. 389.

255 Greiner, Dienststelle Blank, S. 107. Vgl. Krüger, Amt Blank, S. 37.

256 Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 17.

Effizienz und Schnelligkeit. Er ging von einem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO aus, sah die Aufstellung deutscher Divisionen vor, hauptsächlich von Panzerdivisionen, und setzte den Aufbau eines deutschen Verteidigungsministeriums voraus. Die Experten der Denkschrift hatten eine Strategie der ,,Beweglichen Kampfführung" entwickelt, mit deren Hilfe zwölf bundesdeutsche Divisionen in Kooperation mit den westlichen Alliierten die sowjetische ,,Dampfwalze" soweit wie möglich östlich abwehren sollten.
Weitere 25 in Westdeutschland stehende Divisionen wurden als ,,gepanzerte Faust" betrachtet, die den Sowjets entgegengehalten werden sollten und unter deren Schutz die rückwärtigen westeuropäischen und amerikanischen Streitkräfte heraneilen sollten, um den Gegenschlag zu führen. Offensiv geführte deutsche Panzerarmeen sollten den Kern der westeuropäischen Verteidigung übernehmen.[258] Die Durchführung des Plans war an verschiedene politische Forderungen gekoppelt: die ausreichende Stationierung alliierter Streitkräfte in der Bundesrepublik, die Umwandlung des Besatzungsrechts in ein Vertragsrecht, die Ablösung der Alliierten Hohen Kommission durch Botschaften, militärische Gleichberechtigung, ausreichende finanzielle Hilfe und eine schnelle und gerechte Klärung der Kriegsverbrecherfrage.[259]

Die französische Regierung reagierte entsetzt auf die militärischen und politischen Erklärungen der Bundesrepublik. Die deutsche Delegation war aber nicht bereit, auf die Forderung nach Verkleinerung der Truppen auf die Größe von Regimentskampfgruppen oder Brigaden einzugehen. Die Briten verzögerten zunächst die Gespräche, weil sie hofften, dass die Petersberg- Gespräche die Sowjets zu Viermächte- Verhandlungen veranlassen könnten. Es wurden aber keine Fortschritte erzielt, offiziell wurden die Gespräche, die sich bis zum 4. Juni 1951 hinzogen, nicht für beendet erklärt. Die Westmächte waren mit ihrem ersten Versuch zur Bewaffnung der Bundesrepublik gescheitert, und die Deutschen mussten erkennen, dass eine schnelle Änderung des Besatzungsstatuts nicht zu erreichen war.
Immerhin war die politische Basis für Verhandlungen über einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens mit der Bekanntgabe des Pleven-Plans durch die französische Regierung am 24. Oktober 1950 gelegt. Jetzt hatte Paris damit öffentlich einen deutschen Verteidigungsbeitrag bejaht, gleichzeitig aber auf die noch bevorstehenden Schwierigkeiten bei des-

---

257 Vgl. Rautenberg/ Wiggershaus, Die ,,Himmeroder Denkschrift" v. Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik zur westeuropäischen Verteidigung, in: MGM 21, (1977), S. 135 ff.

258 Bulletin des Presse- und Informatiosamtes der Bundesregierung, Nr. 201 v. 21. 10. 1953, ,,Die Verteidigung Westeuropas" von General a. D. Adolf Heusinger, S. 1674, zit., nach Theiler, Die Rezeption, S. 464f.

259 Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 18.

sen Realisierung verwiesen.[260] Die Erklärungen der Alliierten mit dem politischen Ziel einer Aufrüstung in der Bundesrepublik hätten die EKD herausfordern müssen. Musste nicht befürchtet werden, dass Aktivitäten in der Wiederbewaffnungsdiskussion sich auch unmittelbar auf die Einheit der Nation auswirken würden? Die EKD galt als Bindeglied zwischen beiden deutschen Staaten, im Folgenden soll gezeigt werden, welche Vorstellungen die leitenden Männer in der EKD von einer Aufrüstung hatten. Welche Gruppierungen innerhalb der Evangelischen Kirche traten an die Öffentlichkeit, wie war die Zusammenarbeit untereinander und wie funktionierte der Austausch mit den ostdeutschen Kirchen? Wie wurden die Stellungnahmen der Besatzungsmächte zur Wiederbewaffnung in der EKD aufgenommen, und welche Reaktionen lösten die kirchlichen Äußerungen bei den jeweiligen Regierungen aus?

3. Auseinandersetzungen zwischen Staat und EKD in West und Ost

3.1. Positionen der Gegner einer Wiederbewaffnung und das Demokratieverständnis der Kirchenleitung

Der Bruderrat in der EKD, auch Reichsbruderrat genannt, der unter der Leitung von Martin Niemöller stand, hatte während der nationalsozialistischen Herrschaft Widerstand geleistet. Seine Mitglieder wollten in der Nachkriegszeit diesen Tatbestand gegenüber den amtlichen Kirchenbehörden nicht in Vergessenheit geraten lassen. Neu gegründet wurden die ,,Bruderschaften der Bekennenden Kirche" unter der Leitung von dessen Geschäftsführer Herbert Mochalski.[261] Dieser war bereit, seine Ablehnung zur Wiederaufrüstung auch im Zusammengehen mit Kommunisten zu verbreiten, während Niemöller eine nationalistische und antikatholische Position vertrat, die es ihren Gegnern leicht machte, sie als einzelne Stellungnahmen abzuqualifizieren.[262]

Gegen den Vorwurf, er wolle der Bevölkerung Westdeutschlands eine zu erwartende russische Besetzung als erträglich hinstellen, wehrte sich Niemöller mit einer persönlichen Erklärung [263]. Die Kirche lehne den Kommunismus als Heilslehre ab, wie auch alle anderen Heilslehren. Es sei aber unchristlich, einen Krieg gegen den Kommunismus zu führen, um die christliche Kirche zu erhalten. Der Kommunismus dürfe nur mit geistigen Waffen bekämpft werden. Wenn die Kirche sich heute so nachdrücklich für den Frieden einsetze, dann tue sie das, um die Menschen vor der Gefahr zu bewahren, erneut für einen angeblich ,,höheren

---

260 Wiggershaus, Planung, S. 88.

261 Mochalski stand in der Aufrüstungsfrage in grundsätzlicher Opposition zu Adenauer, was ihn unfreiwillig in die Nähe der Kommunisten rückte, zit. nach Dieter Krüger/ Dorothe Ganser, Quellen zur Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1955 in westdeutschen Archiven, in: Militärgeschichliche Mitteilungen (MGM) 1, 1991, S. 139.

262 Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 31 f.

263 LKAB, Bestand 37/ 14, Persönliche Erklärung Niemöllers zum Kommunismus vom 12. 6. 1950.

Zweck" geopfert zu werden.

Zu den Vorurteilen gegen Niemöller kam noch sein Geständnis, er habe sich im Jahr 1939 freiwillig zur Kriegsmarine gemeldet, um für sein Vaterland zu kämpfen. Dies stempelte ihn auch bei den Besatzungsbehörden zu einer ,,verqueren Mischung aus U-Boot- Kommandant und deutschem Theologen" ab.[264] Die Bekennende Kirche sah ihre Aufgabe darin, zwischen den Systemen im Osten und im Westen zu vermitteln und die Wiederbewaffnungspläne strikt abzulehnen. Ein weiterer Entscheidungsträger im Rat und in der Synode, den höchsten Gremien der EKD, war der Rechtsanwalt und spätere Bundesinnenminister Gustav Heinemann, der auch der Bekennenden Kirche angehörte. Von 1945 bis 1967 war er Mitglied des Rates und von 1949 bis 1955 Präses der Synode.

In diesen Gremien äußerte sich Heinemann sehr zurückhaltend zur Frage der Aufrüstung, um dem Vorwurf des lutherischen Flügels der EKD zu entgehen, er missbrauche die Kirche für seine extremen politischen Ansichten. In seinem Vortrag am 1.12. 1950 in der Johanneskirche in Bern verwies Heinemann lediglich auf die politische Verantwortung der Christen. Darunter verstand er die Mitarbeit in Betriebsräten, Gewerkschaften, Parteien, Parlamenten und Regierungen. Auf die Wiederbewaffnung eingehend erklärte er, dass das Evangelium keine Grundlage für einen grundsätzlichen Pazifismus biete, und dass in der westdeutschen Bundesrepublik der Obrigkeit eine entsprechende Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stehen müsse. Offen bleibe die Frage, ob die Bundesrepublik in eine militärische Rüstung eintreten solle.[265]

In dem Memorandum vom Oktober 1950, ,,Warum ich zurückgetreten bin"[266] ging Heinemann auf das Verhalten Adenauers ein, der sich für die Militarisierung ausgesprochen hatte, ohne das Kabinett an der Willensbildung zu beteiligen. Große Bedeutung für Heinemanns Ablehnung einer deutschen Armee hatte die Veröffentlichung Karl Barths in der kirchlichen Zeitung ,,Unterwegs".[267] In einem Brief hatte Barth sich zur Wiederbewaffnung geäußert und diese für Deutschland abgelehnt, selbst wenn eine solche Entscheidung innerhalb der Evangelischen Kirche auf einen Kirchenkampf hinausliefe.[268] Heinemann rief zur Zurückhaltung in dieser Frage auf, um die Chance für eine friedliche Lösung zu wahren. Weitere

---

264 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 107.

265 Vortrag ,,Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung", in : Gustav Heinemann, Glaubensfreiheit- Bürgerfreiheit. Reden und Aufsätze zu Kirche, Staat und Gesellschaft 1945- 1975, Frankfurt/ M. 1976 (Heinemann, Reden + Schriften, 2), S. 69- 82.

266 Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 59 ff. Memorandum v. 13.10.1950.

267 Vgl. Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/ Wien 1969, (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bd. 28), S. 437, Anmerkung 7.

268 Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 58 f.

Stellungnahmen kamen vor allem von dem bruderrätlich und dem lutherisch geprägten Flügel in der EKD.[269]

Der Bruderrat veröffentlichte in Darmstadt ein Wort zur Wiederaufrüstung. Darin wurde an die Synode der EKD im Frühjahr in Berlin erinnert, dort war die Frage aufgeworfen worden, ob ein Deutscher heute eine Kriegswaffe in die Hand nehmen dürfe. Die Großmächte wurden aufgefordert, die Deutschen nicht mit dem Verlangen nach Kriegsdienst in Not zu bringen, sondern sich um einen Frieden zu bemühen.[270] Diese Ermahnung wurde auch in die Denkschrift der kirchlichen Bruderschaften an die Gemeinden aufgenommen. Weiter hieß es dort:

,, [...]Wir Deutschen müssen uns aus dem Konflikt der Weltmächte heraushalten. Wir dürfen nicht für die eine oder andere Seite Partei ergreifen. [...]Wer sich in diesem Konflikt einseitig für eine der beiden Großmächte festlegt, wird zur Rüstung gezwungen. [...]Wir lehnen eine Remilitarisierung ab, weil wir im Glauben an Jesus Christus weder von fremden Militärmächten noch von irgendeiner militärischer Macht die Hilfe für unser Volk erhoffen. Diese Ablehnung ist nicht begründet in antimilitaristischem Ressentiment oder auch im Ressentiment gekränkter Soldatenehre. [...]Die Remilitarisierung gegen den Willen des größten Teils des Volkes würde statuieren, daß die Freiheit, die verteidigt werden soll, bereits verloren ist.
Wenn Deutschland eine Wehrmacht zur Verfügung stellte, würde es dadurch nicht den Frieden erhalten, sondern den Krieg herausfordern, denn ein Rüstungspotential ist keine ruhende Macht, sondern eine dynamische Kraft, die zur Anwendung drängt [...].
Wir muten es den Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik zu, nicht auf gewaltsame Befreiung zu hoffen, und bitten sie, ihre bürgerliche Freiheit nicht von einem Krieg zu erwarten. [...]."[271]

Auffällig an den Erklärungen war, dass sie nicht im Namen der EKD abgegeben wurden, sondern von wenigen Persönlichkeiten der Kirchenleitung. Dabei war doch die Evangelische Kirche in Deutschland die einzige Körperschaft, die beide deutsche Staaten umfasste und daher das Thema der Wiederbewaffnung immer wieder diskutieren musste. Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass es zwischen den Flügeln der EKD große Meinungsverschiedenheiten darüber gab, ob die Kirche überhaupt zu politischen Entscheidungen der Regierung Stellung nehmen sollte. Aufschlussreich zum Demokratieverständnis der Kirchenleitung gegenüber den Pfarrern ist ein Schreiben vom Februar 1950. Absender war das Evangelische Konsistorium Berlin- Brandenburg, der Brief war an die Herren Geistlichen der Kirchenprovinz Berlin- Brandenburg gerichtet:[272]

,,Am 19. Februar 1948 haben wir die Herren Superintendenten darauf hingewiesen, dass wir

---

269 Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 123. Vgl. Lotz, Die evangelische Kirche, S. 19, 66 f.

270 EZAB, Bestand 4/ 490, Abschrift: Wort des Bruderrates zur Wiederaufrüstung v. 29. 9. 1950. Vgl. Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S.36.

271 Denkschrift von Vertretern Kirchlicher Bruderschaften an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung, Darmstadt, 4. 10. 1950, dokumentiert in: Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 38- 43. Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 160 ff.

272 LKAB, Bestand 37/ 14, NL Pfarrer W.D. Zimmermann, Brief an die Pfarrer der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg vom 14. 2. 1950.

es nicht für angebracht halten, dass die Kirche wie eine politische Grösse neben den Parteien in politischen Gremien offiziell in Erscheinung tritt, weil das dem Wesen der Kirche widersprechen würde. Bei aller Freiheit des Christen, seiner politischen Verantwortung entsprechend zu handeln, sei es nicht erforderlich, dass Geistliche oder Kirchenälteste als amtliche Vertreter der Kirche bei politischen Anlässen auftreten, ja wir hielten das um des besonderen Auftrages willen, den sie haben, auch nicht für erlaubt.
Am 11. Mai 1948 haben alsdann die evangelischen Bischöfe der Ostzone ein gemeinsames grundlegendes Memorandum an den Marschall Sokolowski gerichtet, in dem ausführlich dargelegt wird, dass die Kirche um ihres Auftrags willen nur aus einer Nötigung des Glaubens, nicht aber auf Grund von Wünschen, die von aussen her an sie herangetragen werden, zu Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen kann. Die Bischöfe haben den Marschall gebeten, Anweisung zu geben, dass die Kirche künftighin weder von seiten der Militärverwaltung noch von zivilen Stellen aufgefordert werden möchte, politisch in Erscheinung zu treten.
Diese Grundsätze sind in unserer Kirche nach wie vor in Kraft. Im Westen wie im Osten wird danach gehandelt. Sie bedeuten auch im gegenwärtigen Augenblick für unser Kirchengebiet, dass Pfarrer sich den Beitritt zu jedem Zusammenschluss politischer, auch gesamtpolitischer Art versagen müssen, da ihre Mitwirkung darin nicht anders als eine amtliche Vertretung der Kirche verstanden werden kann. Wir veranlassen die Herren Geistlichen, sich auch fernerhin dementsprechend zu verhalten."

Trotz solcher Anweisungen seitens der Kirchenleitung ließ sich Martin Niemöller nicht daran hindern, ebenfalls am 4.10. 1950 einen offenen Brief an den Bundeskanzler zu schreiben:

,,Herr Bundeskanzler !
Trotz aller gegenteiligen Zeitungsnachrichten wird die Remilitarisierung Westdeutschlands, d.h. die Wiederaufrüstung deutscher Menschen für einen möglichen Krieg zwischen Ost und West, mit allen Mitteln betrieben. Hohe Offiziere werden eingestellt, Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee sind ab 1. Oktober des Jahres tätig, Rüstungaufträge an die deutsche Industrie sind erteilt.
Es hält sich hartnäckig die Behauptung, dass zwischen dem Bundeskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, und Herrn McCloy und vielleicht auch dem Britischen Hohen Kommissar Abmachungen bestehen, wonach alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen ist, als deutscher Beitrag für eine westeuropäische Streitmacht, die der ,,Verteidigung " dienen soll.
Dass das deutsche Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs einer solchen Aktion des Bundeskanzlers in seiner Mehrheit zustimmen könnte, ist nach vorgenommenen privaten Probeabstimmungen äußerst fraglich. Eine offizielle Volksbefragung ist durch die Bundesverfasuung nicht vorgesehen. Diese Verfassung ist ja so geschickt gearbeitet, dass das deutsche Volk wieder in den Krieg hineingestürzt werden kann, ohne dass es zuvor überhaupt gefragt wird. Und diese Behandlung des deutschen Volkes ist nichts Neues, da es ja auch nicht gefragt wurde, ob es den Eisernen Vorhang und ob es einen westdeutschen und später einen ostdeutschen Staat haben wollte.
Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mehrfach und deutlich erklärt, dass die Kriegsgefahr zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland, als Vasallen der westlichen und östlichen Mächte, durch die Teilung Deutschlands heraufbeschworen worden ist. Die Kriegsgefahr ist nicht durch die Gründe bedingt, die dem deutschen Volk heute in der Presse aufgetischt werden, um in Ost und West seine Angst zu erhöhen und es williger zu machen, sich in neue Rüstungsabenteuer stürzen zu lassen.
Die Evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne- weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch wiedersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch

eine Verfassungsänderung dieses Recht wirklich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.
Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen ohne eine vorherige, echte Befragung der Bevölkerung des Bundesgebietes. Wenn diese Befragung aufgrund der Bundesverfassung nicht als Volksabstimmung geschehen kann, so müßten Neuwahlen vorgenommen werden. Diese Neuwahlen hätten aber so zu geschehen, daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, die von ihr zu wählenden Kandidaten eindeutig zu fragen, ob sie sich in ihrer Amtsführung für oder gegen diese ,,Wiederaufrüstung" einsetzen werden. Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheidet, so käme dies einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben. Wenn die westlichen Alliierten von Westdeutschland einen Beitrag an Waffen und Soldaten verlangen, dann sollen sie das selbst offen befehlen und sich nicht hinter einer deutschen Demokratie verstecken."[273]

Ein weiterer offener Brief der kirchlichen Bruderschaften[274] der Bekennenden Kirche ging am selben Tag an Bundeskanzler Adenauer. Der Brief ist von einer großen Zahl von Pfarrern und Laien unterschrieben. Inhaltlich lehnt er sich an den Brief von Niemöller an, darin wird ebenfalls bezweifelt, dass die Mehrheit der Bevölkerung für eine Remilitarisierung war, als Adenauer diese den Alliierten anbot. Die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingents unter der Leitung von Generälen der alten deutschen Wehrmacht habe seit 1. Oktober begonnen und entsprechende Aufträge seien an die Rüstungsindustrie gegangen. Dies alles sei hinter dem Rücken des deutschen Volkes geplant, so die Bruderschaften.

,,Ist das die Demokratie, in der wir leben sollen und wollen? [...]Wir fordern Sie daher auf, den Weg für Neuwahlen des Bundestages frei zu machen, in denen das deutsche Volk selbst entscheidet, ob es wieder aufgerüstet werden will. Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, dass wir über den Kopf unseres Volkes hinweg geschaffene Tatsachen nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären."

Nur wenige Wochen später veröffentlichte die Rheinische Landessynode am 18. November 1950 in Velbert ein Wort zum Frieden und zur Wiederaufrüstung.[275] Darin hieß es:

,, [...]Die Synode muss jeden fragen, ob eine deutsche Wiederaufrüstung oder ein deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung in der gegenwärtigen Lage dem Frieden dient. Das Wettrüsten aller Staaten, die Deutschland besetzt haben, reißt unser Vaterland immer mehr auseinander. Eine Beteiligung an dem Wettrüsten hindert uns an der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben, fördert das Wiedererwachen nationalistischer Bestrebungen und trennt Ost- und Westdeutschland in zwei feindliche bewaffnete Lager. Alles Wettrüsten steht zudem in der Gefahr, daß es gewollt oder ungewollt zum Krieg führt [...].

---

273 EZAB, Bestand 4/ 490, Abschrift des offenen Briefes von Niemöller an Bundeskanzler Adenauer v. 4. 10. 1950.

274 EZAB, Bestand 4/ 490, Abschrift des offenen Briefes von Vertretern der Bruderschaften der Bekennenden Kirche an Bundeskanzler Adenauer v. 4. 10. 1950.

275 EZAB, Bestand 4/490, Abschrift ,,Wort der Rheinischen Landessynode zum Frieden und zur Wiederaufrüstung" v. 18. 11. 1950.

Die Frage, vor die wir durch die Aufrüstung gestellt sind, ist so schwer, daß keine politische Entscheidung über sie gefällt werden darf, von deren Notwendigkeit das Volk nicht überzeugt ist. Wir bitten die deutschen Regierungen und Parteien bei der Entscheidung über Fragen des Friedens und der Wiederaufrüstung zu bedenken, daß es sich dabei um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes handelt. Besondere Interessen der Parteien, der Wirtschaft, der Weltanschauungen und Kirchen dürfen auf diese Entscheidungen keinen Einfluss haben."

Ein weiteres Mitglied des Rates der EKD, Präses Ernst Wilm, schrieb in einem offenen Brief an den Bundeskanzler:[276]

„ [...]Es geht nicht an, daß Sie die Anliegen, die Ihnen in den offenen Briefen von Martin Niemöller und von Pfarrern der Bekennenden Kirche vorgetragen worden sind, damit abtun, daß Sie 'von den offenen Briefen einiger deutscher Stellen' reden, zu denen Sie etwas sagen wollen, nicht, weil sie etwa das Wichtigste für das deutsche Volk wären."

Unterstützung erhielt Wilm anlässlich des evangelischen Männertages in Hessen, dort wurde moniert, Adenauer habe mit seinen Worten nicht nur Martin Niemöller öffentlicht verurteilt , sondern viele ernste evangelische und katholische Christen, so auch den bisherigen Bundesinnenminister Heinemann und den Berliner Bischof Dibelius, angegriffen. Abschließend wurde die Frage gestellt, was sollen evangelische Christen von einem Kanzler denken, der Martin Niemöller und diejenigen, die seine Meinung teilen, beschimpft?[277]
Als am 30. Oktober auch noch ein Schreiben bekannt wurde, dass sich Vertreter der Bekennenden Kirche mit SPD- Funktionären getroffen hätten,[278] glich dies einem Komplott zum Sturz der Regierung Adenauer. Die Veröffentlichung brachte Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der Wiederbewaffnung zum Ausdruck.

3.2. Die Bundesregierung reagiert auf die Kirchenkritik

Diese Stellungnahmen verärgerten nicht nur Adenauer, sondern auch die Männer in der Regierung, die sich zur Frage der Wiederbewaffnung eindeutig festgelegt hatten oder in den Veröffentlichungen einen Kampf der evangelischen gegen die katholische Kirche sahen. Der Bundeskanzler erwähnte am 6. Oktober im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates,[279] dass 37 Pfarrer des evangelischen Bruderrates der „Bekennenden Kirche"

---

276 Offener Brief v. Präses Ernst Wilm an Adenauer, 15. 10. 1950 (Auszug), zit nach KJ 1950, S. 177 f.

277 Reden auf der Kundgebung des evangelischen Männertagesin Hessen am 15. 10. 1950, zit. nach Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 82.

278 Diese Begegnung von Vertretern des Reichsbruderrates mit Funktionären der SPD war von Niemöller bewusst als Umgehung des Rates geplant. In einem Brief v. 2. 5. 1950 an Pfarrer Albertz berichtet Niemöller von seinem Gespräch mit Dr. Schumacher und erwähnt die Hinzuziehung von Brüdern aus dem Reichsbruderrat für ein weiteres vereinbartes Gespräch, Zentralarchiv d. Ev. Kirche von Hessen und Nassau (LKA Darmstadt, 36/ vorl. 26), zit., nach Johanna Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 131.

279 Aus dem Bericht über die 10. Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates vom 6. Oktober 1950. Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD) II/ 3 (1950), in : (Hrsg.), Bundesministerium des Innern, Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe/ Band 3, Unveröffentlichte Dokumente 1. Januar bis 31. Dezember 1950, München 1997, S. 1054 f.

erklärt hätten, ,,dass im Falle einer Remilitarisierung Neuwahlen ausgeschrieben werden müssten". Der Kanzler verwies aber darauf, dass ein solches Ansinnen schwerwiegende Folgen haben könnte, ,,da das Ergebnis der Wahlen u.U. außenpolitisch außerordentlich ungünstig wirken könne".

Auch auf dem ersten Parteitag der CDU in Goslar im Oktober 1950 beklagte sich Adenauer[280] über das Verhalten von Kirchenpräsident Niemöller, der sich seines Wissens nach nicht über die Aufstellung der Sowjetzonenpolizeiarmee und die außerordentlich starke Anhäufung russischer Truppen in der Ostzone beklagt habe. Auf Niemöllers Brief eingehend bestritt der Kanzler den Wahrheitsgehalt und bescheinigte ihm, dem deutschen Volk im In- und Ausland schwersten Schaden zugefügt zu haben. ,,Ich bin überzeugt davon, daß das Vorgehen des Herrn Pfarrer Niemöller in Frankreich Beachtung finden wird, bei der SED hat es größten Beifall ausgelöst". Unterstützung erhielt Adenauer auf dieser Veranstaltung durch eine Entschließung der evangelischen Delegierten.[281] Darin hieß es:

,,Wir sind von tiefer Sorge erfüllt über Erklärungen, die Männer der Evangelischen Kirche, insbesondere Kirchenpräsident Niemöller, in letzter Zeit zu politischen Fragen unseres Volkes abgegeben haben. So sehr wir die Pflicht der Kirche bejahen, die Verantwortung für die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens mit zu tragen, so sehr erwarten wir, daß solche Erklärungen nicht voreilig, sondern nur nach gewissenhafter Sachprüfung, nach brüderlicher Beratung und in gemeinsamer Verantwortung veröffentlicht werden."[282]

Nur wenige Wochen später, auf dem Landesparteitag der CDU des Rheinlandes Anfang Dezember 1950, wurde den Teilnehmern klargemacht, die Entscheidung für einen westdeutschen Beitrag an der europäischen Verteidigung stünde nicht im Widerspruch mit evangelischen Glaubensgrundsätzen. Die persönliche Gewissensentscheidung sei gefragt und an Niemöller und Heinemann war die Botschaft gerichtet:

,,Wir lehnen es daher ab, dass kirchliche Amtsträger und Organe sich an der Regelung rein politischer Fragen von politischen Erwägungen aus mit politischen Argumenten und politischen Mitteln einmischen. [...]Unsere Freunde und Wähler fordern wir auf, sich durch theologisch erscheinende, aber im Grunde politische Propaganda nicht irremachen zu lassen, sondern ihren politischen Dienst am Volk weiterhin innerhalb der CDU wahrzunehmen."[283]

---

280 LKAB, Bestand 37/ 16, Auszug aus der Rede des Bundeskanzlers Dr. Adenauer auf dem 1. Parteitag in Goslar, 20. 10. 1950.

281 Hermann Ehlers führte eine Gruppe an, aus der im Jahr 1952 der ,,Evangelische Arbeitskreis der CDU" hervorging. Ehlers wurde politisch zum Kreis um Heinemann gezählt und hatte noch am 24.9.1950 im ,,Oldenburger Sonntagsblatt " einen Beitrag ,,Sicherheit und Frieden" veröffentlicht, in dem es die Delegierten für gefährlich hielten, in der Frage des Verteidigungsbeitrags zu schnell umzuschalten.
Vgl. Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 76.
,, Hartnäckig hielt sich damals das Gerücht, vor seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten am 19. 10. 1950 habe Ehlers Adenauer seine Loyalität versichern müssen ". Vgl. Baring, Außenpolitik, S. 214.

282 Entschließung der evangelischen Delegierten auf dem Parteitag der CDU in Goslar, 22. 10. 1950, dokumentiert in: Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 76 f.

283 EZAB/ Bestand 2/ 345/ 11, Deklaration v. 3.12. 1950 als Anlage zum Schreiben Lauffs v. 5. 12. 1950 an Oberkirchenrat Osterloh, zit. nach Volkmann, Protestantismus, S. 539 f.

Weitere Kritik an Niemöller spricht aus dem Schreiben des Bundesinnenministers Lehr an Bischof Dibelius in Berlin.[284] Darin geht er auf Niemöllers Verhalten ein, der am 17. November in Berlin- Dahlem einen Vortrag gehalten hatte, der nach Zeitungsberichten einen Tumult verursacht hatte. In seinem Vortrag hatte Niemöller erklärt, Russen, Polen und Tschechen sei es gleichgültig, ob die Deutschen in der Ostzone lebten, die Franzosen dagegen würden froh sein, wenn sie tot wären, während die Engländer und Amerikaner überhaupt keine Nächstenliebe, außer für sich selbst, kennen würden. Unter den gegenwärtigen Umständen sei jeder Westdeutsche ein Narr, der eine Waffe in die Hand nähme.

Am Vortag hatte Niemöller der Presseagentur ,,United Press" ein Interviw gegeben, von dem die ,,Neue Zeitung" am 13. November berichtete:[285] ,,Nach der Änderung der Besetzung Deutschlands müßten dann die Regierungen Dr. Adenauer und Pieck mit Stumpf und Stiel beseitigt und die beiden deutschen Teilstaaten vollkommen aufgelöst werden." [...]Hinsichtlich der Politik der Bundesregierung meinte der Kirchenpräsident, dass die ,,Propagandahetzreden des Bundeskanzlers" unverantwortlich seien und nicht dem Willen des Volkes entsprächen".

Lehr hielt ein solches politisches Auftreten Niemöllers für unvereinbar mit dessen Amt als Kirchenpräsident und bedauerte, dass sowohl die Kirchenkonferenz, die Repräsentanten aller einzelnen Landeskirchen als auch der Rat der evangelischen Kirche in Berlin- Spandau, lediglich um Zurückhaltung in politischen Äußerungen gebeten hatten. Wenn Niemöller so weitermachen würde, ohne dass der Rat für Abhilfe sorge, sei mit einer Abwehrbewegung und der Spaltung im Kirchenvolk zu rechnen. Lehr, als Mitglied der reformierten Kirche und Mitglied der Bekenntniskirche, habe für eine solches Verhalten volles Verständnis.

Des Weiteren kritisierte der Innenminister Äußerungen Niemöllers gegen die katholische Kirche. Nach dem Dahlemer Vortrag sei die Bemerkung gefallen, es habe sich nur ein Katholik gegen Niemöllers Worte gewandt.[286] Wenn dies so geschehen sei, sei es die Aufgabe des Staates zu prüfen, wann die Erfordernisse seiner Sicherheit nach innen und aussen ein Einschreiten gegen Niemöller verlangten.

---

284 Schreiben des Bundesministers des Innern, Lehr, an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bischof von Berlin, Dibelius, v. 24. 11. 1950, in: DzD II/3 (1950), S. 1119.

285 Vgl. Niemöller schlägt Besetzung Deutschlands durch UN vor, in: Neue Zeitung, 13.11.1950, S. 3, in: DzD II/3 (1950), S. 1119. Die ,,Neue Zeitung" erschien in der DDR.

286 Niemöller kritisierte:,,Jeder, der in der Bundesrepublik gegen die Remilitarisierung auftrete, werde zum Pro- Bolschewisten gestempelt. So sei die auf der Kirchentagung in Hessen gefasste Erklärung gegen die Aufrüstung im Osten und Westen verschwiegen worden, weil das nicht in Adenauers Politik passt. Dagegen habe man das stramme Wort über den gerechten Frieden des Kölner Erzbischofs Kardinal Frings überall verzeichnet, wie alles, was in Westdeutschland römisch- katholisch ist, heilig sei", in: DzD II/3 (1950), S. 1120.

Bischof Dibelius antwortete mit einem Brief an Lehr,[287] unter Diskretion wurde eine bevorstehende Änderung in der Haltung der EKD angekündigt. Am 6. Dezember verkündete der Rat der EKD eine von Dibelius, Bischof Lilje und Kirchenpräsident Niemöller unterzeichnete ,,Botschaft an die christlichen Kirchen der Welt zur Rettung des Friedens". Darin wurden die ,,christlichen Brüder in der Welt" darauf aufmerksam gemacht, ,,daß die Verhältnisse in Deutschland auf eine äusserst kritische Entwicklung zutreiben. Wenn nicht neue Lösungen gefunden werden, erscheint eine neue Katastrophe fast unvermeidlich". Betont wurde, dass die EKD nicht in der Lage sei, unmittelbar politische Vorschläge zu vertreten. Es müsse den Regierungen und den Vereinten Nationen überlassen bleiben, ob sie eine neue Mächtekonferenz oder eine Aktion der Vereinten Nationen oder andere Maßnahmen für das geeignete Mittel hielten.

Auch Bundespräsident Heuss nahm Stellung zu Niemöllers Verhalten. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD,[288] Schumacher, erwähnte er das ,,taktlose Schreiben" des Kirchenpräsidenten an den Bundeskanzler. Er sprach von einer sinnlosen Idee, mit einem Volksentscheid ein vereinfachtes und falsches Bild der Lage herstellen zu wollen. Der Gedanke einer Neuwahl des Bundestages im Hinblick auf die Verteidigungsfrage sei nicht vertretbar. Seiner Erinnerung nach sei zwischen den beiden Kriegen in England die Wehrpflicht nie Wahlprogramm gewesen und trotzdem eingeführt worden.

Heinrich Hellwege, im Kabinett Adenauer mit Angelegenheiten des Bundesrates betraut, versuchte in seiner Eigenschaft als Mitglied der Landessynode in Hannover, ein Votum gegen Niemöller und seine politische Haltung zu erreichen, was ihm aufgrund der Weigerung durch Landesbischof Lilje aber misslang.[289] In der Kontroverse zwischen Heinemann und Adenauer sah der FDP- Justizminister Thomas Dehler einen Kampf Heinemanns, ,,[...]es ist die Mobilisierung der evangelischen Kirche gegen den katholischen Kanzler". So äußerte er sich in der ersten Kabinettssitzung nach der Entlassung Heinemanns.[290] Nicht nur von der Regierung wuchs der Druck auf die Wiederbewaffnungskritiker aus der EKD, auch aus ihren Gremien wurde jetzt vermehrt Stellung zum Komplex der Aufrüstung bezogen.

---

287 Aus der Aufzeichnung des Bundesministers für Verkehr, Seebohm, über die 115. Kabinettssitzung vom 5. 12. 1950, in: DzD II/3 (1950), S. 1141f.

288 Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Bundespräsidenten Heuss und dem Vorsitzenden der SPD Schumacher vom 27. November 1950, in: DzD II/ 3 (1950), S. 1122, 1126, 1127.

289 Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelischen – Lutherischen Kirchen in Bayern, in: Evangelische Kirche in Deutschland, 24.10. 1950, S.1, 3, zit. nach Hans- Erich Volkmann, Die Innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG- Phase, in: Lutz Köllner, Klaus A. Maier, Wilhelm Meier- Dörnberg, Hans- Erich Volkmann, Die EVG- Phase, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 2, München 1989, S. 532.

290 Protokoll der Kabinettssitzung, 17. 10. 1950, in: Kabinettsprotokolle, 3, S. 52, zit. nach Volkmann, S. 528.

3.3. Reaktionen aus den Institutionen der Kirche

Auf die zunehmende Verantwortung der Deutschen für das, was in Deutschland geschah, war der evangelische Bischof von Berlin in einer früheren Pfingstbotschaft eingegangen.[291] ,,Deutsche Staatsgewalt ist wieder im Werden. Damit ist für unsere Kirche die Stunde gekommen, zu reden, wo sie bisher hat schweigen müssen. Denn an das deutsche Volk ist sie mit ihrem Auftrag gewiesen". Innerkirchliche Auseinandersetzungen zwischen den Kritikern einer Wiederbewaffnung und den Kirchenführern, die sich in dieser Frage nicht festlegen wollten, zeigten aber nun ein ganz anderes Bild von der Toleranz der Kirchenleitung.
Hatte Karl Barth in seinem Brief [292] dazu aufgerufen, die Frage der Wiederbewaffnung als politische Sachdiskussion zu führen, Bejahung der westlichen Demokratie, Ablehnung des Kommunismus, Warnung vor der Gefahr einer Provokation der Sowjetunion oder Rücksichtnahme auf die ehemaligen Kriegsgegner der Deutschen, so waren diese Versuche vergebens, um innerhalb der EKD die Wogen zu glätten und miteinander ins Gespräch zu kommen. Alte Gräben zwischen Lutheranern und der Bekennenden Kirche brachen wieder auf, es reichte gerade zu der wiederholten Feststellung, die Einheit der EKD stehe außer Frage.
In einer Erklärung des Landeskirchenrates in Bayern[293] unter dem Vorsitz von Bischof Meiser hieß es: ,, [...]Wir sehen uns genötigt, uns von der einseitigen Stellungnahme Niemöllers abzugrenzen". Wie unterschiedlich die Beurteilungen zu Niemöllers Erklärungen selbst innerhalb eines Landesverbandes ausfielen, zeigen die Stellungnahme der Landessynode in Hannover vom 25. Oktober 1950 und die Erklärung der kirchlich- theologischen Arbeitsgemeinschaft für Niedersachsen vom 15. November 1950[294]. Die Synode erklärte: ,,[...]Ohne zu der Frage der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu nehmen, bedauert es die Synode, daß Martin Niemöller die Grenzen überschritten hat, die ihm durch sein hohes kirchliches Amt gezogen sind."
Die Entgegnung der Arbeitsgemeinschaft lautete:

,,Die Kirchlich- theologische Arbeitsgemeinschaft hält die oben genannte Erklärung für tief bedauerlich. Denn anstatt sich mit Niemöller in der Sorge verbunden zu zeigen, die uns alle bewegt, distanziert sie sich von ihm ohne Angaben von bestimmten, sachlichen Gründen. Eine solche Distanzierung ohne Stellungnahme zur Wiederaufrüstung halten wir für billig. Wem ist damit gedient? [...]Wer Niemöller angreift, weil er politische Verantwortung als Mann der Kirche konkret wahrnimmt, der wisse, daß auch Luther dies getan hat, ohne Rücksicht auf seine hohe Stellung [...]. Die Distanzierung von Niemöller, ohne eine Stellungnahme zu der

---

[291] LKA B, Bestand 603/ B10, NL Dibelius, Abschrift der Pfingstbotschaft v. 1. 6. 1949.
[292] KJ 1950, S. 214 ff.
[293] Erklärung des Landeskirchenrates der Ev.- Luth. Kirche in Bayern, München, 24. 10. 1950, dokumentiert in: Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 68.
[294] Erklärung der Landessynode der Ev.- Luth. Kirche in Hannover, 25. 10. 1950 und Öffentliche Erklärung der Kirchlich- theologischen Arbeitsgemeinschaft für Niedersachsen v. 15. 11. 1950, zit. nach Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 69. Vgl. Lotz, Evangelische Kirche, S. 95 f.

von ihm aufgeworfenen Frage, von der her sein Verhalten überhaupt erst begreiflich werden kann, ist nicht gegen den Vorwurf geschützt, selbst politisch schlechthin unverantwortlich zu sein.
Landesbischof Lilje hat wiederholt öffentlich erklärt, die Kirche könne sich niemals das Recht streitig machen lassen, sich zu politischen Fragen zu äussern. Niemöller hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die Erklärung nennt das Überschreiten einer Grenze. Es bleibt dem aufmerksamen und verantwortungsbewußten Leser überlassen, diesen Widerspruch zu verstehen und zu beurteilen."

Jetzt sah sich der Rat der EKD herausgefordert, zusammen mit der Kirchenkonferenz, den Repräsentanten der einzelnen Landeskirchen in der DDR und der BRD am 17. November eine Erklärung abzugeben.[295] Darin wurde die Einheit der Kirche bekräftigt und festgestellt, dass die Frage nach der Wiederaufrüstung im Glauben verschieden beantwortet werden könne. Damit nahm der Rat seine frühere Aussage zurück (,, einer Wiederbewaffnung können wir das Wort nicht reden "), um die Frage der Aufrüstung zur Ermessensfrage zu erklären, die im Glauben verschieden beantwortet werden könne. Dagegen waren Heinemann, Niemöller und die Bruderschaften davon überzeugt, dass mit der Wiederbewaffnung die Herstellung der deutschen Einheit unmöglich würde.
Zu Niemöller und Heinemann äußerte sich der Rat folgendermaßen:[296]

,,Kirchenpräsident Niemöller hat sich mehrfach zur Wiederaufrüstung in Deutschland geäußert. Der Rat erkennt den Ernst und das Gewicht seiner Fragestellung an. Er bedauert jedoch die Schärfen mancher seiner Äußerungen. Er bedauert aber auch die Form der Kritik durch den Bundeskanzler. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland achtet die gewissensmäßige Entscheidung, die Dr. Heinemann durch sein Ausscheiden aus der Bundesregierung vollzogen hat, und die Gründe, die ihn zu diesem Schritt geführt haben.
Der Rat der Evangelischen Kirche ruft die Glieder der Gemeinden erneut auf, die Verantwortung im öffentlichen Leben unseres Volkes überall wahrzunehmen. Der Rat erneuert seine Bitte an alle Amtsträger der Kirche, in ihren politischen Äußerungen um ihres Dienstes willen am Evangelium, der allen gilt, möglichste Zurückhaltung zu üben."

Bereits am 29. 10. schrieb der Vorsitzende des Rates der EKD in der Zeitung ,,Die Kirche" einen Artikel ,,Die Meinung der Kirche". Bischof Dibelius zeigte darin Verständnis für Heinemanns Verhalten gegenüber Adenauer und erwähnte, dass Heinemanns gewissenhafte Überzeugung höher stünde als alle Parteirücksichten, was ihm auch im Ausland Respekt eingebracht habe. Die evangelische Kirche stehe unverändert zu diesem Mann, der an der Spitze der Synode stehe. Trotz dieser Beteuerung schrieb Dibelius am 2. 1. 1951 einen Brief an Heinemann, in dem es hieß:

,, [...]Und da Sie nun einmal im Gegensatz zu Adenauer stehen und eine politische Betätigung daher immer durch diesen Gegensatz bestimmt sein wird, so muß das entweder bei einer Splitterpartei oder beim Übergang in eine andere Partei enden [...]. Von meiner kirchlichen

---

295 KJ 1950, S. 223 f. Vgl. Lotz, Evangelische Kirche, S. 96.
296 KJ 1950, S. 223 f.

Verantwortung aus aber kann ich nur sagen: ich würde mir für unsere Kirche wünschen, daß Sie unter Ihre öffentliche politische Arbeit einen Schlusstrich zögen und wieder in die Ausgangsstellung zurückkehrten, von der aus Sie an die Spitze der Synode getreten sind."[297]

Im Weiteren nahm Dibelius Stellung zur Wiederbewaffnung. Er teilte Heinemann mit, dass er dessen Appell ,,Ruf zum Frieden"[298] nicht unterschreiben könne, weil er den Anschein erwecke, dass die DDR und die BRD gleich starke Polizeiverbände hätten. Der Osten habe aber eine Volkspolizei mit schweren Waffen und eine stärkere Besatzungsmilitärmacht. Der Vorsitzende des Rates gehörte zu der Mehrheit der Kirchenführer, die sich für einen Verteidigungsbeitrag der Bonner Regierung entschieden hatten. Selbst CDU- Mitglied, beeilte er sich, Spekulationen über einen geplanten Sturz des Bundeskanzlers entgegenzutreten,[299] auch wenn einzelne Personen aus der Kirchenleitung hinsichtlich der Aufrüstung den Standpunkt der SPD teilten. Als Vertreter der unierten Kirche, deren Staatsverständnis zwischen dem der Lutheraner und der Reformierten lag, sah Dibelius keinen Widerspruch in dem politischen Engagement der Kirche und einer Respektierung der Regierung als Gott gewollte Obrigkeit.

3.4. Die Kammer für öffentliche Verantwortung

Eine weitere Institution der EKD, die sich im Herbst 1950 mit der Frage des Wehrdienstes beschäftigte, war die Kammer für öffentliche Verantwortung.[300] Am 25. November 1950 versandte die Kirchenkanzlei Hannover- Herrenhausen die ,, Niederschrift über die Tagung der Kammer am 30. 10. 1950 in Speyer"[301] an die Mitglieder der Kammer und Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche. Beigefügt als Anlagen waren die Abschriften der Thesen von Professor Künneth und des Gutachtens der Kammer. Der Erlanger Theologieprofessor Künneth, der die lutherische Position vertrat, hielt ein Referat über die Fragen der Kriegs-

---

297 Brief Bischof Dibelius an Heinemann v. 2.1.1951 in: Archiv Gustav Heinemann, Friedrich- Ebert- Stiftung Bonn, zit. nach Lotz, Evangelische Kirche, S. 75.

298 Die Unterzeichner, der Historiker Ulrich Noack, der niedersächsische Landwirtschaftsminister Günter Gereke (Deutsche Soziale Partei), Martin Niemöller und Heinemann wandten sich an die Großmächte und an die beiden deutschen Regierungen:,,Setzt alles daran, daß durch eine Verständigung über die deutsche Frage und durch den beiderseitigen Verzicht auf jegliche Aufstellung bewaffneter Verbände in West- und Ostdeutschland dem deutschen Volk Einheit und Friede wiedergegeben wird", zit. nach Lotz, Evangelische Kirche, S. 76.

299 Martin Möller, Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945- 1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges, Göttingen 1984, S. 153. Vgl.Volkmann, Protestantismus, S. 539.

300 Vgl. Michael Klein, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, Tübingen 2005, S. 429 ff. Um den Öffentlichkeitsauftrag der EKD vertreten zu können, entwickelte der Präsident der Kirchenkanzlei Asmussen nach der Treysaer Konferenz im Herbst 1945 ein System beratender Kammern, die aber erst im Jahr 1949 dienstfähig waren. Schon früh gab es Interessenkollision mit dem ,,Büro Kunst". Der Freiburger Historiker Gerhard Ritter wurde zum offiziellen Berater der EKD bestellt.

301 Niederschrift über die Tagung der Kammer für öffentliche Verantwortung am 30.10. 1950 in Speyer, in: EZAB, Bestand 4/ 490, S. 1-10.

dienstverweigerung. Die Thesen dazu wurden in der Anlage 1 angeführt. Oberkirchenrat Ranke berichtete über die Fragen, die anlässlich einer Besprechung im Bundesinnenministerium über die geplante gesetzliche Regelung der Kriegsdienstverweigerung an die Vertreter der Kirchenkanzlei herangetragen worden waren.

1. Was ist ein Gewissensgrund? Ist es möglich, politische Gründe von moralischen Gründen zu unterscheiden? Ist es möglich, die Ablehnung eines unsinnigen Krieges als aus einem politischen herrührend nicht als Grund zur Kriegsdienstverweigerung zuzulassen?
2. Was ist Kriegsdienst mit der Waffe? Ist die Formulierung des Grundgesetzes ,,Kriegsdienst mit der Waffe " zureichend? Soll der Kriegsdienstverweigerer auch von der Untersuchung bzw. von der Ausbildung freigestellt werden?
3. Scheint die Auferlegung von Ersatzdiensten in Gliederungen der Wehrmacht möglich?
4. Legt die Kirche Wert darauf, an den Verfahren über die Feststellung von Gewissensgründen zur Kriegsdienstverweigerung teilzunehmen?
5. Wünscht die Kirche seelsorgerische Betreuung der zu Ersatzdiensten herangezogenen Kriegsdienstverweigerer?
6. Wie soll es hinsichtlich des Kriegsdienstes mit der Waffe der Geistlichen (einschließlich des clerus minor) gehalten werden?

In der anschließenden Diskussion kritisierte der Synodale und Freiburger Historiker Gerhard Ritter, dass über die freiheitliche Gewissensentscheidung gegen den Krieg nicht staatliche Stellen entscheiden könnten. Man könne das Gewissen nicht rechtlich fassen. An einem Verfahren der Entscheidung über Gewissensgründe dürften sich keine Pfarrer beteiligen. Gott allein schaue in das Gewissen hinein. Im Falle einer Ablehnung eines allgemeinen Pazifismus sprach sich Ritter auch für die Ablehnung der Wehrpflicht und der Rückkehr zu einer Söldnertruppe aus. Der Historiker wies auch darauf hin, dass Vergleiche aus den angelsächsischen Staaten, wie England und Amerika, auf die deutsche Situation deshalb nicht zuträfen, weil man dort die öffentliche Meinung gegen sich habe, wenn der Kriegsdienst verweigert werde. Ein derartiger Druck sei in Deutschland nicht vorhanden. Man könne dem deutschen Volk, das bis in die letzte Zeit des Militarismus angeklagt gewesen sei, nicht zumuten, wieder Krieg zu führen. Ritter war aber davon überzeugt, dass eine Wiederaufrüstung unvermeidbar sei. Die Spaltung Deutschlands in Vasallen der beiden Weltmächte werde fortschreiten. Da den

Deutschen die Entscheidung über Kriegsziele aus der Hand genommen sei, wäre ein Zwang zur Wehrpflicht unerträglich.[302]

Als Sachverständiger zu den Fragen der Kriegsdienstverweigerung nahm dann Professor Schumann Stellung und bezeichnete den modernen Krieg als totalen Krieg. Totaler Krieg berge in sich für die kriegsführenden Staaten die Gefahr des totalen Staates, demgegenüber ein Christ seine Gehorsamspflicht nicht aufrecht erhalten könne.

Oberkirchenrat Osterloh schlug mehrere Möglichkeiten einer Stellungnahme der Kammer vor:

1. Die Kirche schweige zu der Frage der Kriegsdienstverweigerung.
2. Die Kirche äußere sich nicht zur Frage des Spezialproblems der Kriegdienstverweigerung, sondern nur zur Frage der Möglichkeit des Kriegsdienstes überhaupt und der Aufrüstung.
3. Die Kirche nähme unabhängig von der Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu der Frage Stellung, ob und in welcher Weise vor Erlass eines Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht ein Gesetz über die Kriegsdienstverweigerung erlassen werden soll.

Osterloh berichtete von einer Besprechung im Bundesinnenministerium, dort habe man erfahren, dass das Verfahren über die Kriegsdienstverweigerung den Landgerichten zugewiesen werden würde. Da mit einer Million Verfahren gerechnet werde, könne dies kaum von den Gerichten bewältigt werden. Oberkirchenrat Müller versuchte zu begründen, warum der Wehrdienst überwiegend abgelehnt werde. Er erklärte, dass die Jugend den Militärdienst heute deshalb ablehne, weil ihr fünf Jahre lang gelehrt worden sei, der Kriegsdienst sei falsch gewesen. Die Jugend lehne es ab, sich zu einem Mittel der amerikanischen Politik degradieren zu lassen.[303]

Als weiterer Sachverständiger erklärte Professor Scheuner, unter Umständen sei der Kriegsdienst mit der Waffe die gefahrloseste Form, Krieg zu führen. Es bestehe die Möglichkeit, dass in einem künftigen Krieg gerade die Waffenträger über den Rhein gebracht werden würden. Derjenige, der den Kriegsdienst verweigere, stehe in der Gefahr, von der Gegenseite zum Wehrdienst gezwungen zu werden. Gefragt sei, ob nicht in dem Dilemma zwischen Frieden und Freiheit für die Freiheit zu entscheiden sei.

Der Kriegsdienst habe heute nicht mehr das Ziel des Dienstes am Vaterland, sondern den Zweck der Verteidigung der Freiheit und Würde des Menschen. Die Kirchen müssten wenigstens versuchen, das Übel des Krieges zu überwinden. Man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, den Krieg mit den Waffen auszurotten. Allerdings sei es ein Irrtum, zu glauben, man

---

[302] Ebenda, S. 2 f.
[303] Ebenda, S. 3.

könne damit das Reich göttlicher Gerechtigkeit aufrichten. Die Kirche habe einen Grund, die Bestrebungen der Vereinten Nationen zur Überwindung des Krieges zu unterstützen.
Kirchenpräsident Stempel als Mitglied der Kammer ging auf die Worte von Professor Ritter ein und bezweifelte, dass das Heraushalten aus dem Konflikt der Mächtigen kein Ausweg sei. Der Nichtsoldat werde im totalen Krieg im Rahmen der Rüstungsbetriebe herangezogen werden. Im Rahmen der Kriegsdienstverweigerung müsse die Kirche entscheiden, ob sie ihre Mitglieder zum Gehorsam auffordern könne. Trotz des Einsatzes für die Kriegsdienstverweigerer müsse die Kirche auch zeigen, dass sie jene unterstütze, die aus Verantwortung vor Gott sich entschlossen haben, Kriegsdienst zu tun.
Dr. Tillmanns, CDU- Mitglied und Leiter der Kammer, stellte fest, der Staat sei als eine Erhaltungsordnung notwendig. Er könne den Einzelnen zwar nicht zu rechtswidrigen Handlungen zwingen, die Gehorsamsordnung beziehe sich aber auch auf Fragen seines Schutzes. Ob durch Verteidigung ein Beitrag zur Sicherung des Friedens geleistet werden könne, sei in erster Linie eine politische Frage. Die Kirche habe aber in letzter Zeit zu wenig die Wirklichkeit des Bolschewismus gewürdigt. Er stellte fest, wenn die Kirche die Aufrüstung nicht wolle, wäre dies zunächst dem Osten gegenüber auszusprechen, denn in Ostdeutschland sei die Aufrüstung in vollem Gang. Dort aber würden gerade Verhandlungen geführt, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus der Verfassung zu streichen und jeder Verweigerer werde als Feind des Staates betrachtet.
Tillmanns fuhr fort, die Spaltung Deutschlands sei das Ergebnis bolschewistischer Politik. Hätten die Westmächte nicht gegen diese Politik Stellung bezogen, hätten wir bereits heute ein einheitliches Deutschland unter dem Bolschewismus. Die Kirche müsse sich vor der bolschewistischen Friedenspropaganda und Zersetzung schützen, wie dies unter Ausnützung der Veröffentlichungen von Präsident Niemöller von der Ostzone versucht werde. Der Leiter der Kammer schlug vor, anstelle des Wortes Aufrüstung[304] in Zukunft das Wort Verteidigung zu benutzen, denn die Bereitschaft zur Verteidigung bedeute nicht gleich die Herbeiführung des Krieges.
In Zukunft müsse versucht werden, mit dem Reichsbruderrat eine gesunde soziale Ordnung für die Gesellschaft zu schaffen. Wenn es überhaupt zum Krieg komme, sei nur die Frage, ob Deutschland Aufmarschgebiet für die Atlantikmächte oder die Russen werde. Dies sei davon

---

[304] Etwa zur gleichen Zeit nahm das Bundeskanzleramt- Zentrale für Heimatdienst- zu dem Begriff „Remilitarisierung" Stellung. Das Wort sei aus dem Sprachgebrauch zu streichen, weil es in zu enger Beziehung zu einer „ Renazifizierung " stehe und die Gefahr bestehe, den Soldatenstand weiter zu diffamieren. Presse, Rundfunk und Parteien seien davon zu überzeugen, dass „Remilitarisierung" als stark vorbelastete Begriffsbestimmung für die Wiederbewaffnung aus dem Sprach- und Schriftverkehr zu streichen sei. BA- MA, BW 9/ 3105 fol. 234.

abhängig, ob Deutschland bereit sei, die Westmächte militärisch zu unterstützen und damit den Frieden zu retten. Im anderen Fall, unternehme man nichts, bestünde die Gefahr, die Aggression anzuziehen. Dabei müsse verhindert werden, den alten Militarismus wieder aufleben zu lassen.[305]

Professor Ritter ergänzte, Karl Barth habe zum Ausdruck gebracht, dass es garnicht feststünde, ob die Russen angreifen wollten. Insofern könnten die Verteidigungsanstrengungen auch als Drohung von der Sowjetunion missverstanden werden. Die Schwierigkeit der deutschen Bewaffnung liege auch am Misstrauen gegen die Westmächte. Die deutsche Obrigkeit stehe in einem Abhängigkeitsverhältnis, der amerikanische Präsident werde aber nicht als eigene Obrigkeit angesehen.

Professor Künneth erhob die Forderung, die Kirche möge sich in politischen Dingen zurückhalten. Es gehöre zur Verkündigung der Kirche, sich für die Obrigkeit als Ordnung Gottes einzusetzen. Schon deshalb sei es Aufgabe der Kammer, zu dem Missverständnis Präsident Niemöllers Stellung zu nehmen und deutlich zu machen, was Kriegsdienstverweigerung sei und was nicht.

Die vorausgegangenen Situationsschilderungen wurden von Professor Schumann aus der Sicht der Ostzone bestätigt, er stellte fest, dass die Rücksicht auf die Brüder in der Ostzone, die Gewissensnot bringe und stellte die Frage, ob das russische Regime nicht als Feind Christi gekennzeichnet werden müsse. In der folgenden Diskussion bemühte sich die Kammer um die zu beschließenden Formulierungen. Ministerialdirektor Bleibtreu wollte sich einer Zurechtweisung Niemöllers durch die Kammer nicht anschließen und wies darauf hin, dass durch die Aufrüstung die sozialen Aufgaben des Bundes in Gefahr gerieten und die Gefahr bestehe, den bösen militärischen Geist wiederzuerwecken. Bleibtreus Stellungnahme, wie auch das Gutachten der Kammer, wurden in einer Anlage veröffentlicht.[306]

Eine weitere kirchliche Einrichtung befasste sich ebenfalls im Herbst 1950 mit einer möglichen Wiederbewaffnung Westdeutschlands. In der Evangelischen Akademie Herrenalb fand vom 2. bis 5. November eine Studientagung zum Thema „Über die Verteidigung Westeuropas statt", an der 50 bis 60 Theologen und ehemalige Offiziere[307] sowie Mitglieder und Gäste

---

305 Ebenda, S. 5 ff.

306 Ebenda, S. 7 ff.

307 Die Evangelischen Akademien in Bad Boll, Guntershausen und Hermannsburg leisteten den ehemaligen Soldaten ideelle Hilfe durch Tagungen, auf denen hochrangige Politiker und Kleriker, unter ihnen die Bischöfe Dibelius, Lilje und Wurm sprachen. In Bad Boll wurden die Seminare von dem ehemaligen General Eugen Eberbach vorwiegend für jüngere Offiziere organisiert. Einladungsschreiben der Evangelischen Akademie bescheinigten dem „Stand der Soldaten", er sei sowohl von den Gegnern als auch dem eigenen Volk ungerecht behandelt worden, zit. nach Höfner, Die Aufrüstung, S. 136.

der Akademie teilnahmen. Die Frankfurter Rundschau vom 8.11. berichtete darüber unter der Überschrift ,,Ein Herrenalbtraum".[308] Der badische Landesbischof Bender begrüßte die Offiziere ,,nachdem Sie fünf Jahre lang diffamiert worden sind".
Altlandesbischof Wurm stellte sich als einer der Redner dem Thema ,,Krieg oder Sklaverei". Er erklärte, dass bei dieser Alternative ein Krieg, und sei er noch so mörderisch, gewagt werden müsse. Er persönlich sei jedenfalls für das Wagnis, denn ,,der Friede ist nicht das höchste Ziel", meinte der Bischof. Ein Zaun müsse gebaut werden, weil mit der widerstandslosen Ergebung in die Diktatur Moskaus die deutsche Geschichte nicht enden dürfe. Ein Schluss durch die Vernichtung eines Volkes sei besser als ein Schluss der geistigen Kapitulation.
Am Abschlusstag sprach der ehemalige Panzergeneral Eberbach, der inzwischen Geschäftsführer der Evangelischen Akademie in Bad Boll war. Er stellte fest, die Einstellung ,,Ohne mich" sei eine bedenkliche Schwächung der Wehrkraft. Wer die Neutralität wolle, der müsse sich bis an die Zähne bewaffnen. An die Spitze seiner Kritik gegen den Schutz der Kriegsdienstverweigerer durch die Verfassung, das Verbot zur Herstellung von Kriegsspielzeug, das Verbot Orden zu tragen und gegen die immer noch bestehende Haft von Offizieren, stellte Eberbach die Feststellung ,,Wir waren nicht Grenadiere des Teufels, sondern Grenadiere gegen den Bolschewismus". An anderer Stelle bekannte sich Eberbach zur Demokratie, ,, [...] weil wir sonst wieder das ganze Ausland auf den Hals kriegen". Abschließend skizzierte der ehemalige Offizier das deutsche Offizierkorps der Zukunft: politisch geschult, hart, demütig vor der Frau, sparsam, schlicht und fröhlich. Für die Rekruten lehnte er den Drill ab, es sollte nur noch Waffendrill, Härte und, an Stelle von Kasernen, Zelte geben.
Veranstaltungen dieser Art lösten in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo aus, und so kann es nicht verwundern, dass sich die DDR- Regierung mit der Kirchenleitung in Verbindung setzte.

3.5. Die DDR- Regierung übt auf die Kirchenleitung Druck aus

Am 11. Oktober 1949 war der SED- Vorsitzende Wilhelm Pieck von der Volks- und Länderkammer zum Präsidenten der DDR gewählt worden. In einem Schreiben[309] an den Ratsvorsitzenden der EKD Bischof Dibelius unterstrich Pieck den Friedenswillen der DDR, um die nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Er unterstellte der Bonner Separat- Regierung, als gefügigem Organ der westlichen Besatzungsmächte, nicht die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes zu vertreten. Die Besatzungsmächte würden vielmehr die Parteien gegen-

---

308 LKAB, Pressearchiv- Ordner 45, Frankfurter Rundschau v. 8. 11. 1950 ,,Ein Herrenalbtraum".
309 LKAB, Bestand 37/ 14, Abschrift des Briefes vom Präsidenten der DDR Wilhelm Pieck an Bischof Dibelius vom 20. 10. 1949.

einander ausspielen, um ihre Interessen, die gegen das deutsche Volk gerichtet seien, durchzusetzen. Pieck rief die evangelische Kirche dazu auf, sich für einen gerechten Friedensvertrag und für die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes einzusetzen. Das könne nur durch die Unterstützung der DDR- Regierung geschehen, die wiederum der Kirche Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Mit den zunehmenden Stellungnahmen aus der Kirche zur Aufrüstungsdiskussion wuchsen die kirchenpolitischen Spannungen. Hinzu kam, dass jetzt auch die Ministerpräsidenten der DDR vermehrt Kontakt zu den Kirchenleitungen suchten, um das Thema der Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik aufzugreifen. Der Ministerpräsident von Brandenburg, Jahn, wandte sich an die Evangelische Kirchenleitung von Berlin- Brandenburg. In seinem Schreiben [310] beklagte er sich darüber, dass in der DDR Geistliche, die für die Sicherung des Friedens eintreten würden, von der Kirchenleitung vor kirchliche Disziplinargerichte gestellt würden. Er verwies auf seine Regierungserklärung vom 28. November, in der er bereits erlärt habe, dass alle Disziplinarmaßnahmen ungültig seien, da sie der Verfassung widersprächen. Eine Kirchenleitung außerhalb der DDR könne nicht über Staatsbürger der DDR bestimmen. Deshalb bat der Ministerpräsident darum, die Kirchenleitung in die Stadt Brandenburg zu verlegen.

In einer Anlage schickte er den Beschluss des Mininisterrats[311] des Landes Brandenburg mit. In der Sprache des Klassenkampfes wird darin den Kolonialherren in Westdeutschland und in Westberlin die immer offener betriebene Remilitarisierung und die direkte Vorbereitung eines neuen Krieges vorgeworfen. Die Pfarrer des Landes Brandenburg, die die Erhaltung des Friedens aktiv unterstützten, würden dabei durch die verfassungswidrigen Maßnahmen, Maßregelungen und Drohungen der Kirchenleitung für Berlin- Brandenburg, die ihren Sitz in Westberlin habe, behindert und in eine unerträgliche Gewissensnot gebracht. Außerdem habe der Ministerrat des Landes Brandenburg den Beschluss gefasst, ab 1. Januar die staatlichen Zuschüsse für die Kirche nur noch an eine im Land Brandenburg ansässige Kirchenleitung zu zahlen. Die Maßregelungen gegen die DDR- Pfarrer würden nicht anerkannt.

Der Berliner Bischof Dibelius, der von Westberlin aus für die Kirche in Berlin- Brandenburg zuständig war, hatte bereits am 4. 12. 1950 dem Präsidenten des Landtags des Landes Brandenburg sehr detailliert mitgeteilt,[312] warum gegen zwei namentlich genannte Pfarrer Disziplinarverfahren eingeleitet worden seien und dass dies nichts mit deren Einstellung zum Frieden

---

310 LKAB, Bestand 37/ 16, Abschrift des Briefes vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg v. 7. 12. 1950 an das Evangelische Konsistorium von Berlin- Brandenburg in Berlin- Charlottenburg.

311 LKAB, Bestand 37/ 16, Regierungsbeschluss Nr. 1 vom 5. 12. 1950.

312 LKAB, Bestand 603/ B10, Abschrift vom 4. 12. 1950 an den Präsidenten des Landtags des Landes Brandenburg.

zu tun habe. Dibelius machte weiter darauf aufmerksam, dass der Sitz der Berliner Kirchenleitung für das Gebiet Berlin- Brandenburg seit mehr als einhundert Jahren im westlichen Teil Berlins angesiedelt sei und deren Aufgabe sich auf das gesamte Gebiet der Evangelischen Kirche in Berlin- Brandenburg beziehe. Die am 15. 12. 1948 beschlossene Grundordnung für die Evangelische Kirche Berlin- Brandenburg habe der Regierung des Landes Brandenburg vorgelegen bevor sie in Kraft trat, Einwendungen dagegen habe es nicht gegeben. Dibelius zitierte abschließend die Grundordnung und machte darauf aufmerksam, dass ,,allein die an Schrift und Bekenntnis gebundene Kirche das Recht habe, das Amt zu- und abzuerkennen, nicht aber eine weltliche Instanz".

Auf das Schreiben des brandenburgischen Ministerpräsidenten antwortete Dibelius,[313] es sei noch nie ein Pfarrer gemaßregelt worden, weil er für die Sicherung des Friedens eingetreten sei. Die Verständigung untereinander leide aber darunter, dass politische Beauftragte umherreisen würden, um die Pfarrer in der DDR zu Äußerungen zu bewegen, die eine Entscheidung der Provinzialsynode vorwegnehmen würden. Dibelius gab der Hoffnung Ausdruck, dass in naher Zukunft die Aufspaltung Deutschlands überwunden sei, und damit auch die Frage nach dem Sitz der Kirchenleitung an Bedeutung verliere.

Energisch widersprach[314] auch Bischof Müller aus Magdeburg den Vorwürfen der Staatsführung, die Kirchenleitung unterdrücke die Freiheit der politischen Meinungsäußerung und entferne Pfarrer deswegen aus ihrem Amt, weil sie als fortschrittlich gelten und in der Friedensbewegung tätig seien. Dagegen kritisierte er:

,,Wir wissen von Besuchen von Ministern und anderen hohen Regierungsbeamten bei Pfarren unserer Kirchenprovinz, in denen die Frage eines Zusammenschlusses gegen die Kirchenleitung sondiert wurde [...].
Allen, die sich gegenüber der Aufforderung zum Beitritt zur Nationalen Front zurückhaltend verhalten, wird der Vorwurf gemacht, dass sie gegen den Frieden und für den Krieg seien. Ich stelle dem gegenüber fest, dass die ganze evangelische Kirche Deutschlands sich auf der Synode in Eisenach bereits für den Frieden eingesetzt hat. Dass die Bischöfe des Ostens zum 20. April 1949 die Friedenserklärung von Eisenach sich zu eigen gemacht haben. Dass die Synode der EKD in Berlin- Weißensee im April 1950 die Frage behandelt hat, was kann die Kirche für den Frieden tun ? und sich in einmütiger Erklärung für den Frieden eingesetzt hat.
[...] Gibt es einen klareren Beweis dafür, dass es der öffentlichen Propaganda garnicht um ein Wort der Kirche über den Frieden zu tun ist, sondern nur darum, zahlreiche Pfarrer von hierher zu tätiger Mitarbeit in der Nationalen Front zu gewinnen und sie möglicherweise als fortschrittliche Pfarrer gegen ihre Kirchenleitung zu sammeln?"[315]

Erneute Vorwürfe äußerten Ministerpräsident Bruschke und Innenminister Hegen in einer

---

313 LKAB, Akte 37/ 16, Abschrift vom 13. 12.1950 an den Präsidenten des Landes Brandenburg.
314 Bericht von Bischof Ludolf Müller am 30. Juni 1950 in Halle, in: Schultze (Hrsg.), Berichte der Magdeburger Kirchenleitung, S. 79.
315 Ebenda, S. 82.

Besprechung [316] der sächsischen Kirchenleitung. Zu Beginn des Gesprächs verwahrte sich Bischof Müller gegen den Vorwurf,[317] die Kirchenleitung stünde unter westlichem Einfluss. Innenminister Hegen äußerte seine Verwunderung darüber, dass die von der Kirchenleitung im Dezember 1950 herausgegebene Denkschrift kein Wort zur Remilitarisierung Westdeutschlands enthalte, aber die Bitte zum verfassungsmäßigen Schutz derjenigen ausspreche, die um ihres Gewissens willen den Kriegsdienst verweigerten. Er folgere daraus, dass die Kirche eine Stellungnahme gegen die Aufrüstung ablehne. Für die DDR bestünde im Augenblick kein Grund, wie in Westdeutschland, aufzurüsten, was die Kriegsgefahr aber insgesamt steigere. Der Koreakrieg habe die USA schon einmal als Aggressor gezeigt.
Die Kirchenleitung wünsche keine Aufrüstung Westdeutschlands, in der Denkschrift habe das Thema deshalb nicht angesprochen werden müssen. Statt dessen seien Fragen diskutiert worden, die zwischen der sächsischen Kirchenleitung und der Landesregierung stünden, die in der heutigen Aussprache behandelt werden sollten. Präses Kreyssig verwies bei der Kriegsdienstverweigerung auf das Problem, dass es Menschen gebe, die sich auch dann an das fünfte Gebot hielten, wenn sie angegriffen würden. Es sei die Pflicht der Kirche, solchen Menschen Schutz zu gewähren.
Ein Brief Grotewohls an Adenauer wurde noch angesprochen, die Regierungsvertreter verwiesen auf die ehrliche Absicht, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Um dies zu erreichen, machte Präses Kreyssig den Vorschlag, alle Besatzungsmächte zum Abzug ihrer Truppen zu veranlassen, und eine neutrale Macht, wie beispielsweise Schweden, vorübergehend Besatzungstruppen entsenden zu lassen, um die Durchführung unabhängiger Wahlen zu sichern. Kreyssig fuhr fort, Bischof Dibelius, als Vorsitzender des Rates der EKD, solle die beiden Staatsmänner Adenauer und Grotewohl in seinem Haus empfangen, um eine erste Zusammenkunft herbeizuführen. Schweden als neutrale Macht einzuschalten hielt der Innenminister für überflüssig.[318]
In einem Brief [319] an den Oberkirchenrat und Abgeordneten der CDU im Bundestag Hermann Ehlers ging Dibelius auf seine Bereitschaft zu einer Vermittlerinitiative ein. Er war davon überzeugt, dass es zu einem Ost-West- Gespräch kommen müsse, nachdem Grotewohl das

---

316 Aktennotiz über die Besprechung des Rates der Kirchenleitung mit der Landesregierung in Halle am 30. 12. 1950. Teilnehmer: Ministerpräsident Bruschke, Innenminister Hegen und von der Präsidialkanzlei Herr Knittel. Von der Kirchenseite Bischof Müller, Präses Kreyssig und Konsistorialpräsident Hofmann, S. 1-9. Abschrift des Dokuments im Besitz von Pastor Lotz, Berlin- Zehlendorf. Kopie im Besitz des Autors. Vgl. Lotz, Evangelische Kirche, S. 80 f.

317 Das Protokoll der Regierung zur Pfarrerversammlung vom 3.10. 1950 enthielt eine solche Unterstellung.

318 Protokoll über die Besprechung des Rates der Kirchenleitung mit der Landesregierung in Halle am 30. 12. 1950, S. 4.

319 Brief Dibelius an Ehlers v. 1. 2. 1951, Privater Nachlass, zit. nach Stupperich, Otto Dibelius, S. 489.

Angebot zu allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen für ganz Deutschland gemacht hatte. Bedingung dafür war die Ausklammerung eines wiedervereinigten Deutschlands aus den beginnenden Gesprächen einer Wiederbewaffnung mit den Westmächten.

„Ich selbst stehe natürlich zu jedem Dienst bereit, den ich meinem Vaterland erweisen kann [...] aber ich werde mich auf das eigentliche politische Gebiet nicht abdrängen lassen [...]. Im Bereich des politischen Lebens kann die Aufgabe der Kirche nur da liegen, wo es sich um das rein Menschliche handelt."

Im Januar 1951 fasste der Rat der EKD den Beschluss, der Ratsvorsitzende solle seine Vermittlung zu einem Gespräch zwischen den deutschen Regierungen anbieten. Dibelius ergänzte das Angebot, die Evangelische Kirche könne bei gesamtdeutschen Wahlen als Kontrollinstanz fungieren.[320]

Bei solchen Überlegungen wurde das politische Problem übersehen, das sich aus einer Annäherung beider deutscher Staaten für das westliche Lager ergeben musste. Ähnlich verhielt es sich mit der Planung der künftigen deutschen Streitkräfte. Eine Hilfsarmee ohne Einfluss auf die militärische Führung des westlichen Bündnisses konnte die Bundesrepublik kaum aus ihrem halbfreien Zustand befreien. Für eine Aufwertung des politischen Status' des Landes war eine einflussreiche Sicherheitspolitik notwendig, nur mit ihr war eine Gleichberechtigung innerhalb des Atlantikpakts zu erreichen.[321]

Durch die sich verstärkende Einsicht zur Schaffung europäischer Institutionen, mit denen die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen durchgesetzt werden konnten, musste zunächst zwischen den Staaten ein Grundkonsens entstehen, um eine Einrichtung zu gründen, mit der ein friedliches Zusammenleben möglich sein würde. Dazu lieferte auch die Evangelische Kirche ihren Beitrag, indem sie das Zusammenleben über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg durch die Mitarbeit in internationalen Gremien förderte und christlich inspirierte Politiker ermutigte, an einer europäischen Ordnung mitzuwirken. Gegensätze in der deutschen Frage und im Ost- West- Konflikt belasteten diese Arbeit.

---

320 Ebenda, S. 488 f. Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 158 f.

321 Vgl. Wilhelm Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren bei der Planung des deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der EVG, in: Hans- Erich Volkmann/ Walter Schwengler (Hrsg.) , Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung. Boppard am Rhein 1985, S. 271.

III. Die Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG

1. Bemühen der Besatzungsmächte um einen Konsens

1.1. Bedenken der westlichen Alliierten zur Wiederbewaffnung

Bei der ersten Lesung des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 12. Juli 1951 im deutschen Bundestag wies Adenauer auf die welthistorische Bedeutung dieses Vorgangs hin. Die beteiligten Länder hatten freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichtet. Dies betraf vor allem die einzelstaatlich üblichen Maßnahmen der Investitionshilfen, der Beeinflussung von Markt- und Preisentwicklung, der technischen Rationalisierung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nun wurde überlegt, welche Sektoren als Nächstes supranationalen Behörden unterstellt werden sollten. Dieses Einigungsbestreben wurde durch den kommunistischen Angriff auf Südkorea am 25. Juni 1950 unterbrochen. Bisher hatte man im Westen darauf vertraut, die Sowjetunion werde durch die Schutzzusage der NATO und durch die Atommacht USA von jeder militärischen Aktion absehen. Die im Jahr 1949 von französischen, britischen und amerikanischen Generalen vorgebrachten Vorschläge, die schwachen NATO- Einheiten durch Eingliederung westdeutscher Truppenkontingente zu stärken, waren von allen Regierungen abgewiesen worden.[322]

Im Sommer 1950 wurde die Sicherheitsfrage in Deutschland zum Kernproblem, die Sieger ließen die Deutsche Demokratische Republik wie die Bundesrepublik vom Okkupierten zum Mitstreiter aufsteigen. Das änderte aber zunächst nichts an den Vorbehalten der westlichen Alliierten gegenüber einem westdeutschen Beitrag zur Verteidigung Europas. Selbst Minderheiten in Großbritannien, die die Notwendigkeit eines zukünftigen westdeutschen Beitrags erkannten, wollten erst einen festen, gemeinsamen Rahmen schaffen, in dem Deutschland nie mehr eine dominierende Rolle spielen sollte.

Vor Ausbruch des Korea- Krieges hatte sich die britische Labour- Regierung sowohl gegen die Integration der westeuropäischen Verteidigung als auch gegen die Bewaffnung Westdeutschlands gewandt. Mit den konservativen Kollegen war die Regierung sich einig, dass eine Schmälerung der Stellung Großbritanniens in der Welt nicht in Frage komme. Die Verbindung mit Westeuropa wurde zwar anerkannt, man wollte sich aber alle Optionen offen halten. Mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik stellte sich die Frage, wie die Sowjetunion darauf reagieren würde. Die Briten fürchteten, die Aufrüstung würde eine Teilung Europas und Deutschlands unwiderruflich machen.[323]

---

322 Walter Lipgens, Die Bedeutung des EVG- Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: Hans- Erich Volkmann / Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 18 f.

323 Jones, Labour- Regierung, S. 51 ff.

Deshalb schlug der britische Außenminister Bevin vor, auch in der Bundesrepublik, entsprechend der ostdeutschen ,,Volkspolizei", eine paramilitärische Bundespolizei aufzustellen. So könne man sowjetische Präventivmaßnahmen verhindern und hielte einen westdeutschen Machtzuwachs in Grenzen. Abweichend von den amerikanischen Vorstellungen einer möglichst schnellen Bewaffnung ging es den Briten um eine langfristige Lösung mit einer dauerhaften Einfügung in die westliche Gemeinschaft.[324]

Wie skeptisch und misstrauisch die Briten einem solchen Vorhaben gegenüberstanden, zeigt ein BBC- Kommentar vom 20. September 1950, der sich mit der Frage befasste: ,,Sind die Deutschen willens, in einer Armee zu dienen?"[325] Erweitert wurde gefragt, wenn sie dazu willens sind, sind sie bereit, für das allgemeine Ziel einer europäischen Verteidigung oder für andere Ziele zu dienen, nämlich für ihre eigenen Zwecke? Der Kommentator berichtete, während des Ausbruchs des Korea- Krieges sich in Deutschland aufgehalten zu haben und nur die ablehnende Haltung der Deutschen gehört zu haben, ,,ohne uns".

Es gäbe aber in Deutschland auch eine hohe Zahl Arbeitsloser und Ostflüchtlinge, die immer wieder fragten, warum die Amerikaner keine deutschen Freiwilligen forderten. Es würden sich sofort Millionen Menschen melden, die nichts hätten, die in Flüchtlingslagern ausharrten und deren Nahrungsmittel aus Kartoffeln und Margarine bestünden. Die Bundes- und Länderregierungen bemühten sich um diese Menschen, man könne aber nicht sagen, dass sie die Anhängerschaft dieser ,,Habenichtse" errungen hätten. Demagogen der verschiedensten Schattierungen machten sich gegenseitig Konkurrenz, um eine Kontrolle über diese möglicherweise revolutionären Kräfte zu gewinnen.[326]

Die Unzufriedenheit der Menschen bereite einen fruchtbaren Boden für jeden möglichen demagogischen Diktator, der durch radikale und destruktive Kritik des gegenwärtigen Systems Unterstützung gewinnen könne. Zeichne sich momentan eine solche Situation nicht ab, könne sie in Zukunft gefährlich werden. Exnazis nähmen inzwischen wieder hohe Positionen in der Bundesverwaltung ein, Industrielle, die Hitler zur Macht verhalfen, hätten sich wieder in der Industrie etabliert. Man brauche einige dieser erfahrenen Männer, um beim Wiederaufbau zu helfen. Ein deutscher Nationalismus scheine gegenwärtig keine unmittelbare Gefahr darzustellen.

Die beunruhigende Frage hinsichtlich der Bewaffnung eines deutschen Kontingents bestehe

---

[324] Norbert Wiggershaus, Die westalliierte Grundsatzentscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag auf den New Yorker Konferenzen im September 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Band 1, München 1982, S. 376.

[325] StAB, Bestand 3/ 4- 11, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Auslandsabteilung Referat II, v. 25. 9. 1950. Londoner Kommentar zur Haltung Westdeutschlands in der Sicherheitsfrage. Wörtliche Übersetzung des Beitrags von BBC- Kommentator Maurice Latey am 20. 9. 1950 in Radio London, S. 1- 4.

[326] Ebenda, S. 2.

darin, wer dies befehligen solle? Die Offiziere müssten Fachleute sein und ein solches Fachwissen könnten sie nur in Hitlers Regime erworben haben. Leider seien darunter Soldaten, die die Notwendigkeit der Verteidigung Europas zur Wiedergeburt einer deutschen Armee ausnützen wollten. Die verbreitetste Organisation der Exsoldaten sei die ,,Bruderschaft", diese Organisation diene dazu, Misstrauen unter den Nachbarn Deutschlands zu säen. Dieses Misstrauen werde durch Leute wie den Expanzergeneral Manteuffel aus Hitlers Armee geschürt, die nun Bedingungen für eine deutsche Teilnahme an der westeuropäischen Verteidigung stellten.

Das Fazit des BBC- Kommentators bestand aus der Feststellung, es würden sich genug Freiwillige finden lassen, um ein starkes deutsches Kontingent aufzustellen. Der deutschen Bundesregierung würden dabei keine nationalistischen Absichten unterstellt. Ungeachtet dessen gebe es aber viele Deutsche, Politiker und Exgeneräle, die die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigung für deutsche nationalistische Ziele ausnützen wollten. Dies dürfe nicht geschehen und könne nur auf zwei Arten verhindert werden:

1. Der Oberbefehl und die Streitmacht müssten aufgestellt werden, bevor eine deutsche Teilnahme angefordert werde.
2. Bevor eine deutsche Teilnahme gefordert werde, sollte Deutschland auf gleicher Basis wie die anderen Teilnehmer an der gemeinsamen Verteidigungsmacht stehen. So würde die Möglichkeit ausgeschaltet werden, dass die Bundesrepublik von den westlichen Mächten Konzessionen fordere.

Die Drohung einer Aggression zwinge den Westen in einer Sache Entscheidungen zu treffen, die durch die Vielfalt ungewisser Möglichkeiten eine eindeutige Entscheidung nicht zulasse, die aber schnellstens getroffen werden müsse.[327]

Wenn auch die Briten einen deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas begrüßten, so hatte sich der Feldmarschall Sir William Slim im Mai 1950 dahingehend geäußert, dass die Deutschen erst politisch und wirtschaftlich integriert werden müssten und eine Zeit der Bewährung zu bestehen hätten. Dann sollten sie sich mit 30 Divisionen und 2000 Flugzeugen an der Verteidigung beteiligen, als Datum dafür nannte er das Jahr 1954. Der späte Zeitpunkt der Aufrüstung zeigt, wie kompliziert das Thema der Wiederbewaffnung war, die Briten waren aber die ersten, die einer Aufrüstung zustimmten, wenn auch im bescheideneren Rahmen und nicht mit 30 Divisionen.[328]

Wie unterschiedlich die Auffassungen zwischen Regierung und Militär in Großbritannien waren, zeigt eine Äußerung des Stabschefs der britischen Luftwaffe, Luftmarschall Sir John

---

[327] Ebenda, S. 4.
[328] Rolf Steininger, Wiederbewaffnung, S. 7.

Slessov. Auf einer geheimen Sitzung der britischen Stabschefs am 29. März 1950 sagte er: ,,Wir brauchen eine deutsche Armee, denn ohne die Hilfe der Deutschen kann Westeuropa nicht verteidigt werden!" Zurückhaltender äußerte sich der Chairman des Zentralen Nachrichtendienstes der britischen Wehrmacht, Mr. Bill Cavendish- Bentinck,[329] er wies darauf hin, dass sich in der öffentlichen Meinung Grossbritanniens gewisse Besorgnisse aufrecht erhielten, die aus der Tatsache der bevorstehenden deutschen Wiederbewaffnung resultierten. Man befürchte, dass, gestützt auf auf die sichtbare Wiedererstarkung Westdeutschlands, die Bestrebungen zur Wiedergewinnung der Ostgebiete so starken Auftrieb erhalten könnten, dass in der Ostzone unerwünschte Gewaltakte gegen das sowjetische Regime entstünden, die den Russen erwünschte Gelegenheit zum Eingreifen bieten könnten.

Für die Briten reduzierte sich im Jahr 1950 die deutsche Frage auf zwei Dinge:

a.) Ein Zusammengehen Deutschlands mit der Sowjetunion bzw. eine Kontrolle Deutschlands durch die Sowjetunion musste verhindert werden und b.) Dies konnte nur durch die feste Einbindung der Bundesrepublik in den Westen geschehen. Mit dem Ausbruch des Korea- Krieges erkannten die Briten als erste, dass eine Entscheidung zu treffen war, die es den Westdeutschen erlauben sollte, wieder Waffen zu tragen.[330] Dies hatte ab August 1950 eine Änderung der Politik zufolge, und der britische Hohe Kommissar in Deutschland, Sir Kirkpatrick, plädierte für eine Aufrüstung. Er erkannte, dass die zur Verteidigung notwendige Stärke der Nordatlantik- Mächte ohne eine Beteiligung Deutschlands nicht zu erreichen war. Trotz dieser von der Regierung vertretenen Ansichten hielten die meisten der Labour- Abgeordneten ihre Einstellung gegen eine Bewaffnung Deutschlands aufrecht.[331]

Der französische Außenminister Schumann verfolgte das Ziel, die eigene Verteidigung zu verbessern und wollte die amerikanische Truppenpräsenz in Europa erhöhen. Sehr schnell sah er sich aber isoliert, weil er erkennen musste, dass es unlogisch war, die Bundesrepublik ohne ihre Beteiligung zu verteidigen. Diese Aufrüstung Deutschlands sah er gegenüber dem Parlament und der französischen öffentlichen Meinung noch nicht als vertretbar an. Außerdem verwies er auf die öffentliche Meinung und Kriegsmüdigkeit in Westdeutschland und regte an, die Hochkommissare sollten dazu Stellung nehmen.[332]

Für die französische Regierung, bestehend aus Volksrepublikanern (MPR) und Sozialisten (SFIO), stand im Jahr 1950 fest, dass ohne ausreichende Sicherheitsgarantien eine konstrukti-

---

329 BA- MA, BW 9/3105, fol. 182, Vortragsnotiz Schwerins über den Besuch von Mr. Bill Cavendish-Bentinck, der nicht als Deutschfreund eingestuft wurde, dessen politischer Einfluss aber als sehr groß eingeschätzt wurde, v. 28. 9. 1950.

330 Ebenda, S. 8.

331 Jones, Labour- Regierung, S. 55.

332 Wiggershaus, Westalliierte Grundsatzentscheidung, S. 376 f.

ve Deutschlandpolitik nicht möglich war. Sie lebte mit der Angst, ein mächtiges Deutschland könnte Frankreich wieder zerstören. Durch eine politische und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands sollte dies verhindert werden, denn trotz der Teilung des Landes schien den Franzosen Westdeutschland wirtschaftlich überlegen zu sein, und die Frage der Wiedervereinigung wurde noch diskutiert.[333]

Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick wies auf sechs Gründe für die deutsche Zurückhaltung in Bezug auf den Verteidigungsbeitrag hin: Kriegsmüdigkeit, Antimilitarismus, Anziehungskraft des Neutralismus, die Vorstellung, dass der Westen Deutschland verteidigen solle, eine Abneigung gegen Landsleute zu kämpfen und die Sorgen vor der finanziellen Belastung [334]. Ohne eine verteidigungswillige Bundesrepublik waren die amerikanischen Interessen in Europa aber nicht durchzusetzen. Deshalb erkundigte sich der amerikanische Hohe Kommissar McCloy bei Adenauer nach dem Kampfeswillen der Deutschen. Aus den Kabinettsprotokollen vom 17. 8. 1950 wissen wir, dass Adenauer versicherte, die Bevölkerung sei nicht kampfunwillig, wie es doch in zahlreichen Papieren von militärischen Fachleuten in Washington hieß.[335]

General Speidel drängte im Gespräch mit McCloy im Gegensatz zu Adenauer gar auf eine politische und militärische Gleichberechtigung der Bundesrepublik. Die Amerikaner verwiesen aber auf die politisch und militärisch einengenden Pleven-Vorschläge.[336] Dabei war klar, dass die deutsche Bundesregierung erst nach einer Verfassungsänderung, für die eine Zwei-Drittel- Mehrheit im Bundestag erforderlich war, Soldaten rekrutieren konnte. Hierfür brauchte Adenauer eine Übereinkunft über die Ablösung des Besatzungsstatuts und einen EVG- Vertrag.[337]

---

333 Carsten Sander Christensen, Zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1950- 55. Politische Intentionen und Konzeptionen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs im Remilitarisierungsprozess, Regensburg 2002, S. 82.

334 Jones, Labour- Regierung, S. 66.
BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 121- 122. Aide Mémoire der Zentrale für Heimatdienst vom 17. 8. 1950 über die Angst und Lethargie in der Bevölkerung: ,,Die Unfreiheit des deutschen Volkes und seine Abhängigkeit von fremder politischer Führung sind die Ursachen negativer, teilnahmsloser, selbstsüchtiger und stark defaitistischer Einstellung der Bevölkerung", fol. 121.
Die zögernde und schwankende Haltung, sowie die offensichtliche Uneinigkeit der Alliierten begründen nach Einschätzung der Zenrale für Heimatdienst den weitverbreiteten Mangel an Vertrauen zur westlichen Sache innerhalb des deutschen Volkes, fol. 122 v. 17. 8. 1950.

335 Höfner, Aufrüstung, S. 242.
BA- MA, BW 9/ 3105, fol. 126- 127. In einem Aide Mémoire der Zentrale für Heimatdienst für die Besprechung des Herrn Bundeskanzlers am 17. 8.1950 hieß es: ,,Um den gegenwärtigen Notstand und die daraus für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland sich ergebenden Gefahren zu überwinden, ist es erwünscht, dass die alliierten Regierungen die Bundesregierung in die Lage versetzen, so rasch wie möglich die notwendigen Massnahmen zur Schaffung einer solchen Verteidigungskraft zu treffen", fol. 127.

336 Speidel, Aus unserer Zeit, S. 292 ff.

337 Klaus A. Maier, Die EVG in der Außen- und Sicherheitspolitik der Truman-Administration, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 43.

1.2. Der amerikanische Auftrag zur Aufrüstung im Sommer 1950

Im November 1950 verschärfte sich durch das Eingreifen der Volksrepublik China in den Korea- Krieg die Weltlage dermaßen, dass der amerikanische Oberbefehlshaber in Fernost General Mac Arthur feststellte, man stünde vor einem Weltkonflikt mit der UdSSR. Die Militärs vermuteten, die chinesischen Truppen sollten möglichst viele amerikanische Kräfte binden, um dann der UdSSR den Angriff gegen die USA und Westeuropa zu ermöglichen. Schon wenige Tage nach Ausbruch des Korea- Krieges im Juni 1950 forderte der französische Vertreter Alphand im NATO- Stellvertreterrat, die europäischen Streitkräfte deutlich aufzustokken. Er dachte dabei an eine Verstärkung durch amerikanische Truppen, um das Gebiet zwischen Elbe und Rhein zu sichern. Der Fortgang des Krieges führe zu einer ,,Revolution in der traditionellen amerikanischen Außenpolitik", zu einer organisatorischen Neugestaltung des Bündnisses und zu einem forcierten Streitkräfteaufbau.[338]

In den USA setzte sich die im August 1950 formulierte Forderung der Vereinigten Stabschefs durch, amerikanische Militärhilfe solle den Westeuropäern unter der Bedingung zugesagt werden, dass diese die Aufstellung westdeutscher Truppen akzeptierten. Deutsche Divisionen sollten in die atlantischen Streitkräfte eingegliedert werden. Präsident Truman stimmte dem am 9. September zu. Das Verhandlungspaket wurde drei Tage später dem britischen und französichen Außenminister in New York vorgelegt.

Auf den New Yorker Konferenzen der drei Westmächte vom 12. bis 18. September und des NATO- Rates der 12 atlantischen Staaten[339] vom 15 bis 18. und 26. September diskutierten die Teilnehmer den westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Auf der Dreierkonferenz erläuterte der amerikanische Außenminister Acheson die Bereitschaft der USA, sich im Rahmen einer integrierten europäischen Verteidigungsstreitmacht der NATO an der Verteidigung Westeuropas zu beteiligen. Er verband aber mit dem Angebot auch die Erwartung nach europäischen Leistungen, insbesondere der Zustimmung zu einem westdeutschen Militärbeitrag im Rahmen der NATO. Er wies ausdrücklich auf die Dringlichkeit hin, da bis zur Bewaffnung und Verfügbarkeit der Verbände eineinhalb bis zwei Jahre vergehen könnten. Eine nationale westdeutsche Armee lehnte Acheson ab. Die westdeutschen Verbände sollten nur innerhalb einer integrierten Bündnisstreitmacht der NATO agieren und dauernd von ausländischer Bewaffnung und Ausrüstung abhängig sein.[340]

Außer dem französischen Außenminister stimmten alle anderen den amerikanischen Plänen

---

338 Greiner, Planungen, S. 290.

339 Belgien, Niederlande, Luxenburg, Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal, Dänemark, Norwegen, Island, Kanada, USA..

340 Wiggershaus, Westalliierte Grundsatzentscheidung, S. 374 f.

zu. Im Kommuniqué hieß es, dass Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu leisten. Robert Schuman behielt sich aber vor, darunter einen nur finanziellen Beitrag zu verstehen. Dies veranlasste den französischen Ministerpräsidenten Pleven, der drohenden Isolierung Frankreichs durch eine eigene Initiative zu begegnen. Er entwarf den Plan einer supranationalen Europa- Armee mit integrierten westdeutschen Kontingenten. Die Frage nach westdeutschen Truppen sollte als Motor für einen nächsten Schritt des europäischen Zusammenschlusses genutzt werden. Alfred Grosser hat es als den Versuch bezeichnet, „ [...] den unpopulären Gedanken der Wiederbewaffnung Deutschlands schmackhaft zu machen, indem man ihn in den populären Farben Europas malt".[341] Der eigentliche Mangel des Plans lag in der Vorstellung, man könne die funktionelle Methode wie auf bestimmten Sektoren der Wirtschaft auch auf das Militär anwenden. Nicht beantwortet waren die Fragen, wem diese Europa- Armee gehört, wem sie dienen und gehorchen sollte.

Am letzten Tag der Dreierkonferenz enthielt der Abschlussbericht erhebliche Zugeständnisse für die Bundesrepublik. Bis zur Vereinigung Deutschlands erkannten die drei Außenminister und ihre Regierungen die Bundesregierung als einzige legitimierte deutsche Regierung an. Die drei Großmächte erklärten, jeden Angiff auf die Bundesrepublik oder auf Berlin wie einen Angriff auf sich selbst zu behandeln und versprachen, die alliierten Sicherheitskräfte sowohl im Bundesgebiet als auch in Westberlin erheblich zu verstärken. In ihrer offiziellen Unterredung mit dem Bundeskanzler am 23. September machten die Hohen Kommissare aber auch klar, dass die Westmächte diese Zugeständnisse nicht bedingungslos machen würden. Sie seien von der Anerkennung der deutschen Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit und der Schulden aus der wirtschaftlichen Unterstützung durch Frankreich und Großbritannien in der Nachkriegszeit abhängig.[342]

Die USA hatten für Europa die Notwendigkeit erkannt, die NATO von einem herkömmlichen Bündnis zu einer Verteidigungsorganisation mit integrierten Streitkräften unter Beteiligung starker amerikanischer Kontingente umzuwandeln, wenn man Europa im Ernstfall wirksam verteidigen und nicht nur befreien wollte. Der Entscheidungsprozess der Truman- Administration bezüglich der EVG von 1950 bis zur Billigung des Berichts über die Ergebnisse der EVG- Konferenz auf der NATO- Ratstagung in Lissabon im Frühjahr 1952 zeigte auch die innen- und außenpolitischen Probleme der USA bei der Entscheidung zur Truppenverstärkung in Europa. Auch im State Department war man bei der Güterabwägung zwischen dem militärischen Vorteil westdeutscher Soldaten und dem europapolitischen Schaden sehr vor-

---

[341] Lipgens, Die Bedeutung des EVG- Projekts, 22 f.
[342] Wiggershaus, Westalliierte Grundsatzentscheidung, S. 379.

sichtig. An eventuell erfolgreiche Verhandlungen des Schuman- Plans knüpften die Amerikaner die Hoffnung, die Franzosen könnten zur Lösung des deutschen Problems bereit sein.[343]
Der amerikanische Verteidigungsminister billigte das Konzept des State Department für eine ,,European Defense Force" (EDF), und der amerikanische Vorsitzende im NATO- Stellvertreterrat Charles Spofford sollte noch vor dem Außenministertreffen in New York mit Briten und Franzosen in Verhandlungen treten. Im State Department hoffte man, dass von einer supranationalen Organisation der westeuropäischen Verteidigung unter Einschluss der USA Impulse für eine politische Einigung Europas ausgehen würden.[344]
Um für die rasche Aufstellung von den Franzosen die Zustimmung zu erhalten, schlug der amerikanische Delegierte Spofford vor, die militärischen Übereinkünfte hierüber so lange als provisorisch zu betrachten, bis die Verhandlungen über den politischen Überbau des westdeutschen Verteidigungsbeitrags erfolgreich abgeschlossen seien. Dabei hoffte er, dass mit dem Aufbau der Kommandostruktur der NATO und im Laufe der Verhandlungen mit den Deutschen, es am Ende doch noch zu der von den USA und der Mehrheit der NATO- Mitglieder favorisierten NATO- Lösung des westdeutschen Verteidigungsbeitrags zu bringen. Mit der Intervention in Korea befanden sich die USA und die freie Welt nach Einschätzung des National Security Council und Präsident Trumans in einer ,,period of greatest danger". Nach Ansicht Verteidigungsministers Marshalls hing die Stellung der USA in der Welt von der Stärkung Westeuropas ab.[345]
Die Amerikaner erklärten sich bereit, einem Kompromiss zwischen ihrer Forderung nach sofortiger Aufrüstung und den französischen Vorschlägen zuzustimmen. Dieser Kompromiss sah vor, die deutschen Streitkräfte in zwei Phasen aufzustellen. In der ,,Übergangsphase" sollte Bonn in die Lage versetzt werden, Soldaten zu rekrutieren und in Einheiten bis zur Größe einer Brigade auszubilden. Die Zahl der Offiziere, die Ausstattung mit schweren Panzern und mit Flugzeugen sowie die Rüstungsproduktion sollten jedoch erheblichen Beschränkungen unterliegen.[346] Die zweite Phase sollte in Kraft treten, nachdem die Franzosen Gelegenheit gehabt haben, ihren Plan einer europäischen Armee auszuarbeiten und zur Annahme zu unterbreiten. Dieser Kompromiss wurde als Spofford- Kompromiss bekannt. Der Amerikaner Spofford war Vorsitzender des NATO Deputy Council, der praktische Fragen im Zusammenhang mit der Aufrüstung Westdeutschlands untersuchte.

---

343 Maier, Die EVG, S. 31 f.
344 Ebenda, S. 35.
345 FRUS 1950, I, S. 467- 474, zit. nach Maier, Die EVG, S. 39.
346 Jones, Labour- Regierung, S. 68.

Die Franzosen gingen auf den Spofford- Vorschlag ein. Eine Entsendung von US- Truppen nach Europa und die Ernennung General Eisenhowers zum Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) fanden im April 1951 auch die Zustimmung im US- Senat. Anschließend trat die EVG- Konferenz zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Als Vorteil für die amerikanische Position erwies sich das atlantische Bündnis, das unter Eisenhower an militärischem Profil gewann, und an dem vorbei keine künftige Europa- Armee mehr organisiert werden konnte. Von Nachteil war, dass die Amerikaner keinen unmittelbaren Einfluss auf die Pariser Konferenz hatten.[347]

Welch hohe Erwartungen die Amerikaner von dem in Umwandlung begriffenen ,,Neuen Deutschland" hatten, registrierte das Bonner Auswärtige Amt sehr genau.[348] In dem Bericht der New York Times wurde darauf hingewiesen, dass sich Deutschland seit der Ablösung der Militärregierungen durch die Alliierte Hohe Kommission sehr verändert habe und noch garnicht absehbar sei, wie sich das Land entwickeln werde, wenn die vertraglichen Vereinbarungen getroffen sein werden, durch die Westdeutschland fast die gesamten Befugnisse eines souveränen Staates zurückerhalten werde. Welche Richtung würden die Deutschen einschlagen, wenn die Zügel gelockert würden?

Der Autor verwies auf die schnelle wirtschaftliche Entwicklung trotz drastischer Beschränkungen durch die Alliierten. Die heutige industrielle Erzeugung liege auf den meisten Gebieten bereits wieder über dem Vorkriegsniveau. In Anbetracht der Eingliederung von acht Millionen Flüchtlingen sei die Zahl von anderthalb Millionen Arbeislosen als großer Fortschritt in der Lösung des Problems der Eingliederung zu sehen. Im vergangenen Jahr seien in Deutschland mehr Häuser gebaut worden als in England.

Die Beteiligung der deutschen Regierung an den Verhandlungen über die europäische Armee habe dazu geführt, dass sie selbstsicherer geworden sei. Sie nehme jetzt nicht nur an internationalen Angelegenheiten teil, sondern übe auch auf andere Länder Einfluss aus. Noch vor zwei Jahren lebte das Volk durch die Zeugen der Niederlage und Zerstörung ohne Glauben an die Zukunft, jetzt habe die Bevölkerung ein Selbstvertrauen erlangt, das fast an Überheblichkeit grenze.

Tatsache bleibe aber, dass die Deutschen trotz ihrer Leidenschaft für harte Arbeit und trotz des wiedererstarkenden ,,Dynamismus", der bei den Franzosen solche Furcht erzeuge, ihre selbständige Existenz als armer, schwacher und anfälliger Staat beginnen müssten. Sie besäßen keine Kampfkraft und ob ihre widerwillige Armee auf nationaler oder internationaler

---

347 Maier, Die EVG, S. 41.

348 PAAA, Bestand B10- A 2253, Bericht aus der New York Times v. 19. 1.1952, ,,Jenseits des Atlantik". Bild eines in Umwandlung begriffenen Landes, von Anne O' Hare Mc Cormick, S. 1-4.

Grundlage aufgebaut werde, könne nichts daran ändern, dass sie eine Streitmacht darstellen werde, die nicht zähle.

Unter den gegenwärtigen Umständen sei die Vereinigung Deutschlands politisch gesehen eine irreale Größe. Die Russen würden versuchen, die Wiedervereingung für sich auszunutzen, um das Bonner Regime zu unterminieren. Wirtschaftlich werde die Aufteilung Deutschlands noch viel stärker fühlbar werden, wenn die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Handelspolitik größere Verantwortung übernehme. Man zweifele aber nicht daran, dass die Bundesrepublik mit dem Westen fest verbunden bleibe, solange die jetzige Koalition in Bonn regiere. Die an führender Stelle stehenden Männer seien die eifrigsten Fürsprecher einer europäischen Einigung, sie seien aufrichtige Antimilitaristen, die einem Aufleben des alten aggressiven Geistes genauso abgeneigt seien wie ihre argwöhnischen Nachbarn.[349]

Die Zeitung zitierte ein britisches Mitglied der Hohen Kommission, das ebenfalls eine Änderung der deutschen Ansichten zum Wehrbeitrag bestätigte:

,,Die Abneigung gegen eine Wiederbewaffnung ist hier in Deutschland genau so sehr eine Tatsache und genauso tief verwurzelt wie in jedem westlichen Land. Sie ist vielleicht pathologischer. Dies ist aber eine Auswirkung der vernichtenden Niederlage [...]."[350] Bonner Persönlichkeiten würden die Auffassung vertreten, es sei leichter, junge Deutsche für eine europäische Armee als für eine nationale Armee zu rekrutieren. Die Franzosen hingegen glaubten, dass nur eine internationale Kontrolle die deutschen Streitkräfte daran hindern könne, eine beherrschende Stellung einzunehmen und einen Feldzug zur Befreiung Ostdeutschlands einzuleiten.

Solchen Befürchtungen trete aber der weise alte Bundesprädident Heuss mit der Äußerung entgegen, dass die die heimwehkranken Flüchtlinge aus den ,,verlorenen Gebieten", nicht den Wunsch hätten, über ein Leichenfeld den Weg in die Heimat anzutreten. Wenn die deutschen größere Unabhängigkeit erreichten, werde es zweifellos schwieriger, mit ihnen zu verhandeln. Deshalb sollte die Politik der Alliierten darauf abzielen, diejenigen Elemente zu unterstützen, die eine Partnerschaft mit dem Westen auf der Grundlage der Gleichberechtigung erstrebten. Niemand könne sagen, wie stark und dauerhaft diese Mehrheit sein werde, die zur Zeit die führenden Persönlichkeiten hinter sich vereinigten.[351]

Während der Auseinandersetzungen um die EVG ist es erwähnenswert, dass in Frankreich in weniger als zwei Jahren vier Regierungen[352] sich gegen starke Opposition bemühten, die

---

[349] Ebenda, S. 2 f.
[350] Ebenda, S. 3.
[351] Ebenda, S. 4.

Verhandlungen im eigenen Land zu Ende zu führen. Nachdem die Verträge dann in Bonn und Paris im Mai 1952 unterzeichnet worden waren, mussten sie noch von einem Parlament ratifiziert werden, das dem Vertragswerk immer kritischer gegenüberstand. Bis zum Sommer 1951 zeigte sich in den Verhandlungen zur EVG kaum Bewegung. Umso überraschender kam die Forderung des amerikanischen Hochkommissars McCloy in Bonn nach zwölf westdeutschen Divisionen, die auf Korpsebene in die NATO integriert werden sollten.
Die französische Regierung wies darauf hin, dass eine deutsche Beteiligung nur im Rahmen einer europäischen Streitmacht möglich sei, wie im Pleven- Plan vorgesehen. Jean Monet versuchte Eisenhower als Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte von den Nachteilen der überstürzten Aufstellung nationaler deutscher Verbände zu überzeugen. Der Bericht vom 24. Juli der Pariser Konferenz, der weitgehend auf Theodor Blank, den deutschen Delegationsleiter zurückging, sprach von Verbänden von zwölf- bis fünfzehntausend Mann, also mehr als die fünf- bis sechstausend, die im Spofford- Plan vorgesehen waren.[353]
Die Briten erklärten in Paris, sie würden weiterhin Streitkräfte in Europa unterhalten, die dem Oberkommando der NATO unterstellt sein würden und eng mit denen der EVG assoziiert, sobald die EVG denn bestehe. Churchill erklärte, dass er das französische Projekt zwar nicht verstehe, sich ihm aber nur dadurch widersetze, dass Großbritannien der EVG nicht beitreten, sondern nur mit ihr zusammenarbeiten werde. Ministerpräsident Pleven wies auf die fatalen Folgen im französischen Parlament hin, die eine bloße Assoziierung nach sich ziehen würde. Die folgenden Monate zeigten die unterschiedliche Haltung der wechselnden französischen Regierungen.[354]

Eine Verschärfung der Lage gab es zu Beginn des Jahres 1952, als die Bundesregierung die Saar- Frage wieder aufgriff, die sie mit den Verhandlungen zur EVG verknüpfen wollte. Sie verlangte eine Aufnahme in die NATO und lehnte die von den Alliierten geplanten Auflagen ab. Dies bezog sich vor allem auf das Herstellungsverbot von schweren Waffen, das Verbot von paramilitärischen Kräften und die Begrenzung der Stärke der Polizei.[355] In Frankreich befürchtete man ein Aufleben der deutschen Gefahr und hatte Angst davor, der Bundesrepublik die Vorherrschaft überlassen zu müssen. Als Adenauer im Oktober 1952 im Europarat die Regelung der Saar- Frage so lange für unmöglich hielt, bis die deutschen Grenzen durch

---

352 Regierung René Pleven (August 1951 bis Januar 1952), Edgar Faure (Januar und Februar 1952), Antoine Pinay (März bis Dezember 1952) und René Mayer (Januar bis Mai 1953).

353 Raymond Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Volkmann/Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 101 f.

354 Poidevin, Frankreich und das Problem, S. 106.

355 Redebeitrag Hallsteins am 27. Januar 1952, auf der Sechser- Konferenz. Siehe Kommentare von V. Auriol, Journal du Septennat, Bd. 6, 1952, S. 100 u. 105 f., zit. nach Poidevin, ebenda, S. 111.

einen Friedensvertrag festgelegt seien, führte dies zu französischen Reaktionen gegen die Politik von Robert Schuman.

Dieser mangelnde gute Wille der Deutschen war in Frankreich nicht zu übersehen, dort machte man sich Sorgen um ein Wiederaufleben des deutschen Nationalismus, den der Präsident Auriol in der zweiten Jahreshälfte 1952 auch öffentlich anprangerte. Auch General Marshall und Außenminister Eden äußerten sich beunruhigt über das Wiederaufleben des deutschen Chauvinismus.[356]

1.3. Der Pleven- Plan und die Pariser Verhandlungen

Aufschlussreich ist die Argumentation Frankreichs zur Sicherung der eigenen Vormachtstellung gegenüber der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Zur Ablehnung Deutschlands als neues Mitglied der NATO erklärte Robert Schuman:

,,Das französische Parlament könne einer Aufnahme Deutschlands in den Atlantikpakt nicht zustimmen. Politische und psychologische Faktoren spielten dabei mit. Deutschland sei gegenwärtig in zwei Teile gespalten und somit Gegenstand territorialer Streitigkeiten. Es gebe neun Millionen Flüchtlinge auf dem Boden der Bundesrepublik. Die NATO würde sich einem großen Risiko aussetzen, wenn die schwerwiegenden, Deutschland betreffenden Probleme innerhalb ihres Rahmens behandelt würden. Deutschland muß deshalb zur Europäischen Gemeinschaft gehören, weil es in eine gemeinsame Organisation gebracht und einer speziellen Art von ,,containment" unterworfen werden müsse."[357]

Trotzdem wäre es zu einfach, wollte man unterstellen, der Pleven- Plan sei nur entstanden, um deutsche Ansprüche zu ignorieren. Die Schöpfer dieses Planes waren dieselben Männer um Jean Monnet, den Vorsitzenden der Schuman- Plan- Konferenz, Pleven und Alphand. Nachdem in der Montanunion die Schwerindustrie, der Schlüssel zum modernen Krieg, zusammengelegt worden war, befürchteten die Franzosen nun, die Deutschen könnten sich wegen der französischen Ablehnung der Wiederbewaffnung ebenfalls von der Montanunion abwenden. Militärs waren bei der Entstehung des Pleven- Plans nicht eingeschaltet worden, vielleicht auch deshalb, weil man wegen der Abgabe von Souveränität durch die supranationale Lösung von hier Widerstand erwarten musste. Niemand wusste, ob Streitkräfte unterschiedlicher Nationalität auf niedriger Ebene überhaupt fusionieren könnten.[358]

Die Verhandlungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag liefen bis Juni 1951 auf dem

---

356 Poidevin, Frankreich, S. 116. Vgl. Pierre Guillen, Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950- 1954), in: Volkmann/Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 145.

357 NATO- Brüssel, International Sraff, Central Registry, (NISCA), North Atlantic Council, Summary Records, C9- r/3, S.6, zit. nach Wilhelm Meier- Dörnberg, Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Lutz Köllner, Klaus A. Maier und Hans-Erich Volkmann, Die EVG- Phase, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 2, München 1989 S. 650.

358 Ebenda, S. 651.

Petersberg parallel zu der Pariser Pleven- Plan- Konferenz, die am 15. Februar 1951 eröffnet wurde, weiter. Adenauer instruierte Speidel, die Verhandlungen in Paris auf alle Fälle hinzuhalten,[359] um der ,,NATO-Lösung" auf dem Petersberg näher zu kommen. Ab Juni wurde das Schwergewicht der Verhandlungen dann auf die Pariser Konferenz verlagert, und die Petersberg- Gespräche sollten mit dieser Konferenz zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefasst werden. Das Streitkräftekonzept wurde von der deutschen Seite aber nicht aufgegeben, Hallstein und Roediger, der Leiter der deutschen Delegation in Paris, wollten das Konzept unter einem europäischen Dach verwirklichen. In der Dienststelle Blank versuchten de Maizière und Kielmansegg die deutschen Auffassungen zu koordinieren und hatten große Bedenken gegenüber der Auffassung von Blank bzw. Speidel und Heusinger, die eine Vermischung der Konzepte vom Petersberg und Paris vorsahen.[360]

Bis in den Juli 1951 sahen die Amerikaner in den Petersberger Gesprächen die geeignete Grundlage, während die Franzosen mit dem Pleven- Plan dagegen hielten und die Forderungen der Deutschen vom Petersberg für unannehmbar hielten. Um das französische Sicherheitsinteresse und das amerikanische Verlangen nach deutschen Truppen zu vereinen, wurden jetzt die Amerikaner und der deutsche Bundeskanzler zu Befürwortern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Deshalb wurde die deutsche Delegation für die Pariser Konferenz hochrangig und ausreichend besetzt. Aufgrund seiner Qualifikation und Verbindungen war Speidel wiederum unverzichtbar, daneben wurde de Maizière nach Paris gesandt, auch wegen seines niedrigen Dienstgrades als Oberstleutnant. Die Leitung der Delegation hatte Staatssesekretär Hallstein, tatsächlich leitete sie bis Juli 1951 Roediger, danach Blank.[361]
Da die Verhandlungen vom Auswärtigen Amt geleitet wurden, war es für die deutschen militärischen Sachverständigen schwierig, ohne präzise Anweisungen die französische Forderung nach national gemischten Divisionen abzuwehren. Das bedeutete, in den Verhandlungen definitive Festlegungen zu vermeiden und Zeit zu gewinnen. Mit dem Scheitern der Petersberg-Gespräche fand diese Verhandlungstaktik ein Ende. Ab Sommer 1951 legten nun der Bundeskanzler zusammen mit Hallstein und Blank die Verhandlungsführung fest. Im September wurde v. Kessel stellvertretender Delegationschef und Speidel im Oktober militärischer Chefdelegierter. Dies lehnten die Franzosen ab, waren aber nach dem Abzug von de Maizière mit Speidels Verbleiben einverstanden. Dieser sah sich ,, in einem freien Gutachter- und Sachverständigenverhältnis zur Bundesregierung".

---

359 BA- MA, BW 9/ 3066, S. 67, zit. nach Meier- Dörnberg, S. 660.
360 Meier- Dörnberg, Die Planung, S. 661.
361 BA- MA, BW 9/ 223, fol 71, Vermerk de Maizière, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 40.

Im Juli hatte die deutsche Delegation Weisung erhalten, die Franzosen zur Anerkennung ihres militärischen Standpunktes zu drängen oder ihnen klarzumachen, dass in nächster Zeit keine andere Verständigung zu erzielen sei. Der Zwischenbericht vom 24. Juli zeigte dann einige Erfolge für die deutsche Delegation. Der Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichstellung hatte nun doch von Anfang an Geltung und nicht erst von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt an. Das bedeutete auch, dass die deutschen Truppen ebenso wie die anderen in der ersten Phase durch rein nationales Personal und nationale Behörden aufgestellt werden konnten. Alphand bestand nun darauf, dies dürften nur schon bestehende Behörden sein. Die Sitzungen waren mehrfach vom Abbruch bedroht, bis Blank endlich durchsetzen konnte, dass dieser Begriff gestrichen wurde, und so die Bildung eines deutschen Verteidigungsministeriums offengehalten werden konnte.[362]

Der amerikanische Außenminister Acheson war bereit, den deutschen Wunsch nach Ablösung der Besatzungsherrschaft weitgehend und schnell zu erfüllen, um mit der Aufstellung deutscher Kontingente beginnen zu können. Geklärt werden musste noch, wie militärische Befugnisse durchgeführt werden sollten. Dafür war ein europäischer Generalstab vorgesehen, der einer politischen Kontrolle unterworfen werden sollte. Stärkste Ablehnung erfuhr die deutsche Forderung nach Finanzierung der deutschen Aufrüstung von Beginn an aus dem gemeinsamen EVG- Haushalt. Selbst die Erwähnung im Zwischenbericht wurde wegen der heftigen Reaktionen in der Öffentlichkeit vor allem von Frankreich abgelehnt. Blank gelang es aber, diesem Bericht die ,,Zusätzliche Stellungnahme der Deutschen Delegation " beizufügen. Darin wurde erklärt:

a.) die Bundesrepublik könne die aus dem EVG- Vertrag entstehenden Verpflichtungen nicht erfüllen, solange sie unter Besatzungsrecht stehe und

b.) die Übernahme der finanziellen Pflichten setze die völlige Neuregelung der Besatzungskosten voraus.[363]

Von deutscher Seite gab es immer noch Versuche, ein Verteidigungsministerium außerhalb des noch nicht voll abgesteckten EVG- Rahmens zu errichten. Ziel war es, schneller die Besatzungsherrschaft abzulegen und nicht bis zum Zustandekommen des komplizierten EVG-Vertrages zu warten. McCloy erteilte diesem Vorhaben eine Absage und warnte davor, eine deutsche Nationalarmee ohne Sicherungen in einer Europäischen Armee zu schaffen. Am 12. September 1951 fiel die endgültige Entscheidung zugunsten der EVG auf der Washingtoner Außenministerkonferenz der drei Besatzungsmächte, der Petersberg- Bericht war damit

---

362 Meier- Dörnberg, Die Planung des Verteidigungsbeitrages, S. 662 f. Vgl. Guillen, Die französiche Generalität, S. 134.

363 Meier- Dörnberg, Die Planung, S. 665 f.

überholt, und der französische Außenminister Schuman hatte durchgesetzt, dass der erste in Deutschland rekrutierte Soldat der Europäischen Armee dienen würde.[364] Die französische Politik hatte einen Erfolg errungen, die USA hatten die Initiative zum deutschen Verteidigungsbeitrag abgegeben, was Folgen haben sollte. Jetzt mussten die Europäer die supranationalen Streitkräfte planen und aufbauen.

Dem Bundeskanzler war die EVG- Lösung inzwischen ganz Recht, denn auch er hatte sich gesorgt, wie eine deutsche nationale Armee den Generälen zu Kopfe steigen könnte. Gleichzeitig erkannte er in der europäischen Einbindung der Truppen die Rückversicherung gegen einen möglichen Fehlgriff bei der Besetzung hoher Offiziersstellen. Es sei schwierig unter 2000 deutschen Generalen gerade den richtigen auszusuchen [365]. In der Außenpolitik achtete Adenauer streng darauf, seine Vorstellungen durchzusetzen. Selbst der eigenen Partei verwehrte er, darauf maßgeblichen Einfluss zu nehmen.[366]

Der Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion v. Brentano erhielt den Text des EVG-Vertrages so spät, dass er keine abweichenden Vorschläge vor der Paraphierung auf den Vertragstext machen konnte. Besondere Brisanz steckte in den Bindungs- und Notstandsklauseln des Vertrages mit den Besatzungsmächten. Das wiedervereinigte Deutschland sollte die außenpolitischen Verpflichtungen der Bundesrepublik einschließlich der EVG übernehmen. Die Alliierten nahmen für sich in Anspruch, im Notstandsfall die vollziehende Gewalt wieder zu übernehmen.[367] Am 27. Mai 1952 wurde der EVG- Vertrag unterzeichnet.

1.4. Aufbau einer militärischen Abteilung im Amt Blank

Die militärischen Bestimmungen des Vertrages schrieben gemischte Armeekorps aus nationalen Grundeinheiten auf Korpsebene vor. Frankreich sollte vierzehn, die Bundesrepublik und Italien je zwölf und die Benelux- Staaten fünf Grundeinheiten à 13 000 Mann aufstellen. Im ersten Jahr sollte die Bundesrepublik sechs Divisionen aufstellen. Für die Realisierung war

---

364 Foreign Relations of the United States (FRUS) 1951, III, Teil1, S. 1269, zit. nach Meier- Dörnberg S. 669. Vgl. Maier, Die EVG, S. 45. Vgl. Greiner, Dienststelle Blank, S. 108.

365 Protokolle des CDU- Bundesvorstandes, Bd. 1(1950- 1952), S. 59, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 47.

366 PAAA, Bestand B10- A 2253, Dänisches Presseecho zur Bundestagsdebatte über die Wehrfrage. Bericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen an das Auswärtige Amt in Bonn v. 13. 2. 1952. Detailliert berichtete die dänische Presse über die Kluft zwischen den Regierungsparteien und der Opposition in der Bundestagsdebatte über die Wiederbewaffnung. Die Zurückhaltung des Bundeskanzlers sei nach der Lage der Verhältnisse durchaus verständlich. Weil die Opposition nicht zur Aufgabe ihres Standpunktes bewegt werden konnte, habe der Bundeskanzler es vermieden, durch eine schärfere Tonart den Unwillen des Auslands hervorzurufen. Auch deshalb beanspruchte Adenauer diesen sensiblen Bereich für sich.

367 Guillen, Die französische Generalität, S. 141. Vgl. Wilhelm Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren bei der Planung des deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der EVG, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 290. Vgl. Krüger, Das Amt Blank, S. 49.

ein Interimsausschuss[368] vorgesehen, in dem die nationalen Delegationen ihre Arbeit fortsetzten. Mit der Unterzeichnung des Vertrages begann im Amt Blank eine Umorganisation, sowohl organisatorisch als auch arbeitsmäßig. Das schien deshalb nötig, weil die Militärs nach der langen Verhandlungszeit auf dem Petersberg und in Paris teilweise frustriert und ermüdet waren.

Der künftige Leiter der militärischen Abteilung sollte sowohl für die Pariser Militärexperten als auch für die Bonner Planung zuständig sein. Mit der Berufung Heusingers zum Leiter war er jetzt für die Sachgebiete Personal, militärpolitische Aufgaben, Mobilmachung, Heimatverteidigung sowie militärische Planung zuständig. Dabei waren Reibungen der Pariser Militärdelegation, die vom Fortschritt der Konferenz abhängig war, mit der Planungsgruppe vorprogrammiert. Durch die Berufung Heusingers war auch die Kontinuität zum deutschen Generalstab hergestellt. Heusinger war über Jahre enger Mitarbeiter Franz Halders, Chef des Generalstabes des Heeres, gewesen, und unter den neuen politischen Rahmenbedingungen traute man ihm zu, den Primat der zivilen politischen Führung zu akzeptieren.[369]

Bedeutende Veränderungen ergaben sich bei der militärischen Abteilung. Hier wurde ein Nachfolger des Unterabteilungsleiters Planung gesucht, und Heusinger entschied sich für Bonin. Dieser hatte im Jahr 1944 nach der Entlassung Heusingers dessen Position in der Operationsabteilung des Heeres eingenommen. Bonin galt als Inkarnation preußischen Soldatentums und als Gegenpart zu Baudissin, der im Jahr 1951 Richtlinien für das Disziplinar- und Bildungswesen der künftigen Streitkräfte ausgearbeitet hatte. Bonin fürchtete die Verweichlichung und Unterlegenheit des künftigen deutschen Soldaten. Nachdem er im Oktober 1952 eine Verfügung herausgegeben hatte, das Referat Inneres Gefüge, das von Baudissin geleitet wurde, seiner Unterabteilung einzugliedern, entschied Blank gegen ihn, eine Entlassung Bonins unterblieb aber.[370]

Auch gegenüber der Pariser Verhandlungsdelegation stellte Bonin klar: ,,Die Verantwortung für die Aufstellung liegt in Bonn. Bonn macht die Planung, Paris verhandelt."[371] Sein Vorwurf gegenüber der Delegation lautete, sie würde deutsche Sicherheitsinteressen zugunsten europäischer Ziele vernachlässigen. Des Weiteren hatte er erkannt, dass die Bundesrepublik in

---

368 PAAA, Bestand B10- A 2260, Abteilung II B, Vorbereitendes Material für Hr. Hallstein, v. 14. 10. 1953, S. 4 f. Ihm oblag die Aufgabe, auf der Grundlage des Vertrages und seiner Annexe Entwürfe für die Texte auszuarbeiten, die gleichzeitig mit dem Vertrag in Kraft gesetzt werden sollten. Zudem sollte er die Vorarbeiten leisten, die insbesondee dem Kommissariat die ersten, dringensten Aufgaben erleichtern sollten. Der Ausschuss nahm im Juni 1952 in Paris seine Arbeit auf.

369 Becker, Remilitarisierung, S. 121. Vgl. Meier- Dörnberg, Politische, S. 285. Krüger, Amt Blank, S. 51f.

370 Christensen, Wiederaufrüstung, S. 287. Vgl. Hans Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie": Der Auftakt zur Wehrgesetzgebung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 3, München 1993, S. 432 f. Vgl. Becker, Remilitarisierung, S. 129 f.

371 Arbeitsbesprechung II Pl, 5.9.1952, BA- MA, BW 9/ 2527- 1, fol. 44, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 60.

der Aufstellungsphase nicht gegen einen denkbaren sowjetischen Präventivschlag gerüstet sei. Abweichend von der NATO- Strategie wollte er deutsche Panzerverbände nahe der innerdeutschen Grenze stationieren. Damit war er in Gegensatz zu der offiziellen Politik des Amtes Blank geraten und wurde im November 1953 seines Postens enthoben. Da er nach dem Scheitern der EVG weiterhin versuchte, seine Ideen fortzuentwickeln, forderte im März 1955 auch Bundeskanzler Adenauer seine Entlassung. Dabei wies Kielmansegg darauf hin, Bonin sei nicht wegen seiner alternativen Vorschläge entlassen worden, sondern wegen deren Verbreitung in der Öffentlichkeit.

Mit dem Ausscheiden Bonins hatten sich die ,,Büro-Generäle" durchgesetzt, zwischen denen Schwerin und Schweppenburg als ehemalige Frontoffiziere unterschieden. Schweppenburg monierte die Monopolstellung des ehemaligen Oberkommandos der Wehrmacht bzw. des Heeres in der Dienststelle. Er glaubte, vor der Panzerfeindlichkeit und dem jugendlichen Alter der Soldaten im Amt Blank warnen zu müssen. Eine Untersuchung der Vorwürfe ergab, dass von den 48 militärischen Angestellten nur acht ehemalige Generalstabsoffiziere, sechzehn gemischt Generalstabs- und Truppenoffiziere waren und nur zehn zeitweilig zum Oberkommando des Heeres gehört hatten. Der Idealtypus eines militärischen Angestellten des Jahres 1952 wurde als evangelisch, norddeutsch, nicht- adelig und nicht dem militärischen Widerstand angehörig skizziert. Er war Truppenoffizier oder allenfalls gemischt Generalstabs- und Truppenoffizier gewesen.[372]

Angesichts der zukünftigen Aufgaben forderte Heusinger noch vor Inkrafttreten des EVG-Vertrages vom Bundeskanzler gesetzliche und administrative Vorausmaßnahmen, auch den Ausbau der militärischen Abteilung. Der Schwerpunkt der Arbeit hatte sich nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge von der Gestaltung der militärischen Vertragsteile auf die Erarbeitung eines integrierten militärischen Konzepts verlagert. Die Territorialorganisation und die Heimatverteidigung wurden vorbereitet, ebenso wie eine Annahmeorganisation und ein Personalgutachterausschuss, der die notwendigen 30 000 Offiziere aufstellen sollte. Zusätzlich wurden noch 105 000 Unteroffiziere benötigt.

In groben Zügen wurden auch die logistischen Anforderungen skizziert. Die USA sollten 5 000 Panzer, 1 700 Geschütze und 1 300 Flugzeuge liefern, dafür musste eine Übernahmeorganisation geschaffen werden. Hinsichtlich dieser bevorstehenden Aufgaben waren die Forderungen Heusingers nach einer erheblichen Ausweitung der Dienststelle Blank verständlich, ging es jetzt doch auch darum, den Verteidigungsetat zu beziffern und die Grenzen der deut-

---

[372] BA- MA, N 626/ 202, Vermerk v. 10. 7. 1952, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 62.

schen Leistungsfähigkeit festzulegen. Deshalb wurde unter Vorsitz von Blank eine Besprechung zur Koordinierung der wirtschaftlichen Fragen bezüglich der EVG anberaumt. Zweck der Besprechung war, über den gegenwärtigen Stand der Beratungen im Rüstungsausschuss zu berichten.[373]

Ein Teilnehmer des Bundeswirtschaftsministeriums gab einen Überblick über die verschiedenen Arten der Ausgaben wie Sold, Bauleistungen, Ausrüstung der Truppe mit Gerät und Waffen, Bekleidung und Lebensmitteln, um zu untersuchen, an welchen Ausgaben die Bundesrepublik ein volkswirtschaftliches oder sozialpolitisches Interesse hatte. Blank berichtete anschließend über die Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Hohen Kommissaren wegen der Frage der ,,verbotenen Industrien" . Der Generalvertrag zur EVG sollte hierüber keine Bestimmungen enthalten.

Ob die Bundesrepublik tatsächlich Waffen oder Teile davon herstellen werde, hänge davon ab, in welcher Weise die Waffenproduktion zwischen den Teilnehmerstaaten der EVG aufgeteilt werde. Die Frage einer Beschränkung der Forschung solle in dem Vertrag ebenfalls keine Erwähnung finden, Vorschläge mit dem Ziel einer deutschen Gleichberechtigung seien bereits gemacht worden. Der Umfang des gemeinsamen Budgets lasse sich bei dem gegenwärtigen Stand der internationalen Erörterungen noch nicht beziffern, deshalb lasse sich auch noch nichts über die Höhe des deutschen Beitrags sagen. Bundesfinanzminister Schäffer war der Ansicht, dass die Konferenz nicht in der Lage sei, eine Entscheidung über die Höhe der Beiträge zu treffen, solange man nicht wisse, wie hoch die Außenhilfe der USA sein werde. Um dies zu klären, werde angestrebt, dass sich die Finanzminister der Teilnahmestaaten träfen, um hierüber gesondert zu verhandeln.

Auf das Rüstungsprogramm eingehend wurde festgestellt, es müssten Bestimmungen über die Verteilung der Aufträge auf die Teilnehmerstaaten enthalten sein. Da ferner berücksichtigt werden müsse, dass ein langfristiges Rüstungsprogramm ständigen Änderungen unterworfen sei, müsse eine gewisse Beweglichkeit vorgesehen bleiben. Offen bleibe auch die Frage der Stimmenverhältnisse im Ministerrat im Hinblick auf das Rüstungsprogramm. Es solle angestrebt werden, dass die Bundesrepublik beim Rüstungsprogramm nicht majorisiert werden könne. Deshalb wolle man überlegen, anstelle der 2/3- Mehrheit eine 3/4- Mehrheit zu verlangen.[374]

Ein weiteres Thema der Besprechung war die ,,Vergebung der Aufträge" für die EVG. Dabei stelle sich die Frage, ob die Aufträge zentral durch den Verteidigungskommissar oder regional

---

[373] PAAA, Bestand B10- A 2502, Bericht des Amts Blank an das Bundeskanzleramt v. 4. 12. 1951. Besprechung zur Koordinierung der wirtschaftlichen Fragen der EVG, S. 1- 5.

[374] Ebenda, S. 2.

durch die nationalen Verteidigungsministerien vergeben werden sollten. Einigkeit konnte nicht erzielt werden, es wurde aber auf die Schwierigkeiten einer integrierten, gemeinsamen Beschaffungsstelle sowie der Technik der Beschaffungen, Schaffung gemeinsamer Verdingungsvorschriften, der Preiskontrolle und der Abnahme hingewiesen. Eine zentrale Beschaffung würde eine so große Apparatur bedingen, dass sie von Beginn an aktionsunfähig sein würde.

Blank wies darauf hin, das Budget und das Rüstungsprogramm müssten nach Ländern und Einzelpositionen aufgeteilt werden. Es müsse dann festgelegt werden, welche Aufträge ausnahmsweise zentral und welche auf nationaler Ebene zu vergeben seien. Die nationale Vergabe solle dabei Grundsatz sein.

1.5. Die wirtschaftliche und finanzielle Belastung durch den Wehrbeitrag

Mit der in Aussicht gestellten baldigen militärischen Bewaffnung der Bundesrepublik stellte sich die Frage, wie der deutsche Verteidigungsbeitrag zu finanzieren sei, ohne die Etats der anderen Ministerien zu sehr einzuschränken. Die finanzielle Belastung sollte sich am Bruttosozialprodukt orientieren, wobei Frankreich daran interessiert war, den Deutschen einen hohen Beitrag abzuverlangen. Dem widersprach die Auffassung französischer Experten, dass damit die Forderung der Deutschen nach mehr Einfluss und einer stärkeren zahlenmässigen Beteiligung verbunden sein könnte, was wiederum Frankreichs ,,Gewicht" in der Verteidigungsgemeinschaft schwächen würde.[375]

Als Grundlage für die erwarteten Diskussionen mit den Besatzungsmächten über ,,Art und Höhe des deutschen Sicherheitsbeitrags" diente der Dienststelle Blank eine Schrift mit der Frage ,,Besatzungskosten- ein Verteidigungsbeitrag?"[376] Die Arbeit griff auf amtliche und wissenschaftliche Unterlagen zurück und stützte sich auf Material, das aus der Zusammenarbeit der Länder stammte. Ziel der Untersuchung sollte sein, den deutschen Sicherheitsbeitrag der objektiven Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft des Bundes anzupassen. Mit der Studie sollte nachgewiesen werden, dass die Forderung der Alliierten, zehn Prozent des Sozialprodukts für Wehrausgaben oder Besatzungskosten zu verwenden, unerfüllbar sei, weil sie von

---

375 Vgl. Poidevin, Frankreich, S. 108 f.
Vgl. BA- MA, BW 9/ 2527, Der Leiter der Abteilung II , Militärische Planung im Amt Blank, Fett, unterrichtete in Bonn, in westlichen Kreisen bestehe die Meinung, dass ein deutsches selbständiges Kontingent innerhalb vereinigter Streitkräfte noch erträglicher wäre, als wenn die ganze EVG unter deutschen Einfluss käme. Den Franzosen komme es anscheinend darauf an, bis zum 27. November hinzuhalten und dann zu verlangen, dass neu verhandelt werde. (Entsprechnd dem EVG- Vertrag, der ein neues Verhandeln vorsieht, wenn nicht nach einem halben Jahr ratifiziert ist). Besprechung v. 8. 9. 1952.

376 BA- MA, BW 9/ 823, fol. 15- 25, Überlegungen und Argumente für die zu erwartende Diskussion mit den Besatungsmächten über Art und Höhe des deutschen Sicherheitsbeitrages. Erstellt vom Institut für Besatzungsfragen in Tübingen, v. 7. 12. 1950.

falschen Voraussetzungen ausging.

Von alliierter Seite wurde behauptet, solange deutsche Truppen nicht aufgestellt seien, stellten die Besatzungskosten den deutschen Sicherheitsbeitrag dar. Diese Behauptung sei aber weitgehend falsch, so die Autoren der Schrift, weil das Geld überwiegend nicht für Sicherheitszwecke ausgegeben werde. Vom Beginn der Besetzung bis Ende 1949 habe Amerika etwa 15 Milliarden DM, die Deutschen etwa 7,882 Milliarden DM für die US- Besatzungszone aufgewendet. Die Besatzungskosten für das Jahr 1949 betrugen 4 Milliarden DM. Der damalige deutsche und alliierte Gesamtaufwand für die Besetzung wurde mit jährlich 9 bis 10 Milliarden DM beziffert. Frankreich unterhalte eine Armee von rund 500 000 Mann einschließlich der in den Kolonien und in Deutschland stationierten Soldaten mit einem Wehretat von ungefähr 4,8 Milliarden DM. Diese Zahlen belegten, dass allein mit den vom Bund gezahlten Besatzungskosten die Unterhaltung einer nicht unbeachtlichen modernen Armee möglich sein müsste.

Es stehe fest, dass die Besatzungskosten zu einem großen Teil nicht für militärische, also Sicherheitszwecke, verwendet wurden. Die deutschen Besatzungskosten könnten deshalb nur zum Teil als Sicherheitsbeitrag bezeichnet werden. Auch nach den Erklärungen alliierter Staatsmänner stehe diesem ungeheuren alliierten und deutschen Gesamtaufwand kein entsprechender militärischer Schutz für Westdeutschland gegenüber. Bevor Art und Umfang des deutschen Sicherheitsbeitrages erörtert werden könnten, müsse untersucht werden, wie der Bund im Rahmen des Möglichen verteidigungsfähig gemacht werden könne.

Die Studie kam abschließend zu dem Schluss, dass es ungünstig sei, die Finanz- und Sachmittel einseitig für rein militärische Zwecke zu verwenden. Aus einem Land sei nur dann ein Höchstmaß an Abwehrleistung herauszuholen, wenn der Gesamtorganismus des Landes ideell und materiell widerstandsfähig sei und darauf aufbauend die militärische Kraft des Landes stark gemacht werde. Für den Bund müsse daraus die Lehre gezogen werden, wer nichts zu verteidigen hat, werde sich nicht an der Verteidigung beteiligen, weil es sich nicht lohne, das Leben aufs Spiel zu setzen.

Weiter stellte das Institut für Besatzungsfragen fest, nichts käme den bolschewistischen Bestrebungen einer Unterminierung der Westmächte und der Sicherheit Westdeutschlands näher, als eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf Kosten der sozialen Leistungen. Überdies müssten in einer Volkswirtschaft nicht nur die für rein militärische Zwecke verausgabten Beträge als Verteidigungsleistungen angesehen werden, sondern auch jene, die erst die Voraussetzungen für die psychologische, materielle und militärische Verteidigungsbereitschaft schaffen würden. Deshalb sollten die Ausgaben des Bundes für soziale Zwecke und zur Wiederher-

stellung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei der Bemessung des Sicherheitsbeitrags ebenfalls berücksichtigt werden.

Im September 1950 hatte der amerikanische Hohe Kommissar McCloy erklärt, dass die Erhöhung der Besatzungstruppen auch zur Erhöhung der Besatzungskosten führen würde, und sein britischer Kollege Kirkpatrick nannte zehn Prozent des Sozialprodukts, was nahezu einer Verdoppelung der bisherigen Besatzungskosten entsprach. Wie oben nachgewiesen wurde, dürften die bisherigen Besatzungskosten vielleicht zur Hälfte der Gesamtsumme als Sicherheitsbeitrag gewertet werden, deshalb müsse der Vorschlag der Alliierten erstaunen, für die Bemessung des deutschen Verteidigungsbeitrags den schematischen Satz von zehn Prozent des Sozialprodukts vorzuschlagen. Die Autoren der Studie mahnten, dem Bund keine höheren Lasten aufzuerlegen, bevor nicht das Sozialprodukt gestiegen sei.[377]

Im Februar 1952 traf der Bundeskanzler mit Vizekanzler Blücher, den Bundesministern Erhard und Schäffer sowie Staatssekretär Hallstein zusammen, um über die finanziellen Möglichkeiten zu beraten. Das erstellte Memorandum betonte, dass der deutsche Vorschlag von 10,8 Milliarden Mark an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehe und bereits ein Steueraufkommen von 32 Milliarden Mark veranschlagt worden sei. Damit betrug der Verteidigungsbeitrag mehr als zehn Prozent des voraussichtlichen Bruttosozialprodukts, ein noch höherer Beitrag würde das Wachsen der deutschen Wirtschaft hindern.[378]

Für Unruhe in der Dienststelle Blank sorgten die Meldungen der Amerikaner über die zu erwartende militärische Erstausrüstung.[379] Nachdem der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, General Hays, zunächst mündlich mitgeteilt hatte, dass das deutsche Kontingent der europäischen Armee an amerikanischem Gerät nur mit Panzern und Flugzeugen rechnen könne, hatte der amerikanische Professor Bode darüber hinaus erklärt, dass für die deutsche Planung davon auszugehen sei, dass aus amerikanischer Quelle nur Militärflugzeuge geliefert würden.

Würde diese Meldung bestätigt, so Blank, hätte sie schwerwiegende Folgen für die Aufstellung des deutschen Kontingents. Es würden sich völlig neue Gesichtspunkte hinsichtlich einer Finanzierung ergeben. Unter Zugrundelegung des von SHAPE und EVG genehmigten Zeitplans bedeute die vorgesehene Regelung, dass der bereits für das erste Jahr benötigte Geldbedarf weit über den festgelegten finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag von 850 Milli-

---

377 BA- MA, BW 9/ 823, fol. 22.

378 LAB, B Rep. 002 Nr. 26619, Die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit, Das deutsche Memorandum zum Finanzbeitrag an die ,, Drei Weisen" (Harriman, Plowden und Monnet) in: FAZ, 23. 2. 1952. Frankreich wandte elf Prozent, England zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts für den Verteidigungsbeibeitrags auf.

379 PAAA, Bestand B10- A 2257, Schreiben der Dienststelle Blank an Ministerialdirektor Blankenhorn im Auswärtigen Amt, Betr.: EVG; Amerikanische Gerätelieferung, v. 21. 4. 1952.

onen DM monatlich, ohne Berücksichtigung der Stationierungskosten, hinausgehe.[380]

Einer weiteren Klärung bedurfte die Frage, ob es in der deutschen Wirtschaft noch freie Kapazitäten gäbe, um Ausrüstungen, handelsübliche Geräte und Fahrzeuge herzustellen.[381] Im Amt Blank sollte eine Beschaffungsabteilung eingerichtet werden, nach anfänglichem Zuständigkeitsgerangel mit dem Bundesfinanzministerium einigte man sich darauf, das Weisungsrecht über die ,,deutsche Beschaffungsstelle für Wehrmachtsaufträge" zu teilen. Blank einigte sich mit Finanzminister Schäffer dahingehend, die Beschaffungsstelle mit ihrem Stammpersonal von mehr als 50 Referenten im September 1952 seinem Amt anzugliedern. Nach Streitigkeiten um die Besetzung des deutschen Chefdelegierten im Interims- Rüstungsausschuss der EVG in Paris, setzte sich Wirtschaftsminister Erhard gegenüber Blank durch und besetzte die Stelle Anfang des Jahres 1953 für kurze Zeit mit Generalleutnant a.D. Philipps, dem ab September Ministerialdirektor Krautwig folgte, der damit zum ,,deutschen Chefdelegierten Rüstung" ernannt wurde.[382]

Wie die Beschaffung zwischen dem Bundesverteidigungsministeriums und der deutschen Wirtschaft organisiert werden sollte, zeigte ein Schreiben aus dem Amt Blank:[383]

,,Der große Einfluss, den Industrie und Wirtschaft auf die Führung eines modernen Krieges haben, zwingt dazu, rechtzeitig in personeller Hinsicht die Verflechtung von militärischer und wirtschaftlicher Führung vorzubereiten. Schon im letzten Krieg erwies es sich als praktisch, Reserveoffiziere unter Ausnutzung ihrer zivilen Erfahrung in der Wirtschaft mit Fragen der Versorgungsführung zu beauftragen.
Die nach dem Krieg folgenden Jahre haben uns in die einmalige Lage versetzt, in der freien Wirtschaft tätige ehemalige gut geschulte und zum Teil überragende Generalstabsoffiziere vorzufinden. Diese in Front- und Stabsstellungen bewährten Offiziere haben sich nach dem Krieg in fast allen für die Versorgung wichtigen Wirtschaftszweigen leitende Positionen geschaffen oder sind auf dem Weg, solche Positionen einzunehmen. [...]Es bietet sich daher in der jetzigen Lage die Möglichkeit, eine Art 'Wirtschaftsgeneralstab' bereits für den Frieden zu schaffen, dessen Keimzellen und Kristallisationspunkte jene eben erwähnten Offiziere sind."

Die Abteilungsleitung des Amts Blank zeigte keine Bedenken, diese ,,ehemaligen Offiziere" für sich arbeiten zu lassen, vorausgesetzt, der BDI würde seine Zustimmung geben.[384]

Die Niederschrift einer Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium zeigt die Unstimmigkeiten bei der Aufgabenverteilung mit dem Amt Blank.[385] Krautwig berichtete über die neu

---

380 Ebenda.

381 BA- MA, BW 9/ 823, fol. 3. Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft, v. 11. 1. 1951.

382 Vgl. Werner Abelshauser/ Walter Schwengler, Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, München 1997, S. 130 f. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) war beim Bundeskanzler vorstellig geworden, und setzte sich für Erhard ein, um dem Beschaffungswesen seinen ,, deutschen Charakter " zu erhalten. Beschaffungen für militärische Zwecke in Deutschland sollten dem Wirtschaftsministerium unterstellt werden.

383 BA- MA, BW 9/ 267, fol. 302 ff. Schreiben der Abteilungsleitung II des Amt Blank an General Heusinger und andere Referate der Abteilung II, v. 14. 1. 1953.

384 Vgl. Abelhauser/ Schwengler, Wirtschaft, S. 133. Die Offiziere konnten in Gewissenskonflikt mit den Absichten ihres industriellen Arbeitgebers geraten.

entstehenden Aufgaben aus der Perspektive des Rüstungsausschusses, die Planung eines Rüstungsprogramms und dessen Durchführung. Der Ministerialdirektor kritisierte, momentan nur auf Kräfte aus der freien Wirtschaft zurückgreifen zu können und versicherte, das Wirtschaftsministerium werde in Kürze über entsprechendes Personal verfügen, die Mittel dafür seien breitgestellt. Krautwig wollte nicht so verstanden werden, dass das Wirtschaftsministerium in die Zuständigkeiten des Amts Blank eingreifen wolle, man sei aber in Zeitnot und dem Parlament stünden nur noch sechs Wochen zur Verfügung, um über die notwendigen Mittel abzustimmen.

Durch unklare Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Wirtschaftsministerium und der Dienststelle Blank sei eine Beunruhigung in der Industrie und im Parlament entstanden. Die Entwicklung habe gezeigt, dass auf den Gebieten Entwicklung und Forschung sowie Abnahme eine Regelung getroffen werden müsse. Der Aufbau einer zuständigen Stelle erfordere die Freigabe von Haushaltsmitteln für das laufende Jahr, die Beratungen des Haushalts seien aber bereits angelaufen, die Zeit dränge. Die übrigen Mitgliedsstaaten hätten bereits entsprechende Organisationen, die Ratifizierung der EVG- Verträge durch den letzten EVG- Vertragspartner werde voraussichtlich in einem Zeitraum von sechs Monaten erfolgen.[386]

In dem Bericht [387] über die Amerika- Reise von Blank hieß es, aufgrund der Kürzung der amerikanischen Außenhilfe durch den Senat sei die Frage der deutschen Waffenproduktion dringend geworden. Amerika erwarte schnellst möglich eine Aufstellung über deutsche Möglichkeiten der Waffenproduktion, auch die Themen der Waffen- und Ausbildungshilfe wurden angesprochen. Im Gegensatz zu diesen Forderungen der Amerikaner stand die strikte Ablehnung der Alliierten, vor Inkrafttreten der EVG- Verträge Ausnahmegenehmigungen für die Fertigung auf dem Waffensektor zu erteilen. Deshalb hatte das Bundeswirtschaftsministerium unter Hinweis auf vorliegende Fertigungsaufträge für Jagd- und Kleinkaliberwaffen beim alliierten Sicherheitsamt in Koblenz Verhandlungen aufgenommen, um Ausnahmen von den gesetzlichen Verboten zu erreichen.[388]

In der Vergangenheit waren solche Anträge auch von den Amerikanern mit äußerstem Misstrauen entgegengenommen und nur in wenigen Einzelfällen positiv beschieden worden. Die Alliierten wollten auf jeden Fall verhindern, dass auf Maschinen, die für zivile Zwecke ange-

---

385 BA- MA, BW 9/ 817, fol. 221, 229, Niederschrift über die Entwicklung, Forschung und Beschaffung sowie über die Zusammenarbeit zwischen Bundeswirtschaftsministrium und der Dienststelle Blank, v. 10. 3. 1953.

386 BA- MA, BW 9/ 817, fol. 237, Niederschrift über die Besprechung am 18. 3. 1953 im Bundesministerium für Wirtschaft über Fragen der Entwicklung, Beschaffung und Abnahme für die künftige EVG.

387 BA- MA, BW 9/ 82, fol. 50- 53, Zusammenfassender Bericht über die Amerika- Reise von Herrn Blank vom 30. 6.- 15. 7. 1953.

388 BA- MA, BW 9/ 1295, fol. 49- 50, Entwicklung und Fertigung auf dem Waffensektor, v. Juni 1952. Die Betätigung auf dem Gebiet des Waffensektors verboten die Gesetze 24 und 61 der Alliierten.

schafft wurden, Kriegswaffen produziert wurden. Insofern schien es hoffnungslos darum zu bitten, Entwicklungsarbeiten für die spätere Rüstungsfertigung, etwa unter dem Deckmantel amerikanischer Exportaufträge, zuzulassen. Das Wirtschaftsministerium wollte erreichen, dass Spezialfabriken zum Zeitpunkt der Rüstungsfertigung vorbereitet waren. Resignierend hieß es im Amt Blank: ,,Unter diesen Umständen erscheint es verfrüht, an das Bundesfinanzministerium zwecks Gewährung eines Zuschusses für Entwicklungsarbeiten (etwa 8 Mio DM) heranzutreten."[389]

Auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands eingehend erläuterte Krautwig, dass die Rüstung auf die gegenwärtige Entwicklung Rücksicht zu nehmen habe und das Wirtschaftsministerium seine Entscheidungen von der wirtschaftlichen Lage abhängig machen werde.[390] Das Ministerium hatte bereits im Jahr zuvor festgestellt, dass die Rüstungswirtschaft ein Teil der gewerblichen Wirtschaft sei und nur im Rahmen der Gesamtwirtschaft gesehen werden dürfe.[391] Das Ausmaß der Rüstung könne nicht allein durch militärische Forderungen bestimmt werden, sondern müsse sich der Volkswirtschaft anpassen. Es dürfe nicht dazu kommen, ,,den Gürtel enger zu schnallen", Grundsatz müsse vielmehr sein, dass es sich bei der Rüstungsproduktion um ein zusätzliches Bedürfnis handele, das nur durch eine zusätzliche Leistung aufgebracht werden könne.

Der Chefdelegierte lehnte es ab, im Wirtschaftsministerium eine Forschungs- und Beschaffungsstelle zu errichten, die Planungen und Bedarfsdeckung für den militärischen Bereich hätten von der Dienststelle Blank aus zu geschehen. Deshalb sei es dringend notwendig, ein technisches Amt und eine Beschaffungsabteilung dort anzusiedeln. Im Rüstungsausschuss werde man sich dafür einsetzen, die Außenabteilung Koblenz zu fördern und arbeitsfähig zu machen.

Im Dezember 1953 zeichneten sich für die Neuorganisation in der Dienststelle zwei Abteilungen ab. Die eine ,,Militärpolitik und Führung " sollte aus den Unterabteilungen ,,Wehrpolitik", ,,Innere Führung" und ,,Äußere Führung und Heimatverteidigung" bestehen. Die zweite Abteilung ,,Personal und Material" sollte eine Annahmezentrale und drei Unterabteilungen für Namensbearbeitung, Personalplanung und für die materielle Verteidigungsbereitschaft umfassen. Der Schwerpunkt der Planungen lag bei den Landstreitkräften, das machte sich am Anteil der besetzten Spezialhauptreferate der Gruppe Heer bemerkbar. Im Januar 1954 waren

---

389 BA- MA, BW 9/ 1295, fol 50, Entwicklung und Fertigung auf dem Waffensektor, v. Juni 1952.

390 BA- MA, BW 9/ 992, Niederschrift über eine Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium am 31. 10. 1953 über die Klärung von Fragen aus dem Bereich des Chefdelegierten Rüstung in Paris.

391 BA- MA, BW 9/ 2527, Während einer Besprechung am 21. 4. 1952 hatte General de Maizière über den Verhandlungsverlauf in Paris mitgeteilt, die Amerikaner verlangten nunmehr, dass die gesamte Rüstung für das deutsche Kontingent mit Ausnahme der Flugzeuge in Deutschland hergestellt werden müsse.

hier 49 Personen beschäftigt, nach der Ratifizierung der Verträge sollten 74 Mitarbeiter im Referat Dienst tun.

Trotz des geschilderten Zeitdrucks war Blank bemüht, gegenüber den misstrauischen EVG-Partnern den Eindruck zu vermeiden, die Bundesrepublik bereite verdeckt militärische Maßnahmen vor, die vertraglich nicht vereinbart waren.[392] Vor allem sollte in der Öffentlichkeit, mit ihrer überwiegend ablehnenden Haltung gegenüber der Aufrüstung, nicht vermutet werden, solide Finazplanung spiele hier keine Rolle. Wie konnte der Bedarf an Gütern für die EVG mit dem der restlichen Volkswirtschaft koordiniert und abgestimmt werden?

Das Auswärtige Amt machte darauf aufmerksam,[393] dass die volkswirtschaftliche Bedeutung der Auftraggeberstellung in dem großen Volumen der EVG, dessen Schwerpunkt auf dem Gebiet der militärischen Rüstung liege, zum Ausdruck komme. Die Höhe dieses Auftragsvolumens werde auf jährlich 30 bis 40 Milliarden DM geschätzt. Der EVG- Vertrag stelle somit in wirtschaftlicher Hinsicht eine gewisse Ergänzung der anderen Bestrebungen europäischer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet dar.

Musste nicht von der Evangelischen Kirche erwartet werden, dass sie, wegen steigender finanzieller Belastung durch den Wehrbeitrag und durch die erhöhte Inanspruchnahme der Wirtschaft, ihre soziale Fürsorge gefährdet sah?

2. Die EKD während der EVG- Verhandlungen

2.1. Zunahme der Polarisierung in der EKD

Trotz der Bonner Regierungsbemühungen um einen zügigen Aufbau einer deutschen Armee fand die EKD zu dieser Entwicklung keine einheitliche Haltung. Immer häufiger kam es zwischen den Anhängern von Heinemann und Niemöller gegenüber den Lutheranern zu Kontroversen über das richtige Verhalten in der Frage zur Aufstellung deutscher Soldaten. Diese Unentschlossenheit führte dazu, dass auch die Bundesregierung in die Auseinandersetzungen innerhalb der EKD eingriff. In einem Brief vom 2. 5. 1951 antwortete Niemöller Bundesminister Kaiser aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fagen auf eine ihm anonym zugegangene ,,Öffentliche Warnung", die die Unterschrift ,,Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen" trug.[394]

Niemöller ging zunächst auf die Antwort Adenauers zu seinem Brief vom Oktober 1950 ein, in diesem hatte der Bundeskanzler darauf hingewiesen, dass eine Volksbefragung zur Wie-

---

[392] Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950- 1972, München 1975, S.64. Vgl. Krüger, Amt Blank, S. 63 ff.

[393] PAAA, Bestand B10- A 2268, Abteilung II B, Aufzeichnung betr.: Wirtschaftliche Zuständigkeiten der EVG, v. 2. 1. 1954.

[394] EZAB, Bestand 71/ 86/ 31, Brief Niemöllers an Bundesminister Kaiser v. 2. 5. 1951.

derbewaffnung nicht vorgesehen sei. Dies sei zu einem Zeitpunkt gewesen, argumentierte Niemöller, als es noch keine wesentlichen kommunistischen Aktivitäten zur Aufrüstung gab.

,,Ich kann mich daher eines leisen Lächelns nicht erwehren, wenn ich sehe, dass man sich jetzt durch völlige Ausserachtlassung der Volksmeinung in eine Lage hineinmanövriert hat, aus der man sich nun mit Verboten und Warnungen herauszuziehen versucht. Man merkt dabei deutlich, dass der Bonner Regierung in dieser Angelegenheit nicht mehr wohl zumute ist, vor allem natürlich deswegen, weil ihr Verhalten in der Remilitarisierungsfrage der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung entgegenstand und noch entgegensteht.
Man nimmt es denn auch in dieser schwierigen Situation mit den Tatsachen nicht mehr genau: Es stimmt ja nicht, dass die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung eine rein kommunistische Angelegenheit ist und dass die ,,Träger dieser Aktion Ausschüsse und Agenten sind, die ohne Ausnahme vom kommunistischen Politbüro der SED gesteuert und finanziert werden." Wahr ist vielmehr, dass der Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, die übrigens in mehreren Länderverfassungen grundsätzlich möglich ist, von der grossen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird, unter der alle Parteirichtungen und weltanschaulichen Schattierungen vertreten sind".

Niemöller erwähnte, dass der Tenor einer solchen öffentlichen Warnung der Bundesregierung die Meinung entstehen lasse, wer gegen die Remilitarisierung, für eine Volksbefragung, für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Erhaltung des Friedens sei, der sei Kommunist. Mit solchen Argumenten werde die westliche Freiheit schlecht genutzt und missbraucht.

,,Wenn ich mich recht erinnere, so hat der amerikanische Hohe Kommissar Mr. McCloy eine Wiederbewaffnung Deutschlands an die drei Bedingungen geknüpft: Zustimmung der Regierung, des Bundestages und des deutschen Volkes. Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung gewesen, zu überlegen, auf welche Weise die Zustimmung des westdeutschen Volkes tatsächlich herbeigeführt und festgestellt werden soll. [...]Nach meinen früheren Erfahrungen muss ich fürchten, dass es der Regierung Adenauer garnicht um Demokratie zu tun ist und nicht um den Schutz der Verfassung, [...]sondern dass hier eine psychologische Vorbereitung grössten Stils für eine Remilitarisierung begonnen hat."[395]

Einen ähnlich gehaltenen Brief [396] schrieb Niemöller an Bundespräsident Heuss. Darin beklagte er sich über die ablehnende Haltung des Bundespräsidenten zu einer Volksabstimmung über die Remilitarisierung, zumal er der Meinung sei, dass die Zustimmung des deutschen Volkes bisher nicht nur fehle, sondern auch keine Schritte seitens der Regierung unternommen worden seien, um die Meinung des Volkes festzustellen. In seiner Antwort[397] wies Heuss darauf hin, dass der Aufruf zu einer Volksbefragung hinsichtlich der Wiederbewaffnung der BRD nicht dem Präsidenten der DDR zustehe, denn Herr Pieck bedrohe die staatliche Ordnung der Bundesrepublik und sei der Grund für eine Wiederbewaffnung. Ähnlich

---

395 Ebenda.
396 EZA B, Bestand 87/ 138, Brief Niemöllers an Bundespräsident Heuss v. 21. 5. 1951.
397 EZAB, Bestand 87/ 138, Brief des Bundespräsdenten an Niemöller v. 23. 5. 1951.

kritische Anfragen an die Regierung zur Aufrüstung gab es fast nur aus der Bekennenden Kirche, die Mehrzahl der Männer aus der Kirchenleitung begnügte sich mit allgemeineren Stellungnahmen zum Frieden.

Der Rat der EKD schien sich mit der Wiederbewaffnung abgefunden zu haben, er kämpfte nicht dagegen. Bischof Dibelius vertrat eine neutrale, auf Zurückhaltung bedachte Position aus Sorge um die Einheit der Kirche. Auf der Synode in Hamburg, die Anfang April 1951 stattfand, warnte er davor, die Kirche dürfe sich nicht weiter in die politischen Auseinandersetzungen einschalten, wenn sie ihre Geschlossenheit bewahren wolle.[398] Ein verbindliches Wort zur Wiederbewaffnung fehlte, was sich nicht damit erklären lässt, dass es der Kirche an Urteilsvermögen über die politische Entwicklung mangelte. Dibelius war seit der zweiten Jahreshälfte 1951 fest davon überzeugt, dass es aussichtslos sei, auf die Absichten der Alliierten in der Wiederbewaffnungsfrage Einfluss zu nehmen.

Im August 1951 hatte ihm der amerikanische Hochkommissar John McCloy in einem Gespräch die Auffassung seines Landes zur militärischen Aufrüstung Westdeutschlands klargemacht.[399] Darin hatte er festgestellt:

1. Europa ist ohne deutschen Beitrag nicht zu verteidigen.
2. Es soll keine eigene deutsche Wehrmacht, sondern deutsche Verbände innerhalb einer Europa- Armee geben.
3. Ob Deutschland die allgemeine Wehrpflicht einführt oder Freiwillige stellt, ist den USA gleich.
4. Die Frage der Kriegsdienstverweigerer ist eine deutsche Angelegenheit.

,,Mir war das genug. Für den Bundeskanzler ist es bestimmt nichts Neues", so Dibelius. Weil die Wiederaufrüstung offenbar entschieden war, hatte sich Dibelius nun mit der Vorstellung militärischer Kontingente von Freiwilligen abgefunden, die seiner Meinung nach kaum als Remilitarisierung anzusehen waren. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht stand für ihn überhaupt nicht zur Debatte.[400] Die persönlichen Notizen Gustav Heinemanns über die Tutzinger Ratssitzung am 6. September 1951 belegen, dass sich der Rat sehr detailliert mit dem Thema der Wehrpflicht auseinandergesetzt hat.[401] Zu der Ratssitzung, die vom Vorsitzenden Bischof Dibelius geleitet wurde, waren neben McCloy auch Bundesinnenminister

---

398 Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 150. Philipps, Die Frage, S. 124.

399 Vgl. Stupperich, Otto Dibelius, S. 487 f. Schreiben von Dibelius an Kunst v. 21. 8. 1951, Privater Nachlass Stupperich.

400 KJ 1950, S. 212 f. Vgl., Stupperich, Otto Dibelius, S. 488.

401 Die Wehrpflicht, die Anzahl der Kriegsdienszverweigerer und die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung wurden ebenso diskutiert wie die Stärke der russischen Verbände. Archiv Gustav Heinemann, Friedrich- Ebert- Stiftung, Bonn, zit. nach Lotz, Evangelische Kirche, S. 100.

Lehr und Bundesjustizminister Dehler eingeladen. In der Aussprache wurde davon ausgegangen, dass nur ein Kontingent deutscher Soldaten geplant sei, das in eine Europaarmee eingegliedert werden sollte. Erstaunen muss, dass die Rate der verweigernden Wehrpflichtigen in der Diskussion mit 100 000 vermutet wurde. Der Jahrgang der Wehrpflichtigen wurde mit 250 000 Mann angenommen.

Die politische Entscheidung einer Wiederbewaffnung überantwortete die EKD immer mehr der staatlichen Obrigkeit, was zu erheblichen Spannungen führte und die Erklärungen der EKD immer unverbindlicher werden ließ. Am 17. Oktober 1951 traf sich Dibelius mit Bundeskanzler Adenauer in Köln zu einem zweistündigen Gespräch,[402] in dem der Bischof seine Gedanken zur Wiedervereinigung vortrug. Angesichts der drohenden Haltung des Ostens verwies Adenauer darauf, dass die Souveränität und Wiedervereinigung nur mit den Westmächten zu erreichen sei. Von den Hochkommissaren habe er erfahren, dass auf der Außenministerkonferenz in San Francisco das deutsche Kontingent einer Europaarmee vehement gefordert worden sei. Deshalb bestehe seiner Ansicht nach für die Deutschen geradezu die Notwendigkeit, dem westlichen Bündnis beizutreten. Nach diesem Gespräch hatte Bischof Dibelius den Eindruck, dass der Bundeskanzler gesamtdeutsche Wahlen abgeschrieben habe.

In einem Aufsatz zur Stellung der Evangelischen Kirche zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, befasste sich der Ratsvorsitzende Dibelius in der Wochenzeitung ,,Christ und Welt".[403] Er wies darauf hin, dass die Kirchenleitung immer wieder aufgefordert werde, ,,sie solle endlich einmal klar, deutlich und verbindlich sagen, wie sie zur Frage der Remilitarisierung stehe". In den folgenden drei Punkten sei die EKD einig:

1. Die Kirche Jesu Christi ist eine Macht des Friedens und steht für den Frieden ein.
2. Die Evangelische Kirche steht für die Einheit Deutschlands ein.
3. Die Evangelische Kirche kann der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht das Wort reden.

Zum letzten Punkt schrieb Bischof Dibelius wörtlich: ,,Die Kirche wird in keine Agitation dagegen eintreten, wenn die Wiedereinführung der Wehrpflicht kommt, aber befürworten kann sie sie nicht".

Die allgemeine Wehrpflicht sei der erste grundlegende Ausdruck des totalen Staates. Die Kirche müsse die Völker aus dem ganzen Machtdenken herausrufen, das der allgemeinen Wehrpflicht zugrunde liege.

---

402 Eintragung in Dibelius' Tagebuch, Privater Nachlass, zit. nach Stupperich, Otto Dibelius, S. 489.

403 EZAB, Bestand 87/ 138, Ev. Pressedienst, Nr. 245 v. 22. 10. 1951, ,,Die Kirche zwischen Ost und West".

„Welche Antwort die Russen auf eine Aufrüstung Westdeutschlands geben werden, wo und wie Europa und Deutschland im Kriegsfall zu verteidigen sind, ob Russland im nächsten Menschenalter angreifen oder seine Satellitenstaaten angreifen lassen wird oder ob es die kommunistische Aggression auf andere Weise vorantreiben will, ob ein Wehrgesetz die Verfassung ändert oder nicht, ob die Aussprachen der Bundesregierung mit den Westmächten einen so grossen Schritt in die Freiheit bedeuten, dass das ein Opfer wert ist- über dies alles ist der Kirche kein Urteil von Gottes Wort her gegeben. Hier entscheidet die politische Vernunft und nicht der christliche Glaube. Es wird sich kein offizielles Organ der EKD finden, das darüber etwas aussagte und zum Glaubenssatz für die evangelische Christenheit erhöbe.
Die Kirche wird es sich nicht nehmen lassen, über diese Fragen auch auf kirchlichen Veranstaltungen zu diskutieren. Denn sie greifen an unsere Existenz, und wo ist sonst eine Plattform, auf der man darüber frei von allen parteipolitischen Bindungen sprechen könnte? Aber es muss Klarheit darüber sein, dass alles einzelne, was da diskutiert wird, eine Angelegenheit des politischen Urteils und nicht der Glaubensüberzeugung ist und dass es keineswegs 'christlich' ist, zu meinen, dass ein unverteidigtes deutsches Niemandsland dem Frieden mehr dient als ein Deutschland, das in einen grossen Verteidigungsplan eingebaut ist."

Dibelius gewann den Eindruck, für die Wiedervereinigung müsse der Preis einer Neutralisierung und Nichtwiederaufrüstung gezahlt werden. Am 5. November 1951 fand ein weiteres Gespräch zwischen Vertretern der Bundesregierung und der EKD statt,[404] in dem der Bischof darauf verwies, dass er sich im Auftrag der EKD an beide deutschen Regierungen gewandt habe, die Wiedervereinigung als vordringlichstes Ziel zu betrachten, um einen Unruheherd in Mitteleuropa zu vermeiden. Die Frage der demokratischen Legitimation der DDR- Regierung dürfe kein Hinderungsgrund sein, um gesamtdeutsche Gespräche zu führen, denn auch die Alliierten hätten Verbindung mit der ostdeutschen Regierung aufgenommen.[405] Neben dem Bemühen um Vermittlung in der Wehrfrage, mit der die EKD ihren Friedenswillen unterstrich, war sie bemüht, ihr Verhältnis zur Jugend zu klären, die vor allem von einer eventuell bevorstehenden Wehrpflicht betroffen war.

2.2. Die Haltung der Kirche zu Jugend und Soldatenverbänden

Die Kammer für öffentliche Verantwortung nahm im Rahmen ihrer Tagung zur Kriegsdienstverweigerung auch Stellung zur Jugend und zu den Soldatenverbänden.[406] Oberkirchenrat Müller als Vertreter der Evangelischen Jugend in Deutschland führte aus, die Jugend sei fünf Jahre lang gelehrt worden, ihr Kriegsdienst sei falsch gewesen. Die gleichen Männer, die die Jugend dies gelehrt hätten, sagten ihr nun, es sei selbstverständlich, dass sie in den Krieg ziehe. Die Jugend stehe, zum Teil unbewusst, auf dem Standpunkt, sie solle wieder Mittel zum Zweck sein, sie lehne es aber ab, sich zu einem Mittel der amerikanischen Politik degradieren

---

404 Teilnehmer waren Bundeskanzler Adenauer, Bundesminister Wildermuth und Staatssekretär Lenz. Die EKD wurde durch die Bischöfe Dibelius, Meiser, Held und Kirchenpräsident Stempel vertreten. Vgl. Stupperich, Otto Dibelius, S.491

405 Vgl. KJ 1951, S. 175- 181.

406 EZAB, Bestand 4/ 490, Niederschrift über die Tagung der Kammer am 30. 10. 1950 in Speyer, S. 3.

zu lassen.

Der Oberkirchenrat wiederholte auf einer Tagung in Königswinter, dass die Jugend es weiterhin ablehne, wieder Soldat zu werden. Bis in die Kreise der katholischen und der sozialistischen Jugend sei das festzustellen. Dabei sei die größte Sorge der jungen Leute, dass die nazistischen Elemente der Vergangenheit wieder die Führung übernehmen könnten.[407] Zu dem Problem nahm auch die Zeitung ,,Die Zeit"[408] Stellung, indem sie den Artikel eines Studenten zum Thema ,,Jugend zur Aufrüstung" veröffentlichte. Der junge Mann nahm daran Anstoß, dass über die Remilitarisierung zwar Minister, Parteifunktionäre, Pfarrer und ehemalige Offiziere befragt würden, diejenigen, die es aber beträfe, nämlich die Jugend, die im letzten Krieg das Gros der Kämpfer gestellt habe, und aus der ja auch eine zukünftige Truppe bestehen würde, sich überhaupt nicht dazu äußere.

Es sei nicht die Angst die gerade erworbene zivile Stellung erneut für Ideale aufs Spiel zu setzen, mit denen man diese Generation schon einmal getäuscht habe. Es sei auch nicht mehr die pazifistische Haltung, die unter dem Einfluss der ,,reeducation" große Teile der deutschen Jugend in den Jahren zwischen 1945 und 1947 geprägt habe. Die junge Generation sei heute auch davon überzeugt, dass der Bolschewismus auf Dauer nur mit Waffen zurückgedrängt werden könne. Der Grund für die Zurückhaltung der Jugend sei etwas Anderes. In Lübeck habe der Vorsitzende der deutschen Bruderschaft erklärt, es werde Zeit, dass an Stelle der Minister, die noch keinen Schuss Pulver gerochen hätten, das Wort zur Wiederaufrüstung nun den ehemaligen Frontsoldaten übergeben werde. Genau dies sei die Tonart, die die Jugend nicht mehr hören wolle.

Die meisten Jungen verspürten keine Lust mehr, unter der Führung solcher Leute den Westen zu verteidigen. Der Militarismus, zu dessen Kennzeichen eine spezielle ,,Offiziersehre" und ein ,,graues Ehrenkleid" gehörten und dessen Prinzip es sei, den Einzelnen auf dem Kasernenhof zu entpersönlichen, sei den jungen Menschen suspekt geworden. Die junge Generation unterscheide nicht zwischen der Ehre eines Offiziers und der eines jeden Menschen. Der Soldatenstand erscheine ihr als notwendiges Übel. Das Militär in Deutschland müsse auch endlich einen zivilen Charakter erhalten. Die künftige militärische Ausbildung müsse wie eine Berufsausbildung aufgefasst werden, in der man die notwendigen Kenntnisse des militärischen Handwerks erlernen könne.

Der Geschäftsführer des Bruderrates Mochalski, der auch als Studentenpfarrer in Darmstadt an der Technischen Hochschule wirkte, rief zu einem ,,Westdeutschen Treffen der jungen

---

407 KJ 1951, S. 180.

408 ,,Jugend zur Aufrüstung" v. 16.11. 1950, in: Sonderbeilage 60 Jahre ,, Die Zeit " Nr. 8, Februar 2006.

Generation" auf , das am 2. März 1952 in Darmstadt stattfand.[409] In der Erklärung hieß es:

,,Wir haben keine für ganz Deutschland zuständige Regierung, sondern zwei von den jeweiligen Besatzungsmächten weitgehend abhängige Teilregierungen [...]. Keine dieser Regierungen samt ihren Parlamenten und keine Besatzungsmacht ist nach Verfassung oder Völkerrecht befugt, eine Wiederaufrüstung vorzunehmen oder gar dem Teil des Volkes aufzuzwingen, über den sie die Macht haben. [...]Wir rufen deshalb die deutsche Jugend auf, einer Wiederbewaffnung, in welchem Teil von Deutschland auch immer, gemeinsam zu widerstehen. [...]Wir sind nicht davon überzeugt, dass die berufenen Politiker alles versucht haben, um den bestehenden Notstand zu beseitigen. Wir zweifeln sogar daran, dass überall der redliche Wille dazu besteht."

In dem abschließenden Aufruf wurde gesagt :

,,Die Bundesregierung bereitet die Rekrutierung der deutschen Jugend gegen den offenkundigen Willen der Mehrheit des Volkes vor. Jeder derartige Versuch ist sinnlos, wenn die deutsche Jugend entschlossen ist, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch zu machen."

Bundestagspräsident Ehlers sprach vor Studenten der Bonner Universität[410] und meinte zur jungen deutschen Demokratie:

,,Wahlversammlungen mit Marschmusik und die Tatsache, dass 1 500 Menschen in Bremen verzückt Hermann Nielebock bei seiner Musik zujubeln, machen mich im Hinblick auf die Wiederbewaffnung skeptischer als manche Risiken, die im Hinblick auf den Osten dabei eingegangen werden." Die deutsche Demokratie sei noch so jung und wenig formend gewesen, dass ein Rückfall in zunächst überwundene oder zurückgedrängte Gefahren akut sei. Hier liege die Verantwortung der Deutschen, besonders aber aller Christen.

Mitte Februar hatte bereits die rheinische Kirchenleitung ein Schreiben an den Rat der EKD gerichtet, in dem gefragt wurde, was zu tun sei, wenn demnächst vom Bundestag über den Wehrbeitrag, Soldateneid und die Kriegsdienstverweigerung entschieden werde. Die Frage nach dem Recht des Eides, nach seiner Begrenzung liege bis zum heutigen Tag als eine nicht überwundene Not aus den Erfahrungen des ,,Dritten Reiches" auf den Gewissen. Hier müsse die Evangelische Kirche ihren Gliedern und dem Staat eine klare Wegweisung und Mahnung geben.[411]

Ein weiterer Aspekt zunehmender Abneigung gegen das wiedererwachende Soldatentum war die Ausarbeitung des Konzepts ,,Gedanken zur äußeren Sicherheit der Bundesrepublik", von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von General Speidel. Es enthielt Anregungen für militärpolitische Sondierungen und war für den Bundeskanzler erarbeitet worden. Darin wurde aber auch die Kriegsverbrecherfrage deutlich hervorgehoben, die ,,Himmeroder Denkschrift"

---

409 KJ 1952, S. 25.

410 LAB, B Rep. 002, Nr. 26619, Dr. Ehlers zur Frage eines Verteidigungsbeitrages, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 5. 2. 1952.

411 KJ 1952, S. 23 f.

tat dies noch stärker. Darin forderten Speidel und Heusinger die Freilassung der wegen Kriegsverbrechen verurteilten Kameraden. Ein Wehrbeitrag Deutschlands sei nur bei Erfüllung dieser Forderungen zu erwarten.[412] Die Regierungspartei sah sich bald genötigt den vermehrten Stellungnahmen aus Soldatenkreisen entgegenzutreten.[413] Sie ließ verlauten:

„Mitglieder des Präsidiums des Verbandes Deutscher Soldaten und ihnen nahestehende Personen treten in letzter Zeit in zunehmendem Masse mit politischen Äusserungen hervor, die in der Öffentlichkeit als offene und versteckte Angriffe gegen die bestehende Staatsordnung angesehen werden. Sie haben damit die bisherige Linie soldatischer Zusammenschlüsse, die sich der Pflege der Kameradschaft und der Vertretung sozialer und rechtlicher Belange widmen, offen verlassen.
Obwohl es sich dabei zunächst um kleine Gruppen handelt, die von den Millionen ehemaliger Soldaten und ihrer Angehörigen keinerlei politischen Auftrag haben, richten sie doch durch ihre Äusserungen innen- und aussenpolitischen Schaden an. Sie stören damit die Bemühungen einer verantwortungsbewussten Staatsführung, die sich mit Beharrlichkeit und Geduld um die Wiedereinfügung Deutschlands in den Kreis der freien Völker bemüht."

Welche Folgen die Aktivitäten ehemaliger Soldaten hervorriefen, zeigt eine weitere Anfrage der CDU/CSU- Fraktion an die Bundesregierung,[414] darin ging es um den Zusammenschluss ehemaliger SS- Angehöriger:

„Ehemalige SS- Führer haben damit begonnen, frühere Angehörige der SS zu sammeln.[...] Die Allgemeine SS war in besonderer Weise Trägerin des Rassenhasses. Mit dem Namen SS schlechthin sind Verbrechen verbunden, die Schande über unser Volk und Unglück über uns und viele Völker gebracht haben.[...]Wer es heute unternimmt, Zusammenschlüsse irgendwelcher Art unter der Bezeichnung SS zu bilden, ruft den Ungeist einer unheilvollen Vergangenheit wieder wach. Wir sehen in solchen Versuchen eine Herausforderung des deutschen Volkes und aller Völker, mit denen wir in Frieden zusammenleben wollen."

Inzwischen war auch die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD aktiv geworden und beschäftigte sich mit dem Thema „Politischer Radikalismus und Soldatenbünde".[415]

Auf einer Tagung im Jahr zuvor[416] hatte sie zum Militarismus geäußert:

„Wenn heute das Militärische diffamiert werde, so rühre dieses daher, dass das Militär in Deutschland eine andere politische Rolle gespielt habe, als in anderen Ländern des Westens. Kriegsdienst sei in Deutschland in einer besonders verhängnisvollen Weise mit dem kaiserlichen und nationalen System verbunden gewesen. Die Kirche könne nicht genug betonen, dass sie angesichts der im Krieg liegenden Söhne nicht resigniere. Es sei Aufgabe der christlich geleiteten Vernunft, so viel zu tun als möglich, um den Krieg vermeidbar zu machen."

---

412 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und die NS- Vergangenheit, München 1996, S.196.

413 EZAB, Bestand 87/ 138, Interpellation der Fraktion der CDU/ CSU, betr., Politische Bestrebungen im Verband Deutscher Soldaten, Drucksache Nr. 2784, v. 8. 11. 1951, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode 1949.

414 EZAB, Bestand 87/ 138, Interpellation der Fraktion der CDU/ CSU, betr., Zusammenschluss früherer SS-Angehöriger, Drucksache Nr. 2829 v. 15. 11. 1951, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode 1949.

415 EZAB, Bestand 4/ 491, Schreiben an die Leitungen der deutschen evangelischen Landeskirchen, evangelischen Akademien, kirchliche Werke v. 14. 12. 1951.

416 EZAB, 4/ 490, Niederschrift über die Tagung der Kammer v. 30. 10. 1950 in Speyer, S. 4. Ausführungen zum Militarismus von Ministerialdirektor Bleibtreu.

In einem Brief an Oberkirchenrat Osterloh gab Oberkirchenrat Ranke dem früheren Innenminister Heinemann die Schuld für das schlechte Verhältnis zu den ehemaligen Soldaten der Wehrmacht:[417]

,,Während ich mit meinen Dingen hinsichtlich Dachau und Nürnberg durchdrang, während vieles im Zusammenhang der Entnazifizierung getan wurde, sind alle meine Vorschläge, die sich in den Akten befinden, wie mir wiederholt erzählt wurde, unter dem Einfluss von Dr. Heinemann abgelehnt worden. Dr. Heinemann hat, wie wir in Königswinter hörten, seine Auffassung auch als Minister vertreten und dadurch weiter dazu beigetragen, dass die Soldaten von der evangelischen Kirche nicht mehr viel hören wollen."

In dem ,,Ratsamen Gutachten"[418] zum politischen Radikalismus stellte die Kammer fest, soweit die Soldatenverbände die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten, aber auch soweit sie wirklich nur Kameradschaft oder Erinnerungen und Traditionen bestimmter Einheiten pflegten, hätten sie grundsätzlich mit dem politischen Radikalismus nichts zu tun.

Bei Einweihungen von Gedenksteinen für die Gefallenen des Krieges sollte nicht nur der Soldaten, sondern aller Opfer des Krieges gedacht werden. Des Weiteren schlug die Kammer dem Rat vor, den Landeskirchenleitungen zu empfehlen, die Vornahme von Fahnenweihen durch Geistliche zu untersagen, da solche Handlungen heute unchristlichen Vorstellungen und einer falschen politisch religiösen Schwärmerei Vorschub leisteten.

Eingehend auf den politischen Radikalismus, der in den letzten Monaten durch einzelne Führer von Soldatenvereinigungen in der Öffentlichkeit in einer stark beunruhigenden Weise zum Ausdruck gebracht worden sei, empfahl die Kammer, diesen Radikalismus nicht ohne Weiteres mit der Grundhaltung und dem tatsächlichen Verhalten der Remer- Gruppe gleichzusetzen [419]. Die Kirche sollte auch weiterhin gegen die Diffamierung des deutschen Soldaten eintreten und und sich für die Anwendung und praktische Durchsetzung des für alle gleichmäßig geltenden Rechts auch in den Verfahren einsetzen.[420]

Die Kammer sehe in dem Auftreten des politischen Radikalismus, für den besonders die Person und die Anhängerschaft des ehemaligen Generals Remer charakteristisch sei, im Wesentlichen ein Wiederaufleben nationalsozialistischer Ideen und Praktiken in nur wenig veränder-

---

417 EZAB, Bestand 87/ 138, Brief Rankes an Osterloh, v. 17. 11. 1951.

418 EZAB, Bestand 87/ 138, Entwurf eines ratsamen Gutachtens der Kammer für öffentliche Verantwortung (für den Rat der EKD) über die der Kirche aus dem Auftreten des politischen Radikalismus und der Soldatenbünde erwachsenden Aufgaben, v. 17. 11. 1951.

419 Otto Ernst Remer verteidigte die Sache des Führers am 20. Juli 1944 gegen die ,,Eidbrecher". Als Starredner der Sozialistischen Reichspartei warb er auf Wahlkampfreisen durch die Bundesrepublik für seine Partei, die erst im Herbst 1952 verboten wurde, zit. nach Frei, Vergangenheitspolitik, S. 23.

420 EZAB, Bestand 87/ 138, Entwurf eines ratsamen Gutachtens der Kammer für öffentliche Verantwortung (für den Rat der EKD) über die der Kirche aus dem Auftreten des politischen Radikalismus und der Soldatenbünde erwachsenden Aufgaben, v. 17. 11. 1951, S. 2.

ten Formen. Deshalb müsse die Kirche um diese Menschen ringen, die ihr als Träger dieses neuen faschistischen Nationalismus begegneten und solche, die in Gefahr seien, ihm zu verfallen. Zur eigenen Beschämung müsse die evangelische Kirche eingestehen, dass sie kaum jemand von diesen Menschen zur inneren Umkehr erreicht habe.

Die Kammer halte es für eine Aufgabe von Predigt, kirchlichem Vortrag, kirchlicher Publizistik, insbesondere aber auch für eine Pflicht der evangelischen Akademien und des evangelischen Kirchentages, der deutschen Öffentlichkeit davon eine Vorstellung zu geben, welchen Sinn und welche Bedeutung ,,Ehre", ,,Recht" und ,,Freiheit" für den Christenmenschen haben. Notwendig sei aber auch eine verantwortliche Äußerung der evangelischen Kirche über das christliche Verständnis des Treu- Eides.[421] Gerade in führenden Soldatenkreisen werde gegenwärtig leidenschaftlich um die Klärung der Frage gerungen, ob der Eid zu unbedingtem Gehorsam einem Menschen und einer Institution gegenüber verpflichtet, oder ob die Anrufung Gottes eine persönliche letzte Verantwortlichkeit gegenüber dem Gebot Gottes auch in der tatsächlichen Entscheidung verlangt. Die Auseinandersetzungen über den 20. Juli 1944 kreisten um dieses Problem.

Abschließend schlug die Kammer vor, die landeskirchlichen Erfahrungen zusammenzufassen und planmäßig zu neuen Anregungen für alle beteiligten Dienste der Kirche zu verarbeiten. Die Kirche solle die politischen Auseinandersetzungen entgiften und für die Aufgaben und Leistungen der Regierung Verständnis wecken, dass die notwendige Kritik an Einzelmaßnahmen und an Personen nicht zu einer Diffamierung und Unterhöhlung der staatlichen Autorität führe. Auch sollte die Kirche vor der Ansicht warnen, die Polizei sei ein ausreichendes Mittel, um mit Unzufriedenheit, politischem Ressentiment und Radikalismus fertig zu werden.

Eine besondere Gefahr für das öffentliche Leben sei in dem Verhalten einzelner Gruppen zu sehen, die ihr spezielles Interesse absolut durchsetzen wollten. Deshalb sei es die vordringliche Aufgabe des öffentlichen Lebens heute, eine Anleitung zum Denken für das Ganze zu

---

[421] BA- MA, BW 1/ 313266, Auszug aus dem Vermerk II PL.4 v. 18. 9. 1951 über die Besprechung mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen am 11. 9. 1951.
Bereits einige Wochen bevor die Kammer tagte, war es zwischen Kirchenvertretern und Bonner Regierungsstellen zu folgender Feststellung gekommen: grundsätzlich müsse es ohne einen Eid gehen, da auch ohne ihn die strafrechtliche Verfolgung bestimmter Verhalten möglich sei. [...] Wenn ein Fahneneid gesetzlich vorgeschrieben würde, so müsse der Staat als Eidträger sich auch in der Eidesformel zu Gott bekennen und nicht dieses Bekenntnis dem Eidleistenden überlassen. Ein Eid ohne religiöse Grundlage werde abgelehnt. Dies führe zu den verwaschenen mythischen Vorstellungen des ,,Dritten Reiches". Ebenfalls fragwürdig erscheine die Eidleistung auf eine Person und auch nach Pastor Niemöllers persönlicher Ansicht auf das Grundgesetz, weil seine Veränderung von verschiedenen Seiten angestrebt würden. Es herrschte Einmütigkeit darüber, dass ein ,,ausdrückliches Versprechen" das vom christlichen und politischen Standpunkt Angemessenste sei.

geben. Die Kirche sollte dem politischen Radikalismus dadurch begegnen, dass sie die Probleme und Nöte dieser Menschen mit dem Evangelium in Verbindung bringe und die Lage der einzelnen Menschen ernster nehme als die Ideologie, hinter der sie sich verbergen würden.[422]

Auffällig an den kirchlichen Stellungnahmen im November 1951 waren die vagen und verschwommenen Aussagen zur aktuellen politischen Entwicklung hinsichlich der EVG- Verhandlungen in Paris und Äußerungen zu dem wachsenden Selbstbewußtsein der deutschen Offiziersschicht. Seit September 1951 zeichnete sich die Teilnahme deutscher Soldaten innerhalb der EVG ab. Diese Entscheidung ließ selbst den Bundeskanzler darüber nachdenken, ob eine nationale Armee nicht manchen Generälen zu Kopf gestiegen wäre. Er machte sich darüber Gedanken, wie man unter 2000 Generälen den richtigen auswähle, um eine Fehlbesetzung zu vermeiden.[423]

Von den Kirchenführern gab es kaum Vorbehalte gegenüber der Offizierselite, es reichte nur zu unverbindlichen Stellungnahmen. Die Tagespolitik zur Wiederbewaffnung wurde weder von der Kammer thematisiert noch sah sich die Kirchenleitung, trotz ihrer guten Beziehungen zu den Bonner Dienststellen, genötigt, die Beschlüsse der Washingtoner Außenministerkonferenz der drei Besatzungsmächte hinsichtlich der EVG- Lösung zu kommentieren. Einwendungen zum deutschen Verteidigungsbeitrag kamen nur von Einzelpersonen.

Der Göttinger Theologieprofessor Iwand sprach[424] in Amsterdam vor niederländischen Pazifisten zum Thema ,,Deutschland zwischen Ost und West" und sagte, die evangelische Kirche habe durch bittere Erfahrungen gelernt. Der Weg zum Frieden und zur Freiheit könne nicht mit Tanks und Kanonen beschritten werden, deshalb lehne die Kirche die Wiederaufrüstung ab. Iwand bat die ausländischen Schwestergemeinden um Unterstützung der deutschen Kirche.

Selbst nach der Unterzeichnung des EVG- Vertrages im Mai 1952, als es bei der militärischen Planung um die Besetzung neuer Stellen ging und es sich immer häufiger zeigte, dass die Empfehlung des Bewerbers durch alte Kameraden, die bereits in der Dienststelle Blank tätig waren, oft für die Annahme entscheidend war, äußerte die Kirchenführung keine Bedenken, die alten Offizierseliten könnten ihren Einfluss auf die Besetzung des Amtes ausdehnen. Auch die völkerrechtliche Verpflichtung der Westalliierten hinsichtlich der Entwaffnung

---

422 EZAB, Bestand 87/ 138, Entwurf eines ratsamen Gutachtens der Kammer für öffentliche Verantwortung (für den Rat der EKD) über die der Kirche aus dem Auftreten des politischen Radikalismus und der Soldatenbünde erwachsenden Aufgaben, S. 7.

423 Vgl. Kapitel: Der Pleven- Plan und die Pariser Verhandlungen.

424 PAAA , Bestand B10- A9163, Der deutsche Botschafter in Den Haag informiert das Auswärtige Amt in Bonn. Betr.: Stellungnahme des Göttinger Universitätsprofessors H.J. Iwand gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag, v. 4. Oktober 1951.

Deutschlands fanden in den Erklärungen des Rates der EKD keine Erwähnung, diese Thematik griff die Bekennende Kirche in ,,Die Stimme der Gemeinde" auf.

2.3. Stimmen aus den Landeskirchen und die völkerrechtliche Situation

Gab es auf den vorangegangenen Synoden noch heftige Auseinandersetzungen über das Problem der Wiederaufrüstung und über die Frage, ob es Aufgabe der Kirche sei, die Politik in der Sicherung des Friedens zu beeinflussen, so wurde das klare Votum der Synode von Berlin- Weißensee gegen die Remilitarisierung immer brüchiger. Pfarrer Linz, der Leiter des Presseamtes der Evangelischen Kirche im Rheinland, äußerte sein Unbehagen über diese Entwicklung in einem Brief an den Leiter der Evangelischen Akademie in Bad Boll:[425]

,,Was mich an der ganzen Sache bekümmert ist die Tatsache, dass die in Weißensee nach tage- und nächtelanger Beratung gewonnene und dann einstimmig gezogene Linie , dass wir einer Aufrüstung nicht das Wort reden können, - zu der sich ja auch der Rat der EKD in seiner Sitzung in Tutzing[426] erneut bekannt hat- wieder und wieder gebrochen und dass dadurch die Haltung der EKD vor der Öffentlichkeit deklamatorisch und unglaubwürdig wird. Und das zweite, was mir immer wieder Not macht, ist dies, dass ich mich nicht davon überzeugen kann, dass bei den Amerikanern [...]der Wille zum Frieden die einzig treibende Kraft ist. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass nicht nur die innere Gesetzmässigkeit und Mächtigkeit der Wiederaufrüstungspolitik zum Krieg führt, sondern dass es auch Leute genug gibt, die diesen Krieg, von dem sie sich die Ausrottung des Bolschewismus versprechen, wollen. Sie alle tarnen sich aber mit der feierlichen Beteuerung des Friedenswillens."

In einer Mitteilung an Dibelius beklagte sich Müller darüber, dass der Bruderrat eine neue kirchliche Aktion gegen die Wiederbewaffnung plane. Im Rheinland gehe man jetzt davon aus, dass der Rat in der Kirche aufgerufen habe, gegen die Wiederbewaffnung Stellung zu nehmen. Sollte er, Dibelius, nicht in der Lage sein dies eindeutig zu dementieren, würde dies eine ernste innere Gefährdung der Kirche bedeuten. Der Rat würde es erlauben, dass eine rein politische Ermessensfrage zum Gegenstand kirchlicher Verkündigung gemacht werde und kirchliche Kreise gegen die Politik der Regierung mobilisiert würden.[427]

Auffällig an kritischen Stellungnahmen der Kirche zur Aufrüstung war, dass sie nur selten auf die erlassenen Gesetze der vier Mächte Bezug nahmen, denn die rechtlichen Voraussetzungen

---

425 EZA B, Bestand 87/ 138, Eberhard Müller informiert Bischof Dibelius, v. 30. 11. 1951, S. 1

426 Niemöller legte dem Rat der EKD auf seiner Sitzung am 6./7. 9. 1951 in Tutzing einen Brief des Reichsbruderrates vor, den dieser am Tag zuvor in Darmstadt formuliert hatte.
Der Brief des Reichsbruderrates an den Rat der EKD v. 5. 9. 1951 enthielt u.a. die Forderung, der Rat solle vorbereitende Gespräche zwischen Juristen und Theologen zur Frage der Rechtshilfe der Kriegsdienstverweigerer beginnen. Der Rat möge, falls die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werde, eine außerordentliche Synode einberufen. Abschließend weist der Brief auf die Gefahr des Wiederauflebens von Soldatenbünden hin, KJ 1951, S. 156 ff. Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 162.

427 EZAB, Bestand 87/ 138, Eberhard Müller informiert Bischof Dibelius, v. 30. 11. 1951, S. 2.

für die Leistung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages waren noch garnicht gegeben [428]. Die einschlägigen Kontrollratsgesetze, die die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands gewährleisten sollten, waren weiter in Kraft. In der monatlich erscheinenden Zeitschrift ,,Die Stimme der Gemeinde"[429] nahm der Autor zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands Stellung und betonte in dem Beitrag, das militärische Sicherheitsamt der drei Westmächte stütze seine Arbeit auch heute noch auf die bereits früher erlassenen Viermächtegesetze und Direktiven und führe die auf Viermächte-Basis begonnenen und nunmehr unterbrochenen Bemühungen fort. Zu häufig werde schon die Meinung vertreten, rechtliche Erwägungen seien gegenüber so genannten unentrinnbaren politischen Entwicklungen überflüssig und unangebracht.

,,Das ist die große Versuchung in der wir heute stehen: ob wir eine politische Konjunktur ausnutzen sollen, um von Rechtsverpflichtungen loszukommen, die uns als Folge und Auswirkungen des verlorenen Krieges anhängen. Mancher scheint geneigt, jetzt die 'Chance' zu nützen.
Unausgesprochen, aber allzu deutlich geht es wieder unter uns um: Recht ist, was nützt.[...] Zu der Frage, welchen Einfluß die für Deutschland verbindlichen völker- und besatzungsrechtlichen Gegebenheiten auf den geplanten Wehrbeitrag haben, hört man von den Befürwortern der Wiederbewaffnung nichts."

Militärische Organisationen und militärischer Geist sollten nicht wieder aufleben, das wurde von der Bundesregierung gegenüber den westalliierten Mächten im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 erklärt: ,,[...]die Entmilitarisierung aufrecht zu erhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern". Wie verworren die Lage war, zeigte die Pressemeldung vom 5. Februar 1952, die Alliierte Hohe Kommission habe den westdeutschen Regierungsstellen empfohlen, das Kontrollratsgesetz Nr. 23 (Verbot militärischer Bauten und Einrichtungen) bezüglich des Verbotes des Luftschutzes nicht mehr zu beachten. Eine Aufhebung des Kontrollratsgesetzes erfolgte aber nicht. Es sei auch zweifelhaft, ob die Westmächte überhaupt Kontrollratsgesetze ohne die Zustimmung ihres Mitgesetzgebers Sowjetunion außer Kraft setzen könnten. Die Folge wäre, dass die Bundesrepublik aus ihrer Verantwortung gegenüber Russland entlassen würde. Bevor dies nicht geklärt sei, und dies gelte nicht nur für die Bundesregierung und die westdeutschen Behörden, sondern auch für jeden einzelnen Bürger des Bundesgebietes, könne über einen Verteidigungsbeitrag nicht entschieden werden.[430]

---

428 Vgl. Kapitel ,, Die Dienststelle Schwerin ".

429 Die Zeitschrift nahm Stellung zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur und wurde von der Bekennenden Kirche herausgegeben. Niemöller und Heinemann waren die bekanntesten Autoren. Der hier erwähhnte Arikel ,,Recht ist, was uns nützt? " erschien in der Nr.3 im März 1952. Der Autor Diether Posser arbeitete als Sozius in der Rechtsanwalskanzlei von Heinemann, S. 89 f., NEKA, Nachlass Dethleffsen.

430 Ebenda, NL Pastor Dethleffsen, zit. nach Posser, S. 90.

Auch Propst Grüber sprach die Wiederaufrüstung in einer weiteren Ausgabe von ,,Die Stimme der Gemeinde"[431] an:

,,Es fällt schwer, an die Selbstlosigkeit der Mächte zu glauben, die in den Jahren 1945/46 nur von der 'reeducation' der Deutschen sprachen und es jedem Kriegsgefangenen bei der Entlassung schriftlich mitgaben, dass deutsche Menschen dieser Generation nie wieder Waffen tragen würden, und die nun das Gegenteil wünschen. Ebenso ist es schwer, an die Selbstlosigkeit der Mächte zu glauben, die nach 1945 die wahnwitzigen Demontagen durchführten, um den lästigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu beseitigen, und die nun gerne das Wirtschafts- und Rüstungspotential dieses selben Landes für ihre Zwecke auszunutzen beginnen. [...] Für diejenigen Deutschen, denen heute die Entscheidung für eine Macht an erster Stelle steht, bleibt die primäre Frage immer: Russland oder Amerika? Und erst an zweiter Stelle steht die Frage: Krieg oder Frieden? Darum ist dann die Feindschaft gegen das andere Land auf die Dauer nachhaltiger und grösser als die Gegnerschaft gegen den Krieg. So hat sich die Feind- Freund- Verkrampfung in letzter Zeit zu monomaner Leidenschaft gesteigert und die Menschen weithin betört und betäubt. Dazu kommt, dass die Menschen vor allen Dingen in Deutschland sich das Gewissen haben binden lassen. Man schweigt auf Befehl, man unterschreibt auf Befehl. Wird eine Volksbefragung verboten, so nimmt man diese Anordnung widerstandslos hin, trotz allen Redens von Demokratie. Wird eine Volksbefragung befohlen, dann unterschreibt man, ohne sich grosse Gedanken darüber zu machen. So schweigen die Menschen weithin oder handeln mit gebrochenem Gewissen, weil sie sich die Verantwortung haben abnehmen lassen."

Grüber sprach sich für eine Verpflichtung der Evangelischen Kirche im Raume des Staates zu arbeiten aus und lehnte einen freiwilligen Rückzug der Kirche ab.

In derselben Ausgabe der Zeitschrift ging Heinemanns Mitarbeiter Posser in einem Beitrag auf die Wehrdebatte am 7./8. Februar 1952 im deutschen Bundestag ein.[432] Bayernpartei und Zentrum hatten dort beantragt, der Bundestag solle die Bundesregierung ersuchen, durch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Stellen den völkerrechtlichen Status etwaiger deutscher Soldaten eindeutig zu klären. Darauf wurde der Antrag dem Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten überwiesen. Zu Beginn der außenpolitischen Debatte wurde die Stellungnahme des Ausschusses bekanntgegeben. Laut Bundestagsprotokoll[433] hieß es darin:

,,Die völkerrechtliche Stellung deutscher Kontingente im Rahmen einer europäischen Armee regelt sich nach der Haager Landkriegsordnung, zur Zeit allerdings zusätzlich nach den Bestimmungen des Kontrollrats. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Westalliierten, die zu einem etwaigen Abkommen über den Beitritt zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft führen sollen oder können, auch die Klärung des völkerrechtlichen Status etwaiger deutscher Soldaten und deutscher Kontingente mindestens gegenüber den Westalliierten zum Gegenstand haben werden. Eine darüber hinausgehende Klärung dieses Status gegenüber allen Alliierten kann im Augenblick eindeutig wohl nicht erwartet werden."

---

431 NEKA, NL Pastor Dethleffsen, ,,Die Stimme der Gemeinde" Nr. 5, Mai 1952, ,,Aktive Neutralität", S. 139 f.

432 Ebenda, ,,Weiß die Mehrheit im Parlament, was sie tut?", S. 137 f.

433 Ebenda, Bundestagsprotokoll S. 8748, zit. nach Posser, S. 138.

Damit habe der Bundestag klargestellt, dass die Kontrollratsgesetze, die die vollständige Entmilitarisierung befahlen, weiterhin verbindlich seien. Die Tatsache, dass die Sowjetunion ihre Mitarbeit im Kontrollrat eingestellt habe, mache seine Gesetze nicht unwirksam. Dies hatte ein amerikanisches Bezirksgericht im Berliner Bezirk Lichterfelde ausdrücklich festgestellt, trotzdem wurde der oben erwähnte Antrag der beiden Parteien durch die Mehrheit im Bundestag abgelehnt. Posser fragt in seinem Beitrag, wie konnten vor allem die Abgeordneten der CDU, die doch aus christlicher Verantwortung handeln wollen, eine solche Entscheidung treffen ? Auch wenn es bei der Erörterung des Wehrbeitrags um Zweckmässigkeitsfragen gegangen sei, so sei die angesprochene Problematik eine reine Gewissensfrage.
Die Mehrheit des Bundestages habe in der außenpolitischen Debatte eine der letzten Gelegenheiten verpasst, die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung zu stoppen. Der Regierung sei dabei bekannt, dass etwaige westdeutsche Soldaten dem Osten gegenüber keinen Rechtsschutz hätten und wie Verbrecher behandelt werden könnten. Der Autor fragte, was werden die Christen und Demokraten in unserem Volk tun, um dies zu verhindern?
Eine Antwort darauf gaben jene Kirchenmänner, die Adenauers Politik in Gefahr sahen. Die politische ,,Rechte" innerhalb der EKD fühlte sich nun herausgefordert. In einem Brief [434] an einflussreiche Persönlichkeiten Westdeutschlands warb sie um Unterstützung ihrer Politik:

,, [...] wer aufmerksam die geistigen und politischen Entwicklungen der letzten Zeit verfolgt hat, sieht mit Sorge, dass die destruktiven Kräfte in unserem Volk eine wachsende Chance zu sehen glauben. Die Zusammenarbeit der Christen untereinander und ihre brüderliche Fühlungnahme mit allen, die guten Willens sind, kann zu einem entscheidenden Beitrag für die Verhütung neuen Unheils werden.[435]
Aus dieser Erkenntnis haben die Unterzeichneten Überlegungen angestellt, wie es zu einer heilsamen und fruchtbaren Zusammenarbeit führender Persönlichkeiten evangelischen Glaubens kommen könne. Das Ergebnis ihrer Überlegungen ist in einer kleinen von Dr. Eberhard Müller verfassten Denkschrift niedergelegt, die hiermit den Empfängern dieses Briefes mit der Bitte um Prüfung beigelegt wird."

Es folgte eine Einladung zu einer Besprechung im November 1951 in Frankfurt am Main, auf der die in der Denkschrift angesprochenen Fragen diskutiert werden sollten.

---

434 EZAB, Bestand 71/86/ 75, Briefabsender Eberhard Müller, von Thadden und Lilje; Empfänger Staatsrat Meinzolt, v. 22. 10. 1951.

435 BA- MA, BW 9, / 3105, fol. 11. Ganz ähnlich argumentierte Adenauer. Aktennotiz Schwerins beim Besuch des Herrn Bundeskanzler am 24. 5. 1950. Der Budeskanzler nannte ein Problem:
,,Die Frage der inneren Sicherung gegen die zunehmende Zersetzung des öffentlichen Lebens durch östlich infizierte geistige Infiltration. Diese bewege sich auf zwei getrennten Bahnen, nämlich mittels Aktivierung pazifistischer Strömungen mit dem Ziel, die Sehnsucht nach Frieden und Neutralität zu stärken, sowie mittels Aktivierung nationalistischer Instinkte mit dem Ziel, die Abneigung gegen jede engere Verbindung mit dem Westen zu verstärken".

2.4. Der Kronberger Kreis und das Gespräch der Akademieleiter in Bad Boll

Die unterschiedlichen politischen Standpunkte zwischen den Protestanten zeigten sich immer stärker. Vereinfachend kann man von einem Flügel sprechen, der der CDU sehr nah stand, der prowestlich und antikommunistisch ausgerichtet war und die Wiedervereinigung aus einer Position der Stärke erreichen wollte. Dem gegenüber stand ein Flügel, der der CDU ablehnend gegenüberstand, die CDU als katholische Partei bezeichnete und die Westintegration ablehnte. Diese Gruppe suchte einen Ausgleich zwischen Ost und West dadurch zu erreichen, dass sie eine nationalneutralistische Position anstrebte.[436]

Auf der Synode in Treysa kam durch das ,,Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben", an dem der Freiburger Historiker Ritter[437] beteiligt war, die Sympathie für die neugegründeten Unionsparteien zum Ausdruck.[438] Die unterschiedlichen Gruppierungen rivalisierten aber untereinander um Macht und Einfluss in der Kirche, dass nur ein starker Zusammenschluss von Gleichgesinnten die Durchsetzung gemeinsamer Interessen ermöglichen konnte.

Im Herbst 1951 gründeten Eberhard Müller, Reinold von Thadden- Trieglaff und Hans Lilje den Kronberger Kreis. Die drei Männer kannten sich schon aus der Studentenzeit und nahmen kurz nach Kriegsende wieder Kontakt auf. Müller hatte, wie auch Lilje, Theologie studiert und war jetzt Leiter der Evangelischen Akademie in Bad Boll, Lilje war Bischof in Hannover. Thadden- Trieglaff war Jurist und hatte nach dem Krieg eine Referentenstelle in der Kirchenkanzlei angenommen. Die Gründungsdenkschrift ging auf die ,,Evangelische Zusammenarbeit" ein. Darin wurde bemängelt, dass es für die Evangelischen keine Organisation gebe, in der Funktionsträger ihren Rückhalt unter Gleichgesinnten finden könnten.[439]

Während Interessengruppen im weltlichen Raum sich zu einem immer entschlosseneren Zusammenspiel vereinigten, fühle sich der evangelische Mensch in seiner Wirksamkeit dadurch gelähmt, dass er Bitterkeit, Enttäuschung und ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber unsichtbaren Mächtegruppen empfinde. Der Protestant sei auf sich selbst angewiesen, fühle sich anderen Interessengruppen unterlegen und könne seine Überzeugung nicht wirksam zur Geltung bringen. Müller untermauerte die Initiative zur Gründung des Kreises mit der Forderung des

---

436 Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 324.

437 Ritter war schon früh der CDU beigetreten und unterstützte eindeutig Adenauers sicherheitspolitischen Kurs, zit., nach Volkmann, Die EVG- Phase. Protestantismus und Wehrfrage, S. 535.

438 Thomas Sauer, Westorientierung im deutschen Protestantismus ? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises, München 1999, S. 43.

439 Vor dem Krieg bekannten sich in Deutschland 60 % der Bevölkerung zur evangelischen und 33 % zur katholischen Konfession. Nach der Teilung des Landes waren in der Bundesrepublik 50 % der Bevölkerung evangelisch und 46 % katholisch, während in der Ostzone 80 % Protestanten und 13 % Katholiken lebten, in: Sonntagsblatt Nr.4, vom 2. 1. 1950, Hans Lilje (Hrsg.), LKA HB, Akte N 211.

Neuen Testaments nach gemeinsamen Handeln von allen Gläubigen. Da die kirchliche Gemeinde häufig ,,für die besonderen Aufgaben der weltlichen Führerschaf " keinen Rückhalt bieten könne, müsse ein Kreis evangelischer Männer gebildet werden, die im öffentlichen Leben verantwortungsvolle Positionen bekleideten, um für protestantische Interessen zu kämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sich führende Persönlichkeiten evangelischen Glaubens zusammenschließen, damit könne ein entscheidender Beitrag zur Verhütung neuen Unheils geleistet werden. Für die geplante erste Zusammenkunft sollte die Frage erörtert werden, welche konkreten Schritte getan werden könnten, um der jungen Generation ihre politische und soziale Verantwortung deutlich zu machen und sie zur Wahrnehmung derselben auszurichten.[440]

Die Gründungsversammlung fand am 26. und 27. November 1951 in Frankfurt statt, die Lilje mit einem Referat [441] eröffnete und zur Stellung der Mitglieder im Kreis sagte, sie sollten über so viel Einfluss verfügen, dass gemeinsame Aktionen etwas bewirken könnten. Der Landesbischof stellte heraus, dass im Felde der EKD der Versuch unternommen werden solle, eine gemeinsame Haltung zu den gegenwärtigen schwebenden Schicksalsfragen unseres Volkes herauszuarbeiten und gegebenenfalls gegenüber der Öffentlichkeit zu verteten, um dem Wirrwarr gegensätzlicher Meinungen ein Ende zu bereiten. Für das künftige gemeinschaftliche Vorgehen sollten folgende Aufgaben in Angriff genommen werden:

1. Öffentliches Wort zum Thema des ,,Ohne Mich- Problems".
2. Stellungnahme zu den immer mehr anlaufenden Fragen, die die entstehende Wehrmacht und die geistige Haltung des Soldatentums betreffen.

Es sollte versucht werden, in dem Kreis ein Maximum von Konsens zustande zu bringen, trotz verschiedener Überzeugungen seiner Mitglieder. Der Wille zur Einmütigkeit sollte dabei aber nicht berührt werden.[442]

Thadden ergänzte, ein Gleichgewicht der Einflussnahme zwischen den Konfessionen sei nur herzustellen, wenn die evangelische Seite genügend qualifizierte Personen für öffentliche Ämter zur Verfügung stellen könne. Akademiedirektor Müller erwähnte das amerikanische System der politischen Willlensbildung und stellte es als Orientierungsrahmen für die Bundesrepublik vor. Dort gebe es neben dem Parlament eine Vielzahl von Gruppen, die an der Gestaltung der sozialen Gemeinschaft mitwirkten. Der Elitecharakter des Kreises wurde durch den Karlsruher Bundesgerichtspräsidenten Weinkauff und den Kölner Bankier Pferdmenges,

---

[440] EZAB, Bestand 71/ 86/ 75, Brief Lilje, v. Thadden, Müller an Staatsrat Meinzolt in München.
[441] EZAB, Bestand 71/ 86/ 75, Aktenvermerk v. Thaddens über die Zusammenkunft im Frankfurter Hof.
[442] Ebenda, S. 2.

ein Freund und Berater des Bundeskanzlers, betont. Weinkauff schlug vor, das Thema der deutschen Wiederbewaffnung zur gezielten Einflussnahme zu erproben. Bischof Lilje unterstützte Müller, der anhand des brisanten Themas der Remilitarisierung versuchen wollte, dieses möglichst wirksam durch eine gemeinsame Stellungnahme publik zu machen.[443]
Abschließend bat Bischof Lilje allen Außenstehenden gegenüber unbedingte Vertraulichkeit des Gesprächs zu wahren. Der Kronberger Kreis verstand sich von Anfang an als innerkirchlicher und politischer Gegenpol zu Niemöller und zu den neutralistischen Wiederbewaffnungsgegnern um Heinemann. Die Mitglieder des Kreises begrüßten auch die interkonfessionelle Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken innerhalb der CDU/CSU, sie befürchteten aber eine zu geringe Beachtung protestantischer Positionen durch den katholischen Bundeskanzler. In hohen Ämtern der Ministerien sahen sie die Katholiken in der Überzahl. Obwohl in der Gründungsversammlung Pferdmenges einziges CDU- Mitglied war, entwickelte sich der Kreis zu einem Austausch von Informationen zwischen den Unionsparteien und ihnen nahestehenden evangelischen Kirchenvertretern.[444]
An die Spitze innerkirchlicher Opponenten zu den Wiederbewaffnungsgegnern stellte sich Eberhard Müller. Als Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien lud er zunächst den Leiterkreis der Akademien mit westdeutschen Politikern am 1.10. 1951 nach Bad Boll [445]. Außer den Leitern der Akademien nahmen noch der Generalsekretär des Hilfswerks der EKD Tillmanns, Bundestagspräsident Ehlers, der SPD-Ministerialrat Arndt, Heinemann, Kreyssig, Baudissin und Eberbach teil. Das Treffen war als Vorbesprechung für die künftigen Akademieveranstaltungen gedacht und beschäftigte sich mit dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag und der Wehrdienstverweigerung.
Einigkeit bestand darüber, dass das Angebot der Russen, gesamtdeutsche Wahlen abzuhalten, ernst gemeint sei. Möglicherweise seien sie auch dazu bereit, die SED und deren Vorherrschaft in Ostdeutschland zu opfern, wenn im Gegenzug auf eine deutsche Wiederbewaffnung verzichtet werde und eine Integration Europas gestört werden könne. Der Leiterkreis vermutete, die Russen rechneten damit, dass ein wiedervereinigtes Deutschland von Frankreich als eine so große Gefahr empfunden werde, dass es in der Frage der Wiederbewaffnung auf die Seite Russlands gegen Amerika treten werde. Dies würde dann möglicherweise zu einer entscheidenden Störung in der Zusammenarbeit der westlichen Welt führen.

---

443 Oberkirchenrat Erich Ruppel, ein enger Mitarbeiter Liljes, formulierte: ,,In welchen Formen kann christliche Propaganda gemacht werden". Protokoll v. 26. 11. 1951, Landeskirchliches Archiv Hannover, N 60, 374, zit. nach Sauer, Westorientierung, S. 76 ff.
444 Ebenda, S. 80 f.
445 EZAB, Bestand 87/ 138, Niederschrift der Besprechung v. 1. 10. 1951 in Bad Boll von Eberhard Müller.

Müller wies in seinem Protokoll darauf hin, dass auch Heinemann es für möglich halte, dass das russische Angebot auf die westliche Politik der starken Hand zurückzufüren sei. Trotzdem sei Heinemann der Meinung, dieser Erfolg dürfe nicht dazu führen, dass sich die westdeutsche Politik zu eindeutig auf den Westen festlege. Er befürchtete, die Amerikaner planten einen Präventivkrieg und wollten Deutschland mit einspannen. Dies könne am besten dadurch verhindert werden, dass sich der westdeutsche Staat vorläufig nicht an der Wiederbewaffnung beteilige.[446]

Dieser Vorstellung widersprachen Tillmanns und Ehlers vehement. Die Bundesrepublik sei für Russland nur so lange interessant, als sie Amerika im Rücken habe. Der Friede sei nur dann zu erhalten, wenn Deutschland dem westeuropäischen Verteidigungsblock angehöre. Die militärische Stabilisierung habe auch Auswirkungen auf eine wirtschaftliche Gesundung und eine Besserung der sozialen Verhältnisse. Graf Baudissin erwähnte, dass ohne Beteiligung der Bundesrepublik Europa gegegenüber Russland nicht zu verteidigen sei. Die Frage sei, ob die Amerikaner, ohne Teilnahme Westdeutschlands am Verteidigungsbündnis, sich überhaupt noch für die europäische Verteidigung engagieren würden.[447]

Präses Kreyssig meinte, man müsse den östlichen Angeboten ernsthaft nachgehen, es sei fraglich, ob die Russen ein zweites Mal die Chance zu einer Wiedervereinigung böten. Die Ostzone habe in den letzten Jahren so starke Abwehrkräfte gegen den Bolschewismus entwickelt, dass bei einer Vereinigung beider deutscher Staaten die innere Immunisierung Deutschlands gegen den Bolschewismus eine Stärkung erfahren würde. Dem pflichtete Heinemann bei und ergänzte, die Russen würden, entsprechend ihrer Ideologie, die Aufgabe Ostdeutschlands nur als etwas Vorübergehendes betrachten. Unter den Teilnehmern bestand darüber Einmütigkeit, dass sowohl die deutsche Wiederbewaffnung als auch ihre Unterlassung mit erheblichen politischen Risiken verbunden seien. Die aktiven Politiker aus Bonn waren einmütig der Meinung, dass die Preisgabe Europas durch Amerika die gefährlichere Variante sei und die Bundesrepublik alles unterlassen sollte, was gegenüber dem Westen als Schaukelpolitik anzusehen sei.

In der Diskussion hatte sich gezeigt, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Wiederbewaffnung nicht in verschiedenen theologischen Grundhaltungen bestanden, sondern in der verschiedenen Abschätzung der zukünftigen politischen Entwicklung begründet waren. Die Frage war, ob die Christen in Deutschland mehr an die nationalen Interessen denken sollten, also an die ,,Befreiung der Brüder und Schwestern" in der Ostzone, oder ob sie in erster Linie europäisch denken sollten, um die Bedrohung der freien Völker zu

---

446 Ebenda, S. 1.
447 Ebenda.

bannen. Vielleicht würde es Russland schon genügen, zu hoffen, dass dem wiedervereinigten Deutschland auch von der westlichen Welt keine Waffen zur Verfügung gestellt würden. Denn für Frankreich war dieser Gedanke im Jahr 1951 unvorstellbar.
Der zweite Teil des Treffens beschäftigte sich mit der Kriegsdienstverweigerung. Die Frage war, welche politische und rechtliche Auswirkung eine Stellungnahme der Kirche haben könnte. Einmütigkeit bestand darin, dass der Gewissensparagraph des Grundgesetzes sowohl gegen Verwässerung als auch gegen Überspitzung geschützt werden müsse. Kriegsdienstverweigerer, bei denen der Zwang zum Soldat sein einem Zusammenbruch ihrer sittlichen Grundanschauungen gleichkomme, sollten einen verfassungsrechtlichen Schutz bekommen. Das träfe besonders auf solche Menschen zu, die aus religiösen Gründen den Wehrdienst ablehnten. Vorbild sollten dabei die englische und amerikanische Gesetzgebung sein. Verweigerung, die lediglich auf einer ablehnenden politischen Meinung begründet sei, könne nicht anerkannt werden, weil damit der ,,Ohne-mich" - Haltung Tür und Tor geöffnet werde. Graf Baudissin berichtete über ein internes Gespräch mit Niemöller, in dem dieser geäußert hatte, man könne den Gewissensparagraphen nicht auf eine religiöse Motivierung der Kriegsdienstverweigerung beschränken, es komme auf die Intensität der Gewissensbindung an.[448]
Heinemann warf die Frage auf, ob es nicht eine genügende Begründung sei zu sagen, ,,Deutsche schießen nicht auf Deutsche?" Er begründete seine Argumentation damit, dass man einem leiblichen Bruder nicht befehlen könne, auf seinen leiblichen Bruder zu schießen. Man müsse womöglich zwischen denen einen Unterschied machen, die Verwandte unter den ostzonalen Waffenträgern hätten und denen, die lediglich davon berührt seien, auf deutsche Volksgenossen zu treffen. Weiter sei zu klären, ob der Grundsatz ,,in dubio pro reo", im Zweifelsfall der Gewissensparagraph angewandt werden könne, und ob es für den Christen ein Recht der Verweigerung im Fall eines ungerechten Krieges (nach Luther) gebe.
Tillmanns wandte sich gegen eine Ausweitung der gesetzlichen Schutzbestimmungen, die Gegner der Wehrpflicht würden versuchen, den Gewissensparagraphen zum Hebel ihrer Politik zu machen. Müller unterstützte diese Argumentation, dass gerade diejenigen, die heute die Beachtung des Gewissensparagraphen forderten, es praktisch unmöglich machten, ihn anzuwenden, weil sie gleichzeitig öffentlich für die Kriegsdienstverweigerung Stimmung machten.[449]
Abschließend ging es um die Frage der Grenze der Justiziabilität. Wenn man dem Staat zutraue, einen ungerechten Krieg zu führen, dann könne man von dem Staat nicht einen gesetzli-

[448] Ebenda, S. 3 f.
[449] Ebenda, S. 4.

chen Schutz derer fordern, die dieser Ungerechtigkeit widerstehen wollten. Dieser Schutz wäre nur zu gewähren, wenn ganze Kirchen den Mut aufbrächten, ein kriegerisches Vorgehen für ungerecht zu erklären. Wenn aber die Kirche sich nicht traue zu entscheiden, ob ein Krieg gerecht sei, könne sie dem Staat auch nicht zumuten, zu unterscheiden, ob die Behauptung des Kriegsdienstverweigerers, der Krieg sei ungerecht, sittlich begründet sei. Deshalb dürfe sich die Kirche nur im Falle eines ungerechten Krieges vor den Verweigerer stellen. Heinemann wandte ein, es sei unevangelisch, das Gewissen des Einzelnen an die Entscheidung einer Gemeinschaft zu binden. Verschiedene Redner betonten, es sei nicht tragbar, dass die Kirche immer nur den Gesichtspunkt der Kriegsdienstverweigerung herausstelle und sich nicht positiv zum Auftrag des Soldaten äußere.

2.5. Fragen der Gesetzgebung zur Kriegsdienstverweigerung

Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik in einer europäischen Armee im Jahr 1951 noch gar nicht vorlagen. Trotzdem gab es bereits zahlreiche Verbindungen zwischen der Kirchenleitung und jenen Bonner Regierungsstellen,[450] die eine Wiederbewaffnung planten. Diese sollten jetzt vermehrt dazu genutzt werden, um für das Thema der Kriegsdienstverweigerung eine einheitliche Linie zu finden. Bezüglich des Treffens der Akademieleiter in Bad Boll teilte Oberkirchenrat Ranke dem in gleicher Funktion tätigen Herrn Osterloh mit, in der Frage ,,des Schiessens auf Deutsche" sei die Kirchenleitung nun gedrängt, eine Entscheidung zu finden und dass der Rat der EKD in der brennenden Frage der Kriegsdienstverweigerung nun konkreter Stellung beziehen müsse.[451] Wie dies geschehen könnte, berichtete Ranke in einem Brief an Professor Smend.[452] Darin wies der Oberkirchenrat darauf hin, dass die Angelegenheiten der Kriegsdienstverweigerung bisher im Bundesinnenministerium bearbeitet wurden. Wenn man nun aber in Beratungen über ein Wehrgesetz treten sollte, das in der Dienststelle Blank beraten werde, könne diese Dienststelle auch in der Frage der Kriegsdienstverweigerung tätig werden.

,,In der Dienststelle Blank arbeitet an diesen Dingen der prächtige uns nahestehende Graf Baudissin. Da das Wehrgesetz und die zukünftige Organisation einer allenfalsigen Wehrmacht wiederum von dem Kriegsdienstverweigerungsgesetz weithin abhängig sein wird, ist nun auch die Dienststelle Blank in Überlegungen über das Verweigerungsgesetz mit eingetreten. [...] Sowohl Superintendent Kunst als auch andere kirchliche Stellen (Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, Leiterkreis der evangelischen Akademien) stehen mit Graf Bau-

---

450 LKAB, Pressearchiv- Ordner 41, Tagesspiegel, 4. 11. 1950, Dibelius traf im Bundeskanzleramt mit Adenauer zusammen, dem er den Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung, Superintendent Kunst vorstellte.

451 EZAB, Bestand 87/ 138, Brief Ranke an Osterloh v. 2. 10. 1951.

452 EZAB, Bestand 87/ 138, Brief Ranke an Professor Smend in Göttingen, v. 5. 10. 1951.

dissin in dauerndem Gespräch. Er hat durch mich Fühlung mit Oberkirchenrat Osterloh, der in der Kirchenkanzlei an einer Ratsvorlage arbeitet. Osterloh wiederum ist im Besitz des neuesten Materials von Professor Scheuner, das ich ihm vermittelt habe. Dieses Material ist das amerikanische Kriegsdienstverweigerungsgesetz aus dem Jahr 1948, der Ausführungserlass des Herrn amerikanischen Präsidenten hierzu und insbesondere der Fragebogen für conscientious objectors. Scheuner ist ein wenig stolz darauf, dieses Material organisiert zu haben und zur Zeit als einzigster zu besitzen. Er legt deshalb wohl auch ein wenig Wert darauf, in seiner Monopolstellung entsprechend goutiert zu werden."

Als Unterlage für die Aussprache auf der Tagung der Kirchenkonferenz und für die Sitzung des Rates der EKD diente der Entwurf einer vom Rat eingesetzten Kommission.[453] Ausgehend von der Synode in Berlin- Weißensee im Jahr 1950, auf der begrüßt wurde, dass Regierungen durch ihre Verfassungen diejenigen schützten, die um ihres Gewissens willen den Kriegsdienst verweigerten, sollte diesem Personenkreis die Fürsprache und Fürbitte der Kirche gewiß sein. Der Rat der EKD setze sich dafür ein, dass im gesamten deutschen Volk in Ost und West die Kriegsdienstverweigerung aus Überzeugung und aus Gewissensgründen durch Gesetz geschützt werde.

Andererseits hatte die EKD auf ihrem Treffen mit dem Bundeskanzler in Königswinter ganz bewusst auf das Thema der Kriegsdienstverweigerung verzichtet, weil die Frage noch nicht akut gewesen sei und voläufig nur an freiwillige Kontingente gedacht war. Akademieleiter und Politiker stimmten aber darin überein, dass die Kriegsdienstverweigerung in den Pragraphen über die Religionsausübung enthalten sein müsse und eine gesetzliche Regelung daran anzuknüpfen habe.[454]

Bei dem verfassungsrechtlichen Stand der Dinge sah die evangelische Kirche jedoch darin eine Notlage, dass im Grundgesetz keine Bestimmung enthalten war, durch die der Staat seine Bürger ausdrücklich auf ihre Verpflichtung, den Staat zu sichern und zu verteidigen, hinwies und sie dafür in Anspruch nahm [455]. Deshalb herrschte auch weithin die Auffassung vor, dass nach Artikel 4 Absatz 3 die einfache Erklärung des Kriegsdienstverweigerers zu seiner Freistellung genüge. Der Satz: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz" wurde nicht so aufgefasst, als könnte durch ein Bundesgesetz jenes allgemeine Recht eingeschränkt werden.

Abgesehen von der juristischen Frage, ob ein Wehrpflichtgesetz verfassungsändernden Charakter haben würde oder nicht, sei eine grundsätzliche Klärung nicht zu umgehen, wenn nicht bei den Betroffenen eine vollständige Verwirrung eintreten solle. Deshalb erschien es der EKD unumgänglich, neben den Rechten auch die Pflichten des Staatsbürgers grundsätzlich

---

453 NEKA 20.01, Nr. 452, Fragen der Gesetzgebung über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, v. 28. 11. 1951. Entwurf einer Stellungnahme des Rates. In der Kommission waren Prof. Smend, Propst Grüber, Kirchenpräsident Niemöller, Präsident Brunotte und Oberkirchenrat Osterloh vertreten.

454 KJ 1951, S. 178.

455 NEKA 20.01, Nr. 452, S. 1.

und eindeutig zu klären. Schwieriger schien die Vorgehensweise bei der praktischen Behandlung von Kriegsdienstverweigerung. Dabei sei zu unterscheiden zwischen jenen Verweigerern, die ihre Weigerung mit einer grundsätzlichen Einstellung begründeten und solchen, die sich für die Einzelentscheidung auf ihr Gewissen beriefen.
Für den ersten Fall riet die Kommission, in der Gesetzgebung von ,,Kriegsdienstverweigerern aus Überzeugung" zu sprechen. Für die Feststellung der Überzeugung werde es Anhaltspunkte und Beweismaterial geben, die eine sachliche Beurteilung des Einzelfalls ermöglichten. Das Gremium, das diese Feststellung zu treffen habe, sollte aus unabhängigen, noch zu schaffenden Stellen gebildet werden. Die Kommission führte weiter aus:

,,Als evangelische Kirche haben wir es in besonder Weise mit der Möglichkeit zu tun, dass Christen in einer konkreten Lage aus ihrem christlichen Gewissen heraus eine konkrete Entscheidung fällen. So wünschenswert es uns erscheint, eine solche Entscheidung zu respektieren und zu sichern, so ist es uns ebenso deutlich, dass die Echtheit einer solchen Entscheidung nicht in gleicher oder ähnlicher Weise festgestellt werden kann. Trotzdem sollte versucht werden, auch bei derartigen- eigentlichen- Gewissenseinwänden dem betreffenden Kriegsdienstverweigerer gerecht zu werden. [...].
Die evangelische Kirche erwartet, dass bei der Einrichtung und Zusammensetzung der Stellen, die über die Zulässigkeit und Ernsthaftigkeit der Ablehnung des Kriegsdienstes aus Überzeugung oder um des Gewissens willen entscheiden, die Erfahrungen mit der entsittlichenden Wirkung der Entnazifizierungspraxis in der Weise berücksichtigt werden, dass die entscheidenden Stellen nur mit wirklich unabhängigen Persönlichkeiten besetzt werden, die über erforderlichen Erfahrungen in richterlicher Praxis und über eine umfassende Menschenkenntnis verfügen und die Gewähr dafür bieten, dass letzte und innerste Bindungen des Menschen als unantastbar respektiert werden."[456]

Die Kommission führte in dem Papier aus, die evangelische Kirche habe nicht den Wunsch, von Amts wegen in diesen Stellen vertreten zu sein. Sie halte es aber für geboten, die rechtlich geordnete Möglichkeit zu haben, gegebenenfalls bei den durchzuführenden Verfahren ihr Wort zu Gehör zu bringen. Nach allen Erfahrungen sei ein Gewissensschutz ungenügend, solange er Diskriminierungen zulasse. Daher müsse die Kirche mit Entschiedenheit darauf achten, dass jede politische und berufliche Schlechterstellung des Kriegsdiensverweigerers gesetzlich ausgeschlossen werde. Der Staat untergrabe seine eigenen Fundamente, wenn er es zulasse, dass Menschen, die aufgrund ihrer Überzeugung oder ihres Gewissens handeln, zu Verbrechern gestempelt würden. Um den Klärungsbedarf zu diesen Fragen zu sichten und um die weitere Vorgehensweise der EKD zur Wehrfrage abzustimmen, wurde ein Treffen mit Regierungsvertretern vereinbart.

---

[456] NEKA 20.01, Nr. 452, Entwurf der Kommission zur Kriegsdienstverweigerung, S. 2 f.

2.6. Das Gespräch in Königswinter und die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen''

Die Leitung der Evangelischen Kirche kam am 5. 11. 1951 zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer in Königswinter zusammen. Das Protokoll[457] der Zusammenkunft gibt darüber Auskunft, wie dieses Treffen arrangiert wurde. Die Besprechung war durch den Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, Pfarrer Dr. Eberhard Müller, in die Wege geleitet worden. Dieser hatte mit dem Staatssekretär des Bundeskanzlers, Dr. Lenz, und gleichzeitig mit Bischof Dibelius Verbindung aufgenommen. Es sollte eine Fühlungnahme über den augenblicklichen Kurs der Politik stattfinden, das Treffen wurde als nicht offiziell bezeichnet, die Kirchenführer sollten ihre Wünsche gegenüber dem Kanzler äußern können. Nicht eingeladen wurden, obwohl sie zu den Kirchenführern gehörten, Niemöller und Heinemann. Dabei spielten Überlegungen eine Rolle, durch die Abwesenheit der Hauptgegner der Wiederbewaffnung, die Position der Kirchenführer zu stärken, die die Regierungspolitik unterstützten. Außerdem wäre es fraglich gewesen, ob Adenauer zu einem Treffen mit seinen Kritikern bereit gewesen wäre.

In einem Brief an Heinemann erklärte Müller, er habe den Kampf gegen die Wiederbewaffnungsgegner aufgenommen und wolle diesen auch fortführen:

„Ich gestehe ganz offen, daß ich bewußt gegen die einseitige politische Beeinflussung der Kirche durch Sie, Niemöller und Mochalski zu arbeiten versuche. [...] Solange von der Niemöller'schen Seite der bisherige Weg weitergegangen wird und lediglich aus Gründen abweichender politischer Auffassungen im Raum der Kirche gegen den politischen Weg des Bundeskanzlers agitiert wird, werde ich fortfahren, alles, was in meinen Kräften steht, zu tun, um Brücken des Vertrauens zwischen dem Bundeskanzler und den führenden Männern der Kirche zu bauen."[458]

Die folgende Abfassung einer Denkschrift innerhalb des Kronberger Kreises drohte daran zu scheitern, dass man sich auf keinen gemeinsamen Text einigen konnte. In der Stellungnahme zur Gewissensentscheidung der Wiederbewaffnungsgegner wurde nicht mehr von einem „irrenden Gewissen" gesprochen, sondern nur noch darauf hingewiesen, dass auch die Zustimmung zum Wehrbeitrag gewissensmäßig möglich sei.[459]

Die einstündige Rede Adenauers und die anschließende Aussprache in Königswinter sind in

---

457 LKAB, Bestand 37/ 20, Abschrift des Protokolls von der Zusammenkunft des Bundeskanzlers Adenauer und einiger Politiker einerseis und leitender Männer der Evangelischen Kirche andererseits v. 5. 11. 1951.

458 Abschrift des Briefes Müllers an Heinemann, Bad Boll, v. 6. 12. 1951, EABB, AZ 29 A, zit. nach Thomas Sauer, Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellung und Tätigkeit des Kronberger Kreises, München 1999, S. 91.

459 Ebenda, S. 98 f.

der Abschrift des Protokolls[460] wiedergegeben. Darin gab der Kanzler zunächst einen Überblick zur Entstehung der aktuellen politischen Situation. Er wertete das Abrüsten der Siegermächte Frankreich, England der USA als falsch, weil in dieser Zeit Russland zielbewusst aufgerüstet habe, um sich Völker einzuverleiben. Ohne Einbeziehung Deutschlands sei eine Integration Europas nicht möglich, sie solle dadurch verhindert werden, dass Russland die Neutralisierung Deutschlands betreibe. Dies wäre ein Sieg der Russen über Europa und würde sie zu einem gefährlichen Gegner für die Amerikaner machen. Deshalb sei die Integration Europas unter Einschluss Deutschlands ein Lebensinteresse der USA.
Zum militärischen Schutz, so Adenauer, sei der Nordatlantikpakt, ein Zusammenschluss von vierzehn Nationen, gegründet worden, denn einem totalen Staat wie Russland imponiere nur die Gewalt. Deshalb sollte sich Deutschland dem Vereinigten Europa unter dem Schutz der USA anschließen, um sich vor einem Krieg zu schützen. Alle diese Maßnahmen seien auf die Wiedervereinigung Deutschlands ausgerichtet, zuvor müssten die Deutschen noch als Partner im Westen anerkannt werden. In der anschließenden Aussprache wurde auch die Frage nach der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik gestellt, ob sie nicht für die Russen ein Grund zum Krieg sein könnte. Der Kanzler antwortete, das Russland dies nie geäußert habe und der Nordatlantikpakt ein Zusammenschluss vieler Staaten sei, denen eine gemeinsame Aggression nicht zugetraut werden könne. Auch die bedenkliche Haltung der Jugend im Westen wurde erwähnt. Der Kanzler war der Meinung, dass ohne die Hilfen der Kirchen keine staatspolitische Gesundung der Jugend erreich werden könne. Er bat die Kirchen abschließend, beim Aufbau des Landes mitzuhelfen.[461]
Entgegen der Abmachung, von diesem Treffen keinerlei Aufzeichnungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, geschah das doch und verstärkte die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Flügeln innerhalb der Kirchenleitung. Zunächst veröffentlichte Müller die stattgefundenen Aussprachen in einem Beitrag der Dezembernummer ,,Neue Furche", wodurch sich der Ratsvorsitzende in der Wiedergabe der Veranstaltung missverstanden fühlte. Dibelius widersprach der Beurteilung Müllers, der eine Wiederbewaffnung vorrangig sah und damit seinen Ausführungen in ,,Christ und Welt" widersprach.[462]
Die eindeutige Unterstützung der Regierungspolitik durch Müller führte dazu, dass der Rat auf seiner Sitzung[463] Müller eine deutliche Rüge aussprach. Dies zeigt auch, welche Bedeu-

---

460 LKAB, Bestand 37/ 20, Abschrift des Protokolls von der Zusammenkunft des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und einiger Politiker einerseis und leitender Männer der Evangelischen Kirche andererseits, S. 1- 4.
461 Ebenda, S. 2 ff.
462 Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 165. Vgl. KJ 1951, S. 175.
463 Protokoll der Sitzung des Rates der EKD v. 7. 11. 1951 (Archiv der Kirchenkanzlei der EKD, Hannover, zit. nach Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 165. Vgl. KJ 1951, S. 175.

tung dem Vorfall beigemessen wurde. Die Kirchenmänner um Müller hatten eindeutig zu erkennen gegeben, dass sie als Gegenpol zum Reichsbruderrat verstanden werden wollten und mit dem Treffen in Königswinter eine politische Aktion inszeniert hatten.[464] Heinemann war von nun an klar, dass seine innerkirchlichen Gegner dieses Treffen dafür nutzen wollten, um den Eindruck zu erwecken, als habe zwischen der evangelischen Kirche und dem Bundeskanzler die große Verständigung über die Aufrüstung stattgefunden.[465]

Präses Held berichtete im Januar 1952 über das Königswinter- Gespräch[466] in ,,Kirche der Zeit" und stellte klar, dass weder die Anwesenden noch die Evangelische Kirche der Politik des Kanzlers zugestimmt hätten. Dennoch war der Kanzler nach diesem Treffen davon überzeugt, dass er innerhalb der EKD auch auf Unterstützung hoffen könne.[467] Akademieleiter Müller arbeitete nun im Rahmen des Kronberger Kreises daran, eine gemeinsame Stellungnahme zur Frage der Wiederbewaffnung zu veröffentlichen, wie es auf der Gründungsversammlung vom Bundesgerichtspräsidenten Weinkauff vorgeschlagen worden war. Aus politischer Verantwortung wollte man auf die Gründung von Staat und Gesellschaft Einfluss ausüben, kirchenpolitisch sollten Heinemann, Niemöller[468] und die Anhänger Barths bekämpft werden.

Die Denkschrift ,,Wehrbeitrag und christliches Gewissen",[469] die von neun Landesbischöfen unterschrieben wurde, sollte öffentlichkeitswirksam zeigen, dass die Positionen Heinemanns Niemöllers und der Bruderschaften von grossen Teilen der evangelischen Kirche abgelehnt wurden. Obwohl gleich zu Beginn des Schreibens darauf hingewiesen wurde, es sei nicht Aufgabe der Kirche, die politische Frage nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag zu beantworten, fühlte sich die Gruppe um Müller trotzdem dazu berufen, auf die Frage zur Wiederbewaffnung eine Antwort zu geben, ,,soweit sie das christliche Gewissen betrifft."[470] Es

---

464 ,,Wenn die Konferenz in Königswinter wirklich ein Gespräch Kirche- Staat war, hätten meine lieben evangelischen Brüder trotz ihrer Beschwernis über meine politische Haltung aus kirchlichen Gründen auf meiner Beteiligung m.E.bestehen müssen. Königswinter ist aber politische Aktion gewesen, deshalb habe ich eine Einladung von vornherein garnicht erwartet", Schreiben Heinemanns an Müller v. 23. 11. 1951, zit. nach Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 295.

465 Abschrift des Briefes Heinemanns an Müller, o. Ort, v. 2. 12.1951, Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll (EABB), AZ 29 A, zit. nach Sauer, S. 91.

466 KJ 1951, S. 178- 181.

467 Baring, Kanzlerdemokratie, S. 216.

468 LKAB, Bestand 37/ 20, Brief des Rektors der Universtät Tübingen, Prof. Thielicke, an den Vorsitzenden des Rates der EKD v. 31. 12. 1951. Darin beklagt sich Thielicke darüber, dass die Leitung der EKD dem Handeln Niemöllers tatenlos gegenüberstehe (Reise nach Moskau wegen der Kriegsgefangenen- d. Verfasser). ,,Dass man einen Mann mit der Behandlung dieses heikelsten aller Probleme befasst, der in den letzten Jahren immer wieder verwirrt und verwirrend gehandelt hat".

469 EZAB, Bestand 71/ 86/ 75, Denkschrift ,,Wehrbeitrag und christliches Gewissen".
Die Denkschrift kann erst seit 1995 auf die Urheberschaft des Kronberger Kreises zurückgeführt werden, Sauer, Westorientierung, S. 102. Vgl. Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 110 f. Vgl. Johanna Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 165 ff.

470 Diese Argumentation hatte Heinemann gegenüber Müller mehrfach kritisiert: ,,Mögen Sie, lieber Bruder

werde nicht bestritten, dass nach dem letzten Krieg durch Gottes Gericht den Deutschen die Waffen aus der Hand geschlagen wurden, daraus könne aber nicht gefolgert werden,

,,es sei unserem Volk auch verwehrt, gemeinsam mit anderen Völkern diese und uns, den Frieden und das Recht vor einer erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen. Wir sollen mit aller Kraft dem Frieden dienen. Der Wille eines Volkes zum Frieden erfordert aber nicht zugleich die Bereitschaft, selber dauernd waffenlos zu sein; denn schon oft hat die Waffenlosigkeit derer, denen es mit Recht und Frieden ernst war, die Kriegsgefahr erhöht, sobald wehrlose Räume zum Zugriff verlocken.[471]
Man muss aber bestreiten, dass ein prophetisches Amt der Kirche den Auftrag hat, das deutsche Volk vor der Mitwirkung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu warnen. Es gibt politische Gründe, die dagegen sprechen, dass jetzt schon deutsche Wehrverbände aufgestellt werden. [...]Die Behauptung, es sei dem Christen gewissensmässig unmöglich, für einen deutschen Wehrbeitrag zu stimmen oder sich an seiner Verwirklichung zu beteiligen, ist nicht in göttlichen Weisungen begründet. [...]Wenn es nicht Aufgabe der Kirche sondern eine Sache der zuständigen Organe des Staates ist, über die Aufstellung deutscher Wehrverbände zu entscheiden, so ist die Kirche doch nicht der Aufgabe enthoben, auf das Denken unseres Volkes einzuwirken, damit aus einer etwaigen Wiederbewaffnung nicht neuer Schaden für seine Seele entsteht."[472]

Diese Denkschrift vom Februar 1952, die an den Rat der EKD gerichtet war, wurde gleichzeitig der Presse übergeben, die den Eindruck vermittelte, alle westdeutschen Landesbischöfe hätten sie unterschrieben. Die Denkschrift war damit dem Missverständnis ausgesetzt, sie sei eine gemeinsame Erklärung der evangelischen Landeskirchen Westdeutschlands.
Schlagzeilen wie ,,Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit" riefen schnell Kritik aus dem Kreis westdeutscher Kirchenführer hervor. Präses Wilm schrieb an die Bischöfe, die den Aufruf unterschrieben hatten:[473]

,,Wir sind über diese Entschliessung nicht darum so betroffen, weil Sie darin Ihre Meinung zum Wehrbeitrag geäussert haben – das ist Ihr gutes Recht! – sondern über die Form , wie es geschehen ist. [...]Aber während Heinemann oder Niemöller immer wieder nur in ihrer persönlichen Sache und von ihrer eigenen Entscheidung her geredet haben, ist Ihre Entschliessung mit dem ganzen Gewicht Ihres leitenden Amtes herausgegangen. [...].

Müller hundertmal sagen, die Kirche redet nicht wie Niemöller oder Mochalski oder wie Heinemann,- was ich alles zugebe-, so redet sie doch auch nicht, wie Ihr Bericht es ausdrückt (Königswinter- Gespräch, der Verfasser), obwohl gerade darin nun wirklich dauernd ausdrücklich die ,,Kirche" genannt wird, was bei uns anderen nicht geschieht, zit. nach Koch, Heinemann, S. 296.

471 LAB, B Rep. 002, Nr. 26619.
Vgl. Rheinischer Merkur v. 22. 2.1952 ,,Wehrlosigkeit reizt zum Zugriff". ,,[...]Niemöllers Nein zur Bundesrepublik und zum Wehrbeitrag muß mit einem Fragezeichen versehen werden. Vollends erschüttert werden muß aber eine Konzeption, wenn gegen sie Erklärungen von zumindest gleichrangigen kirchlichen Autoritäten stehen, deren Glaubwürdigkeit nicht durch Widersprüche gemindert ist. [...] Führende Theologen und Laien, darunter Lilje, Pautke, Wurm und der Tübinger Professor Spranger, haben an den Rat der EKD eine Denkschrift über den ,,Wehrbeitrag und das christliche Gewissen " gesandt. [...]Oft schon habe die Wehrlosigkeit der Friedfertigen die Kriegsgefahr erhöht, da ,,wehrlose Räume zum Angriff verlocken".

472 EZAB, Bestand 71/ 86 / 75, Denkschrift ,,Wehrbeitrag und christliches Gewissen", S. 2.

473 LKAB, Bestand 37/ 19, Brief Präses Wilm und einiger Mitunterzeichner an die Landesbischöfe: Bender- Karlsruhe, Halfmann- Kiel, Haug- Stuttgart, Lilje- Hannover, Meiser- München, Pautke- Lübeck, Schöffel- Hamburg, Wester- Flensburg, Wüstemann- Kassel, v. 17. 3. 1952.

Wir müssen Sie in aller brüderlichen Ehrerbietung fragen, ob das in Anbetracht der grundsätzlich verschiedenen Stellungnahme zum Wehrbeitrag, die mitten durch unsere Kirchen hindurchgeht, so geschehen durfte.
Es ist nur ein ausgesuchter Kreis von Dr. Eberhard Müller um die Unterschriften gebeten worden, andere Kirchenmänner wurden nicht gefragt, ja, nicht einmal unterrichtet. Bei 19 westdeutschen Landeskirchen haben die Bischöfe von nur neun Landeskirchen unterschrieben, wobei West- Berlin, wo keiner unterzeichnet hat, nicht mit eingerechnet ist. [...]Wie kann es dann noch zu einer wirklich brüderlichen Aussprache auf einer gemeinsamen Synode kommen? Wir müssen sehen, wie diese Entschliessung am 13. Februar d. J. in unserem Volk ganz einfach als die Zustimmung der Evangelischen Kirche zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands verstanden wird."[474]

Abschließend fragte Präses Wilm, ob die Bischöfe wirklich die Verantwortung für die Denkschrift übernehmen könnten. Sein Brief war auch an den Ratsvorsitzenden Dibelius in Berlin gerichtet und enthielt zwei Anlagen von Theologen, die sich zur Wiederbewaffnung äußerten. Pfarrer Busch erinnerte daran, dass die Kirche schon einmal die Waffen gesegnet habe, und offensichtlich auch diesmal nicht davor zurückschrecke, die Flucht in das bewaffnete Sicherheitssystem fromm zu untermauern. Außerdem sprach er den Unterzeichnern der Denkschrift das Recht ab, diese im Namen der Kirche zu veröffentlichen.
In der Anlage 2 wandte sich Propst Herbert gegen die Auffassung der Unterzeichner, dass es sich bei dem Problem des Verteidigungsbeitrags überhaupt nicht um eine Gewissensfrage handele, und dass vom christlichen Gewissen her höchstens zur Frage des Wie, nicht aber zur Frage des Dass etwas zu sagen sei. In 12 Fragen stellte er die politisch- theologischen Ausführungen der Denkschrift in Frage. Herbert bestritt auch, dass es nicht Aufgabe der Kirche sei, konkret zu den Fragen der politischen Entscheidung des Staates Stellung zu nehmen und sie sich darauf zu beschränken habe, auf das Denken des Volkes einzuwirken. Wird die Kirche sich nicht viel mehr mühen müssen, ein gemeinsames Wort zu konkreten Fragen der Zeit zu finden und wird man nicht von ihr erwarten können, dass sie auch in politischen Entscheidungsfragen die Gewissen schärfe, fragte er die Unterzeichner.
Trotz dieser Einwände gegen die Denkschrift von Einzelpersonen aus der evangelischen Kirchenleitung entstand in der deutschen Öffentlichkeit das Bild, die Kirche habe sich mit der Wiederbewaffnung abgefunden. Es fehlte zwar nicht an Auseinandersetzungen über den Wehrbeitrag, die Ratlosigkeit und Verwirrung vieler Christen um die Einheit der EKD nahm aber eher zu, so, dass der Wunsch nach vorzeitiger Einberufung einer Synode zunahm. Von dieser Zusammenkunft erhoffte man sich eine Klärung durch das oberste kirchliche Organ der EKD, zumal auf der politischen Ebene bereits im September 1951 die engültige Entscheidung

[474] Ebenda, S. 2.

für den Beitritt deutscher Soldaten in eine europäische Armee gefallen war. Dieser EVG- Vertrag stand nun kurz vor der Unterzeichnung.[475]

Auf die westlichen Länder eingehend erklärte der CDU- Abgeordnete und Oberkirchenrat Ehlers in einem Vortrag an der Universität Bonn,[476] sie stünden jetzt vor der Frage, ,,ob sie sich dem Moskauer Politbüro als dem einzigen unbegrenzt Bevollmächtigten und nicht mehr abrufbaren Arzt am Krankenbett ausliefern wollten. Wollen wir, dass unsere Regierung ihre Länder diesem Arzt ausliefern? Auf diese Frage gibt es nur ein Ja oder Nein, das von jedem wenigstens klar ausgesproche werden sollte." Ehlers kam im weiteren Teil seines Vortrages zu dem Ergebnis, dass es offenbar kein vom Wort Gottes herkommendes Argument gebe, das zwingend die Ablehnung der Wiederbewaffnung als christliches Postulat fordere.

2.7. Die Siegener Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU

Der Bundeskanzler hatte im November 1951 die Befürchtung ausgesprochen, die Mehrheitsfähigkeit der CDU sei in Gefahr, wenn es Heinemann und Niemöller gelinge, die CDU als katholische Partei abzustempeln. Deshalb sei es für die kommende Bundestagswahl entscheidend, den evangelischen Volksanteil zu gewinnen.[477] Um diesem Vorhaben Nachdruck zu verleihen erfolgte die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU. Ehlers bereitete die Konstituierung dieses Kreises vor, der dazu dienen sollte, die Ideen und Anschauungen des Kronberger Kreises einem interessierten Publikum zu präsentieren und mittels der Medien in die Öffentlichkeit zu tragen. So sollten Impulse aus Debatten und Diskussionen einem breiten evangelischen Publikum zugänglich gemacht werden.[478]

Während einer Tagung evangelischer Parteimitglieder der CDU vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen fand die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises statt. Auf dieser Tagung wurde eine ,,Entschließung zur Frage des Verteidigungsbeitrags und der deutschen Wiedervereinigung" erarbeitet. Darin hieß es:[479]

,,Politische Entscheidungen müssen in der Verantwortung vor dem evangelischen Gewissen nach politischen Gesichtspunkten getroffen werden. Sie dürfen nicht als Glaubensentscheidungen hingestellt werden.
Wir sind nach ernster Prüfung zu der Überzeugung gekommen, dass ein anderer Weg als der

---

475 Vgl. Kapitel ,, Der Pleven- Plan und die Pariser Verhandlungen".

476 LAB, B Rep. 002, Nr. 26619, ,, Dr. Ehlers zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages", in Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 5. 2. 1952.

477 Stiftung Bundeskanzler Adenauer- Haus, Rhöndorf, BPV 1950- 1952, 8. Sitzung v. 29. 10. 1951, zit. nach Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 331.

478 Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 20.

479 Entschließung der ,,Arbeitstagung der evangelischen Christen in der CDU", zit. nach Rausch/ Walther, Evangelische Kirche in Deutschland, S. 118 ff.

von der Bundesregierung beschrittene Weg deutscher und europäischer Politk heute nicht möglich ist. Unmöglich ist insbesondere jede Form einer Neutralisierung.
Keiner der gegen einen Verteidigungsbeitrag vorgebrachten Gründe hat uns überzeugen können, so sehr wir auch die Zurückhaltung des deutschen Volkes gegen die Bewaffnung verstehen. Der Verteidigungsbeitrag hat das Ziel, Europa und mit ihm Deutschland stark zu machen, dass der Osten keinen Angriff riskiert. Er ist das wirksamste Mittel zur Sicherung des Friedens.
Politischer Pazifismus kann aus dem christlichen Glauben nicht begründet werden. Die Anerkennung der Gewissensentscheidung gegen den Waffendienst muß mit der Heranziehung zu anderen Diensten im Interesse des Volkes verbunden werden.
Wir erwarten, dass alles getan wird, um die Erfüllung der sozialen Aufgaben und insbesondere die Fürsorge für die Vertriebenen nicht zu gefährden. Die bei Ablehnung eines deutschen Verteidigungsbeitrages notwendige Verstärkung der Besatzungstruppen würde uns mit noch höheren Lasten bedrücken. Bei einem Abzug der Besatzungstruppen würde die Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus alle in den letzten Jahren erreichten sozialen Fortschritte vernichten.
Mit besonderem Ernst haben wir die Frage geprüft, ob durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag die unheilvolle Trennung beider Teile Deutschlands noch verstärkt wird. Wir haben diese Frage mit Nein beantwortet. Keiner der Kritiker hat uns einen anderen Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit gewiesen. [...]."

Abschließend wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die verantwortlichen Männer und die Kirchenleitung der EKD das evangelische Wollen des Arbeitskreises ernst nähmen. Insbesondere solle allen Versuchen gewehrt werden, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten durch unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Auf der Schlussveranstaltung[480] am 16. März lehnte Adenauer Stalins Angebot eines wiedervereinigten, neutralen und bewaffneten Deutschlands ab.

Dessen Konzept einer Neutralisierung der Bundesrepublik wurde von der Gruppe um Heinemann toleriert. Kritisch registrierte das Auswärtige Amt Niemöllers Äußerungen zur deutschen Wiederbewaffnung anläßlich seines USA- Besuchs in New York.[481] Er hatte den Wert eines solchen Verteidigungsbeitrags bezweifelt und sagte laut Zeitung: ,,Such contributions would probably be followed immediately by a Soviet draft of manpower in Eastgermany to neutralize the situation". Er verwies auf die durch die Aufrüstung zu erwartende Erhöhung der Spannungen am Eisernen Vorhang.

Nicht zufällig sprach Adenauer vor einer Versammlung evangelischer CDU- Mitglieder, zu einem Zeitpunkt, da die Partei wegen der Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung von der Spaltung bedroht war. Entgegen der Absicht des Protestantismus, die Wiedervereinigung aus deutscher Sicht voranzutreiben, zielte Adenauers Sichtweise auf die Sicherung des Friedens

---

480 Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG, Ansprache Adenauers auf der Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises am 16. 3.1952, auch ,,Siegener Rede" genannt, S. 332.

481 PAAA, Bestand B10- A 2253, Brieftelegramm der deutschen diplomatischen Vertretung in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 21. 2. 1952. Betr.: Kirchenpräsident Niemöllers Erklärung laut New York Times.

in Europa. Dies konnte seiner Meinung nach nur durch eine Politik der Stärke geschehen, wie der Bundeskanzler dies auch im Königswinter- Gespräch ausgeführt hatte.
Trotz dieses Aufrufs zur Einigkeit innerhalb der evangelischen Mitglieder in der CDU waren weder sie noch die CDU- kritischen Gruppen um den Präses der westfälischen Landeskirche Wilm in der Sache der Wiederbewaffnung einig. Auch aus lutherischen Kreisen kam sehr schnell Kritik zur Aufrüstung von einer Gruppe aus Ostpreußen vertriebener Pastoren [482]. Diese fünfundvierzig Pastoren, die jetzt der Landeskirche Hannover angehörten, fühlten sich verpflichtet, an jene zu appellieren, die eine Wiederaufrüstung bejahten:

,,Eine Wiederaufrüstung muß die Wunde Deutschlands unheilbar vertiefen. Mit Recht werden die Brüder und Schwestern im Osten sich von uns verlassen und aufgegeben fühlen. Eine Wiederaufrüstung hindert uns an der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben : An der Durchführung eines planvollen Wohnungsbaues, an der Schaffung eines echten inneren Friedens zwischen Einheimischen und Vertriebenen, gesunder Arbeitsverhältnisse und einer gerechten Wirtschaftsordnung. Vor allem aber: Eine Wiederaufrüstung legt die Versuchung nahe, die Macht der Waffen in den Dienst der Vergeltung, der Rache und des Hasses zu stellen. [...]Darum sagen wir ,,Nein" zur Wiederaufrüstung. Wir können aber nicht sagen: ,,Ohne mich", weil wir [...] mitarbeiten wollen bei aller politischen und sozialen Neuordnung, in der jeder Mensch seine Achtung, sein Recht und seine Freiheit gewinnt."

Auf der Kundgebung der Bischofskonferenz,[483] die fast zeitgleich mit dem CDU-Arbeitskreis tagte, und über das Thema ,,Die politische Verantwortung der Kirche" diskutierte, wurde das Problem angesprochen, dass viele Menschen unter den verworrenen politischen Verhältnissen der Gegenwart auf ein helfendes Wort der Kirche warteten. Momentan würden einige Prediger praktische Lösungen von politischen Problemen vertreten. Sie würden sich berufen fühlen, den Politikern konkrete Weisungen zu geben. Andere erklärten, dass die Kirche mit der Politik nichts zu tun habe, sie solle sich allein auf die Predigt beschränken. Beide Auffassungen würden von der evangelischen- lutherischen Kirche als irrig abgelehnt.
Die Kirche müsse aber ernstlich mahnen, nicht die Grenzen zu verwischen, die zwischen Kirche und Welt, zwischen christlicher Gemeinde und politischer Ordnung bestünden. Deshalb wurden die Amtsträger davor gewarnt, durch falschen politischen Eifer Ärgernis zu erregen und einer Verwechselung des heiligen Auftrages der Kirche mit bestimmten parteipolitischen Programmpunkten Vorschub zu leisten. Trotz dieser widersprüchlichen Äußerungen verschiedener protestantischer Gruppen waren prominente Vertreter des Luthertums jetzt offensichtlich bereit, Adenauers Politik zu unterstützen.
Die Bitte um möglichst baldige Einberufung der Synode der EKD ist in einem Brief enthalten,

---

[482] KJ 1952, S. 34 f.
[483] KJ 1952, S. 27, 33. Kundgebung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch- Lutherischen Kirche Deutschlands v. 12. März 1952.

den Niemöller als Vorsitzender des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche an den Vorsitzenden des Rates der EKD richtete.[484] Der Brief ging auf einen Beschluss des Reichsbruderrates auf seiner letzten Tagung in Berlin- Spandau zurück. Darin hieß es, wie selten zuvor bedürften die Menschen unseres Volkes einer Wegweisung für ihr Verhalten in einer Entscheidung, die auf Leben und Tod gehen könne und die in die Tiefe des Gewissens greife. Auch die Regierungen unseres Volkes bedürften wie selten zuvor der Gewissensschärfung für ihr Vorgehen unter dem Einfluss der Besatzungsmächte in Ost und West.
Für die geforderte Sondersynode fand sich aber im Rat der EKD keine Mehrheit, und auf der Synode in Elbingerode im Harz, die vom 6. bis 10. Oktober 1952 unter dem Thema ,,Die öffentliche Verantwortung des Christen" stattfand, hatte es Eberhard Müller verstanden, die Wiederbewaffnungsfrage als Thema der Synode zu verhindern.[485] Martin Fischer[486] als Vertreter der Theologie Karl Barths warf in seinem Referat der EKD vor, dass sie die Sache der Kirche mit der Sache des Westens gleichsetze. Das Ausweichen vor einer Entscheidung zur Wiederbewaffnung werde von den Menschen als ein ,,Ja" der Kirche verstanden. Fischer wies darauf hin, wer die Ratifizierung der EVG- Verträge betreibe, sei auch dafür verantwortlich, was hinter dem Eisernen Vohang geschehe. Als Folge für eine Aufrüstung im Westen sagte er Gleiches für den Osten voraus. Hermann Ehlers verwies in seinem Beitrag darauf, dass die politische Entwicklung in der Bundesrepublik unausweichlich sei und erinnerte an die Pflicht des Politikers, für die ihm anvertrauten 50 Millionen Menschen im Westen zu handeln, die sonst verhungern müssten.[487]

2.8. Stellungnahmen der EKD vor dem Scheitern der EVG- Verhandlungen

Die Evangelische Kirche mit ihren Synodalen in verantwortlichen politischen Institutionen, Positionen und Ämtern blieb in der Frage der Wiederbewaffnung gespalten und die viel beschworene Entpolitisierung, um zu einer Gemeinsamkeit in der Frage der Remilitarisierung zu kommen, ein Wunsch. Bei dem Personenkreis um den oldenburgischen Oberkirchenrat und Bundestagspräsidenten Ehlers, der hinsichtlich der protestantischen Wählerschichten für den Bundeskanzler ,,unbezahlbar" war,[488] seinem späteren Nachfolger Gerstenmaier mit seiner Aversion gegenüber den Anhängern der Theologie Barths,[489] wie Heinemann und Niemöller, konnte es nicht ausbleiben, dass die Auseinandersetzungen um die Aufrüstung oder den rech-

---

484 LAB, B Rep. 002, Nr. 26619, Brief Niemöllers, ,,Die Kirche darf nicht schweigen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 2. 1952.
485 Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 168- 171.
486 Martin Fischer war von 1945- 1969 Dozent bzw. Professor an der Kirchlichen Hochschule Berlin.
487 Vogel, Kirche, S. 175 ff.
488 Es ist zu vermuten, dass Ehlers das genau wusste. Vgl. Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 216.
489 Greschat, Die evangelische Christenheit, S. 116.

ten Frieden von der politischen auf die kirchliche Ebene übergriff.

Nachdem im Mai 1952 der EVG- Vertrag unterschrieben worden war, wandte sich Anfang des Jahres 1953 eine größere Anzahl evangelischer Pfarrer an die Christenheit, die eine deutsche Aufrüstung in Ost und West ablehnten. Ein weiterer Aufruf gegen eine Wiederbewaffnung erfolgte in ,,Die Stimme der Gemeinde", dieser war nicht nur von evangelischen sondern auch von katholischen Kreisen unterschrieben und stellte deshalb für die evangelische Kirche etwas Neues dar.[490] Der letzte Abschnitt des Artikels stellte die Frage ,,Was haben wir Christen in Westdeutschland heute für die Erhaltung des Friedens zu tun?"

Unter anderem hieß es dort, die Freiheit der Gewissensentscheidung dürfe nicht durch eine gesteuerte Diffamierung der Gegner der Regierungspolitik und durch Einschüchterung behindert werden. Auch wenn der Staat nicht unparteiisch sein könne, weil in ihm alle Schichten der Bevölkerung ein gleiches Maß an Macht haben, dürfe er nicht jede ernsthafte Opposition unterdrücken. In diesem Fall müsste ihm das Recht abgesprochen werden, sich als Verteidiger von Demokratie und Freiheit auszugeben, er befände sich auf dem Weg zur Diktatur. Die Kirche dagegen sei unparteiisch, sie könne die Christen auffordern zu prüfen. Die Kriegsgefahr wäre viel geringer, wenn alle Christen die nötigen Prüfungen ernsthaft vollzögen, sie dürften nicht gegen ihre Überzeugung handeln.

Der Aufruf endete mit einem Appell an die handelnden Politiker:

,,Ihr behauptet die Ratifizierung der Verträge würde uns die Wiedervereinigung näher bringen. (Wir wissen, daß die Wiedervereinigung nur entweder das Ergebnis von Verhandlungen oder das Ergebnis eines Krieges sein kann. Wir wissen, daß nach einer Ratifizierung voraussichtlich nur mehr verhandelt werden könnte, wenn die Sowjetunion- was kein ernstzunehmender Politiker erwarten wird- bereit wäre, pfandlos Ostdeutschland herauszugeben). Warum begründet Ihr Eure angebliche Überzeugung nicht? Warum verlangt Ihr statt dessen, wie einst der sogenannte Führer, daß man Eurer Politik Vertrauen und Glauben schenkt und sich zu ihr bekennt?

[...]Der Friede läßt sich nicht dadurch herstellen und sichern, dass wir uns, wie dies weithin geschieht, materiell und ideologisch zum Krieg rüsten."[491]

Ein Gegenstück zu diesem Aufruf stellten die Entschließungen der zweiten repräsentativen Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Juni 1953 in Hannover dar. Unter der Leitung des Bundestagspräsidenten und zweiten Vorsitzenden der CDU Hermann Ehlers setzte sich die Versammlung besonders mit den politischen Grundgedanken Dr. Heinemanns auseinander, dem unterstellt wurde, in evangelischen Kreisen den verführerischen Wunschtraum zu nähren, die Bundesrepublik könne jetzt eine Politik des Ausweichens und der Neutralität betreiben.[492]

---

[490] KJ 1953, S. 32- 38. Unterschrieben hatten den Aufruf evangelischerseits Niemöller, Präses Wilm, Prof. Iwand aus Bonn, katholischerseits Prof. Hessen aus Köln, Dechant Emonds, hier S. 33 f.

[491] Ebenda, S. 34 –38.

Die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik werde von immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes bejaht, mit der gesamten CDU/CSU bekenne man sich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa.[493] Von den drei Entschließungen des Arbeitskreises befasste sich die zweite mit dem Thema: ,,Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa". In fünf Thesen wurde erklärt, dass die Politik der Sowjetunion in der Vergangenheit verkannt worden sei. Sie habe ihre Rüstung ununterbrochen verstärkt, eine Neutralität der Bundesrepublik würde den Russen Hoffnung auf Schwäche und Uneinigkeit der freien Welt geben. Das Ziel der Wiedervereinigung könne nur mit Freunden und Verbündeten erreicht werden. Neutralität würde die Abkehr vom Westen und die Auslieferung an die Sowjetunion bedeuten. Es sei eine Verkennung der Politik der Westmächte zu glauben, sie müssten unsere Freiheit unter allen Umständen verteidigen. In der Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises dazu hieß es:[494]

,,Wir achten das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit aus christlicher Gewissensentscheidung. Wir machen aber mit allem Ernst darauf aufmerksam, daß ein solches Bekenntnis nur möglich ist, solange die Söhne der freien Völker für uns Waffen tragen".
,,Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, zu behaupten, daß Unterlassung von Verteidigung den Frieden sichere. Die Behauptung, daß militärische Bereitschaft zwangsläufig zum Krieg führe, ist eine unverantwortliche Irreführung. Die Vergangenheit lehrt, daß Nicht- rechtzeitige- Verteidigungsbereitschaft erst recht Krieg heraufführen kann. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft will keinen bewaffneten Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Der europäische Soldat der Zukunft soll nicht Schlachten gewinnen, sondern Kriege verhüten. [...]."

Im letzten Punkt wurde darauf hingewiesen, dass sich die Menschen in der Sowjetzone durch die Politik der europäischen Verteidigung nicht im Stich gelassen fühlten. Gerade dort sei die Ablehnung einer neutralistischen Politik besonders entschieden.
Die dritte Entschließung zum Thema ,,Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche" verwies auf die Absicht des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die evangelischen Kräfte im politischen Bereich nicht zu zersplittern und damit auch die Behauptung zu widerlegen, es handele sich um eine einseitig katholische Partei. Die Träger eines kirchlichen Amtes sollten in der politischen Auseinandersetzung Zurückhaltung bewahren, dies dürfe sie aber nicht daran hindern, persönlich Stellung zu beziehen.[495]

---

492 Ehlers fand sich in den Gremien der Bekennenden Kirche immer mehr isoliert. Sein Verhältnis zu den Mitgliedern der Bruderschaften (Heinemann, Niemöller und Mochalski) verschlechterte sich so, dass er dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinold von Thadden- Trieglaff, mitteilte, seine Mitarbeit im Reichsbruderrat einzustellen. Heinemann unterstellte er ,,unsachlich politische mit berechtigten christlichen Anliegen" zu verbinden. Heinemann veröffentlichte daraufhin Aussprüche Ehlers gegen die Wiederbewaffnung, die dieser vor seinem parteipolitischen Aufstieg gemacht hatte. Zit. nach Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 221 f.

493 KJ 1953, S. 38.

494 Ebenda S. 39.

495 KJ 1953, S. 39 f. Vgl. Ehlert, Vom Scheitern, S. 380. Die monatlich publizierten Rundbriefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wirkten auch in andere kirchliche Gruppen und warben für die Unter-

Auch nach der gewonnenen Bundestagswahl im September 1953 entgingen die Aktivitäten der politischen Opposition in der Evangelischen Kirche nicht den Beobachtungen der Bundesregierung. Zu Heinemanns Vortrag vor der ,,Glaubensgemeinschaft Kirche und Frieden", einer christlich- pazifistischen Gruppe, in Amsterdam, verfasste die dortige diplomatische Vertretung einen umfassenden Bericht.[496]

Heinemann habe erklärt, dass Krieg Sünde sei und meine, dem Einwand, der gerechte Krieg sei erlaubt, müsse mit der Feststellung begegnet werden, dass der Krieg heute nur noch als eine unüberlegte Massenvernichtung bezeichnet werden könne. Zwei Gründe sprächen hauptsächlich dafür, Deutschland nicht in das westeuropäische Verteidigungssystem einzubeziehen. Der eine sei der frühe Zeitpunkt, das Land wieder zu bewaffnen. Dessen ungeachtet müsse der Tag kommen, an dem auch eigene Truppen wieder in Deutschland erlaubt seien.

Im deutschen Volk sei an Stelle einer Besinnung über die eigene Schuld immer mehr mit der Schuld der anderen wegen des Bombenkrieges, wegen der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, wegen der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und der Hungerjahre nach Kriegsende aufgerechnet worden. Das Gefühl nationaler Selbstrechtfertigung habe auch weitgehend den Ausgang der Bundestagswahl bestimmt. Gegen eine deutsche Beteiligung an der westeuropäischen Verteidigung spreche die Teilung des deutschen Volks, im Ernstfall käme es zu einem Bruderkrieg.

In kirchlichen Kreisen werde oft von der Christenpflicht zur Teilnahme an einem gerechten Krieg gesprochen, wobei unausgesprochen bleibe, dass dieser Angreifer nur die Sowjetunion sein könne. Andere Christen behaupteten, die Politik sei nicht Sache der Kirche und übersähen dabei, dass der Christ auch für das politische Handeln dem Herrn der Welt verantwortlich sei. Er, Heinemann und seine Anhänger, stünden auf dem Standpunkt, dass eine militärische Lösung das deutsche Problem nicht lösen könne. Es müsse eine Lösung gefunden werden, bei der sich Deutschland weder dem Westen noch dem Osten anschlösse, nur so könne eine Wiedervereinigung erreicht werden.

Die augenblickliche Lage sei eine Gefahr für die ganze Welt. Mit den zwei Regierungen auf deutschem Boden, die nicht miteinander verhandelten und sich als Verbrecherregierungen bezeichneten, müssten zehntausende von Menschen weiter in Lagern und Gefängnissen ausharren. Der Europarat in Straßburg sei keine unabhängige Institution, sondern eine amerikanische Basis mit Frontstellung gegen den Osten, wie auch die EVG einseitig gegen die Sowjetunion

---

stützung der Regierungspolitik.

[496] PAAA, Bestand B10-A 2269, Betr.: Vortrag Dr. Heinemanns in Amsterdam zum Thema ,,Die deutsche Frage und der Weltfriede". Bericht an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 14. 1. 1954, S. 1- 5.

gerichtet sei. Heinemann rief beide Machtblöcke dazu auf, ihr Sicherheitsbedürfnis zu begrenzen.

Akribisch vermerkte der Bericht an das Auswärtige Amt, dass der Vorsitzende der Glaubensgemeinschaft Heinemann als ,,Vertreter eines anderen Deutschland" verabschiedete. ,,Der schwere Kampf Heinemanns verdiene auch die Unterstützung des Auslands, da auch in Holland Stimmen laut würden, die sich für eine Wiederbewaffnung Deutschlands einsetzten,"[497] so der Vorsitzende. Die deutsche Vertretung fügte dem Bericht zu, dass die Glaubensgemeinschaft fast ausschließlich aus Mitgliedern von Intellektuellen, nämlich Akademikern, bestehe und Heinemanns Vortrag von 450 Personen besucht wurde. Die Mehrheit der Zuhörer sei jung gewesen und zu siebzig Prozent männlich. Der Beifall sei wohlwollend aber nicht sehr stark gewesen.

Immer wieder stellte sich für die EKD die Frage nach den Grenzen einer politischen Parteinahme zum Verteidigungsbeitrag, der auch in der Öffentlichkeit weiterhin sehr umstritten war. Sollten die Träger eines kirchlichen Amts in der politischen Auseinandersetzung des Tages Zurückhaltung üben oder, wie es der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU formulierte, am politischen Geschehen Anteil nehmen und Stellung beziehen?[498]

3. Planung des deutschen Wehrbeitrags und die Zweifel der Alliierten

3.1. Völkerrechtliche Bedenken und die Ergebnisse der EVG- Verhandlungen

Mit dem Näherrücken eines deutschen Wehrbeitrags wurde in der Öffentlichkeit die Frage nach der rechtlichen Stellung deutscher Soldaten in der EVG gestellt. Befürchtungen wurden laut, im Konfliktfall könnten deutsche Soldaten durch die kommunistischen Staaten als Freischärler behandelt werden. Dazu stellte die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts in einem Bericht fest,[499] ein Wehrbeitrag der Bundesrepublik würde nicht im Widerspruch zur bedingungslosen Kapitulation von 1945 stehen.

In den beiden deutschen Kapitulationsurkunden vom 7. und 8. Mai 1945 werde nur die bedingungslose Übergabe sämtlicher deutscher Streitkräfte erklärt, nicht dagegen die Kapitulation Deutschlands oder des Deutschen Reiches oder des deutschen Volkes, des deutschen Staates oder der deutschen Regierung. Hierbei habe es sich um einen rein militärischen Akt gehandelt. Ein ausdrückliches Verbot, die Waffen wieder aufzunehmen, enthielten die Kapitulationsurkunden nicht. Außer Zweifel habe ein solches Verbot bis zur vollständigen Erfül-

---

497 Ebenda S. 4.
498 KJ 1953, S. 40.
499 PAAA, Bestand B10- A2429, Schreiben der Rechtsabteilung V an die Abteilung II z. Hd. Hr. v. Hassell, v. 7. 7. 1952. Betr.: Völkerrechtliche Stellung deutscher Soldaten in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, S. 1- 5.

lung der Kapitulationsbedingungen gegolten.
Diese Bedingungen seien aber seit langem erfüllt, aus ihnen könnten daher keinerlei alliierte Rechte und keine deutschen Verpflichtungen mehr hergeleitet werden. Die Alliierten hätten am 5. Juni 1945 mit der Berliner Erklärung die Übernahme der Obersten Gewalt in Deutschland bekanntgegeben, in der behauptet wurde, dass die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte auch die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bedeute. Die Erklärung enthalte überdies Ausführungsbestimmungen über die Entwaffnung und Auflösung der deutschen Wehrmacht, die ebenfalls längst erfüllt seien.
Ferner wurden in den Bestimmungen auch Maßnahmen zur vollständigen Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands angekündigt, die auch in späteren Kontrollratsvorschriften enthalten seien. Aus der Berliner Erklärung könne daher nicht gefolgert werden, dass die Aufstellung deutscher Kontingente unzulässig sei. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 werde ebenfalls die Absicht geäußert, der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und jeder militärischen Betätigung vorzubeugen. Sowohl das Potsdamer Abkommen als auch die Berliner Erklärung seien ohne deutsche Beteiligung zustande gekommen. Das Abkommen begründe daher keine unmittelbaren Verpflichtungen für Deutschland.[500]
Die im Potsdamer Abkommen niedergelegte Absicht, die Entmilitarisierung Deutschlands ständig aufrechtzuerhalten, sei in verschiedenen Kontrollratsvorschriften verankert worden. Von diesen Bestimmungen seien verschiedene Kontrollratsbefehle durch die Alliierte Hohe Kommission (AHK) auf dem Gebiet der Bundesrepublik außer Wirksamkeit gesetzt worden. Mit der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages habe die AHK sich in einem Schreiben vom 23. Mai 1952 ferner verpflichtet, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages an, auch andere Kontrollratsvorschriften außer Anwendung zu setzen.
Sobald dies geschehen sei, würden die Bestimmungen der Kontrollratsvorschriften über die Entmilitarisierung keine rechtliche Bedeutung mehr für deutsche Soldaten besitzen. Der AHK stehe die Befugnis zu, Kontrollratsvorschriften außer Kraft zu setzen.[501] Der Oberbefehlshaber jeder Besatzungszone sei selbständig und Träger der Obersten Gewalt in seiner Zone. Damit unterliege er nicht der Weisung des Kontrollrats, der lediglich ein Koordinierungsorgan

---

[500] Ebenda, S. 2. Vgl. Abendroth, ,,Die gegenwärtige völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945", im Europa- Archiv vom 5. Juni 1952, S. 4943. Vgl. Heinze, ,,Völkerrechtsprobleme des Verteidigungsbeitrages der deutschen Bundesrepublik", im Europa- Archiv vom 10. Februar 1945, S. 4711.

[501] Ebenda, S. 3. Nach Ziffer 1 der Feststellung der vier Besatzungsmächte über das Kontrollratsverfahren in Deutschland vom 5. Juni 1945 wird die Oberste Gewalt von jedem der vier Oberbefehlshaber in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen, Deutschland als als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten ausgeübt.

darstelle und nur durch Vermittlung des Oberbefehlshabers in den einzelnen Zonen eingreifen könne.

Nachdem der Kontrollrat funktionsunfähig geworden sei, ging die alliierte Gesetzgebungsgewalt ungeteilt auf die Zonenbefehlshaber über. In den drei westlichen Besatzungszonen würden sich die Oberbefehlshaber zur AHK zusammenschließen, wenn sie als solche gemeinsam Kontrollratsvorschriften außer Anwendung setzten, dies sei für die Einwohner der Bundesrepublik wirksam. Mit der Aufstellung von deutschen Kontingenten im Rahmen der EVG würde die Bundesrepublik weder völkerrechtlich noch besatzungsrechtliche Verpflichtungen verletzen, sie würde insbesondere gegenüber der Sowjetunion keinen Vertragsbruch begehen. Wegen des deutschen Verteidigungsbeitrags hätten die kommunistischen Staaten kein Recht, gegen die Bundesrepublik oder gegen deutsche Staatsangehörige völkerrechtliche oder strafrechtliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die völkerrechtliche Stellung der Angehörigen der EVG, also auch der deutschen Soldaten, sei durch Artikel 80 und 81 des EVG- Vertrages gesichert. Danach würden der Gemeinschaft die gleichen Rechte und Pflichten zugewiesen, welche die Staaten nach dem Völkergewohnheitsrecht bezüglich ihrer nationalen Streitkräfte und deren Angehörigen genießen. Mit dieser Regelung verpflichteten sich die anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, den völkerrechtlichen Schutz der Kontingente deutscher Herkunft in gleicher Weise sicherzustellen wie den ihrer eigenen.

In einem besonderen Protokoll zum EVG- Vertrag seien zudem Vorkehrungen getroffen, um den völkerrechtlichen Schutz deutscher Soldaten im Kriegsfall zu gewährleisten. Keine Garantie könne dafür übernommen werden, dass die kommunistischen Staaten ihrerseits das Völkerkriegsrecht beachteten. Würden diese Erklärungen den Bundestagsbgeordneten genügen, um dem EVG- Vertrag im Parlament ihre Zustimmung zu geben ? Bereits kurz nach der Unterzeichnung des EVG- Vertrages im Mai 1952 zeichnete sich ab, dass die Ratifizierung durch das Parlament nicht einfach werden würde. Die Wiederbewaffnung war in Westdeutschland nicht populär und wurde vor allem von der SPD abgelehnt.[502] Dabei wurde oft übersehen, was die deutsche Delegation in Paris unter Theodor Blank an Verbesserungen erreicht hatte. Wichtigster Erfolg war der Grundsatz der Gleichbehandlung, der als Artikel sechs im EVG- Vertrag festgehalten wurde.

---

[502] PAAA, Bestand B10- A 2260, Repräsentativ- Befragung von EMNID, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung v. 21. März 1953. Auf die Frage „Sind Sie dafür oder dagegen, daß wir jetzt im Rahmen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen Wehrbeitrag leisten (EVG- Vertrag)?", antworteten im Januar 1953 41 % mit JA, 46 % mit NEIN.

Absicht der Delegation war es auch, die national verbleibenden Streitkräfte einzugrenzen. Die für die Europäische Verteidigungsstreitmacht zugesagten Kontingente durften nicht zugunsten nationaler Aufgaben verwendet werden. Die Deutschen hatten sich ebenfalls mit dem Wunsch durchgesetzt, dass anstelle eines Verteidigungskommissars, der als europäischer Verteidigungsminister eine sehr starke Position gehabt hätte, nun ein Exekutivorgan mit neun Kommissaren geschaffen wurde.[503]

Im Krieg sollte der SACEUR die Kommandogewalt über die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte übernehmen. Er konnte vor allem auch westdeutsche Divisionen in Armeekorps der NATO eingliedern, wenn auch nur mit einstimmiger Billigung des Ministerrats. Die USA und die NATO hatten diese starke Stellung des SACEUR gefordert, es sollte verhindert werden, Westeuropa in ein Operationsgebiet von EVG und NATO aufzuteilen. Ein weiterer Erfolg bei den Verhandlungen war, dass dem Aufbau einer deutschen Marine zum Schutz der Ost- und Nordseeküste zugestimmt wurde. Eine zahlenmäßige Festlegung der gesamten Kontingente gab es im EVG- Vertrag nicht, wohl aber wurden die Anzahl der Divisionen, Schiffe und Flugzeuge festgelegt. Der deutsche Umfang, ohne die Heimatverteidigungskräfte, belief sich auf 420 000 Mann im Frieden.[504]

Bei den Petersberg- Gesprächen ging es noch vorrangig um die schnelle Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit Westeuropas, es war ein militärisches Problem. Bei den Pariser EVG-Verhandlungen ging es um ein politisches Problem. Supranationale europäische Streitkräfte sollten unter Einschluss westdeutscher Einheiten aufgebaut werden und anschließend der NATO operativ unterstellt werden. Adenauer war der Meinung, dass die USA ihre Truppen schon in naher Zukunft abziehen könnten, deshalb unterstützte er die Idee von supranationalen Streitkräften, Europa sollte nicht zersplittert zurückbleiben. Bei den Verhandlungen versuchte die deutsche Seite klarzumachen, dass es sinnlos sei, die militärische und politische Gleichberechtigung zu trennen. Dies wäre auch innenpolitsch nicht durchzusetzen gewesen und gab der deutschen Delegation bei den Verhandlungen eine starke Position.[505]

In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Ergebnisse[506] der Konferenzen zur EVG wurde noch einmal auf den Widerspruch hingewiesen, dass einerseits für den Aufbau einer wirksamen europäischen Verteidigung die Einsicht bestand, auf die deutsche Mitwir-

---

503 Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 286 f.

504 BA- MA, BW 9/3131, zit. nach Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 287. Vgl. Maier, Die EVG, S. 41 f. Vgl. MGFA, Verteidigung, S. 46.

505 Meier- Dörnberg S. 283.

506 PAAA, Bestand B 10- A2254, Bericht Dr. v. Hassels für Dr. Haack in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts über die bisher erzielten Ergebnisse bei den Verhandlungen zur EVG, v. 4. 3. 1952, S. 1- 4.

kung nicht verzichten zu können, dass es aber andererseits für Frankreich nicht tragbar gewesen sei, die Bildung selbständiger deutscher militärischer Kräfte wieder zuzulassen. Durch die Klammer der europäischen Armee sollte die nach französischer Auffassung in dem Aufstellen militärischer Einheiten deutscher Herkunft liegenden Gefahr beseitigt werden.
Im Laufe der Verhandlungen hätten sich der deutsche und französische Standpunkt weitgehend angeglichen und ihren ersten Niederschlag in dem Zwischenbericht vom 24. Juli 1951 gefunden. Darin wurde auch festgeschrieben, dass die Integration erst auf Korpsebene erfolgen solle. Auf der Basis dieses Berichts sei die Konferenz in Paris weitergeführt worden, wobei die politischen Fragen zur EVG in besonderen Zusammenkünften der Außenminister erörtert worden seien. Auf vier Konferenzen in Paris, der letzten am 26. Januar 1952, seien der EVG Aufgaben zugeschrieben worden, die denen einer europäischen Constituante entsprächen.[507]
Der Bericht verwies auf die besonderen Schwierigkeiten, die sich bei den Konferenzen aus der Frage der Beziehungen zwischen der EVG und der Atlantikpaktorganisation ergäben. Die Beziehungen seien für die Bundesrepublik als Nichtmitgliedstaat des Nordatlantikpaktes von besonderer Bedeutung, sie wurden auf der Konferenz der Außenminister von Frankreich, den USA und Großbritannien mit dem Bundeskanzler in London am 16. und 17. Februar 1952 erörtert. Die erzielte Lösung fand in ihrem Grundsatz die Billigung des NATO- Rates in Lissabon und galt jetzt als Grundlage, um das Vertragswerk fertigzustellen.[508]
Bedenken gegen die Verträge zum Wehrbeitrag äußerte der Vorsitzende der SPD, der größten Oppositionspartei im deutschen Bundestag.[509] Er zitierte Staatssekretär Hallstein, der Wehrbeitrag werde unter allen Umständen durchgeführt, auch wenn er nicht eine allgemeine Zustimmung finden würde. Der Bundeskanzler habe dies bestätigt. Schumacher wehrte sich dagegen so zu tun, als habe die zweitägige Bundestagsdebatte bereits eine Entscheidung hervorgebracht. Dies sei weder in der Bundesrepublik noch in den anderen Ländern der Fall. Ob ein Wehrbeitrag geleistet werde sei noch durchaus offen, das Schlimmste könne noch vermieden werden, wenn die Wählerschaft auf dem Posten sei. Dabei müsse die Bevölkerung sich auch fragen, ob der finanzielle Aufwand für das Unternehmen in der von den Alliierten verlangten Höhe berechtigt sei.
Schumacher verurteilte die ,,nachlässige und apathische Behandlung der Frage der beschlag-

---

507 Ebenda, S. 3.
508 Ebenda.
509 StAB, Bestand 3/ 4- 12, Sonderdruck der Rede Kurt Schumachers im Süddeutschen Rundfunk am 9. März 1952 zum Thema ,,Wehrbeitrag noch nicht entschieden".

nahmten Auslandsvermögen und der deutschen Auslandsschulden". Die von der Bundesregierung zugestandene Höhe des finanziellen Wehrbeitrags sei genau die Höhe, wie sie die Alliierten verlangten. Er vermisse die von der Regierung zugesagten Verhandlungen, um eine Ermäßigung der Kosten zu erreichen. Die geforderten 12,4 Milliarden DM würden die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in Deutschland verschieben.[510]

Das Gelingen des Vertragswerkes hing nach Meinung des amerikanischen Generals Gruenther in Deutschland nur von einem Mann ab,[511] Bundeskanzler Adenauer. Unter seiner Führung habe sich die deutsche Meinung genügend kristallisiert, um deutsches Verbleiben beim Westen zu sichern. Wenn erst die Vertragswerke, die Deutschland zu einem Partner des Westens machten unterzeichnet seien, könne erwartet werden, dass die noch verbleibende Opposition aussterbe. Im Augenblick sei die deutsche Bevölkerung noch den Kreuz- und Querströmungen der Sowjetpropaganda ausgesetzt. Deshalb sei es so wichtig, die Vereinbarungen so schnell wie möglich zu unterzeichnen.

Adenauers Interesse an militärischen Fragen war stark begrenzt, er sah den Verteidigungsbeitrag vor allem aus politischer Sicht. Dabei übersah er oft die Brisanz militärischer Probleme, was zu einer großen Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich führte, ,,bis zur Grenze des Erträglichen", wie Speidel formulierte.[512] Einer dieser Konflikte während der Verhandlungen war das Integrationsniveau der deutschen Truppen. Frankreich hatte zunächst nur deutschen Einheiten bis zur Bataillonsstärke zustimmen wollen, hatte dann aber im ,,Spofford- Kompromiss" Kampfgruppen von 5000 Mann zugelassen. Bis dahin waren die Besatzungsmächte, vor allem Frankreich, nicht bereit, kleine Heere in der Größenordnung, wie sie von Belgien und Holland unterhalten wurden, von deutschen Generalen führen zu lassen.

Die ungewisse Zukunft der EVG sprach auch für die Zurückhaltung bei der Besetzung neuer Stellen durch ehemalige Offiziere bei der militärischen Planung. Anders als bei den Verwaltungsbeamten wurden die Offiziere ohne festgelegtes Verfahren rekrutiert und für eine spezifische Aufgabe ausgesucht. Dabei war die Reputation des Bewerbers im Kreis seiner bereits in der Dienststelle arbeitenden Kameraden ausschlaggebend. Die Bekanntschaft mit alten Kameraden im Amt Blank erwies sich für ehemalige Offiziere oftmals als Glücksfall.[513] Dabei bestand mit zunehmender Dauer die Gefahr, dass die Soldaten ihren Einfluss auf die Beset-

---

510 Ebenda.

511 PAAA, Bestand B10- A 2255, Telegramm der diplomatischen Vertretung in Washigton an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 22. 4. 1952. Bericht über den Leitartikel der New York Times zur EVG.

512 Speidel, Aus unserer Zeit, S. 313.

513 Empfehlungen beruhten auf Leistungen aus dem Zweiten Weltkrieg oder davor. In einem besonderen Fall wurde der Gesamtbestand noch lebender Generalstabsoffiziere gesichtet, um ein Reservoir für den künftigen Bedarf zu gewinnen. Ansonsten war die Reputation ausschlaggebend, die Persönlichkeiten sollten die Gewähr bieten, für die Dienststelle Blank nützlich und befähigt zu sein. Befragung Siegfried Schulz, 19. 2. 1969, BA- MA, MSg 1/ 2952, vgl. auch Vermerk, 26. 2. 1952, BW 9/ 505, zit. nach Krüger, Amt, S. 86.

zung von militärischen Stellen ausdehnten. Ein Vorwurf gegenüber Blank lautete, dass er bei der Stellenbesetzung zu wenig die Bundestagsfraktion der Unionsparteien mit einbeziehe. Auch deshalb wurde ihm von vielen die Befähigung zum Verteidigungsminister abgesprochen.

Als im Jahr 1953 die Rüstungsabteilung aufgebaut wurde, drängte die Industrie auf ,,ganz besonders tüchtige Kräfte", im anderen Fall drohe ,,eine Vertrauenskrise zwischen Wirtschaft und der zukünftigen Außenabteilung". Aus 150 Kandidaten wurden dann teilweise ,,Spitzenkräfte" gewonnen, die aus Technikern, Juristen, ehemaligen Offizieren, Beamten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes ausgewählt wurden.[514] Insgesamt bestand die Dienststelle Blank im März 1953 aus 708 Bediensteten. Davon waren 120 bei der Pariser Delegation tätig.

Nach der Bundestagswahl 1953, die Adenauers Politik eindrucksvoll bestätigte und ihm eine verfassungsändernde Zwei-Drittel- Mehrheit verschaffte, bat Blank um Änderung seiner Position. Bisher war er Abgeordneter und Beamter des Bundeskanzlers, jetzt verlangte er Sitz und Stimme im Kabinett, dies bedeutete das Ressort des Verteidigungsministers.[515] Dabei spielte die immer deutlicher werdende Rivalität mit dem CSU- Generalsekretär Strauß eine Rolle. Strauß hatte sich in den Wehrdebatten des Parlaments einen Namen gemacht und damit als Alternative zu Blank ins Spiel gebracht.[516] Hinzu kam das gute Abschneiden der CSU bei der Bundestagswahl, das diese Forderungen noch verstärkte. Adenauer billigte Strauß trotzdem nur das Amt eines Ministers für besondere Aufgaben zu, während Blank unverändert auf seiner Position blieb.[517]

Im September 1952 hatte der Bundestag einen Ausschuss zur Mitberatung des EVG-Vertrages eingerichtet, dieses Gremium wurde 1953 in ,,Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit" umbenannt, sein Vorsitzender war zunächst Strauß. Vor diesem Gremium standen Blank und andere Vertreter der Dienststelle den Abgeordneten für Fragen zur Verfügung, um Aufklärung über die bisher erzielten Ergebnisse der Pariser Verhandlungen zu betreiben. Um die Übereinstimmung der bisher erzielten Ergebnisse bei den EVG- Verhandlungen der französischen Regierung mitzuteilen, wandte sich Staatssekretär Hallstein an deren Präsidenten René Pleven.[518]

---

514 Krüger, Amt Blank, S. 87.

515 Tagebuch der Abteilung II, 21. 10. 1953, BA- MA, BW 9/ 2527- 3, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 91. Vgl. MGFA, Verteidigung, S. 62.

516 Franz- Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 159 ff.

517 Der ,,Spiegel" unterstellte Strauß, Blank aus dem Kabinett herauszuhalten, um nach Inkrafttreten des EVG-Vertrages selbst das Ministerium zu übernehmen und Blank in das Pariser Kommissariat abzuschieben. Vgl. Der Spiegel, 7 (1953), Nr. 43, S. 5, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 91.

518 PAAA, Bestand B10- A2262, Brief des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Hallstein, an den Minister-

Er nahm Bezug auf den in der französischen Zeitung veröffentlichten Artikel, der entschieden Stellung gegen eine Allianz alten Stils bezog und sich für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als den für die europäischen Verhältnisse allein geeigneten Weg aussprach. Dies sei auch stets die Auffassung der Bundesregierung gewesen, so Hallstein. Die deutsche Regierung sei davon überzeugt, dass die baldige Ratifikation des Vertrages erfolgen werde und jede Verzögerung, wie es auch in dem Artikel zum Ausdruck komme, die Gefahr vergrößere, die durch das militärische Ungleichgewicht auf Europa laste.
Versuche zur Umstimmung der Franzosen kamen von ostdeutscher Seite. Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, verwies in einem Schreiben[519] auf die friedliebenden Kräfte des deutschen und französischen Volkes, um zu einer friedlichen Lösung des deutschen Problems im Interesse eines dauerhaften Friedens in Europa beizutragen. Die Politik Adenauers sei von aggressiven Kräften diktiert und steure auf eine Remilitarisierung Westdeutschlands und einen Revanchekrieg zu. Dadurch entstünden im französischen Volk völlig falsche Vorstellungen von dem tatsächlichen Willen des deutschen Volkes.
Im Namen aller friedliebenden Bürger der DDR, Westdeutschlands und Westberlins wandte sich Pieck an das französische Staatsoberhaupt um mitzuteilen, das deutsche Volk sei gegen Adenauers Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung und wolle wie das französische Volk an der Sicherung des Friedens in Europa beitragen. Dazu gehöre eine gesamteuropäische Vereinbarung über die Sicherheit, die um so eher erreicht werde, je aktiver die beteiligten Völker die Sache des Friedens in die Hände nähmen. Eine Remilitarisierung Westdeutschlands, wie sie von gewissen amerikanischen und westdeutschen Militaristen mit der EVG und ähnlichen Militärpakten betrieben werde, müsse verhindert werden. Die DDR werde niemals den EVG- Vertrag anerkennen, er verhindere die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Basis. Pieck hege deshalb die Hoffnung, dass der Vertrag vom französischen Parlament niemals ratifiziert werde, um den Frieden in Europa nicht zu gefährden.
Mit Blick auf die Vergangenheit sage er als DDR- Präsident all jenen, die glaubten, dass durch eine Ratifizierung der provokatorische, militaristische Charakter einer neuen deutschen Wehrmacht abgeschwächt werden könnte, sie befänden sich in einem großen und verhängnisvollen Irrtum. Die Militaristen in der Bundesrepublik redeten scheinheilig von Frieden und Verteidigung, während sie in Wirklichkeit zu einem neuen Revanchekrieg rüsteten. Die Geschichte habe gelehrt, was der deutsche Militarismus für Frankreich bedeute und sein Wie-

---

präsidenten René Pleven in Paris, v. 22. 1. 1953. Der Brief nahm Bezug auf Plevens Veröffentlichung des Artikels ,,Armée Européenne et 'Grande Alliance' " in: ,,Le Petit Bleu des Cotes- Du- Nord".

519 PAAA, Bestand B10- A 2277, Schreiben des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, an den französischen Staatspräsidenten Coty, v. 25. 8. 1954, S. 1- 3.

dererstehen werde Frankreich, Deutschland und andere Länder Europas in die gefährlichsten Abenteuer hineinziehen.
Den westdeutschen Militaristen müsse es unmöglich gemacht werden, politischen Druck auf Frankreich auszuüben und einen neuen Revanchekrieg auszuüben. Statt dessen sollten die wirtschaftlichen und kulurellen Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickelt werden, die ebenfalls durch den EVG- Vertrag Schaden nehmen würden, da er den Verlust der nationalen Unabhängigkeit bringe. Wenn Frankreich helfen wolle, diese Gefahr zu bannen, dann gebe es nur den einen Weg, die Ratifizierung der Verträge abzulehnen.[520]
Die Hoffnungen und Bedenken, ob es in Frankreich zu einer Ratifikation der Verträge kommen würde waren nicht unbegründet und der französische Soziologe Raymond Aron sah zwischen Januar 1953 und August 1954 einen großen ideologisch-politischen Streit in Frankreich ausgebrochen, wie es ihn in der Form lange nicht gegeben hatte. Schon sehr früh wurde bemerkt, wie sehr das Vorhaben einer europäischen Armee mit deutscher Beteiligung, den ,,Grundströmungen des internationalen Lebens" zuwiderlief .[521]
In den folgenden Monaten vor der erwarteten Ratifikation der EVG- Verträge durch Frankreich und der bevorstehenden zweiten Bundestagswahl am 6. September 1953 veröffentlichte die Bundesregierung zahlreiche Stellungnahmen und Umfragen zu einem deutschen Wehrbeitrag, nicht zuletzt, um für die Regierungspolitik zu werben.

3.2. Erklärungen zur EVG vor der erwarteten Ratifikation durch Frankreich

Einen Einblick in die schwer einzuschätzende Lage zum Stand der EVG- Verhandlungen in Paris gab die Aufzeichnung der Auffassung aus dem Pentagon zu Beginn des Jahres 1953.[522]
Leitende Persönlichkeiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums hätten zu Beginn der EVG- Verhandlungen eine Ratifizierung kaum erwartet. In keiner anderen Behörde sei die Stimmung pessimistischer gewesen als dort. Erst in den letzten Tagen sei man wieder optimistischer geworden. Für den Fall des Scheiterns der EVG denke eine starke Minderheit im Pentagon daran, die Aufstellung einer deutschen Nationalarmee zu bewirken.
Diese Tendenz entspreche jedoch mehr dem Gefühl der Verärgerung über die französische Haltung als verstandesgemäßen Überlegungen. Sie sei von ihren Vertretern in ihrer Konsequenz nicht überlegt und vor allem nicht politisch durchdacht. In naher Zukunft sei dieser Ge-

---

520 Ebenda, S. 2 f.
521 Zit. nach Jean- Pierre Rioux, Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen? In: Hans- Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 159 f.
522 PAAA, Bestand B10- A 2261, Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, Abteilung II B, Auffassung des Pentagons über die europäische Verteidigung, v. 4. 2. 1953.

danke nicht ausführbar, davon müssten sich diese Menschen überzeugen lassen. Die vorherrschende Meinung im Pentagon sei die, im Fall des Scheiterns der EVG, eine Folgerung zu ziehen. Dort lehne man es ab, von einer Alternative zu sprechen. Diese Folgerung sehe dann so aus, die strategischen Pläne für Europa auf die periphere Verteidigung (Spanien, England, Griechenland, Türkei) abzustellen.

Der deutsche Wehrbeitrag war auch Thema einer Besprechung im Juni 1953 im Bundeskanzleramt.[523] Zunächst bat Adenauer den amerikanischen General Ridgway seinem Präsidenten Eisenhower mitzuteilen, dass die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter der Regierungspolitik stehe und er fest davon überzeugt sei, die bevorstehenden Wahlen zu gewinnen. Der General brachte gegenüber Adenauer seine Anerkennung für dessen unerschütterliche Unterstützung der EVG zum Ausdruck und gab der Hoffnung Ausdruck, die Integration Europas möge weiterhin so gute Fortschritte machen.

Der General zeigte sich darüber befriedigt, dass das parlamentarische Verfahren zur Ratifizierung des EVG- Vertrages abgeschlossen sei und wünschte, dass die weiteren erforderlichen Schritte in Deutschland und in den anderen beteiligten Ländern ebenfalls bald erfolgen würden. Auch in Frankreich gebe es in militärischen Kreisen genug Männer, denen das Wohl des Landes sehr am Herzen liege, er verspreche sich eine Wendung zum Besseren. Adenauer warf eine scherzhafte Bemerkung ein und äußerte, dass es auf Frankreich eine stimulierende Wirkung haben könnte, wenn die Vereinigten Staaten vorsichtig mit Deutschland flirten würden. Amerika habe die Franzosen in der Vergangenheit mit Geldgeschenken verwöhnt und wenn ein reicher Onkel so freigiebig sei, glaube man nur allzu leicht, dass dies immer so weiter gehen müsse.[524]

Adenauer umriss noch die Ziele der russischen Politik aus deutscher Sicht. Die Russen hätten das Ziel, den Vorsprung der Amerikaner in der Atomtechnik sowie in der Erzeugung von Kohle und Stahl aufzuholen. Deshalb bemühten sie sich, das Industriepotential der Bundesrepublik, Nordfrankreichs und Belgiens sich einzuverleiben. Dies erkläre ihre Versuche, die EVG und die Integration Europas zum Scheitern zu bringen. Aufgabe der amerikanischen Politik müsse es sein, den Europäern Mut einzuflößen und sie zu unterstützen.

Ridgway fragte Adenauer nach der Stationierung von neuen amerikanischen Geschützen in Europa, die auch Atomgeschosse verwenden könnten. Adenauer erwiderte, Europa lebe sicher unter dem Schild der amerikanischen Atomwaffen und diese Sicherheit könne noch erhöht

---

523 PAAA, Bestand B10- A 2265, Aufzeichnung über eine Besprechung des Bundeskanzlers mit General Ridgway, Staatssekretär Prof. Hallstein, Herrn Blank, General Heusinger, Brigadegeneral A. Biddle und Mr. Reber im Bundeskanzleramt, v. 15. 6. 1953, S. 1-5. Ridgway war Chef des Generalstabes des Heeres.

524 Ebenda, S. 3.

werden, wenn ein Teil dieses Schilds in Europa sei. Der Bundeskanzler erkundigte sich noch, ob es möglich sei, im Rahmen der militärischen Ausbildung Deutsche bei den Amerikanern auszubilden zu lassen. Herr Blank werde dieses Thema bei seinem bevorstehenden Besuch in den USA sicher ansprechen. Dringlich sei, dass deutsche Divisionen so schnell wie möglich aufgestellt würden. Ausweichend verwies der General auf die bevorstehenden Verhandlungen in den USA.[525]

Um diese umfangreichen Aufgaben zu bewältigen, erwarteten die Amerikaner einen entsprechenden deutschen Beitrag, der zahlenmäßig in einer Erklärung des für die militärische Planung zuständigen Oberst Fett im Juli 1953 so beziffert wurde.[526] Die personelle Friedensstärke der ersten Aufstellung sollte etwas mehr als 500 000 Mann betragen, das entspreche der zahlenmäßigen Leistungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung. Von dieser Gesamtstärke würden 360 000 dem Heer, 80 000 der Luftwaffe und 20 000 der Marine zugeordnet. Überalterte Bewerber sollten zurückgestellt und junge, ungediente für die Unteroffizierslaufbahn vorgezogen werden. Waffen und Ausrüstung müssten rechtzeitig bereitgestellt werden, hier hoffe man auf amerikanische Hilfe.

Vor der Bundestagswahl im September veröffentlichte das Auswärtige Amt den Text einer Rede Adenauers zum Thema ,,Deutschland und die EVG".[527] Darin wurde festgestellt, dass die Verteidigung der Freiheit in Europa nur mit dem Zusammenstehen aller Staaten möglich sei, deshalb wollten sich die Deutschen in die Reihe der Verteidiger einreihen. Der deutsche Bundestag habe dem EVG- Vertrag seine Zustimmung gegeben. In seinem Brief an Adenauer vom 25. Juli habe der amerikanische Präsident betont, den Frieden erhalten zu wollen. Dies könne aber nicht durch Schwäche geschehen, die EVG werde die einfachste, unzweideutigste und klarste Demonstration der Stärke für den Frieden werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien um die Ratifikation stellten einige Aspekte besonders hervor. Nicht nur von östlicher Seite sei die Vermutung und Befürchtung laut geworden, die EVG würde in der Bundesrepublik dem aggressiven Militarismus als Keimzelle dienen. Neben dem Grundgesetzartikel 26[528] verbiete auch die Verteidigungsgemeinschaft selbst jeden Angriffskrieg und mache ihn unmöglich. Das Kommando dieser Streitkräfte sei von der untersten Stufe der operativen Führung an aufwärts integriert. National geschlossene

---

525 Ebenda, S. 3 ff.

526 PAAA, Bestand B10- A 2265, Erklärung des Oberst a.D. Fett über die Aufstellung des deutschen Kontingents für die europäische Armee, Aufzeichnung für die Diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in Washington, v. 31. 7. 1953.

527 PAAA, Bestand B10- A 2265, Entwurf ,,Deutschland und die EVG" , Abt. II B, Ref.: Dr. von Hassell, v. 29. 8. 1953, S. 1- 6.

528 ,,Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Einheiten der Gemeinschaft unter selbständiger operativer Führung gebe es nicht. Die EVG stelle in Europa die beste Sicherung gegen einen innereuropäischen Krieg und gegen jeden Angriffsgedanken innerhalb der Mitgliedstaaten dar.
Gegen westliche Befürchtungen, den Deutschen könnte bald die Hegemonie in dieser Gemeinschaft zufallen, sprächen die Vertragstexte selbst, in denen bestimmt werde, dass alle wichtigen Entscheidungen Einstimmigkeit des Ministerrats erforderten. Niemand könne den anderen überstimmen, nur Gemeinsamkeit führe zu Aktionen.[529] Adenauer versuchte in dem Beitrag den kleineren Mitgliedstaaten die Furcht vor einem möglichen deutschen Übergewicht zu nehmen, indem er darauf hinwies, eine deutsche Mitgliedschaft in der Verteidigungsgemeinschaft sei der sicherste Weg, um den Ausgleich zwischen den Partnern zu fördern und den kleineren Teilnehmerstaaten gegenüber das ,,Drückende" zu nehmen.[530]
Auf die sowjetische Note vom März 1952 eingehend, die eine Wiedervereinigung und die Verbündung mit dem Westen ausschloss, wies der Bundeskanzler darauf hin, dass mit dem großen neutralisierten deutschen Gebiet in der Mitte Europas das Ungleichgewicht zunächst verewigt werden würde und das Gespenst eines militärischen Zusammenstoßes bestünde. Ziel der EVG sei es, diesen Zustand latenter Kriegsgefahr zu beenden. So sehr die Wiedervereinigung auch von allen aufrichtigen Deutschen gewollt werde, rechtfertige sie nicht, eine Katastrophe wie den Krieg auszulösen, die EVG wolle Frieden und Freiheit schützen.
Wirtschaftliche Stärke des Westens werde die Durchlässigkeit zum Osten fördern und einen friedlichen Weg zur Wiedervereinigung zeigen. Der Ausbruch des 17. Juni habe auf die wirtschaftlichen Probleme in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands hingewiesen, nur die Stärke des durch Integration geeinten Westens biete erfolgsversprechende Aussichten für Verhandlungen mit Sowjetrußland. Integration und Wiedervereinigung schlössen sich nicht aus. Die Integration sei der Weg, um die Wiedervereinigung herbeizuführen, deshalb bejahe die Bundesrepublik die EVG.[531]
Die sich abzeichnende Einigung zur Gründung der EVG veranlasste das Auswärtige Amt, das die Verhandlungen in Paris geführt hatte, Material zusammenzustellen, das Staatssekretär Hallstein als Grundlage für seinen Meinungsaustausch in Amerika dienen sollte.[532] In dieser Amerikarede vom Herbst 1953 wurde auf die mehr als einjährige Verhandlungsdauer

---

529 Auf der Ebene des Miniserrats war das EVG- Projekt auf die kooperative Methode zurückgefallen. Die nationale Souveränität und das Veto- Recht jedes einzelnen Mitgliedstaates wurde beibehalten, womit sich jede Entscheidung für die supranationale Armee blockieren ließ. Vgl. Lipgens, Die Bedeutung des EVG-Projekts, S. 26 f.

530 PAAA, Bestand B10- A 2265, Entwurf ,,Deutschland und die EVG", S. 3 f.

531 Ebenda, S. 4 ff.

532 PAAA, Bestand B10- A 2260, Aufzeichnung der Amerikarede von Staatssekretär Hallstein zur EVG. Abteilung II B, v. 14. 10. 1953.

verwiesen, nach der die Außenminister der Regierungen von Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und der Bundesrepublik am 27. Mai 1952 in Paris das Vertragswerk unterzeichnet hatten.

Die beteiligten Staaten hatten das Ziel, die westliche Welt im Rahmen des Nordatlantikpakts gegen jegliche Angriffe zu verteidigen. Jede Aggression gegen einen Mitgliedstaat der EVG sollte auch als Angriff gegen die NATO bewertet werden. Vor Inkrafttreten des EVG- Vertrages bedurfte er der Ratifizierung durch die Parlamente der beteiligten Staaten. Hallstein wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich in allen Mitgliedsländern durch eine Verzögerung des Ratifizierungsverfahrens gezeigt hätten. Sie beruhten zum größten Teil auf nationalistischen Auffassungen. Viele dieser Bedenken hatten die Preisgabe wesentlicher Souveränitätsrechte auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung ausgelöst und einen historischen Hintergrund.

Politische Vorstellungen, die sich im Laufe vergangener Jahrhunderte als unfähig erwiesen, Europa einen Frieden zu sichern, saßen noch im Bewusstsein der Völker und ließen sich nicht so schnell durch kühne Ideen ersetzen. In Frankreich beruhten diese Vorbehalte auch auf Befürchtungen vor einer deutschen Wiederaufrüstung. In allen Mitgliedstaaten war aber zu beobachten, dass nur eine europäische Verteidigungsmacht auf überstaatlicher Ebene eine wirksame Sicherung dafür sein konnte, dass europäische Staaten unter sich nicht noch einmal in kriegerische Auseinandersetzungen gerieten. Das deutsche Volk hatte sich bei den Wahlen im September in großer Mehrheit für die Fortsetzung der bisherigen Politik der europäischen Integration ausgesprochen.[533]

Es bleibe zu hoffen, so Hallstein, dass auch der Osten, insbesondere Russland, eines Tages erkennen möge, dass der Zusammenschluss der europäischen Staaten nur dazu diene, Frieden und Wohlstand zu sichern und gegen kein Land aggressive Ziele verfolgt würden. Durch den Abschluss von Sicherheitspakten und die Abgabe von Garantieversprechen würden dem Osten im Rahmen der zukünftigen EVG Rechnung getragen. Zwischen der Regierung der USA und den Delegationen der beteiligten EVG- Länder würden hierüber Verhandlungen geführt. Hallstein erwähnte die bereits fertiggestellten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe und verwies auf die französischen Sonderwünsche in Gestalt von Zusatzprotokollen, die einer befriedigenden Lösung zugeführt worden seien.

Als Blank im Oktober 1953 dem Bundeskanzleramt mitteilen konnte,[534] im Zuge der EVG-

---

533 Ebenda, S. 2f.

534 PAAA, Bestand B10- A 2267, Schreiben Blanks an den Bundeskanzler, v. 30. 10.1953.
Es handelte sich um eine französische und eine niederländische Einladung ehemaliger deutscher Offiziere vor Inkrafttreten der Verträge und vor der Ratifizierung in Frankreich.

Verhandlungen läge aus Frankreich eine Einladung auf Entsendung ehemaliger deutscher Offiziere zu ,,ausserdeutschen militärischen Lehrgängen" vor, die bereits vor Inkrafttreten der Verträge geplant seien, gab er der deutschen militärischen Delegation in Paris die Anweisung, den Vorschlägen zuzustimmen.

,,Ich halte die angebotene Entsendung von deutschen, hochqualifizierten ehemaligen Offizieren im Hinblick auf eine künftige Besetzung wichtiger integrierter Führungsstellen, wie auch zur Sicherstellung des deutschen Einflusses bei den europäischen Lehrgängen für dringend erwünscht. Politische Schwierigkeiten dürften nicht entstehen, da beide Einladungen über den Interimsausschuss an uns herangetragen worden sind. Vielmehr könnte eine ungerechtfertigte Zurückhaltung gegenüber diesen europäischen Angeboten falsch gedeutet werden.
Ich erbitte deshalb ihre Zustimmung zu der vorgesehenen Entsendung ehemaliger deutscher Offiziere, damit ich die entsprechenden Massnahmen einleiten kann".

Konnten solche Gesten der Teilnehmerländer nicht als Vertrauensbeweis gedeutet werden? Hatten die Pläne für die EVG nicht inzwischen eine greifbare Gestalt angenommen? Nach mehr als einjähriger Konferenzarbeit schien das Vertragswerk in den meisten Ländern als akzeptiert, in Frankreich stand das Beratungsverfahren des Parlaments noch aus. Hallstein stellte in seiner ,,Amerikarede" befriedigt fest, auch der französische Sozialistenführer Mollet habe kürzlich vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg anerkennende Worte zur EVG gefunden, so, dass dem Fortgang des Ratifizierungsverfahrens in Frankreich zuversichtlich entgegengesehen werden könne.[535]

Wenige Wochen vor den abschließenden Beratungen zum EVG- Vertrag in Frankreich erstellte das Auswärtige Amt eine Erklärung für den Bundeskanzler, in der er sich zu EVG und NATO äußerte.[536] Darin stellte er fest, dem Bestreben, die EVG zu verwirklichen, seien durch die Billigung des EVG-Vertrages durch das holländische, belgische und luxemburgische Parlament neue Impulse verliehen worden. Auch das in Paris am 13. April unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EVG sei ein wichtiger Schritt zur Realisierung der EVG.

Das Abkommen sehe eine Angleichung der militärischen Ausbildung und der Ausrüstung der Streitkräfte Großbritanniens und der EVG vor. Die von den Briten eingegangenen Bindungen stellten eine geradezu revolutionäre Entwicklung ihrer Außenpolitik dar. Das Land habe die gleichen Verpflichtungen übernommen wie die Mitgliedstaaten der EVG. Hinzu komme die Versicherung der britischen Regierung, dass auf dem Kontinent britische Soldaten stationiert

---

535 PAAA, Bestand B10, A 2260, Aufzeichnung der Amerikarede von Staatssekretär Hallstein zur EVG. Abteilung II B, v. 14. 10. 1953, S. 4.

536 PAAA, Bestand B10- A 2272, Entwurf zu einer Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über EVG und NATO, v. 22. 4. 1954, Abteilung II des Auswärtigen Amts, S. 1-8.

blieben, solange eine Bedrohung Westeuropas bestehe. Es werde keine Schwächung der westlichen Verteidigungsfront durch Abzug von Truppen geben.[537]

Im gleichen Sinne begrüße die deutsche Regierung die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Eisenhower vom 16. April, in der er die Bedeutung der EVG im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft hervorhob und amerikanische Streitkräfte in angemessener Stärke zusagte. Die amerikanische Regierung werde bestrebt sein, eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Vereinigten Staaten sowie der anderen NATO- Länder und der EVG im Hinblick auf Führung, Ausbildung und Organisation zu fördern und hierzu in verstärktem Maß Informationen über die Anwendung neuer Waffen und über eine Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung zur Verfügung zu stellen.[538]

Unterstützung erhielt der deutsche EVG- Beitrag auch durch die schweizerische Regierung, deren Politik positiv zur EVG eingestellt war.[539] Die deutsche Gesandtschaft berichtete, nach Auffassung der schweizerischen Regierung sei die Verteidigung des Westens ohne einen deutschen Beitrag nicht möglich. Aus politischen Gründen werde die Europa- Armee für die zur Zeit einzige realisierbare Lösung angesehen, während militärische Kreise zu einer Nationalarmee mehr Vertrauen hätten.

Die freisinnige Neue Zürcher Zeitung, die den Standpunkt der stärksten Regierungspartei vertrete, habe ein Interview mit dem Abgeordneten Faure in Paris geführt. Dieser Abgeordnete gehöre dem politischen Nachwuchs in Frankreich an und übe in der auswärtigen Politik Einfluss aus. Faure habe erklärt, dass sich das ,,Opfer der Preisgabe der Souveränität auf militärischem Gebiet, soweit es sich um die europäischen Streitkräfte handele, für Frankreich lohne, da es einen fundamentalen Beitrag zu seiner Sicherheit bedeute".

Wenn Deutschland endgültig mit dem Lager des Westens verbunden sei und als Miltärmacht dem Schutz der freien Völker diene, bestehe nicht mehr die Gefahr eines wiedererwachenden Militarismus. Sollten die EVG- Verträge abgelehnt oder die Ratifikation durch das französische Parlament weiter verschleppt werden, würde die Aufrüstung Deutschlands ohne Rücksicht auf französische Vorbehalte erfolgen. Die Regierungen in Washington und London würden nicht mehr Frankreich, sondern Deutschland als den ,,dritten Großen" betrachten, auf den sie sich bei der Abwehr des Sowjetimperialismus verlassen könnten.

---

537 Ebenda, S. 4.

538 Ebenda, S. 7.

539 PAAA, Bestand B10- A 2272, Bericht der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern an das Auswärtige Amt in Bonn v. 3. 5. 1954.
Betr.: Artikel der Neuen Züricher Zeitung vom 1.Mai 1954, Nr. 1047, über ein EVG- Gespräch mit dem radikalen französischen Abgeordneten Maurice Faure.

Der Abgeordnete verwies auf das entstehende Misstrauen gegenüber Frankreich, wegen dessen Unentschlossenheit zur Ratifikation des Vertragswerkes. Für eine Schaukelpolitik Frankreichs zwischen den beiden Blöcken Ost und West sei das Land militärisch, politisch und wirtschaftlich zu schwach. Das Zögern des Parlaments habe der Durchschlagskraft des neuen Gedankens zur EVG geschadet und die öffentliche Meinung weiter gespalten. Das Parlament müsse dem grausamen Spiel noch vor den Sommerferien ein Ende bereiten.
In der Erwartung, die EVG- Verträge könnten demnächst ratifiziert werden, erkundigten sich deutsche Abgeordnete nach Vorausmaßnahmen, die auch eine Personalaufstockung der bisherigen Dienststelle Blank beinhalteten. Dies scheiterte aber daran, dass das Bundesfinanzministerium vor dem Inkrafttreten keine Mittel frei gab, weil der Einspruch der Besatzungsmächte befürchtet wurde. Blank setzte sich für die Vorbereitung von Gesetzentwürfen durch den Bundestag ein, vor der Fertigstellung der europäischen Dokumente. Außerdem wurden Lehrgänge zur Politischen Bildung angemahnt, und im Juli 1954 berichtete Kielmansegg über erste Maßnahmen zur Verstärkung der Inneren Führung.[540]
Im Rahmen eines Gutachtens wurde die Erweiterung der Dienststelle um 269 Stellen genehmigt, ein Staatssekretär sollte ernannt werden, eine ständige Abteilungskonferenz eingerichtet werden und durch eine bessere zivil-militärische Besetzung der Abteilungen die Effizienz der Dienststelle erhöht werden. Erhebliche Veränderungen plante auch die militärische Abteilung. Die Innere Führung sollte in Zukunft als Referat bei der Unterabteilung II/1 geführt werden. Die Soldaten kritisierten die zu geringe Ausstattung mit Planstellen, die zudem zu niedrig dotiert seien. Mit dem Scheitern der EVG im August 1954 war das Gutachten überholt. Hallstein löste die Pariser Delegation auf, und das Personal kehrte in die entsendenden Ressorts zurück.

3.3. Widersprüchliche Gründe für das Scheitern der EVG

Trotz der Bedenken Frankreichs war die französische Generalität schon sehr früh davon überzeugt, dass eine Bewaffnung Westdeutschlands zur Verteidigung Westeuropas notwendig sei. Die meisten französischen Generale waren traditionell antikommunistisch und hatten eine antisowjetische Haltung. Bereits im Jahr 1948 gab es Pläne, deutsche Infanterieverbände in die alliierten Armeen zu integrieren und deren Kommando zu unterstellen. In Frankreich befürchtete man, Deutschland könne sich ohne Militärausgaben wirtschaftlich zu stark entwickeln. Ende November 1949 sprach sich die politische Führung in der Nationalversammlung

---

[540] Sicherheitsausschuss v. 12. 7. 1954, S. 48- 50, Deutscher Bundestag, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 94 f.

jedoch einstimmig gegen eine westdeutsche Aufrüstung aus und stellte sich klar gegen die Militärs.[541]

Da Frankreich sich in Indochina immer mehr engagierte, konnte es sein eigenes Wiederbewaffnungsprogramm im Rahmen der NATO weder militärisch noch finanziell durchführen. Umso dringender erschien die Bewaffnung Westdeutschlands. Bei den amerikanisch- französischen Ministergesprächen im Herbst 1950 wiesen die Amerikaner darauf hin, dass vom Kongreß kaum zusätzliche Mittel zur Unterstützung Frankreichs zu erwarten seien, solange die Franzosen einen deutschen Verteidigungbeitrag blockieren würden. Einen französischen ,,Verbündeten" hatten die Amerikaner in dem Politiker Jean Monnet, der zu dieser Zeit sowohl Präsident der Schumanplan- Konferenz als auch der Hohen Behörde der Montanunion war.

Monnet war proamerikanisch und baute auf die Hilfe Washingtons und seiner Freunde in Amerika. Er war sich darüber im Klaren, daß Frankreich wegen seiner kritischen ökonomischen Lage auf die USA angewiesen blieb. Diese Abhängigkeit musste aber mit Zugeständnissen an die amerikanische Deutschlandpolitik bezahlt werden.[542] Den französischen Bedenken gegen die Gefahr eines wiederbewaffneten Deutschlands entgegneten die Amerikaner, es sei wichtiger, die Deutschen auf die Seite des Westens zu bringen und das Ruhrgebiet und das deutsche Potential nicht in sowjetische Hände fallen zu lassen.[543]

Die Ergebnisse der Pariser Konferenzen boten Frankreich, durch eine deutsche Beteiligung im Rahmen der EVG, Garantien gegen ein Wiederaufleben des Militarismus. Ein integriertes Deutschland in Westeuropa sollte verhindern, dass es die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Ost und West übernehmen könnte. So war auch ausgeschlossen, dass die Bundesrepublik sich mit der UdSSR, in deren Streben nach Weltherrschaft zusammenschloss. Der Schuman- Plan kontrollierte zusätzlich die Schwerindustrie an der Ruhr, und so bedeutete die Ratifizierung dieser beiden Verträge durch die Parlamente die Verwirklichung der europäischen Idee in den Augen des Vorsitzenden der EVG- Konferenz Alphand.[544]

Nachdem der Pleven- Plan veröffentlicht war und im Jahr 1952 mit etlichen Einschränkungen von dem französischen Ministerpräsidenten Pinay unterzeichnet wurde, hatte die Frage der EVG, bis zur Ablehnung in der Nationalversammlung im Jahr 1954, das politische Leben in

---

541 Pierre Guillen, Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950- 1954), in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 125 ff.

542 Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1985, S. 116 f.

543 Klaus A. Maier, Der französische Gegenvorschlag einer supranationalen Europaarmee, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Band 2, München 1989, S. 13.

544 Raymond Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 103.

Frankreich ohne Ergebnis vergiftet.[545] Aus Umfragen im September 1952 in Frankreich wissen wir, dass 67 % aller Franzosen der Meinung waren, dass es eine gute Entscheidung war, die Partei des Westens zu ergreifen. In den letzten Jahren hatte es starke Einschränkungen in der täglichen Versorgung gegeben. Dieses Problem und die Finanzlage machte den Familien am meisten zu schaffen. So trat die Sorge um Krieg und Frieden mehr in den Hintergrund. Die sowjetische Bedrohung Europas wurde als weniger bedrückend empfunden, der Krieg in Korea konnte eingedämmt werden. Stalins Tod leitete eine Entspannungspolitik ein, einzig die Lage in Algerien mobilisierte die öffentliche Meinung. Die Bedrohungen von 1950 schienen unglaubwürdiger, gerade noch 10 % der Franzosen glaubten im Januar 1955 an die nahende Katastrophe, zehn Jahre zuvor waren es noch 50 %.[546]

Trotz Besserung der wirtschaftlichen Lage und Abnahme der Kriegsgefahr hielt sich die Sympathie für den EVG- Vertrag in Grenzen. 51 % der Franzosen sprachen sich im Oktober 1950 gegen die Einbeziehung deutscher Verbände aus. Die Bewaffnung Westdeutschlands, so argumentierten 45 % von ihnen, verringere die Sicherheit Frankreichs. Im Mai 1953 glaubten noch immer 57 %, westdeutsche Truppen könnten eine Gefahr für Frankreich sein, wenn auch 50 % die Verteidigung Europas mit ihrer Beteiligung für gesicherter hielten. Im Juli 1954 sahen aber in der Aufrüstung der Bundesrepublik immer noch 56 % eine Gefahr.[547]

Die Regierungsparteien konnten sich zwar über die EVG verständigen. Keine zeigte sich aber fähig, eine Koalition einzugehen und eine Politik zu konzipieren, die einem führenden Mitglied die nötige Handlungsfreiheit eingeräumt hätte. Die Kritiker kamen aus allen politischen Lagern. Die Parteien der Gaullisten und Kommunisten lehnten die Verträge ebenso ab wie die Radikalen und Sozialisten.[548] Eine Untersuchung vom Mai 1953 zeigt, dass 80 % der Franzosen von der EVG gehört hatten, 52 % wussten aber nicht, ob der Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert worden war oder nicht. Die EVG- Gegner erzielten kurz vor der entscheidenden Parlamentssitzung ihren größten Zulauf und so gab es drei fast gleich starke Lager: das der Befürworter, der Unentschiedenen und der Gegner.[549]

Die Vernunft vermochte nicht, tiefsitzende Gefühle zu überwinden. Jeder zweite Franzose war persönlich oder in seinem engsten Familienkreis durch Tod, Zerstörung und Leiden von den beiden Weltkriegen betroffen. In Oradour- sur- Glane waren im Jahr 1941 von einer SS-Division 642 Zivilisten durch ein Massaker getötet worden. 1953 wurde in Bordeaux gegen

---

545 Jean- Pierre Rioux, Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 160.

546 Ebenda, S. 160 f.

547 Ebenda, S. 171. Vgl. Guillen, Die französische Generalität, S. 145.

548 Poidevin, Frankreich und das Problem, S. 115. Vgl. Guillen, Die französische Generalität, S. 148.

549 Rioux, Französische öffentliche Meinung, S. 167 f.

neun Deutsche verhandelt. So entstand das Bild des Deutschen in Waffen zu der Zeit, als über die EVG verhandelt wurde und dieses Element aufgriff. Ein großer Teil der EVG- Debatte wurde auch dadurch bestimmt. Nur 39 % der Franzosen äußerten den Wunsch, Deutschland besser kennen zu lernen, und 61 % befürchteten, die Konzentrationslager könnten sich eines Tages wieder öffnen [550]. Im August 1954 wurde die EVG, 18 Monate nachdem Ministerpräsident Pinay den EVG- Vertrag unterzeichnet hatte, nach einer heftigen Kampagne verworfen. Politisch einflussreiche Kreise und die Presse hatten sich daran stark beteiligt.
Auch in Großbritannien war man wegen des Wiedererwachens des Militarismus in Deutschland besorgt. Die Hauptsorge lag in der Frage, wie die Sowjetunion mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands umgehen würde [551]. Im Oktober 1951 übernahmen die Konservativen die Regierung, und Churchill wurde wieder Premierminister. Der Gedanke, eine Armee ohne nach Nationalität getrennten Truppenteilen aufzustellen, wurde von einem Mann in Churchills Alter, mit seiner militärischen Erfahrung, als unglaublich empfunden. Dass französische Staatsmänner die Auflösung der Grande Armée vorschlugen, schockierte ihn [552].
Der EVG- Vertrag war im Mai 1952 von französischen und britischen Delegationen unterzeichnet worden, er bedurfte aber noch der Ratifikation. Als Churchill unter dem Eindruck von Stalins Tod im März 1953 ein Gipfelgespräch über Deutschland anregte, war an Ratifizierung durch Frankreich vor Abschluß der Berliner Vier- Mächte- Konferenz [553] nicht mehr zu denken. In Washington und im britischen Außenministerium wurden seine Bemühungen sehr ungünstig aufgenommen. Man sah seine Initiative als Grund für die französische Regierung, die Ratifizierung der EVG weiter aufzuschieben. Dies war bedauerlich, da auch das britische Kabinett zu dem Schluss gekommen war, dass die Ratifizierung durch Frankreich eine Voraussetzung dafür sei, dass die neue sowjetische Regierung an Verhandlungen teilnimmt [554].
Die offen Fragen zu Deutschland und den Problemen zur europäischen Sicherheit sollten auf der nach Berlin einberufenen Außenministerkonfernz zwischen Dulles, Molotow, Eden und Bidault behandelt werden.

3.4. Bedenken gegenüber einer deutschen Neutralität

Während der Berliner Konferenz der vier Außenminister wiesen alle auf die Gefahr einer

---

550 Ebenda, 172 ff.
551 Jones, Labour- Regierung S. 54.
552 Donald Cameron Watt, Die Konservative Regierung und die EVG 1951- 1954, in: Volkmann/ Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 85.
553 Die Berliner Außenministerkonferenz vom 25. 1. bis 18. 2. 1954 verknüpfte erstmals die deutsche Frage mit dem Problem der europäischen Sicherheit. Teilnehmer waren die Außenminister Dulles, Molotow, Eden und Bidault.
554 Watt, Die Konservative Regierung, S. 95 ff.

Wiedergeburt des deutschen Militarismus hin.[555] Der französiche Außenminister führte aus: ,,Es kommt darauf an, Deutschland im Herzen des Kontingent (Kontinents d. Verfasser) nicht isoliert zu lassen und zugleich die Wiedergeburt jedes aggressiven Militarismus zu verhindern". Die größte Sicherheit erreiche man durch eine Assoziierung Deutschlands mit anderen Staaten in der EVG. Außenminister Eden unterstützte diese Auffassung seines Kollegen. Der sowjetische Außenminister widersprach solchen Vorstellungen:

,,Wer sich heute Illusionen über die Möglichkeit hingibt, den deutschen Militarismus in den Grenzen der ursprünglichen Pläne über die Bildung der sogenannten Europaarmee zu halten, der wird das möglicherweise in Zukunft bedauern". Der amerikanische Außenminister Dulles unterstützte die Meinung seines britischen und französischen Kollegen und führte aus:

,,Sie haben ein Deutschland vorgeschlagen, das unter der Regierung seiner eigenen Wahl vereinigt sein würde, und das seine überholten nationalistischen und militaristischen Ambitionen in einer dauerhaften Einheit mit denen, die in der Vergangenheit Opfer seiner Angriffe waren, begraben würde[...]Sie (die EVG) ist ein Programm, das in annehmbarer Form jede deutsche Nationalarmee und jeden deutschen Generalstab ausschließt. Ich sage 'annehmbare Form', weil der Vertrag ohne jede Diskriminierung arbeitet [...]Es gibt bisher keinen Ersatz für die EVG. Auf jeden Fall hat die Sowjetunion keinen solchen vorgeschlagen, außer der Rückkehr zu dem überholten, bankrotten System von Versailles und den anderen sogenannten 'Friedens' - Verträgen, die nur Kriege geboren haben".

Dulles wandte sich gegen die sowjetische Vorstellung, die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG könne für die Sowjetunion gefährlich sein. Ebensowenig werde diese in der Entwicklung befindliche Gemeinschaft (EVG) eine Bedrohung, auch wenn sie Europa gesünder, sicherer und stärker mache. Gleichzeitig werde die Region aber auch friedlicher. Entgegen Molotows Auffassung, die EVG gebe den deutschen Militaristen freie Hand, eine deutsche Armee wieder aufzustellen, werde es keine Nationalarmee mehr geben. Die künftige europäische Armee könne nur noch auf Grund der Selbstverteidigung in Aktion treten. Außenminister Bidault griff das Problem der in Ostdeutschland vorhandenen Armeen, in Form der kasernierten Volkspolizei auf, und wies darauf hin, dass es schon heute in einem Teil Deutschlands bedeutende Formationen militärischen Charakters gebe, nicht aber im Westen. Bidault fragte, ob nicht die sowjetische Regierung in ihrem Vorschlag für einen Friedensvertrag vom 10. März 1952 selbst Vertrauen in den Feind von gestern gesetzt habe? Dieser Vorschlag gestehe Deutschland, isoliert in Europa, sogar alle Elemente seiner Macht zu. Zu der Neutralisierung Deutschlands machte die sowjetische Regierung in den nächsten Tagen während der Berliner Konferenz zwei weitere Vorschläge.[556]

---

555 BA- MA, BW 9/ 2863, fol. 75- 76, Handakte Blank, Deutsche Armee und Wiederbewaffnung Deutschlands vom 18. 2. 1954, Aufzeichnungen zur Berliner Außenministerkonferenz vom 25. 1. bis zum 18. 2.1954.

556 BA- MA, BW 9/ 2863, fol. 162- 165, Handakte Blank, Aufzeichnung sowjetischer Vorschläge über die Neu-

Ein Plan sah vor, aus beiden Teilen Deutschlands die Besatzungsstreitkräfte innerhalb der nächsten sechs Monate abzuziehen. Die Besatzungsmächte behielten sich dabei das Recht vor, bei einer Bedrohung der Sicherheit ihre Truppen in ihre jeweilige Interessensphäre einmarschieren zu lassen. Beiden Teilen Deutschlands wurden bis zur Wiedervereinigung Polizeieinheiten zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Grenzschutz zugestanden. Die Stärke und die Art der Bewaffnung würden von den vier Mächten festgelegt, die Überwachung und Erfüllung der Vereinbarungen von Viermächte- Inspektionsgruppen vorgenommen.

Das Amt Blank kommentierte diesen Vorschlag ablehnend: ,,Im Herzen Europas soll ein Machtvakuum geschaffen werden, das der Sowjetunion auf Grund ihrer günstigen geopolitischen Lage jederzeit die Möglichkeit zu einer bewaffneten Intervention gibt. Die von sowjetischer Seite angestrebte Neutralisierung Deutschlands würde zugleich die Anerkennung der ,, DDR " durch die Westmächte voraussetzen". Auch der zweite Vorschlag Molotows über einen gesamteuropäischen Sicherheitspakt ging von der Aufrechterhaltung der zeitweiligen Spaltung Deutschlands aus und strebte eine Neutralisierung West- und Mitteleuropas an. Das sowjetische Bündnissystem in Ostmitteleuropa und die bilateralen Verträge der Sowjetunion mit Großbritannien und Frankreich sollten hingegen aufrecht erhalten bleiben.

Bonn sah in dem Vorschlag auch die Schaffung eines europäischen regionalen Systems der kollektiven Sicherheit, von dem die Vereinigten Staaten als nichteuropäische Macht ausgeschlossen werden sollten. Durch das Koalitions- und Bündnisverbot solle eine Beteiligung europäischer Staaten im Bündnissystem mit außereuropäischen Mächten (NATO) oder der Bildung einer regional begrenzten europäischen Verteidigungsorganisation (EVG) verhindert werden.[557] Molotow hatte diese Vorschläge am 10. 2. vorgetragen, in seiner Rede polemisierte er gegen die NATO und die EVG. Er erklärte, dass die Schaffung der EVG und die Wiederbewaffnung Deutschlands zu einer Spaltung Europas und zu einer Verhärtung der bestehenden Fronten führen würden und den Weg zu einem dritten Weltkrieg bahnten. Bei seinen Überlegungen ging Molotow von einer Spaltung Deutschlands für einen längeren Zeitraum aus. Die vier Mächte sollten sich nur verpflichten, in der Deutschlandfrage eine Lösung zu erreichen, die ,,im Einklang mit den Grundsätzen der Aufrechterhaltung des Friedens und der nationalen Freiheit" stand.

Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa war auch auf der Tagung

---

tralisierung Deutschlands und den Abschluss eines gesamteuropäischen Sicherheitspaktes, fol. 162, vom 11. 2. 1954.

[557] Ebenda, fol. 163 f.

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU[558] behandelt worden. Dort wurde auf die Richtigkeit der Regierungspolitik verwiesen, die nur noch in evangelischen Kreisen von gewissen Gruppen verneint werde, die den ,,verführerischen Wunschtraum nährten, die Bundesrepublik könne jetzt eine Politik des Ausweichens und der Neutralität betreiben". Die Sowjetunion hoffe auf die Schwäche, die Uneinigkeit und den Zerfall der freien Welt. Eine Politik der Neutralität leiste ihrer Spekulation Vorschub und verzögere dadurch die Wiedervereinigung. Neutralität würde Abkehr vom Westen und damit die Auslieferung an die Sowjetunion bedeuten.

Zur Berliner Viermächtekonferenz gab der Landeskirchenrat der Evangelisch- Lutherischen Kirche in Thüringen eine Erklärung ab.[559] Das Zustandekommen der Konferenz wurde ausdrücklich begrüßt und die Erwartung geäußert, dem deutschen Volk durch einen gerechten Friedensvertrag eine völkerrechtliche Stellung zu geben. Seit über acht Jahren spüre das Land die zerstörenden Folgen der Spaltung und erhoffe jetzt den Schritt zur Einheit, um sein Leben nach den Gesetzen seines eigenen Wesens gestalten zu können. Der Rat der EKD appellierte an die Politiker der Berliner Konferenz, nicht eher auseinanderzugehen, bevor für die Wiedervereinigung Deutschlands ein entscheidender Schritt getan sei.

Die Kirchenkonferenz fügte am nächsten Tag eine längere Eingabe an die Außenminister hinzu, in der auf den sehnlichsten Wunsch des deutschen Volkes in Ost und West verwiesen wurde, die Einheit des Volkes herzustellen. Mehrfach hätten die Außenminister darauf hingewiesen, dass freie Wahlen in Ost- und Westdeutschland die unerlässliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung seien. Damit sei grundsätzlich zugestanden, dass die freie politische Willensbildung des deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung für die Lösung der Deutschlandfrage sei. Allen sei bewusst, dass damit das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarvölker untrennbar verbunden sei.

Den Briten ging es beim EVG- Vertrag nicht so sehr um supranationale Elemente, um Europaarmee oder die Einheit Europas. Ihnen ging es um die Westbindung der Bundesrepublik und deren kontrollierte Wiederbewaffnung. Ein deutsch- russisches Zusammengehen zu ver-

---

558 Vgl. KJ 1953, S. 38 f, Zweite Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Anfang Juni 1953 unter der Leitung des Bundestagspräsidenten und zweiten Vorsitzenden der CDU Dr. Ehlers in Hannover.

559 KJ 1954, S. 56 ff. Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelisch- Lutherischen Kirche in Thüringen zur Viermächtekonferenz. Diese Erklärung war die einzige Stellungnahme der leitenden Organe der evangelischen Landeskirchen zur Konferenz, zumal im Westen Deutschlands eine große Skepsis verbreitet wurde, die Deutschlandfrage lösen zu können. Dadurch konnte im Ausland der Eindruck entstehen, in Deutschland bestehe nur wenig Interesse an der Wiedervereinigung. Schreiben v. 14. 1. 1954.
Ein Schreiben des Bruderrates der Bekennenden Kirche ging im Vorfeld der Konferenz an die Kirchen der beteiligten Länder. Es appellierte an die Regierenden, in dem gegenwärtigen Chaos der Völkerwelt einen Weg zur besseren Ordnung zu finden.

hindern sei das eigentliche Ansinnen des EVG- bzw. Deutschlandvertrages. Da man in London das Scheitern des EVG- Vertrages zu dieser Zeit ahnte, musste eine andere Lösung gesucht werden, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Alternative lautete NATO- Mitgliedschaft der Bundesrepublik bei kontrollierter Wiederbewaffnung.[560]

Aufschlussreich ist ein Gespräch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Bedell Smith in Washington mit dem britischen Botschaftsrat Watson, das das Misstrauen gegenüber der Standhaftigkeit der Bundesrepublik wiedergibt. Es bestünde die Gefahr, dass sich Deutschland den Russen annähere, und selbst, wenn es erfolgreich neutralisiert werden würde, läge nichts mehr zwischen Großbritannien und Rußland. Churchill wurde dieser Bericht am 18. August 1954 vorgelegt, er hatte zu diesem Zeitpunkt den EVG- Vertrag bereits aufgegeben. Schon am Tag darauf unterrichtete er den amerikanischen Außenminister Dulles von seinem Plan, Deutschland in die NATO einzugliedern, notfalls auch ohne Frankreich.

Ausdrücklich wurde auf eine Rüstungskontrolle der Bundesrepublik verwiesen. Wie diese auszusehen habe, sollte entweder durch bilaterale Verträge Großbritanniens und der USA mit der Bundesrepublik geregelt werden, oder noch besser durch einen trilateralen Vertrag. Die Bundesrepublik würde sicher absolute Gleichberechtigung fordern, was Churchill aber nicht für notwendig hielt. Er sah vielmehr noch eine andere Gefahr, die Amerikaner könnten stark genug sein, dass man ihre Politik nicht mehr beeinflussen könne und sie sich aus Deutschland zurückzögen. England sähe sich dann nicht mehr in der Lage, eine ausreichende Verteidigung sicher zu stellen.[561]

Welche Ziele verfolgte Adenauer mit dem Verteidigungsbeitrag und zu welchen Zugeständnissen war er bereit, um die politische Gleichberechtigung zu erhalten?

3.5. Der westdeutsche Verteidigungsbeitrag aus Adenauers Sicht

Ein Verteidigungsbeitrag war aus Adenauers Sicht schon deshalb notwendig, um dem Westen zu zeigen, auf welcher Seite die Bundesrepublik stand. Außerdem wollte er dem latenten amerikanischen Isolationismus begegnen und die USA zu einer Verstärkung ihrer Truppen in der Bundesrepublik bewegen.[562] Die Wiederbewaffnung war für Adenauer ,,die Frage unserer politischen Zukunft schlechthin".[563] Bis zum Beitritt der Bundesrepublik in die NATO und die Westeuropäische Union kümmerte sich Adenauer um den Komplex der sicherheitspolitischen Fragen selbst und führte alle entscheidenden Gespräch mit den Westmächten. Dadurch,

---

560 Steininger, Das Scheitern der EVG, S. 9.
561 Ebenda, S. 10.
562 Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 277.
563 Adenauer, Erinnerungen 1945- 1953, Stuttgart 1965, S. 345.

dass ihm die Dienststelle Blank direkt unterstand, sicherte sie ihm personell, institutionell und innenpolitisch starken Einfluss auf dem Gebiet.
Er wollte möglichst schnell die Besatzungsherrschaft ablösen. Erreichen wollte er das durch einen Vertrag, in dem Deutschland die politische Gleichberechtigung, dauerhafte Westbindung und die Verhinderung einer Neutralisierung zugesichert wurde. Großen Wert legte er auf die Einigung Europas, die Aussöhnung mit Frankreich sowie Schutz vor kommunistischer Unterwanderung und Absicherung gegenüber der Sowjetunion durch militärische Stärke des Westens. Adenauer drängte daher auf einen schnellen Aufrüstungsbeginn, um vollendete Tatsachen zu schaffen.[564]
In dieser schwierigen Situation gab der Bundeskanzler dem Auswärtigen Amt die Genehmigung zum Ausdruck des Weißbuches[565] mit der Dokumentensammlung zu ,,Der deutsche Verteidigungsbeitrag". Im Vorwort wurde auf die Erwägungen der Bundesregierung eingegangen, die sie seit Bestehen der Bundesrepublik bei ihrer Politik zur Verteidigungsfrage geleitet hätten. Sie sei stets bemüht gewesen, auf der Suche nach der geeigneten Form der Beteiligung, die großen, ihr durch das Grundgesetz aufgegebenen Ziele gleichzeitig mitzufördern: die Wiedergewinnung der Souveränität, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und die Einigung Europas.
Die einzelnen Phasen der Bemühungen wurden durch dreiunddreißig Dokumente und Reden festgehalten. Zur Ergänzung wurde auf den Vertrag über die EVG und den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten verwiesen, die im Jahr 1952 geschlossen worden waren. Ausgehend von Artikel 24 des Grundgesetzes, der die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen behandelt und die Möglichkeit der Einordnung in ein kollektives Sicherheitssystem anspricht, wurde auf die Erklärung des britischen Vertreters Churchill in der Beratenden Versammlung des Europarates zur Begründung seines Vorschlags für eine Empfehlung über die Schaffung einer europäischen Armee verwiesen.[566]
Eine weitere Etappe in den deutschen Bestrebungen zur Teilnahme an der EVG waren die ersten informellen Besprechungen auf dem Petersberg zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Alliierten Hohen Kommission über die technischen Möglichkeiten eines deutschen Verteidigungsbeitrages im Januar 1951. Mit der Erklärung der Bundesregierung ein Jahr spä-

---

564 Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 277 f..
565 PAAA, Bestand B10- A 2278, Abteilung 2/ 21, Ref. 218, Betr.: Weißbuch ,,Der deutsche Verteidigungsbeitrag", v. 15. 9. 1954, S.1- 3.
Als Weißbuch wird die Dokumentensammlung der Regierung zu einer bestimmten Frage bezeichnet.
566 Ebenda, S. 2, Europarat in Sraßburg, 11. August 1950.

ter im Februar wurden dem Bundestag bereits in groben Zügen die Leistungen eines möglichen Verteidigungsbeitrags umrissen.
Die Vereinbarungen über die demokratische Kontrolle in der EVG vom Mai 1954 und das Schlusskommuniqué der Konferenz der sechs EVG- Staaten vom 22. August 1954 in Brüssel, mit dem Entwurf einer Erklärung der Außenminister über die Auslegung und die Anwendung des Vertrages von Paris über die Gründung der EVG, hätten nach den gründlichen Vorbereitungen ein anderes Ergebnis erwarten lassen. In der Gemeinschaft der freien Nationen war doch wiederholt die Überzeugung geäußert worden, dass die Freiheit nur unter Mitwirkung der Bundesrepublik wirksam verteidigt werden könne.
Nach dem Scheitern der EVG besuchte der britische Außenminister Eden auch Adenauer in Bonn. Deutschland sollte nun der Westeuropäischen Union (WEU) beitreten. Dies war auf der Neunmächtekonferenz (sechs EVG- Staaten, Großbritannien, Kanada, USA) während der vier Pariser Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober 1954 beschlossen worden. Der noch vor der Gründung der NATO 1948 geschlossene Brüsseler Vertrag (Benelux- Länder, Frankreich, Großbritannien) wurde als Vertragsmantel mit einer neuen Funktion versehen. Der Vertrag war abgeschlossen worden, um sich gegen künftige deutsche Angriffe zu schützen, jetzt erhielt er einen neuen Bezug auf Europa.[567] Im Rahmen der WEU würden nun Rüstungsbeschränkungen und Kontrollen durch das Rüstungskontrollamt möglich sein. Des Weiteren verpflichtete sich die Bundesrepublik, keine ABC- Waffen herzustellen. Damit wurden die von Frankreich und Großbritannien geforderten Bedingungen erfüllt. Gleichzeitig erfüllten die Briten den von Frankreich geäußerten Wunsch, eine bestimmte Anzahl von Truppen dauerhaft in der Bundesrepublik zu stationieren.[568]
Am 13. September 1954 versicherte Adenauer in einem Telegramm an Churchill völlige Übereinstimmung, und bereits auf der Neunmächtekonferenz (sechs EVG- Staaten, USA, Großbritannien, Kanada) am 28. September in London sprach Eden von einer noch auszuarbeitenden Grundsatzerklärung, wonach die Besatzungsmächte bereit waren, das Besatzungsregime so bald wie möglich zu beenden. Kritisch wurde es auf der Konferenz, als es um die Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik ging. Den weitreichenden Forderungen der Franzosen stand der entscheidende Satz des deutschen Memorandums entgegen, es dürfte keine Diskriminierungen irgendwelcher Art geben. Nachdem Dulles' Vorschlag, über Rüstungsbeschränkungen erst in zwei Jahren zu beschließen, da die neue deutsche Armee zunächst von den USA ausgerüstet werden müsste, von den Außenministern der Beneluxländer abgelehnt wurde, verhinderte Adenauer das Scheitern der Konferenz. Durch seine Erklärung,

---

[567] Schubert, Sicherheitspolitik Teil 1, S. 32.
[568] Lehmann, Deutschland- Chronik1945 bis 2000, Bonn 2000, S. 84 f.

freiwillig auf die Produktion von ABC-Waffen, schweren Kriegsschiffen, U- Booten, ferngelenkten weittragenden Geschossen und strategischen Bombern zu verzichten, lenkten die anderen Teilnehmer ein.[569]

Auch die britische Regierung hatte sich sehr kooperativ im Bemühen um einen Ausbau des Brüsseler Pakts gezeigt. Aus einer Notiz vom 7. Oktober wissen wir,[570] dass den Londoner Beschlüssen zufolge der deutsche Verteidigungsbeitrag modernen Erfordernissen angepasst werden und etwa 500 000 Mann betragen sollte. Mit der Schlussakte der neuen Verteidigungsorganisation war damit ein guter Ersatz für den gescheiterten EVG- Vertrag gefunden, und der Umfang des deutschen Verteidigungsbeitrags entsprach den Forderungen nach angemessener Beteiligung. Am 23. Oktober wurden die Pariser Verträge[571] unterzeichnet und im Dezember von der französischen Nationalversammlung ratifiziert. Die französische Zustimmung wurde dadurch erkauft, dass ein ,,Abkommen über das Statut der Saar", vorbehaltlich einer Abstimmung der Bevölkerung, die Europäisierung der Saar mit starken wirtschaftlichen Bindungen an Frankreich vorsah.[572]

Die wesentlichen militärischen Ergebnisse des Pariser Vertragswerkes stellte die Dienststelle Blank in einem Bericht zusammen,[573] die zugehörigen Protokolle führten als wichtigste Ergebnisse

a.) die Wiederherstellung der Souveränität
b.) den Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Pakt
c.) die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO

auf . Der wesentliche Unterschied des Brüsseler Vertrages gegenüber der NATO liege in der automatischen, vollen militärischen Beistandspflicht aller Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen eines der Mitglieder, wie sie bereits in dem EVG- Vertrag vorgesehen war. Der Aufbau einer eigenen militärischen Organisation parallel zu den militärischen NATO- Stäben sei unerwünscht.

Ein weiteres Protokoll behandelte die Rüstungskontrollfragen, es legte diejenigen Waffen fest, die auf Grund einer freiwilligen Erklärung des Bundekanzlers in der Bundesrepublik nicht hergestellt werden durften und kontrolliert wurden. Abweichend vom EVG- Vertrag war der Bau von Kriegsschiffen bis zu 3 000 t, von U- Booten bis 350 t und von allen Militär-

569 Steininger, Das Scheitern der EVG, S. 17 f.
570 Christensen, Zur Wiederaufrüstung, S. 426.
571 Die im Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträge regelten den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur North Atlantic Treaty Organisation (NATO), den zur Westeuropäischen Union (WEU) erweiterten Brüsseler Abkommen und die Beendigung des Besatzungsregimes für Westdeutschland
572 Steininger, Das Scheitern der EVG, S. 18.
573 PAAA, Bestand B10- A9136, Bundeskanzleramt- Der Beauftragte des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der Alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen- Betr.: Wesentliche militärische Ergebnisse des Pariser Vertragswerkes, v. 1. 12. 1954, S. 1- 6.

flugzeugen mit Ausnahme von strategischen Bombern gestattet. Militärisch sei es von Bedeutung, dass zwischen dem Verbot der Herstellung bestimmten Rüstungsmaterials und der Verwendung dieser Waffen in den Streitkräften ein Unterschied gegeben sei.
Das Amt für Rüstungskontrolle wurde als Organ der Westeuropäischen Union zur Überwachung der Nichtherstellung verbotener Waffen sowie zur Kontrolle der Bestände von festgelegten Waffen aller Partner auf dem europäischen Festland, also ohne Großbritannien und Nordafrika, geführt. Die Bestände der NATO unterstellten Streitkräfte sollten durch die nationalen Regierungen und durch die zuständigen NATO- Stellen an das Amt für Rüstungskontrolle mitgeteilt werden.
Zur Integration der Streitkräfte vermerkte das Protokoll, überall dort, wo Verbände mehrerer Nationalitäten im gleichen Gebiet eingesetzt werden sollten, solle die Integration auf Armee-Ebene mit national geschlossenen Korps erfolgen, wenn vom Standpunkt der militärischen Schlagkraft keine schwerwiegenden Einwände dagegen sprächen. Auf niederer Korps- Ebene solle Integration angestrebt werden, sofern es die militärische Schlagkraft zulasse. Für die Durchführung der Integration hätten die militärischen Stellen von NATO dem NATO- Rat Vorschläge zu machen.[574] Den deutschen Verhandlungspartnern war es wichtig, die weitgehende Gleichberechtigung herauszustellen und zu versuchen, bis zur ersten Lesung über die Pariser Verträge im Bundestag, mit den Vorteilen des neuen Bündnisses eine große Zahl von Abgeordneten zu überzeugen.
Für Adenauer war es nicht einfach, die eigene Partei von der Richtigkeit seiner kompromisslosen Haltung zu überzeugen. Er musste die Vereinbarkeit seiner Sicherheitspolitik mit der Wiedervereinigungspolitik beweisen. Dabei bediente er sich der Argumentation, dass durch die Westintegration der Bundesrepublik und durch ihren Verteidigungsbeitrag die Wiedervereinigung nicht gefährdet werde. Sie werde überhaupt erst dadurch ermöglicht werden, dass die Sowjetunion aufgrund der westlichen Stärke zu positiven Verhandlungen über das Problem der deutschen Teilung bereit sei, argumentierte er.[575]
Adenauer sah den Verteidigungsbeitrag als Mittel zum Zweck. Die politische Gleichberechtigung war genauso wichtig wie die Verankerung der Bundesrepublik im Westen, um sie vor äußeren Gefahren zu schützen. Der deutsche Verteidigungsbeitrag war in der militärischen Schwäche Europas begründet und sollte sie überwinden helfen. In Paris war es darum gegangen, eine Streitkräfteorganisation zu finden, in der die oft gegensätzlichen westalliierten und westdeutschen Interessen zum Ausgleich kamen.[576]

---

574 Ebenda, S. 5.
575 Schubert, Sicherheitspolitik Teil 1, S. 35.
576 Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 279.

Aus christlicher Verantwortung sahen sich verschiedene Gruppen aus der Evangelischen Kirche ihrer politischen Arbeit nun erst recht verpflichtet. Dabei betonten die Christen, die ihren politischen Standort in der CDU/CSU hatten, ihre Zusammenarbeit mit den Konfessionen und wiesen darauf hin nicht bereit zu sein, dem deutschen Volk die Einheit durch den Verlust der Freiheit erkaufen zu wollen. Dagegen beklagte der Kirchenvorstand einer oberhessichen Kirchengemeinde die ablehnende Haltung des Bundestags zu Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und warnte vor der anstehenden Ratifizierung der Pariser Verträge durch das Parlament.[577]

4. Die EKD nach der Entscheidung für einen Wehrbeitrag

4.1. Beurteilung der Pariser Verträge und die Kirchenkonferenzen

Die absehbare Einbindung der Bundesrepublik in die NATO veranlasste eine Gruppe von Christen, die in verantwortlicher Stellung in der EKD tätig waren, den Bundestagsabgeordneten zur ersten Lesung der Pariser Verträge[578] eine Eingabe zur Wiederbewaffnung zuzuschicken:[579]

,,Als Christen, die in verantwortlicher Stellung innerhalb der evangelischen Kirche stehen, sehen wir mit tiefer Sorge, dass der Bundestag im Begriff ist, mit der westdeutschen Wiederbewaffnung und der damit verbundenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine Maßnahme zu vollziehen, für deren Beschluß der Staat der Zustimmung und für deren Durchführung er der aktiven Mitwirkung seiner Bürger in besonderem Maße bedarf. [...]Die vielfachen Äußerungen der Unruhe in der Bevölkerung zeigen, in welche Gewissensnot erhebliche Teile unseres Volkes durch die beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen geraten sind. [...] Unmöglich erschiene es uns für ein freies Gemeinwesen, das auf eine sittliche Grundlage nicht verzichten will, wenn seine Staatsführung im Vertrauen auf ihre Machtmittel und in der Hoffnung auf die Folgsamkeit ihrer Bürger sich über solche Gewissenskonflikte hinwegsetzte.
Deshalb bitten wir alle Verantwortlichen keine Entscheidung zu treffen, die solange zwangsläufig eine tiefe Erschütterung unseres Staatswesens und die Gefährdung unserer gesamtdeutschen Existenz zur Folge haben muß, als die erwähnten Klärungen nicht erfolgt sind.
Es gehört zum Dienst der Kirche, ihre Glieder in ihrer staatspolitischen Verantwortung zu beraten. Es ist aber nicht abzusehen, wie sie dieser Pflicht in beiden Teilen Deutschlands nachkommen soll, wenn durch gesetzgeberische Maßnahmen unentwirrbare Konflikte geschaffen werden."[580]

Das ,,Düsseldorfer Wort" rief umgehend Reaktionen in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit hervor. Ein Sonderdienst des Evangelischen Pressedienstes- Landesdienst Hes-

---

577 Flugblatt ,,An die Christengemeinden in Deutschland" vom Kirchenvorstand der oberhessischen Gemeinde Hitzkirchen vom Oktober 1954, in: KJ 1954, S. 75.

578 Vgl. Kapitel: ,,Auswirkung des Scheiterns der EVG auf den Truppenaufbau".

579 Der Brief an den Bundestag ist auch als ,,Düsseldorfer Wort der 27" bekannt geworden. Die Eingabe erging unter dem 8. 12. 1954 aus Düsseldorf und war hauptsächlich von Kirchenführern und Theologieprofessoren u.a. von Prof. Gollwitzer, Präses Held, Prof. Iwand, Niemöller und Präses Wilm unterzeichnet.

580 ,,Düsseldorfer Brief der 27", zit. nach Rausch/Walther, Evangelische Kirche, S. 156.
Vgl. KJ 1954, S. 87 f. Vgl. Ehlert, Die Kirchen, S. 383.

sen- berichtete[581] über eine Versammlung von 500 der insgesamt 950 ansässigen Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die sich trafen, um über das ,,Wort der 27" zu beraten. Die Aussprache ergab, dass über die Wiederbewaffnung keine einheitliche Meinung bestehe und darauf zu achten sei, dass an der verschiedenen Beantwortung dieser Frage die Enheit der Kirche und die Gemeinschaft der Pfarrer nicht zerbrechen dürfe. Die Versammlung beauftragte zwölf Pfarrer, die einen Brief der gesamten Pfarrerschaft den Bundestagsabgeordneten zur Stellungnahme vorlegen sollten. Aus seelsorgerlicher Verantwortung sahen sie sich veranlasst, den Abgeordneten einige ,,bedrängende Fragen zur Wiederbewaffnung" zu stellen und davor zu warnen, ,,viele Menschen unseres Volkes durch eine vorschnelle Entscheidung in schwere Gewissenskonflikte zu bringen".

Auch auf der Kirchlichen Westkonferenz, an der alle Gliedkirchen der EKD teilnahmen, führten die Themen zur Aufrüstung, wie die Pariser Verträge und das ,,Wort der 27", zu heftigen Aussprachen [582]. Bischof Lilje eröffnete die Konferenz und stellte zur Wiederbewaffnung fest, es sei für die Kirche nicht einfach zu bejahen, ob sie dazu jetzt Stellung beziehen solle. Die primäre Verantwortung dazu liege beim Politiker, dem solle die Kirche die Entscheidung überlassen. In einem Kurzreferat[583] wurde auf die staatsrechtliche Groteske verwiesen, dass noch das Kontrollratsgesetz Nr. 16 in Kraft stehe, das den Deutschen jede militärische Betätigung untersage und mit Strafe bis lebenslänglicher Haft drohe. Das Gesetz könne nur von allen Urhebern selbst, den vier Besatzungsmächten, aufgehoben werden.

In einem weiteren Referat sprach Prälat Kunst die ,,Koppelung zwischen außenpolitischen Angelegenheiten und sozialpolitischen Tendenzen" an. Er verwies auf eine Radikalisierung in den Gewerkschaften, die innere Schwäche der jungen Republik und das bevorstehende Paulskirchenmanifest.[584] ,,Die Paulskirche könnte aber auch als Versuch des Abfangens radikaler Strömungen gedeutet werden". Kunst nannte das ,,Düsseldorfer Wort der 27" eine seriöse Erklärung, erinnerte aber daran, dass es bei der Aufrüstung um eine Ermessensfrage der menschlichen Vernunft gehe und nicht übersehen werden dürfe, dass es keine Politik ohne Risiko gebe. ,,Es formiert sich eine politische Front, die bereit zu sein scheint, die Durchfüh-

---

581 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 452, ,,Über 500 Pfarrer in Frankfurt/M.- Pfarrversammlung besprach Fragen der Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung", v. 1. 2. 1955.

582 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 452, Vertraulicher Bericht von Bischof Halfmann zur Aufrüstung und den Pariser Verträgen auf der Kirchlichen Westkonferenz in Hannover am 28. 1. 1955. Bericht nicht zur Veröffentlichung v. 1. 2. 1955.

583 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Schreiben an die Leitungen der Landeskirchen v. 28. 2. 1955. Zur Klärung der von Oberlandeskirchenrat Dr. Beust vorgetragenen Frage der Gültigkeit des Gesetzes Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission ist der Bevollmächtigte des Rates am Sitz der Bundesregierung Deutschland beim Bundesjustizminister vorstellig geworden.

584 Die ,,Paulskirchen- Bewegung" mit Vertretern des DGB, der SPD und bekannten Persönlickeiten der Kirchen und des öffentlichen Lebens, darunter Gollwitzer, Barth und Heinemann, bildeten in einem recht späten Stadium der Debatte um die Wiederbewaffnung eine Aktionseinheit.

rung der Gesetze und Verträge über Wiederbewaffnung zu verhindern. Da ziehen Geistliche mit und unser Volk gerät in schwere innere Krisen".[585]

Prälat Kunst erläuterte die von ihm aufgestellten Thesen zur Kriegsdienstverweigerung,[586] in denen die Auffassung des Amts Blank über den Schutz der Kriegsdienstverweigerer dargestellt wurde. Es ist aufschlussreich, die Auffassung des Amts Blank zur Kriegsdienstverweigerung mit den Aussagen der EKD aus dem Jahr 1948 oder 1950 zu vergleichen,[587] in denen der Kriegsächtung und dem allgemeinen Pazifismus noch wesentlich mehr Raum gegeben wurde. In den neun Thesen des Amts Blank wurde zunächst der Grundgesetzartikel 4 Absatz 3 zitiert : ,,Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden". Im Weiteren hieß es,

,,Das Recht der Kriegsdienstverweigerung ist ein Ausnahmerecht, denn in allen anderen Gesetzen verlangt der Staat Gehorsam, ohne auf die Gewissensfrage seiner Bürger Rücksicht zu nehmen.
Nur wer sich zu einer Haltung der Gewaltlosigkeit bekennt, wird durch Artikel 4 Absatz 3 geschützt. Diese Haltung muss in der gesamten Lebensführung zum Ausdruck kommen und daher grundsätzlich sein. [...]Der Staat duldet die (Verweigerung des Kriegsdienstes- der Verfasser) aus Achtung vor dem Ernst und der Tiefe des Gewissenskonfliktes, aber er erlaubt dem Kriegdienstverweigerer nicht, das staatliche Recht zur Verteidigung in Frage zu stellen und Wehrpflichtige zum Ungehorsam aufzufordern. Das wäre Widerstand, den zu gestatten, kein Staat sich leisten kann, es sei denn, er gibt sich selbst auf ."

Da die politischen Entscheidungen im Staat von den gesetzgebenden Körperschaften getroffen würden, müsse sich der Einzelne dem rechtmäßig zustandegekommenden Beschluss beugen, auch wenn er ihn missbillige. Der Ungehorsam gegenüber dem Gesetz sei nur für das Sondergebiet des Kriegsdienstes erlaubt, nicht für den Dienst an der Gemeinschaft überhaupt. Der Staat sei daher berechtigt und gegenüber den ihre Wehrpflicht erfüllenden Staatsbürgern verpflichtet, vom Kriegsdienstverweigerer einen Ersatzdienst zu fordern. Echtheit und Tiefe der geschützten anerkannten Gewissensentscheidung werde durch williges Leisten eines in seinen Anforderungen nicht geringeren Ersatzdienstes bestätigt. Nach einer eingehenden Aussprache über den Begriff des christlichen Gewissens, wurde die Diskussion ohne Ergebnis abgeschlossen.

In der folgenden Aussprache führte der württembergische Bischof Haug die Auseinandersetzungen um die Aufrüstung noch einmal auf und stellte die Frage, warum gerade die Evangelischen in der Frage Krieg- Frieden, Freiheit- Sklaverei, Spaltung- Wiedervereinigung so bewegt seien. Er erinnerte daran, dass die Kirche früher geschwiegen habe, die Jugend heute

---

585 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 452, Vertraulicher Bericht., S. 2 f.
586 LKAHB, Akte N 211/ Nr. 214. Neun Thesen zur Kriegsdienstverweigerung.
587 Vgl. Kapitel ,,Erklärung der EKD zum Frieden" und ,,Reaktionen aus den Institutionen der Kirche".

empfindlich sei und sich vom Staat missbraucht fühle. Deshalb melde sich das verletzte und geschärfte Gewissen, dies sei ein erster Anfang echter Mitverantwortung im Volk ! Darum könne der Westen nicht schweigen, hier liege der Unterschied zum Osten. Trotzdem sei heute eine ganz besondere Verantwortung geboten, es könne zwar in der Evangelischen Kirche keine Einschränkung der Aussprachefreiheit geben, umso mehr sei vorbildliche Selbstzucht erforderlich. An die ,,Niemöller-Heinemann- Leute" richtete er den Appell, dass man unter Gottes Wort die Sache auch anders sehen könne und bat darum, nicht so laut zu reden.

,,Den uns gegebenen Einfluss im demokratischen Staat haben wir auf politischen Wegen geltend zu machen, nicht durch die Kirche ! Darum vermeidet die unklare Rede, ob qua Kirche oder qua Privatmann.- Nochmal: Zurückhaltung ! Die politische Entscheidung ist nicht unseres Amtes. Rücksicht nehmen auf das Gewissen der Mitchristen ! Sonst sind wir es, die das Gewissen in Not bringen, durch totalitäre Art, Rücksichtslosigkeit. [...].
Wir beschiessen uns mit gegenteiligen Erklärungen. Lasst uns doch meinetwegen gemeinsam auftreten für allgemeine (!) Abrüstung, Abschaffung der Atomwaffen und dgl. Aber Vorsicht: Nicht Zumutung einseitiger Abrüstung. [...]Wir haben nicht die eigene Entscheidung zu verkünden. Ich selbst habe noch keine, ich schwanke, und danke Gott, dass ich nicht Adenauers Verantwortung trage. Es könnte ein gemeinsames Wort zustande kommen mit mehr Autorität, als jetzt die EKD hat."[588]

An Niemöller gerichtet war Haugs Ermahnung, er müsse mehr darauf achten, dass seine Thesen nicht als Gottes alleiniger Wille aufgefasst würden. Solange die Parole ,,Wiedervereinigung" schamlos missbraucht werde, könne sie kein Synodenthema sein. ,,Wir dürfen es auch mit dem Westen nicht verderben. [...]Aber wir müssen uns deutlich von der jetzt anlaufenden Oppositionsbewegung distanzieren, mit der ein in Gottes Wort gebundenes Gewissen nichts zu tun hat ! Ihr- an Niemöller gewandt- müsst auch deutlich sagen: Atombombenbischöfe gibt es im Westen nicht!"[589]

Bischof Lilje hielt in seinem Beitrag die vorherigen Äußerungen für falsch und nannte sie eine fahrlässige Inanspruchnahme des geistlichen Amtes. Als Gemeinsames nannte er die Vermeidung von Krieg und die seelsorgerische Verpflichtung gegenüber der jungen Generation. Er bemängelte die fehlende Sachkunde in den öffentlichen Erklärungen der Kirche und führte als schwersten Vorwurf an, die Männer der Kirche hätten sich nicht gegen die Möglichkeit geschützt, dass ihre Äußerungen von anderer Seite benutzt würden. In der Spannung zwischen Gewerkschaft und Regierung werde die Kirche verschlissen. Der jetzigen Gewerkschaftsbewegung stehe er sehr skeptisch gegenüber, da werde anderes gewollt ! Es gehe darum die Gewerkschaftsmüden wieder in die Hand zu kriegen, könne das die Aufgabe der Kirche sein, sich daran zu beteiligen? Die Kirche sollte sagen, verkoppelt nicht Außen- und Sozialpolitik!- ,,Wem ist das Nein zur Wiederaufrüstung willkommen? Sollen wir uns miss-

588 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 452, Vertraulicher Bericht, S. 3 f.
589 Ebenda, S.8.

brauchen lassen?"[590]

Präses Held, Mitunterzeichner des ,,Wort der 27", widersprach den Vorwürfen Liljes, es habe einen Mangel an Sachkunde gegeben und verwahrte sich gegen den Vorwurf, wer den Blick nach Osten richte, sei ein Kommunistenfreund. Held verwies auf die Kräfte im Westen, die keine Wiedervereinigung wollten. Er sprach die rechtlichen und sittlichen Probleme im Amt Blank an und erinnerte an den ungeklärten völkerrechlichen Status deutscher Soldaten und erwähnte die Verlegung von Militärbasen nach Westen. Ungeklärt seien die Kosten und die Art der Bewaffnung ! Seine Absicht sei es gerade gewesen, mit der Hinwendung zum Parlament, ein Volksbegehren abzuwenden und das Parlament auf seine Verantwortung aufmerksam zu machen. Die EKD dürfe nicht in den Verdacht geraten, dass sie die 18 Millionen Deutschen im Osten dem Bolschewismus überlasse. Abschließend wandte sich Held gegen ein Schweigen der Kirche, die Politiker müssten auch weiter angesprochen werden. Er wünsche sich für die zweite und dritte Lesung der Debatte zur Ratifizierung der Pariser Verträge im Bundestag einen anderen Verlauf.[591]

Wegen der verschiedenen Erklärungen zur Wiederbewaffnung und Kriegsdienstverweigerung trafen sich in Hannover unter dem Vorsitz von Bischof Lilje die Leiter der Evangelischen Kirchen, unter ihnen auch Kirchenpräsident Niemöller.[592] Gegenstand des Treffens waren Aussprachen zu den verschiedenen Meinungen über die Aufrüstung gewesen. Zu weiteren Diskussionen hatten die Referate von Prälat Kunst, dem Bevollmächtigten der EKD beim Bund, und von Landesbischof Haug geführt. Die Öffentlichkeit vermisse aber ein Kommuniqué, so etwa die Absicht, die Äußerungen kirchlicher Kreise gegen die Wiederbewaffnung als private Meinung einzelner zu kennzeichnen. Solche Absichten sollen zunächst bestanden haben, ließen sich aber wegen der unterschiedlichen Auffassungen zu diesen Fragen auch in der Leitung der EKD nicht durchsetzen. Die Zeitung berichtete auch über den Versuch der Kirchenleitung, für die Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen eine Formulierung zu erarbeiten, um sie dem Gesetzgeber als Leitfaden zu übergeben.

Der Eindruck, bei den innerkirchlichen Auseinandersetzungen kurz vor der Ratifizierung der Pariser Verträge handele es sich um Massenbewegungen, war trügerisch. Dennoch forderten die Unterstützer der Westpolitik des Bundeskanzlers von den oppositionellen Kirchenvertretern weiterhin Zurückhaltung bei politischen Stellungnahmen. Davon zeugte auch das Schreiben [593] des Münchener Kreisdekans Schabert an die Pfarrer seines Bezirks Anfang Februar

---

590 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 452, Vertraulicher Bericht, S. 4 f.
591 Ebenda, S. 5 f.
592 EZAB, Bestand 4/ 492, ,,Die Evangelische Kirche nicht einmütig". Meldung der FAZ v. 31. 1.1955.
593 Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, Dokument 11, S. 271- 281, v. Februar 1955.

1955, das vom Landeskirchenrat verbreitet wurde. Der Kreisdekan wies darauf hin, dass die Kirche im Rahmen der Pariser Verträge zur Wiederbewaffnung kein ,,mandatum dei" habe, um aus Schrift und Bekenntnis zu schöpfen. Für den Christen könne keine verbindliche Glaubensentscheidung in dieser Frage abgeleitet werden. Auf Argumente gegen die Pariser Verträge ging der Verfasser überhaupt nicht ein, erklärte seinen Pfarrern aber, Fragen zu den Pariser Verträgen gehörten nicht auf die Kanzel, um dafür oder dagegen Stellung zu nehmen. Dagegen sei erwünscht, auf Pfarrkonferenzen oder bei Männerabenden und Jugendkreisen die Frage der Wiederaufrüstung zu klären. Dazu könne Literatur von Professor Künneth[594] dienlich sein, ganz einseitig- polemisch aber instruktiv im Blick auf die möglichen theologischen Irrwege sei ,,Die Stimme der Gemeinde".[595]

Auch die Entschließung des Rates der EKD vom 3. Februar[596] war als Hilfe für die Pfarrer gedacht, eine Zusammenfassung der verschiedenen kirchlichen Stellungnahmen der letzten Zeit:

,,Die evangelische Kirche empfindet in der gegenwärtigen Stunde eine eindeutige gemeinsame Verpflichtung. Sie wünscht wie alle Deutschen dringend die Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Was die Kirche zu dieser Wiedervereinigung beitragen kann, wird sie tun. [...]Durch Stimmen aus der evangelischen Kirche ist auf den Ernst der gegenwärtigen politischen Weltlage nachdrücklich hingewiesen worden. Es ist dadurch der unrichtige Eindruck entstanden, als müsse die evangelische Kirche als solche in Erfüllung ihres eigentlichen kirchlichen Auftrags eine ganz bestimmte Entscheidung zu den Pariser Verträgen vollziehen. Wir sind aber der Überzeugung, dass allein vom Evangelium her zu dieser Entscheidung bindende Weisungen nicht gegeben werden können. Aus diesen Gründen empfehlen wir aufs neue allen Pfarrern grösste Zurückhaltung in allen öffentlichen Äusserungen. [...]Je gehorsamer sich die Kirche an die Verkündigung des Evangeliums hält, um so besser wird sie in der Lage sein, das politische Verantwortungsbewusstsein ihrer Glieder zu wecken".

Energischer setzte sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU dafür ein, das regierungskritische Potential in der EKD zu zügeln und stellte sich damit als Erfüllungsgehilfe in der Wiederaufrüstungsfrage für die Regierung dar. Dabei hatte der Kreis die volle Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle der CDU,[597] um für die Regierungspolitik zu werben, und in Landesbischof Halfmann einen Fürsprecher gegen eine Politisierung der Kirche und gegen

---

594 Walter Künneth, evangelischer Theologe und seit 1953 Professor in Erlangen, war Anhänger der Zwei-Reiche- Lehre der Lutheraner, zit. nach Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 449.

595 Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG, S. 384. Vgl. Vogel, Kirche, S. 281.

596 LKAHB, Akte N 211, Nr. 216 f. Entschließung des Rates der EKD v. 3. 2. 1955 an die Landeskirchenleitungen, mit der Bitte um Weitergabe an die Pfarrer.

597 Sie rief dazu auf, Resolutionen gegen die Veröffentlichungen der kirchlichen Gegner der Pariser Verträge zu erarbeiten. Die Öffentlichkeitsarbeit unterstützten nach dem Tod von Ehlers als Leiter des Arbeitskreises im Jahr 1954 der Bundesminister für besondere Aufgaben Tillmanns, der die Leitung übernahm, Bundestagspräsident Gerstenmaier und die Theologen Thielicke und Künneth. Vgl. Ehlert, Vom Scheitern, S. 385. Vgl. Volkmann, Protestantismus, S. 541.

den Versuch, den Befürwortern der Aufrüstung den Friedenswillen abzusprechen. Solche Überlegungen hinderten den Arbeitskreis nicht daran, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, um die Jugend davon zu überzeugen, dass es Bürgerpflicht sei, die Bundesrepublik als Soldat vor dem Kommunismus zu bewahren.

4.2. Der Soldat in zukünftigen Streitkräften

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU hatte sich schon mehrfach für den eingeschlagenen Weg der Regierungspolitik ausgesprochen und eine Alternative ausgeschlossen. Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge verwies der Kreis auf seiner Jahrestagung im Mai 1955,[598] die unter dem Thema ,,Christ und Vaterland" stand, auf die Verteidigungspflicht. Das Hauptreferat hielt Graf Baudissin, in der anschließenden Resolution hieß es: ,,Unser Staat wird erst dann gesichert sein, wenn im ganzen Volk auch die Verteidigung als Notwendigkeit empfunden wird."[599]

Von dem ,,störenden Einfluss", den die Wiedervereinigungsdiskussion in der Öffentlichkeit und bei den Besatzungsmächten bewirkte, zeugte eine Mitteilung aus dem Bundeskanzleramt [600], in der angemerkt wurde:

,,Wir machen hier zuweilen die überraschende Feststellung, dass einige unserer amerikanischen Freunde von dem vielen Gerede über die Wiedervereinigung benebelt werden. Es wäre gut, wenn Sie auch Ihrerseits die Amerikaner bei jeder Gelegenheit wissen lassen würden, dass ihr derzeitiger Weg weitergegangen werden muss. [...]weil sie nicht erkennen, dass die Deklarationen zur Frage der Wiedervereinigung zum grossen Teil aus parteitaktischen Gründen besonders laut ausfallen, nämlich um der Opposition bzw. anderen Koalitionspartnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. [...]Man kommt der Lösung aber nicht durch weltfremde schwärmerische Erklärungen bei".

Ähnlich argumentierte der Ostkirchenausschuss[601] in einem Schreiben, das nicht nur die Verantwortlichen erreichen wollte, sondern auch den ,,kleinen Mann auf der Strasse", wie es im Anschreiben hieß. In dem seelsorgerischen Wort für die Heimatvertriebenen wurde die Schwierigkeit angesprochen, mit dem Bolschewismus umzugehen. Die verantwortlichen Männer des Volkes müssten auch dem gefährlichsten Gegner ins Auge sehen und den diplomatischen Kampf mit ihm aufnehmen. Dies falle gerade den Vertriebenen schwer, da ihre Erfahrungen es unmöglich erscheinen ließen, diesen Gegner überhaupt anzusprechen.

---

598 Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Worms vom 6.- 8. Mai 1955. Materialien dazu befinden sich im Archiv für Christlich Demokratische Politik, IV-001- 009/1, zit nach Ehlert, Vom Scheitern S. 385.

599 „ Evangelische Verantwortung ", 3, 1955, Nr. 5, S. 14. Bericht zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe von Oberkirchenrat Osterloh, zit. nach Ehlert, Vom Scheitern, S. 386.

600 BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 178 f., Mitteilung des Persönlichen Referenten des Bundeskanzlers in Bonn an General Speidel in Paris, v. 11. 3. 1955.

601 LKAHB, Akte N 211, Nr. 225, Schreiben des Ostkirchenausschusses in Hannover an die Ev. Kirchenkanzlei Hannover v. 25. 3. 1955, S. 1-3. Dieser Ausschuß vertrat die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

,,Wir dürfen uns nicht wie Kaninchen vor der Klapperschlange verhalten. [...]Wir alle sehnen uns nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes [...]. Die Wiederbewaffnung wurde mit der Annahme der Pariser Verträge vom Bundestag bejaht. Viele von uns halten diese Entscheidung für unheilvoll. Es ist dabei manchmal eine Stellung eingenommen worden, als ob dieselbe mit einer christlichen Glaubenshaltung unvereinbar wäre. In einer politischen Ermessensfrage ist es möglich, so oder so zu urteilen.[...]Ermessensfrage bedeutet hier nicht, dass jeder das Recht hat, nach seiner Willkür zu entscheiden. [...].
Wir halten es ferner für notwendig, dass ein Christ gegenüber gesetzlich gefassten Beschlüssen auch bei anderer politischer Überzeugung Loyalität übt, wenn er nicht in Aufruhr hineinschliddern will. [...]Deshalb können wir denen, die bereit sind, Militärdienst zu leisten, nicht abstreiten, dass sie auch darin als Christen dienen können. Kriegsdienstverweigerung allein ist noch kein positiver Dienst am Frieden."

Die Evangelische Kirche ging davon aus, dass viele der Soldaten in den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit ein innerlich tieferes und reiferes Verhältnis zu den Fragen des Glaubens gefunden hätten und viele Offiziere ihre Entscheidung, wieder Soldat zu werden, in der ,,Verantwortung vor dem Herren gefällt hätten".[602] In einem Vortrag über die ,,Probleme praktischer Menschenführung in zukünftigen Streitkräften"[603] führte Baudissin aus, Aufstellung und Ausbildung zukünftiger deutscher Streitkräfte vollziehe sich inmitten einer Auseinandersetzung, deren Charakter der Begriff ,,Permanenter Bürgerkrieg" treffend bezeichne.
In einer solchen Dschungelsituation sei der ,,blinde Staatsbürger" als Kämpfer auf die Dauer nicht mehr kriegstüchtig. Vom zukünftigen Soldaten würden Entscheidungs- und Dienstbereitschaft verlangt, die ihn zum letzten Einsatz seiner Existenz rufe, ohne dass immer deutlich werde, von wem die Verantwortung zu tragen sei.[604]
Der soldatische Bereich sei der Jugend fremd. Den Bolschewismus lehne sie gefühlsmäßig ab, doch selbst Flüchtlingskinder hätten keine tieferen Kenntnisse über ihn. Das Bild des jungen Menschen entspreche der Richtungslosigkeit der Umbruchsituation. Eine straffe und klare soldatische Ordnungswelt sollte mit ihrer Überzeugungskraft in vielen jungen Menschen ein Bewußtsein wecken, was überhaupt menschliche Gemeinschaft und Ordnung sei, um ihnen die Fragen nach der Stellung des Krieges und dem Sinn soldatischen Dienstes zu beantworten. Diese Aufgabe könnten nur soldatische Führer übernehmen, die pädagogisch gebildet seien und deren erzieherische Fähigkeiten als ein wesentliches Kriterium für die Laufbahneignung erachtet werden müsse.
Die Kunst zu erziehen sei weitgehend eine Begnadung, sie könne aber zu einem beträchtlichen Grad gelernt werden. Da die Mehrzahl der künftigen Offiziere ehemalige Soldaten der

602 BA- MA, BW 35, Nr. 105, S. 2.
603 NEKA, Nachlass Pastor Dethleffsen, ,,Probleme praktischer Menschenführung in zukünftigen Streitkräften", Vortrag vor der Studiengesellschaft für praktische Psychologie in Essen am 29.10. 1954 von Graf v. Baudissin, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11, (1954), S. 634- 639.
604 Ebenda, S. 634.

,,Wehrmacht" seien, müsse man fragen, ob sie diese Fähigkeiten besäßen. Deshalb sei bei der Planung darauf zu achten, sich gegen die Unzulänglichkeiten einzelner so weit als möglich durch folgende Forderungen abzusichern: Streitkräfte seien heute nur dann kriegstüchtig, wenn sie von den gleichen Impulsen gespeist würden, wie die Gemeinschaft, die es zu verteidigen gelte. Der Staat müsse für seine Grundordnung werben, der Soldat dürfe während seiner Dienstzeit nicht auf das verzichten müssen, was er zu verteidigen habe: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der menschlichen Würde.

Aufgabe verantwortlicher militärischer Führer werde es sein, durch eine Information, die dem Pluralismus unseres Lebens Rechnung trägt, die Zusammenhänge der militärischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwelt zu erklären. Es sei auch unbestreitbar, dass der moderne Krieg kein ersehntes Feld der Betätigung männlicher Tugenden mehr sei oder als normales Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten und Ziele gelten könne. Gerechtfertigt erscheine er nur noch als Verteidigung letzter freiheitlicher Existenz. So würde das Militär zum ,,notwendigen Übel" einer freiheitlichen Lebensordnung, der Soldat könne nur noch darin seine Aufgabe erblicken, dem Politiker die Voraussetzung für sein Bemühen zu geben, den Frieden zu erhalten.[605]

Eine aufschlussreiche Studie über ,,Die Menschen in der Bundeswehr" lieferte der Bericht, der vom Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung Kunst erstellt wurde.[606] Sowohl der Bericht Baudissins als auch diese Studie zeigten die Beweggründe eines Bürgers im Jahr 1956, der sich für den Beruf des Soldaten entschieden hat. Kunst berichtete: der Wehrpflichtige sei der typische junge Mensch unserer Zeit. Jung, unproblematisch, nicht mehr skeptisch wie die Nachkriegsgeneration, aber nüchtern und sachlich. Die Wehrpflicht werde ohne große Begeisterung absolviert, dabei seien die jungen Männer aber durchaus bereit, sich einzusetzen und mit Schwung mitzumachen.

Der Freiwillige sei im Ganzen negativer zu beurteilen. Man finde hier eine Reihe junger Menschen, die bisher noch nirgends rechten Fuß gefaßt hätten. Gelegentlich seien unter ihnen auch einige gescheiterte Existenzen, bei denen eine gewisse Abenteuerlust nicht zu leugnen sei. Beiden Gruppen gemeinsam sei die Erwartung, in der Bundeswehr eine menschliche Gemeinschaft zu finden. Man suche nach einer Geborgenheit, die bisher nicht gefunden wurde. Diese jungen Menschen seien in einer allgemeinen Richtungslosigkeit aufgewachsen, in der gültige Maßstäbe fehlten. Sie seien deshalb für die Autorität dankbar, die sie in dem militärischen Gefüge vorfänden.

Unter den älteren Unteroffizieren, sei eine Reihe gereifter und geläuerter Menschen, die ihre

---

605 Ebenda, S.636- 639.

606 BA- MA, BW 35/ 105, fol. 3-4. Der Aufbau der Militärseelsorge 1956- 1958.

Aufgaben verantwortungsvoll erledigten. Der Abstand zum Offizierskorps, was menschliche Reife und geistiges Niveau betreffe, trete kaum in Erscheinung. Daneben gebe es aber auch den primitiven, geistig etwas engen Typ, der sich nur deshalb bei der Bundeswehr beworben habe, um versorgt zu sein. Der Typ des ,,Schleifers" sei in der Bundeswehr bisher aber nicht in Erscheinung getreten.

Die Gruppe der Offiziere wurde von Kunst folgendermaßen charakterisiert: man finde dort ältere Offiziere, etwa vom Oberst aufwärts, mit sehr großem Verantwortungsbewusstsein. An allen seien die letzten Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Diese Gruppe zeige nicht selten eine gewisse Unbeweglichkeit und Starrheit des Denkens, und der Versorgungsgedanke spiele auch hier eine Rolle. Die Offiziere mittleren Alters seien besonders positiv zu beurteilen. Hier seien die Menschen, ,,die durch die Schicksalsschläge der letzten Jahrzehnte besonders weiter geführt wurden", stark spürbar. Gerade unter den Bataillonskommandeuren finde man viele gereifte, geistig aufgeschlossene Menschen, denen man die Lebenserfahrung, auch im Zivilberuf, anmerke. Aus dieser Altersgruppe hätten viele gute zivile Positionen aufgegeben, um unter Inkaufnahme von finanziellen Verlusten wieder Offizier zu werden.

Die als Leutnants, Oberleutnants oder als Hauptleute eingestellten Soldaten erschienen besonders schwierig. Hier hätten die besonderen Lebensumstände, wie das Alter am Ende des Krieges, die nur kurze militärische Dienstzeit und das Hineinwachsen in einen neuen Zivilberuf dazu geführt, dass sich ungewollt eine gewisse negative Auslese eingestellt habe. Im Durchschnitt finde man hier viel geistige Enge und Begrenztheit und eine gewisse Einseitigkeit des militärischen Denkens. Unbewusst wirkten sich in dieser Generation der dreißigjährigen gewisse Nachwirkungen des Dritten Reiches aus. Gerade den kirchlichen Fragen gegenüber sei hier gelegentlich eine größere Reserve spürbar. Besonders erfreulich sei die Gruppe der jüngsten Offiziere zu beurteilen, das Gesicht dieser Generation prägten Aufgeschlossenheit, Zivilcourage und Zuversicht.

Um diese letztgenannte Gruppe kümmerte sich im Amt Blank General Speidel selbst, einer der ranghöchsten Offiziere, um den deutschen Wehrbeitrag politisch, psychologisch und geistig vorzubereiten. In einem Schreiben an Blank[607] äußerte er :

,,Der Sohn des Feldmarschalls Rommel, Gerichtsreferendar Manfred E. Rommel, ist seit zwei Jahren in der CDU für die Junge Union tätig. Ich lege seinen neuerlichen Brief an mich und seinen Erfahrungsbericht bei, weil er zum Grundsätzlichen vordringt. Die Erfahrunen des jungen Rommel zeigen mit aller Deutlichkeit, dass sich die Frage nach dem ,,Warum" gegenüber dem ,,Wie" immer vordringlicher stellt. Ich habe diese Erfahrungen jetzt auch wieder bei der Universität Tübingen gemacht. Ich glaube, wir müssen vor allem den jungen Menschen guten Willens das notwendige Rüstzeug an die Hand geben."

---

607 BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 144, Schreiben Speidels an Blank, v. 18. 1. 1955.

Auf eine ganz andere Gruppe von Soldaten machte der Bevollmächtigte des Rates der EKD in seinem Bericht aufmerksam. Er verwies auf das zahlenmäßige Hervortreten der Ostflüchtlinge, die einen größeren Prozentsatz an Offiziersstellen für sich einnehmen würden als es der Bevölkerungsdurchschnitt zeige. Dabei stellten die Spätheimkehrer ein besonderes Problem dar. Sie seien offensichtlich zu frühzeitig wieder eingestellt worden, so dass die Erlebnisse der Gefangenschaft noch zu nah hinter ihnen stünden.
Einen weiteren Versuch, die Wiederbewaffnungsgegner in der EKD von seiner ganz anderen Auffassung vom Verständnis christlichen Handelns in der Politik zu überzeugen, unternahm der Arbeitkreis der CDU/CSU. Er wollte zeigen, dass Aufrüstung und Wiedervereinigung sich nicht ausschließen und warb bei den Pfarrern in den Gemeinden, ihre ablehnende Haltung zu überdenken. Zudem sollte dem Kreis der Aufrüstungsgegner das Argument entzogen werden, die völkerrechtliche Stellung etwaiger deutscher Truppenkontingente innerhalb einer europäischen Armee seien nicht geklärt.

4.3. Die Kirchenleitung klärt die völkerrechtliche Frage des Wehrbeitrags

An Bischof Halfmann war ein Brief gerichtet,[608] den der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU an jene Pfarrer versandte, die die verschiedenen Erklärungen gegen den Abschluss der Pariser Verträge unterzeichnet hatten. In dem Brief bedauerten die Unterzeichner, dass die Gegner der Pariser Verträge einen deutschen Wehrbeitrag aus politischen Gründen ablehnten und meinten, dass die Verträge dazu beitrügen, eine Wiedervereinigung zu verhindern.Vom Evangelium her argumentierten die Gegner, das Verteidigungsrecht des Staates verneinen zu müssen. Sie übersähen dabei aber die aggressive Expansionspolitik der Sowjetunion, die bereits zur Vernichtung der Freiheit in vielen Ostblockstaaten geführt habe. Ziel dieser Politik sei es, die Einigung der westlichen Staaten zu verhindern und die Kräfte der westlichen Welt zum Zerfall zu bringen.
Dies sei keine billige antisowjetische Propaganda, sondern politische Erkenntnis. Wer diese nicht wahrnehme, handele nicht gewissenhaft. Der Sinn des deutschen Verteidigungsbeitrags sei, die Verteidigungskraft und den Schutz der gesamten westlichen Welt zu erhalten. Egoismus, Bequemlichkeit und Verantwortungsscheu seien oft die Gründe für eine Kriegsdienstverweigerung, und deshalb könnten diese Menschen nicht den Schutz der Kirche beanspru-

[608] NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Brief Tillmanns an den Landesbischof von Schleswig- Holstein Halfmann v. 26. 2. 1955. Diese Erklärung wurde u.a. von Bundesminister Tillmanns, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Ministerpräsident v. Hassel, Bundesminister a.D. Lehr und Bundesminister Schröder unterschrieben.

chen, sie entwerteten die kirchliche Fürsprache für jene Christen, die in echten Gewissensnöten seien.

Ebenfalls an Pfarrer und Vikare sowie an die Mitglieder der Synode wandte sich der Bischof der Landeskirche Badens, Bender, um auf die bevorstehende Entscheidung über die Pariser Verträge aufmerksam zu machen.[609] Er erinnerte an die Kirchenkonferenz in Hannover, auf der über das politische Hervortreten von Kirchenmännern gesprochen worden sei und auf die Lage, die dadurch entstanden sei. Vom Wort Gottes her gebe es keinen eindeutigen, zwingenden Weg zur konkreten politischen Entscheidung, deshalb lege das Amt als Prediger Zurückhaltung in öffentlichen Äußerungen über politische Dinge auf. Der Bischof kritisierte vor allem, politische Äußerungen mit dem Hinweis auf die kirchliche Amtsstellung zu verbinden. Dies erwecke den Anschein, als verfüge der Pfarrer über eine besondere Erleuchtung in politischen Dingen.

Die gebotene Unterscheidung des kirchlichen vom politischen Amt bedeute dennoch keine Dispensierung von der politischen Verantwortung. Im Fall der Pariser Verträge[610] hätten Kirchenmänner unter Berufung auf das Evangelium und das Gewissen dem Parlament das Recht abgesprochen, über den Wehrbeitrag und Verträge allein zu entscheiden. Abschließend rief der Bischof die Amtsbrüder auf, von demagogischen Phrasen und Halbwahrheiten abzulassen. Verschlungene und komplizierte Tatsachenbestände wie die Pariser Verträge mit dem darin vorgesehenen Wehrbeitrag seien auf Kundgebungen nicht zu klären. Es sei Aufgabe der Kirche dort mit Urteilen einzuhalten, wo die Einsicht in die Sache nicht gegeben sei, damit nicht ,,Sentiments und Ressentiments die Hauptbeweislast für politische Thesen zu tragen haben".[611]

Ungeklärt bei allen kirchlichen Stellungnahmen zu einer möglichen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war die Gültigkeit des Gesetzes Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission (AHK). Im Februar 1954 war die erste Wehrergänzung des Grundgesetzes verabschiedet worden. Sie regelte die Frage der Wehrhoheit und diente zur verfassungsrechtlichen Sicherung des EVG- Vertrages. Dem Bund wurde die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für alle Verteidigungsfragen übertragen. Alle Aufstellungsmaßnahmen und die Gesetzgebung waren von dem Inkrafttreten der Pariser Verträge abhängig gemacht worden. Erst ab diesem Zeitpunkt hatte die AHK eine parlamentarische Behandlung der Entwürfe für die Wehrgesetze erlaubt.[612]

---

609 BA- MA, BW 9/ 1938, fol. 135- 138. Abschrift eins Briefs von Bischof Bende. ,, An sämtliche Pfarrer und Vikare sowie an die Mitglieder der Synode " v. 7. 2. 1955.

610 Vgl. Kapitel ,, Kirchliche Stellungnahmen zu den Pariser Verträgen" .

611 BA- MA, BW 9/ 1938, fol. 135- 138. Abschrift eines Briefs von Bischof Bender.

612 Vgl. Kapitel ,,Wehrverfassung und Wehrgesetzgebung im innenpolitischen Dialog".

Mehrfach hatten Kirchenvertreter auf die ungeklärte Situation bezüglich des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 hingewiesen und deshalb eine Wiederbewaffnung strikt abgelehnt. Auf der Kirchenkonferenz am 28. Januar 1955 sollte die Frage zur Gültigkeit des Gesetzes zur Ausschaltung des Militarismus vom 16. 12. 1949 geklärt werden. Dazu führte Oberlandeskirchenrat Dr. Breust aus,[613] die erste Anforderung, die man an einen Rechtsstaat stellen müsse, sei die, dass der Staat

a.) sich nach seinen eigenen Gesetzen richte und
b.) von seinen Untertanen nicht eine Handlung verlange, die er durch ein Gesetz unter Strafe gestellt habe.

Es dürfe nicht geschehen, dass ein Wehrgesetz in Kraft trete, das die deutsche Jugend ebenfalls unter Strafandrohung zum Wehrdienst, also zur Übertretung des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 zwingen würde. Dann stünden die jungen Leute vor folgender Situation : würden sie Soldat, würden sie nach dem Kontrollratsgesetz bestraft, würden sie sich weigern, käme das Wehrgesetz zur Anwendung. Breust wies darauf hin, dass weder die Westalliierten noch die Bundesrepublik befugt seien, das Gesetz aufzuheben. Dies könne nur mit der Zustimmung Rußlands geschehen, diese werde aber niemals gegeben werden.
In einem Schreiben an die deutschen evangelischen Landeskirchen in Westdeutschland [614] gab der Bundesjustizminister eine Stellungnahme ab. Er bestätigte, dass für verschiedene Tätigkeiten, insbesondere auf militärischem Gebiet, Strafandrohungen bestünden. Strafbar sei eine militärische Betätigung aber nur dann, wenn sie ohne Genehmigung der AHK erfolge. Dies gehe ausdrücklich nur aus dem Artikel 1b des Gesetzes hervor, in dem es heißt: „Wenn nicht eine ausdrückliche Ermächtigung der Alliierten Hohen Kommission vorliegt". Diese Formel werde bei Artikel 1a und 1c nicht gebraucht, daraus könne aber nicht geschlossen werden, dass in diesen Fällen überhaupt keine Genehmigung erteilt werden könne.
Im Gegenteil werde hier angenommen, dass in diesen Fällen bereits eine stillschweigende Genehmigung - im Gegensatz zu der ausdrücklichen Genehmigung in Art. 1b - genüge. Dies besonders zum Ausdruck zu bringen, habe die AHK, offenbar aus politischen Gründen, vermieden. Dieses Gesetz müsse als ein politisches Gesetz angesehen werden, durch das nicht ein bestimmtes Verhalten moralisch verurteilt werden solle. Die Siegermächte wollten ihre politische und militärische Stellung gegen eine damals möglich gehaltene deutsche Wiederbewaffnung sichern. Das Gesetz stehe in keiner Beziehung zu dem Gedanken der Ächtung

---

613 EZAB, Bestand 4/ 492, Abschrift an den Vorsitzenden der EKD Dibelius v. 4. 2. 1955.
614 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Stellungnahme des Bundesjustizministers zum Gesetz Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission. Brief der Kirchenkanzlei der EKD an die Leitungen der evangelischen Landeskirchen in Westdeutschland.v. 28. 2. 1955.

des Krieges oder zu dem Grundgedanken der Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3) des Grundgesetzes.
Die Auffassung, dass eine mit Genehmigung der Alliierten ausgeübte derartige Betätigung nicht gegen das Gesetz Nr. 16 verstoße, sei auch von den Alliierten in Zusammenhang mit deutschen Vorstellungen gegen das Weiterbestehen des Gesetzes Nr. 16 verschiedentlich ausdrücklich bestätigt worden. Deutsche Staatsbürger, die aufgrund einer künftigen Wehrpflicht Soldat werden müssten, würden nicht gezwungen sein, gegen das Gesetz zu handeln, da es spätestens mit dem Inkrafttreten deutscher Wehrgesetze aufgehoben werde. Kein deutscher Soldat werde durch Strafbestimmungen dieses Gesetzes in Gewissenskonflikt geraten.
Abschließend wies der Bundesjustizminister darauf hin, die Auffassuung, dass weder die Westalliierten noch die Bundesrepublik befugt seien, das Gesetz aufzuheben, beruhe auf einem Irrtum. Das Kontrollratsgesetz Nr. 16 sei das Ehegesetz. Das hier besprochene Gesetz Nr. 16 sei nicht vom Kontrollrat erlassen worden, in dem auch Sowjet- Russland durch Sitz und Stimme vertreten sei, sondern von der AHK, der nur die drei westlichen Alliierten angehörten. Deshalb sei die Kommission auch befugt, ihr eigenes Gesetz aufzuheben. Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge werde das Recht zur Aufhebung des Gesetzes auf die Bundesrepublik übergehen. In Artikel 1 des Überleitungsvertrages zum Deutschlandvertrag werde dieses Recht zur Aufhebung auf die zuständigen deutschen Organe übertragen [615]. Nachdem die rechtlichen Zweifel über die Gültigkeit des Gesetzes der AHK geklärt waren, erhoffte die EKD in der Frage der Wiederbewaffnung eine Beruhigung.

Für das Thema dieser Arbeit ist von besonderem Interesse, wie das Scheitern der EVG die militärische Entwicklung der NATO beeinträchtigt hat. Auf der Pariser Atlantikrattagung im Mai 1955 verwies Adenauer auf die Übereinstimmung der Ziele des Paktes und denWünschen der Deutschen nach Frieden, Sicherheit und Freiheit. Dabei dachte er auch an das zukünftige Austarieren der Machtverhältnisse und daran, welche Rolle die Bundesrepublik zwischen den wichtigsten westeuropäischen Staaten dabei übernehmen könnte.[616]
Als Grundlage für die neue Streitkräfteplanung der NATO Mitte der fünfziger Jahre galten die folgenden Überlegungen: ein sowjetischer Angriff sollte mit Nuklearwaffen zurückgeschlagen werden. Durch die Kombination von neuen Waffen und einem deutschen Verteidigungsbeitrag schien die NATO befähigt, eine Vorwärtsstrategie anzuwenden und bereits weit östlich vom Rhein eine Verteidigungslinie aufbauen zu können.[617] Welche Überlegungen leite-

615 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Stellungnahme des Bundesjustizministers.
616 Bald, Atombewaffnung, S. 133
617 Greiner, Das militärstrategische Konzept der NATO, S. 226.

ten Adenauer bei seinem Interesse an nuklearstrategischen Fragen? Die Bundesrepublik galt aufgrund der geostrategischen Lage als Schlachtfeld einer möglichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Um dies zu verhindern galt es, den Einfluss auf die Verteidigungsstrategie des NATO- Bündnisses zu erhöhen.

Die Frage zu Atomwaffen sowie eine eventuelle Ausrüstung deutscher Streitkräfte mit diesen Waffen, führte in der EKD zu einem lebhaften Echo.[618] Theologische Grundsatzfragen wurden vor einem bestimmten zeitgeschichtlichen Hintergrund mit den politischen Strömungen diskutiert. Das wachsende Misstrauen zwischen Ost und West führte dazu, dass jeder militärische Block dieses Empfinden in ein Sicherheitsbedürfnis umzusetzen versuchte, um die eigene Einflusssphäre zu erhalten. Innerhalb der Kirche herrschte das Bemühen vor, den Unterschied zwischen christlicher und politischer Existenz zu erhalten, politische Aktionen waren nicht erwünscht.[619]

---

[618] Vgl. ,,Das atomare Glück". In den Nachkriegsjahren kannte die atomare Begeisterung der Ingenieure und Politiker keine Grenzen. Spätestens im Jahr 1956 hätte sich die EKD aber fragen müssen, warum die Industrie ihre Anteile am Karlsruher Kernforschungszentrum an den Staat abgab, das nun allein der Staat zu finanzieren hatte. Die Industrie hatte erkannt, wie teuer Forschung und Entwicklung werden könnten, zit. nach Manfred Kriener, Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14. 9. 2006, S. 84.

[619] Walther, Atomwaffen und Ethik, S. 12- 15.

IV. Der deutsche Verteidigungsbeitrag nach dem Scheitern der EVG

1. Die Entscheidung für die NATO

1.1. Auswirkung des Scheiterns der EVG auf den Truppenaufbau

Das Scheitern der EVG- Verträge in der französischen Nationalversammlung bedeutete für den Bereich der europäischen Einigung einen schmerzhaften Rückschlag in Adenauers Europapolitik. Diesen 30. August des Jahres 1954 hielt er in seinen ,,Erinnerungen" als ,,Schwarzen Tag für Europa" fest.[620] Dennoch ist festzustellen, dass durch die lange Praxis der Zusammenarbeit unter den verschiedenen nationalen Delegationen gegenseitiges Vertrauen entstand. Die Verhandlungen verbesserten die deutsch- französischen Beziehungen und führten vor allem in der deutschen Öffentlichkeit dazu, die Wiederbewaffnung nicht mehr strikt abzulehnen.[621]

Wie sehr die Ablehnung der EVG- Verträge in der Bundesrepublik doch überrascht haben muss, zeigt ein Ausspruch Theodor Blanks noch im April 1954: ,,Erst wenn ein Land sich gegen die EVG erklärt, werden wir das Recht auf nationale Verteidigung fordern".[622] Jetzt, nach dem Scheitern der Verhandlungen, musste nach neuen Wegen gesucht werden, wie die Bundesrepublik politisch und militärisch in den Westen einzugliedern sei. Der NATO- Beitritt der Deutschen war an Bedingungen geknüpft. Großbritannien kam der französischen Forderung nach, vier Divisionen samt taktischer Luftstreitkräfte auf dem Festland zu unterhalten. Adenauer hatte freiwillig auf die Herstellung nuklearer, biologischer, chemischer und schwerer konventioneller Waffen verzichtet. Auf der Londoner Neun- Mächte- Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 war aber nur der Grundstein gelegt, Einzelheiten mussten die Expertenkommissionen festlegen. Ein Lenkungsausschuss der Botschafter, in dem Etzdorf wieder die deutsche Seite vertrat, leitete die Arbeitsgruppen Brüsseler Pakt und NATO.

Die Arbeitsgruppe NATO formulierte die Texte zum deutschen Beitritt und zur Definition der Befugnisse des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa gegenüber den Truppen, die dem Bündnis zur Verfügung gestellt wurden. Beim Brüsseler Pakt und der NATO handelte es sich um intergouvernementale Zusammenschlüsse, Entscheidungen konnten nur einstimmig getroffen werden. Die Pariser Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober 1954 dienten vor allem dazu, die von den Sachverständigen erzielten Vereinbarungen nun zu vollziehen. Noch ein-

---

620 Adenauer, Erinnerungen 1945- 1953, S. 563.

621 Gauzy, Gescheiterte Versuche, S. 23.

622 BA- MA, BW 9/2527- 4, Tgb. Amt Blank, Abt. II, (Militärische Abteilung) vom 7. 4. 1954. Vgl. Resümee Blanks, der nach seiner USA- Reise im Sommer 1953 feststellte: ,,Die amerikanische Regierung hält nach wie vor an der EVG fest [...].Eine Alternativlösung wurde nicht nur nicht erörtert, sondern es bestand Übereinstimmung darüber, daß eine solche Lösung nicht opportun und gegen den Widerstand der Franzosen ohnehin nicht durchsetzbar sei." BA- MA, BW 9/82, Bericht Blanks an Bundeskanzler Adenauer über seine USA- Reise vom 13. 8. 1953. Zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 455.

mal gab es Schwierigkeiten über den künftigen internationalen Status der Bundesrepublik. Die französische Regierung wies darauf hin, sie werde die Teile der Schlussakte der Pariser Verträge über die Wiedervereinigung Deutschlands nur dann anerkennen, wenn die Erklärung vom September 1950 noch Gültigkeit habe.[623]

In dieser Erklärung hatten die drei Siegermächte eine Wiedervereinigung nur unter den folgenden Bedingungen für möglich gehalten: eine gesamtdeutsche Regierung sollte in freien und geheimen Wahlen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland gewählt werden. Es gab nur zwei Ausnahmen, unter denen ebenfalls eine Wiedervereinigung möglich gewesen wäre: die vier Siegermächte hätten die Bundesregierung als einzige rechtsgültige Regierung Gesamtdeutschlands anerkennen müssen, oder die Sowjetunion hätte auf ihre Besatzungszone verzichtet und diese der Bundesrepublik angeschlossen. Beide Lösungen waren Ende des Jahres 1954 noch nicht vorstellbar.

Am 15. und 16. Dezember fand die erste Lesung über die Pariser Verträge im deutschen Bundestag statt. Nicht die Wiedererlangung der deutschen Souveränität oder die bevorstehende Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis dominierten die Debatte, sondern die Aggressivität der sowjetischen Politik. Der Bundeskanzler nannte die in London und Paris gefundenen Lösungen der Verteidigungsfrage ein wirksames System der kollektiven Selbstverteidigung Westeuropas gegen die Bedrohung aus dem Osten. Kriegerische Auseinandersetzungen unter den Mitgliedstaaten seien nun unmöglich, und der weitere Zusammenschluss Europas werde gefördert.[624]

Um die Ratifizierung der Verträge durch Frankreich nicht zu gefährden, billigte man ihm zu, über den Vorschlag einer supranationalen Rüstungsbehörde wenigstens zu verhandeln, obwohl Bundeswirtschaftsminister Erhard bereits im Oktober 1954 das Vorhaben zurückgewiesen hatte. Eine Standardisierung des Rüstungsmaterials durch die NATO wurde zwar begrüßt, supranationale Beschaffung lehnte Erhard ab, weil sie zu einer vollständigen Kontrolle der gesamten Industrie führen konnte. Das Amt Blank einigte sich mit dem Wirtschaftsministerium dahingehend, dass es keine Integration der nationalen Rüstungsprogramme geben sollte. Eine Koordinierung durch die nationalen Rüstungsunternehmen selbst wurde aber begrüßt.[625]

Während der monatelangen Verhandlungen über Rüstungsproduktion und -standardisierung

---

623 Note v. 1. Dezember 1954, in : Documents diplomatiques francaises (DDF), 1954, Dokument Nr. 410, S. 837- 839. Zit. nach Christensen, Zur Wiederaufrüstung, S. 447 f.

624 Die Aussagen des Bundeskanzlers in: 2. Deutscher Bundestag, 61/62. Sitzung, 15. bis 16. Dezember 1954- hier 61. Sitzung, Bd. 22, S. 3121 und S. 3125, zit. nach Christensen, Zur Wiederaufrüstung, S. 450.

625 Krüger, Amt Blank, S. 136. Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Verteidigung, S. 66. Vgl. Guillen, Die französische Generalität, S. 154.

waren die Deutschen darauf bedacht, die frühere Betonung der Panzerwaffe zurückzunehmen. Speidel legte großen Wert darauf, dass die Anzahl von Panzerdivisionen nicht als ,,Angriffsarmee" missverstanden werden konnte. Darauf reduzierte Blank deren Zahl von neun auf sechs. Des Weiteren waren jetzt sechs Schützendivisionen sowie je zwei Gebirgs- und Luftlandebrigaden vorgesehen. Sie sollten in drei Jahren aufgestellt werden. Ein Jahr später empfahl SHAPE jedoch nur noch vier Panzer-, aber acht Infanteriedivisionen.[626] Immer häufiger stellte sich jetzt die Frage, wie diese Ziele in kürzester Zeit realisiert werden konnten.
Die Personalaufstockung der Dienststelle Blank stagnierte seit dem Scheitern der EVG- Verhandlungen in Paris, zusätzlich waren die Haushaltsmittel für die EVG- Delegation entfallen. Im Januar 1955 zählte die Dienststelle 996 Beamte, Angestellte und Arbeiter, wovon 321 Angestellte noch nicht regulär etatisiert waren. In einem Zeitraum von drei Jahren sollten 430000 Soldaten aufgestellt werden, wovon das Feldheer 370 000 Mann betragen sollte. Für die Luftwaffe waren 40 000 Mann und die Marine 20 000 Mann eingeplant. Daraus ergaben sich erhebliche Probleme bei der Personalauswahl, insbesondere bei der Rekrutierung von Freiwilligen und Truppenoffizieren. Dafür musste erst einmal die Infrastruktur geschaffen werden, 410 Großunterkünfte waren neu zu erstellen, ebenso wie Behelfsunterkünfte und Truppenübungsplätze. Die Verwaltung für diesen Bereich sollte ausschließlich bei nicht uniformiertem ,,zivilen Fachpersonal" liegen.[627]
Allein das Gesetz und die bereitgestellten Haushaltsmittel sollten das Handeln der zivilen Wehrbeamten bestimmen. Bedarfsanforderungen waren nach Maßgabe der Wirtschaftsgesetze sowie der Grundsätze der Außenhandels- und Investitionspolitik vom Bundeswirtschaftsministerium zu prüfen. Beide Ressorts sollten dann Rüstungsprogramme aufstellen, die durch die zivile Rüstungsverwaltung durchgeführt werden sollten. Für die planmäßige Aufstellung der Truppen waren 150 bis 200 Millionen DM veranschlagt worden, um 2 900 Beamte und ehemalige Offiziere sowie 1 000 Schreibkräfte einzustellen. Diese sollten Aufgaben wie die Erweiterung der Dienststelle Blank und die Einrichtung einer Personalannahmeorganisation einschließlich eines Gutachterausschusses für Spitzenoffiziere übernehmen. Für die Materialabnahmeorganisation, die Truppen- und Liegenschaftsverwaltung, die Einweisung und Ausbildung der militärischen Kader sowie die Erarbeitung von Dienstvorschriften sollten sie ebenfalls zuständig sein.[628]
In einem Schreiben[629] an den Bundeskanzler vermerkte Blank, der Gesamtaufbau der Streit-

---

626 Theiler, Die Rezeption, S. 476. Vgl. Krüger, Amt Blank, S. 137.
627 MGFA, Verteidigung, S. 64.
628 Krüger, Amt Blank, S. 139. Vgl. MGFA, S. 50 f.
629 BA- MA, BW 9/ 1295, fol 191, 194, Gesamtaufbau der Streitkräfte, Schreiben Blanks an den Bundeskanzler vom 25. 11. 1954.

kräfte sei ein erstmaliger und einmaliger Vorgang mit einer Vielfalt von zu lösenden Problemen, der sich in drei große Abschnitte gliedere: Planung, praktische Vorarbeiten und Aufstellung der Streitkräfte. Bisher sei vom Amt Blank reine Planung geleistet worden, die auf dem Gebiet der Beschaffung noch beträchtlicher Ergänzung bedürfe, die sich aus den veränderten Grundlagen der Pariser Verträge ergebe. Die Aufstellung der Streitkräfte könne aber nicht beginnen, wenn nicht die praktischen Vorarbeiten geleistet würden, die einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten erforderlich machten, um Personal und finanzielle Mittel bereitzustellen.

Der Aufbau der Streitkräfte könne nur allmählich erfolgen. Selbst wenn die Qualifikationsansprüche für bestimmte Aufgaben erkannt seien, könne man nicht sicher sein, ob diese Menschen zur Verfügung stünden. Der Ausfall einiger hundert eingeplanter Spezialisten könne während der Aufstellungsphase Änderungen der organisatorischen Abfolge und des Zeitplans zur Folge haben. Ähnliches gelte für das Materialgebiet, für die Bauten und für die Gesetzgebung. Bei der Aufstellung müsse darauf geachtet werden, dass die Einstellungskurve zunächst sehr flach verlaufe, um erst nach etwa eineinhalb Jahren mit der Einberufung der Wehrpflichtigen steil anzusteigen.

Die Forderungen Blanks wurden vom Bundeskanzler ignoriert. Er forderte im Januar 1955 als Einstieg des Truppenaufbaus eine Vorablösung mit drei Divisionen, was ihm Blank und Heusinger aber ausreden konnten. Nun versprach der Kanzler Geld für Vorausmaßnahmen bereitzustellen, um wenigstens im Sommer 1956 Einheiten vorzuweisen. Auch die USA mahnten jetzt, den Zeitplan für die Aufstellung von deutschen Truppenverbänden einzuhalten. Dies veranlaßte Adenauer, Anfang April bereits für den Herbst erste Verbände einzufordern, was wiederum daran scheiterte, dass weder der gesetzliche Rahmen für eine solche Maßnahme bestand, noch das notwendige Geld dafür bereitgestellt war. Zusätzlich wuchs der politische Druck, etwas aufstellen zu müssen, wobei die Vorstellungen über das ,,was" zwischen den deutschen Generälen durchaus umstritten war. Während sich Heusinger um den Erhalt konventioneller Panzerverbände bei der Tuppenplanung bemühte, plante Speidel als der verantwortliche militärische Planer Atomwaffen in das Abwehrsystem ein.[630]

Der Bundeskanzler war über die mangelhaften verwaltungsmäßigen Vorbereitungen erschüttert, zumal jetzt auch die amerikanische Öffentlichkeit[631] darauf drängte, durch einen deutschen Beitrag des Militärs die amerikanischen Verteidigungsausgaben zu senken. Bundes-

---

630 Theiler, Die Rezeption der NATO- Nuklearstrategie S. 494. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer- Kennedy: Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1992, S.26 f.

631 Berghahn, Unternehmer und Politik, S. 265.

finanzminister Schäffer sagte in einer Besprechung mit Heusinger und Blank das notwendige Geld zu. Blank nannte auf einer Pressekonferenz am 20. September 1955 den 1. Januar zum Tag des Aufstellungsbeginns. Auf die Beschwerde Schäffers, die bereitgestellten Mittel würden nicht abgerufen, musste Blank eingestehen, daß die Aufstellungspläne ,,irreal und utopisch" seien. Hinzu komme, dass seit dem Sommer 1954 die vom Bundesverband der Deutschen Industrie geforderte Aufstellung eines Zeitplans für die erforderlichen Rüstungsgüter immer wieder ausweichend beantwortet worden sei.[632]

Am 4. Oktober 1955 ordnete Blank die Aufstellung von sieben Lehrkompanien, einem Musikkorps und zwei Sondergruppen in Andernach, Nörvenich, Wilhelmshaven und anderen Orten an. Die Ständige Vertretung bei der NATO wurde als ,,Behörde des Auswärtigen Amtes" angesiedelt. Die Sachverständigen waren ,,im Einvernehmen" mit dem Auswärtigen Amt abzuordnen. Obwohl der Alliierte Oberbefehlshaber in Europa, der Amerikaner Gruenther, General Speidel als Militärberater des deutschen NATO- Botschafters Blankenhorn wünschte, beauftragte Außenminister Brentano nicht Speidel, sondern Ruhsert im Juli 1955 mit dieser Aufgabe.

Auch die Entsendung deutscher Offiziere in die eigentlichen Stäbe gestaltete sich problematisch, als der Chef des Stabes von SHAPE, Schuyler, deutsche Soldaten hierfür anforderte. Heusinger musste solche Erwartungen dämpfen, zumal die Offiziere in der Regel den Rang eines Oberst oder zumindest den eines Oberstleutnants haben sollten. Andererseits wies Speidel darauf hin, um Deutschland als vollwertigen Partner zu akzeptieren sei es wichtig, dass so schnell wie möglich die alliierten Führungsgremien besetzt würden.[633] Nachdem Blank im Juli die Entsendung deutscher Offiziere angekündigt hatte, konnten sie entgegen alliierten Vorstellungen nur als Angestellte und in Zivil Dienst tun, weil die gesetzlichen Grundlagen für die Militärgesetzgebung fehlten.

Der Sicherheitsausschuss, ein Gremium des Bundestags, plädierte gegen die Entsendung, solange kein Soldatengesetz verabschiedet war. Bis Mitte September wirkten immerhin schon 23 Offiziere im Ausland. Kielmansegg wurde Militärischer Vertreter bei SHAPE und übernahm damit die Verbindung vom Bundesverteidigungsministerium für alle Fragen, die mit dem Stab in Europa zu klären waren. Die fehlenden gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen waren aber vielfach zu spüren, die Vorwürfe von Versäumnissen trafen oft Blank, der hinter jeder Kritik den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses bzw. den Atom-

---

632 Bundesverband der Deutschen Industrie, Sitzung der Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Arbeitsgruppen in Köln, 29. 11. 1955, BW 9/ 4181, zit. nach Krüger, Amt Blank, S. 142.

633 Ebenda, S. 143.

minister im Kabinett, Franz- Josef Strauß, vermutete.[634]

1.2. Wehrverfassung und Wehrgesetzgebung im innenpolitischen Dialog

Wie konnte es zu den beschriebenen gesetzlichen Defiziten bei der Aufstellung des westdeutschen Verteidigungsbeitrags kommen? Bis zum Sommer 1954 hatte sich das Amt Blank an den Vorgaben der EVG zum Wehrgesetzgebungsprogramm gehalten. Das bedeutete deutsche Kontingente für integrierte europäische Streitkräfte. Die im Februar 1954 verabschiedete erste Wehrergänzung des Grundgesetzes regelte die Frage der Wehrhoheit und diente zur verfassungsrechtlichen Sicherung des EVG- Vertrages. Sie übertrug dem Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für alle Verteidigungsfragen. Die ersten Wehrgesetze sollten die rechtlichen Grundlagen für den deutschen Soldaten in einer europäischen Armee schaffen. Dafür waren 35 Gesetze, Verordnungen und Erlasse notwendig.[635]

Viele Vorarbeiten für die Gesetzgebung waren auf die EVG ausgerichtet, Alternativentwürfe gab es nicht, die Streitkräftekonzeption musste neu entwickelt werden, und die Aufstellungsplanung und das Wehrgesetzgebungsprogramm mussten neu angepasst werden. Behinderungen gab es insofern, dass alle Aufstellungsmaßnahmen und jene der Gesetzgebung von dem Inkrafttreten der Pariser Verträge abhängig gemacht worden waren. Die Alliierte Hohe Kommission hatte erst ab diesem Zeitpunkt eine parlamentarische Behandlung der Entwürfe für die Wehrgesetze erlaubt. Deshalb musste sich der Bundestagssicherheitsausschuss bis Mai 1955 fast ausschließlich mit der inneren Ordnung der künftigen Streitkräfte und den militärischen Einzelheiten der Verträge beschäftigen. Auch das Bundeskabinett durfte sich noch nicht mit der Wehrgesetzgebung befassen. Dabei wäre es wichtig gewesen, dass sich die Ressorts untereinander hätten abstimmen können, wie auch die Information der Bundestagsfraktionen, die wegen der Auflagen der Kommission bis Mai 1955 nicht erfolgen durfte.[636]

Im Januar 1955 erinnerte Blank daran, dass der gesetzgeberische Rahmen die Grundlage für die Aufstellungsmaßnahmen sei, als dringenste Gesetze nannte er das Freiwilligengesetz (Regelung der Rechtstellung der Soldaten), das Besoldungsgesetz, Eignungsübungsgesetz und die Disziplinar- und Beschwerdeordnung. Das Ressort des Innenministers war für das Landbeschaffungsgesetz (zur Bereitstellung von Gelände für Kasernen und Truppenübungplätze) das Bundesleistungsgesetz zur Sicherstellung der Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen für die Streitkräfte zuständig. Blank verwies auch auf den zeitlichen Rahmen von fünf

---

634 Krüger, Amt Blank, S. 144 f.

635 Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit des Bundestages vom 9. 2.1954. Tagesordnungspunkt ,,Überblick über das Gesetzgegungsprogramm der Dienststelle Blank" BA- MA, BW 9/ 718, zit. nach Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 430.

636 MGFA, Verteidigung, S. 53. Vgl. Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 431.

bis sechs Monaten, den man für die Verabschiedung der Gesetzentwürfe im Kabinett und ihrer anschließenden Zuleitung an den Bundesrat einplanen müsse. Dies hätte bedeutet, dass keines der Wehrgesetze vor Ende des Jahres hätte in Kraft treten können. Deshalb schlug Blank vor, dass sich die Fachminister schon vorab mit den Entwürfen befassen sollten, ohne die Einschaltung des Bundesrats. Die Gesetze sollten dann später vom Kabinett verabschiedet werden.[637]

Sehr schnell wurde aber klar, dass die Sozialdemokraten, die sich stets gegen einen frühen Streitkräfteaufbau ausgesprochen hatten, einem solchen Vorhaben nicht zustimmen würden. Adenauer verweigerte auch aus Rücksichtnahme auf die Ratifizierungsabläufe der Pariser Verträge in Frankreich Blank die Zustimmung zu seinem Vorhaben. Um diese gesetzgeberischen Abläufe zu beschleunigen, schalteten sich immer wieder Militärs ein, die sich um eine nationale Variante als Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik bemühten. Der Leiter von Blanks Militärischer Planungsabteilung, Oberst a. D. Bogislav v. Bonin, galt als konservativer Kopf und ,,Nurmiltär". Er stand meist in Opposition zu Graf v. Baudissin, dessen Vorstellungen vom Soldaten als ,,Bürger in Uniform" lehnte er ab, weil sie zur ,,Verweichlichung der Truppe führen mußten".

Bonin sah den zeitlichen Rahmen für die Aufstellung deutscher Kontingente als unrealistisch an und war mit eigenen Vorschlägen[638] an die Öffentlichkeit getreten. Er informierte Militärkorrespondenten der ,, Frankfurter Allgemeinen Zeitung " ebenso wie alte Kameraden und Mitarbeiter verschiedener Ressorts, so auch Jakob Kaisers Gesamtdeutsches Ministerium. Kurz vor der Verabschiedung der Pariser Verträge im Februar 1955 wandte er sich an den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, um auch dort für sein Konzept zu werben. Dies sah vor, an der Zonengrenze ein Freiwilligenheer von 120 000 bis 150 000 Mann aufzustellen. Mit Panzerwaffen ausgerüstet sollte dies einen Abwehrriegel bilden. Dieses nationale Verteidigungskonzept stand im Widerspruch zur Bündnispolitik der Bundesrepublik, und Blank empfand das Verhalten seines Mitarbeiters als äußerst illoyal. Als dieser mit seiner Denkschrift ,,Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung- kein Gegensatz" bei pensionierten Generälen um Unterstützung warb, beantragte Blank beim Kanzler dessen Ent-

---

637 Greiner, Dienststelle Blank. S. 118. Vgl. Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 432.

638 BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 112. ,,Die Studie des Obersten a.D. Bonin ist zu einer Zeit geschrieben, in der sich alle Planungen noch auf den EVG- Vertrag (accord spécial) gründeten. [...]Sie versucht in einem aggressiven, subjektiven Ton Schwarz- Weiss- Thesen vorzutragen, die der Wirklichkeit nicht standzuhalten vermögen. Es ist zu bedauern, dass die von einem älteren Generalstabsoffizier zu erwartende Universitas und das Studium generale eines Problems hier fehlen". Entwurf für Schreiben an Herrn Blank vom militärischen Chefdelegierten der deutschen Delegation beim Interimsausschuss der Konferenz für die Organisation der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Paris, den 15. 9. 1954.

lassung, er musste Ende März aus der Dienststelle ausscheiden.[639]

Der Bundeskanzler drängte nun auf eine beschleunigte Truppenaufstellung, möglicherweise schon im Herbst 1955. Damit hätte die Bundesregierung auch über ein außenpolitisches Verhandlungspfand verfügt, Blank erklärte diesen Zeitrahmen aber für völlig unrealistisch. Dabei dachte er auch an die noch bevorstehenden innenpolitischen Konflikte beim Gesetzgebungsverfahren, die bei der Diskussion um den Oberbefehl und der Spitzengliederung sowie der Wehrverfassung zu erwarten waren.

Das Bundesverteidigungsministerium veröffentlichte vor der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 6. Juli 1956 einen Bericht, in dem mögliche Einwendungen militärischer Art gegen die Streitkräfteplanung vorgebracht wurden und diesen mit entsprechenden Argumentationen begegnet werden sollte.[640] Weitere Verzögerungen waren unbedingt zu vermeiden, die Truppenaufstellung sollte beschleunigt werden, der deutsche Beitrag musste dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen und, um für die NATO geeignet zu sein, auf den aktuellen Stand gebracht werden und soweit erforderlich angepasst werden.

Um die parlamentarischen Klippen zu passieren, sollten dem Einwand, das Zeitalter der Massenheere sei vorbei, damit begegnet werden, dass eine Bundeswehr in der vorgesehenen Stärke modernsten militärischen Erkenntnissen entspreche und die unerlässliche Forderung einer ständigen Einsatzbereitschaft wie auch die Berücksichtigung des Kriegsbildes im Atomzeitalter erfülle. Nach den Erkenntnissen der Generäle Gruenther und Norstaad entspreche die für die Bundeswehr vorgesehene Gliederung den neuesten militärischen Erkenntnissen.

Jenen Abgeordneten, die argumentierten, die militärischen Streiträfte in der Bundesrepublik könnten selbst mit NATO- Unterstützung einen sowjetischen Angriff an den Grenzen nicht zum Stehen bringen, sollte entgegnet werden, das gesamte Potential der westlichen Welt sei jedem potentiellen Gegner überlegen. Die jetzigen Kräfte der NATO reichten nicht aus, um die Verteidigung in der Bundesrepublik so zu führen, wie wir als Deutsche es fordern müssten. Nach Aufstellung der Bundeswehr aber würden die gesamten NATO- Streitkräfte jeden möglichen Gegner vom Versuch abhalten, durch einen Überraschungsangriff leicht Erfolge zu erzielen.[641]

Befürchtungen, die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik könne als Anlass gelten, dass die Mittelzone durch gesetzgeberische Maßnahmen den schon jetzt ausgeübten Zwang zum Eintritt in die dortigen Streitkräfte legalisiere, die Spaltung vertiefe und die in

---

639 Vgl. Becker, Remilitarisierung, S. 130. Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 433 f.

640 PAAA, Bestand B1, Band 57, Vorbereitung der Dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 6. Juli 1956: Politische Fragen, Schreiben Dr. Rust an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, v. 5. 7. 1956, S. 1- 6.

641 Ebenda, S. 2.

der Mittelzone Einberufenen in schwerste Gewissenskonflikte geraten, wurde ebenfalls entgegengetreten. Die Bundesrepublik werde durch die tragische Spaltung Deutschlands nicht der Verpflichtung enthoben, zur Verteidigung der Freiheit beizutragen.
Sie würde die freie Welt durch den Verzicht einer Wiederbewaffnung mitgefährden, deshalb dürfe die Bundesrepublik sich nicht ihr Handeln durch die Gewaltmaßnahmen einer rechtswidrigen Diktatur vorschreiben lassen. Besondere Härten sollten vermieden werden und im Einzelfall durch einen Paragraphen in der Ausschussvorlage dadurch gemildert werden, dass derjenige, der seine neue Heimat in Westdeutschland gefunden habe, erst ein Jahr später wehrpflichtig werde. Auch jenen, die Vater, Mutter oder Kinder in der Sowjetzone zurückgelassen hätten, müsse geholfen werden, da damit gerechnet werden müsse, dass bei Einberufung ihre Angehörigen schweren Bedrängnissen ausgesetzt seien.
Zum Thema Wehrpflicht und Abrüstung wurde in dem Papier des Verteidigungsministeriums vorgeschlagen, Kritiker, die anführten, dass die Einführung der Wehrpflicht im Zeitpunkt der Abrüstungsgespräche nicht zeitgemäß sei, darauf hinzuweisen, dass die Bundesrepublik zur Zeit überhaupt nicht militärisch gerüstet sei. Die bloße Hoffnung auf die allgemeine Abrüstung rechtfertige im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, den Schutz von Recht und Freiheit zu vernachlässigen und die Bündnisverpflichtungen nicht loyal zu erfüllen.[642]
Um die personelle Stärke der Bundeswehr zu erreichen ging es darum, ob die ,,letzten Söhne von Kriegsopfern" oder von Opfern nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen vom Wehrdienst freizustellen seien. In der Stellungnahme des Ministeriums hieß es dazu, im Jahr 1955 gebe es in der Bundesrepublik 468 000 Kriegsopfer- Einzelwaisen. Davon seien ca. 290 000 junge Männer. Eine völlige Freistellung vom Wehrdienst lasse sich deshalb nicht vertreten. Es scheine aber möglich, bei ,,letzten Söhnen" im Verteidigungsfall die Verwendung in rückwärtigen Diensten vorzusehen.
Bei einer Forderung, die Befreiung evangelischer Geistlicher und evangelischer Theologiestudenten zu streichen, wurde darauf hingewiesen, die vorgesehene Befreiung entspreche ausdrücklich dem Wunsch des Rates der EKD. Der Bevollmächtigte des Rates habe am 7.2. 1955 mitgeteilt, dass der Rat es für richtig halten würde, wenn die ordinierten Pfarrer nicht zum Wehrdienst eingezogen würden, um eine ausreichende Seelsorge in der Heimat sicherzustellen.
Abschließend wurde die Kriegsdienstverweigerung angesprochen. Das Grundgesetz überlasse die nähere Regelung des Verweigerungsrechts einem Bundesgesetz. Der Bezug für die nach Art. 4 Abs. 3 GG zu berücksichtigenden Gewissensentscheidungen sei das Gewissen. Es müs-

642 Ebenda, S. 3 f.

se sich um eine Gewissensentscheidung handeln, die sich gegen den tödlichen Gebrauch von Waffen im Krieg überhaupt auflehne und der das als absolut empfundene Gebot ,,Du sollst nicht töten" zu Grunde liege. Diese Auffassung habe auch der Ausschuss vertreten und einstimmig beschlossen.[643]

Bei der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Juli 1956, das für alle Männer zwischen dem 18. und dem 45. Lebensjahr die allgemeine Wehrpflicht einführte, ließ man aus Sorge vor einem Scheitern des Gesetzes die Dienstzeitlänge offen. Von militärischer Seite wurden 18 Monate gefordert, entgegen der Empfehlung von Speidel entschied der Bundeskanzler, die Wehrpflicht auf zwölf Monate zu begrenzen, um sie im Parlament durchsetzen zu können. Als Ausgleich für die verkürzte Grundausbildung, die NATO trotzdem zufrieden zu stellen, wurde ihr zugesichert, den Anteil der längerdienenden Soldaten von 230 000 auf 300 000 Mann zu erhöhen.[644]

Bereits im März hatte der Bundestag die zweite Wehrergänzung des Grundgesetzes beschlossen. Sie schaffte erst die Voraussetzung für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, für die Ernennung von Offizieren und Unteroffizieren durch den Bundespräsidenten. Sie regelte auch die Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt durch den Bundesminister für Verteidigung in Friedenszeiten und durch den Bundeskanzler im Verteidigungsfall. Für Kontrollen und Untersuchungen erhielt der Verteidigungsausschuss des Bundestages Sonderrechte. Ein Wehrbeauftragter sollte auf den Schutz der Grundrechte achten und dem Bundestag als Erfüllungsorgan dienen.

Gleichzeitig verabschiedete der Bundestag auch das Soldatengesetz, dieses jedoch gegen die Stimmen der SPD. Mit diesem Gesetz wurde der Name Bundeswehr eingeführt, deren Größe einmal 500 000 Soldaten erreichen sollte. Weitere Regelungen betrafen die Rechte und Pflichten der Berufssoldaten, der Soldaten auf Zeit und der Wehrpflichtigen.[645] Für die Souveränitätsabsicherung und Gleichberechtigung der Bundesrepublik war die Umwandlung des Amts Blank in ein Verteidigungsministerium ein weiteres Ziel.

1.3. Die Einrichtung des Bundesverteidigungsministeriums

Obwohl Adenauer kein Militarist war, zeigte sich im Mai 1955, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, wie wichtig ihm aus außen- und innenpolitischen Erwägungen Streitkräfte erschienen: ,,Ein Staat, der keine Wehrmacht hat, ist machtlos, bei allen Konferenzen ein Staat der Klasse B", erklärte er vor dem Parteivorstand. Es gehöre nun einmal ,,zum Wesen

643 Ebenda, S. 5 f.
644 Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 438. Vgl. MGFA, Verteidigung, S. 83.
645 Lehmann, Deutschland- Chronik, S. 121. Vgl. Greiner, Dienststelle Blank, S. 115.

eines Staates, dass er auch diese Wehrhoheit hat und dass er auch von ihr Gebrauch macht, sonst gilt er eben nichts".[646] Ängste trieben Adenauer auch jetzt noch ständig, die Siegermächte könnten sich untereinander einigen, ohne die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik zu berücksichtigen und den deutschen Verteidigungsbeitrag verwerfen. Hinzu kamen Sympathiebeweise aus den USA für den sowjetischen Vorschlag, einen Gürtel neutraler Staaten in Europa aufzubauen.[647] Die internationale Lage beeinflusste die sicherheitspolitischen Aktivitäten der Dienststelle Blank zunehmend.

Nach der Bundestagswahl im Jahr 1953 hatte Blank die Berufung zum Verteidigungsminister erwartet, aber Adenauer zögerte mit seiner Entscheidung. Dadurch war Blank mit dem Unionsabgeordneten Strauß, der seit der Wahl das Amt eines Sonderministers bekleidete, in sicherheitspolitischen Fragen ein Konkurrent erwachsen. Zusätzlich häuften sich gegenüber Blank Vorwürfe auch aus der eigenen Partei, er könne sich nicht gegen die Militärs in seiner Dienststelle durchsetzen. Auf Drängen Blanks teilte ihm der Kanzler im März 1955 lediglich mit, er werde ihn dem Bundespräsidenten zur Ernennung als Verteidigungsminister vorschlagen, das Datum hierfür ließ er offen, fügte aber hinzu, dass er sich in der ersten Zeit auch weiterhin um die wichtigsten Dinge selbst werde kümmern müssen.

Gerüchte, Adenauer werde das Verteidigungsministerium selbst übernehmen, häuften sich ebenso wie die Erinnerungen der CSU, die Partei durch eine Persönlichkeit mit Kabinettsrang auf dem verteidigungspolitischen Sektor zu beteiligen. Zudem gab es ein von Strauß verfasstes Memorandum, in dem ein auf ihn persönlich zugeschnittenes Ressort für ,,Heimatverteidigung" vorgeschlagen wurde, das sich mit Luftschutz, Boden- Luftabwehr, dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Partisanenabwehr beschäftigen sollte. Außerdem war dem Bundesminister für Heimatverteidigung die wichtige Rolle eines Sekretärs in einem künftigen, die ganze Landesverteidigung zu koordinierenden Bundesverteidigungsrat unter Vorsitz des Bundeskanzlers zugedacht.[648]

Wegen der Vorbehalte der anderen Ressorts gegen einen ,,Überminister" Strauß hatte der Vorschlag keine Chance, realisiert zu werden. Der Verteidigungsrat wurde dagegen noch im Oktober 1955 vom Kabinett beschlossen. Dabei ist besonders erwähnenswert, dass sich Bundespräsident Heuss, der militärischen Dingen eher reserviert gegenüberstand, in die Debatte

---

646 Konrad Adenauer, ,,Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU- Bundesvorstandes 1953- 1957. Bearbeitet von G. Buchstab, in: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16, Düsseldorf 1990, zit. nach Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 435. Vgl., Steinhoff, Strategiewechsel, S. 30.

647 BA- MA, BW 9/ 2673, fol. 195, Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen den Generalen Speidel und Gruenther am 24. 5.1955. Gruenther versicherte, alle Pressekommentare in den USA über eine Neutralität Deutschlands seien reine Spekulation und würden weder die Auffassung des amerikanischen Präsidenten noch die des State Department, geschweige seine eigene wiedergeben.
Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953- 1955, Stuttgart 1966, S. 441 ff.

648 Greiner, Dienststelle Blank, S. 112. Vgl. Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 437.

einmischte. Er machte den verfassungsrechtlich nicht uninteressanten Vorschlag gegenüber Adenauer, dem Bundespräsidenten den Vorsitz des sicherheitspolitischen Koordinierungsgremiums zu übertragen. Heuss erhielt später im Bundesverteidigungsrat nur einen Beobachterstatus, indem sein Staatssekretär als regelmäßiger Teilnehmer zu den Sitzungen eingeladen wurde. Adenauer übernahm den Vorsitz, Stellvertreter wurde der Vizekanzler der FDP Blücher. Strauß wurde nur zweiter stellvertretender Vorsitzender und erhielt im Oktober das neugeschaffene Ministerium für Atomfragen.[649]

Brentano wurde zum Außenminister vorgeschlagen und Blank zum Verteidigungsminister. Dabei sollte Blank einen durchsetzungsfähigen zivilen Staatssekretär als Verwaltungsfachmann zur Unterstützung erhalten, weil er sich schon ,,stark im Fahrwasser der Offiziere befinde", wie der Kanzler feststellte. Am 7. Juni 1955 bekamen beide ihre Ernennungsurkunden, das inoffizielle Amt Blank erhielt den Status eines eigenen Ressorts und nannte sich nun Bundesministerium für Verteidigung. Aus innenpolitischen Absichten wollte die Union die Sozialdemokraten beim Aufbau der Streitkräfte miteinbeziehen. Dabei war Adenauers Auswahl auf den Verteidigungssprecher der Opposition im Bundestag Erler gefallen, der als Verwaltungsfachmann galt und nun für das Verteidigungsministerium als Staatsekretär gewonnen werden sollte. Erler lehnte ab, ein weiterer Kandidat wäre der Hamburger Finanzsenator Dudek gewesen, dieser verwies aber auf die notwendige Zustimmung seiner Partei. Der Parteivorsitzende Ollenhauer lehnte Adenauers Vorschlag ab, dabei erhielt er die volle Unterstützung des Parteivorstandes. Zu sehr hatte die SPD in der Vergangenheit die Pariser Verträge bekämpft, der politische Gesichtsverlust wäre zu groß gewesen.

Jetzt brachte die FDP ihren Kandidaten Erich Mende als Staatssekretär ins Spiel, der es im Krieg zum Major gebracht hatte und Mitbegründer der Partei war. Inzwischen war er Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Mende engagierte sich für die Versorgung der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und drang auf eine Aufwertung des Soldatenstandes. Er selbst hielt sich als ehemaliger Major für das Amt des Verteidigungsstaatssekretärs besonders geeignet, was Adenauer aber verneinte und deshalb Mende für diese Position ablehnte. Auch Heuss unterstützte Adenauer in seiner Meinung, dass Mende die Erfahrung in der Verwaltung fehle, um das Verteidigungsministerium aufzubauen oder zu leiten. Im Oktober entschied sich Adenauer für den Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Josef Rust, und besetzte mit ihm die Stelle des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium.

---

649 Schreiben Heuss- Adenauer vom 22. 5. 1955. StBKAH III, 47, Abdruck in: Heuss/Adenauer, Unserem Vaterland zugute, S. 185- 192 (allerdings mit dem 23. 5. 1955 datiert).Vermerk über die Unterredung Heuss Adenauer am 6. 6. 1955, klassifiziert in den Akten des Bundespräsidialamtes, zit. nach Ehlert, Vom „Ob" zum „Wie", S.437.

Rust genoss Adenauers absolutes Vertrauen, unmissverständlich teilte Adenauer ihm mit, welche Erwartungen er in ihn setze, weil er ein überaus negatives Bild vom Zustand des Ressorts habe.[650]

Bis 1955 kümmerte sich Adenauer konsequent um die Belange der Außenpolitik, da die Besatzungsmächte sich in sämtliche Angelegenheiten einschalteten. Alle Politik mündete im Kanzleramt, über das die Absprachen mit den Alliierten liefen. Dem Kanzler war bewusst, dass mit dem Beitrag zur Sicherheitspolitik des Westens sich deutsche Interessen durchsetzen ließen. Die Nuklearisierung der NATO warf die Bundesregierung in ihren Gleichberechtigungsansprüchen aber zunächst zurück. Für sie stellte sich jetzt die Frage, wie sie Einfluss auf die Atomstrategie und die Waffen gewinnen konnte?

1.4. Nuklearisierung der europäischen Bündnisverteidigung

Im Mai 1955 waren die Pariser Verträge in Kraft getreten, gleichzeitig wurde das Amt Blank in Bezug auf die Bündnisstrategie vor vollendete Tatsachen gestellt. Noch vor dem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO hatten deren Mitglieder bereits im Dezember 1954 das Strategiepapier MC 48, ,,The Most Effective Pattern of NATO Military Strength for the Next Few Years" [651] verabschiedet, und damit die Nuklearisierung der europäischen Bündnisverteidigung eingeleitet. Hierunter ist die Einbeziehung von taktischen Nuklearwaffen in die NATO- Verteidigungsstrategie zu verstehen.

Diese Entwicklung der NATO- Nuklearstrategie warf für die Bundesrepublik als Frontstaat zum Warschauer Pakt, dem Verteidigungsbündnis der Ostblockstaaten, zahlreiche Fragen auf. Die geostrategische Lage der Bundesrepublik war weder mit konventionellen noch mit nuklearen Waffen zu verteidigen, ohne das, was verteidigt werden sollte, einer existenziellen Zerstörung auszusetzen. Die militärische Führung der Bundesrepublik hatte zum Zeitpunkt des NATO- Beitritts Informationen über den im Bündnis vollzogenen Wandel der Strategie. Dieser Einstellungswandel in Bezug auf die Nuklearwaffen war das Ergebnis der innen- und außenpolitischen Situation der Bundesrepublik und des Lernprozesses der militärischen Führung [652].

---

650 Schreiben Heuss- Adenauer v. 22.5.1955, Heuss/ Adenauer, Unserem Vaterland zugute, S. 185 ff., zit. nach Ehlert, Vom ,,Ob" zum ,,Wie", S. 440 f. Vgl. Greiner, Dienststelle Blank, S. 115.

651 Die Abkürzung MC steht für Military Committee. Dieses Gremium ist die höchste militärische Autorität der NATO und dem Nordatlantikrat untergeordnet. Es setzt sich aus den führenden militärischen Vertretern sämtlicher Mitgliedsstaaten zusammen und tritt mindestens dreimal im Jahr zusammen. Zur MC 48 siehe Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952- 1954, Vol. V/1: Western European Security, Washington 1983, S. 522 ff. Das Dokument wurde bisher nicht veröffentlicht, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 453. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 23. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 16.

652 BA- MA, BW 9/ 2673, fol. 39- 41, Aufzeichnung über ein Gespräch von Herrn Blank mit General Gruenther in Gegenwart der Generale Schuyler und Speidel am 22. 10. 1954 in Paris, fol. 41. Gruenther berichtete, in

Mit der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO und dem zur Westeuropäischen Union (WEU)[653] erweiterten Brüsseler Pakt versprach dieser Weg vom militärischen Standpunkt aus mehr Effizienz. Die Frage war, wie die Mitarbeiter des Amtes Blank nun die Veränderungen in der NATO bewältigen würden. Ausgehend von einer Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte des potentiellen Gegners hatten sich die NATO- Mitgliedsstaaten im Jahr 1952 in Lissabon darauf geeinigt, mit der Aufstellung von 90 Divisionen dem nuklearen Übergewicht der USA ein ,,angemessenes konventionelles Gegengewicht zu den herkömmlichen Streitkräften der UdSSR in Europa hinzuzufügen".

Zu diesem Zeitpunkt rechnete man mit 175 sowjetischen Divisionen, die zum sofortigen Angriff bereitstanden. Ihnen konnten aber nur zwanzig Divisionen auf westlicher Seite gegenüber gestellt werden.[654] Das östliche Gesamtpotential wurde aufgrund der Bevölkerungszahlen und der wirtschaftlichen Leistungskapazitäten sogar auf 470 bis 500 Divisionen geschätzt. Diese für notwendig erachteten Maßnahmen des Westens hätten aber bei Weitem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den politischen Willen der europäischen Partner überfordert.

Die Bundesrepublik, die erst am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO wurde, plante ihren Beitrag zur Verteidigung Westeuropas weiter mit konventionellen Waffen. Für die Eingliederung in die nukleare Strategie gab es weder bei der MC 48 noch in der allgemeinen NATO- Planung ein Konzept. Aufgrund der Informationsdefizite lief auch im Amt Blank die militärische Entwicklung weiter auf eine konventionelle Strategie hin.[655] Während der gesamten EVG- Verhandlungen gab es bei der operativen Planung zwischen 1950 und 1954 keine grundsätzlichen Veränderungen. Die deutschen Pläne für einen Wehrbeitrag deckten sich zu dieser Zeit in Zahl, Organisation und Struktur fast vollständig mit den Forderungen nach Truppenverstärkungen für die europäischen NATO- Streitkräfte, die vor allem die Amerikaner forderten [656]. Jetzt kam es darauf an, die in der NATO vertretenen Nationen mit den jeweiligen unterschiedlichen taktischen und operativen Vorstellungen der Partner vertraut zu machen. Diese

---

der Frage der Divisionstypen lebe man in einem Interim. [...]Der Einfluss der Atombombe sei hierbei von großer Bedeutung, und eine Entscheidung über die Divisionsform sei eben für Deutschland von besonderem Interesse. Blank bestätigte diese Aussagen und das Interesse daran, zu einer Entscheidung zu kommen, man könne in Bonn nicht ins Blaue hinein planen.
Vgl. Theiler, Die Rezeption, S. 451 ff. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 18.

653 BA- MA, BW 9/ 2673, fol. 6, ,,Western Union" ist die Bezeichnung für den am 17. 3. 1948 zwischen Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland und Nordirland in Brüssel geschlossenen Vertrag, der das Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung als ein ,,inherent right", als ein ,,droit naturel" garantiert. Der Brüsseler Vertrag ist ein im Rahmen der UNO- Satzungen wirksamer Regionalpakt, der sich ausdrücklich auf den Artikel 51 der Charta der UNO (Selbstverteidigung) stützt.

654 Davon sollten nur 42 Divisionen jederzeit präsente Verbände sein, die übrigen sollten in einer Mobilisierungsphase aufgestellt werden, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 456 f.

655 Theiler, Die Rezeption, S. 461. Vgl. Steinhoff, Srategiewechsel, S. 24.

656 Theiler, Die Rezeption, S. 465.

Aufgabe übernahmen jetzt EVG- Offiziere aus der Interalliierten Studiengruppe (GETI),[657] die durch die Diskussion verschiedener taktischer Probleme zusätzlich allgemeingültige NATO- Vorschriften erarbeiten sollten.

Erschwert wurden diese Bemühungen durch die widersprüchliche Informationslage in der Bundesrepublik. Die restriktiven amerikanischen Geheimhaltungsvorschriften des ,,MacMahon Act" verhinderten, dass die deutschen Militärs von dem technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Nuklearwaffenentwicklung in den USA informiert wurden.[658] Sie waren auf Informationen aus zweiter Hand oder sogar auf Presseveröffentlichungen angewiesen. Das Amt Blank informierte sich durch Militärzeitschriften über die strategischen Diskussionen in den USA und Großbritannien.[659]

Von welchem Misstrauen das Verhätnis zwischen Frankreich und Deutschland auch nach Eintritt der Bundesrepublik in die NATO geprägt war, zeigt ein Schreiben Speidels aus Paris an Blank.[660] Darin berichtet er, das Verhältnis zu Deutschland bedürfe einer sehr behutsamen Pflege. Man dürfe nach dem Eintritt Deutschlands in die NATO mit allem nicht zu schnell vorgehen. Der geplante Besuch von Herrn Blank in Paris müsse eingehend vorbereitet werden. Wie ihm eine befreundete, wohl unterrichtete französische Persönlichkeit mitgeteilt habe, versuchten die französischen Minister Palewski und Koenig augenblicklich noch alles, um eine deutsche Beteiligung an der Führung in der künftigen Organisation der WEU oder NATO zu verhindern. Sie hätten sich deshalb auch an SHAPE gewandt.

General Speidel gelang es, durch Gespräche Informationen[661] über die Kontrolle von Atomwaffen zu erhalten. Der Rat der Außenminister der NATO hatte am 18.12. 1954 bestimmt, dass die letzte Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen Sache der Regierungen sei. Die amerikanische Regierung rechnete bei einem ,,heißen" Krieg mit einem Überfall des Gegners über den Nordpol auf die USA und Kanada. In diesem Fall sollte es im Ermessen von Präsident Eisenhower als Oberbefehlshaber der Streitkräfte liegen, sofortige atomare Gegen-

---

657 Groupe d' Etudes Tactique Interallié. Die GETI war SHAPE unterstellt. Sie setzte sich aus sieben ständigen Vertretern der sieben beteiligten Nationen zusammen. Zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 465 f.

658 Senator Brien McMahon war Initiator dieses Atomic Energy Act vom 1.8. 1946. Danach durften weder Angaben zum Design, zur Herstellung noch zur Nutzanwendung atomarer Waffen und zur Produktion von spaltbaren Material gemacht werden, zit. nach Steinhoff, Strategiewechsel, S. 20.
Vgl. Christian Greiner, Das militärstrategische Konzept der NATO von 1952 bis 1957, in: Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953- 1956. Bruno Thoß und Hans- Erich Volkmann (Hrsg.), Boppard 1988, S. 227.

659 ,,Europäische Wehr-Korrespondenz", ,,Wehrwissenschaftliche Rundschau" bis 1952, ,,Europäische Sicherheit" oder die ,,Wehrkunde", die zusammen mit der in- und ausländischen Tagespresse jeweils in einer Nachrichtensammlung für das Amt Blank ausgewertet wurden. BA- MA , BW 9/ 2663- 4, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 466 f.

660 BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 237 f., Schreiben Speidels aus Paris an Blank in Bonn v. 25. April 1955.

661 BA- MA, BW 9/ 2673, fol 115- 116. Aufzeichnung über Gespräche mit dem belgischen Außenminister Spaak, mit dem belgischen Verteidigungsminister Spiney, dem Souschef im Generalstab Colonel Hartéen, als Gastgeber eines Frühstücks am 18. 12.1954.

maßnahmen zu ergreifen. Ein solcher Einsatz von Atomwaffen aus der Luft und vom Boden könne auch aus Europa erfolgen, ehe die Regierungen der Atlantikpaktmächte dazu ihre Zustimmung gegeben hätten. Speidel hatte durch das Gespräch erfahren, General Gruenther sei der Meinung, dass während der Aufstellungsperiode der deutschen Verbände der Einsatz aller atomaren Waffen unabdingbar sei. Wie konnte die deutsche Dienststelle unter solchen Umständen der Informationsbeschaffung auf die Veränderungen durch die Einführung der amerikanischen Nuklearstrategie reagieren?

1.5. Einbindung des Amtes Blank in die Nuklearstrategie der NATO

Die Kernfrage, die sich der militärischen Abteilung der Dienststelle Blank zu dieser Zeit stellte, war, wie man ein den Erfordernissen der Zeit angepasstes modernes Heer aufstellen könne. Überlegungen zur Nuklearkriegsführung[662] gehörten inzwischen dazu, selbst wenn Deutschland auf Nuklearwaffen keinen Zugriff haben würde. Schon für den Zivilschutz und die Heimatverteidigung war es von großer Bedeutung, welche Auswirkungen die Nuklearwaffen haben würden. Die Ausbildung der Soldaten auf die veränderten Bedingungen konnten aber erst beginnen, nachdem das Amt Blank bzw. ab Mai 1955 das Bundesverteidigungsministerium hinsichtlich des Informationsflusses und der Informationsquellen die entsprechenden Zugänge erhielt.

Erstmalig im April 1954 erhielt das Amt Blank direkt und nicht wie sonst üblich über den Interimsausschuss der EVG eine Einladung zum NATO- Sonderausschuss für Zivilschutz, bei dem die Probleme eines Atomkrieges eine besondere Rolle spielten. Zusätzlich wurde durch persönliche Kontakte versucht, für die deutsche Beteiligung in den Führungsgremien zu werben. Hier machte sich besonders der ,,Militärische Chefdelegierte der deutschen Delegation beim Interimsausschuss für die Organisation der EVG", Hans Speidel, verdient. Er genoss bei den meisten EVG- Delegierten wie auch bei amerikanischen Offizieren großes Ansehen. Dies war besonders förderlich für die Informationsbeschaffung bei den NATO- Truppenmanövern, denn hier wurden die neuen atomaren Waffensysteme und ihre Einsatzgrundsätze praktisch erprobt. Mit dem Beitritt zur NATO konnten die deutschen Offiziere immer öfter als Beobachter an diesen Übungen teilnehmen.[663]

Die deutschen Überlegungen gingen in die Richtung, dass es der Sowjetunion durch konventionelle Gegenwehr unmöglich gemacht werden müsse, Teile Mitteleuropas schnell zu überrennen. Geschähe dies, sei der Westen gezwungen, unter Einsatz von Atomwaffen und dementsprechend großer Schäden, das Terrain wiederzugewinnen. Schon in der ,,Himmeroder

---

662 Steinhoff, Strategiewechsel, S. 25. Vgl. Christensen, Zur Wiederaufrüstung, S. 443.
663 Theiler, Die Rezeption, S. 468. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 24.

Denkschrift" hatten sich die Generäle Gedanken gemacht, wie durch zwölf zusätzliche westdeutsche Divisionen der Sowjetunion der Weg verbaut werden sollte, ihre am Atlantik liegenden Ziele schnell zu erreichen. Aus diesen Gedankenspielen wurde der Schluss gezogen, ein moderner Krieg könne nur durch das Zusammenwirken aller Waffengattungen entschieden werden. Das Amt Blank hielt starke konventionelle Streitkräfte für unerlässlich und im Rahmen der europäisch- amerikanischen Arbeitsteilung für unverzichtbar. General Heusinger stufte Nuklearwaffen primär als politisches Druckmittel ein, deren Einsatz nur beschränkt möglich sei.[664]

Trotz dieser Einsicht war man in der Dienststelle Blank an weitergehenden Erkenntnissen zu den Auswirkungen von Schäden durch Atomkanonen sehr interessiert, zumal diese Waffensysteme um die Jahreswende 1953/54 von der in Westdeutschland stationierten US- Armee in Betrieb genommen wurden. Die Aufklärung über die Wirkung und den Schutz der Soldaten, der Industrie und der Zivilbevölkerung hinsichtlich der Druck- und Sogwelle, der Wärmestrahlung und der radioaktiven Strahlung sollten zu einer stabileren Bauweise von Gebäuden, zu einer rechtzeitigen Warnung und zu neuen Luftschutzmaßnahmen führen. In Europa rechnete man damit, im Vergleich zu den Atombombenabwürfen in Hiroshima und Nagasaki, die Auswirkungen der Schäden, aufgrund der stabileren Bauweise der Gebäude, auf siebzig Prozent begrenzen zu können, so die Autoren des zitierten Artikels.[665]

Vollständige Zerstörungen erwartete das Amt Blank nur im Radius von 800 Metern, im Abstand von 2 500 m Entfernung zum Detonationspunkt wurde nur noch mit geringen Schäden an Gebäuden und leichten Verletzungen bei der Bevölkerung gerechnet. Selbst in der Merkschrift ,,Verhalten des einzelnen Soldaten im Atomkrieg" vom Januar 1956 wurden noch fast identische Angaben gemacht, erst im Oktober 1956 wurde das Maß der bedrohlichen Strahlendosis nach unten korrigiert. Im Februar 1953 hatte man den Soldaten in einem Merkblatt der NATO- Dienststelle CINCENT[666] noch geraten, im Falle der Luftdetonation einer Atombombe sich um die Strahlung keine Sorgen zu machen. Die Langzeitwirkung der Strahlung

---

664 Schreiben an das Auswärtige Amt betr. ,,Luftwaffe und Atombombe als alleiniges kriegsentscheidendes Mittel", vom 8. 2. 1954 im Auftrag und Entwurf von General Heusinger, ausgefertigt v. Graf v. Kielmansegg. BA- MA, BW 9/ 2863, Abt. II, Az. 3- 953- 01- 166/ 54., zit., nach Theiler, Die Rezeption, S. 469. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 28 f. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 16.

665 BA- MA, BW 9/ 225, fol. 152, Arten und Wirkungen von Atomwaffen. Folgerungen für die Taktik, herausgegeben von der Abteilung V des Bundesverteidigungsministeriums in Koblenz, am 5. 7. 1954. BA- MA, BW 9/ 718, fol. 157, Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit des Deutschen Bundestages vom 12. 7. 1954. In dem streng vertraulichen Bericht erklärte General Heusinger kurz die Wirkungsweise der verschiedenen Bombenarten: Atombombe, Wasserstoffbombe, Kobaltbombe und wies darauf hin, dass sachlich richtige Nachrichten spärlich seien, die Bevölkerung aber mit Thesen zum Atomkrieg überfüttert werde. Vgl. Theiler, Die Rezeption, S. 471.

666 Commander in Chief Allied Forces Central Europe. Der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa Mitte, d.h. der Landstreitkräfte und taktischen Luftstreitkräfte im Befehlsbereich Mitte, war direkt dem SACEUR unterstellt, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 472.

wurde in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre sowohl von den Wissenschaftlern als auch von den Militärs unterschätzt.[667]

Ein weiteres Problem für die militärische Führung im Amt Blank bestand darin zu klären, welche organisatorischen Auswirkungen ein zukünftiger Nuklearkrieg für die beteiligten Streitkräfte haben würde. Dabei orientierte sie sich an den Vorgaben von SHAPE, um die Truppengliederung und Divisionsgrößen festzulegen. Der NATO- Generalstab wollte eine hohe Flexibilität und Beweglichkeit der NATO- Truppen erreichen, um die Atomwaffen zur Nahunterstützung der Landstreitkräfte einsetzen zu können. Das Amt Blank beeilte sich nun auf Drängen Adenauers, der so schnell wie möglich mit dem Streitkräfteaufbau ein Zeichen der Bündnistreue setzen wollte, mit der Planung des Umfangs des deutschen Verteidigungsbeitrages. Innerhalb von drei Jahren sollten sechs Panzerdivisionen mit je 12 600 Mann und sechs vollmotorisierte Infanteriedivisionen mit je 13 000 Mann aufgestellt werden. Der Gesamtumfang der deutschen Streitkräfte einschließlich Luftwaffe und Marine sollte 440 000 Mann betragen, dies war der Stand der Planung von November 1954.[668] Weitgehend umstritten waren dabei die Divisionsgrößen, auch innerhalb der NATO gab es hierzu unterschiedliche Meinungen.

Ende 1954 unterrichtete die NATO General Speidel davon, dass es keine neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomwaffen gebe, die für den Aufbau der Bundeswehr praktische Bedeutung besäßen. Der Chef des Stabes von SHAPE, General Schuyler, unterrichtete Speidel aber über die ,,strategische Grundidee" der NATO- Planungen. Auf inoffiziellem Wege erhielten die deutschen Dienststellen die französischen Aufzeichnungen über die Daten der taktischen Atomwaffen und -geschosse, einschließlich deren Wirkungsweise und Fertigung. Die taktischen Auswirkungen und Schlussfolgerungen für die Verbände des Heeres und der Luftwaffe waren diesen Dokumenten zu entnehmen, die das Ergebnis einer von SHAPE durchgeführten Studie waren. Sie galten damals als Grundlage für die organisatorische Planung der NATO- Generalstäbe.[669] So hatte man für den ersten Atomlehrgang der Bundeswehr in Oberammergau bereits Tabellen, die die verschiedenen Wirkungsgrade der einzelnen Atombomben angaben.

Ein weiteres Hilfsmittel, um sich über die strategischen und taktischen Überlegungen der Partner zu informieren, waren für die Westdeutschen die Beobachtung von Manövern der

---

667 In diesem Sinne äußerte sich General a. D. de Maizière bei der Zeitzeugenbefragung am 4. 1.1994, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 473. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 32.

668 Theiler, Die Rezeption, S. 476. Vgl. MGFA, Verteidigung, S. 64.

669 BA- MA, BW 9/ 3362, Übersetzung 792/ 54 ,,Atomkrieg und Organisation der Streitkräfte" v. 15. 12. 1954, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 480.

alliierten Streitkräfte. Das Amt Blank registrierte die Ergebnisse, um z. B. die Anpassung der Taktik des Luftlandeeinsatzes an die Atomkriegsführung zu studieren. War es noch wenige Monate zuvor zwischen Vertretern einer rein konventionellen Kriegsführung und den Befürwortern des Atomkrieges zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, war die Anwendung von Atomwaffen bei den unter britischer, belgischer und holländischer Beteiligung stattfindenden Herbstmanövern der NATO jetzt eine Selbstverständlichkeit. Dabei übersah man nicht, dass ,,die psychologische Erziehung aller Dienstgrade in Bezug auf die Vorbereitung der Atomkriegsführung" für eine dringende Notwendigkeit angesehen wurde.[670]

Die NATO- Übung ,,Carte Blanche" vom Juni 1955 fand in der Bundesrepublik höchste Aufmerksamkeit, zumal das zentrale Manövergebiet der Luftraum der Bundesrepublik war, der von simulierten Atombombenabwürfen betroffen war. Ziel dieser Übung war es, die Leistungsfähigkeit der Luftwaffe der beteiligten elf Nationen mit über 3 000 Flugzeugen zu testen. Die eingeladenen deutschen Beobachter stuften die Übung rein militärisch als Erfolg ein und waren mit der Qualität und Einsatzfähigkeit von Fliegern und Maschinen zufrieden. Die Öffentlichkeit reagierte schockiert über die 335 fiktiv über der Bundesrepublik abgeworfenen Atombomben, die 1,7 Millionen fiktiven Toten und 3,5 Millionen Verletzten. Die Bevölkerung hatte den Eindruck gewonnen, die deutsche politische und militärische Führung habe sich für die Nuklearwaffen entschieden.[671] Die Militärs betonten die Notwendigkeit, ,,die Lage so realistisch wie möglich" zu sehen, um den Politikern die Möglichkeit zu geben, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Nach der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO wurde General Speidel dahingehend informiert, dass das Bündnis den sofortigen Einsatz von Atomwaffen als selbstverständlich ansehe, um das miltärische Gleichgewicht in Mitteleuropa herzustellen. General Gruenther führte aus, dass es nach der Aufstellung deutscher Truppen möglich sein werde, Europa und insbesondere Deutschland ,,vorne" zu verteidigen. Die Verteidigung liege dann also nicht am Rhein, sondern am Eisernen Vorhang.[672] Seit Sommer 1955 hatte sich die Bundeswehrfüh-

---

670 BA- MA, BW 9/ 2663, fol. 4, Anhang II. zur Nachrichtenauswertung Nr. 25, S. 1, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 483.

671 Diese Erfahrung hatte der Militärgouverneur des britischen Sektors in Berlin, Generalmajor Lyne, bereits im Dezember 1954 anlässlich des Manövers ,,Battle Royal" mit der Bevölkerung in England gemacht. Die Parallelität dieser Reaktionen belegt die mangelhafte Information der westlichen Öffentlichkeit und die wirklichen Gefahren eines Atomkrieges, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 484. Vgl. Greiner, Das militärstrategische Konzept der NATO, S. 231 f. Vgl. Becker, Die Remilitarisierung, S. 130 f.
BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 283. Die Einladung des NATO- Haupquartiers in Paris vom 13. 5. 1954 sprach davon, SHAPE sei der Auffassung, das Verteidigungsministerium der Bundesrepublik könnte an der Übung interessiert sein und lade daher drei Vertreter der deutschen Luftwaffe zur Teilnahme an der Übung ein.

672 BA- MA, BW 9/ 2673, fol. 196, Dr. Speidel, Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Oberbefehlshaber von SHAPE, General Gruenther, am 24. 5. 1955.

rung intensiv mit der Nuklearstrategie befasst. Der deutsche NATO- Botschafter Blankenhorn hatte auf eine Überprüfung der Verteidigungsdoktrin gedrängt, die ohne deutsche Beteiligung zustande gekommen war. Dabei sollte der Schwerpunkt auf die Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung gelegt werden.

Von der Erkenntnis, nun auch die Deutschen an der zukünftigen NATO- Planung zu beteiligen, berichtete General Speidel aus Paris.[673] General Gruenther habe ihm zunächst den Vorschlag gemacht, ihn für alle Fragen von Planung und Führung, die Deutschland berührten, zu verwenden und den Arbeitsstab dafür der deutschen NATO- Botschaft anzugliedern. Im weiteren Gespräch führte Speidel aus:

,,Es erschiene mir selbstverständlich, dass Deutschland im Zuge der Verwirklichung der Aufstellung des Verteidigungsbeitrages ebenso wie die anderen großen Staaten entsprechend der Stärke des Beitrages an Planung und Führung beteiligt werden müsste, zumal jetzt schon die strategischen Pläne für die Jahre 1957 und 1958 bearbeitet würden, das heißt also für eine Zeit, in der dann schon ein Teil des deutschen Beitrages Wirklichkeit geworden sei."

Im Amt Blank befasste sich eine Sondergruppe der Abteilung II/ Planung[674] mit den Fragen des Atomkrieges. Dieser Gruppe unter der Leitung von Generalmajor Laegeler wurde auch die Aufgabe übertragen, eine Studie über die ,,Auswirkung der Atomwaffe auf die Führung auf dem Gefechtsfeld" auszuarbeiten. Trotzdem erfüllten die deutschen Beiträge nur bedingt die Anforderungen, die Offiziere waren zu sehr in ihren Spezialgebieten der Luft-, See- oder Landkriegführung verhaftet. Erst am 6. Oktober 1956 entschied sich die politische und militärische Führung des Verteidigungsministeriums zur Einrichtung eines eigenen Atomausschusses beim Grundsatzreferat ,,Führung" der Abteilung IV (Streitkräfte). Hierbei ist der Zeitpunkt der Entscheidung zur Einrichtung eines Atomausschusses interessant, er lag noch vor dem Amtswechsel von Theodor Blank zu dem damaligen Atomminister Franz Josef Strauß am 16. 10. 1956.

Der Atomausschuss gab sich ein Programm, in dem es hieß, man wolle die ,,Art der Führung, Organisation und Ausbildung ohne Vorbehalte den Gesetzen des Atomkrieges" anpassen.[675] Es sollte aber auch der Gefahr entgegengetreten werden, dass gerade maßgebliche Persönlichkeiten überholten Auffassungen verhaftet blieben. Obwohl die Nukleartechnik eine starke

---

673 BA- MA, BW 9/ 3362, fol. 287 f., Brief an Blank über Gespräch zwischen Dr. Speidel und General Gruenther am 24. 5. 1955.

674 BA- MA, BW 9/ 2608, fol. 1, Monatsberichte der Abt. II. vom Oktober 1954 bis September 1955. Zu ihrem Aufgabengebiet gehörte die Vorbereitung und Durchführung von Planspielen, die Überprüfung und Korrektur ,,von Führungsvorschriften in Bezug auf den Einsatz von Atomwaffen" und die Mitarbeit an laufenden Planungsarbeiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine. Außerdem wurde im Februar und März 1955 in dieser Sondergruppe eine erste Vortragsreihe über die Auswirkungen der taktischen Atomwaffen vorbereitet und durchgeführt, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 488. Vgl. MGFA, Planung, S, 63.

675 BA- MA, BW 2/1945, Leiter IV dem Herrn Minister über Herrn Staatssekretär, Betr.:,,Stellungnahme zum Vorschlag des Oberstleutnant von Claer zur Bildung einer Unterabteilung ,,Atomkriegsführung" vom 19. 1. 1957, zit. nach Theiler, Die Rezeption, S. 489.

Aufwertung erfuhr, behielten die Panzerstreitkräfte ihre wichtige Rolle in der Verteidigung. Wie war die Zukunft militärisch zu gestalten? Die Auseinandersezungen um eine mögliche nukleare Aufrüstung fanden auch in der Evangelischen Kirche ein lebhaftes Echo.

2. Die EKD arrangiert sich mit dem NATO- Beitritt

2.1. Gollwitzer und die Paulskirchenbewegung

Hinter dem Wunsch der Regierungsparteien nach Mehrzweckwaffen für konventionelle und atomare Geschosse, und einer damit verbundenen Vorstellung, die militärische Sicherheit zu erhöhen, stand auch eine konservativ- christlich motivierte Tradition, mit einer schroffen Haltung gegenüber sozialdemokratischen Vorstellungen, die mehr um einen Ausgleich mit dem Osten bemüht waren. Hinzu kam die Abneigung gegen einen Dialog mit dem ideologisch- politischen Gegner im Ostblock und ,, möglicherweise ein tiefsitzendes Misstrauen gegen jenen Teil Deutschlands, der seit der Reformation als Kerngebiet des Protestantismus gegolten hatte, namentlich das ehemalige Preußen."[676]

Gegen solche Vorstellungen äußerte sich jetzt eine außerparlamentarische Bewegung mit großer öffentlicher Wirkung. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Helmut Gollwitzer, Karl Barth und Gustav Heinemann, bildeten mit Vertretern des DGB, der SPD und GVP[677] eine gemeinsame Aktionseinheit,[678] die eine Wiederbewaffnung ablehnten. Am 29. Januar 1955 wurde in der Frankfurter Paulskirche das ,,Deutsche Manifest" angenommen, in dem die Sorge um die Wiedervereinigung ausgedrückt wurde, falls die Pariser Verträge unterzeichnet würden.

Durch die sich abzeichnende politische Entscheidung zur Wiederaufrüstung war die EKD gleichzeitig von der Bedrohung einer Spaltung der evangelischen Kirche befreit. Sie hatte sich als unfähig erwiesen, eine einheitliche Empfehlung auszusprechen. Nicht beendet war die Frage des christlich politischen Bewusstseins zur Wiederbewaffnung. Der Bonner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer entwickelte sich zu einem der prominentesten protestantischen Kritiker Adenauerscher Sicherheitspolitik, was mit Erstaunen aber auch mit Verunsicherung in der Kirche aufgenommen wurde.[679] Nach einer fünfjährigen Kriegsgefangenschaft hatte Gollwitzer noch zu Beginn der fünfziger Jahre in der Sowjetunion und in der kommunistischen Ideologie eine konkrete Bedrohung für den Westen gesehen und eine westdeutsche

---

676 Walther, Atomwaffen und Ethik, S. 13.

677 Nach seinem Rücktritt als Innenminister gründete Heinemann im Januar 1951 die ,,Notgemeinschaft für den Frieden in Europa" und im Jahr 1952 die ,,Gesamtdeutsche Volkspartei" (GVP). In diesen Organisationen versuchte er die Aufrüstungsgegner zu sammeln.

678 Vgl. Koch, Heinemann, S. 442. Darin sollten alle demokratischen Parteien und Konfessionen auf breitester Grundlage mitarbeiten.

679 Ehlert, Die Diskussion des Vertragswerkes in der Öffentlichkeit- Die Kirchen, S. 384.

Aufrüstung durchaus für denkbar gehalten.[680]

Trotz seiner gegensätzlichen Auffassung zu Niemöller äußerte Gollwitzer bereits zu diesem Zeitpunkt, ähnlich wie Heinemann, Bedenken zur Remilitarisierung aus politischen Gründen: er nannte die ungefestigte Demokratie des Staates und der Gesinnung, die Teilung Deutschlands, die eben erst überwundene militaristische Mentalität und den besonderen Aggressionsverdacht des Auslands gegen jedes deutsche Militär.[681] Gollwitzer referierte auch auf der Tagung des französisch- deutschen Bruderrates in Bièvres bei Paris im Juni 1951 für die deutsche Delegation und setzte sich dafür ein, dass die Kirche an der Realisierung bestimmter menschlicher, sozialer und insofern auch politischer Werte mitzuwirken habe.[682] Karl Barth vermutete, dass deutsche evangelische Theologen, auch aus der Bekennenden Kirche, sich der Aufgabe entzögen, die Menschen in die Entscheidung miteinzubeziehen. Gollwitzer hatte auf dem Stuttgarter Kirchentag Ende August 1952 zu dem Thema ,,Was geht den Christen die Politik an?" auch zur Wiederbewaffnung Stellung bezogen:[683]

,,Es ist unter uns gesagt worden, Gott habe uns Deutschen zweimal die Waffen aus der Hand geschlagen, und darum dürften wir sie nicht ein drittes Mal in die Hand nehmen. Bei diesem Satz wird vielleicht übersehen, daß auch für unser deutsches Staatswesen eines Tages wieder die Notwendigkeit entstehen kann, zu seiner Sicherung militärische Verbände aufzustellen. [...]Es kann unter uns Uneinigkeit darüber entstehen, ob eine politische Maßnahme wirklich der Erhaltung des Friedens dient, ob also z.B. der westdeutsche Wehrbeitrag uns dem Frieden oder dem Krieg näherbringt. Ein letztes Urteil darüber wird niemand unter uns sprechen können, da auf beiden Wegen, auf dem Weg des JA wie des NEIN zum Wehrbeitrag, Gefahren für den Frieden sichtbar sind."

Die Verabschiedung des ,,Deutschen Manifestes" rief in der Kirchenführung starken Widerspruch hervor. In einem Brief [684] an den Vorsitzenden des Rates der EKD Dibelius, schrieb der Kieler Propst Asmussen erbost :

,,So geht es nicht, [...]Sie wissen, daß die ganze Bewegung ihren Anfang nahm, als Karl Barth den Bonner Studenten zurief, die Deutschen sollten es doch einmal mit dem Kommunismus versuchen. Sie wissen, daß seither beachtliche Kräfte in der evangelischen Kirche eine Linie

---

680 Helmut Gollwitzer, Forderungen der Freiheit. Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München 1964, S. 125. Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 126, S. 136 f. ,, [...]daß eine Aufrüstung und Verteidigung mit Waffengewalt für den westlichen Staatsmann geboten sein könnte."
Vgl.Gollwitzer, Rüstung, Frieden und Krieg. Wenig veränderter Abdruck eines Aufsatzes aus dem ,,Kirchenblatt für die reformierte Schweiz" v. 29. 11. 1951, Essen 1952, S. 7. ,, [...] daß nur die sowjetische Bedrohung den militärischen Beitrag Westdeutschlands überhaupt zur Diskussion gebracht hat. Weder Adenauer noch Truman haben ihn [...] zum selbständigen Ziel ihrer Politik gehabt, sie begrüßen ihn nicht und wären wahrscheinlich froh, wenn man ohne ihn auskommen könnte", zit. nach Volkmann, Protestantismus, S. 530.

681 Gollwitzer, Forderungen der Freiheit, S. 127, Anmerkung 6.

682 Greschat, Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, S. 56 f.

683 Gollwitzer, Forderungen der Freiheit, S. 60 ff.

684 NEKA, Bestand 20.01, Nr. 453, ,,Im Namen des Gewissens ", Brief von Propst Asmussen an den Vorsitzenden der EKD, in: Rheinischer Merkur v. 18. 2. 1955, veröffentlicht von der Presse-und Informationsstelle der Landeskirche Schleswig- Holstein. Dieser Brief ging an etwa 300 Personen des kirchlichen und politischen Lebens.

steuern, die links von der SPD und rechts von der SED liegt. Freilich ist sie insofern eine 'Brücke zwischen Ost und West', aber kaum so, wie eine Kirche das verantworten kann. Sie wissen, daß zu dieser Gruppe höchste Amtsträger unserer Kirche gehören. [...]Jene genannte Gruppe hat nicht nur gegen die Pariser Verträge öffentlich Stellung genommen, sondern hat das getan im Namen des Gewissens. Und wenn der Präses der gesamtdeutschen Synode, wenn Kirchenpräsidenten und Theologieprofessoren und Pfarrer das Gewissen berufen, dann ist das keine politische Äußerung mehr, sondern eine Verlautbarung, welche verdächtig nahe bei den Glaubenssätzen einer politischen Religion zu suchen ist.
Herr Bischof, wir befinden uns beinahe genau an dem gleichen Punkte wie 1933 und 1934, nur mit anderen Vorzeichen und mit einem anderen Maße von Esprit.[...]Und wer löst nun die so auf unberechtigte Weise gebundenen Gewissen wieder?"

Der Zeitungsartikel schloss mit der Anmerkung, dass ungeachtet der Mahnung zur Zurückhaltung, jene Gruppe von Geistlichen, die Propst Asmussen in seinem Brief kritisierte, ihre Kampagne gegen die Pariser Verträge fortgesetzt habe. So habe am Sonntag in Bonn neben einem sozialdemokratischen Redner der evangelische Theologe Prof. Iwand gesprochen, in Frankfurt erklärte am gleichen Tag in einer Versammlung der SPD und des DGB der Pfarrer Dr. Berger, er könne nicht schweigen, denn es gäbe Situationen, in denen Zurückhaltung nicht mehr möglich sei.

Auch der ,,Tagesspiegel" [685] ging auf den Brief von Propst Asmussen ein. ,,Wie wollen die Kirchenführerkonferenz und der Rat der EKD den Schwund des Vertrauens zu den leitenden Gremien, der auf diese Weise notwendig entsteht, ausgleichen?" In der Paulskirche hätten die Reporter von der auffällig großen Zahl von anwesenden Kirchenpräsidenten und Oberkircheräten berichtet. Diesen sei aber wenige Tage später auf der Kirchenkonferenz größte Zurückhaltung empfohlen worden. Damit sei die Gleichheit der Freiheit nicht mehr gegeben, das könne doch nicht gut gehen !

Die Landeskirche Schleswig- Holstein veröffentlichte ein Interview,[686] in dem Gollwitzer sein öffentliches Auftreten in der Frankfurter Paulskirche rechtfertigte. Darin erläutert er, was ihn bewogen habe, gegen die Außenpolitik des Bundeskanzlers Stellung zu beziehen. Er erwähnte den Wandel in der CDU und ihren heutigen Anspruch, im Namen der Kirche zu sprechen, als geschlossener Block die Außenpolitik des Kanzlers zu unterstützen und diese als christliche Außenpoitik darzustellen. In der opponierenden Arbeiterschaft könne dadurch der Eindruck entstehen, die Kirchen stünden schon wieder geschlossen auf der Seite der Kanonen. Um diesen Anschein zu verhindern, halte er es für gut, dass auch Stimmen aus der Kirche im Gegensatz zur Außenpolitik des Kanzlers laut geworden seien.

---

685 EZAB, Bestand 4/ 492, Tagesspiegel, 10. 2. 1955, S. 2, ,,Zweierlei Maß in der Evangelischen Kirche".

686 NEKA, Bestand 20.01, Nr. 453, ,, Tagespost " Rendsburg, v. 19. 2. 1955, ,,Weshalb der Theologe Gollwitzer in die Paulskirche ging". Ein Gespräch mit dem protestantischen Gelehrten über die westdeutsche Außenpolitik.

Gollwitzer erläuterte, ein Theologe dürfe sich nur in eigener Verantwortung mit politischen Argumenten zu Wort melden und müsse prüfen, ob seine Einmischung mit seinen geistlichen Aufgaben vereinbar sei. Da es in der evangelischen Kirche keine päpstliche Instanz geben dürfe, konnte noch kein ,,gemeisames Wort" zu den bewegenden politischen Fragen zustandekommen. Im Sinne Luthers sei jeder für sich aufgerufen so Stellung zu beziehen, wie er glaube, dass nach seiner Meinung die Kirchenleitung Stellung nehmen müsste. Die durch die Wiederaufrüstung entstandenen Gewissensnöte erlaubten es sowohl den einzelnen Geistlichen in ihrer politischen und ebenso der Kirchenleitung in ihrer kirchlichen Stellungnahme die Regierung und das Parlament zu befragen, ob sie bei ihren Entscheidungen diese Gesichtspunkte hinreichend beachtet hätten.
Die Gegner der Wiederaufrüstung unter den evangelischen Geistlichen hätten weder im Namen ihrer Kirche gesprochen, noch ihre eigene Gewissensentscheidung für alle evangelischen Christen verbindlich gemacht. Deshalb sei der Brief von Propst Asmussen unverständlich, er liefere keinerlei Beweise für seine Behauptungen. Gollwitzer sah den Streit um die Wiederaufrüstung als Ehre für die evangelische Kirche an, er zeige, wie ernst um eine rechte Entscheidung gerungen werde. Mit der kirchlichen Argumentation sei auch die Frage nach der Einheit Deutschlands vereinbar. Als einziges Band zwischen Ost und West sei die Kirche in Sorge, dass ihre Arbeit durch eine verewigte Teilung Deutschlands gefährdet werden könnte. Vieles spreche für den Satz, eine Bewahrung Deutschlands vor dem Bolschewismus sei nur durch eine Integration in den Atlantikpakt möglich. Er bedeute aber gleichzeitig die Abschreibung der Ostzone und sämtlicher möglicher sowjetischer Angebote.
Die Kirche sollte aber die Regierung fragen, so Gollwitzer, ob sie die Erträglichkeit des Risikos eines bündnislosen Gesamtdeutschland genügend verantwortlich erwogen habe. Bündnislosigkeit sei der Entschluss, aus Rücksicht auf die 18 Millionen Menschen in der Zone ein Risiko auf sich zu nehmen, das nicht größer sei als die Teilnahme am Atlantikpakt. Der Theologe fragte weiter, wollen die Westmächte die Wiedervereinigung? Jetzt lebten in der Bundesrepublik 50 Millionen Menschen, 70 Millionen in einem Gesamtdeutschland seien vielleicht zu viele, um nicht die Nachbarn abzuschrecken. Deshalb müsse der Wille der Deutschen zum friedlichen Miteinander mit seinen Nachbarn stärker sichtbar werden, und hierfür habe er in der Paulskirche werben wollen.
Entsetzt zeigte sich Gollwitzer von den Diffamierungen des Bundeskanzlers, mit denen er die Sprecher der Paulskirche überziehe. Nach Zeitungsberichten habe der Bundeskanzler zur Sicherheit der Bundesrepublik gesagt, die Grenzen seien nur im Atlantikpakt zu verteidigen.

Nur im Schutz der amerikanischen Atomwaffen könne dafür gesorgt werden, dass unsere Kinder ,,keine versklavten Heiden werden, sondern freie Menschen bleiben, die auf dem Boden des freien Christentums stehen".[687] Sollte der Kanzler damit gemeint haben, wir könnten unseren Kindern den christlichen Glauben nur mit Atomwaffen erhalten, müsse die Kirche hier scharfen Einspruch gegen die Äußerungen des Kanzlers erheben, denn diese Vorstellung sei nicht christlich.

Der Zwiespalt, in der sich die EKD befand, hätte nicht deutlicher beschrieben werden können. Die wiederholten Formulierungen zum unveränderlichen Wiedervereinigungswillen und den Warnungen vor dem Versuch einer kriegerischen Lösung zeigten deutlich, dass die EKD nicht im Stande war, eine irgendwie verbindliche Aussage zu treffen. Kompromissversuche scheiterten auch daran, dass die persönlichen Angriffe von Protestanten aus der CDU , die sie gegen die Wiederbewaffnungsgegner führten, zu zwei unversöhnlichen Lagern in der Wehrdienstfrage führten. Das zeigte sich wieder auf den Synoden und Tagungen der EKD im Jahr 1955, nachdem die Kirchenkonferenz im Januar keine Wendung gebracht hatte und die amerikanischen Wasserstoffbombenversuche im Pazifik in aller Welt für Unruhe in der Bevölkerung sorgten.

2.2. Akademietagungen zur Aufrüstung

In der Erklärung zu dem Bremer Kirchentag der Bekenntnisgemeinde St. Stephani im Januar 1955 hieß es: [688]

,,Die Entwicklung der Atomwaffe hat den Krieg in unserer Zeit als organisierten Massenmord entlarvt. Wer an der Herstellung oder der Handhabung von Kriegswerkzeugen irgendeiner Art im militärischen oder im zivilen Bereich teilnimmt, begibt sich auf den Weg, auf dem er zum Mörder werden muss. Wir sehen uns deshalb durch unser an Gott gebundenes Gewissen gezwungen, heute jeden Wehr- und Kriegsdienst zu verweigern.
Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage unseres zerspaltenen Volkes rufen wir die Menschen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes auf, der Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands und der Einbeziehung der beiden deutschen Teilstaaten in gegeneinander gerichtete Militärbündnisse zu widerstehen. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß die Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit auf diesem Weg zu erreichen ist.
[...]Wir Deutschen sind durch unsere geschichtliche Situation besonders darauf verwiesen, den Frieden durch Verhandlungen zu suchen und nicht durch Militärbündnisse, Aufrüstung und Gewalt. Darum verweigert mit uns jeden Wehr- und Waffendienst!"

In der Vergangenheit war es der Kirchenleitung stets darum gegangen, den Streit aus den Gemeinden herauszuhalten. Um eine Ausdehnung der Gegensätze in den Gemeinden mög-

---

687 Ebenda.

688 KJ 1955, S. 4 f. ,,Bremer Erklärung " zum Bremer Kirchentag, unterschrieben vor allem von Gemeindemitgliedern.

lichst zu vermeiden, rief der württembergische Landesbischof Haug die Pfarrer Mitte Januar zu einer Akademietagung nach Bad Boll.[689] Referenten waren Gollwitzer, Heinemann, Eberhard Müller und Graf Baudissin, die mit württembergischen Pfarrern über die Wiederbewaffnung diskutierten. Oberkirchenrat Manfred Müller fasste das Ergebnis zusammen und stellte fest, dass die Kirche in ihrem Bestreben nach völkerrechtlichen Absprachen mehr tun und in den Kirchengemeinden Meinungsvielfalt bestehen müsse, es dürfe zu dem Thema nicht nur eine Meinung geben. Über die Frage der Aufrüstung werde es voraussichtlich keine gemeinsame Antwort geben, die Würde des jungen Staates dürfe aber nicht durch die Handhabung der demokratischen Rechte gefährdet werden.

Bereits wenige Wochen später veranstaltete die Evangelische Akademie Loccum zum Thema ,,Kirche und Wiederbewaffnung" eine Tagung,[690] an der über 70 Pastoren aus verschiedenen Landeskirchen teilnahmen, die von ihren Kirchenleitungen entsandt wurden. Ihre Auswahl sollte so erfolgen, dass die verschiedenen theologischen und politischen Standpunkte in dieser Frage zur Geltung kämen. Der Tagung war die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zur Meinungsbildung und -überprüfung nicht nur in der Frage der Wiederbewaffnung, sondern zur Klärung der hinter den innerkirchlichen Auseiandersetzungen stehenden theologischen Differenzen zu geben. Als Referenten waren Graf Baudissin von der Dienststelle Blank, der Generalsekretär der CDU- Niedersachsen Assessor Fratzscher, Prof. Gollwitzer, Prof. Künneth, Bundesminister a.D. Heinemann, Landesbischof Haug und Prälat Kunst vorgesehen.

Bischof Lilje sagte in seiner Eröffnungsrede:

,,Ich sehe diesem Gespräch nicht ohne eine gewisse Sorge entgegen, denn wir werden auch hier nicht zu einer Lösung kommen, die bisher nicht gefunden wurde. Wir können nur hoffen, dass wir überhaupt ins Gespräch miteinander kommen. Wir werden sehr bereit sein müssen, aufeinander zu hören, denn es ist auch unter Brüdern sehr schwer, sich darüber zu verständigen, warum wir in diesen Fragen verschieden urteilen. Die Leidenschaftlichkeit, mit der dieser Fragenkomplex in allen Gruppen debattiert wird, lässt erkennen, dass unser Volk für die hier zu treffende Entscheidung noch nicht reif ist."

Prälat Kunst stellte in seinem Referat die Frage, ob nicht ein Teil der EKD ein gebrochenes Verhältnis zum Staat habe, und er frage sich, ob die Kirchenmänner, die den Staat anredeten, eine echte Solidarität mit diesem erkennen ließen. Die Beanspruchung des Wortes ,,christlich" durch eine Partei sei zwar für die Kirche eine schwere Hypothek, deshalb dürfe aber nicht bedauert werden, wenn Männer der Kirche mit der politischen Opposition in der Paulskirche zusammenträfen.

---

689 KJ 1955, S. 5 f.

690 EZAB, Bestand 4/ 492, Bericht von Oberkirchenrat Wilkens v. 28. 3. 1955 über eine Tagung zum Thema ,,Kirche und Wiederbewaffnung" in Loccum v. 21 bis 22. Februar 1955. Einladende waren Landesbischof Lilje und Oberkirchenrat Prof. Herntrich.

„Wirklichen Ernst bekommen alle diese Dinge erst, wenn die Entscheidungen im Parlament gefallen sind. Es würde eine Bedrohung der Demokratie auslösen, wenn eine Minderheit sich der Mehrheitsentscheidung nicht fügen, einen Generalstreik ausrufen, und in eineinhalb oder zwei Jahren den Gehorsam gegen mögliche Gestellungsbefehle aus politischen Gründen verweigern sollten. Von daher bekommt die Frage Gewicht, wie die Pfarrer nach einem vom Parlament beschlossenen Wehrgesetz sich der Sache des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen annehmen wollen. [...]Es geht darum, ob sich die Regierung dessen versehen muss, dass ein Teil der Pfarrer sich an einem Unternehmen beteiligt, was jedenfalls die Regierung als eine Bedrohung der demokratischen Grundlagen unseres Staates überhaupt ansehen muss."[691]

Auf eine andere Besonderheit hinsichtlich der Kriegsdienstverweigerung hatte Ministerialdirigent Barth von der Dienststelle Blank in einem Schreiben an Prälat Kunst verwiesen.[692] Das Grundgesetz schütze schon jetzt davor, dass ein „Nein" gegenüber der staatlichen Forderung, Wehrdienst zu leisten, respektiert werde. Das Gesetz tue dies in einem Zeitpunkt, zu dem die Pflicht, Wehrdienst zu leisten, noch gar nicht bestehe. Es werde von einer Pflicht befreit, bevor die Pflicht selbst begründet sei. Dies könne zu einer bedenklichen Verschiebung der Gewichte führen, es könne die Sorge um diejenigen vergessen lassen, die bereit seien, die Waffen aufzunehmen. Diese Gefahr sei gerade im kirchlichen Raum zu spüren, manche Erklärung lasse eine starke Einseitigkeit erkennen, denn auch einem großen Teil derer, die bereit seien mit der Waffe in der Hand den Staat zu verteidigen, bereite ihre Entscheidung Gewissensnot. Diese Menschen bedürften ebenso der Fürbitte und des seelsorgerischen Beistands. Es dürfe keine Entfremdung zwischen den Soldaten und der Kirche geben.
Abschließend meinte Kunst, es sei nicht überflüssig, auf ein ethisches Verhalten im politischen Kampf zu drängen, man müsse ständig vor Augen haben, dass in weitreichendem Maß Einigkeit im Bundestag herrsche. Voraussetzung für jede politische Äußerung sei die präzise Information, um nicht den geistlichen Dienst der Kirche zu gefährden. Auf diese Gefährdung ging auch Prof. Künneth ein und sagte, die Wahrnehmung des Öffentlichkeitsauftrages durch die Kirche gebe Anlass zu starken Bedenken.
Künneth fasste die kirchlichen Äußerungen gegen eine Wiederbewaffnung zusammen, dabei unterschied er zwischen den politischen und ethischen Argumenten. Als politische fügte er die Meinungen an:

a.) die Politik der Stärke sei ein grundsätzlicher Irrweg,
b.) die Wiedervereinigung werde durch die Aufrüstung unmöglich gemacht, jedes Gespräch mit dem Osten werde dadurch verhindert,
c.) das Ganze bedeute Provokation einer Kriegsgefahr, noch dazu eines Bruderkrieges.

---

691 Ebenda.
692 BA- MA, BW 9/ 1938, fol. 7-9. Skizze zur „Kriegsdienstverweigerung in rechtlicher Sicht" von Ministerialdirigent Dr. Barth aus der Dienststelle Blank an Prälat Kunst v. 10. 6. 1954.

Die wiederkehrenden Argumente seien psychologisch verständlich und wohl allen auch aus dem Herzen gesprochen, aber seien sie deshalb auch stichhaltig? Künneth meinte, man könne auch behaupten, dass gerade auf diesem Wege der Wiederaufrüstung eine Wiedervereinigung vielleicht näherrücken würde. Dadurch entstünde eine Abschreckung und der Krieg werde dadurch verhindert. Niemand könne beantworten, wie Moskau sich verhalten werde.
Zur ethischen Argumentation meinte Künneth, es sei eine falsche Alternative, die Entscheidung für die Wiederaufrüstung einerseits und die sittliche Grundlage des Staates mit der Gewissensentscheidung auf der anderen Seite entgegenzusetzen. Die echte Gewissensentscheidung liege auf beiden Seiten. Es könne doch gerade auch eine Konsequenz der in Frage gestellten sittlichen Voraussetzungen des Staates sein, zu einer Bewaffnung aus einer Notwendigkeit der Verteidigung zu schreiten. Wäre es für einen Staatsmann dann nicht unsittlich, darauf zu verzichten?[693]
Graf Baudissin befürchtete, dass die Kirche es versäume, auf die innere Verfassung und Formung der Streitkräfte Einfluss zu nehmen. Der Pfarrer könne sich durch einseitige Stellungnahme den Weg zur Seelsorge versperren. Als Anwalt einer bestimmten Richtung könne er nicht mehr die Gewissen aller schärfen. Ausführlich ging Baudissin wegen der großen Bedeutung auf die Kriegsdienstverweigerung ein. Es gehöre zur Unterscheidung des demokratischen und totalitären Prinzips, ob in der Frage der Kriegsdienstverweigerung das Gewissen geachtet werde oder nicht. In der östlichen Welt gebe es diese Achtung ausdrücklich nicht. Die freiheitliche Welt hebe sich aber auf, wenn sie das Gewissen nicht anerkenne. Die freiheitliche Ordnung hebe sich aber auch dann auf, wenn sie es durch einen unkontrollierten Gang der Kriegsdienstverweigerung zulasse, dass der Wille des Gesetzgebers unterlaufen werde. Dies würde zu einem Freiwilligenheer führen.
Rein juristisch gesehen sei die Gewissensfreiheit durch das Grundgesetz nur dort gewährt, wo sie nicht mit den Gesetzen in Kollision gerate. Nur an der einen Stelle, wo sich das Gewissen mit dem Waffengebrauch im Krieg nicht vereinbaren lasse, mache das Grundgesetz eine Ausnahme. Der Einzelne müsse aber nachweisen, dass er unter diese Ausnahme falle. Der Staat sei durch diese Überprüfung in der Situation, durch eine Kommission unter einem richterlichen Vorsitz herauszufinden, ob die Gewissensbedenken anzuerkennen seien. Durch die neue Generation der atomaren Waffen könnten sich ebenfalls Bedenken ergeben, die anerkannt werden müssten. Politische Gründe oder Gründe der Berufsausbildung könnten keine Anerkennung finden, ebensowenig wie die Situation desjenigen, der einen Bruder habe, der bei der Volkspolizei diene.[694]

---

[693] EZAB, Bestand 4/ 492, Bericht von Oberkirchenrat Wilkens über die Tagung in Loccum v. 28. 3. 1955, S. 2 f.

Die Forderung nach einem längeren Dienst für Verweigerer würde dem Staat die Beurteilung erleichtern, fraglich sei, ob dieser Weg politisch und juristisch tragbar wäre. Der Verweigerer erkenne die Gesamtordnung an, denn nur diese räume ihm die Toleranz der Ablehnung des Wehrdienstes ein. Er wende sich auch nicht gegen das Gesetz, sondern beanspruche lediglich für sich eine Ausnahme. Baudissin erläuterte, dass derjenige, der nach Inkrafttreten der Gesetze zur Kriegsdienstverweigerung aufrufe, sich strafbar mache. Für den Seelsorger, dessen Rat erbeten werde, gelte das nicht. Stelle er sich aber auf die Kanzel und fordere dazu auf, bestehende Gesetze zu missachten, könnte er an die Grenzen des Straffälligen kommen. In Amerika würden nur die pazifistischen Sekten anerkannt, in England würden die einzelnen Grafschaften unterschiedlich verfahren. In fast allen anderen Ländern würden nur die Pazifisten anerkannt, während die Schweiz und die romanischen Länder die Befreiung vom Kriegsdienst aus Gewissensgründen überhaupt nicht kennen würden.[695]

Gollwitzer ging es darum herauszustellen, was „mehr" zu tun sei. Er bestritt ganz entschieden, dass die theologische und kirchliche Aufgabe gelöst sei, wenn in der Bibel gewonnene Grundsätze gepredigt würden und im Übrigen auf jede Mitwirkung in der Beantwortung der dem Sachkenner und politischen Amtsträger zu überlassenden Ermessensfragen verzichtet werde. Da bei politischen Entscheidungen ja Verantwortung für den Menschen geübt werde, dürfe dem Politiker die Frage nach der Auswirkung seiner Politik nicht erspart bleiben. Denn, so Gollwitzer, „Jesus Christus zeigt mir den Nächsten und macht mir die Verantwortung für ihn unabschüttelbar". Dieser Nächste sei nun einmal der Mensch in der DDR, nach den Auswirkungen auf ihn habe sich die westdeutsche Politik zu richten, auch wenn dabei Risiken übernommen werden müssten. Gerade Alternativen zu stärken und dazu zu ermutigen, sei seelsorgerische Verpflichtung der Kirche.[696]

Ähnlich argumentierte Prof. Harbsmeier, der sich in seinem nicht gehaltenen Referat damit

---

694 BA- MA, BW 9/ 1938, fol.30. Zu dem Thema Bruderkrieg liegt ein besonders zynisches Dokument des Abteilungsleiters III der Dienststelle Blank an Baudissin vor. „[...]Es ist aber doch auch noch zu fragen, ob man den Zwang zum Bruderkrieg nicht auch positiv wenden und für uns auswerten kann [...]Es ist nämlich zu fragen, ob dadurch, daß infolge unserer geschichtlichen Situation Deutsche gezwungen sind, auf Deutsche zu schießen, nicht die Anschauung vom Krieg als solchem wieder auf die haßentleerte und ursprüngliche Form des Waffenganges zwischen zwei vorbestimmten, aber menschlich innerlich aneinander unbeteiligten, ja sogar einander achtenden Gegnern zurückgeführt werden kann". Das Prinzip, den Gegner auf der anderen Seite mit Lust zu vernichten müsse rückgängig gemacht werden, „wenn an der konkreten Erfahrung, daß man zwar den gegenüberliegenden Gegner aus höheren Gesichtspunkten (übrigens nicht töten, sondern nur) kampfunfähig machen muß, daß aber er als Mensch durchaus geachtet werden sollte, der einzelne Soldat ein neues Bild der kriegerischen Auseinandersetzung gewinnen kann. Ich wäre für Stellungnahme und ggf. Ergänzung dieser Gedankengänge dankbar, wobei selbstverständlich die technische Frage offen bleibt, wann und wie man in der Öffentlichkeit davon Gebrauch macht."
Abteilungsleiter III an Hr. v. Baudissin im Hause, v. 3. 7. 1954.

695 EZAB, Bestand 4/ 492, Bericht von Oberkirchenrat Wilkens v. 28. 3. 1955, S. 31- 36.

696 NEKA, Bestand 20.01, Nr. 453, S. 5 f. Bericht von Oberkirchenrat Wilkens v. 16. 5. 1955 über eine Tagung zum Thema „Kirche und Wiederbewaffnung" in Loccum v. 21. bis 22. Februar 1955 für die Ev.- Luth. Kirche in Bayern. Brief an Bischof Halfmann, Kiel, S. 5 f.

auseinandergesetzt hatte, die Entscheidung für oder gegen die Pariser Verträge zu einer politischen Ermessensfrage zu erklären, die damit einer gewissen Beliebigkeit der politischen Entscheidung unterliege.[697] Harbsmeier nannte sie eine unausweichlich in die eigene Verantwortung vor Gott fallende Sachentscheidung, die gerade nicht beliebig ausfallen könne, sondern im höchsten Maße zwingend sei.

,,Falsch ist es daher, die uns von Gott gestellte Ermessensfrage so zu betrachten und zu behandeln, als wäre sie so etwas wie ein uns überlassener sturmfreier Raum außerhalb unserer Verantwortung vor Gott [...]Nein! Die hier gewährte Autonomie ist die uns gewährte Freiheit, nicht aber die von uns herausgenommene freche Willkür. Deshalb ist die Ausübung des Ermessens nicht ein angemaßter Herrschaftsakt, zu dem Gott die Augen zudrückt, sondern ein Gehorsamsakt des dankbaren Verfügens über das, was Gott uns anvertraut hat."[698]

Die Schwäche der kirchlichen Formulierungen, die die scheinbare Neutralität des Evangeliums gegenüber der Politik ausdrücken sollten, waren damit angesprochen.

Eine weitere Auffassung veröffentlichte Prof. Thielicke zum Thema ,,Kirchlicher Neutralismus".[699] Thielicke galt als Befürworter der Pariser Verträge und wies darauf hin, dass die Kirche, wenn sie sich als Gesamtheit äußere, zwischen den Weisungen ihrer Botschaft und zwischen sachlichen Ermessensfragen unterscheiden müsse. In den Ermessensfragen entschieden die Gemeinden unterschiedlich, weil die Grade der Einsicht unterschiedlich seien und das soziale und wirtschaftliche Milieu, das prägend auf jene Kriterien wirke, zu verschieden sei. Thielicke erinnerte an die nach Kriegsende gefassten Vorsätze, keinem Militarismus mehr zu frönen und sich der vernichtenden und selbst erfahrenen Zerstörungskraft eines modernen Krieges nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Deshalb habe er großes Verständnis für die Gewissensnot jener, nach alledem nun doch wieder in die Lage versetzt zu sein, militärisch handeln zu müssen. Um Verständnis bat der Theologe für jene Gruppen, in denen eine Opposition zur Wiederbewaffnung bestehe und in denen die Gewissensfrage nicht zu überhören sei, auch wenn sie mit einer politischen Konzeption verbunden sei, die manchem nicht annehmbar erscheine.

Eine ganz andere Sprache und den tiefen Gegensatz in der Frage der Wiederbewaffnung, der durch die evangelische Kirche ging, zeigte eine Resolution des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.[700]

,,Dem totalitären System des Kommunismus stellen wir den Auftrag gegenüber, der uns von der Freiheit des christlichen Menschenbildes her erteilt ist und der zur Gewährleistung der Freiheit und Würde des Einzelmenschen, zu einer sozial gerechten Ordnung und zu einem

---

697 Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 203.
698 Ebenda.
699 KJ 1955, S. 7- 10. ,,Evangelische Verantwortung" Januar 1955, herausgegeben vom Ev. Arbeitskreis der CDU, zum Thema ,,Kirchliche Neutralität".
700 KJ 1955, S. 26.

friedlichen und brüderlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern verpflichtet. Das deutsche Volk könne seine Einheit in Frieden und Freiheit nur wiedererlangen, durch den eingeschlagenen Weg, es gebe keinen anderen, dritten Weg."

Zeigte auch diese Erklärung, wie tief der Gegensatz in der Frage der Wiederbewaffnung war, so war man auf die Debatten der Evangelischen Synode in Espelkamp gespannt, wo sich die zwei Lager in der Wehrdienstfrage wieder gegenüber standen.[701]

2.3. Die Synode in Espelkamp

Der Leiter der Hochschule für Politik in Berlin, Professor von der Gablentz [702], rief dazu auf, die Diffamierung der anderen Seite zu unterlassen. Als nicht geschmackvoll, aber nicht diffamierend bezeichnete er die Ausführungen Gollwitzers zu der Veröffentlichung Gerstenmaiers. Dieser hatte in ,, Evangelische Verantwortung," einer Brieffolge des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, in einem Aufsatz ,,Kirche- Hort des Ohne-Mich?" eine Rede von Karl Barth angegriffen und gesagt: ,,Seine sublime Feindschaft gegen die CDU und ihren Vorsitzenden und sein tiefer, aller Liebe barer Vorbehalt gegen Deutschland schlechthin, machten diesen Basler Professor denkbar ungeeignet dafür, den Deutschen als Prophet und Lehrer vorgestellt zu werden."[703] Gollwitzer ging auf die Verdienste Barths für Deutschland ein und bezeichnete die Ausführungen Gerstenmaiers als bedauerlich.

Im Hauptteil seiner Rede ging Gollwitzer auf die Loccumer Tagung und den Rundbrief des Münchener Kreisdekans Schabert ein. Darin heiße es einleitend, dass Kirche und Seelsorger sich nicht mit bestimmten politischen Meinungen zu identifizieren hätten, im Folgenden des Schreibens werde aber der Versuch einer Rechtfertigung der Politik der Bundesregierung unternommen. Seiner Meinung nach könne der Versuch, nicht Partei zu ergreifen, nur durchgehalten werden, wenn die entscheidende Frage nach der Auswirkung der Pariser Verträge auf das Provisorium Sowjetzone, in dem 17 Millionen Menschen lebten, umgangen werde. Eine weitere Frage sei, inwiefern die traditionelle Rechtfertigung des Militärwesens des Staates dadurch verändert sei, dass der Staat heute nicht nur Waffen in der Hand habe, sondern Ungeziefervernichtungsmittel produziere, um Völker wie Ungeziefer auszurotten.[704]

Gollwitzer verwies auf das Problem der Christlich Demokratischen Union. Für den Außenstehenden sei oft nicht zu unterscheiden, wann Niemöller als Staatsbürger oder als Kirchenpräsident spreche. Solange es aber nur eine Partei mit dem Namen ,,christlich" gebe, solange

---

701 EZAB, Bestand 4/ 492, Ausschnitt aus der FAZ v. 12. 3. 1955, S.3, ,, Zwei Lager in der Wehrdienstfrage. Die Debatte der Evangelischen Synode/Gollwitzer gegen Gerstenmaier.

702 Otto Heinrich von Gablentz war seit 1945 Mitglied der Kirchenleitung der Altpreußischen Union, und als Mitglied der CDU in Berlin gehörte er dem Abgeornetenhaus von 1950- 1958 an.

703 KJ 1955, S. 40.

704 KJ 1955, S. 40 ff.

diese mit großer Geschlossenheit eine bestimmte Außenpolitik vertrete und meine, die westdeutsche Wiederaufrüstung befürworten zu müssen, könne er, wenn es nur diese christliche Stimme gäbe, auf keinerlei Weise erkennen, dass die evangelische Kirche nicht mit dem zu identifizieren sei, was diese Partei heute befürworte. Die Gefahr der Verwechselung der Kirche mit einer bestimmten politischen Meinung sei nicht erst entstanden als Niemöller im Jahr 1950 mit Erklärungen an die Öffentlichkeit getreten sei. Sie sei dadurch entstanden, dass sich eine Partei Christlich Demokratische Union nenne. Durch Niemöller und seine Freunde sei die Gefahr der Identifizierung der evangelischen Kirche mit einer bestimmten politischen Meinung gebannt worden. Wenn man aber schon fürchte, dass der Ministerialrat in Bonn die evangelische Kirche mit Niemöller oder Heinemann verwechsele, wie stünde der durchschnittliche deutsche Arbeiter, der die Wiederaufrüstung heftig ablehne, zur Kirche, wenn er aus der Kirche nicht noch andere Stimmen hörte als die der CDU ?

An Oberkirchenrat Herntrich gewandt zeigte Gollwitzer sein Unverständnis darüber, was dieser im ,,Informationsblatt" zur Düsseldorfer Erklärung veröffentlicht hatte:

,,Man kann fragen, ob wir als Christen überhaupt das Recht haben, einem politischen Gremium im Hinblick auf dessen Verantwortung in einer Sache in den Arm zu fallen, für deren Lösung wir aus dem Wort Gottes keinen Grund haben."

Gollwitzer argumentierte, dass aus der Bibel für sämtliche wirtschaftlichen und politischen Fragen nichts zu erfahren sei, hier sei die Vernunft gefragt. Trotzdem sei die Kirche in den letzten Jahren den staatlichen Mächten mit Worten ,,in den Arm gefallen", weil sie entweder die Erkenntnis einer bestimmten Verpflichtung vermisste oder einen Beschluss als unverträglich mit einer bestimmten Verpflichtung verstand. Auf die Vorwürfe eingehend, bei der Paulskirchenaktion das Volk gegen die Obrigkeit aufgewiegelt zu haben, erinnerte Gollwitzer daran, es bestünde die Gefahr, die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers durch den traditionellen Subordinationismus, zu dem die lutherische Ethik neige, zu beschneiden. Unterschriften für Petitionen an den Bundestag zu sammeln und Versammlungen zu veranstalten seien politische Rechte, nirgends bringe das Grundgesetz die politische Betätigung des Staatsbürgers in die enge Verbindung mit den Parteien.[705]

Neben Gollwitzer ermahnteLandesbischof Lilje die Teilnehmer, für eine reine Verkündung des Evangeliums einzutreten. Die Predigten sollten frei von ,,Nebengeräuschen" sein. Bundesminister Tillmanns beschwor die Gegner der Pariser Verträge, den verantwortlichen Politikern abzunehmen, dass sie nicht leichtfertig handelten und die Ostdeutschen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen würden. Kirchentagspräsident von Thadden forderte alle Mög-

[705] KJ 1955, S. 42- 46.

lichkeiten zu suchen, um mit den Machthabern in der Sowjetzone ins Gespräch zu kommen. Die Evangelische Kirche dürfe sich nicht in die Rolle des Zuschauers drängen lassen. Die Generalsynode forderte die Kammer für öffentliche Angelgenheiten auf, Grundsätze für das öffentliche Auftreten von evangelischen Christen auszuarbeiten. Niemöller mahnte in seinem Beitrag die umgehende theologische Klärung zur Kriegsdienstverweigerung an. Andernfalls würden sich die jungen Verweigerer der Internationale der Kriegsdienstverweigerer anschließen.[706]

Die Synode reagierte darauf und regte bei dem Rat der EKD die Einsetzung eines Ausschusses für die Erarbeitung einer Stellungnahme zur rechtlichen Regelung des Schutzes der Verweigerer an. Gleichzeitig bat die Synode den Rat darum, bei der Regierung der DDR vorstellig zu werden, um auch dort dieser Gruppe den Schutz zu gewähren. Der Rat der EKD fasste auf seiner Sitzung folgenden Beschluss:

,,Nachdem die Synode der EKD in Espelkamp die Bildung eines Ausschusses angeregt hat, der die politischen Stellen bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über den Rechtsschutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen beraten soll, beruft der Rat diesen Ausschuss aus folgenden Persönlichkeiten."[707] Auf der ersten Sitzung bemühte man sich, die Aufgaben des Ausschusses zu klären. Die Situation in der DDR wurde angesprochen, wo ohne das Bestehen eines Wehrpflichtgesetzes die allgemeine Wehrpflicht bestehe.[708] Unter der Parole ,,Verteidigung der Heimat" würden dort alle Jugendlichen herangezogen, auf die dann häufig Druck ausgeübt werde, um sie zum Eintritt in die Volkspolizei zu bewegen. Diese sei Bestandteil der Roten Armee, so dass in der DDR eine ideologisch ausgerichtete Wehrmacht auf Grund allgemeiner Wehrpflicht bestehe. Der Ausschuss müsse dies berücksichtigen, wenn seine Arbeit nicht unglaubwürdig werden solle. Auf Grund der erarbeiteten Ratschläge würden sich Schritte des Rates bei der Regierung der DDR ergeben, um Kriegsdienstverweigerung und Rechtsschutz aus Gewissensgründen zu erreichen.

Auch diese Synode hatte gezeigt, die EKD hielt sich im Bemühen, den Kirchenbund mit den Kirchen der DDR nicht zerreißen zu lassen, mit eindeutigen Stellungnahmen zurück. Anzuerkennen bleibt das gemeinsame Bemühen um den Schutz der Kriegsdienstverweigerer. Das

---

706 EZAB, Bestand 4/ 492, Ausschnitt aus der FAZ v. 12.3. 1955, S.3, ,,Zwei Lager in der Wehrdienstfrage. Die Debatte der Evangelischen Synode/ Gollwitzer gegen Gerstenmaier".

707 BA- MA, BW 9/ 1938, Einleitung.
Oberkirchenrat Beckmann, Düsseldorf; Dekan Dipper, Nürtingen; Konsistorialrat Hemprich, Magdeburg; Präsident Hildebrandt, Berlin; Rektor Hoffmann, Loccum; Prälat Kunst, Bonn; Professor Scheuner, Bonn. Der Ausschuss wählte Oberkirchenrat Beckmann zum Vorsitzenden.

708 EZAB, Bestand 4/ 492, Niedrschrift über die Verhandlungen des Ausschusses für Fragen der Kriegsdienstverweigerung in seiner 1. Sitzung am 17. 5. 1955 in Bonn.

Eintreten der EKD für die Kriegsdienstverweigerer wird in der kritischen Literatur auch unter dem Aspekt der ,,Ersatzfunktion" für die fehlenden Stellungnahmen der Kirche gegen die Wiederbewaffnung gesehen.[709] Der politische Streit um den richtigen Weg des Verteidigungsbeitrages ging in der Kirche weiter.

2.4. Verfälschung der außerordentlichen Synode im Juni 1956

Mit dem Scheitern der Genfer Gipfelkonferenz[710] nahmen die Repressalien der ostdeutschen Regierung gegen die evangelische Kirche in der Sowjetzone zu. Die Beziehungen beider deutscher Staaten waren auf dem Tiefpunkt, eine Lösung der deutschen Teilung war nicht in Sicht. Dies führte zu weiteren Auseinandersetzungen im gesamtdeutschen Kirchenbund, die das Präsidium der Synode nach der außerordentlichen Synodaltagung in Berlin veranlasste, einen Bericht[711] über eine dort veranstaltete Unterschriftensammlung herauszugeben, in dem über den Sinn und die Verwendung der Unterschriften Auskunft gegeben werden sollte. Aufgabe der außerordentlichen Tagung, die unter dem Thema ,,Raum für das Evangelium in Ost und West" stand, war es gewesen, die Einheit der evangelischen Kirche im getrennten Volk zu festigen. Die Meinungen darüber, wie die Wiedervereinigung am besten zu erreichen sei, gingen auseinander, weil es sich um politische Auffassungen handelte. Dies betraf ganz besonders Stellungnahmen zur Wehrpflicht. Die Synode habe hierüber aber eine Entscheidung zu treffen, wie der Bericht ausführte.

Vor dem Zusammentritt der Synode war bereits ein Antrag eingereicht worden, sie solle sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aussprechen. Diesen Antrag hatte die notwendige Anzahl von Synodalen unterstüzt, damit über die Sache im Ausschuss ,,Einheit des Volkes" beraten werden musste. Eine Anzahl von Synodalen war aber der Meinung, dass zu der staatlichen Entscheidung über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht gesprochen werden müsse. Der Ausschuss einigte sich dahingehend, eine Kommission aus fünf Brüdern zu beauftragen, beiden deutschen Regierungen die Bedenken vorzutragen, die so formuliert waren:

,,Bundesregierung und Bundestag der Bundesrepublik Deutschland von den schweren Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über die Rückwirkung der Einführung einer Wehrpflicht auf die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik geäußert

---

709 Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 223. Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG, S. 391 f.

710 Vom 17.- 23. Juli 1955 fand die Genfer Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der UdSSR mit Beobachterdelegationen der Bundesrepublik und der DDR über die Deutschlandfrage und Abrüstung statt.

711 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Bericht des Präsidiums der Synode der EKD von Constantin v. Dietze, Präses der Synode, v. 31. 8. 1956. Die Synode fand erstmals vom 27.- 29. Juni in Berlin Ost und West statt.

worden sind" und ,,Bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorstellig zu werden, dass nicht wie vielfach berichtet worden ist, Zwang zum Eintritt in die Nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik und zur Teilnahme an vormilitärischer Ausbildung ausgeübt wird."[712]

Die Synodalen wiederum, die zuvor über das Thema Wehrpflicht sprechen wollten, befürchteten eine Abschwächung der vorzubringenden Besorgnisse, sie waren auch darüber enttäuscht, dass die Synode sich nicht gegen die Wehrpflicht aussprechen sollte. Deshalb veranstalteten die Synodalen Gollwitzer, Heinemann und Vogel[713] eine Sammlung von Unterschriften. Es wurde aber keine Abrede darüber getroffen, welche Synodalen angesprochen werden sollten oder welche Erklärungen die Unterschriftensammler den Unterzeichnern geben sollten. Die zur Unterschrift vorgelegte Erklärung lautete:

,,Die Unterzeichneten schließen sich den Bedenken gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bzw. gegen Zwangsmethoden bei der Werbung für Wehrdienst an, die durch die von der Synode beauftragte Delegation in Bonn und Ost- Berlin vorgetragen werden."

Diejenigen Synodalen, von denen eine Ablehnung der Unterzeichnung erwartet wurde, wurden nicht angesprochen. Als 62 Unterschriften der 120 Synodalen vorhanden waren, brachen die Initiatoren die Sammlung ab, unter der Zusage, die Namen der Unterzeichner nicht zu veröffentlichen. Nicht unterrichtet über die Unterschriftensammlung war der Präses der Synode v. Dietze, die Erklärung diente den Wehrdienstgegnern als Beleg, dass unter den Synodalen eine Mehrheit den Wehrdienst ablehnten. Die Initiatoren gaben das Ergebnis der Stellungnahme an die Presse weiter, die sozialdemokratische Opposition im Bundestag nutzte die Veröffentlichung für ihre ablehnende Haltung.[714]

Der Vorsitzende des Rates der EKD Dibelius hatte ebenfalls unterzeichnet und versuchte nun nachträglich sein Votum zu relativieren. In der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte er eine Erklärung mit folgendem Wortlaut:

,,Der Ratsvorsitzende hat nichts anderes gemeint als eine Unterstützung des Antrags auf Entsendung einer Delegation nach Bonn und Pankow. Er hat sich mit Entschiedenheit gegen jedes Eingreifen kirchlicher Instanzen in die Verantwortung der Parlamente ausgesprochen. Die Pressenachrichten, daß er sich grundsätzlich gegen die allgemeine Wehrpflicht erklärt habe, sind objektiv unrichtig."[715]

---

712 Ebenda, S. 3.

713 Heinrich Vogel war von 1946 bis 1972 Professor an der Kirchlichen Hochschule in Berlin und von 1946 bis 1973 Professor an der Humboldt- Universität in Berlin.

714 Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG, S. 392 f.

715 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, ,,Verfälschungen der Synode", Ausführunge von Akademiedirektor Eberhard Müller anlässlich einer Versammlung im Großen Saal des Sternhotels in Bonn (verlegt in die Bonner Kreuzkirche), S. 7.

An den Bundeskanzler richtete er aber die Bitte zu prüfen, ob die von der Bundesrepublik zugesagte Streitkräfteverpflichtung nicht ohne Wehrpflicht zu erreichen sei. Diese Aktionen, ausgehend von der evangelischen Kirche, waren für die Aufrüstungspolitik hinderlich, und deshalb überlegte sich der Evangelische Arbeitskreis der Union, wie die Regierungspolitik in der Wehrfrage gegen Angriffe zu unterstützen sei. Auf einer als ,,Gemeindeversammlung" kaschierten Veranstaltung[716] der Bonner Sektion des Arbeitskreises sollte Akademiedirektor Eberhard Müller gegen die Politisierung der Kirche Stellung beziehen.

Der Bericht des Präsidiums der Synode der EKD[717] rechtfertigte das Auftreten Müllers mit den verschiedenen Deutungen der Unterschriftensammlung, der weder die Veranstalter der Aktion noch das Präsidium der Synode widersprochen hätten. Müller wollte der Kirche zu einer Klärung verhelfen und gleichzeitig dem Staat dienen, für dessen Rechtsordnung er ernste Gefahren befürchtete. Seine Ausführungen hatte er zuvor einigen ihm nahestehenden Mitgliedern der Kirchenkonferenz und Synodalen mitgeteilt. Die an den Vorgängen unmittelbar Beteiligten der Synode wurden nicht befragt oder benachrichtigt. Gegen Heinemann erhob das Referat öffentlich schwere, auch sein moralisches Verhalten beurteilende Vorwürfe. Gegen den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Held, sprach Müller ähnliche Vermutungen aus.

Müller ging auf der Veranstaltung in Bonn auch auf einen Vorgang ein, der sich wenige Tage zuvor im Rahmen einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie zugetragen hatte.[718] Dort hatte ein Synodaler angemerkt, auf der Berliner außerordentlichen Synode habe sich eine Mehrheit gegen die Wehrpflicht ausgesprochen, das habe die Unterschriftensammlung gezeigt. Dem widersprach Müller und sagte, er wolle die Bedeutung der Unterschriftensammlung der 62 Synodalen in aller Öffentlichkeit ins rechte Licht rücken und rechnete nun mit seinen Widersachern ab. Er erklärte, ein Kreis um die Herausgeber der Kirchenzeitung ,,Stimme der Gemeinde" versuche seit Jahren den Anschein einer kirchlichen Stellungnahme gegen bewaffnete Streitkräfte in der Öffentlichkeit zu erwecken.

Dies sei in der Öffentlichkeit nicht ohne Wirkung geblieben, es sei der Anschein entstanden, als ob maßgebliche kirchliche Gremien aus christlicher Verantwortung den Wehrdienst in der Bundesrepublik ablehnten. Dies könne gefährliche Folgen für die Zukunft des Volkes haben, wenn Tausende von jungen Menschen unter Berufung auf ein solches Votum den soldatischen

---

716 Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG, S. 393. Als Versammlungsort wich man in die Bonner Kreuzkirche aus, da die am 23.7. 1956 stattfindende Versammlung für den vorgesehenen Saal im Bonner Sternhotel zu groß war. Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 217 ff.

717 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Bericht des Präsidiums der Synode der EKD von Constantin v. Dietze, S. 7 ff.

718 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, ,,Verfälschungen der Synode", Ausführungen von Akademiedirektor Eberhard Müller, S. 1 f.

Dienst verweigern würden, ohne aus eigener Gewissensüberzeugung dazu gezwungen zu sein. Es sei nicht auszuschließen, dass in diesem Zusammenhang revolutionäre Akte gegen bevorstehende Einberufungen entstehen könnten. Solche Akte könnten von dem Kreis um Pfarrer Mochalski geradezu angestrebt werden, denn er bediene sich fortlaufend falscher öffentlicher Stellungnahmen der EKD. Müller fuhr fort:

,,Seit einem Jahrzehnt versucht eine kirchliche Minderheit, bestimmte politische Auffassungen zur Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung Deutschlands gegen den Willen der Mehrheit zum Gegenstand kirchlicher Auseinandersetzungen zu machen. Da ihr das auf direktem Weg regelmäßig mißlingt, wird jedesmal der Umweg über mehrdeutige Formulierungen gewählt, die dann in der Öffentlichkeit- entgegen den Absichten der beschlußfassenden Organe,- politisch ausgewertet werden. So ist es dieser Gruppe allmählich gelungen, in der Öffentlichkeit das Gefühl zu erwecken, als sei die EKD der Überzeugung, dass die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte in der Bundesrepublik unheilvoll, entbehrlich und um des Gewissens willen zu verwerfen sei. Wir müssen leider sagen, dass dieser irrige Eindruck nicht nur durch ein Mißverständnis zustandegekommen ist. Bedenkliche Folgen hat dieser Tatbestand vor allem auch für die Berichterstattung über die Evangelische Kirche in der sowjetisch gesteuerten Propaganda."[719]

Im Folgenden gab Müller Beispiele für seine Behauptungen, er ging noch einmal auf die Unterschriftensammlung ein und sagte, die Abgeordneten der Regierungsparteien und der Opposition, die im Parlament um die rechte Entscheidung in der Frage der Wehrpflicht rangen, wurden durch die Botschaft der Kirche in Verwirrung geführt statt ihnen ihre schwierige Entscheidung zu erleichtern. Die Kreuzkirche in Bonn wurde nun zum Forum für wenig brüderliche Auseinandersetzungen. In mehrerern Gegenerklärungen wurde falschen Behauptungen entgegengetreten. Der Bericht des Präsidiums der Synode befand, es dürften Synodalen keine bösen Absichten unterstellt werden, ohne vorher mit ihnen in Verbindung getreten zu sein. Dies gelte vor allem auch für Präses Held, in dessen Gebiet die öffentliche Versammlung stattfand. Die Tagung der Synode sei in ein ungünstiges und falsches Licht gekommen, es sei aber Pflicht der EKD, beieinander zu bleiben.[720]

Der Rat der EKD stellte auf seiner Sitzung[721] abschließend fest, es sei nicht über die allgemeine Wehrpflicht abgestimmt worden. Auch die Unterschriftensammlung sei keine Abstimmung darüber gewesen, die Synodalen hätten nur ermitteln wollen, ob viele Anwesende die Bedenken teilten, die den staatlichen Stellen vorgetragen werden sollten. Der Rat sprach sein Bedauern darüber aus, dass durch die Synode in der Öffentlichkeit Schaden angerichtet sei.

---

719 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, ,,Verfälschungen der Synode", Ausführunge von Akademiedirektor Eberhard Müller, S. 2.

720 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Bericht des Präsidiums der Synode der EKD von Constantin v. Dietze, S. 8f.

721 NEKA, Bestand 20.01. Nr. 453, Erklärung des Rates der EKD v. 13. 8. 1956 auf seiner Sitzung in Frankfurt/ M. über die Synode in Berlin am 29. Juni 1956.

2.5. Rückwirkungen der Wehrfrage auf die Ostkirchen

Die Befürchtung, die geistliche Einheit mit den Kirchen in der DDR könnte zerbrechen, hatte auf dieser außerordentlichen Synode immer wieder zu Rücksichtnahmen bei der Abfassung von Texten zur Wehrfrage geführt. In der Debatte hatten Vertreter aus dem östlichen Teil der EKD in bewegten Worten ihre Bedenken über Rückwirkungen durch die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik auf die Verhälnisse in der DDR ausgedrückt. Die gegensätzlichen Lager in der Wehrdebatte stellten aber zu keinem Zeitpunkt die Einheit der EKD in Frage. Die unpolitische Haltung der EKD führte in der Wiederbewaffnungsfrage zu einer stillschweigenden Unterstützung der Regierungspolitik.[722]

Auf die möglichen Rückwirkungen der Wehrpflicht hatte auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Ollenhauer, in der Debatte um die Wehrpolitik hingewiesen.[723] Er kritisierte den überstürzten Versuch, mit der Aufrüstung zu beginnen. Dies widerspreche der Notwendigkeit einer aktiven Politik der Wiedervereinigung. Er beschuldigte die Bundesregierung, eine Politik der vollendeten Tatsachen zu betreiben. Sie habe sich zur allgemeinen Wehrpflicht bekannt, ohne auch nur mit einem Wort auf die Konsequenzen einer solchen Maßnahme für die Beziehungen der beiden gespaltenen Teile Deutschlands einzugehen. Dies sei ein erschreckendes Beispiel dafür, dass maßgebende Kräfte in ihrem Handeln die Bundesrepublik einfach mit Deutschland gleichsetzten.

Mit der bevorstehenden Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis war die Einführung von nuklearen Waffen verbunden. Zu den laufenden Versuchen mit Atom- und Wasserstoffbomben nahm der Rat der EKD Stellung,[724] er bat die Leitungen aller christlichen Kirchen, sich bei den Regierungen der Länder mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die ungeheure Sorge von der Menschheit genommen werde, die sie jetzt bedrücke und dass entsprechende Vereinbarungen der Regierungen über die Verwendung der Atomkraft getroffen würden.

Auch die Evangelische Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen wandte sich an die Leitungen der anderen östlichen Gliedkirchen[725] und verwies auf die eindeutigen Stellungnahmen zum Frieden. Propst Zuckerschwerdt bedauerte, dass die Presse der DDR den Kundgebungen keine ausreichende Beachtung geschenkt habe. Sogar das Wort der EKD von Weißensee zum Frieden sei unterdrückt worden.[726] Die Kirche habe mit diesen Aussagen die gegen-

---

722 Vgl. Ehlert, Vom Scheitern der EVG, S. 395.

723 NEKA, 11.02. Nr. 91a, FAZ, 29. 6. 1955, Die Debatte um die Wehrpolitik im Bundestag, v. 28. 6. 1955. Scharfe Kontroverse Ollenhauer- Adenauer.

724 LKAB, Bestand 37/ 17, Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben, v. 21. 5. 1954. Stellungnahme des Vorsitzenden des Rates der EKD Bischof Dibelius und seines Stellvertreters Landesbischof Lilje.

725 EZAB, Bestand 4/ 492, Schreiben an die Leitungen der östlichen Gliedkirchen von Propst Zuckerschwerdt, Propst zu Magdeburg v. 6. 5. 1955.

seitige Achtung der Völker betont und ein Verbot aller der Massenvernichtung dienenden Waffen gefordert. Um einer kommenden Katastrophe zu entrinnen, müsse umgehend eine Beschränkung aller anderen Rüstungen eintreten. Die Kirche sei sich bewusst, dass dieses Problem im unlöslichen Zusammenhang mit den internationalen Spannungen gesehen werden müsse.

Auf die veränderte Situation, die nach Abschluss der Pariser Verträge und dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt entstanden war, ging Propst Grüber in einem Brief an den Ministerpräsidenten Grotewohl ein.[727] Darin bedankte er sich für dessen Verständnis, das seinem Auftrag stets entgegen gebracht worden sei. Bezugnehmend auf die Ausführungen auf der dritten Parteikonferenz der SED versicherte Grüber, dass es auch die Meinung der Bischöfe und leitenden Männer der Kirche sei, dass der aufrechte Wille bestehe, zu einer loyalen Zusammenarbeit mit den Staaten zu kommen. Die Kirche werde der neuen Situation Rechnung tragen. Grüber lobte ausdrücklich die Ausführungen Grotewohls über eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der DDR, dies werde auch in Kirchenkreisen ein positives Echo finden.

Auf der Synode in Espelkamp war der Rat der EKD darum gebeten worden, bei der Regierung der DDR vorstellig zu werden, um auch dort der Gruppe der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gesetzlichen Schutz zukommen zu lassen. In seiner Antwort [728] verwies der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates darauf, dass in der DDR keine Wehrpflicht bestehe und deshalb die Frage noch nicht aktuell sei. Er werde sich aber zu gegebenem Anlaß mit den dafür zuständigen Stellen in Verbindung setzen, um das Anliegen der EKD vorzutragen. In einer Stellungnahme[729] zu einem Brief des DDR- Volkskammerpräsidenten Dieckmann bestätigt Dibelius dessen Aussage, dass Kriege nicht durch unabänderliche göttliche Ratsschlüsse entstünden. Dibelius zitierte aus seinem Buch ,,Friede auf Erden": ,,Eine Weltordnung, in der alle Länder von Waffen klirren und der Krieg ein festgeordnetes Recht der Völker ist, ist gegen Gottes Willen." Trotzdem müsse sich die Kirche der Kriegsdienst-

---

726 Vgl. Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, S. 118. ,,Am 14. März 1954 faßte das Politbüro einen weitgehenden Beschluß, der für das Verhältnis des SED- Staates zu den Kirchen neu ordnete". Ein Staatssekretariat für Kirchenfragen wurde geplant und 1956 eingerichtet, um alle Verhandlungen mit der Kirche zu führen. Der Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit- Kirchenabteilung wurde beschlossen.

727 GStA PK, VI. HA Nachlass Grüber, Nr. 275, Brief Grübers an den Ministerpräsidenten der DDR v. 29. 3. 1956.

728 EZAB, Bestand 4/ 493, Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Regierung der DDR, Otto Nuschke, an den Vorsitzenden des Rates der EKD Bischof Dibelius, v. 4. 6. 1956.

729 EZAB, Bestand 4/ 493, Schreiben des Vorsitzenden des Rates der EKD an den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dieckmann, v. 13. 6. 1956.

verweigerer annehmen, soweit es sich bei ihnen um eine ehrliche Entscheidung des Gewissens handele. Die EKD werde sich nie damit abfinden, dass die Auseinandersetzung über diese Frage auf eine politische Ebene verlagert werde.
Über die Reihenfolge der politischen Entscheidungen stehe der Kirche kein Urteil zu, deshalb könne er nicht Dieckmanns Frage beantworten, ob die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik angezeigt sei oder nicht. Er nehme aber gerne davon Kenntnis, dass auf dem Gebiet der DDR, so die Ausführungen Dieckmanns, nur Menschen für die Armee geworben würden, die freiwillig zum Eintritt bereit seien. Dibelius sah sich außer Stande, die Frage Dieckmanns zu beantworten, ob nicht der vordringlichere Schritt die schnelle Wiederherstellung der deutschen Einheit sein müsste, durch die die Frage der Wiederbewaffnung und auch die der Kriegsdienstverweigerung ihr Gesicht völlig verändern würden. In dieser Sache würden der Rat und die Synode der EKD entscheiden.
Mit Nachdruck versuchte die DDR- Regierung eine Differenzierungspolitik zu betreiben, die zwischen ,,den fortschrittlichen Kräften und denen unterschied, die mit Dibelius, Lilje, Frings u.a. an der Spitze offen auf dem Boden der Adenauer- Politik, der Militarisierung, des Revanchismus und Chauvinismus" standen.[730] Der Bischof des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Schlesien, Hornig, berichtete an die Geistlichen seines Kirchengebietes, er sei vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, darum gebeten worden,[731] ihnen

,,die Empfehlung zu geben, in den Osterpredigten die Verantwortung gegenüber unserem Volk und unser Nation zu behandeln und die Forderung zu erheben, die Atomwaffen als Werkzeug der Massenvernichtung von Leben und Gesundheit in Deutschland zu ächten und dafür die gewaltigen Möglichkeiten für die friedliche Anwendung der Atomenergie auszunützen."

Sein Antwortschreiben[732] an den Staatssekretär gab er den Geistlichen zur Kenntnis. Darin wies er auf die wiederholte Warnung der Evangelischen Kirche vor der Gefahr einer Anwendung dieser Waffen hin. Er sehe in beiden Machtblöcken, dass die Atomversuche nicht aufhörten und die Rüstung mit Atomwaffen fortschritten. Gegenüber dieser Bedrohung sei ein Verbot der Atomwaffen, ihrer Lagerung und Anwendung eine illusionäre Forderung. Alle Regierungen müssten sich vielmehr einer strengen internationalen Kontrolle hinsichtlich der Herstellung atomarer Waffen, wie auch der Gewinnung von Atomenergie überhaupt, unterwerfen. Diese radikale Kontrolle sei erforderlich, weil die Wissenschaft festgestellt habe, dass die Herstellung von Atomenergie für friedliche Zwecke jederzeit auf die Herstellung für kriegerische Zwecke umgestellt werden könne.

---

730 Zit. nach Neubert, Geschichte der Opposition, S. 118.
731 LKAHB, Akte N 211, Nr. 316, Schreiben Bischof Hornigs an Geistliche des Kirchengebietes, v. 18. 4. 1957.
732 Ebenda, Nr. 316 f.

Eine so weitreichende Forderung verlange eine grundlegende Milderung der internationalen Spannungen, dies könne aber nur durch die entschlossene Wiederherstellung der Menschenrechte in allen Völkern ohne Unterschied des Machtbereichs geschehen. Dazu gehörten in erster Linie das Recht der Selbstbestimmung aller Völker.[733] Der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates habe im Jahr 1956 gefordert: ,,Die Menschen müssen nicht minder die Freiheit haben, selbst zu wählen, von wem und auf welche Weise sie regiert sein wollen. Sie müssen die Freiheit haben, dem zu gehorchen, was ihr Gewissen ihnen befiehlt." Bischof Hornig wies abschließend darauf hin, dass sowohl die Kontrolle der Atomenergie als auch die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte unlöslich zusammengehörten und auf dem Weg zum Frieden der Welt unerlässliche Schritte seien.[734]

Der Staatssekretär für Kirchenfragen erwiderte Bischof Hornig,[735] er danke für dessen unmissverständliche Darlegung seines politischen Standpunktes:

,,Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, dass dieser Standpunkt selbst von dem Standpunkt anderer Bischöfe innerhalb unserer Republik abweicht. Dass Ihre Auffassungen von mir nicht geteilt werden, ist wohl selbstverständlich. Eine Diskussion über die von Ihnen vertretenen Ansichten halte ich auch nicht für erfolgversprechend.
Vielleicht denken Sie aber einmal darüber nach, weshalb heute viele Millionen Menschen zu der wissenschaftlich begründeten Erkenntnis gekommen sind, dass in den Ländern, wo die werktätigen Menschen die politische Macht in ihre Hände nahmen und die wichtigsten Produktionsmittel- damit auch die Rüstungsindustrie- in den Besitz des Volkes überführt wurden, die Ursachen für Eroberungskriege nicht mehr vorhanden sind."

Bischof Hornig ließ sich dadurch nicht abhalten, einer Pesseveröffentlichung entgegenzutreten:[736]

,,Angesichts der in der Presse veröffentlichten Erklärung der Bischöfe der Deutschen Demokratischen Republik, dass sie sich mit der Erklärung [737] der Dekane der theologischen Fakultät in Übereinstimmung befänden, stelle ich für meine Person folgendes fest: ich bin dieser Er-

---

733 In Ungarn waren am 23. 10. 1956 Straßenkämpfe ausgebrochen, sie führten zu einem Aufstand. Die SED-Politik verschärfte sich gegenüber der Evangelischen Kirche (Veranstaltungsmodalitäten).

734 LKAHB, Akte N 211, Nr. 316, Schreiben Bischof Hornigs an Geistliche des Kirchengebietes, v. 18. 4. 1957, S. 2.

735 LKAHB, Akte N 211, Nr. 319, Schreiben des Staatsekretärs für Kirchenfragen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Eggerath, an Bischof Hornig, v. 30. 4. 1957.

736 LKAHB, Akte N 211, Nr. 318, Erklärung Bischof Hornigs an die Herren Geistlichen und Gemeindekirchenräte unseres Kirchengebietes, v. 29. 4. 1957.

737 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, ,,Vor schwerer Entscheidung. Der Gewissenskonflikt der Gesamtdeutschen Synode" v. W. Quast, Hg. Deutsche Presse Agentur Hamburg v. 28./29. März 1958.
Die sechs Dekane der theologischen Fakultäten der Sowjetzone hatten die atomare Aufrüstung als mit den Glaubensregeln der EKD nicht vereinbar erklärt und forderten von der für Ende April 1958 nach Berlin einberufenen Gesamtsynode ebenfalls ein ,,Nein". Einer der sechs Dekane, der Theologieprofessor an der Ostberliner Humboldt-Universität Heinrich Vogel, glaubte fest, dass die Gesamtsynode ein ,,radikales Nein" zu den Massenvernichtungsmitteln aussprechen werde. Er hatte auf der Frankfurter Kundgebung ,,Kampf dem Atomtod" diese Waffen, ihre Erprobung und Anwendung eine Gotteslästerung und eine Sünde genannt. Kirchliche Kreise rechneten mit einer Mehrheit der Synode zum ,,Nein" der atomaren Aufrüstung.
Eine theologische Diskrepanz innerhalb der EKD könne die Sowjetzonenregierung veranlassen, die von ihr erstrebte Spaltung der EKD voranzutreiben. Professor Vogel äußerte dazu, nach Lage der Dinge liege die Gründung einer Freien Synode durchaus im Bereich des Möglichen.

klärung nicht beigetreten und habe sie auch nicht unterzeichnet. Eine andere Stellungnahme in der Frage der Atomwaffen als die in meinem Brief an Herrn Staatssekretär Eggerath vom 17. April d. Js. habe ich nicht abgegeben."

Für ihre Differenzierungspolitik in den Kirchen nutzte die SED verstärkt die CDU, sie nahm auf die personellen Besetzungen der theologischen Ausbildungsstätten Einfluss und versuchte die Sympathien westdeutscher Linker für sich auszunutzen. Als Karl Barth in einem Brief an einen Pfarrer in der DDR den Rat gab, eine Loyalitätserklärung abzugeben und dazu riet, eine ,,Katakombenkirche" zu werden, also sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen, widersprach ihm Superintendent Steinlein aus Finsterwalde und argumentierte:
,,Einem System gegenüber, das mit einer bisher nie erlebten Konsequenz seinen Totalitätsanspruch auf die Menschen zu verwirklichen trachtet, kann es im Namen Jesu nur entschlossenen geistlichen Widerstand geben."[738]
Die Kirchen sollten gezwungen werden, der Innen- und Außenpolitik der DDR ihre Zustimmung zu geben und sich damit gegenüber der Bundesrepublik abzugrenzen. Karl Maron, der Innenminister der DDR, machte im Jahr 1956 der Kirche das Angebot, ihre Arbeit zu erleichtern, wenn sie im Gegenzug bereit sei, der Regierung gegenüber eine Loyalitätserklärung abzugeben. Dies bedeutete für die Kirche eine Möglichkeit, gegenüber der Regierung die zahlreichen Verfassungsbrüche und Beschwerden anzubringen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche darüber, wie man sich zu dem Angebot verhalten solle, waren heftig und führten in vielen Fällen auch dazu, die geforderte Loyalitätserklärung zu unterschreiben. Als im Februar 1957 der von der Bundesregierung mit der EKD abgeschlossene Militärseelsorgevertrag unterzeichnet wurde, dem auch die ostdeutschen Delegierten in der gesamtdeutschen Synode mehrheitlich zugestimmt hatten, wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen in der DDR weiter eingeschränkt.[739]
Davon zeugt ein Brief Staatssekretär Eggeraths an den thüringischen Bischof Mitzenheim,[740] in dem der Ratsvorsitzende der EKD Dibelius mit einem Einreiseverbot in die DDR belegt wurde. Er sei ein Mann, der immer eine feindliche Haltung gegenüber der Regierung der DDR gezeigt habe und wiederholt offen für die NATO- Politik Stellung bezogen habe. Die Bundesrepublik werde zur Hauptbasis der NATO. Personen, die für die NATO- Politik und gegen die Friedenspolitik der DDR seien, würden keine Einreisegenehmigung mehr erhalten. Der Ratsvorsitzende könne folglich nicht mehr an Beratungen der EKD in der DDR teilnehmen.

---

738 Zit. nach Neubert, S. 121.
739 Ebenda, S. 120 f.
740 GstA PK, VI. HA, Nachlass Propst Grüber, Brief Staatssekretär Eggeraths an den thüringischen Bischof Mitzenheim, v. 26. 4. 1957.

Grüber wies auf die verschiedenen Stellungnahmen der EKD zur Entwicklung von Atomwaffen hin.[741] Bereits im Mai 1954 hätten Dibelius und der stellvertretende Vorsitzende des Rates der EKD, Lilje, sich zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen geäußert, dann habe die außerordentliche Synode der EKD vom Juni 1956 festgestellt, der Fortschritt dürfe nicht zur Herstellung dieser Waffensysteme missbraucht werden. Die diesjährige Synode habe daran erinnert, dass die Versuche mit Atomwaffen fortgeführt und die Streitkräfte in steigendem Maß damit ausgerüstet würden und ein Verbot aller dieser Waffen mehrfach angemahnt.

Grübers Versuche, die DDR- Regierung umzustimmen waren vergebens. Gegenüber Grotewohl zitierte er in einem Brief [742] die Mitteilung Eggeraths, dass er Grüber als Bevollmächtigtem des Rates der EKD zukünftig nichts mehr mitzuteilen habe. Der Ministerpräsident der DDR teilte darauf Grüber mit, die auf der gesamtdeutschen Synode sichtbar gewordene politische Konzeption des Rates der EKD veranlasse die Regierung der DDR, gegenüber dem Rat und seiner Politik strenge Zurückhaltung zu üben. Der Vorsitzende des Rates halte gegen die DDR feindselige Reden und erstatte Bericht über die Lage der Kirche in der ,,Ostzone". Da auch Grüber einen ähnlichen Brief unterzeichnet habe, gelte die Zurückhaltung auch gegenüber dem Bevollmächtigten.

Während die politischen Entscheidungen zu einer Abkühlung in den Beziehungen der Kirche zwischen Ost und West führten, griffen die Regierungen des Westens im Jahr 1956 die Frage der nichtmilitärischen Zusammenarbeit der freien Welt auf.[743] In seinem Vortrag ging Hallstein auf den Vorwurf gegen die westlichen Staatsmänner ein, die oft der Phantasielosigkeit bezichtigt und häufig mit dem Vorwurf konfrontiert würden, noch nicht erkannt zu haben, dass sie nicht mehr im Kalten Krieg lebten sondern unter dem Zeichen der Koexistenz. Es sei höchste Zeit, daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen und die Politik der Sicherheitspakte durch etwas Anderes, Neues zu ersetzen.

Der Staatssekretär führte aus, die NATO verteidige die Freiheit und Existenz des Westens. Wolle die ,,freie Welt" sich weiter behaupten, müsse überlegt werden, mit welchen Methoden der Osten in Zukunft beabsichtige zu agieren. Ziel der Sowjetpolitik sei seit jeher die Weltrevolution gewesen, die Ausbreitung der in der Sowjetunion bereits verwirklichten Ordnung über die ganze Erde. Deshalb sei es für den Westen wichtig, an den Zielen einer militärischen Abwehr festzuhalten und alle Kräfte daran zu setzen, sich gegen einen bewaffneten Überfall

---

741 GStA PK, VI. HA Nr. 500, Nachlass Propst Grüber, Brief Grübers an Eggerath v. 24. 4. 1957.

742 GStA PK, VI. HA Nr. 282, Nachlass Propst Grüber, Brief Grübers an Grotewohl v. 3. 10. 1957.

743 PAAA, Bestand B1, Band 55, Vortrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Hallstein vor dem NATO-Defence College in Bonn am 24. März 1956 zu dem Thema ,,Was bedeutet 'Competitive Coexistence' für den Westen?

zu wehren und durch erhöhte Wachsamkeit zu verhindern. Sei die Position erkannt, so Hallstein, müsse danach gefragt werden, welche Folgerungen für die Politikik daraus zu ziehen sei. Für die Bundesrepublik bedeutete dies, die Pariser Verträge so schnell wie möglich zu erfüllen.[744]

3. Ergänzung der konventionellen Verteidigung

3.1. Kritik am zögerlichen Truppenaufbau

Nach den langen Jahren der Planung hätte man im Jahr 1955 vermuten können, im Verteidigungsministerium lägen vorbereitete Pläne, um den Aufbau von Streitkräften zügig in Angriff zu nehmen. Die Folgen fehlender gesetzlicher und organisatorischer Vorausmaßnahmen wurden auf allen Ebenen spürbar. General Heusinger sah sich zunehmend Anschuldigungen ausgesetzt, er habe sich zu wenig um die Rekrutierung der künftigen höheren Offiziere gekümmert. Der Personalgutachterausschuss hielt ihn für ungeeignet, eine Stellung als Oberkommandierender der Streitkräfte anzutreten.[745]

Heusinger sah den Grund für die Verzögerung bei der Wiederaufrüstung darin, dass der Bundesfinanzminister eisern daran festhielt, nicht mehr als neun Milliarden DM jährlich für die Wiederaufrüstung im Haushalt bereitzuhalten.[746] Ähnlich hatte sich Heusinger in Gesprächen mit amerikanischen Senatoren geäußert. In Berichten der ,,Washigton Post" und der ,,New York Herald Tribune" wurde Finanzminister Schäffer zum Sündenbock gemacht. Als amerikanische Politiker wegen der Verzögerung der Aufrüstung gar seinen Rücktritt forderten, sah sich Schäffer genötigt, wegen Heusingers Verhalten beim Bundesminister des Auswärtigen, von Brentano, zu protestieren.

Auf die amerikanischen Presseveröffentlichungen eingehend wies Schäffer auf die fehlende Rechenschaft über die Verwendung von öffentlichen Geldern durch das Verteidigungsministerium hin, die in den Veröffentlichungen keine Erwähnung als Grund für die verzögerte Aufstellung deutscher Truppen gefunden hätten. Diese Erklärung könne vielleicht das Misstrauen, das durch die diplomatischen Berichte im State Department erzeugt worden seien, sofort zerstreuen.

Als Schäffer nur wenige Wochen später durch seinen Staatssekretär erfuhr, dass ein amerikanischer Oberst sich darüber beklagt habe, dass das Abkommen über die amerikanische Waffenhilfe im Oktober ratifiziert werden sollte, nun aber erst im Dezember der Akt vollzogen

---

744 Ebenda S. 2 f.

745 Krüger, Amt Blank, S. 147.

746 PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben des Bundesministers der Finanzen Schäffer an den Bundesminister des Auswärtigen Dr. v. Brentano, v. 27. 10. 1955, Betr.: Aufstellung der deutschen Streitkräfte.

werden könne, beklagte er sich erneut bei Brentano darüber, ,,dass auch in diesem Fall der Herr Bundesverteidigungsminister eine Beschleunigung leider nicht betrieben habe".[747] Der Schuldige für die Verzögerungen sei damit wohl benannt.

Solche internen Auseinandersetzungen belasteten zusätzlich den zügigen Aufbau deutscher Truppen, und die amerikanischen Stellungnahmen wurden als ,,flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik" angesehen, die nur den Sowjets in die Hände spielen könne [748]. Der deutsche Botschafter in Washington bestätigte umgehend, dass Schäffer sowohl in den amtlichen Kreisen der Vereinigten Staaten als auch in der dortigen Wirtschaft hohes Ansehen genieße. Ihm gegenüber sei nie bezweifelt worden, dass Schäffer eine Politik unterstütze, die auf das Engste mit den Vereinigten Staaten und dem Westen und der damit gegebenen militärischen Verpflichtung verbunden sei.

Waren diese Verstimmungen wegen des stockenden militärischen Aufbaus auf zwei Ressorts begrenzt, so nahmen die Ermahnungen aus den USA zu, den vertraglichen Verpflichtungen zügig nachzukommen. In einem weiteren Bericht Krekelers hieß es dazu,[749] durch das Eintreffen der ersten Soldaten in den Vereinigten Staaten konnte dem Eindruck begegnet werden, die durch die Pariser Verträge übernommenen Verpflichtungen könnten sich verzögern. Jetzt sei man in Washington kaum noch der Hoffnung, das Soldatengesetz könne in dritter Lesung im Februar durch den Bundestag verabschiedet werden.

Botschafter Krekeler warnte vor jenen Stimmen in Amerika, die trotz Respektierung der souveränen Entscheidung des Bundestages in der Verabschiedung von Gesetzen, in der Vergangenheit sich sehr ungünstig über die Bundesrepublik geäußert hätten. Nicht vergessen dürfe man die Entschiedenheit der amerikanischen Regierung, mit der diese gerade in den letzten Tagen ihre Vertragstreue, besonders im Hinblick auf Berlin, bekundet habe. Ein erneutes Aufleben amerikanischer Zweifel sei in dieser Situation besonders abträglich.

Nur wenige Wochen später nahm der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts zu den deutschen Verpflichtungen Stellung, die sich aus der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Streitkräfte und der Einführung der Wehrpflicht ergäben.[750] Er zitierte aus den Londoner Konferenzbeschlüssen über den deutschen Verteidigungsbeitrag und Abmachungen, die auf

---

747 PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben des Bundesministers der Finanzen Schäffer an den Bundesminister des Auswärtigen Dr. v. Brentano, v. 17.11. 1955, Betr.: Aufstellung der deutschen Streitkräfte. Vertrag über eine amerikanische Waffenhilfe.

748 PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen von Brentano an den Bundesminister für Finanzen Schäffer v. 2. 12. 1955, betr.: Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Krekeler aus Washington über die Unterredung General Heusingers mit General Hays. Dr. Krekeler war von Juni 1950 Generalkonsul in New York, ab Juni 1951 Geschäftsträger in Washington und wurde im Mai 1953 zum Botschafter ernannt.

749 PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 2. 2.1956.

die Streitkräfte von SACEUR auf dem Kontinent Anwendung fänden. In den Dokumenten seien als deutscher Beitrag, neben Luftwaffen- und Marineeinheiten, im Wesentlichen zwölf Heeresdivisionen mit den zugehörigen Unterstützungs- und Versorgungstruppen vorgesehen, die einer Truppenstärkre von 500 000 Mann entsprächen.

Die Art der Wehrverpflichtung ging aus einem Miltärprotokoll hervor, das die aktive Dienstzeit auf mindestens 18 Monate festlegte. Die Konferenzdokumente stellten eine doppelte Vereinbarung dar, sie erklärten den festgesetzten Umfang und die allgemeine Art des deutschen Verteidigungsbeitrages für einen zwischen den neun Regierungen vereinbarten Grundsatz. Dieser Grundsatz sollte, so wurde festgelegt, den eingehenden Vorschlägen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag zugrunde liegen, die die Vertreter der neun Regierungen ausarbeiten sollten.

Die Rechtsabteilung stellte fest, das Konferenzdokument der Anlage 5 sei als Anweisung im Rahmen der NATO anzusehen, einer Organisation, die bestimmte Mindestverpflichtungen der Mitglieder statuiere. Der deutsche Umfang müsse bestimmten Erfordernissen entsprechen, er müsse ferner auf den heutigen Stand gebracht werden und diesem gegebenenfalls angepasst werden. Eine solche Verpflichtung könne niemals durch Festlegung von Höchstgrenzen und Freistellung von der Verpflichtung konkretisiert werden.[751]

Deutlich wies das Auswärtige Amt auf die noch ausstehenden deutschen Verpflichtungen hin. Auch wenn Art und Umfang des deutschen Wehrbeitrags in den Protokollen nicht genau bestimmt wurden, könne das nicht dahin gehend ausgelegt werden, dass die Verpflichtungen des Konferenzdokuments damit gegenstandslos geworden seien, sie bedürften noch der Erfüllung. Nicht nur die Vertragspartner des Nordatlantik- Paktes seien bei der seinerzeitigen politischen Situation selbstverständlich von einer Erfüllung des deutschen Verteidigungsbeitrages in der für den EVG- Vertrag vorgesehenen Art mit allgemeiner Wehrpflicht und 500 000 Mann ausgegangen. Auch dem Bundestag sei bei seiner Zustimmung zu dem Gesetz, das den Beitritt zur NATO regelt, die Anlage der Schlussakte der Londoner Neun- Mächte- Konferenz bekannt gewesen.[752]

Wie konnte die deutsche Truppenaufstellung beschleunigt werden, wenn auch noch die Situation gewürdigt werden sollte, in der die beiden führenden Militärmächte aus Erkenntnis der verheerenden Folgen eines Atomkrieges besonders dann von einem Einsatz der nuklearen Waffen absehen würden, wenn der Rüstungsstand auf diesem Gebiet ausgeglichen wäre ? Ge-

---

750 PAAA, Bestand B1, Band 57, Aufzeichnung Dr. Bergers über die Verpflichtungen der Bundesrepublik, die sich aus den Konferenzbeschlüssen zum Beitritt in die NATO ergeben, v. 26. 4. 1956, S. 1-3.

751 Ebenda S. 2.

752 Ebenda S. 3.

rade hier standen sich die unterschiedlichen Auffassungen der operativen Vorstellungen gegenüber. Heusinger bemühte sich um den Erhalt einer konventionellen Alternative der Kriegsführung, während Speidel als verantwortlicher militärischer Planer die Atomwaffen in die Planungen einschloss.[753]

3.2. Das Verteidigungskonzept und die Probleme der Realisierung

Im Juli 1956 erfuhr die Öffentlichkeit durch den Radford- Plan,[754] dass die amerikanischen Streitkräfte bis zum Sommer 1960 um 800 000 Mann in Europa reduziert werden sollten. Hierdurch und durch die Umrüstungsdebatten der NATO geriet der rein konventionell geplante Aufbau der Bundeswehr stark unter Druck. Einerseits wurde befürchtet, die Amerikaner könnten sich aus Europa zurückziehen, andererseits wurde der Vorwurf erhoben, die Bundesrepublik rüste nur deshalb auf, weil die Alliierten eine Truppenreduzierung planten. Nachdem auch Großbritannien eine Reduzierung der Streitkräfte auf dem Festland plante und sich auf die Nuklearrüstung festlegte, sah Bundeskanzler Adenauer die deutsche Position im Bündnis ernsthaft gefährdet. In einem Schreiben an US- Außenminister John Foster Dulles warnte er davor, dass Europa und auch Deutschland das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der USA verlieren könnten.[755]

Die Bundesrepublik setzte sich auf diplomatischer und militärischer Ebene in der Westeuropäischen Union gegenüber England und in bilateralen Gesprächen gegenüber den USA für einen starken konventionellen Schutzschild in der NATO ein. Heusinger erklärte in Washington seine Vorstellungen von begrenzten Konflikten in Europa. Er verwies auf die Reduzierung eines sofortigen Nuklearkrieges durch die konventionelle Option. Gegenseitige nukleare Abschreckung würde zudem den Einsatz von Atomwaffen unmöglich machen, gerade deshalb dürfe man nicht der konventionellen Überlegenheit des Gegners ausgeliefert sein. US- Präsident Eisenhower dementierte amerikanische Rückzugspläne und versicherte, solange in Europa zu bleiben, wie es die Länder wünschten. Trotz dieser Versicherung ging man im Westen davon aus, dass die USA durch Personalreduzierungen die neuen technischen Möglichkeiten finanzierbar machen und für die Kriegsführung besser nutzen wollten. Die Bundeswehrführung schloss daraus, dass sich die Europäer selbst mit konventionellen Waffen schützen müssten, soweit dies möglich sei.

Der Ton der Amerikaner in der Rüstungsdebatte verschärfte sich insofern, als der amerikani-

---

753 Theiler, Die Rezeption, S. 494. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 24.

754 Admiral Arthur Radford war Vorsitzender des Joint Chiefs of Staff. Vgl. Becker, Die Remilitarisierung, S. 20. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 26.

755 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955- 1959, Stuttgart 1967, S. 203. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 28.

sche Verteidigungsminister Wilson gegenüber Heusinger die mangelnden europäischen Verteidigungsanstrengungen für die US-Pläne verantwortlich machte. Auf einer Krisensitzung des deutschen Verteidigungsministeriums im Mai 1956 wurde die Befürchtung geäußert, dass die Planzahlen um etwa 30 000 Mann unterschritten würden. Weitere Probleme zeigten sich bei der Freiwilligenwerbung, beim Kasernenbau, bei der Bekleidung und Ausrüstung der Soldaten, bei der Wehrgesetzgebung und auch bei der Finanzierung. Immer öfter wurde das mangelnde Durchsetzungsvermögen des Verteidigungsministers kritisiert.[756]

Diese Entwicklung führte zu einem sofortigen Stop aller Einstellungen und Beförderungen. Da auch die Rüstungskäufe begrenzt wurden, reagierte die NATO hierauf äußerst ungehalten, Blankenhorn berichtete gar davon, Ratsmitglieder des Verteidigungsbündnisses hätten von einer Krise der NATO gesprochen. Der Botschafter äußerte größte Bedenken um das Ansehen der Bundesrepublik und sprach sich für einen Wechsel des Verteidigungsministers aus. Dies sei schon deshalb wichtig, um den Ratsmitgliedern das ernsthafte Bemühen der Bundesrepublik zu demonstrieren. Adenauer entschied sich für den Atomminister Franz Josef Strauß von der CSU.[757]

Noch im August 1956 hatte Blank der Führung der Alliierten in Europa (SHAPE) eine Personalstärke der Bundeswehr von 96 000 Mann zum Ende des Jahres genannt, die sich bis 1957 auf 270 000 Mann erhöhen und im Jahr 1958 die Zahl von 480 000 erreicht haben sollte. Im Jahr 1959 wurden für die gesamte Armee 518 000 Soldaten geplant. Strauß informierte auf der nächsten NATO- Ratstagung über die Erfahrungen der ersten Aufstellungsmonate und über die Folgerungen der Umrüstungsdebatte, die in die neue Planung einfließen sollten. Die Umrüstung auf ein nukleares Konzept bot sich jetzt als ideales Instrument an, um vom Scheitern der hochgesteckten Ziele abzulenken. Strauß erwähnte auch den Radford- Plan und die nach 1945 erfolgte Entmilitarisierung, die die Arbeit der Bundesregierung zusätzlich erschwert hätten.[758]

Auf die außenpolitischen Auswirkungen, die eine nicht zeitgerechte Aufstellung einsatzbereiter Verbände nach sich ziehen würde, wies auch Hallstein hin [759]. Er erwähnte die harsche Kritik, auf die die Verkürzung der Wehrdienstzeit in Deutschland in der Debatte des NATO-Rates gestoßen sei. Der deutschen Erklärung, dass die Verteidigungsziele nach Quantität und Qualität unverändert blieben, werde kein Glauben geschenkt. Es müsse unbedingt gelingen,

---

[756] Theiler, Die Rezeption, S. 496 f. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 20 f.
[757] Vgl. Schubert, Sicherheitspoltik Teil 2, S. 30. Vgl. MGFA, Verteidigung, S. 66.
[758] Theiler, Die Rezeption, S. 499.
[759] PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben Hallsteins mit der Bitte um ungekürzte Billigung der Anforderungen des Bundesministeriums für Verteidigung, v. 29. 9. 1956.

das Beschaffungsprogramm in den Vereinigten Staaten, das vom Haushalts- und Verteidigungsausschuss des Bundestages voraussichtlich am 3. Oktober im Vorbewilligungsverfahren behandelt werde, ungekürzt zu billigen. Andernfalls könnten die Verteidigungsziele und die zeitgerechte Aufstellung einsatzbereiter Verbände nicht eingehalten werden.

Auf den Beschluss des Kabinetts, dieWehrdienstzeit auf zwölf Monate zu verkürzen ging die Londoner ,,Times" ein[760] und nannte die Entscheidung nicht unerwartet. Der wahre Grund liege darin, dass alle Parteien eine längere Dienstzeit als ein Jahr ablehnten. Das habe zur Folge, dass Westdeutschland nicht imstande sein werde, seine vertraglichen Verpflichtungen, zwölf Divisionen aufzustellen, einzulösen. Die Aufstellung werde nicht in der Weise geschehen können, wie es ursprünglich geplant war. Die NATO und insbesondere die Länder Westeuropas müssten sich jetzt überlegen, ob der vereinbarte deutsche Beitrag zu diesen Bedingungen tatsächlich erwünscht sei.

Westdeutschland könne den Aufbau von zwölf Divisionen nur dadurch erreichen, dass die Berufstruppe erheblich vergrößert werde, hier sei bisher der Erfolg der Anwerbung am geringsten gewesen. Das einzige Reservoir, auf das bisher nicht zurückgegriffen worden sei, mit Ausnahme der Offiziere, seien die früheren Angehörigen der Waffen- SS. Die ,,Times" fragte, hätte man sich eine derartige Armee vorstellen können, als Deutschland unter dem Eindruck des Korea- Krieges erstmalig der Wiederbewaffnung zustimmte?

Es sei bestürzend klar, wohin eine solche Art der Wiederbewaffnung wahrscheinlich führen werde. In zwölf Monaten könne ein Soldat gerade eine militärische Grundausbildung erhalten, das Ergebnis werde eine Armee sein, die auf allen Stufen von Berufssoldaten kommandiert werde. Die Wehrpflichtigen würden wohl nach Ableistung ihres Wehrdienstes die ausgebildete Reserve bilden, und das zahlenmäßige Gleichgewicht müsste auf der Strecke bleiben. Während die ursprüngliche Absicht darin bestand, den Anteil der Wehrpflichtigen gegenüber der Berufstruppe größer zu halten, werde man jetzt gezwungen sein, das Verhältnis umgekehrt zu gestalten.

Der Bericht gab weiter zu bedenken, was von einer Armee zu halten sei, in der die Berufssoldaten derartig dominierten. Bei dieser Zusammensetzung sei es kein weiter Weg mehr zu einer Berufsarmee, mit allem was dies historisch beinhalte. Wo bleibe Blanks Konzeption einer Armee von Bürgern im Soldatenrock, die die Kluft zwischen der militärischen Sphäre und der bürgerlichen Gesellschaft überbrücke und die Gewähr biete, dass die Armee unter parlamentarischer Kontrolle bleibe, fragte die Zeitung.

Kritisch sahen die Briten die Forderungen der deutschen Verteidigungsplaner, den Mangel an

---

760 PAAA, Bestand B1, Band 57, Übersetzung des Auswärtigen Amtes. Betr.: Bericht der Londoner Times v. 28. 9. 1956, ,,Wehrpflichtige in Deutschland", S. 1-3.

Menschen durch taktische Atomwaffen ausgleichen zu wollen. General Gruenther habe niemals der Auffassung zugestimmt, dass diese Waffen den Bedarf an Menschen verminderten. Seit der Verlegung französischer Truppen nach Nordafrika bestehe Deutschlands Rolle bei der Verteidigung Westeuropas hauptsächlich darin, ,,Menschenmaterial" zur Verfügung zu stellen. Der atomare Einsatz geeigneter Waffen sei durch die amerikanischen Streitkräfte gesichert.

Weiter führte der Artikel aus, die gegenwärtige Schätzung der NATO gehe von dreißig Divisionen für die Verteidigung Westeuropas aus. Es sei zu überlegen, ob der volle deutsche Beitrag von zwölf Divisionen, angesichts der Gestalt der neuen Armee, noch notwendig sei. Die neuen Umstände würden vielleicht einen Plan notwendig machen oder der Sowjetunion sowohl wie dem Westen Ansporn sein, Maßnahmen zur Beschränkung der Streitkräfte in Westdeutschland zu vereinbaren. Dies werde auf der nächsten Sitzung des Nordatlantikrates zu prüfen sein.[761]

Bei der Umsetzung der US- und NATO- Strategie taten sich Bonner Politiker und Generäle schwer, weil die militärstrategische Debatte von einer breiten Öffentlichkeit geführt wurde. Dabei überlagerte die Diskussion über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffenträgern alles andere. General Heusinger verwies auf die in der Bundeswehr vorherrschende Meinung, als er auf die Schild- Schwert- Aufgabenteilung der NATO einging. Er stellte die Bundeswehr in ihrer Funktion als Schildstreitkräfte für die westeuropäische Verteidigung heraus. Ähnlich hatte sich schon der amerikanische NATO- Oberbefehlshaber für Europa, General Norstad, in der amerikanischen Öffentlichkeit geäußert und darauf hingewiesen, dass die Strategie der massiven Vergeltung mit Nuklearwaffen nicht zu eng interpretiert werden dürfe. Die Schildfunktion als europäischer Pfeiler erhielt damit im atlantischen Bündnis ein militärisches Eigengewicht.[762]

Nach dem Scheitern der Bundeswehrplanungen und im Einvernehmen mit dem Bundeskabinett unterstützte Strauß den Vorschlag des niederländischen Verteidigungsministers, der die Atommächte aufgefordert hatte, die europäischen Streitkräfte mit nuklearfähigen Trägersystemen auszurüsten. Die Sprengköpfe sollten im Besitz der USA bleiben, die sie im Verteidigungsfall an SACEUR zur Verfügung stellen sollten. Die USA stimmten diesem Vorschlag zu und erklärten sich bereit, die notwendige Hilfe zur Verfügung zu stellen, die sowohl aus technischer Hilfe als auch aus Bereitstellung von Ausbildungshilfen bestand. Bei den deutschen Überlegungen der nuklearen Teilhabe spielten sowohl der politische Aspekt eine Rolle, wie

---

761 Ebenda, S. 2 f.

762 Schubert, Sicherheitspolitik Teil 2, S. 31. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 30 f.

auch der Wunsch nach der Beteiligung am nukleartechnischen Wissen. Nur so hoffte die Bundesrepublik an der nukleartechnischen Planung des Verteidigungsbündnisses und der USA ausreichend beteiligt zu werden.[763]

Der Bundeskanzler, der einen mangelnden Einfluss der Bundesrepublik in der NATO erkannt hatte, unterstützte die Absichten des Verteidigungsministeriums und folgerte daraus, dass die Bundesrepublik selbst taktische Atomwaffen besitzen müsse. In der Folge kam es zu geheimgehaltenen Verhandlungen einer deutsch- französischen Nuklearproduktion. Der Abschlussbericht formulierte als Ziel den Schutz vor atomaren, chemischen und biologischen Waffen. Der französische Generalstab überreichte im Oktober 1956 eine ,,Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des ABC-Waffen- Schutzes" an General Heusinger. Wegen der französischen Vorbehalte gegen eine deutsche Atommacht scheiterten diese Pläne mit dem Regierungsantritt von General Charles de Gaulle im Jahr 1958.[764]

3.3. Die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und die öffentliche Meinung

Innerhalb der Bundeswehr entstanden zwei Lager, die den Einsatz von Atomwaffen und die Ausrüstung der Bundeswehr damit sehr unterschiedlich einschätzten. General Heusinger gehörte zu der Gruppe, die Massenvernichtungswaffen kritisch gegenüberstand, obwohl auch er einsehen musste, dass die Schildstreitkräfte nur mit Atomwaffen in der Lage sein würden, ihren Auftrag zu erfüllen. Generalleutnant Röttiger als Leiter der Abteilung Heer vertrat eine ähnliche Meinung. Im Falle eines rein konventionellen Angriffs auf die Bundesrepublik beurteilte er den Einsatz von Nuklearwaffen als zweifelhaft.

Vor allem sah er eine ,,Atomdienstverweigerung" durch den Soldaten als durchaus möglich. Der Soldat stünde dann vor der Gewissensfrage, ob er einen derartigen Befehl zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen befolgen oder ob er ihn als ,,unsittlich" und nicht der Allgemeinheit dienend ablehnen sollte.[765] Die zweite Gruppe begrüßte die Ausrüstung der Heeresstreitkräfte mit nuklearen Waffensystemen als Schritt zur nuklearen Teilhabe. Sie akzeptierte die unter amerikanischem Einfluss entstandenen Kriegsführungsstrategien.

Verständlicher wird der deutsche Wunsch nach Nuklearwaffen, wenn man sich die Prestigegedanken des damaligen Atomministers Strauß vergegenwärtigt, mit denen dieser im September 1956 die CDU/CSU- Fraktion von der Richtigkeit der Aufrüstung der Bundeswehr

---

763 Theiler, Die Rezeption, S. 502. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 22 f. MGFA, Verteidigung, S. 84. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 20 f.

764 Theiler, Die Rezeption, S. 503.

765 Theiler, Die Rezeption, S. 504. Vgl. Schubert, Sicherheitspolitik Teil 1, S. 32. Vgl. Steinhoff, Strategiewechsel, S. 28.

mit Atomwaffen zu überzeugen versuchte: „Moderne Macht ist Militärmacht. Moderne Militärmacht ist Atommacht. Ohne Atomwaffen wird Deutschland nur die Bäcker- und Küchenjungen für die Streitkräfte der anderen Alliierten abstellen. Mit dieser Rolle wäre die Zukunft Deutschlands entschieden."[766]

Auch der deutsche Bundeskanzler war sehr darauf bedacht, dass die Bundesrepublik keinen minderen Status gegenüber Frankreich oder Großbritannien in Bezug auf die militärische Ausrüstung erhielt. Diese Gefahr bestand, weil im Frühjahr 1957 zwischen den USA und Großbritannien ein Vertrag über die Lieferung von US- Mittelstreckenraketen geschlossen wurde. Mit dem Verweis auf dieses Abkommen äußerte Adenauer ebenfalls den Wunsch nach Atomwaffenvereinbarungen mit den USA. Die Gefährlichkeit dieser Waffensysteme schätzte der Kanzler folgendermaßen ein: „Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie" [767] äußerte er im April 1957 auf einer Pressekonferenz.

Um umgehende Weisung bat der deutsche Botschafter in Washington,[768] nachdem die „New York Times" einen Artikel veröffentlichte, wonach das Bundesverteidigungsministerium den Aufstellungsplan der Bundeswehr geändert habe und nunmehr von einer Streitkräftezahl von 195 bis 200 000 Mann bis zum Ende des Jahres 1961 auszugehen sei. Eine weitere Meldung aus Bonn besage, dass die Stärke des Heeres von 400 000 auf 200 000 Mann reduziert worden sei und der Aufbau erst im Jahr 1961 und nicht 1959 abgeschlossen sein werde. Nach dieser Quelle beruhe die Änderung der Planung auf der neuen westlichen Strategie in dem Gebrauch taktischer Atomwaffen für die europäische Verteidigung.

Akribisch beobachtete die deutsche Botschaft in Washington die amerikanischen Stellungnahmen zum deutschen Streitkräfteaufbau. Im Juni 1957 berichtete der Botschafter an das Auswärtige Amt, die Amerikaner sprächen von Fortschritten in der Durchführung des deutschen Aufrüstungsprogramms.[769] Unterstaatssekretär Elbrick habe versichert, dass der deutsche Aufbau fortschreiten werde, die Deutschen hätten Pläne ausgearbeitet für die Organisation der

---

766 Matthias Küntzel, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Frankfurt/ New York 1991, S. 36. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 24.

767 Küntzel, Bonn und die Bombe, S. 36. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S. 20.

768 PAAA, Bestand B1, Band 57, Fernschreiben des deutschen Botschafters Dr. Krekeler in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 16. 4. 1957. Betr.: Bitte um Auskunft über die künftige Stärke des Heeres.

769 PAAA, Bestand B1, Band 57, Fernschreiben des deutschen Botschafters Dr. Krekeler in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 13. 6. 1957. Betr.: Befragung von Unterstaatssekretär Elbrick durch die Senatoren Fulbright und Smith. Der Text war einer achthundert Seiten langen, am 12. Juni erschienenen Veröffentlichung des Senats über die Hearings zum gegenseitigen Hilfsprogramm für das Haushaltsjahr 1958 enthalten. Dazu merkte Dr. Krekeler an, dass Elbrick daran gelegen gewesen sei, jedem Misstrauen des Senats in die Zuverlässigkeit des deutschen Verteidigungsbeitrages und dessen kontinuierlichen Aufbau entgegenzuwirken.

Divisionen, die für den Nordatlantikrat und die NATO- Planung erforderlich seien. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des US- Senats erwähnte Elbrick die in Westdeutschland bevorstehenden Wahlen und nannte sie Grund dafür, dass die deutsche Regierung über die Organisation und Zahl der Divisionen oder zur Rekrutierung der Soldaten keine genaueren Angaben machen könne.

Elbrick versicherte, dass im Falle eines Regierungswechsels nach den Bundestagswahlen die SPD ihre Haltung zum Aufbau der Bundeswehr einer Überprüfung unterziehen würde. Diesen Eindruck habe er nach seinem Gespräch mit dem Oppositionsführer Ollenhauer gewonnen, der sich der Verantwortung in der jetzigen Lage bewusst sei.[770] Solange es kein Abrüstungsabkommen mit den Sowjets gebe und keinen europäischen Sicherheitsvertrag, müssten die Deutschen ihre Zusagen erfüllen. Nach den Wahlen sei mit einer Beschleunigung des Aufbaus der Streitkräfte zu rechnen. Dann werde auch die amerikanische Regierung über das Auslandshilfsprogramm zu entscheiden haben, für den atomaren Einsatz geeignete Waffen an andere NATO- Staaten zu liefern.

Die zeitgerechte Aufstellung deutscher Streitkräfte war auch Thema zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem deutschen Botschafter.[771] In dem Gespräch erwähnte Wilson die Kritik in seinem Ministerium an dem langsamen Aufbau deutscher Truppen, er wisse aber von Verteidigungsminister Strauß, dass es länger dauere, um ,,gute Soldaten" zu rekrutieren. Trotz dieser Feststellung müsse er aber darauf hinweisen, dass er so schnell wie möglich die feste Bestellung für die angefragten Panzer benötige.

Die Firma Chrysler bereite die für 1. Januar anlaufende Produktion vor, die Firma müsse verbindlich wissen, ob die deutsche Bestellung in das Produktionsprogramm einfließe. Er, Wilson, verbürge sich dafür, dass die bestellten Panzer so schnell wie möglich ausgeliefert würden. Die amerikanische Öffentlichkeit und der Kongress müssten das Vertrauen behalten, dass die europäischen Verbündeten das Ihre für die europäische Verteidigung täten, nur so würde der Kongress die notwendigen Ausgaben für die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa bewilligen. Die Entscheidung sei seinerzeit nur mit einer Stimme Mehrheit zustande gekommen.[772]

In den USA erkannte die Regierung, dass eine Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen auf-

---

[770] PAAA, Bestand B1, Band 57, Fernschreiben der deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 12. 6. 1957, AP- Meldung v. 10. 6. 1957.

[771] PAAA, Bestand B1, Band 57, Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Krekeler in Washington an den Bundesminister des Auswärtigen von Brentano, v. 3. 7. 1957. Aus dem Bericht ist das Entgegenkommen und Verständnis der amerikanischen Regierung für die Schwierigkeiten der Deutschen bei der Aufstellung der Streitkräfte zu entnehmen. Dr. Krekeler meinte abschließend, die Haltung von Mr. Wilson sei ein weiterer Beweis für die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung alles zu tun, um die Bundesregierung in ihrer gegenwärtigen Lage zu unterstützen.

[772] Ebenda, S. 2.

grund des US- Atomenergiegesetzes nicht zu erreichen war. Außenminister Dulles stellte fest, dass Italien, Deutschland oder die Niederlande nicht daran gehindert werden könnten, an der Herstellung von Atomwaffen zu arbeiten, nachdem Großbritannien bereits im Besitz solcher Systeme sei und Frankreich daran arbeite. Deshalb unterstützte Präsident Eisenhower den Vorschlag von Dulles, in Westeuropa Waffenlager anzulegen, um den NATO- Partnern Zugang zu solchen Waffen zu ermöglichen und die nationale Entwicklung von Atomwaffen überflüssig zu machen.[773]

Im März 1958 stimmte der Deutsche Bundestag mit Mehrheit dafür, die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so auszurüsten, dass sie den übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO genügen können.[774] Obwohl auch innerhalb der NATO eher eine Abneigung gegenüber einer westdeutschen Beteiligung an der nuklearen Aufrüstung bestand- Norwegen wollte seine positive Haltung zur NATO überprüfen, falls die Bundesrepublik Zugriff auf Atomwaffen erhielt- versuchte Adenauer diesen Vorgang als NATO- Forderung darzustellen. Der sicherheitspolitische Experte der britischen Labour- Partei Dennis Healey wies darauf hin, Bonns Mitgliedschaft in der Allianz könne mehr Risiken als Sicherheit mit sich bringen. Der Bundestagsabgeordnete Fritz Erler von der SPD, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, erwähnte, dass es allein die Bundesregierung gewesen sei, die unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung auf eine Ausstattung mit Atomwaffen gedrängt habe.

Adenauer musste im Jahr 1958 erkennen, dass selbst in den USA die Begeisterung für den Bundestagsbeschluss nicht so groß war, wie Strauß es ihm versprochen hatte.[775] Auch in der amerikanischen Regierung war die Weitergabe von nuklearen Trägerwaffen und Atomgeheimnissen an die NATO- Verbündeten umstritten. Der Sputnik- Schock vom Oktober 1957 und die sowjetische nukleare Aufrüstung führten dazu, dass sich die Regierung für die Stärkung der Allianz entschied.[776] Die Minimierung der nuklearen Weiterverbreitung hatte deshalb zunächst zurückzustehen.

Verschiedene diplomatische Initiativen versuchten, einen deutschen Verzicht auf Atomwaffen zu erwirken. Darunter war die des polnischen Außenministers Rapacki die spektakulärste. Er setzte sich für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Diese sollte die Bundesrepublik, Deutsche Demokratische Republik, Polen und die Tschechoslowakei einschließen.[777]

---

773 Küntzel, Bonn und die Bombe, S. 37. Vgl. Theiler, Die Rezeption, S. 502.

774 Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag Kiesinger hatte veranlasst, den Begriff „Atomwaffen" durch „modernste Waffen" zu ersetzen (Spiegel v. 23. 4. 1958), zit. nach Küntzel, Bonn, S. 32.

775 Spiegel v. 23. 4. 1958, zit. nach Küntzel, Bonn, S. 32 f. Vgl. Bald, Die Atombewaffnung, S.135.

776 Schubert, Sicherheitspolitik Teil 2, S. 33.

777 Schildt, Aufbau der Bundeswehr, S. 19. Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 71.

Als Adenauer bemerkte, dass in den größeren Städten eine Versammlungswelle zugunsten des Rapacki- Plans anlief, fürchtete er, dass der polnische Vorschlag, der in seinen Augen eine Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik bedeutete, Anhänger gewinnen könnte.
In einem Schreiben seines Staatssekretärs[778] an Bundesminister von Brentano wies dieser darauf hin, dass durch diese Demonstrationen auch die Stimmung in den anderen NATO- Staaten beeinträchtigt werde. Deshalb bat Globke darum, in der nächsten Bundestagsverhandlung über die Stationierungskosten durch die Regierungsvertreter und die Vertreter der Koalitionsparteien ausführlich darzutun, dass eine atomwaffenfreie Zone, die die Bundesrepublik umschließen würde, ohne jede Gegenleistung der Russen die NATO sprengen würde. Der Rapacki- Plan sei daher für die Bundesrepublik nicht annehmbar.
Auch der britische Oppositionsführer Gaitskell und der frühere Chefplaner im State Department Kennan hatten Pläne vorgelegt, die eine militärische Ausdünnung Mitteleuropas vorsahen und auf eine Neutralisierung Deutschlands hinausliefen. Diese Ansichten waren aber auch in der amerikanischen Regierung sehr umstritten, und weil sie die Bundesrepublik strikt ablehnte, wurden sie auch nicht weiter verfolgt.
Laut Umfragen in der Bundesrepublik votierten im April 1957 nur 17 % der Bewohner für eine Atombewaffnung der Bundeswehr, 64 % lehnten sie ab.[779] In der deutschen Bevölkerung entwickelte sich in den folgenden Monaten eine breite Protestbewegung, führende Atomwissenschaftler votierten gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Sie forderten im ,,Göttinger Manifest" die Bundesregierung auf, freiwillig auf Atomwaffen zu verzichten, um so die Bundesrepublik zu schützen und den Weltfrieden zu erhalten.
In dieser Erklärung von achtzehn namhaften Wissenschaftlern, darunter vier Nobelpreisträger, reagierten sie auf Adenauers provozierende Bemerkung und wiesen auf die Gefährlichkeit und Vergleichbarkeit taktischer Atomwaffen mit Atombomben hin. Sie plädierten für einen politischen Verzicht der Bundesrepublik auf atomare Waffen und stellten klar, dass sie weder für die Herstellung noch für die Erprobung solcher Waffen zur Verfügung stünden.[780] Bundesverteidigungsminister Strauß erinnerte daran, dass der Appell der Wissenschaftler an die falsche Adresse gerichtet sei. Die Bundesregierung habe ausdrücklich auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und beabsichtige nicht, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten.

---

778 PAAA, Bestand B1, Band 58, Schreiben Staatssekretär Dr. Globke an Bundesminister Heinrich von Brentano, v. 5. 2. 1958.
779 Küntzel, Bonn und die Bombe, S. 33.
780 Konrad H. Jarausch, Abkehr vom Krieg, in: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945- 1995, München 2004, S. 57. Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 159. Vgl. Dieter Hoffmann, ,,Das Nein von Göttingen", in: Der Tagesspiegel, 12. 4. 2007, S. 33.

In der Wehrdebatte im März 1958 im Bundestag hatte der SPD- Vorsitzende Ollenhauer eine Initiative für eine Volksbefragung angekündigt, da die Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Massenvernichtungsmitteln den nationalen Notstand heraufbeschwöre. Die Bewegung ,,Kampf dem Atomtod" wurde von der SPD initiiert und von Gewerkschaften, Theologen, Professoren und Schriftstellern in ihrem Kampf gegen atomare Sprengkörper unterstützt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen sowie hessische Kommunen beschlossen Volksabstimmungen zur Atombewaffnung. Diese wurden auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht im Juli 1958 als verfassungswidrig ausgesetzt.[781]
Nachdem die Bewegung im April noch 150 000 Demonstranten in Hamburg auf die Straße brachte, brach sie Ende des Jahres bereits zusammen. Sie sei kommunistisch unterwandert und werde aus der Deutschen Demokratischen Republik publizistisch unterstützt, lauteten die Hauptvorwürfe der Gegner. In der Bundestagsdebatte im Juni warf Blank angesichts der Volksbefragungspläne der SPD den Unterstützern vor, es könne zur kommunistischen Machtergreifung kommen und krönte seinen Appell mit dem Ausruf ,, [...] der Mob ist los in Deutschland! [...]die KPD kommt aus ihren Löchern gekrochen".[782] Der eindeutige Wahlsieg der CDU in Nordrhein- Westfalen bei den Landtagswahlen im Juni führte zur Auflösung der Bewegung, nachdem sich die SPD aus der Gruppierung zurückgezogen hatte.

3.4. Zunehmender Einfluss der Bundesrepublik und die Skepsis der Briten

Eine optimistische Einschätzung zur atomaren Aufrüstung gab Brigadegeneral de Maizière auf einer Besprechung wider und äußerte, eine Macht in der Welt könne darstellen, wer atomar mächtig sei. Auf lange Sicht werde Europa mit seinen eigenen atomaren Mitteln hinter den Atommächten herhinken. Die innenpolitische Lage beschrieb er optimistisch, denn trotz der scharfen Auseinandersetzungen im Bundestag sei die Stimmung der Bevölkerung positiv zur Bundeswehr und zur Wehrpolitik der Bundesregierung. Weil diese Stimmung aber positiver werde, wachse auch die Gefahr, dass Soldaten und Offiziere zu selbstbewusst würden. Das müsse verhindert werden, der ,,Staatsbürger in Uniform" müsse die Ausgangsbasis für den Aufbau der Bundeswehr bleiben.[783]
Ungeachtet der Zerstrittenheit der Westmächte gegenüber einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik stellte de Maizière hinsichtlich der Beurteilung der strategischen Lage fest, dass dem Übergewicht der Sowjets an konventionellen Waffen die Überlegenheit des Westens

---

781 Lehmann, Deutschland- Chronik, S. 125 f.
782 Verhandlungen Deutscher Bundestag 13. 6. 1958, Bd. 41, S. 2058 ff., zit. nach Kleßmann, Zwei Staaten, S. 160 f.
783 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 1. 2. 1957, Brigadegeneral de Maizière beurteilt die militärische Lage.

an atomarer Abschreckung gegenüber stehe. Abrüstung habe nur Sinn, wenn dadurch eine Angleichung der konventionellen Waffen erreicht werde. Für die Bundesrepublik ergebe sich aus diesen Überlegungen, dass ihre Sicherheit ausschließlich bei den USA liege.[784] Der General beurteilte die sowjetischen Drohnoten dahingehend, dass ein Verzicht auf Atomwaffen so lange nicht in Frage komme, wie der Gegner atomar aufrüste. Der britische Vorschlag eines radikalen Abbaus der konventionellen Rüstung wirke wiederum hemmend auf den Versuch der atomaren Abrüstung. Richtig sei deshalb, an der Zielsetzung der Kontrolle von Atomwaffen und am Besitz von konventionellen Waffen festzuhalten.[785]

Das deutsche Verhalten müsse auf die politische Wirkung Rücksicht nehmen. Außenpolitisch würde die Basis der NATO und die deutsche Sicherheit geschwächt, wenn die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, oder gar die der auf westdeutschem Boden stationierten Verbände der Alliierten, abgelehnt würden. Innenpolitisch müsse klar sein, dass die Bundesrepublik keine Atomwaffen besitze, noch produziere, noch um deren Lieferung gebeten habe. „Wir wünschen in den Besitz von Raketen und sonstigen Atomträgern zu gelangen, wollen aber gleichzeitig, dass neben den USA und der Sowjetunion keine weiteren Atommächte entstehen und dass im westlichen Bereich die USA allein im Besitz von Atomköpfen bleiben."[786]

Die wachsende Anerkennung des westdeutschen NATO- Beitrags drückte sich auch in der Berufung von deutschen Generälen in leitende Positionen aus. Es sei ein hohes Politikum, dass die Besetzung von Stellen in NATO- Stäben Fortschritte mache. Obwohl noch keine deutschen Verbände einsatzbereit seien, sei die Berufung General Speidels als Oberbefehlshaber von Verbänden der Verbündeten in der Bundesrepublik ein persönlicher Erfolg des Generals. Kurze Zeit nach Speidels Dienstantritt hieß es, Speidel habe den Einfluss des Stabes vergrößert, er setze sich geschickt durch, und die Zusammenarbeit mit den Verbündeten sei sehr gut. Dies äußere sich auch darin, dass die Amerikaner sehr deutschfreundlich seien und die Zusammenarbeit stützten, weil sich die bei den Deutschen investierten Mittel auch im erwarteten Sinne bezahlt machten.[787]

In den regelmäßigen Berichten der deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt wurde ein amerikanischer Heeresgeneral mit den Worten zitiert:[788] „Wir haben die

---

784 BA- MA, BW 9/2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 1. 2. 1957, Brigadegeneral de Maizière beurteilt die militärische Lage.

785 BA- MA, BW 9/2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 30. 4. 1957, Brigadegeneral de Maizière beurteilt die Atomwaffendiskussion.

786 Ebenda.

787 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 1. 2. 1957, Brigadegeneral de Maizière zum deutschen Prestigegewinn in den NATO- Stäben.
BA- MA, BW 9/ 2527, Unterrichtung Oberst Butler, Fontainebleau 27. 3. 1958. Unterrichtung Oberstleutnant Lindner, 27. 3. 1958.

788 PAAA, Bestand B14- 301, Band 81, Mil Nr. 48, 301- 91- 36/ 58, Betr. Ansehen der deutschen Soldaten,

Leistungen der deutschen Soldaten und ihrer Führung immer hoch eingeschätzt und mancher habe im Krieg gesagt, wir müssten einmal Deutschland als militärischen Verbündeten haben. Jetzt endlich ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen." Der deutsche Berichterstatter drückte den Wunsch aus, dass sich diese Einschätzung eines großen Teils der US- Streitkräfte auf Dauer in den deutsch- amerikanischen Beziehungen auswirken müsste. Warnend wies er aber darauf hin, dass in der Überschätzung der deutschen Stärke eine Gefahr liege. Eine solche glaubte die DDR nun zu erkennen.

In dem Bemühen um die Gestaltung Mitteleuropas und um ein Auseinanderrücken der Machtblöcke hatte die DDR in mehreren Noten an die Bundesrepublik eine ,,Konföderation" beider deutscher Staaten auf der Basis der Gleichrangigkeit als ersten Schritt zu einer späteren Wiedervereinigung vorgeschlagen. Eingebunden in diese Aktivitäten wurde auch die EKD, in einem Brief des Ministerpräsidenten der DDR[789] an den Bevollmächtigten des Rates bei der Regierung der DDR, Propst Grüber, verwies dieser auf das Bemühen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Die Sowjetunion unterstützte dieses Vorhaben, die Bundesrepublik lehnte es auf Anraten der Westmächte ab, weil es als Versuch gewertet wurde, sie aus dem westlichen Bündnis herauszulösen. Diese Situation führte am 10. November 1958 zu Chruschtschows Drohung, den Viermächtestatus einseitig aufzukündigen und die Transitverkehrsrechte nach Berlin auf die DDR zu übertragen.[790]

Dabei ging es der Sowjetunion auch um die Anerkennung der DDR, sie nutzte Berlin als neuralgische Schwachstelle des Westens und improvisierte [791] den Vorstoß gegen die Westmächte. Deren Haltung zur Wiedervereinigung war zu diesem Zeitpunkt unentschlossen, zumal sich zunehmend die Ansicht durchgesetzt hatte, dass es viel leichter sei, ,,zwei bereits bestehende deutsche Staaten zu handhaben als einen einzigen".[792] Der britische Premierminister Macmillan hielt die westlichen Beteuerungen zur deutschen Einheit für unglaubwürdig[793]

Freiherr von Schleinitz, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington berichtete dem Auswärtigen Amt in Bonn am 23. Juni 1958.

789 GStA PK, VI. HA, Nachlass Grüber, Brief des Ministerpräsidenten Grotewohl an Propst Grüber v. 10. 12. 1957. Darin machte Grotewohl den Vorschlag, die Abrüstung dadurch zu sichern, dass beide deutsche Staaten aus der Atomaufrüstung ausgeklammert würden.

790 Müller, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Berlin- Ultimatum, S. 361. Im Dezember 1958 lehnten die Teilnehmer der NATO- Ratstagung die sowjetische Forderung ab. Das bis zum 27. Mai 1959 befristete Ultimatum wurde für Verhandlungen der vier Außenminister verlängert.

791 Victor Mauer, Macmillan und die Berlin- Krise 1958/ 59, in: Karl Dietrich Bracher/ Hans- Peter Schwarz/ Horst Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2 (1996), München 1996, S. 231.
Neues Archivmaterial zeigt, dass der Vorstoß improvisiert war und monatelangen Beratungen der Warschauer Pakt Staaten entsprang, vor dem Hintergrund der Flucht von Hunderttausenden aus dem Machtbereich der SED in die Bundesrepublik, zit. nach Mauer, Macmillan, S. 231.

792 Zit. nach Mauer, S. 232. Vgl. Hans Buchheim, Deutschlandpolitik 1949- 1972. Der politisch- diplomatische Prozess, Stuttgart 1984, S. 88 f. Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955- 1982, Baden- Baden 1986, S. 65. Wolfram F. Hanrieder, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1989, Paderborn 1991, S. 193, 209 f.

und unterstellte den politischen Partnern nur geringes Interesse an einem wiedervereinigten Deutschland. Daran änderte auch die Anerkennung der Leistungen für den Aufbau der westlichen Streitkräfte durch die Bundesrepublik nichts.

Macmillan hegte Misstrauen und Abneigung gegen die Deutschen, die gestern noch Verlierer waren. Die Briten hatten nicht die Absicht, die eigene Position in Berlin aufzugeben und die westliche Entschlossenheit und die Vier- Mächte- Verantwortung für Gesamtdeutschland in Frage zu stellen. Um eine deutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu verhindern[794] stand andererseits fest, dass der Westen auf das Wohlwollen der deutschen Regierung angewiesen war. Wie konnten die westlichen Regierungen auf die sich anbahnende Krise reagieren?

In Bezug auf die Zugangswege nach Berlin stellte sich für die Westmächte die Frage, eine nukleare Auseinandersetzung zu riskieren, nur weil ein deutscher Offizier einen sowjetischen ersetzt hatte. Deshalb suchte man in London nach Alternativen zur bisher verfolgten Politik des Junktims zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Frage. Der deutsche NATO-Gesandte in Paris, Blankenhorn, wurde von anderen NATO- Partnern gefragt, wie es es zu verstehen sei, dass die Bundesregierung einerseits von den NATO- Mitgliedern eine Ablehnung der DDR- Regierung verlange, andererseits Beziehungen zu ihr unterhalte.

Der britische Außenminister Lloyd forderte seine Kollegen und NATO- Partner auf, die bisherige Deutschlandpolitik grundsätzlich zu überdenken und sagte, ,,er habe nichts dagegen, wenn das Ganze mit der Anerkennung der Regierung der DDR ende".[795] Bonn sollte über den Wortlaut des Telegramms nicht informiert werden, in London rechnete man mit der Zustimmung der Amerikaner und Franzosen. Die britischen Vorschläge wurden aber abgelehnt, und der britische Botschafter Steel informierte nun Außenminister von Brentano in Bonn nachträglich, um amerikanischen und französischen Indiskretionen zuvorzukommen. Steel warnte vor einer Anerkennung der DDR, ,, um nicht in einen Streit mit unseren Alliierten und der gesamten NATO hineingezogen zu werden ". Die Westalliierten wiesen die sowjetische

---

793 Macmillans Mißtrauen und Abneigung gegenüber den Deutschen, die heute schon wieder reich und selbstsüchtig waren, mit einem alten Mann als Kanzler, der zwischen Argwohn und Sentimentalität schwankte, saßen tief, in: Alistair Horne, Macmillan 1957- 1986. Volume II of the Official Biography, London 1989, zit. nach Mauer, Macmillan, S. 232.

794 Zwischen September und Dezember 1955 war im Auswärtigen Amt die ,, Hallstein- Doktrin " ausgearbeitet worden. Die auf den Außenminister Brentano zurückgehende Formulierung besagte, dass die Bundesrepublik die Anerkennung der DDR als einen unfreundlichen Akt betrachte und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen quittieren würde. Hallstein war Staatssekretär im Außenministerium. Anlaß zu dieser Drohung war das Vorhaben Ägyptens und Finnlands gewesen, in Ostberlin eine Handelsvertretung mit konsularischen Rechten zu eröffnen. Zit. nach: Martin H. Geyer, Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch- deutsche Sportbeziehungen und die ,,Hallstein- Doktrin", in: Karl Dietrich Bracher/ Hans-Peter Schwarz/ Horst Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1 (1996), München 1996, S. 66.

795 Foreign Office an Washington, 15.11. 1958, in: PRO, FO 371/ 137334 (WG 10113/ 64), zit. nach Mauer, Macmillan, S. 235.

Note zurück, eine einheitliche Strategie auf die sowjetische Herausforderung hatten sie aber nicht gefunden.

Solche diplomatischen Auseinandersetzungen hatten Auswirkungen auf die Zusammenarbeit des deutschen Stabes auf militärischer Ebene. Bereits im Jahr zuvor hatte sich de Maizière gegen den Vorwurf verwahrt, in der jetzigen Situation, in der die deutsche Sicherheit vom internationalen Rahmen abhängig war, stärker zwischen politischer und militärischer Führung zu trennen. Es sei nicht möglich, militärische Idealforderungen ohne Rücksicht auf die Politik militärisch durchzusetzen. Daher müsse die militärische Führungsarbeit immer in engem Zusammenhang mit der politischen gesehen werden. Selbstverständlich sei es aber auch die Pflicht des Soldaten, militärische Konsequenzen politischer Entscheidungen eindeutig aufzuzeigen.[796]

Im Rahmen der Zusammenarbeit des NATO- Stabes in Fontainebleau wurden die Amerikaner als sehr deutschfreundlich eingestuft, für sie sei die Zusammenarbeit die einzige tragbare Basis. Im Gegensatz dazu berichtet ein Dokument [797] von insular denkenden Engländern, die arrogant wirkten und am wenigsten integriert fühlten und handelten. Bei den Engländern fiel immer wieder auf, wie sehr sie von London ferngesteuert würden, man könne geradezu von einer ständigen ,,insularen Bremse" sprechen. In der sachlichen Arbeit wirke sich negativ aus, dass den Angelsachsen die abendländischen logischen Denkkategorien, wie ,,Lage- Urteil- Schluss" fehlten und sie vom Schluss ausgingen. Zur Lagebeurteilung könnten sie nur wenig beitragen, über die sowjetische Denkweise sei ihnen nur sehr wenig bekannt. Solche Stellungnahmen blieben im Ausland nicht unkommentiert, deshalb bestand eine wichtige Aufgabe des Auswärtigen Amts darin, in den NATO- Ländern oder in den Staaten, die unter der deutschen Besatzungsherrschaft besonders gelitten hatten, Verständnis für die deutsche Verteidigungspolitik zu erzeugen.

3.5. Beurteilung des deutschen Wehrbeitrags durch das Ausland

Die zunehmende Besetzung von Führungsstellen in den NATO- Stäben durch deutsche Offiziere wurde von den Nachbarstaaten zunächst kritisch begleitet. Der deutsche Botschafter in Kopenhagen berichtete im Januar 1956[798], die dänische Presse beobachte die einzelnen Entwicklungsstufen der deutschen Wiederaufrüstung mit besonders kritischer Aufmerksamkeit. Die unabhängige Zeitung ,,Information" vom 19. Januar hatte in einem Leitartikel darauf

---

796 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 30. 4. 1957, Brigadegeneral de Maizière beurteilt die Trennung von politischer und militärischer Ebene.

797 BA- MA, BW 9/ 2527, Fontainebleau 27. 3. 1958. Unterrichtung Oberstleutnant Lindner.

798 PAAA, Bestand B14- 301, Band 18, Bericht der deutschen Botschaft in Kopenhagen über dänische Pressemeldungen über das Bundesverteidigungsministerium an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 25. 1. 1956.

hingewiesen, dass die Vorstellungen des deutschen Bundesverteidigungsministeriums bezüglich der ,,notwendigen Zusammenarbeit" mit der dänischen und norwegischen Flotte überdacht werden müssten. In Dänemark sei dies zur Zeit schwer vorstellbar.
Die Zeitung stellte fest, dass der deutsche Bundestag die ermutigende Instanz in der deutschen Aufrüstung sei, denn der Personalausschuss sei gegenüber unglücklichen Ernennungen auf der Wacht gewesen. Es erhebe sich die Frage, ob der Bundeskanzler wirklich ein so unentbehrlicher Garant gegen einen neuen deutschen Militarismus sei. Es mache einen peinlichen Eindruck, dass er belastete Personen wie Oberländer[799] in seiner Regierung behalte. Man müsse sich fragen, ob es nicht besser sei, wenn die deutsche Aufrüstung unter einem anderen Kanzler als Dr. Adenauer durchgeführt werde, einem Mann, der dem Parlament näher stünde und in der Lage wäre, die Zusammenarbeit im Bundestag zwischen den beiden größten Parteien auszubauen.
Solche Einwendungen konnten den weiteren Aufbau der Bundeswehr nicht aufhalten, die deutsche Botschaft in Washigton brachte Ausschnitte eines Interviews von Verteidigungsminister Strauß mit dem ,,Life- Magazin," [800] in dem er den deutschen Soldaten riet, als Bürger in Uniform keine Minderwertigkeitsgefühle zu zeigen. Die Unterbrechung von elf Jahren Wehrdienst in Deutschland habe zwar viele Nachteile, aber auch einen Vorteil: fast alle ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere, die sich wieder zum Dienst gemeldet hätten, mussten eine Zeit der Bewährung im zivilen Dienst durchmachen und ,,so wurde auch ihr ganzer Gesichtskreis erweitert".
Bei Strauss' Besuch im folgenden Jahr in den USA schrieb der ehemalige Korrespondent der amerkanischen Fernsehgesellschaft CBS einen betont wohlwollenden Artikel mit dem Titel ,,The New Leader" über den deutschen Verteidigungsminister. Der deutsche Botschafter berichtete,[801] der Artikel würdige die Verdienste des Ministers um den Aufbau der Bundeswehr und stelle fest, dass sein Ansehen ständig zunehme und dass er, wie schon in der Überschrift erwähnt, eines Tages Kanzler Adenauer nachfolgen könnte. Der Autor führte aus, die Gegner des Verteidigungsministers würden ihm zwar alles mögliche vorwerfen, sie seien aber noch immer den Beweis für ihre Behauptungen schuldig geblieben. Strauss habe bisher seine Kraft in den Dienst einer guten Sache gestellt.

---

799 Theodor Oberländer war von 1953 bis 1960 Minister für Vertriebene. Ihm wurde vorgeworfen, als Kommandeur des Bataillons 'Nachtigall' 1941 in Lemberg für Massenhinrichtungen verantwortlich gewesen zu sein. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde eingestellt, zit. nach Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S.253.

800 PAAA, Bestand B 14- 301, Band 15, Schreiben der deutschen Botschaft in Washigton v. 16. 7. 1957, Interview des Bundesverteidigungsministers Strauß mit dem ,,Life- Magazin" am 10. 7. 1957.

801 PAAA, Bestand B 14- 301, Band 81, Bericht des deutschen Botschafters Grewe in Washigton an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 28. 9. 1958. Artikel des ehemaligen CBS- Korrespondenten Richard C. Hottelet.

Begleitete die amerikanische Presse den weiteren deutschen Streitkräfteaufbau vorwiegend positiv, so sah sich das Auswärtige Amt änlässlich der Ernennung General Speidels zum Befehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa veranlasst, gegen eine ,,Kampagne der kommunistischen Parteien in Westeuropa" und ihr nahestehender Organisationen Stellung zu nehmen.[802] Die kommunistische Presse hatte die Ernennung Speidels unter Hinweis auf seine Tätigkeit im deutschen Generalstab vor 1945 heftig angegriffen.

Diesen offenbar gesteuerten persönlichen Angriffen der kommunistischen Presse stellte das Auswärtige Amt andere Pressestimmen sowie Äußerungen bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens entgegen und zitierte den ehemaligen französischen Oberbefehlshaber in Österreich, Bethouart, im ,,Figaro" vom 4. Februar 1957: ,,Dieses (die Ernennung Speidels) bedeutet einen Sieg für Millionen von Menschen, die seit 43 Jahren gefallen sind. Dies ist ein Sieg aller Menschen guten Willens der beiden Nationen und seit langer Zeit ein gemeinsamer fanzösisch- deutscher Sieg. Wir heißen Speidel ohne alle Komplexe willkommen."

In einem offenenen Brief gleichen Datums wies ,,Le Monde" die kommunistischen Diffamierungsversuche scharf zurück und stellte fest, dass die Majorität der Franzosen in der Ernennung Speidels einen weiteren Schritt zur Schaffung Europas unter dem Einfluss Deutschlands sehe.[803] Im Rat der Französischen Republik am 19. Februar verteidigten Verteidigungsminister Bourgès Maunoury und andere Mitglieder des ,,europäischen Lagers" die Ernennung General Speidels gegen die Proteste rechts- und linksextremer Ratsmitglieder. Mit 167 zu 82 Stimmen beschloss der Senat, nicht über die Resolution abzustimmen, in der die Berufung Speidels verurteilt werden sollte.

Auch in der Debatte vom 12. März im britschen Unterhaus verteidigte der Staatssekretär im Kriegsministerium Speidel und wies die gegen ihn von Labour- Abgeordneten erhobenen Beschuldigungen als unbegründet zurück. In weiteren vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Pressestimmen anlässlich des Besuchs Speidels in Oslo und Kopenhagen[804] äußerte die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangene Zeitung ,,Information", dass die Rettung der französichen Hauptstadt im Jahr 1944 einzig und allein General Speidel zu verdanken gewesen sei, der sich dem Befehl Hitlers widersetzt habe, in Ungnade gefallen und von der Gestapo verhaftet worden sei. Zufrieden vermerkte das Auswärtige Amt, dieser stark beachtete Artikel sei von einer Reihe von Zeitungen ohne Kommentar übernommen worden.

Während das dänische KP- Organ ,,Land og Folk" Speidel feindlich gegenüber stand, setzte

---

802 PAAA, Bestand B1, Band 58, Vermerk des Auswärtigen Amtes zu der Diskussion über General Speidel v. 7. 11. 1957, S. 1-3.

803 Ebenda, S. 1.

804 PAAA, Bestand B1, Band 58, Vermerk des Auswärtigen Amtes zu der Diskussion über General Speidel v. 7. 11. 1957, S. 2.

sich das Regierungsorgan ,,Social- Demokraten" ausführlich in einem Leitartikel mit den Anwürfen auseinander und verwies darauf, Speidel sei nie Nationalsozialist gewesen und habe sich am Anschlag gegen Hitler beteiligt.[805] Keine deutsche demokratische Partei habe auch nur die Andeutung eines Einspruchs gegen seine Ernennung erhoben. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass Speidel als NATO- Offizier Dänemark besuche und mit militärischen Stellen Fühlung aufnehme.

Die ,,bitteren Jahre" seien keineswegs vergessen, doch dürften das künftige Zusammenleben der Völker und die für die Sicherheit Dänemarks notwendige atlantische Verteidigungszusammenarbeit nicht von Gefühlen einer dunklen Vergangenheit diktiert werden. Auch der norwegische Gewerkschaftsverband sprach sich gegen Proteststreiks aus und schrieb im ,,Arbeiderbladet", dem Regierungsorgan: ,,Wenn wir schon einen Deutschen haben müssen, dann wäre ein besserer als Speidel schwer zu finden gewesen."[806]

Um den deutschen Geschäftsträgern Argumente für die deutsche Verteidigungspolitik an die Hand zu geben, erarbeiteten die Referate des Auswärtigen Amts ,,Instruktionserlasse für die künftigen Botschafter" in ihren Ländern. In einem Beitrag äußerte sich Graf Baudissin zu den einmaligen Schwierigkeiten der deutschen Wiederaufrüstung.[807] Dazu zählte er die vollständige Zerschlagung der Wehrmachtsorganisation und ihrer Tradition, die totale Abrüstung, ,,reeducation" der deutschen Jugend gegen den Wehrgedanken, die Diffamierung des Soldatenberufes durch schmähliche Hinrichtung deutscher Generäle, den Start der Wiederaufrüstung vom absoluten Nullpunkt aus und die Neuausarbeitung der gesamten Wehrgesetzgebung gegen den Widerstand einer starken erbitterten Opposition im Schatten von Neuwahlen.

Als Irritationspunkt führte der Graf das alljährlich auftauchende Verlangen der Stationierungmächte an die Bundesrepublik nach einem Beitrag zu den Kosten ihrer hier stationierten Truppen an. Wenn auch die Forderung von amerikanischer Seite nicht mit gleicher Heftigkeit und Bitterkeit vorgetragen würde wie von Großbritannien, verdiene auch die amerikanische Polemik dazu sorgfältige Betrachtung. Erscheinungen des deutschen Wirtschaftswunders würden in statistisch verzerrten Fassungen gegen die Haltung der Bundesregierung verwendet. Dies müsse deutscherseits mit Unterlagen belegt werden, um die amerikanische Argumentation zu widerlegen.

Galt es einerseits unterschiedliche Auffassungen zum deutschen Wehrbeitrag auszuräumen,

---

805 Ebenda, S. 3.

806 Ebenda.

807 PAAA, Bestand B14- 301, Band 206, Instruktionen über die Verteidigungspolitik für die deutschen Geschäftsträger, v. 28. 1. 1958, Beitrag des Referats 211.

überlegte sich der Gesandte an der deutschen Botschaft in Paris andererseits, wie das Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik weiter zu verbessern sei.[808] In seinem Bericht hielt er fest, das deutsch- französische Verhältnis habe einen so günstigen Stand erreicht, wie kaum je zuvor. Die Bereitschaft der französischen Seite mit Deutschland gemeinsame Politik zu machen sei offensichtlich, doch tauchten in Frankreich immer wieder Zweifel daran auf, ob die Deutschen ernstlich in eine Zusammenarbeit einsteigen würden.
Die Entscheidung für einen Ankauf von 100- 150 Abfangjägern des französischen Typs Mirage III,[809] wäre ein besonders schlagender Beweis dafür, dass die Deutschen die Zusammenarbeit ernsthaft wollten. Für diese Entscheidung ließen sich gewichtige technische und auch wirtschaftliche Gründe anführen. Genauso wichtig, wenn nicht von noch einschneidenderer Bedeutung, seien die politischen Gründe, die dafür sprächen. Der Ankauf würde in Frankreich gewaltigen Eindruck machen und der Tendenz der zur Zeit führenden politischen Kreise, gemeinsame Politik mit der Bundesrepublik zu machen und die weitere militärpolitische Zusammenarbeit zu fördern, weiteren Auftrieb geben.[810]
Jansen warnte die militärischen Stellen im Bundesverteidigungsministerium davor, sich allein von dem Gedanken leiten zu lassen, das Letzte und Modernste zu kaufen. Er wisse, Verteidigungsminister Strauß sei politischen Gesichtspunkten gegenüber aufgeschlossen und habe im Hinblick auf eine europäische Entwicklung den französischen Flugzeugtyp favorisiert.
Der Gesandte wies abschließend noch einmal auf die politischen Gesichtspunkte beim Kauf der Flugzeuge hin und ermahnte das Auswärtige Amt, bei der Entscheidung die vorgebrachten Gründe zu berücksichtigen.[811]
Das Auswärtige Amt bemühte sich nicht nur in den NATO- Staaten durch entsprechende Informationen mehr Verständnis für die deutsche Verteidigungspolitik aufzubringen. Auch im neutralen Schweden wies das Referat 301, zuständig für die NATO- Belange, seinen neuen Botschafter in Stockholm an, den folgenden Fragen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Gefragt wurde nach der Einstellung von Regierung, Militär und Bevölkerung zur Frage einer

---

808 PAAA, Bestand B1, Band 58, Schreiben des Gesandten Dr. Jansen an der Botschaft der Bundesrepublik in Paris an den Bundesminister des Auswärtigen Dr. v. Brentano, v. 14. 2. 1958, S. 1-2.

809 Bei dem Ankauf von Kampfflugzeugen boten sich noch amerikanische und britische Typen an. Brisanz erhielt das Projekt dadurch, dass es darum ging, einen europäischen Flugzeugtyp zu entwickeln, was mit der Entscheidung für Frankreich eine europäische Zusammenarbeit offen lassen würde.

810 PAAA, Bestand B1, Band 58, Schreiben des Gesandten Dr. Jansen an der Botschaft der Bundesrepublik in Paris an den Bundesminister des Auswärtigen Dr. v. Brentano, v. 14. 2. 1958, S. 2.

811 PAAA, Bestand B1, Band 58, Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. von Brentano, an den Gesandten Dr. Jansen an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, v. 24. 2. 1958. In seiner Antwort teilte von Brentano mit, dass die Entscheidung zum Kauf der Flugzeuge von technischen Erwägungen bestimmt sei. Das Bemühen, die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu pflegen und auszubauen, dürfe nicht dazu führen, einem minder geeigneten Instrument der Verteidigung den Vorzug zu geben.

atomaren Ausrüstung der schwedischen Streitkräfte. Dieselben Fragen wurden zur beabsichtigten Aufrüstung der Bundeswehr mit taktischen Trägerraketen für in amerikanischem Gewahrsam gehaltene atomare Sprengköpfe gestellt.[812] Auf diese Weise sollte festgestellt werden, inwieweit die sowjetische Bedrohung die schwedische Bevölkerung zu Gegenmaßnahmen veranlassen könnte.

Die deutsche Einschätzung zu der russischen Bedrohung und die darauf zu erwartenden Maßnahmen hatte General de Maizière folgendermaßen beschrieben:[813] ausgehend von den zwei radikalsten Vorschlägen, plädierten die Briten dafür, die konventionelle Rüstung stark abzubauen zu Gunsten der nuklearen Rüstung. Dieser Vorschlag sei aber hemmend, um die atomare Abrüstung voranzubringen. Die andere Auffassung, auf die Atomrüstung völlig zu verzichten, werde von der deutschen Opposition im Bundestag vertreten. Dies habe den Nachteil, dass ein größeres Maß an konventionellen Waffen notwendig sei und könne erst dann durchgeführt werden, wenn auch der Gegner auf Atomwaffen verzichte.

De Maizière betonte, aus seiner Sicht seien beide Wege nicht gangbar. Richtig sei es vielmehr, gleichzeitig an der Zielsetzung der Kontrolle von Atomwaffen und am Besitz von konventionellen Waffen festzuhalten. Die Atomrüstung sei nur in einer großen Gemeinschaft möglich, dabei müsse das deutsche Verhalten auf die politische Wirkung Rücksicht nehmen. Für die Erarbeitung des deutschen Standpunktes sei politisch das Auswärtige Amt und militärisch das Bundesverteidigungsministerium zuständig.[814]

Bei der Beurteilung der deutschen Wiederaufrüstung durch das Ausland spielten Äußerungen des Parlaments eine große Rolle. Nach Abschluss der ersten Aufstellungsphase veröffentlichte das Auswärtige Amt eine Entschließung des Deutschen Bundestages.[815] Darin wurde die Bundesregierung ersucht, getreu ihrer grundsätzlichen Auffassung, bei allen internationalen Konferenzen und Verhandlungen für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl atomarer als auch konventioneller Waffen einzutreten. Sie sollte die Bereitschaft bekräftigen, dass die Bundesrepublik jedes derartige Abrüstungsabkommen annehmen werde, um dadurch zur Entspannung und zur Lösung der internationalen Probleme, einschließlich der deutschen Frage, beizutragen.

Da auf der Tagung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder im November 1957 in Moskau die weltrevolutionären Ziele weiter verfolgt und bekräftigt worden seien, be-

---

812 PAAA, Bestand B 14- 301, Band 206, Instruktionen des Auswärtigen Amts für den neuen Botschafter in Stockholm, v. 2. 7. 1958.

813 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 30. 4. 1957, Brigadegeneral de Maizière nimmt Stellung zur atomaren Rüstung.

814 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 3. 7. 1957, Brigadegeneral de Maizière zu Problemen der Abrüstung.

815 PAAA, Bestand B1, Band 58, Entschließung des Deutschen Bundestages vom 25. März 1958.

dinge dies für Frieden und Freiheit gemeinsame Verteidigungsanstrengungen der freien Welt. Die Bundeswehr solle der Erhaltung des Friedens und der Verteidigung dienen, deshalb sei die Bundesregierung aufgefordert, bis zu einem Abrüstungsabkommen den Aufbau der Landesverteidigung im Rahmen der NATO fortzustzen. Angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssten die Streitkräfte der Bundeswehr mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, dass sie den übernommenen Verpflichtungen der NATO nachkommen könnten. Das ganze deutsche Volk in Ost und West erwarte, dass auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung näher gebracht werde. Der Bundestag forderte die Bundesregierung auf, sich dafür mit ganzer Kraft einzusetzen.
Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung müssten freie Wahlen sein. Der Bundestag lehnte den Abschluss eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten genauso ab wie Verhandlungen mit den Vertretern des Zonenregimes oder den Abschluss einer Konföderation mit diesem Regime. Als dringlichste Aufgabe der deutschen Politik sah der Bundestag die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung an.
Mit der Entscheidung, die deutschen Streitkräfte nuklear aufzurüsten, griff nun auch die EKD in die Atomwaffendiskussion ein. In der Zeitgeschichtsforschung, besonders dort, wo sich diese auf die Sicherheitspolitik erstreckt, findet die kirchliche Diskussion kaum eine ausführliche nennenswerte Erwähnung. Das ist insofern erstaunlich, weil die Aussprachen nicht nur auf den kirchlichen Raum beschränkt blieben, sondern auch in der Öffentlichkeit stattfanden und versuchten, zum Meinungsbildungsprozess beizutragen.[816]

4. Die EKD duldet die Atombewaffnung und leistet Militärseelsorge

4.1. Die EKD und die Atomwaffenfrage

Seit der Entscheidung zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen häuften sich die Anfragen verunsicherter Gemeindeglieder zur Verwendung nuklearer Vernichtungswaffen [817].
Die Beantwortung dieser Frage sei der EKD bisher nicht in wünschenswerter Ausführung gelungen, ein längeres Schweigen sei aber nicht vertretbar, stellte der Bremer Kirchenausschuss fest. Als Stellungnahme wurde die Entschließung des Westfälischen Pfarrertages empfohlen, [818] die sich auf eine Erklärung der Dekane der theologischen Fakultäten und der Bischöfe der

---

[816] Vgl. Walther, Atomwaffen und Ethik, Dokumente 4.6. und 4.7. Heinemann und Gerstenmaier, Reden im Deutschen Bundestag am 25. 3. 1958, S. 125- 130.

[817] LKAHB, Akte N 211, fol. 322, Protokoll der 118. Sitzung des Bremer Kirchenausschusses der Bekennenden Kirche v. 23. 5. 1957.

[818] LKAHB, Akte N 211, fol. 326, Wort des Westfälischen Pfarrertages in Dortmund am 30. 4. 1957 zur Frage atomarer Waffen. Auch Bischof Dibelius als Ratsvorsitzender hatte die Erklärung der Bischöfe unter-

Landeskirchen Mittel- und Ostdeutschlands bezog. Darin wurde vor einer Ausrüstung von Streitkräften mit atomaren Waffen gewarnt und alle Massenvernichtungswaffen verworfen. Vorsichtshalber wies der Kirchenausschuss darauf hin, dass die Erklärung nicht innerhalb der parteipolitischen Auseinandersetzungen in Anspruch genommen werden dürfe.
Die EKD vermied es auch weiterhin, die Wiederbewaffnung trotz atomarer Aufrüstung zu verurteilen. An die Leitungen der evangelischen Landeskirchen und an die Mitglieder des Ausschusses für Fragen der Kriegsdienstverweigerung versandte sie zwei katholische Stellungnahmen als Argumentationshilfe, in denen darauf hingewiesen wurde, dass die beschlossene Wiederbewaffnung der Bundesrepublik das Gewissen eines Christen nicht entbinde, ob es Recht und Pflicht sei, Wehrdienst zu fordern und zu leisten. Für den Katholiken sei die Pflicht zum Wehrdienst in Kriegszeiten kein Problem, wenn es sich um eine sinnvolle Verteidigung seines Vaterlandes in einem gerechten Krieg handele.[819]
Dies sei die entscheidende Frage, von der viele Gewissen bedrängt würden, könne ein Krieg, der mit nuklearen Waffen geführt werde, noch gerecht sein? Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges im Falle eines Angriffs habe Marschall Montgomery im Oktober 1954 für sehr hoch gehalten, der Einsatz dieser Waffen würde für Mitteleuropa eine unvorstellbare Katastrophe bedeuten, ganz besonders für Deutschland.[820] Aus einem Vortrag des Generals Gruenther in Washington war bekannt,[821] dass ganz Deutschland vom ersten Augenblick an in einen Kriegsschauplatz verwandelt würde. In dem Luftmanöver ,,Carte blanche" war der Kriegsfall nachgestellt, im ersten Einsatz der Atomflugzeuge würde der ,,Kampf um die Vernichtung von rund sechzig operativ wichtigen Zielen auf dem Boden des geteilten Deutschlands" ausgetragen werden.[822]
In dem an die Leitungen der Landeskirchen übersandten Papier folgten naturwissenschaftliche Beurteilungen des Atomkrieges und die daraus gezogenenen Folgerungen eines Politikers, die zuvor in der ,,Review of Politics" publiziert worden waren.[823] Der Verfasser kam zu der folgenden Schlussfolgerung:

---

schrieben.

819 EZAB, Bestand 4/ 493, Katholische Stellungnahmen an die Leitungen der deutschen evangelischen Landeskirchen und an die Mitglieder des Ausschusses für Fragen der Kriegsdienstverweigerung- ,,Rüstung und Gewissen im Atomzeitalter" und ,,Die Wehrdienstpflicht im Atomzeitalter", Abschriften der Herderkorrespondenz 1955, Heft 11, S. 509 ff. und Heft 12, S. 560 ff. Absender dieser Materialien war die Kirchenkanzlei der EKD in Hannover am 14. 10. 1955, S. 1- 16.

820 Vgl. Kapitel ,,Einbindung des Amtes Blank".

821 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 6. 1955, Bericht von Adelbert Weinstein, Vortrag von General Gruenther in Washington.

822 EZAB, Bestand 4/ 493, Katholische Stellungnahmen, S. 2.

823 Die Zeitschrift wurde von der katholischen Notre- Dame- Universität von Indiana herausgegeben, der Autor schrieb unter dem Pseudonym ,,Ferreus", zit. nach Katholische Stellungnahmen, S. 7.

,,[...], dass ich nur Verachtung für diejenigen hege, die vor dem Kommunismus kapitulieren wollen, um den Atomkrieg zu vermeiden und so das physische Überleben zugleich mit der Versklavung der allermeisten Menschen herbeizuführen. Wenn das der Geist der freien Welt wäre, dann würde unsere Zivilisation schon untergegangen sein [...] Aber es lohnt sich kaum, zu überleben, um der Segnungen einer Sklavenexistenz teilhaftig zu werden, und es würde unerträglich sein, das Überleben zu erkaufen um den Preis des Verrates an Würde und Gewissen."[824]

In der Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst in einer deutschen Armee gäbe es offensichtlich die Wahl zwischen den Risiken der Gefahr einer Atomverwüstung oder der, eine gesellschaftliche Ordnung untergehen zu lassen.

In dem zweiten Beitrag ,,Die Wehrdienstpflicht im Atomzeitalter" wurde der Bonner Moraltheologe Schöllgen zitiert, der darauf hingewiesen hatte, seit 1945 seien keine Kriege mehr geführt worden.[825] Der Koreakrieg sei eine internationale Polizeiaktion gewesen und nach einhelliger Tradition der Kirche sei die Obrigkeit verpflichtet, das Schwert gegen den, der das Böse tue (Römer 13,4), zu führen. Schöllgen lobte die Autorität der UNO, die im Fall Korea die Wirksamkeit übernationaler Gemeinschaften erbracht habe. Die Internationalisierung der Streitkräfte verändere die Problemlage, dazu würden NATO und westdeutsche Aufrüstung beitragen. Es scheine so, dass der fortschreitende Zusammenschluss der Westmächte jeden Krieg untereinander unmöglich mache.

Auf die Propaganda eingehend, die Bundesrepublik habe mit dem Beitritt zur NATO ihr Schicksal aus der Hand gegeben und sich zum willenlosen Werkzeug des amerikanischen Imperialismus gemacht, führte Schöllgen aus, richtig sei, dass die NATO keinen Krieg im ausschließlichen Interesse Deutschlands führen werde, dies gelte aber ebenso für jedes andere Land. Was die Bundesrepublik an militärischer Souveränität aus der Hand gegeben habe, sei nun in den Händen einer überstaatlichen Gemeinschaft, der einzigen im gegenwärtigen Augenblick sichtbaren Ordnungsmacht. Abschließend ging der Autor auf das Recht der Verweigerung des Wehrdienstes ein.

Da sich die Bundesrepublik beim Aufbau westdeutscher Streitkräfte nach amerikanischem und britischem Vorbild gerichtet habe, werde sie auch in dieser Frage die Gesetze dieser Länder als Beispiel nehmen. Fraglich sei die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung, wenn sie politisch begründet werde. Nach zwei verlorenen Weltkriegen, der Teilung Deutschlands und nicht zuletzt auf Grund der Erziehungs- und Strafmaßnahmen der Besatzungsmächte müsse mit einer hohen Zahl von Verweigerern gerechnet werden.

Viele Drückeberger und Egoisten könnten plötzlich entdecken, dass sie ein politisches Gewis-

---

824 EZAB, Bestand 4/ 493, Katholische Stellungnahmen, S. 9.
825 EZAB, Bestand 4/ 493, Katholische Stellungnahmen, S. 12.

sen hätten. Der Missbrauch der Gewissensfreiheit müsse aber in Kauf genommen werden, die politisch- sittlichen Bedenken gegen einen Atomkrieg erschienen so schwerwiegend, dass die Überzeugung derjenigen, die unter solchen Umständen glaubten, den Wehrdienst verweigern zu müssen, nicht mehr einfach als Unsinn oder Irrtum abgetan werden könne. Diese Entscheidung müsse hingenommen und geschützt werden.

Derjenige, der sich zum Wehrdienst verpflichte und im Ernstfall zum Kriegsdienst folge, unterwerfe sich damit keineswegs allen Befehlen einer totalen Kriegsführung. Es sei notwendig, das Gewissen derjenigen Soldaten zu schützen, die es ablehnten, Waffen einzusetzen, die ohne Unterschied gegen Soldaten und Zivilisten gerichtet seien oder Terror und Vernichtung bewirkten. Eine rechtzeitige Vorsorge für diesen Gewissensnotstand sei durch die Aufstellung von Maßstäben für das Recht zur Befehlsverweigerung aus Überzeugungsgründen im Kriegsfall eine Forderung, die schon heute an die deutschen gesetzgebenden Körperschaften gerichtet sei.[826]

Die EKD bemühte sich im Jahr 1955 mit dem zitierten Arbeitsmaterial den Ausschussmitgliedern zur Frage der Kriegdienstverweigerung und den Leitungen der Landeskirchen Entscheidungshilfen in der Atomwaffenfrage zu geben. Nachdem im Frühjahr 1958 die kirchlichen Bruderschaften der Bekennenden Kirche an die Synode appelliert hatte, sich eindeutig gegen eine atomare Bewaffnung der Streitkräfte auszusprechen, andernfalls mache sie sich an der Vorbereitung eines Atomkrieges schuldig, drohte nun der Bruch und die Ausrufung einer neuen Bekennenden Kirche. Bislang hatte die EKD immer vermocht, trotz verschiedener politischer Urteile, eine Spaltung der Kirche zu verhindern, weil sie überzeugt war, dass die Einheit der Kirche an verschiedenen Ermessensurteilen nicht zerbrechen dürfe.[827]

Der Autor des Artikels fragte zugespitzt: Ist ein Christ um des Evangeliums willen verpflichtet, seine Regierung und sein Volk an dem Versuch der Selbstverteidigung mit atomaren Waffen zu hindern? Militärbischof Kunst in Bonn erwartete auch den Militärpfarrern gegenüber eine eindeutige Botschaft von Synode und Rat, um diese in der Bundeswehr vertreten zu können. Er verwies auf die personellen Anforderungen bei der Gewinnung von Amtsbrüdern, diese hätten Vorschriften und Dienstanweisungen des Verteidigungsministeriums einzuhalten.

„Die vielfach zu findende Achtung vor dem Amt des Geistlichen, gerade bei Offizieren, ist nicht immer nur positiv zu werten, sondern oft eine Barriere vor dem wiklichen Verständnis des Wortes der Kirche. Man respektiere die Kirche aber läßt sie nicht an sich herankommen. Man hält die Arbeit der Kirche für wichtig, aber nicht für sich selbst, sondern für die anderen."[828]

---

826 EZAB, Bestand 4/ 493, Katholische Stellungnahmen, S. 12- 13, 15- 16.

827 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, Führt die Atombewaffnung zur Spaltung der EKD?, in: Darmstädter Echo, 31. 3. 1958.

828 BA- MA, BW 35/ 105, fol.3, Bericht des Evangelischen Militärbischofs an die Leitungen der Landeskir-

Als Argumentationshilfe für die Militärgeistlichen war die Veröffentlichung ,,Nur für die Hand der Herren Militärpfarrer!" [829] gedacht, in der Kunst darauf hinwies, dass weder in der Kirchenkonferenz noch im Rat der EKD jemand bereitgewesen sei, alle zehn Thesen der Bruderschaften zu vertreten. Diese könnten nur so reden, weil sie in einem freiheitlichen Staat unter dem Schutz der amerikanischen Atomwand lebten. Sie erweckten aber den Eindruck, als sei die Lagerung von Atomwaffen zum Schutz gegen die mit nuklearen Waffen ausgerüstete Weltmacht Sowjetunion, die Vorbereitung eines Atomkrieges. Kunst stellt dann die Frage: ,,[...]ob bei einer Kapitulation vor der kommunistischen Omnipotenz die Kinder in der Schule zur Lüge und zum Hass gezwungen und erzogen werden, wie es jetzt in der Ostzone geschieht [...]?"

Nach amerikanischem Gesetz dürfe keinem befreundeten Heer Atomköpfe zu Verfügung gestellt werden. Es gehe jetzt darum, ob Angehörige der Bundeswehr an Geräten ausgebildet würden, die Munition verschiedener Art verschießen könnten.[830] Die wissenschaftliche Kommission bearbeite die Atomfrage im Blick auf die Militärseelsorge, ein Ergebnis werde bald vorliegen. Kunst informierte noch über ein Gespräch einer Ratsdelegation mit dem Bundeskanzler,[831] in dem die Gewissenssorgen der evangelischen Christen vorgetragen wurden. Der Kanzler teilte die Bedenken und wies darauf hin, dass die Forderung nach Einstellung der Kernwaffenexperimente und der Produktion von Kernwaffen gleichzeitig verwirklicht werden müssten. Pflicht der Bundesregierung sei es aber auch, für die Freiheit und Sicherheit des Volkes Sorge zu tragen. Die Delegation der EKD bat darum, nichts unversucht zu lassen, um die Wiedervereinigung zu erreichen.

Auch das Bundesverteidigungsministerium veröffentlichte jetzt kirchliche Verlautbarungen zur Frage der Atombewaffnung, die zur ,,Kurzorientierung für Presseoffiziere" [832] dienten und mit den Militärgeistlichen ausgewertet werden sollten, um den Soldaten die Verunsicherung zu nehmen. Zunächst wurde Landesbischof Lilje zitiert, der aus der ,,Erklärung der Lutherischen Bischofskonfererenz zum Atomkrieg vom 16. April" festhielt, dass die Christenheit keinen Atomkrieg wolle und alles tun müsse, um ihn zu verhindern. Dafür brauche man aber klare Vorstellungen, wie das geschehen solle. Die Thesen der Kirchlichen Bruderschaf-

---

chen der EKD über den Aufbau der Militärseelsorge, v. 17. 4. 1958.

829 BA- MA, BW 35/ 11, fol. 226- 229, ,,Nur für die Hand der Herren Militärpfarrer", Ostern 1958, Der Evangelische Militärbischof , S. 1- 4.

830 Ebenda, S. 4.

831 BA- MA, BW 35/ 11, fol. 215, Pressenotiz über Gespräch des Bundekanzlers mit Vertretern des Rates der EKD zur Frage der Atomwaffen. Teilnehmer waren die Bischöfe Dibelius, Lilje, Herntrich, Kunst und Präses Beckmann am 25. März 1958 im Haus des Bundeskanzlers.

832 BA- MA, BW 35/ 88, fol. 18- 20, Bundesminister für Verteidigung, ,,Kurzorientierung für Presseoffiziere", v. 1. 7. 1958, Stellungnahmen von evangelischer und katholischer Seite, S. 1- 5.

ten würden hierzu nichts beitragen, sie drängten nicht einmal auf eine internationale Abrüstungskontrolle.

Die Ausführungen Gollwitzers krankten daran, dass auf die Forderung einer internationalen Absprache verzichtet und eine einseitige Vorausleistung Westdeutschlands für richtig gehalten werde. Lilje führte aus, er könne weder die Logik der Gedankengänge verstehen noch halte er die Überlegungen für ethisch richtig. Eine einseitige Abrüstung Deutschlands vermehre die Kriegsgefahr, deshalb sei eine allseitige Abrüstung zu fordern. Auch der Vorwurf, vorhandene Atomwaffen hätten die Tendenz gebraucht zu werden, müsse dann auch für den Osten gelten.[833]

Als zweiten Beitrag veröffentlichte das Verteidigungsministerium das ,,Wort der Bayerischen Landessynode zur Atomfrage,"[834] darin wurden alle Christen aufgerufen, für die Erhaltung des Rechtes und des Friedens einzutreten, auch wenn über die Wege und Mittel um diese Ziele zu erhalten, unter den Christen verschiedene Meinungen bestünden. Keinem Christen könne die Anfechtung in der politischen Entscheidung erspart bleiben. Wie er sich auch entscheide, immer bleibe er der Möglichkeit des Schuldigwerdens und des Irrtums ausgesetzt. Einen Trost in solcher Anfechtung bekomme niemand auf Grund eines bestimmten politischen Handelns.

Diesen im Ton moderat gehaltenen Beiträgen fügte der evangelische Standortpfarrer in Köln einen Zeitungsbeitrag hinzu, der mit Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien in der Atomdiskussion nicht sparte [835]. Verteidigungsminister Strauß bestritt in dem Zeitungsartikel die Legitimation von Wissenschaftlern und Theologen, verbindlich einen Weg zur Lösung des Atomwaffenproblems vorzuschlagen. Das sei eine Sache der Politiker. Nach Strauß sei die Aktionsgemeinschaft der KPD und der SPD Wirklichkeit geworden, die seit Jahren von der Weltstrategie des Kreml für Deutschland angestrebt worden sei. Den Sozialdemokraten müsse klargemacht werden, was für sie und ihr Land und die ganze politische Konstellation in Europa notwendig sei. Die demokratischen Sozialisten in Deutschland müssten sich in ihren Zielen und ihrer Sprache, aber auch im Hinblick auf ihre Bundesgenossen scharf von der bolschewistischen Variante des Marxismus unterscheiden.

Die Regierung der DDR nahm die Atomwaffendiskussion zum Anlass, Propst Grüber auf die Auswirkungen einer westdeutschen Atombewaffnung hinzuweisen. Ministerpräsident Grotewohl verwies darauf ,[836] die Regierung der DDR habe in der Vergangenheit ihre Bereitschaft

---

833 Ebenda, S. 2 f.

834 Ebenda, S. 3.

835 BA- MA, BW 35/11, fol. 235, Der Evangelische Standortpfarrer in Köln, in: ,,Die Welt", 5. 5. 1958, Nr. 103, S. 2. ,,Strauß greift an" an das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn.

836 GStA PK, VI. HA, Nr. 279, fol. 178, Nachlass Propst Grüber, Brief des Ministerpräsidenten Grotewohl an

zum Ausdruck gebracht, mit allen Kräften am Verbot der Massenvernichtungswaffen und ihrer Entfernung aus den Rüstungen der Staaten sowie an der Verminderung der konventionellen Waffen und Streitkräfte mitzuwirken. Sie halte in Anbetracht der erheblichen Schwierigkeiten, die von den imperialistischen Staaten auf dem Weg zur Abrüstung aufgetürmt wurden, ein stufenweises Herangehen an die Lösung aller dieser Fragen für zweckmäßig.
Die DDR- Regierung sehe es als Hauptaufgabe, die Abrüstung dadurch zu sichern, dass beide deutsche Staaten aus der Atomaufrüstung ausgeklammert würden. So wie die Volksrepublik Polen und die tschechoslowakische Republik vor der UNO- Vollversammlung auf die Stationierung und Produktion von Atomwaffen verzichtet hätten, sollten die beiden deutschen Staaten ein gleichartiges Abkommen treffen, wodurch eine atomwaffenfreie Zone in Europa entstünde.
Die Regierung der Bundesrepublik habe alle diese Angebote brüsk zurückgewiesen und beschreite den Weg der atomaren Aufrüstung. Die bevorstehende NATO- Ratstagung zeige, dass Westdeutschland die Pläne der USA unterstütze, die NATO in einen aggressiven Atompakt zu verwandeln, wobei der Bundesrepublik eine Hauptrolle zugewiesen sei. Da das Bonner Kabinett sehr stark kirchlichen Einflüssen zugängig sei, dürfte es ein Hauptanliegen der EKD sein, auf die westdeutsche Bundesregierung im Sinne eines grundlegenden Wandels ihrer gesamten Politik, insbesondere der Einstellung der Militarisierung und der Atomaufrüstung sowie der Bereitschaft der Verständigung über die Entspannung in Deutschland, einzuwirken.

4.2. Informationen zu Atomwaffen für die Synodalen

In der Auseinandersetzung um die Atomwaffenfrage und zur Vorbereitung der Synode informierte die EKD die Kirchenleitungen durch den Versand von weiterem Arbeitsmaterial [837].
Die Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch- Lutherischen Kirche hatte sich im Februar 1958 ausführlich mit der theologisch- ethischen Frage der Atomrüstung befasst. Sie bat die Bischofskonferenz in ihrer Sitzung im April in Tutzing die Diskussion darüber aufzunehmen, weil damit zu rechnen sei, dass auf der bevorstehenden EKD- Synode die Atomfrage Gegenstand von Verhandlungen sein werde. Eine Diskussionsgrundlage lieferte Gollwitzers Veröffentlichung ,,Die Christen und die Atomwaffen", die von verschiedenen Autoren in kirchlichen Publikationen diskutiert wurde.

Propst Grüber zur atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik, v. 10. 12. 1957.

837 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, Das Lutherische Kirchenamt in Hannover versandte am 22. 2 und am 9. 4. 1958 an die Mitglieder und Gäste der Bischofskonferenz, die Mitglieder der Kirchenleitung und an die Kirchenleitungen der Gliedkirchen der Evangelisch- Lutherischen Kirche Deutschlands weiteres Arbeitsmaterial zu dem Thema Kirche und Atomwaffenfrage.

Gollwitzer drängte die Kirche, von den unverbindlichen Mahnungen zur allgemeinen Abrüstung zu lassen und dem Christen unmissverständlich zu sagen, sich nicht an der Atomrüstung zu beteiligen. Die Kirche dürfe es nicht im Ernstfall dem Militärseelsorger überlassen, den Soldaten mit einer ,,Einerseits-Andererseits"- Belehrung abzufertigen, zumal die Vorbereitung auf den Atomkrieg nicht erst in der Kaserne beginne.[838] Der Autor ging auch auf die Unterstellungen in der ,,Reformierten Kirchenzeitung" ein, der Verfasser[839] dort unterstellte Gollwitzer, eine Wahlbroschüre vor der Bundestagswahl verfasst zu haben, in der er die SPD unterstütze. Willems merkte an, die Sprache in der Kirchenzeitung zeige mit erschreckender Deutlichkeit, dass ein Verstehen nicht mehr möglich sei, weil bereits untereinander verschiedene Sprachen gesprochen würden.

Ein weiterer Beitrag [840] des versandten Arbeitsmaterials der Kirchenleitungen beschäftigte sich ebenfalls mit Gollwitzers Aufsatz. Der Autor beklagte sich über dessen Ausfälle gegen den theologischen Gegner und fand es befremdlich, dass Gollwitzer von der ,,primitiven Alternative von Freiheit und Sklaverei" als Beurteilung für die Lage zwischen Ost und West sprach. Sein Aufruf an die Christen, im Westen einseitig auf Atomwaffen zu verzichten, übersehe die Folgen, dass damit auch die Freiheit der westeuropäischen Völker verloren wäre wie die Freiheit Ungarns. Als Theologieprofessor trage er aber nicht die Verantwortung wie ein Staatsmann und könne daher den ,,Bannstrahl gegen Staatsmänner und Kirchen schleudern", die zu einer anderen Entscheidung kämen.

Ein anderer Artikel[841] stellte die Frage, ,,muss und darf die Atomwaffe unsere Kirche spalten "? Auch in diesem Aufsatz wurde das ,,Nicht- mehr- einander- verstehen- können" zwischen Pfarrern und ihren Gemeindemitgliedern angesprochen. Ein junger Pfarrer habe einem Laien erklärt, er werde nicht mehr sein Haus betreten, weil er Offizier geworden sei. Aus der Sicht des Offiziers stelle sich die Frage, ob er nicht aus einer Kirche austreten müsse, in der Pfarrer und Kirchenleitungen, die grundsätzlich mit der neuen Bundeswehr die Militärseelsorge ablehnten und öffentlich junge Männer vor dem Eintritt in das Heer warnten. Würden diese Geistlichen nicht den missionarischen Auftrag der Kirche an den heutigen jungen Männern gefährden?

Schweitzer führte aus, man sei sich einig, dass ein Krieg mit ABC- Waffen vermieden werden

---

838 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, Alfred Willems, Ein Beitrag zur Diskussion über ,,Die Christen und die Atomwaffen" in: ,,Politische Verantwortung", Heft 1, Januar 1958.

839 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, G. Nordholt, ,,Reformierte Kirchenzeitung", Nr. 21 v. 1. 1. 1957, Kritik zu ,,Die Christen und die Atomwaffen" v. Gollwitzer.

840 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, ,,Der Christ in der Bedrohung" von Hans Schomerus, in: Christ und Welt, Nr. 48 v. 28. 11. 1957. Der Autor war Leiter der Evangelischen Akademie in Herrenalb.

841 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, ,,Muss und darf die Atomwaffe unsere Kirche spalten?", S. 1- 4, in: ,,Deutsches Pfarrerblatt", Nr. 23, 1957, S. 537- 538, v. Dr. C.G. Schweitzer (Bonn). Auch dieser Aufsatz galt der innerkirchlichen Diskussion über die Atomrüstung.

müsse. Die Differenzen würden dort beginnen, wo es darum ginge, die politischen Folgerungen aus der Weltlage zu ziehen. Die Beurteilung des Wesens eines totalitären Systems, das keine göttliche Autorität anerkenne, falle zwischen Lutheranern und Bekennender Kirche unterschiedlich aus. Man sehe keine andere Möglichkeit, als dem Westen zu helfen, ,,mit allen erfindlichen Waffen so lange aufzurüsten, bis eine echte, d.h. kontrollierbare beiderseitige Abrüstung zugestanden werde".[842] Den Nichtpazifisten werde es leichter fallen, den anderen gegenüber tolerant zu sein, denn sie trügen die größere Verantwortung für den Frieden in der Kirche.

Diesen Ansichten widersprach der Göttinger Theologieprofessor Harbsmeier in seiner Erwiderung[843] zu Schweitzers Vorstellungen, den Westen mit allen erfindlichen Waffen zu unterstützen. Nicht die Atombombe spalte die Kirche, sondern die Theologie, die das Leben des Christen in zwei Ebenen oder Bereiche zertrenne. Die Theologie der Ebenen sei das verhängnisvolle Missverständnis der Predigt Luthers in den beiden Reichen. Sie löse die Identität des Menschen als Christperson und als Weltperson auf. Als Christen seien diese Theologen Pazifisten und begrüßten es mit Schweitzer, dass es in der Kirche Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer gebe. Als Politiker außerhalb der Kirche seien sie für alle ,,erfindlichen Waffen," wenn sie einen Krieg verhindern könnten. Als Christen sagten sie, Atomkrieg sei Mord und Selbstmord, als Politiker drohten sie damit und glaubten fest an die friedensstiftende Macht dieser Drohung.

Harbsmeier fragte, ist es brüderlich, dem ,,Bruder Pazifist" auf der geistlichen Ebene ganz unverbindlich ein Kompliment zu machen, dass es ihn gebe, und auf der politischen Ebene den ,,Bruder Soldat" zu ermuntern, alle erfindlichen Waffen zu führen, damit die Abrüstung bald komme? Das sei nicht tolerant, sondern ein unmöglicher Zweiherrendienst. Die Einheit der Kirche leide nicht, dem Bruder Schweitzer zu sagen, seine Angst um die Spaltung der Kirche sei unbegründet und die Rechtfertigung seiner unbedingten Politik der Atomstärke unausstehlich.

Pfarrer Müller erinnerte in seinem Beitrag[844] zur Atomwaffenfrage daran, die Kirche weiche in ihrer Gesamtheit, mit wenigen Ausnahmen, einer Entscheidung ebenso aus, wie die angeblich intakte Kirche gegenüber der Bekennenden Kirche vor der ,,Judenfrage" ausgewichen sei. Heute gehe es um die Existenz der gesamten Menschheit, und schon jetzt im Stadium der

---

842 Ebenda, S. 3.

843 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, ,,Kirchenspaltende Atomwaffen?" v. Götz Harbsmeier, S. 1-5, in: ,,Politische Verantwortung", Nr.1, Januar 1958.

844 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 b, ,,In Statu Confessionis", v. Gerhard Müller, in: ,,Politische Verantwortung" , Nr. 7, Dezember 1957.

Versuchsexplosionen müsse die Kirche sich stellen, die Strahlungsschäden seien unheilbar. Wenn das Rad des Atomkrieges zu rollen begonnen habe, werde es nicht mehr möglich sein, ,,dem Rad selbst in die Speichen zu fallen". Das Rad müsse ein für allemal gestoppt werden, das sei die Aufgabe der Kirche. Im Augenblick der Atomrüstung würden Krieg und Kriegsdienst, Aufrüstung und Militärpolitik zur Sünde, Gollwitzer habe die Beweisführung dafür in seiner Schrift ,,Die Christen und die Atomwaffen" gegeben.

Von der Bereitschaft der EKD, sich durchaus mit kritischen Stimmen zur Regierungspolitik auseinanderzusetzen, zeugte die Veröffentlichung von Auszügen einer Rede des Philosophen und Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker,[845] der feststellte, dass die Russen mit der Inbetriebnahme ihres Satelliten ,,Sputnik" gegenüber den Amerikanern die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts erreicht hätten. Einem kleinen Land wie der Bundesrepublik gab der Physiker den Rat, dem Weltfrieden am ehesten dadurch zu dienen, indem es freiwillig und ausdrücklich auf die atomare Bewaffnung verzichten würde.

Zu der Argumentation, ohne Teilnahme an der atomaren Bewaffnung sei die Bundesrepublik keine große Nation mehr,[846] sagte von Weizsäcker, diesen Zustand anzuerkennen sei wichtig. Es gebe für ein kleines Land nichts Gefährlicheres, als nicht zugeben zu wollen, dass es nicht mehr die Politik einer großen Nation betreiben könne. Es sei daher unsere Pflicht, die Politiker in der Bundesrepublik, die bei ihren Handlungen nicht von diesem Gefühl geleitet würden, über die Wirklichkeit zu belehren.[847]

Gewalt könne ein Schutz der Schwachen sein, wäre die Entfesselung eines Wasserstoffbombenkrieges noch ein Schutz der Schwachen? Könnte eine Regierung eine solche Entscheidung für Millionen Menschen treffen, die ihr anvertraut seien? ,,Wenn die heutige Politik uns in absehbarer Zeit zu einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr führt, so werde ich das als Staatsbürger akzeptieren müssen, aber ich werde es für eine der vielen verlorenen Chancen halten."[848]

Der Erlanger Professor Künneth kritisierte in seiner Erwiderung zur Atomwaffenfrage,[849] Gollwitzer bestreite, dass der Präsident der USA eine andere Verantwortung in der Frage der Atomwaffen trage als die einfachen Staatsbürger oder auch die Atomphysiker der Bundesrepublik. Deshalb komme er zu der Behauptung, dass jeder Staatsbürger dafür verantwortlich

---

845 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, Auszüge aus ,,Das Atomzeitalter erfordert eine neue Politik", von Carl Friedrich von Weizsäcker, S. 1-9, in: ,,Die Welt", 30. 11. 1957.

846 Vgl. Kapitel ,,Die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und die öffentliche Meinung".

847 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, S. 4, Auszüge aus ,,Das Atomzeitalter erfordert eine neue Politik", von Carl Friedrich von Weizsäcker, in: ,,Die Welt", 30. 11. 1957.

848 Ebenda, S. 8.

849 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, S. 1-6, ,,Neopazifismus". Eine Antwort an H. Gollwitzer v. W. Künneth. Ebenfalls ein Beitrag zur innerkirchlichen Diskussion zur Atomrüstung.

sei, ob ein deutscher Teilstaat ein Heer aufstellen solle. Die Christen sollten die politische Verantwortung dafür übernehmen, welche außenpolitische Konzeption und welche Form der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik zu wählen sei. Die Rede von der ,,abgenommenen" Verantwortung scheine ihm, Künneth, für das demokratische Empfinden unerträglich und eröffne den gefährlichen Weg für eine ,,bequeme und feige Verantwortungslosigkeit". Die Aufforderung, die neue Waffentechnik abzulehnen, könne ebenso die Zerstörung der staatlichen Sicherheit bedeuten, weil kein Einsatz zum Schutz des Nächsten gewagt werde.
Der Beitrag von Eberhard Müller [850] unterstützte ohne Vorbehalte die Regierungspolitik und rechnete mit seinen politischen Gegnern ab. Entstanden sei die Atomwaffe aus der panischen Angst der Amerikaner, die Deutschen könnten eines Tages im Besitz dieser Waffe sein und sich damit die ganze Welt unterjochen. Viele westdeutsche Bürger seien sich nicht klar darüber, dass ihr ruhiger Nachtschlaf im Augenblick, militärisch gesprochen, nur durch jene in der Luft kreisenden, mit Atombomben beladenen Flugzeuge gesichert sei. Die wenigen westlichen Divisionen in Europa wären nicht einmal einem Angriff der russischen Satellitenstaaten gewachsen. Adenauer habe wiederholt auf die ernste Lage hingewiesen, Heinemann habe ihn dafür im Bundestag angegriffen.[851]
Gollwitzer fordere vom ganzen deutschen Volk ,,in Glaubensmut und Gottvertrauen das Risiko des Verzichts" auf Atomwaffen , vor einigen Jahren[852] habe er zum Verzicht auf herkömmliche Waffen aufgerufen. Mit Gollwitzer habe es also keinen Sinn, eine miltärpolitische Debatte zu führen. Es sei zu fragen, ob er das Recht habe zu behaupten, der Christenheit sei geboten, mit weltlichen Machtmitteln nichts dafür zu tun, dass dem Rechtswillen Gottes in der Völkerwelt Raum geschaffen werde. Es sei verwerflich, den Politikern, die im Amt stünden, in den Arm zu fallen. Gollwitzer und seine Freunde verlangten, dass die christlichen Politiker ihren ideologisierten Gegnern die Hoffnung machten, sie könnten mit einer zähen Verweigerung einer kontrollierten Abrüstung eines Tages doch noch selbst in den Alleinbesitz dieser Machtmittel kommen.[853]
Müller verwies auf das Programm des Zentralausschusses des Weltkirchenrates zur atomaren Abrüstung,[854] in dem die Einstellung aller atomaren Experimente, ein Produktionsstopp für

---

850 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, S. 1-5, ,,Wer fördert den Atomkrieg? Eine Frage an Gollwitzer und die Kirchlichen Bruderschaften", v. Eberhard Müller. Müller war Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll und Vorsitzender des Leitungskreises der Evangelischen Akademien in der Bundesrepublik.

851 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, S. 2, ,, Wer fördert den Atomkrieg? Eine Frage an Gollwitzer und die Kirchlichen Bruderschaften" v. Eberhard Müller.

852 Am 29. 11. 1951 schrieb Gollwitzer in seiner Schrift ,,Rüstung, Frieden und Krieg": ,,Die Warnung vor einem militärischen Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands ist ein guter Rat.", zit. nach E. Müller in: NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, S. 1 f., ,,Wer fördert den Atomkrieg? Eine Frage an Gollwitzer und die Kirchlichen Bruderschaften".

853 Ebenda, S. 5.

Kernwaffen, die stufenweise Abrüstung der Atom- und Konventionalwaffen in den nationalen Streitkräften und die Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie gefordert wurden. Vorausblickend wurde empfohlen, bei Versagen aller Anstrengungen sollten sich die Völker bemühen, ihre Konflikte ohne die Anwendung von atomaren Waffen beizulegen. Pflicht der Christen sei es, selbst bei einem Scheitern der internationalen Bemühungen um eine Ächtung der Atomwaffen, sich für ,,echte Voraussetzungen des Friedens" einzusetzen. Um Misstrauen unter den Völkern der Atommächte zu beseitigen, seien die Christen dieser Länder sogar berechtigt, ihren Regierungen nahezulegen, die Experimente versuchsweise eine Zeitlang aufzugeben in der Hoffnung, dass andere diesem Beispiel folgten, um neues Vertrauen aufzubauen.[855]

Wie unterschiedlich die Vorstellungen eines Wächteramtes zur Ächtung der Atomwaffen und des Krieges zwischen den Kirchenmännern der europäischen Kirchen waren, zeigte der Ratsvorsitzende Dibelius,[856] er bemängelte, den Russen hätte auf der Konferenz in Liselund ideologisch widerstanden werden müssen, ihnen hätte ein einheitlicher christlicher Block in Westeuropa entgegengesetzt werden müssen. Da er von den Franzosen und Skandinaviern in dieser Hinsicht wenig erwarte, zielten seine Hoffnungen auf die Briten. Wären diese gewonnen, würden auch die anderen westeuropäischen Kirchen bald folgen.

Dibelius war durchaus bereit, Verbindungen zu den Christen in den kommunistischen Satellitenstaaten aufzunehmen, wie es der frühere oldenburgische Oberkirchenrat Kloppenburg gefordert hatte, der als Sekretär der Konferenz arbeitete. Der Ratsvorsitzende wollte zustimmen, wenn neben einem westeuropäisch dominierten Europäischen Kirchenrat Verbindungen zum Osten aufgebaut und gepflegt würden. Dies konnte aber ,,keineswegs ein angemessenes Widerlager gegen die kommunistische Bedrohung sein".[857]

In New Haven erläuterte Dibelius seine Vorstellungen von einer ,,wirklichen Arbeitsgemeinschaft europäischer Kirchen," seine Ausführungen führten aber zu Irritationen bei anderen Kirchenabgesandten. Diese sahen in seinen Bemühungen nur eine persönliche Initiative und deuteten sein Vorgehen als erneuten Beweis seiner Herrschaftsallüren, während Dibelius sich

---

854 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, Fünf- Punkte- Programm zur atomaren Abrüstung von der Kommission des Weltrates der Kirchen für Internationale Angelegenheiten im August 1957 in New Haven/ USA erarbeitet, in: ,,Ökumenischer Pressedienst" Nr. 29, v. 9. 8.1957. Dieses Programm war auch als Diskussionspapier vom Kirchenamt an die Kirchenleitungen verschickt worden.

855 Ebenda.

856 Auf der Kirchenkonferenz der EKD am 4. 7. 1957 griff er Präses Wilm scharf an, weil dieser auf der Tagung der europäischen Kirchen in Liselund vom 27. bis 31. Mai 1957 von den Kirchen in Ost und West gefordert hatte, ,, [...]dass wir etwas zusammen zu tun haben in der Welt, die sich in allen Völkern so unheimlich ähnlich ist und unter den Menschen, die in allen Völkern nach Gerechtigkeit und Frieden und Liebe und Freiheit fragen", zit. nach Greschat, Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, S. 76.

857 Ebenda, Der Protestantismus, S. 77.

als der offiziell Beauftragte für die Organisation einer solchen Arbeitsgemeinschaft betrachtete. Auch Präses Wilm und seine Freunde empörte diese Politik, Wilm wies in einem späteren Brief an Dibelius darauf hin, wie wichtig die Zusammenarbeit der Kirchen in Ost und West wegen der ideologischen Spaltung Europas sei.[858] Wie konnten die Christen die Empfehlungen von New Haven umsetzen und die Voraussetzungen für den Frieden verbessern bei soviel persönlichen Aversionen und sachlichen Gegensätzen?

4.3. Erklärungen aus den Gremien der EKD zur Atombewaffnung

Die unterschiedliche Bereitschaft, auf internationalen Konferenzen oder in kirchlichen Diskussionspapieren die Massenvernichtungsmittel zu verwerfen, aber die Option für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr offen zu halten, führte zu weiteren innerkirchlichen Streitereien. Obwohl eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht nur die Bevölkerung der Bundesrepublik mehrheitlich ablehnte, sondern auch aus dem Ausland Kritik an der nuklearen Ausrüstung der deutschen Truppen geübt wurde,[859] vergrößerte sich der Kreis von Männern aus der Kirchenleitung, der einer atomaren Aufrüstung ablehnend gegenüberstand, kaum.

Kritik kam von der Basis, aus den Gemeinden. Eine Erklärung aus den Kirchengemeinden württembergischer Pfarrer sorgte für Aufsehen, sie bezog sich auf eine vom Bundesverteidigungsminister gebilligte Äußerung des Inspekteurs des Bundesheeres, nach der der soldatische Gehorsam unteilbar sei. Dies bedeutete nach Ansicht des Arbeitskreises für die Zukunft ,,Wehrdienst mit Atomwaffen".

In der Erklärung, die der Arbeitskreis zur Verlesung im Gottesdienst des württembergischen Landesbußtages am 15. Februar angeboten hatte, hieß es:[860]

,,Alle Wehrpflichtigen sind gefragt, ob sie es noch mit Gottes Gebot vereinbaren können, Atomwehrdienst zu leisten. Nach unserer Erkenntnis kann ein Christ nur Nein sagen und muß von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, den Atomwehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Wir wissen, dass der Kommunismus ein Gegner des christlichen Glaubens ist. Aber selbst wer ihn für eine Ausgeburt der Hölle halten sollte, kann es aus Gottes Wort nicht rechtfertigen, ihn mit Mitteln zu bekäpfen, die uns selber zu Feinden des Evangeliums machen. Das hieße eine Teufelei mit einer anderen austreiben. Wer heute für seine Nächsten Leben und Frieden gewinnen und bewahren will, muss daher andere Wege und Mittel suchen als die des Massenmordes und unkontrollierbarer Ausrottung gottgewollten Lebens."

---

858 Ebenda, S. 77 f.

859 Der damalige amerikanische Senator J.F. Kennedy warnte in der Zeitschrift ,,Foreign Affairs" vor einer deutschen Verfügungsgewalt von atomaren Waffen ebenso wie die Federation of American Scientists, die eine Ausweitung des nuklearen Klubs prophezeite, zit. nach Küntzel, Bonn und die Bombe, S. 33. Vgl. Kapitel ,,Die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und die öffentliche Meinung".

860 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, ,,Erklärung württembergischer Pfarrer gegen den Atomwehrdienst", in Evangelischer Pressedienst Nr. 39, v. 16. 2. 1959. Die Pfarrer hatten sich zu einem ,,Freien Arbeitskreis evangelischer Pfarrer der Landeskirche in Württemberg" zusammengeschlossen.

In seinem Schreiben[861] an die Pfarrämter bemerkte Landesbischof Haug, diese Erklärung gehöre nicht in einen Gottesdienst, in dem eine Entgegnung nicht möglich sei. Er wies darauf hin, dass über die Verwerfung der Massenvernichtungswaffen keine Meinungsverschiedenheiten bestünden und berief sich auf die ökumenischen Konferenzen des Vorjahres. Es gebe aber keine Antwort auf die Frage, welche Wege eingeschlagen werden sollten, um Massenmord und unkontrollierbare Ausrottung zu vermeiden. Der Bischof bat darum, von der vorgesehenen Verlesung des Textes abzusehen, regte aber an, darüber in einer Gemeindeversammlung mit freier Aussprache zu diskutieren.

Auf dem Landeskirchentag[862] warnte Bischof Haug davor, die Kirche sei in Gefahr, ihren eigentlichen Gottesauftrag nicht mehr zu sehen und die Grenzen des Amtes zu überschreiten. Er zeigte Verständnis für die Pfarrer, Zivilisten und Soldaten in der Kirche, die sich die Gewissensentscheidung der Atompazifisten nicht zu eigen machten und zu anderen Entscheidungen kämen. Dieser Ansicht widersprach Kirchenpräsident Niemöller vehement, er werde auch künftig im Atomstreit das Wort ,,Verbrechen" für ,,Sünde" benutzen, weil dieses Wort nicht mehr ernst genommen werde. Er sei nicht in der Lage, eine Ehrenerklärung für die Bundeswehr abzugeben. Nach mehreren Besprechungen in Bonn empfinde er ein Grauen, wenn er sehe, ,,was im Blickfeld der Gewaltpolitik werden kann und geworden ist".[863]

Auf der Frühjahrstagung der hessen- nassauischen Kirchensynode[864] erklärte der Kirchenpräsident zur Lage der EKD, es sei bedenklich, dass aus der tiefen Beunruhigung des Synodalbeschlusses der EKD zur Atomfrage, in dem es hieß, ,,wir bleiben unter dem Evangelium zusammen," ein Beruhigungsmittel gemacht worden sei. Seit diesem Synodalbeschluss in Spandau im Jahr 1958 sei nie ernsthaft versucht worden, sich unter dem Evangelium zusammenzufinden. Vom Gesetz zur Handhabung des Militärseelsorgevertrages der EKD mit der hessen-nassauischen Kirche berichtete Niemöller, es sei vom Kirchenverfassungsgericht für ungültig erklärt worden, die Materie solle dem Rechtsausschuss übergeben werden.

---

861 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, ,,Diese Erklärung gehört nicht in einen Gottesdienst", Evangelischer Pressedienst Nr. 39, v. 16. 2. 1959.

862 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, Auszug aus dem Jahresbericht von Landesbischof Haug vor dem 5. württembergischen Landeskirchentag am 8. 4. 1959, ,,Innerkichliche Auseinandersetzung über die Atombewaffnung".

863 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, in: Evangelischer Pressedienst Nr. 91, v. 21. 4. 1959, ,,Niemöller bleibt bei seiner Auffassung".

864 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, in: Evangelischer Pressedienst Nr. 90, v. 20. 4. 1959, ,,Bedenkliche Beruhigung" von Kirchenpräsident Niemöller auf der Frühjahrstagung der hessen- nassauischen Kirchensynode im Frankfurter Dominikanerkloster. Die Synode war von Spannungen zwischen der Kirchlichen Bruderschaft und dem Synodalpräses Dr. Wilhelmi geprägt, der sich zum ,,seelsorgerlichen Charakter" einer Rede Niemöllers im Vorfeld der Synode für die Bruderschaften befremdend verhalten hatte. Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU soll Wilhelmi geäußert haben: ,,Die Rede Niemöllers habe zwar vom Standpunkt eines religiösen Pazifisten aus einen seelsorgerlichen Charakter, ihr Inhalt könne jedoch nicht gebilligt werden". Die Erklärung Niemöllers soll Wilhelmi zuvor sogar unterzeichnet haben.

Die Frühjahrssynode bemühte sich um einen Entwurf für ein ,,klärendes Wort an den Bruder im grauen Rock." Bezugnehmend auf die Thesen der Barmer Erklärung aus dem Jahr 1934 besagte die These 5, die Kirche müsse sich vor die Kriegsdienstverweigerer stellen sowie in gleicher Verantwortung den Soldaten und Politikern seelsorgerlich zur Seite stehen. Der Entwurf wandte sich gegen herabsetzende oder missverständliche Äußerungen über Verweigerer und Soldaten. In einem Brief an die Synodalen hatten die Bruderschaften darauf hingewiesen, [865] dass die Warnung des Kirchenpräsidenten vor den Atomwaffen vom Evangelium her komme. Aufgabe der Synodalen wäre es, sich diese Warnung zu eigen zu machen oder sie vom Evangelium her zurückzuweisen. Andernfalls sei zu zeigen, inwiefern Gott durch das Evangelium erlaube, zu atomaren Mitteln zu greifen, um die Freiheit vor der Bolschewisierung zu retten. Eindringlich wiesen die Bruderschaften darauf hin, die Einheit der EKD zu retten, dürfe nicht auf Kosten der Wahrheit des Evangeliums geschehen. Sie appellierten an die Synodalen, Niemöllers Warnungen vor einer atomaren Bewaffnung nicht als Sünde sondern als Gottes Gebot zu betrachten.[866]

In der Kirchenkonferenz und im Rat vom 19. und 20. März 1958 hatte es keine Stimme gegeben, die alle zehn Thesen der Bruderschaften vertrat. Ungewiss war, wie sich die Zerstrittenheit in der Frage der möglichen Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen, auf die anstehenden abschließenden Verhandlungen der Militärseelsorge auswirken würde, die der evangelische Militärbischof Kunst als ein Instrument der EKD bezeichnete [867], deren endgültige Organisation der Behörden dem Gesetz über die Organisation der Landesverteidigung vorbehalten bleibe.[868]

4.4. Die Verhandlungen der EKD um den Militärseelsorgevertrag

Bereits seit Oktober 1951 hatte der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesregierung geheime Verhandlungen über die ,,rechtliche Stellung des ordinierten Pfarrers in einem etwaigen Wehrgesetz" begonnen. ,,Der Rat würde es für richtig halten, wenn in einem etwaigen zukünftigen Wehrgesetz die ordinierten Geistlichen von der allgemeinen Wehrpflicht ausgenommen werden."[869] Erst auf der außerordentlichen Synode in Berlin im Juni 1956

---

865 NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91 a, Brief der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau zur Atomwaffenfrage, S. 1.

866 Ebenda, S. 2.

867 BA- MA, BW 35/ 11, fol. 226, Betr.: Nur für die Hand der Militärpfarrer, Ostern 1958, Der Evangelische Militärbischof.

868 BA- MA, BW 1, 313249, fol 16, Bundesminister für Verteidigung, Betr.: Errichtung der Verwaltungsstellen für die evangelische bzw. katholische Militärseelsorge.

869 Dagmar Pöpping, Die Protokolle des Rates der EKD, Band 5: 1951, Göttingen 2005, S. 392. Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 186.

wurden die Teilnehmer über den Stand der Verhandlungen zur Militärseelsorge unterrrichtet. In der offiziellen Version der EKD wurde der Verlauf der Verhandlungen in dem ,,Bericht über die Evangelische Militärseelsorge von ihren Anfängen"[870] so dargestellt:

,,Sobald die Pläne einer möglichen Bewaffnung der Bundesrepublik greifbare Formen annahmen, wurde durch die Dienststelle Blank an die Kirchen die Frage herangetragen, in welcher Weise die seelsorgerische Betreuung der Soldaten der neuen Bundeswehr sichergestellt werden könne. Die ersten Verhandlungen darüber wurden auf seiten der Evangelischen Kirche[871] durch die Kirchenkanzlei in Hannover und durch den Bevollmächtigten des Rates am Bundessitz geführt. Zum 1. 9. 1955 wurde vom Rat Pfarrer Dr. Juhnke berufen und ihm der Auftrag erteilt, dem jeweiligen Stand der Verhandlungen entsprechende Maßnahmen zu treffen. Er arbeitete zunächst in Hannover und siedelte später in das Büro des Bevollmächtigten nach Bonn über."

Diesem zeitlichen Verlauf widerspricht ein Schreiben von Präses Wilm[872] an Landesbischof Bender, es zeigt, dass bereits zu einem Zeitpunkt, als das Parlament noch keinen gesetzlichen Schritt zur Aufstellung deutscher Streitkräfte unternommen hatte, die EKD bereits damit befasst war, die Heeresseelsorge zu organisieren. Dem Vorsitzenden des Ausschusses[873] für die Militärseelsorge trug Wilm seine Bedenken vor, wie dieser Dienst der Kirche organisiert werden könne. Von der Notwendigkeit dieses Dienstes sei er überzeugt, wie er geordnet werden und ob er in der ,,rechten Freiheit und Gebundenheit in der Kirche" stattfinden könne, das müsse noch geklärt werden. ,, Wir haben kein Recht, unsere ordinierten Brüder als Beamte einer staatsgebundenen ,,Militärkirche" mit fremden Bindungen abzugeben."
Die Kirchenkonferenz dürfe nicht erst in der letzten Stunde ihrer Tagung darüber beraten, und es gehe nicht, dass die Kirchenleitungen der Gliedkirchen an der Planung nicht beteiligt seien, ihnen Vorlagen zu Stellungnahmen nicht zugingen. Weder der Ausschuss noch der Bevollmächtigte des Rates hätten von diesem verantwortliche Richtlinien bekommen und seien deshalb bei ihren Verhandlungen mit den Organen der Bundesregierung allein gelassen. Weil der Rat sich in der Frage der Militärseelsorge nur schwer einigen könne, würden keine Beschlüsse gefasst. Deshalb bestünde die Gefahr, ,,die Dinge im Sinne einer bestimmten Richtung, viel-

---

870 BA- MA, BW 35/ 105, S. 1-4, Bericht an die Leitungen der Landeskirchen der EKD über die Evangelische Militärseelsorge von ihren Anfängen bis zum 31. März 1958, von dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, Kunst, v. 17. 4. 1958.

871 Vgl. Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG, S. 327.

872 NEKA, Bestand 20.01, Nr. 452, Schreiben von Präses Wilm an Landesbischof Bender in Karlsruhe v. 20. 11. 1954 über die Gestaltung einer künftigen Militärseelsorge. Abschriften dieses Briefes gingen an den Rat der EKD, an die Kirchenleitungen der westdeutschen Gliedkirchen, den Bevollmächtigten des Rates und an die westfälische Kirchenleitung, S. 1-4.

873 Ausschussmitglieder waren: Landesbischof Bender als Vorsitzender, Prälat Kunst, die Oberkirchenräte Dibelius, Heidland, Niemeier, Dekan Schuster, Dekan Putz, Studentenpfarrer Weymann, Pfarrer Münchmeyer.

leicht der Mehrheit der Ratsmitglieder, vielleicht auch nur der Mehrheit der westdeutschen Ratsmitglieder weiterzugeben".[874] Die Uneinigkeit im Rat sei zu bedauern, und Wilm wies darauf hin, dass die Warnung der Brüder aus der Ostzone vor einem Militärbeamtenstatus für die Militärpfarrer ernster gehört werden sollten.

Mit der Einrichtung der Heeresseelsorge stünde die Glaubhaftigkeit der Kirche auf dem Spiel. Hier entscheide nicht die Staatskirche von 1914, auch nicht eine Kirche die der gottlosen Tyrannei des Dritten Reiches entronnen sei, sondern eine, die sich wider das Wettrüsten und für den Schutz des Kriegdienstverweigerers aus Gewissensgründen erklärt habe. Zu bedenken sei auch, dass diese Seelsorge in einer Wehrmacht zu geschehen habe, die politisch sehr umstritten sei und gegen die auch aus dem Raum der Kirche ernste Vorbehalte kämen. Während im letzten Weltkrieg SS, Luftwaffe, Polizeidivisionen, und Volksgrenadierdivisionen von der Heeresseelsorge ausgenommen waren, von denen schreckliche Verbrechen ausgingen, werde der Pfarrer diesmal auch für die Gewissen der Männer Seelsorger sein müssen, die Atomwaffen zu bedienen hätten. Damit werde klar, welche Last auf der Seele eines künftigen Pfarrers beim Militär liege, wenn er seine Aufgabe ernst nehme.

Zu den Äußerungen Wilms und denen des Oldenburger Bischofs Jacobi, der vom Rat der EKD darum gebeten worden war, seinen Vorschlag ,,einer dem Gefüge der Streitkräfte entnommenen Militärseelsorge zur Beratung zu stellen," wurde in der Sitzung des Ausschusses am 25. und 26. November in Herrenalb Stellung genommen.[875] Jacobi hatte seine Vorstellungen in einem Brief an Landesbischof Bender[876] skizziert, die nun als Memorandum vom Ausschuss diskutiert werden sollten. Dieser stellte fest, das Anliegen Jacobis, die Seelsorge der künftigen Verteidigungsarmee solle keine ,,Wehrmachtsseelsorge" werden, sondern kirchliche Seelsorge an Männern, die den Waffenrock tragen, decke sich völlig mit den Vorstellungen des Ausschusses. Auch der Ausschuss habe sich stets bemüht, für die künftige Militärseelsorge Formen zu entwickeln und bereitzustellen, die erwarten ließen, dass sie der Ausrichtung des Verkündigungs- und Seelsorgeauftrages möglichst wenig hinderlich seien.

Hatte Jacobi sich noch in seiner zweiten These dafür eingesetzt, dass der Soldatenpfarrer außerhalb des Gefüges der Armee stehen sollte,[877] kam der Ausschuss zu der Auffassung, hier müsse das Ordnungsprinzip dem geistlichen Prinzip vorgeordnet werden. Der Pfarrer müsse

---

874 NEKA, Bestand 20.01, Nr. 452, Schreiben von Präses Wilm an Landesbischof Bender, S. 2.

875 LKAB, Bestand 603/ B15, Niederschrift von Oberkirchenrat Niemeier über die Verhandlungen des Ausschusses für Fragen der künftigen Militärseelsorge am 25./26. 11. 1954 in Herrenalb, v. 30. 11. 1954.

876 LKAB, Bestand 603/ B15, Brief des Bischofs von Oldenburg, Jacobi, an den badischen Landesbischof Bender v. 20. 11. 1954.

877 Ebenda, ,,Der leitende Soldatenseelsorger (Bischof oder Propst) untersteht dem Rat der EKD. Er hat bei sich zwei Dekane und einen Juristen. Der dienstälteste Dekan und der Jurist halten die Verbindung mit der betreffenden Abteilung des Verteidigungsministeriums".

auf dem Boden des Evangeliums und in der Bindung an Kirche und Bekenntnis stehen, aber das Ausgeklammertsein aus dem Gefüge der Armee sei damit nicht notwendig gefordert. Das Amt des Militärpfarrers erfordere, dass er die ganze Last der Wehrmacht und der militärischen Existenz mittrage, denn Seelsorge ohne Solidarität sei unmöglich.
Wenn der Pfarrer nicht wirklich ,,drin stehe" habe er nur verschwindend geringe Wirkungsmöglichkeiten, da erfahrungsgemäß Aussenstehende leicht auf Widerspruch oder Ablehnung bei den Dienststellen und Angehörigen der Streitkräfte stießen. Alle Länder mit nennenswerten Streitkräften würden nur die eigenständige Militärseelsorge kennen, und diese sei in Deutschland seit 300 Jahren von evangelischen Pfarrern, die innerhalb des Gefüges der Armee standen, getragen worden. Der Ausschuss befürwortete, dass der Pfarrer die Uniform seines Truppenteils ohne Rangabzeichen, aber mit deutlich sichtbarem Kreuz, trage, um so seine Solidarität mit der Truppe auszudrücken.
Zu den Bedenken von Präses Wilm äußerte der Ausschuss seine Bereitschaft, Material bereitzustellen, um eine Beschlussfassung zu ermöglichen. In Übereinstimmung mit dem Rat solle eine ,,Militärkirche" und ein dem Militärbeamtenstatus unterworfener Militärpfarrerstand verhindert werden. Aufschlussreich an der Formulierung ist, wie überzeugt die EKD im Jahr 1954 von dem Aufbau einer deutschen Armee sprach, die doch noch ,,geheim" geplant werden musste:

,,Der Zeitpunkt für Vorlagen an die Kirchenleitungen dürfte erst gekommen sein, wenn die Dinge in das akute Stadium der Entscheidung zu treten beginnen, zumal die Kirche sachlich jeden Anschein vermeiden muß, als könne sie es nicht abwarten, daß deutsche Divisionen aufgestellt werden. Ausgenommen von dieser zurückhaltenden Behandlung ist die baldigst erforderliche Benennung des künftigen Militärbischofs und bzw. oder des künftigen Militärpropster, die zur Verfügung stehen müssen, wenn die Dinge in das Stadium der Entscheidung treten."[878]

Bereits vom Juli 1953 lag ein Vermerk der Dienststelle Blank vor, in dem sich der Referent mit den Aufgaben und dem personellen Aufbau der Dienststelle des Miltärbischofs beschäftigte.[879] Der überarbeitete vertrauliche Referentenentwurf der Dienststelle Blank[880] wurde nun in Herrenalb beraten und die Ergebnisse dem Rat der EKD weitergeleitet. Zur Aufgabe der Seelsorge wurde festgestellt, militärische Feiern mit religiöser Weihe würden schärfstens

878 LKAB, Bestand 603/ B15, Niederschrift von Oberkirchenrat Niemeier über die Verhandlungen des Ausschusses für Fragen der künftigen Militärseelsorge am 25./26.11. 1954 in Herrenalb, v. 30. 11. 1954, Memorandum von Präses Wilm als Anlage.

879 BA- Ma, BW 1/ 313249, fol. 4- 7, Vermerk für Dr. Lubbers in der Dienststelle Blank, über Aufgaben des Militärbischofs, v. 16. 7. 1953. Demnach oblag dem Referenten für Personalfragen auch die ,,Personelle Vorbereitung für den Ernstfall".

880 LKAB, Bestand 603/ B15, Niederschrift von Oberkirchenrat Niemeier über die Verhandlungen des Ausschusses für Fragen der künftigen Militärseelsorge am 25./26. 11. 1954 in Herrenalb, v. 30. 11. 1954, Denkschrift der Dienststelle Blank v. 29.9. 1954, ,,Grundzüge der künftigen Militärseelsorge" als Anlage.

abgelehnt. Auch für die Beteiligung Militärgeistlicher an militärischen Feiern müsse noch eine für alle Religionsgemeinschaften gültige Regelung getroffen werden.
Trotz erheblicher theologischer Bedenken sei die Beteiligung der Militärgeistlichen am lebenskundlichen Unterricht zu bejahen. Es solle eine Kommission aus Angehörigen der beiden Kirchen und der Dienststelle Blank gebildet werden, die Vorschläge für die Thematik und die Durchführung einzelner Stunden erarbeiten solle. Abschließend wurde der Rat darum gebeten, die Grundsatzfrage nach dem ,,eingebauten" hauptamtlichen Militärbischof zu klären. Dieser müsse von anderen Amtspflichten befreit werden, damit die notwendigen Verhandlungen mit der Dienststelle Blank und den Landeskirchenleitungen über die Freistellung von Pfarrern und die Auswahl und Zurüstung der künftigen Militärpfarrer fristgerecht geführt werden könnten.
Im Juli 1955 war die Regelung der künftigen Militärseelsorge[881] weitestgehend beschlossen. In dem Protokoll wurde mitgeteilt, dass für die Vorbereitung, den Entwurf und die Beratung des in Aussicht genommenen Staatsvertrages der Rat der EKD einen besonderen juristischen Ausschuss eingesetzt habe. Verteidigungsminister Blank, der im Juni seine Berufung zum Minister erhalten hatte, wies auf die noch ausstehende gemeinsame Dienstordnung für die Militärseelsorge beider Kirchen hin und mahnte die Einrichtung der zentralen Behörden für die Seelsorge und die Einstellung der ersten dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen an. Prälat Kunst regte an, in den Vorbemerkungen hervorzuheben, dass die Militärseelsorge ein echtes Anliegen auch des Staates sei. ,,Damit werde die Aufgabe der Militärgeistlichen nicht zuletzt solchen Kommandeuren gegenüber, die diesen Dingen nicht das erforderliche Interesse entgegen brächten, wesentlich erleichtert."[882]
Der Rat der EKD hatte inzwischen entschieden, der Militärbischof solle außerhalb der Militärseelsorge- Organisation stehen, im Rahmenvertrag sei aber aufzunehmen, dass diese Regelung nur für drei Jahre gelten solle, um nach Beendigung der Aufstellung von Streitkräften diese Frage erneut zu prüfen. Dieses Problem solle zudem durch einen Briefwechsel zwischen Rat und Bundesregierung geklärt werden. Den Leitern der zentralen Behörden der Militärseelsorge solle auch das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Verteidigungsminister eingeräumt werden, weil bei ihnen das Schwergewicht der gesamten Militärseelsorge liege und der Immediatvortrag die Gelegenheit biete, sich vom Militärbischof unabhängig zu machen.

---

881 EZAB, Bestand 4/ 493, Protokoll der Besprechung v. 27. 7. 1955 über die Regelung der künftigen Militärseelsorge, verfasst von Dr. Niemeier v. 9. 10. 1955. Niederschrift der Besprechungen zwischen Vertretern der Kirchen und dem Bundesministerium für Verteidigung, S. 1- 13.

882 Ebenda, S. 2.

Die personelle Auswahl der Pfarrer wurde dadurch vorbereitet, dass die Landeskirchen Pfarrer zu Kursen nach Bad Schwalbach entsandten. Ab der zweiten Jahreshälfte 1955 wurden etwa 25 Pfarrer in Gruppenpädagogik, wie sie bei den amerikanischen Truppenteilen sowie den ,,labor-service- Einheiten" gehandhabt wurde, geschult. ,,Die bei diesen Einheiten tätigen deutschen Pfarrer hatten an diesem Erfahrungsaustausch wesentlichen Anteil. Hierdurch wurde der lebenskundliche Unterricht wie er für die Bundeswehr vorgesehen war vorbereitet." [883]

Das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem Militärseelsorgevertrag vom 22. 2. 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EKD vermerkte:[884]

,,Die Unterzeichnenden: Franz- Josef Strauss als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und Hermann Kunst Bevollmächtigter des Rates der EKD als Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland sind heute zusammengekommen, um die Ratifikationsurkunde zu dem in Bonn am 22. 2. 1957 unterzeichneten Vertrag zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge nach Artikel 28 dieses Vertrages auszutauschen."

Artikel 1 vermerkte, die Einrichtung einer ständigen Militärseelsorge für die Bundeswehr, und Artikel 2 bestimmte den organisatorischen Aufbau und die Kostenübernahme durch den Staat. Der Vertrag legte auch fest, dass die Militärseelsorge von hauptamtlichen Pfarrern in personalen Seelsorgebereichen oder in Militärkirchengemeinden ausgeübt werden sollte. Ebenso waren in dem Staatsvertrag die Aufgaben und Rechte des Militärbischofs aufgeführt. Im ,,Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr", einer oberen Bundesbehörde, liefen die vom Militärbischof gegebenen kirchlichen Richtlinien für die Arbeit, sowie die verwaltungsmäßigen Anordnungen des Verteidigungsministeriums zusammen. Zum Dienstvorgesetzten aller Militärpfarrer wurde der Militärgeneraldekan ernannt. Das Kirchenamt gab alle Anweisungen verwaltungsmäßiger Art und hinsichtlich des seelsorgerischen Dienstes.[885]
Widersprüchlich und unkritisch gegenüber dem vorher Gesagten zum tatsächlichen Verhandlungsverlauf über die Militärseelsorge fiel der Bericht des Bevollmächtigten Kunst aus dem Jahr 1958 aus:

,,Alle diese Arbeiten wurden wesentlich unterstützt durch die verantwortlichen Beamten und Offiziere der damaligen Dienststelle Blank.[886] Hier waren schon sehr eingehende Überlegungen über alle Fragen angestellt worden, es waren Erfahrungen anderer Staaten gesammelt worden und man hatte eine bestimmte Vorstellung von der Rolle der Militärseelsorge im

---

[883] BA- MA, BW 35/ 105, S. 1-4, Bericht an die Leitungen der Landeskirchen der EKD über die Evangelische Militärseelsorge von ihren Anfängen bis zum 31. März 1958, von dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, Kunst, v. 17. 4. 1958, S. 2 f.

[884] BA- MA, BW 1/ 313086, Regelung der evangelischen Militärseelsorge. Protokoll, Ratifikationsurkunde und Vertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bundesrepublik Deutschland.

[885] BA- MA, BW 35/ 105, fol. 10- 13, Bericht über die Evangelische Militärseelsorge von ihren Anfängen bis zum 31. März 1958, v. Bevollmächtigten Kunst.

[886] Im Juni 1955 erhielt das Amt Blank den Status eines eigenen Ressorts, ab jetzt hieß es Bundesverteidigungsministerium.

Rahmen der neu aufzustellenden Schreibkräfte (Streitkräfte, d. Verfasser). Es muss hier betont werden, dass diese ministeriellen Pläne von einem erstaunlichen Verständnis für die Kirchen und ihre Aufgaben getragen waren. An keiner Stelle ist eine ungute Absicht bemerkbar geworden, die Militärseelsorge für fremde Gesichtspunkte, etwa militärischer Art zu missbrauchen."[887]

Kritischer bewertete Kunst an anderer Stelle die Unterstützung der Militärseelsorge durch die Bundeswehr:

„[...]Nur an ganz wenigen Stellen kam es bisher zu Reibungen. [...]Man muss sich jedoch fragen, inwieweit diese Aufgeschlossenheit der militärischen Vorgesetzten wirklich einem echten Verständnis entspringt. Sicherlich haben viele der Soldaten in den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit ein innerlich tieferes und reiferes Verhältnis zu den Fragen des Glaubens gefunden. [...]Trotzdem wird man sagen müssen, dass im Grossen und Ganzen die Beziehungen zu diesen Dingen das Maß des traditionellen Christentums kaum übersteigen dürfte."

4.5. Reaktionen aus den Landeskirchen zum Militärseelsorgevertrag

Da die Landeskirchen an der Ausarbeitung des Kirchengesetzes zur Regelung der Militärseelsorge nicht beteiligt waren, nahm der Präsident der Bremischen Evangelischen Kirche zu dem bisher abgelaufenen Verfahren Stellung.[888] Durch missverständliche Verlautbarungen der Presse sei der Eindruck entstanden, durch die Unterzeichnung des Vertrages sei die Militärseelsorge bereits geregelt worden. Eine Rückfrage bei der Kanzlei der EKD hab die Auffassung des Kirchenausschusses bestätigt, dass dieser Vertrag vom Staat nach der Art eines völkerrechtlichen Vertrages behandelt werde.

Der Staat sehe in seinem Verhandlungspartner, der EKD, eine autonome Einrichtung entsprechend einem ausländischen souveränen Staat. Es entspreche dem Völkerrecht, dass derartige Verträge zunächst von den Regierungen unterzeichnet und erst dann den Gesetzgebungsorganen zur Entscheidung vorgelegt würden. So müsse die Bundesrepublik den Vertrag noch dem Bundestag, die EKD noch der Synode und den beteiligten Gliedkirchen zur Zustimmung vorlegen.

In der weiteren Diskussion um den Beamtenstatus der Militärgeistlichen, den der Staat als unerlässliche Bedingung gefordert habe, wurde darauf hingewiesen, dass nur der beamtete Militärgeistliche den „Drücker" zu den Kasernen und Stuben in der Hand habe. Der nichtbeamtete sei auf die Gnade des jeweiligen Kommandeurs angewiesen. Auch in allen anderen Ländern der NATO sei eine entsprechende Stellung für die Geistlichen vorgesehen. Die Kirche

---

887 BA- MA, BW 35/ 105, fol. 2 f., Bericht über die Arbeit der Militärseelsorge v. Bevollmächtigten Kunst v. 17. 4. 1958, S. 3.
Kunst war seit 1957 auch Evangelischer Militärbischof mit Sitz in Bonn.

888 LKAHB, Bestand B123/ 23, Niederschrift über den 21. Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche am 1. 3. 1957, Stellungnahmen zum Kirchengesetz der EKD zur Regelung der evangelischen Militär- Seelsorge, v. 11. 3. 1957, S. 8- 13.

erhalte mit dem Vertrag die einmalige Chance, an die ,, junge Mannschaft des Volkes" das Evangelium heranzutragen.
Andere Meinungen kritisierten, dass mit der Zustimmung zu dem Vertrag eine wohlwollende Stellungnahme zur Bundeswehr verbunden sei und ein beamteter Pfarrer von vornherein Grenzen in der Verkündigung des Evangeliums habe. Pastor Garlipp sagte, solche Seelsorger seien ausgeschlossen, die nach ihrem geschärften Gewissen den Soldaten in den Kasernen glaubten sagen zu müssen, sie sollten herauskommen, denn was sie dort täten, sei Sünde, weil das Gebot ,,Du sollst nicht töten" auch im Krieg gelte. Die Anerkennung des Militärseelsorgevertrages stelle ein Politikum besonderer Bedeutung dar, nämlich das offizielle ,,Ja" der EKD zur Wiederaufrüstung, das innerhalb der EKD umstritten sei. Stimmen, wie sie in der Erklärung der Synode von Weißensee und in dem Ratsbeschluss zum Schutz der Kriegsdienstverweigerer zum Ausdruck gekommen seien, könnten von beamteten Militärseelsorgern nicht laut geäußert werden. Deshalb widerrufe die Kirche mit diesem Vertrag alles, was sie früher zu diesem Verhandlungsgegenstand gesagt habe.
Pastor Greiffenhagen führte aus, er habe bereits im Jahr 1938 zu Protokoll gegeben, er könne nicht Militärpfarrer werden, weil er in deren Vorschriften gelesen habe, es sei dessen Aufgabe, den Wehrwillen der Soldaten zu stärken und deren Fundierung zu liefern. Auch heute strecke der Staat nicht aus Liebe zu der Kirche seine Hand aus, sondern weil er den Dienst der Kirche für seine Soldaten brauche. Greiffenhagen verlas Auszüge aus Briefen von Stalingradkämpfern und eine Erklärung, die SS- Männer zur Kenntnis nehmen mussten, ehe sie aus einem amerikanischen Gefangenenlager entlassen wurden: ,,Betört folgtet ihr dem Lockruf einer Irrlehre. Befreit von dem fluchwürdigen und schuldbeladenen Soldatendienst des deutschen Militarismus habt ihr die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass sich in eurer Heimat nie mehr die Neigung zum Waffendienst erhebt."[889]
Deutschland lebe nur noch, um der wenigen Gerechten willen. Dr. Greiffenhagen nannte den aus Bremen stammenden Konsul Duckwitz, der während des Krieges den von der NS- Regierung geplanten Judenmord in Dänemark verhindert habe, es lebe aber nicht, weil es die Atombombe gebe. Die Bejahung des Gesetzes zur Militärseelsorge bedeute die Verleugnung aller Erkenntnisse aus den Schrecken des Krieges. Man dürfe sich nicht täuschen mit dem rührseligen Wort von der Verantwortung für die Soldaten. Wenn die EKD einen Sinn für diese Verantwortung gehabt hätte, dann hätte sie zuerst ein Gesetz für die Wehrdienstverweigerer fordern müssen. Jetzt geschehe Schlimmeres als 1934 geschehen sei. Damals sei die Diktatur bis in den Bremer Kirchentag und in die Kirchenvorstände gedrungen. Das habe bis 1945 gedau-

[889] Ebenda, S. 10.

ert. ,,Jetzt sind wir auf dem besten Weg, parlamentarisch zu wiederholen, was 1934 diktatorisch geschehen sei". Mit dem Vertrag bereite die Kirche das alte Verhältnis zwischen Thron und Altar wieder vor.[890]

Pastor Moltmann gab zu bedenken, dass die EKD einen Vertrag mit der Bundesrepublik abschließe ohne gleichzeitig einen ebensolchen mit der DDR- Regierung wegen der Volkspolizei abzuschließen. Zuvor war erläutert worden, dass sowohl die westlichen als auch die östlichen Gliedkirchen in der Synode der EKD vertreten seien. Zu dem Militärseelsorgevertrag im Westen müssten die beteiligten östlichen Gliedkirchen nicht ihre Zustimmung geben, da er in ihrem Bereich keine Anwendung finde. Alle Gliedkirchen der DDR hätten in ihrem Bereich ebenfalls bei der dortigen Regierung einen solchen Vertrag angestrebt. Überlegungen dieser Art verwarf Propst Grüber in einem Brief an den Ratsvorsitzenden Dibelius.[891]

Er bedauere es, Dibelius auf der Synode nicht widersprochen zu haben, als dieser gesagt habe:

,,Ich würde es begrüßen, wenn Sie in die Lage versetzt würden, einen gleichen Seelsorgevertrag mit der Regierung der DDR abzuschliessen." Viele seien mit ihm der Meinung, dass man einem solchen Vertrag auf das Ernsteste widersprechen müsste und dass erst recht im Osten ein solcher Militärseelsorgevertrag unmöglich sei, nachdem leitende Geistliche von der Truppe angestellt wurden. Die Einheit der EKD werde daran nicht zerbrechen, aber das wechselseitige gemeinsame Arbeiten, Beraten und Helfen werde in Zukunft in beiden Teilen der Kirche unmöglich gemacht werden.

Kritisch setzte sich Grüber mit der Militärseelsorge in einem Brief an den Bevollmächtigten des Rates der EKD, Kunst, auseinander.[892] Nach seiner Einschätzung sähen die Militärs auch heute noch ihre Hauptaufgabe darin, dem Soldaten bei einer fragwürdigen Handlung und Haltung ein gutes Gewissen zu geben. Im ,,Dritten Reich" lautete der Vorwurf gegen die Militärseelsorge, dass sie zu den Schandtaten nicht nur geschwiegen habe, sondern auch noch den Durchhaltewillen gestärkt habe. Eingehend auf seine kritischen Äußerungen im ,,Spiegel" zum Partisanenkrieg und zum Atomkrieg schrieb er, die Vorbereitung eines solchen Krieges sehe er als Verbrechen an, gerade für die Deutschen. Kunst sollte Oberst Wilcke zu dessen Ausführungen zum Partisanenkrieg klar machen, dass die unüberlegte Übernahme eines Dokumentes (Partisanenkrieg), das dem Geist des Kalten Krieges und der psychischen Kriegsaufrüstung diene, um nicht zu sagen der Kriegshetze, zu verurteilen sei.

---

890 Ebenda.

891 GStA PK, VI. HA Nachlass Grüber, Nr. 408, Brief Grübers an Bischof Dibelius v. 22. 4. 1958.

892 GStA PK, VI. HA Nachlass Grüber, Nr. 500, Brief Grübers an Kunst, Stellungnahme zur Militärseelsorge v. 4. 8. 1959.

In weiteren Stellungnahmen[893] zur Militärseelsorge hieß es, Aufgabe des Soldatenseelsorgers sei es, den Soldaten in der Versuchung ihres Standes beizustehen. Die Kirche wolle wie bei den Gefangenen das Evangelium verkünden, sie habe es sich bei der Frage der Wiederbewaffnung nicht leicht gemacht. Auch während der NS- Zeit seien nicht alle Militärgeistlichen Büttel des Regimes gewesen. Einmütig hielt die Versammlung fest, dass unter den Soldaten der Bundeswehr Seelsorge geübt werden müsse und das alte Militärkirchenwesen nicht wiederkehren dürfe.

Ein Jahr später vermerkte Präses Kunst in seinem Bericht über die Arbeit der Militärseelsorge[894] zu den Bewerbern, es hätten sich etwa achtzig Personen bis März 1958 um den Dienst beworben, die aber alle nicht brauchbar gewesen seien. Darunter seien sehr viele gescheiterte Theologen gewesen, die auf diese Weise eine neue Existenz finden wollten. Das Verhältnis der Militärpfarrer zu den Soldaten sei, abgesehen von den Truppenführern, im Ganzen positiv zu werten. Dort, wo die Kirche sich dem Gespräch und der Diskussion stelle, stoße sie bei den Soldaten auf großes Interesse.

Mit Nachdruck wies Kunst darauf hin, dass schon jetzt zwei Drittel der Planstellen für die Militärpfarrer nicht besetzt werden könnten, dies könne nur zu einer kranken Entwicklung der Militärseelsorge führen. Bisher seien von den Militärpfarrern zum aktuellen Thema der Atomfrage die Erklärungen des Rates und der Synode vertreten worden.[895] Die bevorstehende Synode oder der Rat müssten sich nun aber eindeutig zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und zu den von den Bruderschaften vorgelegten Thesen äußern.[896]

Vornehmlich den politischen Parteien der Opposition durch die SPD vertreten, war es in den nächsten Monaten vorbehalten, durch Anfragen im Bundestag auf vermeintliche Entgleisungen von Bundeswehrangehörigen zu reagieren. Während Militärbischof Kunst von der Synode und dem Rat der EKD Unterstützung zur Argumentation für die atomare Ausrüstung der Bundeswehr anforderte, äußerte sich Generalinspekteur Heusinger dahingehend, dass mit den

---

893 LKAHB, Bestand B123/ 23, Niederschrift über den 21. Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche am 1. 3. 1957, Stellungnahmen zum Kirchengesetz der EKD zur Regelung der evangelischen Militär- Seelsorge, v. 11. 3. 1957, S. 12- 13.

894 BA- MA, BW 35/ 105, fol. 2-3, Bericht an die Leitungen der Landeskirchen der EKD über die Evangelische Militärseelsorge von ihren Anfängen bis zum 31. März 1958, von dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, Kunst.

895 BA- MA, BW 35/ 105, fol.9, S. 1, Bericht des Evangelischen Militärbischofs an die Leitungen der Landeskirchen der EKD über die Militärseelsorge, v. 17. 4. 1958.

896 In einem Antrag auf der Berliner Synode der EKD im Frühjahr 1958 veröffentlichten die Bruderschaften in Rheinland und Westfalen zehn Ablehnungsthesen zur Atomrüstung. Darin hieß es: „ Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar.Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens ", in: Evangelische Stimme zur Atomfrage, S. 57 f., zit. nach Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 175.
Vgl. Evangelischer Pressedienst- Zentralausgabe- Nr. 72 v. 26. 3. 1958, zit. nach NEKA, Bestand 11.02, Nr. 91b, Landesbischof Haug über die Gegenwartsaufgaben der EKD. Aus dem Jahresbericht vor dem württembergischen Landeskirchentag.

Aufrufen und Kundgebungen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen im Volk ,,eine Verwirrung der Gedanken und Gewissen getragen worden sei. [...]Eine Aktion gegen den Atomtod dient weder dem Frieden noch der Freiheit. Sie dient nur der sowjetischen Politik, die als einzige Frieden und Freiheit bedroht."[897]

Die SPD fragte den Verteidigungsminister, ob er die diskriminierende Ausdrucksweise und das Eingreifen eines hohen Offiziers in die politischen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes billige. Strauß erwiderte,[898] der von der SPD beanstandete Absatz sei in dem Vortrag des Generalinspekteurs nicht enthalten. Der Vortrag sei auf Tonband mitgeschnitten, der beanstandete Passus in dem Aufsatz ,,Militärische Fragen der Verteidigung" sei erst nach der Wahl in Nordrhein- Westfalen erschienen. Der Generalinspekteur habe nicht in den Wahlkampf eingegriffen, weil er auf einer Arbeitstagung des Evangelischen Arbeitskreises zu militärfachlichen Fragen Stellung genommen habe.

Trotz des Zeitdrucks, der auf der militärischen Führung lastete, die angeforderten Truppen rechtzeitig in Dienst zu stellen, zeigt das abschließende Dokument, dass in den beteiligten Ministerien der Humor nicht zu kurz kam. Brentano versuchte die Sorgen des Verteidigungsministers dadurch zu erleichtern, indem er eine Dissertation zitierte, die eine Bürgerwehr aus dem Jahr 1751 zum Thema hatte, in der Witwen Bürgerdienste zu leisten hatten.[899] Da es auch im Stand der Witwen unberechenbare Individuen gebe, bat er allerdings darum, seinen Namen nicht zu nennen, als er Strauß den Rat gab, im Zeitalter der Gleichberechtigung auch Frauen einzuziehen.

---

[897] StAB, Bestand 3/ 4- 11, Kleine Anfrage der SPD im Deutschen Bundestag zu Reden des Generalinspekteurs Heusinger vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU während der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 6.- 7. Juni 1958. Drucksache 622 vom 5. 11. 1958, Ollenhauer und Fraktion.

[898] StAB, Bestand 3/ 4- 11, Drucksache 661 vom 18. 11. 1958, Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD. Der Bundesminister für Verteidigung, betr.: Reden des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Heusinger.

[899] PAAA, Bestand B1, Band 58, Schreiben Brentanos an Bundesverteidigungsminister Strauß, v. 4. 5. 1959, darin ermunterte der Minister für Auswärtiges (seit 8. 6. 1955) seinen Kollegen, die Wehrpflicht auf die Witwen in der Bundesrepublik auszudehnen, dies würde die Zustimmung aller anderen Frauen finden und die Popularität der Bundeswehr erheblich steigern. Die Sowjetunion könnte allerdings eine solche Maßnahme als erneuten Beweis einer aggressiven Gesinnung auslegen. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, gegen den Verzicht des Wehrdienstes der Witwen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr einzuhandeln.

V. Schlussbetrachtung

Abschließend soll auf die einleitend gestellten Fragen zum Thema der Dissertation eingegangen und die Erkenntnisse zusammen gefasst werden. Ausgehend von der Frage, warum sich die Siegermächte untereinander nicht mehr verständigen konnten, kam es darauf an herauszustellen, dass es bereits kurz nach Kriegsende deutsche Offiziere gab, die sich über die Sicherheitslage des zerstörten Deutschlands Gedanken machten. Erstaunlich daran ist, dass zu dieser Zeit noch gar nicht absehbar war, wie sich das Verhältnis der Sieger gegenüber den Besiegten entwickeln würde. Offiziere aus dem ehemaligen Generalstab lehnten teils aus ihrer politischen Gesinnung die Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite ab, andere verweigerten sich den westlichen Alliierten. Die Lösung der Kriegsverbrecherfrage spielte ebenso eine Rolle wie auch die ungelöste Versorgung.

Der soziale Aspekt hatte eine große Bedeutung, gerade ältere Offiziere, die aus der Gefangenschaft entlassen worden waren, hielten sich und ihre Familien mit Naturalien über Wasser, die sie als Gegenwert für angefertigte Studien erhielten. Intensive Verbindungen zur amerikanischen Siegermacht ergaben sich für viele deutsche Offiziere durch die Absicht der Sieger, für die Geschichtsschreibung die in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten über den Verlauf des Krieges aus deutscher Sicht zu befragen. Trotz dieser teilweise engen Zusammenarbeit lässt sich nicht behaupten, dass diese Personen oder Dienstgruppen, die für die Besatzungstruppen arbeiteten, als westdeutscher Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung angesehen werden konnten oder gar von den Amerikanern eingeplant wurden.[900]

Es wurde ferner gezeigt, dass sich bereits in den ersten Jahren nach Ende des Krieges Einzelpersonen, Organisationen und Gruppen mit der Sicherheit Deutschlands und dem Aufbau von Truppenverbänden beschäftigten. Teils im Verborgenen, teils offiziell von den Alliierten genehmigt, wurden Probleme der Sicherheitslage in den Westzonen erörtert. Eine Neutralisierung Deutschlands wurde ebenso abgelehnt wie die Entwicklung einer nationalen Armee. Politische Strömungen in den USA arbeiteten ab Mitte des Jahres 1948 auf einen schnellen und grundsätzlichen Wandel der Deutschlandpolitik auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik hin. Nur so ist die Arbeit des Deutschen Büros für Friedensfragen zu erklären. Die Informationen und Verbindungen, die es für seine Tätigkeit benötigte, können nur von höheren Rängen der US- Militärregierung akzeptiert und gefördert worden sein.[901] Dabei spielten die französischen Sicherheitsbedenken stets eine große Rolle.

Der Pleven- Plan mit seinem revolutionären Vorschlag supranationaler europäischer Streit-

---

900 Hackl, Vorwort, S. VII..
901 Höfner, Aufrüstung, S. 95.

kräfte war rein politisch motiviert. Das Hauptziel war, die Bundesrepublik vom atlantischen Bündnis fernzuhalten. Der französische Vormachtanspruch über Deutschland sollte gesichert werden. Noch im Februar 1952 begründete der französische Außenminister Schuman vor dem NATO- Rat in Lissabon die Notwendigkeit der EVG damit, dass Deutschland einer speziellen Art von ,,containment" unterworfen werden müsse und sich die NATO hierfür nicht eigne. Die Planung deutscher Streitkräfte hieß Programmierung der politischen Zukunft der Bundesrepublik. Die Westmächte standen dabei ständig vor dem Doppelproblem ihrer Sicherheit vor bzw. größerer Sicherheit mit Westdeutschland.[902]

Ausgangspunkt westlicher Überlegungen war die bestmögliche Nutzung des Verteidigungspotentials der Bundesrepublik für das westlicheVerteidigungssystem. Zum Umfang der Streitkräfte hieß es im Dezember 1950: vom militärischen Standpunkt ist der größte mögliche Beitrag wünschenswert. Das deutsche Potential sollte maximal genutzt werden, um den höchsten Grad militärischer Wirksamkeit zu erreichen. Deshalb war der größte national geschlossene Truppenverband anzustreben. Dies war genau das Gegenteil dessen, was der Pleven- Plan mit seinem möglichst niedrigen Integrationsniveau beabsichtigte. Ein weiteres Ziel war die Fesselung, Integration und Kontrolle der Bundesrepublik. Die größte denkbare militärische Bedrohung sah die NATO in einer deutsch- sowjetischen Allianz. Wenn Westeuropa ohne deutsche Beteiligung nicht verteidigt werden konnte, so war seine Verteidigung bei einem Zusammengehen von Bonn und Moskau vollends unmöglich. Deutschland galt als das entscheidende Objekt des Kalten Krieges und als Zentrum des Kampfes zwischen Ost und West.

Für Bundeskanzler Adenauer war die Wiederbewaffnung der neu gegründeten Bundesrepublik eine Notwendigkeit, eine Armee gehörte zur Grundausstattung eines souveränen Staates. In der Aufrüstung Westdeutschlands sah er ein geeignetes Mittel, die Sicherheit und die Souveränität des Landes zu erreichen. Die deutsche Delegation bestand auf dem Aufbau einer eigenen Marine zum Schutz der Ost- und Nordseeküste und zur Sicherung der Landstreitkräfte gegen amphibische Angriffe. Der Umfang des deutschen Kontingents fand im EVG- Vertrag keine genaue zahlenmäßige Festlegung. Vorgeschrieben wurde die Zahl und der Typ der Divisionen, dies betraf auch Flugzeuge und Schiffe. Ein weiterer Erfolg der Delegation bestand darin, dass sie die Aufstellung der deutschen Truppen und den Aufbau der Territorialorganisation durch einen deutschen General vornehmen ließ. Geplant waren hierfür das Kommissariat oder der Europäische Generalstab.

Wenn auch die EVG scheiterte, wurde die Bundesrepublik vom besiegten und okkupierten Land zum gleichberechtigten Partner. Mit der Eingliederung in die NATO war auch die Ein-

---

[902] Meier- Dörnberg, Politische und militärische Faktoren, S. 271 f.

führung von neuen Begriffen verbunden. Der Primat der Politik führte zu einem neuen Verhältnis von Militär und Politik. Dazu gehörte die Innere Führung und das Prinzip einer zivilen Wehrverwaltung, die mit dem Aufbau des Amtes Blank und des späteren Verteidigungsministeriums entstanden. Graf von Baudissin hatte an dem Konzept der Inneren Führung maßgeblichen Anteil. Mit diesem Konzept wurde die Integration der Armee in den demokratischen Staat und dessen gesellschaftliche Ordnung angestrebt. Hiermit sollten Fehlentwicklungen wie in der Weimarer Republik, als sich die Reichswehr zu einem ,,Staat im Staate" entwickelte, vermieden werden. Dem Soldaten als ,,Staatsbürger in Uniform" wurden die Menschen- und Bürgerrechte garantiert, soweit dies unter militärischen Erfordernissen möglich war.[903]

Schwierigkeiten bereitete der Übergang von einer militärisch rein konventionellen gerüsteten Organisation wie der EVG, weil aus politischer Rücksichnahme jede Alternativüberlegung abgelehnt worden war. In der kurzen Zeit nach dem Scheitern der europäischen Lösung vom August 1954 bis Mai 1955 gab es für die Planer im Amt Blank nicht genügend Zeit und Möglichkeiten, um sich auf die Veränderungen und Anforderungen durch die NATO umzustellen. Deren Mitglieder wiederum gewährten den Deutschen als ,,Nochnicht- Mitglieder" keine Einsicht in die strategische Planung, erwarteten aber, dass die Organisation und Gliederung der deutschen Streitkräfte den Bedingungen eines Nuklearkrieges angepasst wurden. Den deutschen Offizieren wurden gerade so viele technische Details mitgeteilt, um sich an den Diskussionen um mögliche Gliederungsformen zu beteiligen.

Im Offizierskorps der Bundeswehr entstanden zwei Hauptgruppen in der Einschätzung von Nuklearwaffen. Die einen sahen in der Aufrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen einen notwendigen Schritt, um bei der zukünftigen NATO- Planung entsprechen Einfluss ausüben zu können. Die andere Gruppe verstand die Nutzung von Atomwaffen als konsequente Weiterentwicklung einer Kriegsführungsstrategie zur Abschreckung. Sie sah diese Waffen als geeignet an, um die Schwäche von konventionellen Waffen auszugleichen. Die Haltung des neuen Verteidigungsministers Strauß beeinflusste die bundeswehrinternen Kräfteverhältnisse und veränderte die militärische Einstellung zu Atomwaffen. Die Langzeitwirkung dieser Waffen wurden aus heutiger Sicht in unverantwortlicher Weise unterschätzt.[904]

Die Sowjetunion ermahnte die westdeutsche Regierung zu einer eindeutigen Aussage hinsichtlich der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen oder der Stationierung ausländischer Truppen mit Atomwaffen auf ihrem Territorium [905]. Der sowjetische Botschafter wies

---

[903] Schildt, Aufbau der Bundeswehr, S. 19.

[904] Theiler, Rezeption der NATO- Nuklearstrategie S. 511 f.

[905] PAAA, B14- 301, Band 30 B, Schreiben des Botschafters Smirnows an Bundeskanzler Adenauer. In einer

darauf hin, dass die Stationierung von Kernwaffen ausländischer Mächte nicht ohne Einverständnis der Bundesrepublik erfolgen könne. Er erbat die Stellungnahme Adenauers bezüglich der Sicherheitsinteressen beider Staaten.

Erklärungen des Bundeskanzlers zur gleichwertigen Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen fanden auch in der amerikanischen Presse große Beachtung.[906] Während die Veröffentlichungen der kritischen deutschen Wissenschaftler zur Atombewaffnung mit ,,Deutsche Wissenschafler tun den Russen einen Gefallen" kommentiert wurden, zollte man dem Bundeskanzler Beifall dafür, dass er sogleich auf den Kern der Sache gekommen sei, und sich für ein allgemeines kontrolliertes Atomwaffenverbot ausgesprochen habe. ,,Aber wenn sie glaubten, dass nur Deutschland keine Atomwaffen besitzen solle, so ist dies eine Frage der Außenpolitik und nicht der Wissenschaft", so Adenauer. Die Tragödie dieser Atomwissenschaftler sei, dass sie ihre moralischen Gesichtspunkte zu einer Zeit angemeldet hätten, in der die Realität der sowjetischen Drohung zur Folge habe, dass sich ihr Pazifismus mit dem Wunsch zu überleben nicht vereinbaren ließe.

Nachdem die Sowjetunion ebenfalls bis Ende der fünfziger Jahre die Nuklearrüstung abgeschlossen hatte, und die Supermächte einen Gleichstand der Kernwaffenarsenale erreicht hatten, war das amerikanische Monopol gebrochen.[907]. Den handelnden Akteuren in der Bundesrepublik, die eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchgesetzt haben, ist ein zielgerechtes politisches Handeln und die erfolgreiche Realisierung ihrer Pläne nicht abzusprechen. Dies konnte nur mit Einklang, Billigung und Unterstützung der wichtigsten Schutzmacht gelingen. Dabei waren die USA der einflussreichste Vertragspartner in der NATO.

Die Atombewaffnung der Bundesrepublik war auch ein Instrument, um den Machtstatus der anderen westeuropäischen Staaten zu erlangen, die zu dieser Zeit über Europa hinaus als führend angesehen wurden. Die Nuklearbewaffnung wurde lange Zeit nur als notwendige Antwort unter dem Gesichtspunkt des Kalten Krieges gesehen. Dabei wurde übersehen, dass die Militärpolitik von Adenauer und Strauß auch zum Ausbau der nationalen Macht führte. Bereits im Jahr 1957 stellte man im Bundesverteidigungsministerium zufrieden fest, die Besetzung integrierter Stellen in NATO- Stäben mit deutschen Offizieren mache Fortschritte. Die ,,Kunst des Hauses" bestehe darin, das richtige Ausmaß der Eingliederung in die NATO zu

---

Note v. 27. 4. 1957 beruft sich Smirnow auf das Gespräch mit Adenauer und Außenminister von Brentano am 25. 4., in dem nichts gesagt wurde, dass die Regierung der Bundesrepublik nicht beabsichtige, die Bundeswehr atomar auszurüsten.

906 PAAA, Bestand B1, Band 57, Fernschreiben des deutschen Botschafters Dr. Krekeler an das Auswärtige Amt in Bonn, v. 16. 4. 1957. Beachtung von Presseverlautbarungen des Herrn Bundeskazlers in der Zeitung ,,Detroit Free", S. 2.

907 Schubert, Sicherheitspolitik Teil 2, S. 33.

finden.[908]

Um hierfür auch im Ausland die nötige Zustimmung zu erhalten, bedurfte es der Unterstützung durch das Auswärtige Amt. Der Stab des Hauses war darum bemüht, für die Botschafter Instruktionserlasse herauszugeben, um die offenen Fragen bezüglich des Aufbaus der deutschen Streitkräfte zu klären. Unterschiedliche Auffassungen konnten aber auch dadurch ausgeräumt werden, indem das Rüstungsgeschäft ausgebaut wurde. Trotz der Nichterfüllung der Planzahlen bei der Rekrutierung von deutschen Soldaten hinderte dies den amerikanischen Verteidigungsminister nicht, umgehend die Bestellung von Panzern durch die Bundeswehr bei der Firma Chrysler anzumahnen, um der Firma Planungssicherheit für die Produktion zu geben.[909]

Die deutsche Politik zur Wiederaufrüstung wäre wohl nicht so erfolgreich verlaufen, wenn es dem Bundeskanzler nicht gelungen wäre, sie als einzigen gangbaren Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands darzustellen. Hinzu kam, dass sowohl in der Selbsteinschätzung der Westdeutschen wie auch in der Sicht des Auslands die Bundesrepublik als Teil des Westens gesehen wurde,[910] die damit auch einer Wertegemeinschaft der westlichen Länder angehörte, der Deutschland zumindest bis 1945 nicht angehörte. Das Sicherheitsbedürfnis der Westdeutschen konnte mit einer Politik der Westintegration durch den überzeugten Antinationalisten Adenauer befriedigt werden.

Fast anachronistisch wirkte dagegen die Aufforderung der Union der Evangelischen Kirche im Jahr 1955, sich der Ausgangslage des Jahres 1945 zu erinnern: ,,Gottes unverdiente Gnade hat unserem Volk vor zehn Jahren noch einmal eine Frist gegeben zu leben. Wir sehen darin ein hohes Angebot Gottes, begangene Schuld zu erkennen."[911] Politisches Handeln sollte primär Handeln aus Überzeugung, Gesinnung und individueller Moralität sein. Protestanten waren aber stärker als Katholiken auf sich gestellt und deshalb stets gefährdet, einer weltlichen Autorität einen religiösen Kredit zu geben.[912]

Nach dem Kriegsende und während der Besatzungszeit der Siegermächte wirkten im Protestantismus obrigkeitsstaatliches Denken, antidemokratische Einstellungen und konservativ-

---

908 BA- MA, BW 9/ 2527, Besprechung in der Abteilung IV A, v. 1.2. 1957, Brigadegeneral de Maizière zur Besetzung militärischer Stellen.

909 Vgl. Kapitel ,,Beurteilung des deutschen Wehrbeitrags durch das Ausland".

910 Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 15. Vgl. Heinrich August Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschlans seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/ 91, v. 27. 9. 1991, S. 15. Vgl. Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 2.

911 GStA PK,VI. HA, Nr. 136, Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche der Union zur Wiedervereinigung unseres Volkes v. 6. 5. 1955 in Berlin- Spandau.

912 Friedrich Wilhelm Graf, Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart, München 2006, S. 96 f. ,, Die deutschen Nationalismen wurden primär mit protestantischen Integrationsmustern konstruiert ".

reaktionäres Gedankengut weiter.[913] Die westlichen Siegermächte waren aber bereit, die evangelischen Kirchen am Demokratisierungsprozess des deutschen Volkes mitarbeiten zu lassen, wenn sie deren Äußerungen zur nationalen Frage und zum Kommunismus auch oftmals in Frage stellten.

Bereits im Jahr 1948 bezog die EKD Stellung zu Kriegsdienstverweigerung und Friedensfragen und orientierte sich dabei an den Verfassungen der Länder. Zu Fragen des Krieges fand die evangelische Kirche keine einheitliche Auffassung, Luthers Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg spaltete die Kirche. Gegner der Aufrüstung in den unierten und reformierten Kirchen, insbesondere des Rheinlandes, Westfalens und der Pfalz sowie in Berlin- Brandenburg und Hessen- Nassau, die im Bruderrat der EKD oder in den kirchlichen Bruderschaften organisiert waren, interpretierten die Kriegsniederlage als Gottesurteil und distanzierten sich von aufkommenden Aufrüstungsgedanken.

Die eingangs gestellte Frage, ob sich die Auseinandersetzungen um die Aufrüstungsschritte in den Dikussionen der kirchlichen Gremien widerspiegelten muss eindeutig bejaht werden. Sie wurden nicht immer öffentlich geführt, es bildeten sich kleine Kreise, in denen nicht alle Kirchenführer willkommen waren. Es gab aber auch keine kirchliche Einrichtung, die sich ohne Widerspruch für oder wider die Wiederbewaffnung hätte aussprechen können. Es fehlte an einer Autorität, der am Ende die festgelegten Gruppen hätten folgen können.

In den nächsten Jahren war es dem Rat der EKD nicht mehr möglich, zwischen den unterschiedlichen Auffassungen der Landeskirchen und den Männern aus der Kirchenleitung zu vermitteln. Hinzu kam die Schwierigkeit, bei allen kirchlichen Entscheidungen und Auseinandersetzungen daran zu denken, welche Auswirkungen sie auf die Landeskirchen in der ,,Ostzone" haben könnten. Dabei überrascht, dass die Kirchenvertreter aus Ostdeutschland gerade nicht die Ansichten Heinemanns oder Niemöllers zur Wiederbewaffnung unterstützten. Präses Kreyssig sah in der Stärkung des Westens die beste Hilfe für die Menschen im Osten und vergaß nicht, auf die ökonomischen und politischen Vorzüge der westlichen Demokratie zu ver-

---

913 Die politische Kultur Deutschlands sei über Jahrhunderte von dem Geist der militärisch- feudalen Untertanengesinnung und einer Theologie geprägt worden, die diese politische Kultur als religiös gebotene Haltung stützte, zit. nach Martin/ Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München- Leipzig 1993, S.208 f.
Vgl. Werner Jochmann, Evangelische Kirche und politische Neuorientierung in Deutschland 1945, in: Imanuel Geiss/ Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973, S. 545- 562, hier S. 562. Kritisch äußert sich der Autor zu der nationalistischen Tradition des Protestantismus. Die starke Traditionsgebundenheit in der evangelischen Kirche habe die Ansätze zu einer geistigen und politischen Neuorientierung des deutschen Volkes zunichte gemacht, zit. nach Sauer, Westorientierung, S. 12 f.
Vgl. Hermann- J. Rupieper, Grundzüge der Besatzungspolitik in Deutschland. Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945- 1949/ 55, Berlin 1999, S. 46.

weisen.[914]

Einigkeit im Rat bestand nur in dem Wunsch nach der Wiedererlangung der Einheit und der Absicht, in der Frage der Wiederbewaffnung Verweigerern einen umfassenden Schutz zu gewähren. Daraus darf nicht geschlossen werden, die evangelische Kirche habe einmütig den deutschen Beitrag zur Verteidigung abgelehnt.[915] Prominente Gegner der Wiederbewaffnung, wie Niemöller und Heinemann, mischten sich öffentlichkeitswirksam in die Diskussionen ein, hatten aber in der Kirchenleitung keine mehrheitliche Unterstützung, was sich an der stagnierenden Zahl der in der Öffentlichkeit auftretenden Aufrüstungsgegner aus der Kirchenleitung zeigte.[916]

Nur selten nutzte die EKD den Rundfunk, der ein zentrales Massenmedium der fünfziger Jahre war, um Stellungnahmen zur Wiederbewaffnung abzugeben. Die Themenwahl der Rundfunkanstalten folgte den politischen Entscheidungen der Aufrüstung. Interviews beschränkten sich auf solche mit Vertretern der Regierung, der Koalitionsparteien und der parlamentarischen Opposition. Kirchenvertreter oder Stimmen aus der außerparlamentarischen Protestbewegung fanden bei der größten Sendeanstalt, dem Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR), keine Berücksichtigung.[917] Eine Ausnahme war die Sendung zur ausstehenden EVG- Ratifizierung, an der auch ein Kirchenvertreter teilnahm.[918]

In der Diskussion zeigte sich sehr schnell, wie unterschiedlich die Auffassung zwischen den Regierungsparteien und Gollwitzer zum Begriff des Militarismus waren. Baudissin definierte Militarismus dahingehend, dass der ,,Grenzfall des Krieges Normalfall" werde. Gollwitzer fragte, ob bei dem technischen Stand der Kriegsführung Begriffe wie Menschlichkeit nicht anachronistisch seien und verwies auf die sich verbreitende Meinung, dass zur ,,Ehre" eines Volkes ein starkes Militär gehöre, hier setze der Militarismus an.[919]

---

914 Greschat, Der Protestantismus, S. 67. Vgl. Lotz, Evangelische Kirche, S. 101. Vgl. Anselm Doering- Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 13.

915 Während in der EKD im Jahr 1951 darüber gestritten wurde, ob man zu den politischen Diskussionen über die Wiederbewaffnung Stellung nehmen dürfe, war man sich im Deutschen Büro für Friedensfragen seit 1948 darüber im Klaren, dass sich die Konzeption der Entmilitarisierung überlebt hatte. Vgl. Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik, S. 141.

916 Vgl. Doering- Manteuffel, Die Kirchen und die EVG, S. 335. Vgl. Hanke, Die Deutschlandpolitik, S. 124 f.

917 Vgl. Philipps, Die Frage, S. 212. Der Autor weist darauf hin, dass der Süddeutsche Rundfunk auch kirchliche Vertreter an den Diskussionsrunden beteiligte und aufeinanderfolgende Sendungen aus der Evangelischen Akademie in Bad Boll verschiedene Standpunkte zur Wehrfrage ansprachen.

918 „Das Loccumer Gespräch: Remilitarisierung" v. 17.3. 1954. Teilnehmer waren Jürgen Eggebrecht als Gesprächsleiter des NWDR, Erich Mende von der FDP, Claus Arndt von der SPD, Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin als Militärexperte und Mitarbeiter der Dienststelle Blank sowie der Theologe Gollwitzer. In der Sendung ging es um das selten angesprochene Problem eines möglichen Zusammenhangs zwischen Militärplanungen und gesamtesellschaftlichen Negativfolgen, zit. nach Philipps, Die Frage, S. 267.

919 Ebenda, S. 268.

Eine wichtige Verbindungsstelle des Rates der EKD zu den politischen Parteien war das ,,Büro Kunst", über das der Superintendent Hermann Kunst Kontakte zu den Organen der Bundesregierung herstellte. Als Vertreter der EKD sprach er mit entscheidenden Mitgliedern der Parteien, um einerseits den protestantischen Einfluss zu mehren und andererseits über die Willensbildung innerhalb der Partei informiert zu sein. Durch sein gutes Verhältnis zum Bundeskanzler konnte er sehr zielorientiert wirken. Während der Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Heinemann zeigte sich aber auch, dass die Bundesregierung einen starken Rückhalt in der EKD besaß, der Konflikt wurde nicht in die Kirche hineingetragen.
Ein einflussreicher Repräsentant des evangelischen Flügels in der CDU war Hermann Ehlers. Nachdem er im Jahr 1950 nur mit Mühe zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde, war er für den Bundeskanzler hinsichtlich der protestantischen Wählerschichten sehr wichtig. Im kirchlichen Bereich hatte er die Unterstützung des Ratsvorsitzenden Dibelius, vor allem bei den Gesprächen zwischen Ost und West. Nach dem 17. Juni 1953 nahm er aber im Gegensatz zu Heinemann oder Niemöller von dem Ziel der Wiedervereinigung Abschied. In der Wiederbewaffnungsfrage wurde er allmählich zur Reizfigur ehemaliger Freunde in der EKD, seine Unterschrift der Erklärung auf dem Parteitag der CDU in Goslar rechtfertigte er damit, doch nur als ,,etwa fünfzigster" unterschrieben zu haben. In den Gremien der Bekennenden Kirche wurde Ehlers immer mehr isoliert.[920]
Die Gruppe der Lutheraner beharrte auf der Forderung nach Trennung der Bereiche Verkündigung und Politik. Daran änderte auch die Erinnerung an den Missbrauch staatlicher Gewalt in der Vergangenheit nichts, dem Staat wurde das Recht der Schwertgewalt zugebilligt. Damit bestand die Bereitschaft, in der Frage der Wiederbewaffnung die Regierungspolitik mitzutragen, selbst wenn die Einheit der EKD dadurch gefährdet wurde und die unterschiedlichen Auffassungen über den richtigen Weg noch stärker zu Tage traten. Als Repräsentant des lutherischen Flügels betätigte sich Eberhard Müller politisch, um für die Politik des Bundeskanzlers in den evangelischen Akademien zu werben und den Gegnern der Aufrüstung offen den Kampf anzusagen.
Selbst kritische Stellungnahmen aus den Bonner Ministerien und der Dienststelle Blank, die mit dem Aufbau von deutschen Kontingenten befasst waren, lieferten der EKD nicht die Argumente, um den Kreis der Wiederbewaffnungsgegner zu vergrößern. Obwohl auch von Regierungsseite davor gewarnt wurde, militärische Ausgaben könnten soziale Mindestleistungen schwächen, oder der Bund könne die wichtigsten Wiederaufbau- und Sozialbedürfnisse nicht

---

920 Vgl. Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 215- 221.

ausreichend befriedigen[921], fanden diese Argumente in der Kirchenleitung kaum ein Echo, trotz massiver zeitgenössischer Kritik.[922]

Als sich im Jahr 1958, anlässlich des nordrhein- westfälischen Landtagswahlkampfes, die Klagen über das Auftreten von hohen Bundeswehroffizieren bei öffentlichen Wahlveranstaltungen der CDU häuften, waren es die Parteien, die sich mit Anfragen im Bundestag darüber beschwerten. Die Bundesregierung wurde gefragt, was sie dagegen zu tun gedenke, um eine Propagandatätigkeit von Offizieren der Bundeswehr für bestimmte Parteien zu unterbinden.[923] Institutionen aus der EKD nahmen keinen Anstoß an weiteren Auftritten von Bundeswehrangehörigen bei ähnlichen Veranstaltungen,[924] sie zwangen keine Regierungsvertreter zu den öffentlichen Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen.

Der Verteidigungsminister bestritt die Vorwürfe, es genügte seine Aussage, die Soldaten nochmals zu belehren, dass geschlossene Versammlungen, sofern sie parteipolitischen Charakter trügen, als politische Veranstaltungen angesehen werden müssten und von Personen in Uniform nicht besucht werden sollten.[925] Im Übrigen habe es sich um keine Wahlveranstaltung gehandelt, sondern um eine geschlossene Mitgliederversammlung der CDU- Kreispartei Krefeld.

Der Rat der EKD konnte nur noch eine Beschwichtigungspolitik betreiben, die EKD bot ein Bild der Schwäche und Entscheidungslosigkeit. Nach dem Abschluss des Militärseelsorgevertrages hätte der EKD klar sein müssen, dass eine Wiedervereinigung für die nächsten Jahre ausgeschlossen war und den Ostkirchen weitere Einschränkungen seitens der DDR- Regierung drohten. Die EKD hatte sich trotzdem sehr frühzeitig für Adenauers Westbindung entschieden und seine rüstungspolitischen Entscheidungen mitgetragen. Das änderte sich auch nicht, als eine mögliche atomare Aufrüstung der Bundeswehr ins Gespräch kam und sich damit die Lösung der deutschen Frage weiter erschwerte.

Die kirchlichen Bruderschaften sprachen sich gegen jede Atomrüstung aus und beharrten darauf, dass ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität in dieser Frage christlich nicht zu ver-

---

921 BA- MA, BW 9/ 823, fol. 25. Schreiben der Dienststelle Blank über Art und Höhe des deutschen Sicherheitsbeitrags, v. 7. 12. 1950. Vgl. StAB, Bestand 3/ 4- 14, Neue Zürcher Zeitung v. 7. 6. 1955, Bericht über „Wirtschaftliche Aspekte der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Die finanziellen Lasten".

922 Hans Günter Hockerts, Vorsorge und Fürsorge: Kontinuität und Wandel der sozialen Sicherung, in: Axel Schildt/ Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S.232.

923 StAB, M.2.v. Nr. 1, Drucksache 428, Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, v. 10. 6. 1958, betr.: Auftreten von Offizieren des Bundesverteidigungsministeriums in Wahlversammlungen der CDU.

924 StAB, Bestand 3/ 4- 11, Drucksache 661, Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD, v. 18. 11. 1958, Der Bundesminister für Verteidigung, betr.: Reden des Generalinspekteurs der Bundeswehr General Heusinger.

925 StAB, M.2.v. Nr. 1, Drucksache 494, Der Bundesminister für Verteidigung, v. 30. 6. 1958, betr.: Auftreten von Offizieren des Bundesverteidigungsministeriums in Wahlversammlungen der CDU. Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 428.

treten seien. Andererseits wollte man in der EKD an dem Unterschied zwischen christlicher und politischer Existenz festhalten, der Glaube sollte nicht mit bestimmten politischen Aktionen gleichgesetzt werden. Wie sollten Christen zwischen Evangelium und Gesetz unterscheiden, und wo lag die Grenze zwischen der Freiheit des christlichen Glaubens und der Freiheit zum politischen Handeln?[926]

Drastisch verwies der Verteidigungsminister auf die bestehenden Unterschiede in den Auffassungen, den Frieden zu erhalten. Er zitierte General Heusinger, der den unterschiedlichen Weg zu diesem Ziel so beschrieb: ,,Wir Soldaten treffen uns in diesem Ziel mit den Männern, die diese Auffassungen vertreten. Das gilt aber nicht für den Weg, der gegangen werden muß, um zu diesem Ziel zu gelangen."[927] Die Frage nach der politischen Verantwortung in der Atombewaffnung blieb ein Thema.

---

926 Walther, Atomwaffen und Ethik, S. 13 ff.
Vgl. Manfred Kriener, Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14. 9. 2006, S. 84. Der Bundesminister für Atomfragen, Strauß, erklärte die Kerntechnik sofort zur Existenzfrage. ,, [...] Kann Deutschland mithalten, oder wird es untergehen? Nur diejenigen Nationen, die Atomanlagen exportieren, können sich in der vordersten Reihe der Industrienationen behaupten. Damit stand er im Einklang vieler Wissenschaftler und Politiker der damaligen Zeit".

927 StAB, Bestand 3/ 4- 11, Drucksache 661vom 18. November 1958, Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD. Der Bundesminister für Verteidigung, betr.: Reden des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Heusinger, S. 2.

VI. Gedruckte Quellen und Literatur:

Bundesarchiv- Militärarchiv, Freiburg (Zit.: BA- MA)

BA- MA, BW 1, Bundesministerium der Verteidigung; Die Kirchen

BW 2, Führungsstab der Streitkräfte

BW 9, Deutsche Dienststellen zur Vorbereitung der EVG

BW 35, Evangelisches Kirchenamt

BWD 20, Amtsdrucksachen des Evangelischen Kirchenamtes

Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (Zit.: EZAB)

Bestand 2

Bestand 4/ 490- 493

Bestand 6

Bestand 71

Bestand 87

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin (Zit.: GStA PK)

GstA PK, VI. HA Nachlass Propst Heinrich Grüber

Landesarchiv Berlin (Zit.: LAB)

B- Rep. 002, Nr. 26616/ 2 Deutsches Büro für Friedensfragen- Informationsberichte des Jahres 1949

B- Rep. 002, Nr. 26619 Pressearchiv

Landeskirchliches Archiv Berlin- Brandenburg (Zit.: LKAB)

Bestand 2/ 206 Schreiben der amerikanischen Militärregierung

Bestand 37/ 14, Nachlass Pfarrer W.D. Zimmermann

Bestand 37/ 15- 17, Rat der EKD zur Wiederbewaffnung

Bestand 37/ 19

Bestand 37/ 20

Bestand 39, Pressearchiv

Bestand 41, Pressearchiv

Bestand 45, Pressearchiv

Bestand 603/ A5/ 1 Nachlass Dibelius

Bestand 630/ 310, Nachlass Dibelius

Landeskirchliches Archiv Bremen (Zit.: LKAHB)

Akte N 211

Bestand B 123/ 23

Nordelbisches Kirchenarchiv Kiel (Zit.: NEKA)

Bestand 11.02, Nr. 91 a, Nr. 91 b

Bestand 20.01, Nr. 452

Bestand 20.01, Nr. 453

Nachlass Pastor Detleffsen (noch nicht archiviert)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (Zit.: PAAA)

Bestand B 1, Band 55, 57, 58

Bestand B 2, Büro Staatssekretäre

Bestand B 10, Politische Abteilung 2

Bestand B 14, Referate 211, NATO und Verteidigung, Sekretariat für Fragen des Pleven- Plans

Bestand B 92, Referat 602, V I 3, Kirchliche Beziehungen zum Ausland

Staatsarchiv Bremen, (Zit.: StAB)

Nachlass Wilhelm Kaisen, Bestand StAB 3/4- 11, - 12, - 14

Senatsregistratur, Militärsachen StAB 3- M.2.v.

Literaturverzeichnis:

Abelshauser, Werner/ Schwengler, Walter, Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Bd. 4, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), München 1997.

Abelshauser, Werner, Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1966, Düsseldorf 1987.

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1945- 1953., Bd. 1, Stuttgart 1965.

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1953- 1955., Bd. 2, Stuttgart 1966.

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1955- 1959., Bd. 3, Stuttgart 1967.

Adenauer, Konrad, ,,Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU- Bundesvorstandes1953- 1957. Bearbeitet von G. Buchstab, in: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16, Düsseldorf 1990.

Ambrosius, Gerold/ Kaelble, Hartmut, Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre, in: Hartmut Kaelble (Hrsg.), Der Boom 1948- 1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik und in Europa, Opladen 1992.

Bald, Detlef, Die Atombewaffnung der Bundeswehr: Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994.

Baring, Arnulf, Aussenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1969.

Barth, Karl, Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, Zöllikon 1945.

Becker, Johannes M., Die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und das deutsch - französische Verhältnis. Die Haltung führender Offiziere (1945- 1955), Marburg 1987.

Benz, Wolfgang, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946- 1949, Frankfurt/ M. 1984.

Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bände, Frankfurt/ M. 1989.

Benz, Wolfgang, Errichtung der Besatzungsherrschaft, in: Informationen zur politischen Bildung, Deutschland 1945- 1949. Besatzungszeit und Staatengründung, Heft Nr. 259, Bonn 2002, S. 6- 12.

Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier- Zonen-

Deutschland, München 1994.

Benz, Wolfgang, Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B32- 33/ 98 vom 31.7. 1998, S. 13- 19.

Benz, Wolfgang, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999.

Benz, Wolfgang (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945- 1949/55, Berlin 1999.

Berghahn, Volker, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/ M. 1985.

Besier, Gerhard, Christliche Parteipolitik und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/ CSU, in: ders., Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts (Historisch- Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2), Neukirchen- Vluyn 1994, S. 108- 130.

Blankenhorn, Herbert, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949- 1979. Frankfurt/ Berlin/ Wien 1980.

Borgert, Heinz- Ludger, Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone Westdeutschlands 1945- 1950. In: Heinz- Ludger Borgert/ Walter Stürm/ Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Bd. 6, Boppard am Rhein 1982, S. 89- 134.

Boyens, Armin, Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946; in: Armin Boyens (Hrsg.), Kirchen der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge von Armin Boyens u.a., Göttingen 1979.

Buchheim, Hans, Deutschlandpolitik 1949- 1972. Der politisch- diplomatische Prozess, Stuttgart 1984.

Buchstab, Günter, Die Protokolle des CDU- Bundesvorstandes 1957- 1961, Düsseldorf 1994.

Burdick, Charles B., Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Kriegsgeschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg. Die organisatorische Entwicklung der Operational History (German) Section, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM), 2, (1971)S. 69- 80.

Christensen, Carsten Sander, Zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1950- 55. Poltische Intentionen und Konzeptionen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs im Remilitarisierungsprozess, Regensburg 2002.

Dahm, Karl- Wilhelm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des

deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln- Opladen 1965.

Doering- Manteuffel, Anselm, Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 317- 335.

Doering- Manteuffel, Anselm, Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das ,,christliche Europa " in der Weltsicht Konrad Adenauers, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart; Berlin; Köln 1994, S. 237- 246.

Doering- Manteuffel, Anselm, Wie westlich sind die Deutschen ? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 7. September bis 31. Dezember 1949. Unveröffentlichte Dokumente. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, II. Reihe / Bd. 2, München 1996.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, 1. Januar bis 31. Dezember 1950. Unveröffentlichte Dokumente. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, II. Reihe / Bd. 3, München 1997.

Eggebrecht, Axel (Hrsg.), Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin, in: Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek 1979, S. 203- 224.

Ehlert, Hans, Vom Scheitern der EVG zu den Pariser Verträgen- westdeutsche Innenpolitik und der Entscheidungsprozeß für den nationalen Wehrbeitrag. Die Diskussion des Vertragswerkes in der Öffentlichkeit- Die Kirchen, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 3, München 1993, S. 371- 395.

Ehlert, Hans, Von der Konfrontation zur partiellen Kooperation: Wehrverfassung und Wehrgesetzgebung im innenpolitischen Kräftespiel. Vom ,,Ob" zum ,,Wie": Der Auftakt zur Wehrgesetzgebung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 3, München 1993, S. 430- 441.

Eschenburg, Theodor, Jahre der Besetzung 1945- 1949, Bd. 1, Mit einem einleitenden Essay von Eberhard Jäckel, Stuttgart 1983.

Europa- Archiv, Wilhelm Cornides (Hrsg.), Französische Dokumente über Deutschland (August 1945- Februar 1947). Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn

20. Juli 1954.

Fischer, Johannes, Einleitung. Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag.Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Heinz-Ludger Borgert/ Walter Stürm/ Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Bd. 6, Boppard am Rhein 1982, S. 1- 10.

Foerster, Roland G, Innenpolitische Aspekte der Sicherheit Westdeutschlands 1947- 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 1, Von der Kapitulation bis zum Pleven- Plan, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), München, Wien 1982.

Foschepoth, Josef, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland- Archiv 17, 1984, S. 1286- 1301.

Foschepoth, Josef (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945- 1952, Göttingen 1985.

Foschepoth, Josef/ Steininger, Rolf (Hg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945- 1949, Paderborn 1996.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und die NS- Vergangenheit, München 1996.

Gailus, Manfred/ Krogel, Wolfgang, (Hrsg.), Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus, und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006.

Gauzy, Florence, Gescheiterte Versuche der Deutschen Wiederbewaffnung 1950- 1954, in: Wolfgang Krieger (Hrsg.), Adenauer und die Wiederbewaffnung. Rhöndorfer Gespräche, Bd.18, Bonn 2000.

Gehlen, Reinhard, Der Dienst. Erinnerungen 1942- 1971, Mainz- Wiesbaden 1971.

Geyer, Martin, Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch- deutsche Sportbeziehungen und die ,, Hallstein- Doktrin ", in: Karl Dietrich Bracher/ Hans- Peter Schwarz/ Horst Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 1, Januar 1996, München 1996, S. 55- 86.

Gollwitzer, Helmut, Forderungen der Freiheit. Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München 1964.

Graf, Friedrich Wilhelm, Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart, München 2006.

Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidung-

en 1941- 1948, Frankfurt/ M. 1985.

Greiffenhagen, Martin und Sylvia, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München- Leipzig 1993.

Greiner, Christian, Die Dienststelle Blank. Regierungspraxis bei der Vorbereitung des deutschen Verteidigungsbeitrags von 1950- 1955, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 1, 1975, S. 99-124.

Greiner, Christian, Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947- 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Bd. 1, München/ Wien 1982, S. 119- 323.

Greiner, Christian, Das militärstrategische Konzept der NATO von 1952 bis1957, in: Bruno Thoß und Hans- Erich- Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953- 1956, Boppard 1988, S. 211- 246.

Greschat, Martin, Protestantismus in Europa. Geschichte- Gegenwart- Zukunft, Darmstadt 2005.

Greschat, Martin, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellung in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002.

Greschat, Martin, Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft Stuttgart; Berlin; Köln 1994, S. 25- 96.

Greschat, Martin, Rechristianisierung und Säkularisierung. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, in: Jochen- Christoph Kaiser/ Anselm Doeringg Manteuffel (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Konfession und Gesellschaft 2, Stuttgart 1990, S. 1- 24, hier S. 10.

Guillen, Pierre, Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950- 1954), in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 125- 159.

Hackl, Othmar, Vorwort, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag.Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Heinz-Ludger Borgert/ Walter Stürm/ Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Bd. 6, Boppard am Rhein 1982, S. VII.

Haftendorn, Helga, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955- 1982, Baden- Baden 1986.

Hanke, Christian, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichigung des kirchlichen Demokratie- , Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1997.

Hanrieder, Wolfram F., Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1989, Paderborn 1991.

Heidtmann, Günter, Hat die Kirche geschwiegen ? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945- 1964, Berlin 1964.

Heidtmann, Günter, Kirche im Kampf der Zeit. Die Botschaften, Worte und Erklärungen der evangelischen Kirche in Deutschland und ihren östlichen Gliedkirchen, Berlin 1954.

Heine, Roland, Falsche Sicherheitsstrategie, in: Berliner Zeitung, 16.6. 2004.

Heinemann, Gustav, Glaubensfreiheit- Bürgerfreiheit. Reden und Aufsätze zu Kirche, Staat und Gesellschaft 1945- 1975, Frankfurt/ M.. 1976 (Heinemann, Reden + Schriften, 2).

Henke, Klaus- Dietmar, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996.

Herbst, Ludolf, Westdeutschland 1945- 1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. München 1986.

Hockerts, Hans Günter, Vorsorge und Fürsorge: Kontinuität und Wandel der sozialen Sicherung, in: Axel Schildt/ Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

Hoffmann, Dieter, Das Nein von Göttingen, in: Tagesspiegel, 12.4. 2007, S. 33.

Höfner, Karlheinz, Die Aufrüstung Westdeutschlands: Willensbildung, Entscheidungsprozesse und Spielräume westdeutscher Politik 1945 bis 1950, München 1990.

Höllen, Martin, LoyaleDistanz ? Katholizismus und Kirchenpolitik in der SBZ und DDR, Bd. 1, Berlin 1994.

Jarausch, Konrad H., Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945- 1995, München 2004.

Jochmann, Werner, Evangelische Kirche und politische Neuorientierung in Deutschland 1945, in: Imanuel Geiss/ Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973.

Jones, Peter, Labouur- Regierung, deutsche Wiederbewaffnung und EVG 1950- 1951, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Ver-

teidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 51- 81.

Kaiser, Wolfram, Begegnungen christdemokratischer Politiker in der Nachkriegszeit, in: Martin Greschat, Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart- Berlin- Köln 1994, S. 139- 158.

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1945- 1948, Joachim Beckmann (Hrsg.), Gütersloh 1950.

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1950 bis 1956, Joachim Beckmann (Hrsg.), Gütersloh, 1951 bis 1957.

Klein, Michael, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti- Parteien- Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen 2005.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945- 1955, Bonn 1991.

Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955- 1970, Bonn 1997.

Koch, Diether, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.

Koch, Jutta, Zur sicherheitspolitischen Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika, Baden-Baden 1998.

Kocka, Jürgen, 1945: Neubeginn oder Restauration, in: Carola Stern und Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848- 1990, Frankfurt / M. 1996.

Korte, Hermann, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Frankfurt 1989.

Kretschmer, Stephan, Ziele und Aufgaben der Inneren Führung, in: Hans W. Odenthal und Dieter E. Bangert (Hrsg.), Demokratische Kontrolle von Streitkräften, Bonn 2003, S. 99- 106.

Krieger, Wolfgang (Hrsg.), Adenauer und die Wiederbewaffnung. Rhöndorfer Gespräche, Bd.18, Bonn 2000.

Kriener, Manfred, Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14.9. 2006, S. 84.

Krüger, Dieter, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Ministeriums für Verteidigung. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Freiburg im Breisgau 1993.

Krüger, Dieter/ Ganser, Dorothe, Quellen zur Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1955 in westdeutschen Archiven, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 49, 1991, S. 121- 146.

Küntzel, Matthias, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis

Brandt, Frankfurt/ New York 1991.

Leeb, Wilhelm Ritter v., Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, Georg Meyer (Hrsg.), Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 16, Stuttgart 1976.

Lehmann, Hans Georg, Deutschland- Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2000.

Lepp, Claudia/ Nowak, Kurt (Hrsg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945-1989/ 90), Göttingen 2001.

Lingen, Kerstin v., Kesselrings letzte Schlacht, Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring, Paderborn 2004.

Lipgens, Walter, Die Bedeutung des EVG- Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 9- 30.

Lipgens, Walter/ Loth, Wilfried (Hrsg.), Documents on the History of European Integration. Volume 4: Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, Berlin/ New York 1991.

Lipgens, Walter, Zukunftsplanungen christlicher Kirchen und Gruppen während des Zweiten Weltkriegs, in: Martin Greschat/ Wilfried Loth (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994, S. 13-24.

Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941- 1955, München 1983.

Loth, Wilfried/ Graml, Hermann/ Wettig, Gerhard, Die Stalin- Note vom 10. März 1952, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Neue Quellen und Analysen, München 2002.

Lotz, Martin, Evangelische Kirche 1945- 1952: die Deutschlandfrage; Tendenzen und Positionen, Stuttgart 1992.

Löwenstein, Stephan, Die Bundeswehr will nicht mehr in der Tradition der Wehrmachtspiloten stehen, in: FAZ, 5.3. 2005.

Maier, Klaus A., Der französische Gegenvorschlag einer supranationalen Armee, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Band 2, München 1989, S. 12- 21.

Maier, Klaus A., Die EVG in der Außen- und Sicherheitspolitik der Truman- Administration, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 31- 51.

Manig, Bert- Oliver, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frü-

hen Bundesrepublik, Göttingen 2004.

Martens, Stefan (Hrsg.), Vom ,,Erbfeind" zum ,,Erneuerer". Aspekte und Motive französischer Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993.

Maser, Peter, Kirchen, in: Werner Weidenfeld/ Karl- Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949- 1989- 1999, Bonn 1999, S. 486- 501.

Mauer, Victor, Macmillan und die Berlin- Krise 1958/ 59, in: Karl Dietrich Bracher/ Hans-Peter Schwarz/ Horst Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, April 1996, München 1996, S. 229- 256.

Meier- Dörnberg, Wilhelm, Politische und militärische Faktoren bei der Planung des deutschen Verteidigungsbeitrags im Rahmen der EVG, in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 271-291.

Meier- Dörnberg, Wilhelm, Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Lutz Köllner, Klaus A. Maier und Hans-Erich Volkmann, Die EVG- Phase, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 2, München 1989, S. 605- 754.

Merzyn, Friedrich, Kundgebungen: Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1949- 1959, Hannover 1993.

Meyer, Georg, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages, in:Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956. Von der Kapitulation bis zum Pleven- Plan, Band 1, München- Wien 1982, S. 577- 736.

Militärgeschichtliches Forschungsamt, MGFA, (Hrsg.), Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950- 1972, München 1975.

Möller, Martin, Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945-1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges, Göttingen 1984.

Morsey, Rudolf, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945- 1949, in: Klaus Gotto, Hans Maier u.a., Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945- 1963. Mit einem Vorwort von Hans Maier, München 1975, S. 38- 96.

Müller, Helmut M., Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996.

Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, Bonn 1997.

Neubert, Ehrhart, Das Verhältnis von Staat und Kirche, in : Matthias Judt (Hrsg.), DDR- Ge-

schichte in Dokumenten, Bonn 1998.

Nicolaisen, Carsten/ Schulze, Nora Andrea, Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Band 2: 1947/ 48, Göttingen 1997.

Niemetz, Daniel, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/ DDR, Berlin 2006.

Obermann, Emil (Hrsg.), Gesellschaft und Verantwortung. Idee, Weltstrategie, Bundeswehr. Ein Handbuch, Stuttgart 1971.

Philipps, Sören, Die Frage der Wiederbewaffnung im Hörfunkprogramm des Nordwestdeutschen und Süddeutschen Rundfunks von 1949 bis 1955/56 , Berlin 2004.

Piontkowitz, Heribert, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946- 1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978.

Poidevin, Raymond, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 101- 125.

Pöpping, Dagmar, Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Band 5: 1951, Göttingen 2005.

Rausch, Wolf Werner/ Walther, Christian (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950- 1955, Gütersloh 1978.

Rautenberg, Hans- Jürgen/ Wiggershaus, Norbert, Die ,,Himmeroder Denkschrift " vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 21, 1977, S. 135- 206.

Rink, Sigurd, Der Bevollmächtigte. Probst Grüber und die Regierung der DDR, Stuttgart 1996.

Rioux, Jean- Pierre, Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen ? In: Hans- Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 159- 176.

Ruhl, Klaus- Jürgen, Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945- 1949, München 1982.

Rupieper, Hermann- J., Grundzüge der Besatzungspolitik in Deutschland. Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besat-

zung 1945- 1949/ 55, Berlin 1999, S. 33- 48.

Sauer, Thomas, Westorientierung im deutschen Protestantismus ? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises, München 1999.

Scheerer, Reinhard, Kirchen für den Kalten Krieg: Grundzüge und Hintergründe der US-amerikanischen Religions- und Kirchenpolitik im Nachkriegsdeutschland, Köln 1986.

Schildt, Axel, Aufbau der Bundeswehr. Politische Entscheidungen und Einstellungen, in: Informationen zur politischen Bildung, Deutschland in den fünfziger Jahren, Heft 256, Bonn 1997, S. 10- 23.

Schubert, Klaus v., Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. Teil 1, Bonn 1977.

Schubert, Klaus v., Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. Teil 2, Köln 1979.

Schultze, Harald (Hrsg.), Berichte der Magdeburger Kirchenleitung zu den Tagungen der Provinzialsynode 1946- 1989. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 10, Göttingen 2005.

Schwarz, Hans- Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949. (Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 38). Neuwied, Berlin 1966.

Searle, Alaric, Wehrmacht Generals, West German Society, and the Debate on Rearment 1949- 1959, London 2003.

Sethe, Paul, Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert von 1848- 1960, München 1981.

Sommer, Karl- Ludwig, Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1992.

Speidel, Hans, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin, Frankfurt/ M., Wien 1977.

Steinhoff, Johannes, Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer- Kennedy: Nuclear History Program (NHP), Johannes Steinhoff/ Reiner Pommerin (Hrsg.), Baden- Baden 1992.

Steininger, Rolf, Das Scheitern der EVG und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17/85, vom 17. 4. 1985, S. 3- 18.

Steininger, Rolf, Wiederbewaffnung: die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Adenauer und die Westmächte 1950, Erlangen, Bonn,Wien,

Straube 1989.

Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 1: 1945- 1947; Band 2: 1948- 1955, Frankfurt/ M. 1996.

Steininger, Rolf, Die Alliierten und Deutschland 1945- 1948, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32- 33/ 98 vom 31. Juli 1998, S. 3- 12.

Stöver, Bernd, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947- 1991, München 2007.

Strauß, Franz- Josef, Die Erinnerungen, Berlin 1989.

Stupperich, Robert, Otto Dibelius, Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten, Göttingen, 1989.

Teske, Hermann, Die silbernen Spiegel. Generalstabsdienst unter der Lupe, Heidelberg 1952.

Theiler, Olaf, Die Rezeption der NATO- Nuklearstrategie durch die Bundeswehr 1954 bis 1956, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 54, 1995, 2, S.451- 512.

Vogel, Johanna, Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949- 1956, Göttingen 1978.

Volkmann, Hans- Erich, Die Innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG- Phase. Protestantismus und Wehrfrage, in: Lutz Köllner, Klaus A. Maier und Hans- Erich Volkmann, Die EVG- Phase, Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945- 1956, Band 2, München 1989, S. 524- 604.

Volkmann, Hans- Erich (Hrsg.), Quellen zur Innenpolitik in der Ära Adenauer 1949-1963. Konstituierung und Konsolidierung der Bundesrepublik, Darmstadt 2005.

Vollnhals, Clemens, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945- 1949: die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.

Walther, Christian (Hrsg.), Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954- 1961. Dokumente und Kommentare. Unter Mitarbeit von Wolf Werner Rausch und Andreas Pawlas, München 1981.

Watt, Donald Cameron, Die konservative Regierung und die EVG 1951- 1954, in: Hans-Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 81- 101.

Wettig, Gerhard, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943- 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa. Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige

Politik e.V., Bd. 25, München 1967.

Wiggershaus, Norbert, Die Initiativen Adenauers zur Aufrüstung der Bundesrepublik Juli-August 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Band 1, München 1982, S. 363- 373.

Wiggershaus, Norbert, Die westalliierte Grundsatzentscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag auf den New Yorker Konferenzen im September 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Band 1, München 1982, S. 374- 389.

Wiggershaus, Norbert, Zur Frage der Planung für die verdeckte Aufstellung westdeutscher Verteidigungskräfte in Konrad Adenauers sicherheitspolitischer Konzeption 1950, in: Heinz- Ludger Borgert/ Walter Stürm/ Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Bd. 6, Boppard am Rhein 1982, S. 11- 88.

Winkler, Heinrich August, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/ 91 vom 27.9. 1991, S. 12- 24.

Wolf, Ernst,Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart, in: Horst Zillessen (Hrsg.), Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus , Gütersloh 1970.

Wolfrum, Edgar/ Fäßler, Peter/ Grohnert, Reinhard, Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im besetzten französischen Baden 1945- 1949, München 1996.

Ziolkowski, Andrzej, Die NATO, Münster 1999.

Zolling, Hermann/ Höhne, Heinz, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.